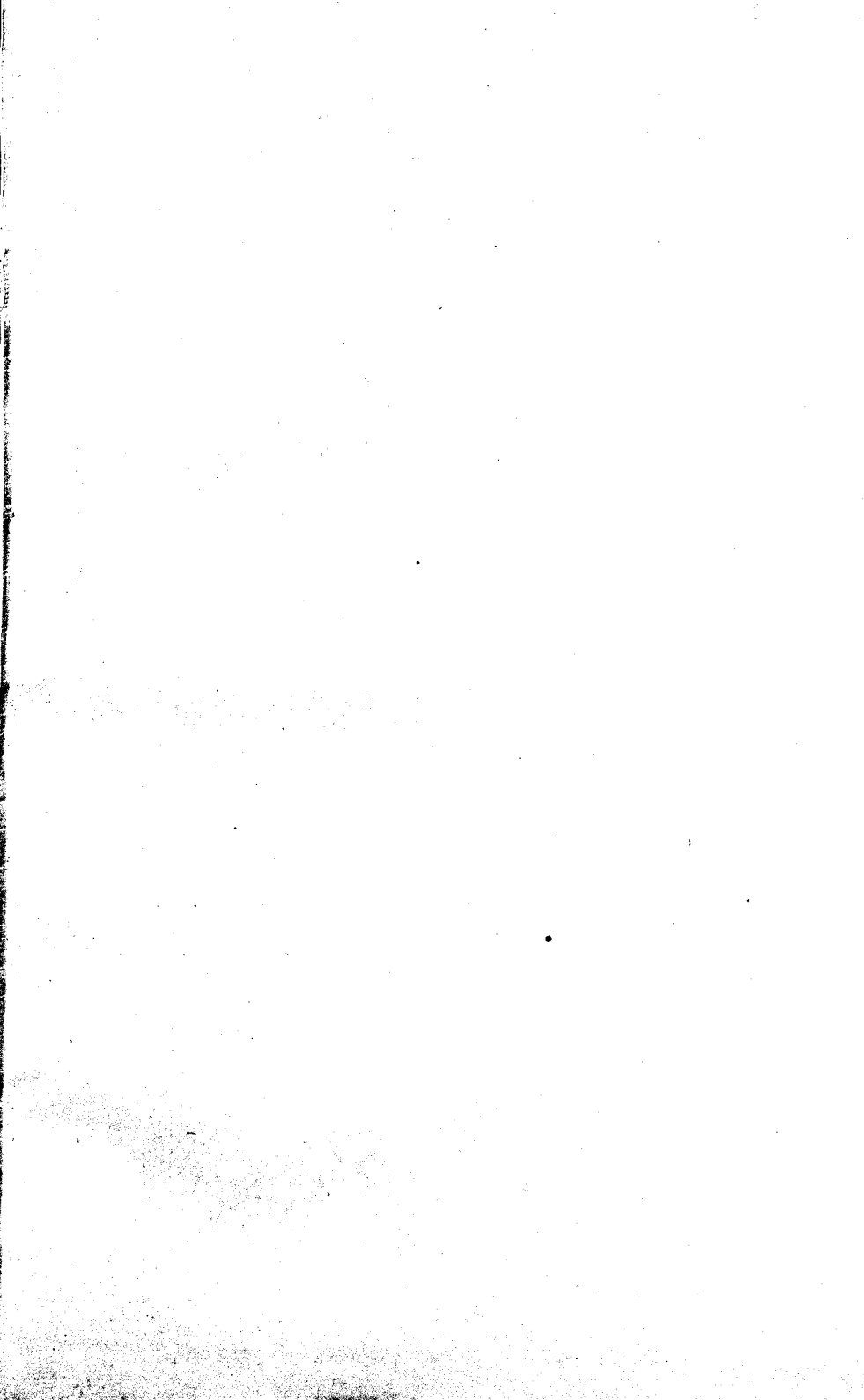
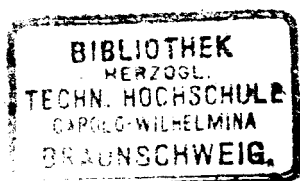


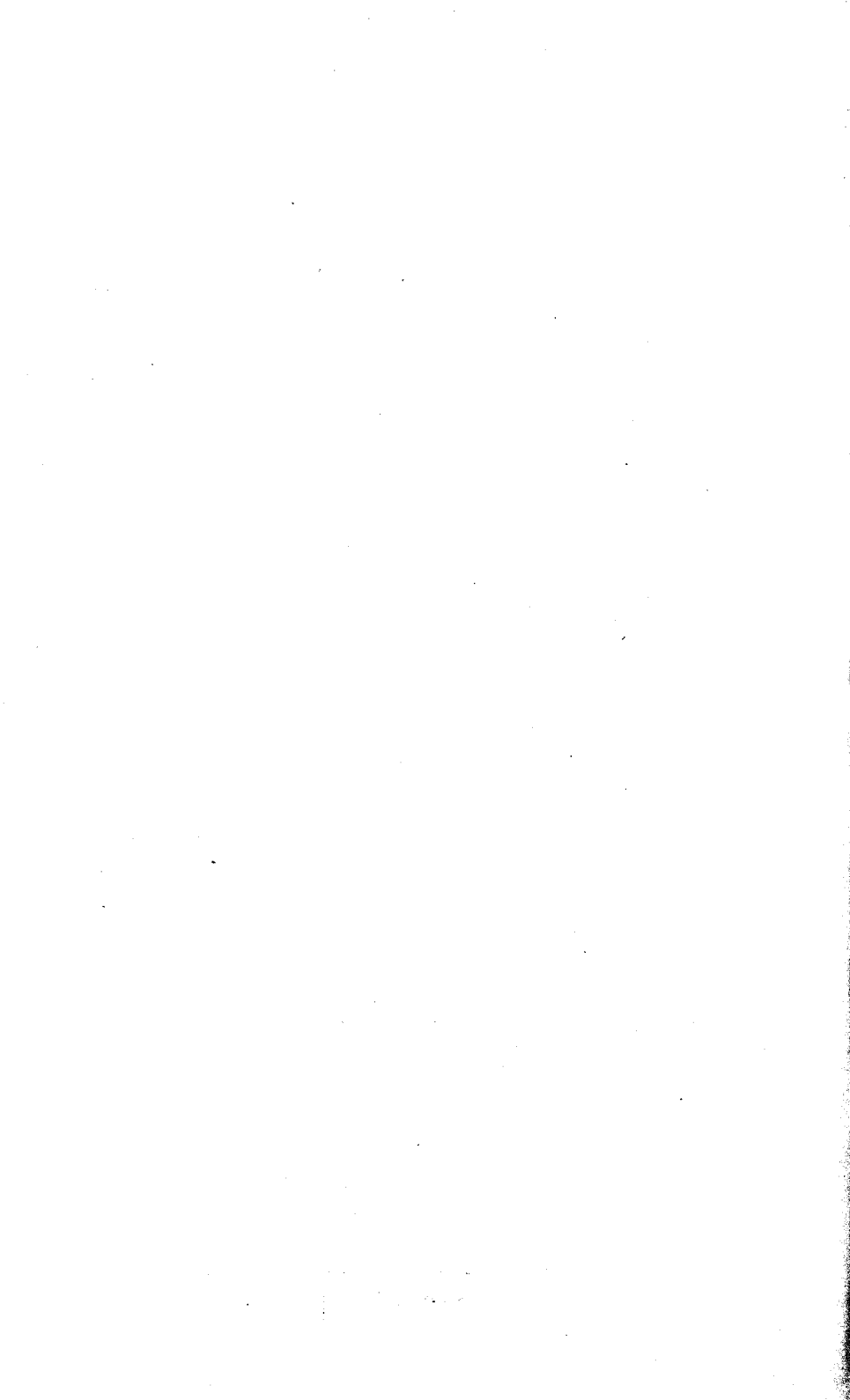


228. 08/9



Die
Braunschweigischen Kostengesetze





75.3.22

Braunschweigisches Kostengesetz

für

Gerichte und Notare

und

Braunschweigische Gebührenordnung

für

Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher

Amtliche Ausgabe



NZ. 47. 5364

Braunschweig

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn

1908

Geschenk .

Alle Rechte vorbehalten.

Inhaltsübersicht.

I. Braunschweigisches Kostengesetz für Gerichte und Notare.

Einleitung	Seite 3
----------------------	------------

Erster Teil.

Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Vorbemerkung	7
------------------------	---

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§§		
1 und 2	Anwendungsbereich des Gesetzes	7
3 " 4	Erinnerungen gegen den Kostenantrag	8
5	Nachforderung von Gerichtskosten	9
6	Antrag der Kosten	10
7 bis 10	Verpflichtung zur Kostenzahlung	11
	Gebührenfreiheit:	
11 und 12	a) persönliche	15
13	b) sachliche	17
14 bis 15	Niederschlagen von Gebühren und Auslagen	18
16	Fälligkeit der Kosten	20
17 und 18	Kostenvorschusspflicht	20
19	Zurückbehaltung von Urkunden bis zur Zahlung der Kosten	22
20 bis 27	Wertberechnung	22
28	Wertfestsetzung	28
29	Mindestbetrag und Abrundung der Gebühren	29
30	Gebührenberechnung nach Maßeinheiten	30
31 und 32	Verrechnung und Einziehung der Kosten für die Staatskasse	30
33	Stundung und Niederschlagung der Kosten wegen Armut	31

Zweiter Abschnitt.

Gerichtliches Stempelwesen.

34 und 35	Erhebung der Stempel neben den Gebühren	32
36 " 37	Verrechnung der Stempel	38

Dritter Abschnitt.

Freiwillige Gerichtsbarkeit im engeren Sinne.

	Seite
§§	Borbemertung 39
38	Einseitige Erklärungen und einseitige Verträge 41
39 und 40	Zweiseitige Verträge 42
41	Ermäßigung der Gebühr für bestimmte Beurkundungen 44
42	Beurkundung mehrerer Erklärungen in einer Urkunde 46
43	Wertberechnung 49
44	Anerkennung des Inhalts eines Schriftstücks 50
45	Beglaubigung von Unterschriften und Handzeichen 51
46 bis 50	Verfügungen von Todes wegen 52
51	Beurkundung des Hergangs bei Verlosungen, Auslosung, in General- versammlungen u. dgl. 57
52	Bescheinigungen, Abnahme von Eiden, Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen 58
53	Augenscheineinnahmen, Aufnahme von Vermögensverzeichnissen, Siegelungen 59
	Freiwillige Versteigerungen:
54	1. von Grundstücken 60
55	2. von beweglichen Sachen 62
56	Wechsel- und Scheckproteste 63
57	Beglaubigung von Abschriften, Erteilung von Ausfertigungen . . . 64
58	Ergebnislose Verhandlungen 65
59	Zuschlagsgebühr bei Zuziehung eines Dolmetschers 66

Vierter Abschnitt.

Grundbuchsachen.

	Borbemertung 66
60 bis 63	Eintragung des Eigentümers 68
64	Eintragung von Belastungen und von Beschränkungen des Eigen- tumsrechts 75
65	Eintragung von Veränderungen, Vormerkungen, Widersprüchen, Ver- fügungsbeschränkungen 76
66	Sonstige Eintragungen 78
67	Löschungen 80
68	Bauscharakter der in den §§ 64 bis 67 bestimmten Gebühren; gebührenfreie Nebengeschäfte 80
69	Gebührenermäßigung bei Gesamtrechten 84
70	Gebührenfreie Eintragungen 86
71	Erteilung von Hypothekenbriefen 87
72	Wertberechnung 89
73	Benachrichtigungen gemäß § 55 der Grundbuchordnung 91
74	Grundbuchsätze, Abschriften, Bescheinigungen 92
75	Einsicht des Grundbuchs 92
76	Bergwerkseigentum und selbständige Gerechtigkeiten 93

Fünfter Abschnitt.

Registerführung.

	Seite
Vorbemerkung	95
Handelsregister	
§§ Eintragungen:	
77 1. Hauptniederlassungen	97
78 2. Zweigniederlassungen	101
79 Bauschcharakter der Gebühren	102
80 Einsicht des Handelsregisters, Abschriften, Auszüge und Be-	
scheinungen aus dem Handelsregister	103
80 Börsenregister	103
81 Gebührenfreie Geschäfte	103
82 und 84 Vereinsregister	104
83 „ 84 Güterrechtsregister	105
85 Dissidentenregister	106
86 Öffentliches Schuldbuch	107
87 Schiffsregister	107

Sechster Abschnitt.

Nachlaß- und Teilungssachen.

Vorbemerkung	109
88 und 89 Eröffnung letztwilliger Verfügungen	109
90 Sicherung eines Nachlasses	111
91 Nachlaßpflegschaft, Nachlaßverwaltung	112
92 und 93 Erbschein und andere Zeugnisse	112
94 Feststellung des Erbrechts des Fiskus	118
95 Erbauseinandersetzungsverfahren und andere Auseinandersetzungen	118
96 und 97 Sonstige Berrichtungen des Nachlaßgerichts	121
98 Erhebung bestimmter Nachlaßkosten aus der Masse	123
99 Wertberechnung in Nachlaßsachen	124

Siebenter Abschnitt.

Vormundschaftssachen.

Vorbemerkung	126
100 Beaufsichtigung der gesamten Vormundschaftsführung	128
101 Rechnungslegung des Vormundes	128
102 Vorläufige Vormundschaft	130
103 Pflegschaft oder Beistandschaft für alle oder einen bestimmten	
Kreis von Angelegenheiten	130
104 Pflegschaft oder Beistandschaft für einzelne Angelegenheiten	131
105 Sonstige Berrichtungen des Vormundschaftsgerichts	132
106 bis 109 Bauschcharakter und Erhebung der Gebühren	135

Achter Abschnitt.

Personenstand.

§§		Seite
110	Annahme an Kindesstatt	139
111	Erklärungen über den Familiennamen	140
112	Standesnebenregister; Aufsichtsführung über die Standesämter	140

Neunter Abschnitt.

Sonstige Angelegenheiten.

113	Unschädlichkeitszeugnisse	141
114	Feststellung des Zustandes oder des Wertes einer Sache; Bestellung eines Dispaceurs, eines Verwahrers oder eines Vertreters des Grundstückseigentümers; Pfandverkauf; Bewilligung öffentlicher Zustellungen usw.	142
115	Dispace	143
116	Entscheidungen in Vereins-, Gesellschafts- und Genossenschaftssachen	144
117	Ordnungsstrafverfahren	145
118	Rechtshilfe	147
119	Generalklausel	148

Zehnter Abschnitt.

Gemeinschaftliche Bestimmungen für die
Abschnitte III bis IX.

120	Bauscharakter der Gebühren; Anbringung von Anträgen, Gesuchen und Beschwerden	149
121	Zurücknahme eines Antrages	150
122	Zurückweisung von Anträgen	151
123	Gebühr bei unentschuldigtem Ausbleiben eines Beteiligten in einem Termine	152
124	Nicht zum Abschluß gekommene Verhandlungen	153
125	Vorlegung von Akten	154
126	Erteilung von Ausfertigungen und beglaubigten Abschriften	155
127	Anwendbarkeit des Deutschen Gerichtskostengesetzes	156

Elfter Abschnitt.

Auslagen.

	Vorbemerkung	158
128	Allgemeine Bestimmungen	159
129 und 130	Schreibgebühren	160
	Zustellungen:	
131	a) im Parteibetriebe	161
132	b) von Amts wegen	162
133	Zeugen- und Sachverständigengebühren	162
134	Wiedereinziehung zu viel gezahlter Auslagen	163

Zwölfter Abschnitt.

Besondere Bestimmungen für Notare.

§§		Seite
	Vorbemerkung	163
135	Anwendbarkeit der in den Abschnitten I bis XI gegebenen Vorschriften	164
136	Höhe und Mindestbetrag der Gebühren	164
137	Büßgebühr	165
138	Zeugengebühren und Entschädigung eines zugezogenen zweiten Notars	166
139	Tagegelber und Reisekosten	167
140	Entwürfe; Anträge	167
141	Anwendung der Gebührenordnung für Rechtsanwälte in nichtstreitigen Rechtsachen	168
142	Kostenvoransch	169
143	Kostenvermerke auf Urschriften und Ausfertigungen	170
144	Beitreibung der Kosten	170

Zweiter Teil.

Angelegenheiten der Streitigen Gerichtsbarkeit.

Vorbemerkung	172
------------------------	-----

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

145	Allgemeine Bestimmungen	173
146	Anwendbarkeit des Deutschen Gerichtskostengesetzes	174
147	Forststrafsachen	175
148	Disziplinarsachen; Gerichtshof zur Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten	176

Zweiter Abschnitt.

Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens.

	Vorbemerkung	177
149	Allgemeine Bestimmungen	178
150	Anordnung der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung	179
151	Zwangsversteigerung	181
152	Zuschlag	184
153 und 154	Wertberechnung	185
155	Fälligkeit der Gebühren der Zwangsversteigerung	188
156	Zwangsverwaltung	189
157	Aufsicht des Vollstreckungsgerichts über Vermögensverwaltungen in anderen Fällen	190

§§		Seite
158	Tätigkeit des Grundbuchamts	191
159	Gebührenzahlungspflicht	191
160	Beschwerden	192
161	Auslagen	193

Dritter Teil.

162 bis 168	Schlußbestimmungen	194
	Tarisanlagen zum Kostengesetze für die Gerichte und Notare . .	199
	Anlage zu § 26 Abs. 6. Tabelle über den gegenwärtigen Kapitalwert einer Rente oder Nutzung im Werte von 1 M auf eine bestimmte Anzahl von Jahren zum Zwecke der Ge- bührenberechnung	200

II. Braunschweigische Gebührenordnung für Rechts- anwälte und Gerichtsvollzieher.

Einleitung	202
----------------------	-----

Erster Abschnitt.

Gebühren der Rechtsanwälte.

Titel I.

1 bis 3	Allgemeine Bestimmungen	203
---------	-----------------------------------	-----

Titel II.

4	Gebühren in prozeßualisch zu verhandelnden Sachen	204
---	---	-----

Titel III.

Gebühren in dem Verfahren der Zwangsversteigerung und Zwangs-
verwaltung:

	Vorbemerkung	205
5	a) Zwangsversteigerung	206
6	b) Zwangsverwaltung	208
7	c) Gemeinschaftliche Bestimmungen	209

Titel IV.

Gebühren für sonstige Leistungen:

8	Zählgebühr	210
9	Schriftliche Entwerfung oder Ausarbeitung von Rechtsakten .	210

§§		Seite
10	Sonstige schriftliche Einzelleistungen in nicht prozessualischen An- gelegenheiten; Eingaben an Behörden; Schreiben an Privat- personen	210
11	Schriftliche Rechtsgutachten mit Begründung	211
12 I	Vertretung in Terminen oder bei mündlichen Verhandlungen; Konferenzen in Rechtsangelegenheiten	211
12 II	Geschäfte, bei denen vorzugsweise nur die Versäumnis zu ver- güten ist	211
13	Wertberechnung	211
14	Fortlaufende Geschäfte	212

Titel V.

15 und 16	Auslagen	213
-----------	--------------------	-----

Zweiter Abschnitt.

Gebühren der Gerichtsvollzieher.

17	Anwendung der Deutschen Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher; Übergabe eines Grundstücks in den Fällen der §§ 94 Abs. 2 und 150 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteige- rung und Zwangsverwaltung	214
18	Zustellungen	215
19	Wechsel- und Scheckproteste	215
20	Freiwillige Versteigerungen	216
21	Aufnahme von Vermögensverzeichnissen; Siegelungen	217
22	Aufgabe von Geld zur Post zwecks Hinterlegung	217
23	Mindestbetrag und Abrundung der Gebühren	218
24 und 25	Anwendung der §§ 12 bis 23 und 24 Nr. 2 der Deutschen Ge- bührenordnung für Gerichtsvollzieher; Wertberechnung	218
26 „ 27	Stempel; Tagegelder	218

Dritter Abschnitt.

28 und 29	Schlußbestimmungen	219
-----------	------------------------------	-----

III. Anhang.

A. Übersicht der angezogenen Gesetzesparagrafen.

1.	Bürgerliches Gesetzbuch	223
2.	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch	226
3.	Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch	226

	Seite
4. Handelsgesetzbuch	226
5. Gesetz betr. die Gesellschaften mit beschränkter Haftung	226
6. Genossenschaftsgesetz	226
7. Reichsgesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	227
8. Ausführungsgesetz dazu	227
9. Reichsgrundbuchordnung	228
10. Ausführungsgesetz dazu	228
11. Verordnung vom 12. Juni 1899 Nr. 50, betr. die Reichsgrundbuch-O.	228
12. Allgemeine Verfügung vom 7. Juli 1899 Nr. 61 zur Ausführung der Reichsgrundbuchordnung	228
13. Civilprozeßordnung	228
14. Konkursordnung	229
15. Zwangsversteigerungsgesetz	229
16. Ausführungsgesetz dazu	229
17. Personenstandsgesetz	229
18. Hinterlegungsgesetz	229
19. Deutsches Gerichtskostengesetz	230
20. Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte	230
21. Reichsgebührenordnung für Gerichtsvollzieher	230

B. Gebührentafeln.

1. Gebührentarif A zum Braunschweigischen Kostengesetz	231
2. Gebührentarife B und C zum Braunschweigischen Kostengesetz	232
3. Gebührenreihen in Vormundschaftssachen	234
4. Gebührenreihen des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes	236
5. Gebühren für Entwürfe der Notare	237
6. Zählgebühr für Notare	238
7. Gebührenreihen des § 9 der Deutschen Gebührenordnung für Rechts- anwälte	240

C. Alphabetisches Sachregister	243
--	-----

Abkürzungen.

A. G.	= Ausführungsgeſetz.
B. G. B.	= Bürgerliches Geſezbuch für das Deutſche Reich.
Pr. G. R. G.	= Ausführungsgeſetz zum Deutſchen Gerichtskoſtengeſetz uſw. Nr. 89 vom 13. September 1899.
C. P. O.	= Deutſche Civilprozeßordnung in der Faſſung vom 20. Mai 1898.
D. G. R. G.	= Das Reichsgerichtskoſtengeſetz in der Faſſung vom 20. Mai 1898.
E. G.	= Einführungsgeſetz.
F. G.	= Das Reichsgeſetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der Faſſung vom 20. Mai 1898.
Geb. O.	= Gebührenordnung.
Gen. Geſ.	= Reichsgeſetz betreffend die Erwerbs- und Wirtſchaftsgenoffen- ſchaften in der Faſſung vom 20. Mai 1898.
G. O. f. R. A. oder D. G. O. f. R. A.	= Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte in der Faſſung vom 20. Mai 1898.
Gr. B. O.	= Reichsgrundbuchordnung in der Faſſung vom 20. Mai 1898.
G. V. G.	= Deutſches Gerichtsverfaſſungsgeſetz in der Faſſung vom 20. Mai 1898.
H. G. B.	= Handelsgeſezbuch vom 10. Mai 1897.
K. G.	= Kammergericht.
Mügel	= Die Preußiſchen Koſtengeſetze von Oskar Mügel, fünfte Auflage, 1907.
O. L. G.	= Oberlandesgericht.
Pr. oder Pr. G. R. G.	= Preußiſches Gerichtskoſtengeſetz in der Faſſung vom 6. Oktober 1899.
Pr. G. O.	= Preußiſche Gebührenordnung für Rechtsanwälte und Gerichts- vollzieher.
Pr. G. O. f. Not.	= Preußiſche Gebührenordnung für Notare.
R. G.	= Reichsgericht.
R. Gr. B. O.	= Reichsgrundbuchordnung in der Faſſung vom 20. Mai 1898.
St. P. O.	= Strafprozeßordnung.
St. St. G.	= Stempelſteuergeſetz vom 23. Mai 1903, geändert durch Geſetz Nr. 27 vom 10. April 1906.
St. St. L.	= Der Tarif zum Stempelſteuergeſetz.
Zeitiſchr. für Rechtſpfl.	= Zeitiſchrift für Rechtſpfl. im Herzogtum Braunschweig.
Zw. V. G.	= Reichsgeſetz über die Zwangsverſteigerung und Zwangs- verwaltung in der Faſſung vom 20. Mai 1898.

I.

Braunschweigisches Kostengesetz

für

Gerichte und Notare.

Einleitung.

Die landesgesetzlichen Bestimmungen über das gerichtliche Kostenwesen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit haben seit der Gesetzgebung des Jahres 1851 eine vollständige Neuregelung nicht erfahren. Auch der bei Einführung des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches 1863 aufgestellte Gebührentarif für die mit der Führung des Handelsregisters verbundenen gerichtlichen Geschäfte ist in seinen Grundzügen noch heute in Geltung. Zwar sind bei der Neufassung der Kostengesetze im Jahre 1879 und namentlich 1899 zahlreiche Änderungen und Zusätze im einzelnen getroffen und einige Gebührensätze sind, hauptsächlich im Interesse der Notare, mäßig erhöht; der Zweck der Änderungen war aber sowohl 1879 wie 1899 lediglich der, die Kostenbestimmungen der veränderten Gesetzgebung auf den Gebieten des Prozeßrechts und des bürgerlichen Rechts anzupassen, eine wesentliche Vermehrung der Einnahmen für die Staatskasse wurde bei der damals noch günstigen Finanzlage nicht beabsichtigt. Die Gebührenbemessung in den geltenden Kostengesetzen zeigt eine große Mannigfaltigkeit. Neben einer Anzahl fester Sätze bestehen etwa 20 selbständige Gebührenreihen, welche nicht nur ein verschiedenes Maß des Anstehens der Gebühren aufweisen, sondern vielfach auch durch eine abweichende Einteilung der Wertklassen sich unterscheiden. Da außerdem die braunschweigischen Kostenbestimmungen in verschiedenen Landesgesetzen zerstreut sind, welche zudem auf zahlreiche Stellen des Deutschen Gerichtskostengesetzes verweisen, so ist die Kostenberechnung sehr umständlich. Was die Höhe der Kosten angeht, so sind die Gebührensätze, abgesehen von der sehr starken Belastung der ganz kleinen Werte, im Vergleich zu den Sätzen anderer Bundesstaaten durchweg außerordentlich niedrig. Daneben wirkt für die Staatskasse der Umstand ungünstig, daß die einzelnen Wertklassen zu weit bemessen sind. Während das Deutsche Gerichtskostengesetz die Werte bis zu 30 000 *M* in 28 Klassen abstuft, von denen 14 auf die Werte bis zu 4300 *M* entfallen, sind dieselben Werte in den braunschweigischen Tarifen höchstens in 7, bei Grundbuchsachen und Vormundschaftsachen nur in 6 und in manchen Fällen in noch weniger Wertklassen eingeteilt. Wenn z. B. in den geltenden Tarifen für Werte von 7500 oder 10 000 *M* derselbe Gebührensatz bestimmt ist, wie für den dreifachen oder vierfachen Wert von 30 000 *M*, so liegt es auf der Hand, daß durch Einschlebung von Zwischenstufen und zweckmäßige Steigerung der Gebühren für die Staatskasse eine wesentliche Mehreinnahme gewonnen werden kann.

Eine Vermehrung der Staatseinnahmen durch eine sachgemäße Erhöhung der Gebühren, wie sie in den Sitzungen der Landesversammlung vom 2. März und 23. März 1906 bereits in Aussicht gestellt ist, erscheint aber im allgemeinen aus dem Grunde gerechtfertigt, weil die Einnahmen der Justizverwaltung in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nicht ausreichen, um die entstehenden Ausgaben zu decken.

Das Gesetz verfolgt das doppelte Ziel, einerseits durch eine Verringerung der Mannigfaltigkeit der Gebührensätze und Zusammenfassung des zerstreuten Stoffes in ein Gesetz eine einfachere und bequemere Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen herbeizuführen und andererseits die Einnahme der Staatskasse zu vermehren. Diese Zwecke lassen sich durch eine abermalige Novellengesetzgebung unter Beibehaltung des bisherigen Systems nicht erreichen. Das Gesetz will deshalb das gesamte der Landesgesetzgebung unterliegende gerichtliche Kostenwesen nach einheitlichen Grundsätzen von Grund auf neu regeln. Als Vorbild für die Bestimmungen des Entwurfes hat das Preussische Gerichtskostengesetz in der Fassung vom 6. Oktober 1899 gedient, dessen Vorschriften auch die Grundlage für die Kostengesetze in Anhalt, Baden, Elsaß-Lothringen, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Weimar, Oldenburg und Württemberg gebildet haben. Von einer wörtlichen Übernahme des preussischen Gesetzes konnte jedoch schon deshalb keine Rede sein, weil manche preussischen Rechtsinstitute im Herzogtume fehlen oder abweichend gestaltet sind. Vielmehr sind die einzelnen preussischen Bestimmungen an der Hand der in der Praxis gemachten Erfahrungen auf ihre Zweckmäßigkeit und Brauchbarkeit für das Herzogtum geprüft und bei der Aufnahme in das Gesetz in mancher Hinsicht geändert, worüber das Nähere aus der Begründung zu den einzelnen Paragraphen zu ersehen ist. Neben dem Preussischen Gerichtskostengesetze ist, und zwar vorwiegend für den äußeren Aufbau des Entwurfes, namentlich noch das Gerichtskostengesetz für das Großherzogtum Sachsen-Weimar benutzt, welches sich durch eine besonders übersichtliche und klare Fassung auszeichnet. Bei der Abmessung sind verschiedene Gebührenreihen nur insoweit aufgestellt, als innere Gründe ein verschiedenes Maß des Anstiegens der Gebührensätze erfordern. Das Gesetz glaubt danach für die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit der Hauptsache nach mit den drei Tarifen A, B, C auszukommen, welche mit den Tarifen des § 33 und des § 57 A und B des Preussischen Gerichtskostengesetzes übereinstimmen. Da allen 3 Tarifen dieselben Wertstufen zugrunde liegen, welche außerdem in den Werten bis zu 30 000 *M* mit den Wertklassen des Deutschen Gerichtskostengesetzes sich decken, so lassen sich die drei Tarife in einer Tabelle vereinigen, wodurch die Gebührenberechnung wesentlich erleichtert wird. Die Sätze des Tarifes A sind in den mittleren Werten bis zu 14 000 *M* höher, bleiben aber darüber hinaus fortschreitend mehr hinter den Sätzen des Tarifes C zurück; der nur für die Eintragungen des Eigentümers im Grundbuche bestimmte Tarif B hat durchweg etwas höhere Sätze wie der Tarif C. Die Tarife

B und C sind für diejenigen gerichtlichen Geschäfte bestimmt, bei welchen, wie in Grundbuchsachen und in Nachlasssachen, das öffentliche Interesse wesentlich beteiligt ist. In den hierher gehörigen Fällen sind die Beteiligten in der Regel gezwungen, die gerichtliche Tätigkeit in Anspruch zu nehmen, und es erscheint deshalb gerechtfertigt, die Gebühren annähernd gleichmäßig mit den Werten ansteigen zu lassen, um die kleinen und mittleren Werte zu entlasten und zum Ausgleich von den hohen Werten entsprechend höhere Gebühren zu erheben.

Andere Gesichtspunkte machen sich geltend bei der im dritten Abschnitte des Gesetzes behandelten freiwilligen Gerichtsbarkeit im engeren Sinne, welche die vorwiegend im Privatinteresse erfolgende gerichtliche oder notarielle Beurkundungstätigkeit umfaßt. Da es hier meistens im Belieben der Parteien steht, ob sie ihre rechtsgeschäftlichen Erklärungen zu gerichtlichem oder notariellem Protokoll erklären wollen oder nicht, so dürfen die Gebühren in den hohen Wertklassen nicht allzuhoch bestimmt werden, weil sonst die Gefahr entsteht, daß die Parteien auf die Vorteile einer gerichtlichen oder notariellen Beurkundung verzichten. Andererseits pflegen sich bei dem einzelnen Notare hohe und niedere Objekte nicht so auszugleichen, daß es anginge, die Gebühren in den unteren Wertklassen sehr niedrig zu bemessen, um in den höheren einen Ausgleich zu suchen und auch die Beteiligten, welche in ihrem privaten Interesse die Hilfe des Gerichts oder des Notars in Anspruch nehmen, können sich nicht beklagen, wenn sie dafür eine angemessene Vergütung zahlen müssen. Demgemäß ist die Stufenleiter der Gebühren im Tarife A so bemessen, daß die Gebühren in den unteren Wertklassen die Sätze des Tarifes C übersteigen, daß aber die Zunahme der Gebühren in den höheren Klassen eine wesentlich geringere ist. Für die zahlreichen verschiedenartigen Geschäfte sind die Gebührensätze in der Weise bestimmt, daß ein Vielsaches oder ein Bruchteil, nach Zehnteilen abgestuft, von den Sätzen der drei Tarife zu erheben ist. Außer diesen 3 Tarifen kommen namentlich noch in Betracht die Gebührenreihe in Handelsregisterfachen (§ 77), welche jedoch nur 6 Wertklassen umfaßt, und die Gebührenreihe in Vormundschaftsachen (§§ 100, 101), nach welcher die Gebühren in genau gleichbleibenden Prozentsätzen vom Vermögen erhoben werden. Dagegen ist es im Interesse der Einfachheit des Gesetzes grundsätzlich vermieden, die Sätze des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes in den Angelegenheiten der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit anzuwenden, zumal schon $\frac{2}{10}$ dieser Sätze in den höheren Wertklassen die in dem teuersten Tarife B bestimmten Gebühren wesentlich überschreiten. Nur in den Fällen des § 127, wo es sich um Verfahren handelt, welche in der Zivilprozessordnung geregelt oder den Vorschriften dieses Gesetzes nachgebildet sind, ließ sich die Anwendung des Deutschen Gerichtskostengesetzes nicht umgehen.

Die Stempelabgaben sind nur da beseitigt, wo sie für die gerechte und gleichmäßige Abstufung der Gebühren ein Hindernis bildeten und nur bei solchen Geschäften, für deren Wahrnehmung ausschließlich die Gerichte

zuständig sind. Im übrigen sind die bisherigen Regeln über die Verrechnung und Einziehung der Stempel mit den Gerichtskosten, von einzelnen unwesentlichen Fassungsänderungen abgesehen, beibehalten. Der Übersicht wegen sind die Vorschriften über das gerichtliche Stempelwesen in dem zweiten Abschnitte des ersten Theiles des Gesetzes zusammengestellt.

Obwohl hiernach die Stempelabgaben in gewissem Umfange beseitigt und obwohl die Gebühren bei den kleinsten Werten gegenüber den bisherigen Sätzen ermäßigt werden, so ist doch infolge der Erhöhung fast aller Gebührensätze in den mittleren und höheren Wertklassen eine erhebliche Mehreinnahme für die Staatskasse mit Sicherheit zu erwarten.

Das Gesetz zerfällt in drei Theile. Der erste enthält eine erschöpfende Regelung der Kosten in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit. In dem ersten Abschnitte desselben sind die allgemeinen Bestimmungen über Ansatz und Erhebung der Kosten zusammengestellt, um eine den Gebrauch des Gesetzes erschwerende Verweisung auf die Bestimmungen des Deutschen Gerichtskostengesetzes zu ersparen. Der zweite Abschnitt enthält die Vorschriften über das gerichtliche Stempelwesen, die Abschnitte III—XI regeln den Betrag der Gebühren und Auslagen. Während Preußen eine besondere Gebührenordnung für Notare erlassen hat, erschien es bei der auch im Gesetze beibehaltenen Gleichstellung der Notare mit den Richtern unbedenklich und der Einfachheit wegen zweckmäßig, die Gebührenvorschriften für Gerichte und Notare, wie bisher, in einem Gesetze zu vereinigen; die wenigen besonderen Bestimmungen für Notare, welche das geltende Gesetz zerstreut enthält, haben in dem zwölften Abschnitte des ersten Theiles Aufnahme gefunden. Der Gegenstand des zweiten Theiles bildet das Kostenwesen in streitigen Rechtsangelegenheiten, soweit es der Landesgesetzgebung untersteht. Der dritte Teil gibt die erforderlichen Schlußbestimmungen, insbesondere über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes und das Verhältnis desselben zu der bisherigen Gesetzgebung. Da ohnehin einzelne Bestimmungen des Ausführungsgesetzes Nr. 38 zum Gesetze über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu ändern waren, so ist bei dieser Gelegenheit auf Wunsch der Notare auch die Aufhebung des § 34 Absatz 2 des bezeichneten Gesetzes mit ausgesprochen, obwohl diese Aufhebung mit den Kostenbestimmungen nicht im Zusammenhange steht (vgl. Bemerkung IV zu § 163).

Da die Ordnung der Kostenangelegenheiten der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit der selbständigen Regelung durch die Landesgesetze untersteht und die Vorschriften auf diesem Gebiete, welche den weit überwiegenden Teil des Gesetzes ausmachen, selbständig neben die Bestimmungen des Deutschen Gerichtskostengesetzes treten, so ist statt der bisherigen Bezeichnung „Ausführungsgesetz zum Deutschen Gerichtskostengesetze“ die Benennung „Braunschweigisches Kostengesetz für Gerichte und Notare“ auf Vorschlag der Landtagskommission gewählt.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Johann Albrecht**, Herzog zu
Mecklenburg usw., Regent des Herzogtums Braunschweig,
erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das nachfolgende Gesetz:

Erster Teil.

Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Der erste Teil umfaßt alle Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, d. h. alle diejenigen gerichtlichen Angelegenheiten, welche weder zur streitigen Gerichtsbarkeit, noch zur Justizverwaltung gehören.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

Anwendungsbereich des Gesetzes.

§ 1.

In den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit werden Gebühren und Auslagen der Gerichte und Notare nur nach Maßgabe dieses Gesetzes und der demselben angehängten Tarife A, B, C erhoben.

Gerichtliche Gebühren und Auslagen werden, soweit die Gerichtsschreiber zur Vornahme eines Geschäfts der freiwilligen Gerichtsbarkeit zuständig sind, auch für die Tätigkeit des Gerichtsschreibers angesetzt.

§ 1 bringt zum Ausdruck, daß das gesamte Kostenwesen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit durch das Gesetz umfaßt werden soll.

Die reichsgesetzlichen Gebührenvorschriften bleiben selbstverständlich unberührt. Solche reichsgesetzlichen Gebührenvorschriften sind jedoch auf dem Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit nur für einzelne wenige Ausnahmefälle getroffen, nämlich:

1. für die Führung einzelner öffentlicher Register; vgl. insbesondere § 159 Gen.-Ges.; § 9 Absatz 6 und § 12 des Gesetzes vom 11. Januar 1876 über das Urheberrecht an Mustern und Modellen; § 16 und Gebührentarif des Gesetzes vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung;
2. für die Beglaubigung der zum Reichsschuldbuche einzureichenden Anträge, vgl. Bemerkung zu § 45 am Ende;
3. für die Beweisaufnahme in den Fällen des § 11 des Flößereigesetzes vom 15. Juni 1895 und § 14 des Binnenschiffahrtsgesetzes in der Fassung vom 20. Mai 1898.

§ 2.

Die Tätigkeit der Gerichte und Notare darf von der Sicherstellung oder Zahlung der Gebühren und Auslagen nur insoweit abhängig gemacht werden, als dieses Gesetz es gestattet.

Vgl. D. G. R. G. § 3. Auch die Notare sind zur Ausübung ihrer Amtstätigkeit in ihrem Kreise verpflichtet. § 27 A. G. zum F. G.

Einschlägige Bestimmungen: §§ 17, 18, 19, 95 Absatz 4 und für die Notare § 142.

Erinnerungen gegen den Kostenanfaß.

§ 3.

Über Erinnerungen des Zahlungspflichtigen oder der Staatskasse gegen den Anfaß von Gebühren und Auslagen entscheidet das Gericht, dessen Gerichtsschreiber den Anfaß bewirkt hat, gebührenfrei. Die Entscheidung kann von dem Gerichte, welches sie getroffen hat, sowie von dem Gerichte der höheren Instanz von Amts wegen geändert werden.

Nach § 11 Br. G. R. G. galt § 4 des D. G. R. G. auch bisher schon im Herzogtume. Die Vorschrift im § 8 Nr. 4 des Br. G. R. G. in der Fassung des Gesetzes Nr. 32 vom 23. Mai 1903 ist durch § 3 des Gesetzes mit gedeckt. Zur Wahrung der Interessen der Staatskasse ist der gerichtliche Rechnungsrevisor berufen (vgl. Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums Nr. 73 vom 10./12. 1903, Gesetz- und Verordnungs-Sammlung S. 521 bis 523): Selbstverständlich kann der Vertreter der Staatskasse auch zugunsten der Zahlungspflichtigen Rechtsmittel einlegen. Das zuständige Gericht ist im § 6 bestimmt.

In den Fällen des § 3 sind auch Schreibgebühren nicht zu berechnen (§ 130).

§ 4.

Gegen die im § 3 bezeichnete Entscheidung findet, wenn ein Amtsgericht oder das Landgericht in erster Instanz entschieden hat, die Beschwerde, gegen die Entscheidung des Landgerichts als Beschwerdeinstanz findet weitere Beschwerde nach den Vorschriften des Reichsgesetzes über die

Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit statt. Zur selbständigen Einlegung der zulässigen Rechtsmittel ist auch der gerichtliche Rechnungsrevisor ohne Zuziehung eines Rechtsanwalts befugt. Über die weitere Beschwerde sowie über die Beschwerde gegen Entscheidungen des Landgerichts in erster Instanz entscheidet in jedem Falle das Oberlandesgericht.

Gegen Entscheidungen des Oberlandesgerichts findet kein Rechtsmittel statt.

Vgl. Pr. § 27. Bisher galten nach § 11 Br. G. R. G. für Kostenbeschwerden gemäß § 4 D. G. R. G. die Vorschriften über Beschwerden in streitigen Sachen. Nach dem Vorgange anderer Bundesstaaten erscheint es aber richtiger, die reinen Kostenbeschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit denselben Vorschriften zu unterwerfen, welche das F. G. für sachliche Beschwerden, insbesondere in den §§ 21 bis 27, 28 Satz 1, 29 und 30 getroffen hat. Das Reichsgericht konnte durch Landesgesetz mit Kostenbeschwerden nicht befaßt werden, es ist deshalb durch Absatz 1, Schlusssatz, die Anwendbarkeit der Vorschriften des F. G. § 28 Absatz 2 und 3 ausgeschlossen und in Absatz 2 ausdrücklich bestimmt, daß Rechtsmittel gegen die Entscheidungen des D. L. G. nicht gegeben sind. Wegen der Form für die Einlegung der Beschwerde vgl. § 21 F. G. Die weitere Beschwerde unterliegt den Formvorschriften des § 29 F. G. Um Zweifel abzuschneiden, ist besonders vorgeschrieben, daß der gerichtliche Rechnungsrevisor, welcher nach den jetzigen Vorschriften stets als Gerichtsschreiber beim Herzogl. Landgerichte angestellt sein muß, sämtliche Rechtsmittel, mithin auch die weitere Beschwerde, selbständig einlegen kann und also nicht genötigt ist, einen Rechtsanwalt zur Einreichung der Beschwerdebefchrift zuzuziehen. In sachlicher Hinsicht ist die weitere Beschwerde nach § 27 F. G. nur zulässig, wenn die Beschwerde auf der Verletzung des Gesetzes beruht (§§ 550, 551, 561, 563 C. P. D.).

Erstinstanzliche Entscheidungen des Landgerichts oder Oberlandesgerichts können da in Frage kommen, wo es sich um die Kosten einer in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit erhobenen Beschwerde oder weiteren Beschwerde handelt. Die Beschwerde gegen erstinstanzliche Entscheidungen des Landgerichts unterliegt nicht den Formvorschriften und sachlichen Beschränkungen der weiteren Beschwerde. Gegen erstinstanzliche Kostenansätze des D. L. G. kann seitens der Beteiligten nur dessen Officialtätigkeit gemäß § 3 angerufen werden.

Nachforderung von Gerichtskosten.

§ 5.

Eine Nachforderung von Gerichtskosten wegen irrigen Ansatzes ist nur zulässig, wenn der berichtigte Ansatz vor Ablauf des nächsten Kalenderjahres nach rechtskräftiger oder endgültiger Erledigung des Geschäfts dem Zahlungspflichtigen mitgeteilt ist.

Die Vorschrift stimmt mit § 5 D. G. R. G. überein. Dieselbe Bestimmung galt auch bisher, da im § 11 des Br. G. R. G. der § 5 D. G. R. G. mit angezogen ist (ebenso Pr. § 12).

Ansatz der Kosten.

§ 6.

Der Ansatz der Gebühren und Auslagen erfolgt durch den Gerichtsschreiber desjenigen Gerichts, bei welchem die Rechtsangelegenheit anhängig ist, auch wenn die Kosten bei einem ersuchten Gerichte entstanden sind oder die Angelegenheit früher bei einem anderen Gerichte anhängig war. Der § 17 der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige wird hierdurch nicht berührt.

Der Ansatz erfolgt besonders für jede Instanz.

In Vormundschaftsachen erfolgt, falls ein Familienrat bestellt ist, der Ansatz der Kosten bei dem für die Vormundschaft zuständigen Amtsgerichte.

I. Vgl. Pr. § 14. Die Vorschriften stimmen mit § 5 des bisherigen Br. G. R. G. im wesentlichen überein. Der Ansatz ist entsprechend der bisher schon geübten Praxis dem Gerichtsschreiber übertragen, zumal nach dem veröffentlichten Entwurfe eines Reichsgesetzes über Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes usw. der Gerichtsschreiber in Zukunft auch für den Erlaß des Kostenfestsetzungsbeschlusses in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zuständig sein soll. Absatz 3 ist aus Sachsen-Weimar § 6 Absatz 3 übernommen, um mit Rücksicht auf § 1872 B. G. B. jeden Zweifel abzuschneiden. Der § 6 hat wesentlich die Bedeutung, die Zuständigkeit für die bei dem Ansätze der Kosten „dem Gerichte“ zugewiesenen Entscheidungen (§§ 3, 14, 15, 17, 20 u. a.) festzustellen.

Unter „Ansatz“ der Gebühren und Auslagen ist die Berechnung und Feststellung derselben zum Zwecke der Erhebung von dem Zahlungspflichtigen zu verstehen. Soweit für eine Mehrheit unter sich zusammenhängender gerichtlicher Akte nach den Bestimmungen des Gesetzes eine einheitliche Gebühr anzusetzen ist, liegt auch im Sinne des § 6 nur eine Rechtsangelegenheit vor. Werden in solchen Fällen verschiedene Gerichte tätig, so werden die Gebühren und Auslagen gemeinsam durch dasjenige Gericht berechnet und erhoben, welches das Geschäft endgültig erledigt. Dies trifft z. B. zu, wenn eine Vormundschaft oder Pflegschaft von einem Gerichte an ein anderes abgegeben wird (bei Abgabe an ein nicht braunschweigisches Gericht sind jedoch die Kosten nach § 109 zu berechnen) oder wenn ein Erbauseinandersetzungsverfahren gemäß §§ 86 fg. F. G. das Nachlaßgericht einen Beteiligten durch einen ersuchten Richter vernehmen läßt.

II. Handelt es sich dagegen um besonders tarifierte Geschäfte, so sind die mehreren Akte stets als verschiedene Angelegenheiten im Sinne des § 6 anzusehen, auch wenn die gesamte Tätigkeit der Gerichte zur Erledigung eines einzigen Antrages dient. Die Gebühren sind daher bei demjenigen der beteiligten Gerichte, welches den Rechtsakt vornimmt, besonders in Ansatz zu bringen. Wird z. B. die Erteilung eines Erbscheines bei einem Gerichte beantragt, und im Verfahren wird eine eidesstattliche Versicherung vor einem anderen Gerichte abgegeben, so hat das letztere die im § 52 Ziffer 2 bestimmte Gebühr besonders zu erheben. Ebenso ist zu verfahren, wenn das eine Gericht

einen Vertragsantrag, das andere die Annahme des Antrages oder die Zustimmung einzelner Teilnehmer beurkundet. In allen diesen Fällen liegt ein Akt wahrer Rechtshilfe nicht vor, weil die Amtshandlung eines jeden Gerichts, auch wenn sie etwa aus Anlaß des Ersuchens oder richtiger infolge Vermittlung eines anderen Gerichts erfolgt, sich als eine selbständige Beurkundungstätigkeit darstellt, welche über den Rahmen des bei der ersuchenden Behörde anhängigen Verfahrens hinausgeht. Ist hiernach in diesen Fällen § 6 nicht anwendbar, so kann doch, soweit es sich um braunschweigische Gerichte handelt, im einzelnen Falle aus Zweckmäßigkeitsgründen das eine Gericht die bei ihm erwachsenen Gebühren und Auslagen einem anderen Gerichte zur Verrechnung und Einziehung überweisen.

III. Ersucht ein braunschweigisches Gericht ein nicht braunschweigisches, deutsches Gericht um Vornahme einer Amtshandlung, so wird das letztere, sofern es sich um einen Akt eigentlicher Rechtshilfe handelt, nach den im Jahre 1907 unter sämtlichen Bundesstaaten vereinbarten Grundsätzen (vgl. Zeitschr. für Rechtspf. 1907, S. 50) Gebühren nicht berechnen können und die von demselben mitzuteilenden Auslagen werden für Rechnung des braunschweigischen Staates bei dem ersuchenden Gerichte erhoben. Nimmt aber das ersuchte nicht braunschweigische deutsche Gericht einen Rechtsakt vor, welcher über den Gegenstand des bei der ersuchenden Behörde anhängigen Verfahrens hinausgeht (Bemerkung II), so kann das ersuchte Gericht nach I A 3 der vereinbarten Grundsätze Kosten und Abgaben erheben. Werden in diesem Falle die Kosten seitens des ersuchten Gerichts nicht direkt von dem Zahlungspflichtigen erhoben, sondern bei der ersuchenden Behörde liquidiert, so hat die letztere diese Kosten den Zahlungspflichtigen nach § 128 Ziffer 8 als Auslagen in Rechnung zu stellen und nach Eingang (§ 165 Absatz 3 S. V. G., § 2 F. G.) der ersuchten Behörde zu übersenden. Für die Tätigkeit des ersuchten deutschen Gerichts sind besondere Gebühren seitens des ersuchenden braunschweigischen Gerichts in keinem Falle anzusetzen.

Wird eine ausländische Behörde ersucht, so sind die von derselben liquidierten Kosten als Auslagen gemäß § 128 Nr. 8 den Parteien in Rechnung zu stellen (vgl. die Zusammenstellung der Vorschriften über Rechtshilfe im Auslande, Zeitschr. für Rechtspf. 1906 Beilageheft II).

Wegen der Kostenberechnung in dem Falle, wenn ein nicht braunschweigisches Gericht an ein braunschweigisches Gericht ein Ersuchen um Rechtshilfe richtet, ist § 118 nebst Bemerkungen zu vergleichen.

IV. Die Festsetzung der Gebühren und Auslagen für Zeugen und Sachverständige hat natürlich in allen Fällen durch das Gericht zu geschehen, vor welchem die Zeugen usw. vernommen sind, auch haben die Zeugen und Sachverständigen bei diesem Gerichte die zulässigen Rechtsmittel zu verfolgen. Dies ist in Absatz 1 Schlusssatz durch Aufrechterhaltung des § 17 der Geb. O. für Zeugen und Sachverständige (vgl. § 133 des Gesetzes) zum Ausdruck gebracht.

Verpflichtung zur Kostenzahlung.

§ 7.

Zur Zahlung der Kosten ist derjenige verpflichtet, welchem durch gerichtliche Entscheidung die Kosten des Verfahrens auferlegt sind. Wird die

Entscheidung aufgehoben oder abgeändert, so erlischt insoweit die Zahlungsverpflichtung.

In Ermangelung einer gerichtlichen Entscheidung über die Kosten ist, soweit nicht ein anderes in diesem Gesetze bestimmt ist, bei Geschäften, die auf Antrag vorzunehmen sind, der Antragsteller, bei von Amts wegen vorzunehmenden Geschäften derjenige, dessen Interesse dabei wahrgenommen wird, zur Zahlung der Kosten verpflichtet.

Vgl. Pr. § 1. Der § 7 entspricht dem bisherigen § 8 des A. G. Nr. 38 zum F. G., dessen Inhalt des Zusammenhanges wegen besser in das gegenwärtige Gesetz zu übernehmen ist.

I. Eine Verurteilung in die Kosten findet namentlich statt in den Fällen der §§ 1875 Absatz 1 B. G. B., 138 F. G., 7 und 9 Br. A. G. Nr. 38 zum F. G., 15, 28 Absatz 2 des gegenwärtigen Gesetzes, kann aber auch in anderen Fällen, z. B. bei Zurückweisung von Rechtsmitteln, vom Gerichte ausgesprochen werden. Der Verurteilte ist für die Kosten des Verfahrens auch der Staatskasse gegenüber ausschließlich haftbar, vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§ 8, 10 und 17 (vgl. auch Bemerkung I zu § 9). Die Zahlungspflicht tritt schon vor der Rechtskraft der Entscheidung ein, erlischt jedoch, soweit eine Abänderung der Entscheidung erfolgt.

II. Wenn es zu einer Entscheidung über die Kosten nicht kommt — ein Fall, der in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit die Regel bildet —, so ist zu unterscheiden zwischen Geschäften, die nur auf Antrag und solchen, die von Amts wegen vorzunehmen sind. Bei Geschäften der ersteren Art ist der Antragsteller Kostenschuldner, und als Antragsteller ist z. B. bei Beurkundung von Rechtsgeschäften regelmäßig jeder anzusehen, welcher die gerichtliche Tätigkeit in Anspruch genommen hat und dessen Erklärung mit beurkundet oder beglaubigt wird. Personen, deren Erklärung nur gelegentlich der Vornahme eines Geschäftes mit beurkundet werden, z. B. Bieter bei der Versteigerung, Wechselschuldner bei der Protesterhebung, Aktionäre, deren Erklärungen im Protokoll über die Generalversammlung aufgenommen sind, haften natürlich nicht als Antragsteller. Sind Geschäfte von Amts wegen vorzunehmen, so haften diejenigen für die Kosten, in deren Interesse das Geschäft vorgenommen wird. In solchen Fällen, z. B. bei Anordnung von Vormundschaften oder Plegschaften, beim Einschreiten des Vormundschaftsgerichts gegen Pflichtwidrigkeiten des Vormundes, bei der Fürsorge des Nachlassgerichts nach § 1960 B. G. B., haften nicht etwa diejenigen, welche durch Mitteilung der entsprechenden Tatsachen das Einschreiten des Gerichts in Anregung gebracht haben. Bei Geschäften, welche lediglich im öffentlichen Interesse, nicht im Interesse einer bestimmten Person, von Amts wegen vorgenommen werden, fallen die Kosten der Staatskasse zur Last, weil es an einem Zahlungsverpflichtigen fehlt.

III. Die Vorschriften des § 7 Absatz 2 kommen nur in Betracht, soweit nicht ein anderes in diesem Gesetze bestimmt ist. Das ist geschehen, abgesehen von § 7 Absatz 1, in den §§ 59 Absatz 2, 95 Absatz 4, 98, 105 Absatz 2, 123.

IV. § 7 regelt das Verhältnis der Staatskasse zu dem Zahlungsverpflichtigen. Ob aber der letztere etwa von anderen Personen Ersatz verlangen

kann, richtet sich nach den für das betreffende Verfahren geltenden Bestimmungen oder nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts.

§ 8.

Wer durch eine gegenüber dem Gerichte oder Notar abgegebene Erklärung die Kosten übernommen hat, haftet neben dem nach diesem Gesetze zur Zahlung Verpflichteten für die Zahlung der Kosten als Gesamtschuldner.

Vgl. D. O. R. G. § 86 Absatz 1, Pr. § 4. Es handelt sich um eine sogenannte empfangsbedürftige Erklärung, welche sowohl unter Anwesenden (mündlich oder durch Fernsprecher, § 147 B. G. B.) als auch unter Abwesenden (durch Brief, Telegramm vgl. § 130 B. G. B.) abgegeben werden kann. Eine Annahme der Erklärung ist in keinem Falle erforderlich. Der Übernehmer haftet neben dem bisherigen Kostenschuldner und zwar als Gesamtschuldner. Es versteht sich indessen von selbst, daß die Kosten regelmäßig von dem Übernehmer erhoben werden und daß nur, wenn die Umstände es gebieten, z. B. im Fall der Uneinbringlichkeit der Kosten oder bei notorischer Zahlungsunfähigkeit des Übernehmers, der gesetzlich nach § 7 zur Zahlung Verpflichtete entweder als Zweitschuldner oder auch von vornherein in Anspruch zu nehmen ist.

Erinnerung und Beschwerden nach §§ 3, 4 stehen auch dem Übernehmer der Kosten zu.

§ 9.

Bei Geschäften, welche auf Antrag vorzunehmen sind, haften mehrere Antragsteller als Gesamtschuldner.

Bei von Amts wegen vorzunehmenden Geschäften haften eine Mehrzahl von Beteiligten nach Verhältnis ihrer Interessen und bei gleichen Interessen oder wenn ein bestimmtes Interesse nicht zu ermitteln ist, nach Kopfteilen.

Die durch besondere Anträge eines Beteiligten entstandenen Mehrkosten fallen diesem allein zur Last.

I. Vgl. Pr. § 2. Liegt eine Entscheidung des Gerichts über die Verpflichtung zur Zahlung der Kosten vor, so ist die Entscheidung allein maßgebend und § 9 kommt nicht in Betracht. Denn die Haftung der Antragsteller oder Interessenten tritt nach § 7 Absatz 2 nur ein, soweit eine Kostenentscheidung des Gerichts nicht vorliegt. Ist also durch Entscheidung des Gerichts einer Person die Zahlung der Kosten auferlegt, so kommt daneben die Haftung weiterer Kostenschuldner, seien es Antragsteller oder Interessenten, abgesehen von den Fällen der §§ 8 und 10 und von einer etwaigen Vorhaufpflicht für die Auslagen (§ 17) nicht in Frage. Legt die gerichtliche Entscheidung mehreren Personen die Kostenlast auf, so ist mangels ausdrücklicher Bestimmung durch Auslegung der Entscheidung die gewollte Verteilung der Kostenlast festzustellen und im Zweifel eine Haftung der mehreren Personen nach Kopfteilen anzunehmen, vgl. § 420 B. G. B., § 100 E. F. O. und § 91 D. O. R. G.

Nach dem Aufbau des Gesetzes kann es nicht zweifelhaft sein, daß der Richter, wenn er über die Pflicht zur Tragung der Kosten eine Entscheidung treffen will, bei der Fällung dieser Entscheidung an die Regeln der §§ 7 und 9 des Entwurfs nicht gebunden ist, da diese Regeln nur subsidiär gerade für den Fall gelten, daß eine richterliche Entscheidung über die Kosten nicht vorliegt. Die Vorschrift des § 9 Absatz 2 des A. O. Nr. 38 zum F. G. ist deshalb überflüssig und zweckmäßig aufzuheben, damit nicht der Zweifel entsteht, als ob der Richter mehrere Personen zur Tragung der Kosten als Gesamtschuldner nicht verurteilen könne.

II. Bei Geschäften, die nur auf Antrag vorzunehmen sind, sollen die Antragsteller wie bisher als Gesamtschuldner haften. Abweichend vom § 13 Satz 2 Br. O. R. G. und von Baden § 2 treffen Preußen § 2 und Sachsen-Weimar § 9 eine Ausnahme für den Fall, daß mehrere Personen in Rechtsgemeinschaft stehen, indem sie dann die betreffenden Personen nach Verhältnis ihres Anteils eventuell nach Kopfteilen haften lassen. Eine solche Bestimmung ist aber im Interesse der Staatskasse nicht zu empfehlen. Haben die mehreren Antragsteller ein verschiedenes Interesse an dem Rechtsakte, so mögen sie dementsprechend die Kosten unter sich verteilen oder nach § 8 einen oder mehrere Beteiligte dem Gerichte in erster Linie als Kostenschuldner vorschieben. Auch abgesehen hiervon sind die Wünsche der Beteiligten wegen Einziehung der Kosten tunlichst zu befolgen, so daß auf die Gesamthaftung der anderen Beteiligten nur aushilfsweise zurückzugreifen ist. Wegen des Begriffes „Antragsteller“ vgl. Bemerkung II zu § 7.

III. Werden Geschäfte von Amts wegen im Interesse verschiedener Personen, z. B. bei Bestellung eines Vormundes oder Pflegers für mehrere Mündel, vorgenommen, so haften die mehreren für die gemeinsamen Kosten nach Verhältnis ihrer Interessen und, soweit sich dieselben nicht unterscheiden lassen, nach Kopfteilen. Da das Einschreiten des Gerichts hier nicht auf dem freien Willen der Beteiligten beruht, sondern von Amts wegen erfolgt, so liegt kein Grund vor, eine Gesamthaft für die Kosten eintreten zu lassen; vgl. übrigens Bemerkung V.

IV. Der Absatz 3 findet namentlich Anwendung, wenn von mehreren Beteiligten einzelne besonders Abschriften, Ausfertigungen, Bescheinigungen, Zeugnisse und dergleichen beantragen, welche für die übrigen Beteiligten nicht verwertet werden sollen.

V. Die speziellen Vorschriften dieses Entwurfs bleiben selbstverständlich unberührt, vgl. insbesondere §§ 95 Absatz 2 Satz 2, 98. Im Falle einer Vormundschaft oder dauernden Pflegschaft für mehrere Personen sind die Gebühren für jeden Mündel oder Schutzbefohlenen besonders zu berechnen (§§ 100 bis 103).

§ 10.

Durch die Bestimmungen der §§ 7 bis 9 wird eine nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts begründete Verpflichtung zur Zahlung der entstandenen Kosten nicht berührt.

Vgl. D. O. R. G. § 92, Pr. § 5. Wer nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts für die Schulden eines anderen zu haften hat, tritt auch in An-

setzung der Kostenhaftung neben den nach den §§ 7 bis 9 zunächst Verpflichteten. Hierher gehört namentlich die Haftung des Ehemannes für die Ehefrau nach den Vorschriften des ehelichen Güterrechts, z. B. nach § 1388 B. G. B. im Falle des gesetzlichen Güterrechts, wenn der Mann mit Kosten verbundene Rechtsgeäfte über das eingebrachte Gut geschlossen hat (§§ 1385 bis 1387 B. G. B.), und die Haftung des Inhabers der elterlichen Gewalt für das Kind (§§ 1654, 1660, 1686 B. G. B.). Ferner kommen beispielsweise in Betracht die Haftung des Übernehmers eines Vermögens für Schulden des Abgebers (§ 419 B. G. B.), des Nießbrauchers an einem Vermögen für Schulden des Bestellers (§ 1086 B. G. B.), des Erbschaftskäufers für Nachlaßschulden (§§ 2382, 2383 B. G. B.), sodann zahlreiche Fälle im H. G. B., vgl. §§ 25, 27, 28, 128, 171, ferner §§ 122, 141 des Gen.-Gef. u. a. m.

Gebührenfreiheit:

a) persönliche.

§ 11.

Von Zahlung der Gebühren sind befreit:

1. Das Staatsoberhaupt und die Mitglieder des landesfürstlichen Hauses;
2. der Fiskus des Deutschen Reiches und des Braunschweigischen Staates und alle öffentlichen Anstalten und Kassen, welche für Rechnung des Reiches oder des Braunschweigischen Staates verwaltet werden oder diesen gleichgestellt sind, insbesondere auch die Landschaft, das Kammergut, der Kloster- und Studienfonds und die Landes-Brandversicherungsanstalt;
3. Kirchen, Pfarren, Pfarrwitwentümer, Opfereien sowie der Emeritierungs-, der Pfarrwitwentums- und der Pfarrbesoldungsfonds;
4. öffentliche Schulen und öffentliche höhere Lehranstalten, öffentliche Sammlungen für Kunst und Wissenschaft;
5. öffentliche Witwen- und Waisenkassen, Waisenhäuser und andere milde Stiftungen, sowie Vereine und Gesellschaften jeder Art, denen die Rechte milder Stiftungen verliehen sind.

Einem fremden Staatsoberhaupte sowie dem Fiskus anderer Staaten als des Deutschen Reiches und des Braunschweigischen Staates, sowie den öffentlichen Anstalten und Kassen, die für Rechnung eines solchen anderen Staates verwaltet werden, oder diesen gleichgestellt sind, und den Chefs der bei Braunschweig beglaubigten Missionen kann durch Herzogliches Staatsministerium die Gebührenfreiheit gewährt werden, wenn und insoweit die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

In den Fällen 3 bis 5 erstreckt sich die Gebührenfreiheit nur auf diejenigen Kirchen, Anstalten, Stiftungen usw., welche im Herzogtume

ihren Sitz haben. Diese Befreiung kann jedoch durch Herzogliches Staatsministerium auch außerbraunschweigischen Anstalten usw. gewährt werden, wenn der auswärtige Staat Braunschweig gegenüber die gleiche Rücksicht übt.

Die Gebührenfreiheit entbindet nicht von der Zahlung der baren Auslagen.

Vgl. Preußen § 8. Im § 11 ist die persönliche Gebührenfreiheit geregelt, wegen der sachlichen Gebührenfreiheit vgl. § 13. Die Aufzählung der persönlichen Gebührenfreiheiten im § 1 des Br. G. R. G. ist aus dem Kostengesetz von 1879 entnommen und etwas veraltet. Im § 11 sind die inzwischen gebildeten Institute, wie Emeritierungs-, Pfarrwitventums- und Pfarrbefoldungsfonds, hinzugefügt und auch außerdem ist die Zusammenstellung der größeren Deutlichkeit wegen etwas mehr spezialisiert, ohne daß sachliche Änderungen beabsichtigt waren. Bei der Fassung ist der § 5 des Stempelsteuergesetzes zum Muster genommen. Da aber die Gerichtsgebühren mehr oder weniger eine Vergütung für besondere Leistungen der staatlichen Organe bilden, während die Stempelsteuer eine reine Finanzsteuer darstellt, so glaubte der Entwurf in der Gewährung von Gebührenfreiheiten nicht ebenso weit gehen zu sollen, wie das Stempelsteuergesetz. Die Ziffern 1 und 2 enthalten die bisher unter den Ziffern 1, 2 und 5 Br. G. R. G. aufgeführten Gebührenfreiheiten und durch die Mitauführung des Fiskus des Deutschen Reiches wird zugleich die Verweisung auf § 98 des D. G. R. G. überflüssig (der ferner im § 1 Br. G. R. G. angezogene § 47 D. G. R. G. wird durch die Bestimmungen des § 13 des Gesetzes ersetzt). Die Ziffern 3 und 4 waren bisher unter Nr. 3 des § 1 Br. G. R. G. zusammengefaßt. Ziffer 5 entspricht der bisherigen Ziffer 4; unter Wohltätigkeitsanstalten waren bisher nur solche zu verstehen, denen die Rechte milder Stiftungen zustehen, vgl. Mansfeld, Ausführungsgeetze von 1879 S. 384, Anmerkung 1; der Entwurf begreift diese Wohltätigkeitsanstalten mit unter dem bestimmteren Ausdrucke „milde Stiftungen“. Der Absatz 2 stimmt mit dem Stempelsteuergesetz § 5 Absatz 2 überein, die Absätze 3 und 4 entsprechen dem geltenden Rechte (Mansfeld, Ausführungsgeetze von 1879 S. 384 unten und Br. G. R. G. § 1 Absatz 3).

Der § 11 gilt auch für die gesamte streitige Gerichtsbarkeit, nicht auch für Notare (§§ 135, 145, 149). Aus besonderen Gründen ist die Gebührenfreiheit des Fiskus in dem Falle des § 94, wenn das Erbrecht des Fiskus festgestellt wird, beseitigt (vgl. Bemerkung zu § 94; vgl. auch § 145 Abs. 2).

§ 12.

Sind bei einem Geschäfte mehrere Personen beteiligt, so darf die einem Beteiligten nach § 11 zustehende Gebührenfreiheit dem anderen Beteiligten nicht zum Nachteil gereichen.

Fallen die erwachsenen Kosten demjenigen zur Last, welchem die Gebührenfreiheit zusteht, so sind die Gebühren nicht zu erheben und bereits erhobene Gebühren einschließlich etwa geleisteter Vorschüsse zurückzuzahlen.

Vgl. Pr. § 8 Schlusssatz. Zu Absatz 1. Besteht die zahlungspflichtige Partei aus mehreren Personen, von denen nur einer nach § 11 Gebührenfreiheit zusteht, so soll das den übrigen Beteiligten nicht zum Nachteil gereichen. Bei anteilswetser Kostenhaftung (§ 9 Absatz 2) hat der gebührenpflichtige Beteiligte nur den auf ihn fallenden Kostenanteil zu entrichten, der übrige Teil bleibt außer Hebung. Tritt aber Gesamthaftung nach § 9 Satz 1 ein, so bleibt der Anteil von den Kosten außer Ansatz, den der gebührenpflichtige Beteiligte von dem gebührenfreien Genossen nach § 426 B. G. B. im Wege des Rückgriffs verlangen könnte.

Absatz 2 ist dem § 98 Absatz 4 D. G. R. G. nachgebildet.

b) sachliche.

§ 13.

Keine Gebühren werden erhoben:

A. für die Verhandlung und Entscheidung

1. in den Fällen des § 5 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des § 6 des Ausführungsgesetzes zu dem genannten Gesetze;
2. über die Bewilligung und Entziehung des Armenrechts (§ 126 C. P. O., § 14 F. G.);
3. über die Ablehnung eines Richters, eines Gerichtsschreibers, eines Sachverständigen (§§ 42 bis 49, 406 C. P. O.);
4. über die Verpflichtung zur Abgabe eines Zeugnisses oder Gutachtens (§§ 386 bis 389, 408 C. P. O.);
5. über die Zwangsmaßregeln gegen einen Zeugen oder Sachverständigen, sowie die Verurteilung derselben zu Strafe und Kosten (§§ 380, 381, 390, 409 C. P. O.);
6. über die Zulassung einer Zustellung zur Nachtzeit oder an einem Sonntage oder allgemeinen Feiertage (§ 188 C. P. O.);
7. über Gesuche um Erteilung des Zeugnisses der Rechtskraft (§ 31 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit);
8. über die Verpflichtung eines Gerichtsschreibers, gesetzlichen Vertreters, Rechtsanwalts oder anderen Bevollmächtigten sowie eines Gerichtsvollziehers oder Gerichtsdieners zur Tragung der durch Verschulden derselben veranlaßten Kosten;

B. für die gerichtlichen Handlungen, welche die Sicherheitsleistung seitens eines Vormundes, Pflegers oder Beistandes zum Gegenstande haben.

In der Beschwerdeinstanz findet die Bestimmung des Absatzes 1 keine Anwendung, wenn die Beschwerde als unzulässig verworfen oder zurückgewiesen wird.

Die Vorschriften anderer Gesetze, welche noch für andere Rechtsangelegenheiten Gebührenfreiheit gewähren, bleiben unberührt.

I. Vgl. Pr. § 7. Der Paragraph enthält die Fälle der sachlichen oder objektiven Gebührenfreiheit, welche also ohne Rücksicht auf die Personen der Beteiligten wegen der Beschaffenheit der betreffenden Rechtsangelegenheit bewilligt werden. Eine vollständige Aufzählung der sachlichen Gebührenfreiheiten ist jedoch nicht beabsichtigt und nicht zweckmäßig, da durch Sondergesetze stets neue Gebührenfreiheiten eingeführt werden können. Im Schlussabsatz sind deshalb andere gesetzliche Bestimmungen über Gebührenfreiheiten aufrecht erhalten (vgl. § 70 Begründung, Absatz 2). Auch sind in diesem Paragraphen nur die Vorschriften allgemeiner Natur zusammengestellt, spezielle Vorschriften finden sich in dem besonderen Teile in den §§ 50, 70, 81, 108, 112 Absatz 2.

II. Die Ziffern 1 bis 7 sind aus dem § 18 des Br. G. R. G. wörtlich übernommen. Zu Ziffer 8, vgl. § 47 Ziff. 5 des D. G. R. G. und § 15 des gegenwärtigen Gesetzes. Nach der Vorschrift B soll nicht nur die Tätigkeit des Vormundschaftsgerichts als solchen in Gemäßheit der §§ 1844, 1693, 1915 B. G. B. gebührenfrei geschehen, sondern es sollen auch für die etwaige Beurkundung von Verpfändungs- oder Bürgschaftserklärungen und für die Eintragung einer Sicherungshypothek nach § 54 F. G. oder für sonstige gerichtliche Handlungen, welche die Sicherheitsleistung des Vormundes, Beistandes oder Pflegers zum Gegenstande haben, keine Gebühren erhoben werden. Von diesen Kosten, welche nach § 1844 Absatz 3 B. G. B. in jedem Falle dem Mündel zur Last fallen würden, erscheint es billig, den letzteren zu befreien, zumal die Gebühren in Vormundschaftsachen nach Maßgabe dieses Gesetzes für die größeren Vermögen wesentlich erhöht werden. Die Vorschrift ist wegen ihrer allgemeinen Natur hierher gestellt. Soweit nach diesen Vorschriften Gebühren nicht erhoben werden, sind auch Schreibgebühren nicht zu berechnen. § 130.

III. Die im Absatz 2 des § 18 Br. G. R. G. ausgesprochene Anwendbarkeit des § 47 Absatz 2 D. G. R. G. paßt nicht in das System des Gesetzes. Die Bestimmung erscheint entbehrlich, zumal sie nur außerordentlich selten zur Anwendung kommen würde. Der ferner für anwendbar erklärte Absatz 3 des § 47 D. G. R. G. hat wörtliche Aufnahme im § 13 Absatz 2 des Gesetzes gefunden, um eine Verweisung auf das D. G. R. G. zu ersparen.

Niederschlagen von Gebühren und Auslagen.

§ 14.

Die Gerichte sind befugt, Gebühren, welche durch eine unrichtige Behandlung der Sache ohne Schuld der Beteiligten entstanden sind, niederzuschlagen und für die Zurücknahme eines Antrages oder für den einen Antrag zurückweisenden Bescheid Gebührenfreiheit zu gewähren, wenn der

Antrag auf nicht anzurechnender Unkenntnis der Verhältnisse oder auf Unwissenheit beruht.

Das Gericht kann auch anordnen, daß Auslagen, welche durch eine von Amts wegen veranlaßte Terminsverlegung oder durch eine begründete befundene Beschwerde oder durch Erinnerungen entstanden sind, von der Partei nicht erhoben werden sollen. Das gleiche gilt von allen Auslagen in dem Falle, wenn in Gemäßheit des Absatzes 1 die Gerichtsgebühren niedergeschlagen werden.

I. Absatz 1 (Pr. § 7 Abs. 2). Der § 6 des D. O. R. G. galt nach § 11 Pr. O. R. G. schon bisher im Herzogthume. Ebenso wie in Preußen und Sachsen-Weimar ist den abweisenden Bescheiden der Fall gleich gestellt, daß der Beteiligte es auf die Entscheidung des Gerichts nicht erst ankommen läßt, sondern nach erfolgter Belehrung seinen Antrag zurückzieht. Geschieht die Niederschlagung nicht von Amts wegen, so steht der Weg der Erinnerung und Beschwerde nach §§ 3, 4 offen, wie andererseits der Rechnungsrevisor gegen die Niederschlagung Beschwerde verfolgen kann. Werden die Gebühren niedergeschlagen, so sind auch die Schreibgebühren nicht zu erheben (§ 130).

II. Absatz 2. Sachsen-Weimar § 19, Baden § 18 Absatz 2, Pr. § 9. Die Vorschrift entspricht der Billigkeit, sie bezieht sich auf Auslagen aller Art. Die Entscheidung steht im Ermessen des Gerichts, welches z. B. die Gebühren nach Absatz 1 niederschlagen und die Auslagen gleichwohl erheben kann. § 12 der Reichsgrundbuchordnung bleibt selbstverständlich unberührt; es können danach Kosten, welche ein Grundbuchbeamter erwiesenermaßen durch vorsätzliche oder fahrlässige Verletzung seiner Amtspflicht verursacht hat, für den Staat nicht eingezogen werden.

§ 15.

Hat ein Gerichtsschreiber, gesetzlicher Vertreter, Rechtsanwalt oder anderer Bevollmächtigter, ein Gerichtsvollzieher oder ein Gerichtsdienner Auslagen durch grobes Verschulden veranlaßt, so kann er durch das Gericht zu deren Tragung verurteilt werden. Vor der Entscheidung ist der Beteiligte zu hören.

Gegen die Entscheidung findet die sofortige Beschwerde statt. Die Vorschriften des § 4 finden Anwendung.

Der Paragraph ist dem § 102 der E. P. O. nachgebildet. Durch eine auf Grund des § 15 ausgesprochene Verurteilung erlischt nach § 7 insoweit die Haftung desjenigen, der sonst zur Tragung der Kosten verpflichtet wäre (vgl. Bemerkung I zu § 9). Für die sofortige Beschwerde sind nach § 4 die Vorschriften der §§ 22, 26, 29 Absätze 2 bis 4 des F. O. maßgebend. Gebühren werden nach § 13 Ziffer 8 in erster Instanz nicht erhoben, wegen der Beschwerdeinstanz vgl. § 13 Absatz 2.

Sind die Kosten durch das Verschulden einer Partei entstanden, so werden die übrigen Kostenschuldner nur dadurch frei, daß der Schuldige nach § 9 A. O. Nr. 38 zum F. O. verurteilt wird (vgl. § 9 Bemerkung I).

Fälligkeit der Koſten.

§ 16.

Soweit nicht in dieſem Geſetze ein anderes beſtimmt iſt, werden die Gebühren der Gerichte und Notare bei Beendigung des gebührenpflichtigen Geſchäfts, die Auslagen bei ihrer Entſtehung fällig.

Gebühren, die nach Kalenderjahren oder Rechnungsjahren anzulegen ſind, werden je mit dem Schluſſe des Kalender- oder Rechnungsjahres fällig.

Vgl. Pr. § 11. Der Abſatz 1 ſtimmt mit § 13 Satz 1 des Pr. O. R. G. ſachlich überein. Wann die Beendigung des Geſchäfts eintritt, iſt Frage des Einzelfalles. Die Beendigung der Vormundſchaft z. B. beſtimmt ſich nach den §§ 1882 bis 1884 des B. O. B. Stirbt aber der Mündel, ſo wird man mit Mügel Anmerkung 2 zu § 11 Pr. O. R. G. in Rückſicht auf die §§ 1893, 1682, 1683 annehmen müſſen, daß die Vormundſchaft erſt mit der Rückgabe der Beſtallung ſeitens des Vormundes ihre Endſchaft erreicht. Andernfalls wäre es möglich, daß die Gebühren verjährt wären, bevor das Vormundſchaftsgericht Kenntniß vom Tode des Mündels hat. Sonderbeſtimmungen über die Fälligkeit der Koſten ſind getroffen in den §§ 47, 101, 124.

Der Abſatz 2 iſt von Sachſen-Weimar aus Zweckmäßigkeitsgründen übernommen.

Koſtenvorſchußpflicht.

§ 17.

Bei jedem Antrage auf Vornahme einer Handlung, mit welcher Auslagen verbunden ſind, iſt ein zu deren Dedung hinreichender Vorſchuß vom Antragſteller zu zahlen. Die Höhe des Vorſchusses beſtimmt das Gericht.

Das Gericht kann die Vornahme der Handlung von der Zahlung des Vorſchusses abhängig machen, ſofern nicht glaubhaft gemacht wird, daß mit der Verzögerung ein nicht zu erſetzender Nachteil verbunden iſt. Gegen derartige Anordnungen finden die im § 4 vorgeſehenen Rechtsmittel ſtatt.

Die Verpflichtung zur Zahlung der vorzuziehenden Beträge bleibt beſtehen, auch wenn die Koſten des Verfahrens einem anderen auferlegt oder von einem anderen übernommen ſind. Eine Zurückzahlung des geleisteten Vorſchusses findet nur inſoweit ſtatt, als der Betrag des Vorſchusses den bei Beendigung des Geſchäfts in Anſatz kommenden Betrag an Gebühren, Stempeln und Auslagen überſteigt. Die Vorſchrift des § 12 Abſ. 2 bleibt unberührt.

I. Vgl. Pr. § 6. Zu Abſatz 1 vgl. D. O. R. G. § 84 Abſatz 1. Die Vorſchußpflicht iſt auf Auslagen beſchränkt (Begriff der Auslage § 128) und kommt nur in Frage bei Geſchäften, welche auf Antrag, nicht bei ſolchen, welche von Amte wegen vorzunehmen ſind (vgl. § 9). Selbſtverſtändlich darf ein Vorſchuß nicht angefordert werden, wenn gemäß § 14 F. G. oder § 2 A. G.

Nr. 38 zum F. G. das Armenrecht bewilligt ist, was freilich bei Grundbuchsachen nicht zulässig ist (§ 5 des A. G. Nr. 37 zur R. Gr. B. D.). Außerdem ist zu beachten, daß der § 17 nur eine unbedingte Zahlungspflicht des Antragstellers, nicht aber eine bedingungslose Pflicht zur Einforderung des Auslagenvorschusses aufstellt. Es ist Sache der Landesjustizverwaltung, nach Bedarf Vorschriften darüber zu erlassen, in welchen Fällen ein Auslagenvorschuß in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit angefordert werden soll (vgl. § 4 Absatz 5 der Bekanntmachung über die Einnahmen der Gerichtsportellasse und die Führung des Sportelregisters Nr. 50 vom 11. August 1903).

II. Absatz 2. Ein unerfeglicher Nachteil wird meistens anzunehmen sein bei der Aufnahme von Testamenten und Wechselprotesten, in Grundbuchsachen aber dann, wenn der Vorschuß nicht innerhalb der gesetzten Frist eingeht (§ 18 R. Gr. B. D.).

III. Absatz 3, vgl. D. G. R. G. § 90. Da mehrere Antragsteller nach § 9 Satz 1 ohnehin für die Kosten als Gesamtschuldner haften, so hat § 17 Absatz 3 Satz 1 hauptsächlich für den Fall Bedeutung, daß die Kosten durch gerichtliche Entscheidung (vgl. § 7 Absatz 1 und Bemerkung dazu) einem Beteiligten auferlegt sind; stellen sich in solchem Falle die Kosten als uneinziehbar heraus, so sind die Auslagen (nicht die Gebühren) von dem etwa vorhandenen Antragsteller als Zweitschuldner auf Grund seiner Vorschußpflicht zu erheben.

IV. Obwohl die Vorschüsse nur für die Auslagen zu erheben sind, so sollen die tatsächlich eingezahlten Vorschüsse auch auf die Gebühren verrechnet werden, soweit solche durch das nämliche Geschäft entstanden sind, für welches der Vorschuß erhoben wurde. Ist z. B. ein Vorschuß für die Kosten der Bekanntmachung bei einem Antrage auf eine Eintragung in das Handelsregister erhoben, so ist, wenn der Antrag demnächst abgelehnt wird, die Gebühr für die Zurückweisung gegen den eingezahlten Vorschuß aufzurechnen. Die Vorschußpflicht fällt jedoch fort (Absatz 3 Satz 1) und bereits eingezahlte Vorschüsse (Absatz 3 Satz 2) sind zurückzuzahlen, soweit die Kosten einem Beteiligten zur Last fallen, welchem die persönliche Gebührenfreiheit zusteht (§ 12 Absatz 2).

§ 18.

Ausländer, welche die Vornahme einer gebührenpflichtigen Handlung beantragen, haben neben dem im § 17 bestimmten Auslagenvorschuß einen Gebührenvorschuß in Höhe der für die Verrichtung geschuldeten Gebühr zu zahlen. Diese Verpflichtung besteht auch dann, wenn im Laufe des Verfahrens der Antragsteller die Eigenschaft eines Deutschen verliert; sie fällt jedoch fort, soweit nach den Gesetzen des Staates, dem der Antragsteller angehört, ein Deutscher im gleichen Falle zu einer besonderen Vorauszahlung oder zu einer Sicherstellung der Kosten nicht verpflichtet ist.

Die Vorschriften des § 17 Abs. 2 und 3 finden Anwendung.

Die Vorschrift ist dem § 85 Absatz 1, Absatz 2 Nr. 1 und Absatz 3 D. G. R. G. nach dem Vorgange von Sachsen-Weimar § 23, Baden § 5 Absatz 1 nachgebildet. Nur bei Ausländern, d. h. bei Nichtdeutschen, besteht

die Pflicht, für die Gebühren einen Vorschuß zu zahlen. Daneben kommen nur die Sonderbestimmungen des § 95 Absatz 4 in Betracht.

Natürlich kann auch einem Ausländer das Armenrecht bewilligt werden, wodurch die Vorschußpflicht wegfällt.

Zurückbehaltung von Urkunden bis zur Zahlung der Kosten.

§ 19.

Die Aushändigung von Zeugnissen, Ausfertigungen und Abschriften, sowie die Rückgabe der aus Anlaß eines Geschäfts vorgelegten Urkunden kann von der vorherigen Zahlung der Kosten und Stempelabgaben abhängig gemacht werden, sofern es sich nicht um ein von Amts wegen vorzunehmendes Geschäft handelt. Gegen derartige Anordnungen finden die im § 4 vorgesehenen Rechtsmittel statt.

Die Vorschrift entspricht im wesentlichen dem geltenden Rechte, vgl. § 13 Br. G. R. G. (Pr. § 15).

Durch § 19 ist dem Gericht nur die Befugnis eingeräumt, im Interesse der Staatskasse die Ausfertigungen usw. bis zur Bezahlung der sämtlichen durch das fragliche Amtsgeschäft entstandenen Kosten zurückzuhalten. Inwiefern von dieser Befugnis Gebrauch zu machen ist, kann durch die Landesjustizverwaltung näher geregelt werden (vgl. § 45 der Bekanntmachung über die Einnahmen der Sportelkassen usw. Nr. 50 vom 11./8. 03, welcher jedoch eine bindende Vorschrift nicht enthält „kann abhängig machen“). Auch die hier vorgesehene Anordnung ist unzulässig, wenn dem Zahlungspflichtigen das Armenrecht bewilligt ist. Ist die Anordnung gemäß § 19 getroffen, so muß der Nachweis der Zahlung durch die Quittung des Sportelkassenführers geführt werden, sofern nicht ausnahmsweise direkt an den Gerichtsschreiber gezahlt ist. Stempelspflichtige Urkunden dürfen die Notare nicht vor Verwendung des Stempels aushändigen (§§ 13 und 15 des Stempelsteuergesetzes).

Wertberechnung.

Vorbemerkung zu den §§ 20 bis 27 (Wertberechnung).

Durch § 11 Br. G. R. G. sind die Vorschriften des D. G. R. G. §§ 9, 9a, 10, 10a, 12 bis 14 und E. P. D. §§ 3 bis 9 über Wertberechnung in streitigen Sachen auch für die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für anwendbar erklärt und daneben sind in den allgemeinen Bemerkungen in Anlage A des Br. G. R. G. noch besondere Vorschriften über die Wertberechnung für die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit im engeren Sinne getroffen. Die letzteren entstammen zum großen Teile dem Kostengesetz von 1851, sie sind mit den Vorschriften des D. G. R. G., soweit diese überhaupt eine „entsprechende“ Anwendung zulassen, schwer vereinbar und teilweise als veraltet anzusehen. Inzwischen sind nun durch das Stempelsteuergesetz vom 23./5. 1903, insbesondere durch dessen § 6, im Anschluß an die entsprechenden preussischen Bestimmungen, ganz andere Grundsätze über die Wertberechnung aufgestellt, und die Folge davon ist, daß für die Stempelberechnung häufig ein

anderer Wert als für die Ansetzung der Gerichtsgebühren zugrunde zu legen ist (vgl. § 8 Ziffer 2 des Br. G. R. G. in der Fassung vom 23./5. 1903). Wird z. B. für eine 80 jährige Person ein Anteileil im Jahreswerte von 1000 *M* bestellt, so beträgt der Wert nach der allgemeinen Bemerkung B in Anlage A Br. G. R. G. ebenso wie nach § 9 D. G. R. G. für die Gerichtskosten 12 500 *M*, während nach § 6 Ziffer 10 St. St. G. für die Stempelberechnung ein Wert von 3000 *M* zugrunde zu legen ist. Hiernach ist es im Interesse der Gerechtigkeit und der Einheitlichkeit der Wertberechnung geboten, die Bestimmungen des Entwurfes soweit möglich mit den Vorschriften des St. St. G. in Einklang zu bringen. Außer den in den §§ 20 bis 26 aufgestellten allgemeinen Grundsätzen enthält das Gesetz noch eine Reihe besonderer Vorschriften über die Wertberechnung bei einzelnen bestimmten Geschäften, sowie auch darüber, was als Gegenstand des Geschäftes anzusehen ist. Vgl. §§ 43, 49, 51, 54, 55, 77 Ziffer 3 Absatz 2, 91, 92 Absatz 4 und 5, 93, 97, 99, 100 bis 103, 104, 105.

§ 20.

Soweit für den Gebührenansatz der Wert des Gegenstandes maßgebend ist, wird dieser vom Gerichte nach freiem Ermessen unter Beachtung der nachfolgenden Vorschriften festgesetzt.

Vgl. Pr. § 19, C. P. D. § 3. Die Vorschrift galt schon bisher nach § 11 Br. G. R. G. Ein formeller Gerichtsbeschluss über Festsetzung des Wertes wird regelmäßig nur unter den Voraussetzungen des § 28 erforderlich sein. Nur soweit es sich um die Stempelberechnung handelt, ist das Gericht an die Ergebnisse der Wertermittelung der Steuerbehörden nach § 27 Ziffer 2 St. St. G. gebunden, wenn ein amtliches Ermittlungsverfahren in Gemäßheit des § 7 des St. St. G. stattgefunden hat; selbstverständlich wird aber das Gericht den für den Stempelbetrag ermittelten Wert, soweit nicht zwingende Gründe entgegenstehen, auch für die Berechnung der Gerichtskosten zugrunde zu legen haben.

§ 21.

Für die Wertberechnung ist der Zeitpunkt der Fälligkeit der Gebühren entscheidend.

Maßgebend für den in Ansatz zu bringenden Wert ist nur der Hauptgegenstand des Geschäfts.

I. Vgl. Pr. § 20. Nach Absatz 1 ist derjenige Wert zugrunde zu legen, welchen der Gegenstand des Geschäfts zur Zeit der Beendigung desselben (§ 16) hatte, sofern nicht ausnahmsweise die Fälligkeit der Gebühren zu einem anderen Zeitpunkte eintritt. Ein etwaiger Mehrzuwachs in der Zeit von dem Antrage auf Vornahme des Geschäfts bis zu dessen Ende ist ebenso zu berücksichtigen, wie eine etwa in der Zwischenzeit eingetretene Wertverringerung. Der bisher nach § 11 Br. G. R. G. anwendbare § 4 der C. P. D. Satz 1 (Zeitpunkt der Erhebung der Klage) paßt nicht.

II. Absatz 2. Die Vorschrift soll zur Vereinfachung der Gebührenberechnung dienen. Was Hauptgegenstand des Geschäftes ist, muß im einzelnen

Fälle mit Rücksicht darauf, was nach der Absicht der Parteien die Hauptsache sein soll, entschieden werden. Meistens werden z. B. Früchte, Nutzungen, Zinsen, Schäden, Vertragsstrafen und Kosten, wenn sie als Nebensachen erwähnt werden und keinen erheblichen Teil des Geschäftes bilden, bei der Kostenberechnung außer Ansatz zu lassen sein.

§ 22.

Bei der Berechnung des Wertes einer Sache ist nur deren gemeiner Wert, jedoch ohne Abzug der darauf ruhenden Schulden, in Betracht zu ziehen; handelt es sich um den Verkauf der Sache, so ist als Wert der Betrag des vereinbarten Kaufpreises mit Hinzufügung des Wertes der vorbehaltenen Nutzungen und ausbedungenen Leistungen in Ansatz zu bringen.

Bei Kurs habenden Wertpapieren ist der Tageskurs als Wert anzusehen. Die Umrechnung der in anderer als Reichswährung angegebenen Summen erfolgt nach den für die Erhebung des Wechselstempels vom Bundesrate festgesetzten Mittelwerten und, soweit solche nicht bestimmt worden sind, nach dem laufenden Kurse.

Der Wert des Besizes einer Sache ist in der Regel dem Werte der Sache gleich zu achten.

Vgl. Pr. § 21 Ziffer 1, 2, 8. Im § 22 sind allgemeine Regeln über die Berechnung des Wertes von Sachen und Wertpapieren aufgestellt. Die Vorschriften stimmen mit § 6 Ziffer 1, 3 bis 5 bzw. Bemerkung zu Tariffstelle 33 a des St. St. G. sachlich überein. Der Affektionswert kommt nicht in Betracht. Der Kaufpreis ist für die Berechnung namentlich maßgebend, wenn es sich um die Beurkundung oder Beglaubigung eines Kaufvertrages oder um die Auflassung und Eintragung im Grundbuche handelt. Immer wird aber vorausgesetzt, daß es sich um einen ernstlich gemeinten Kaufvertrag handelt, nicht etwa um eine verschleierte Schenkung. Auch ein Hofübergabevertrag im Wege der sogenannten erfrühten Erbfolge enthält eine Liberalität und ist als Kaufvertrag im Sinne des § 22 nicht anzusehen. Ist der Kaufpreis in der Urkunde zu niedrig angegeben, so entscheidet der wirklich vereinbarte Preis. Unter vorbehaltenen Nutzungen sind solche zu verstehen, welche sich der Verkäufer über denjenigen Zeitpunkt hinaus vorbehält, zu welchem nach gesetzlicher Regel die Nutzungen auf den Käufer übergehen (§ 446 B. G. B.). Zu den ausbedungenen Leistungen gehören z. B. die vom Käufer neben dem Kaufpreise übernommene Leistung eines Anteils, einer Rente und dergleichen, nicht aber öffentliche Abgaben und Lasten, welche zur Eintragung in das Grundbuch nicht geeignet sind, da diese der Käufer nach gesetzlicher Regel ohnehin tragen muß (§ 436 B. G. B., § 38 A. G. Nr. 36 zum B. G. B.).

Bilden einzelne Sachen (also keine Sachgesamtheit, wie z. B. ein Vermögen) den Gegenstand des Rechtsgeschäftes, oder des sonstigen gebührenpflichtigen Aktes, so findet ein Abzug der etwa auf der Sache, insbesondere auf Grundstücken ruhenden Lasten, nicht statt. Dies ist der Deutlichkeit wegen im Gesetze zum Ausdruck gebracht, womit sich die allgemeine Bemerkung A in

Anlage A Br. G. R. G., sowie die Bemerkung 1 zu § 2 des Gebührentarifes in Grundbuchsachen erlebigen.

§ 23.

Der Wert eines Pfandrechts oder der Sicherstellung einer Forderung richtet sich nach dem Betrage der Forderung; hat der Gegenstand des Pfandrechts einen geringeren Wert, so ist dieser maßgebend, soweit nicht die besonderen Vorschriften für Eintragungen im Grundbuche (§ 72) entgegenstehen.

Bei Vorrangseinräumungen richtet sich der Wert nach dem Betrage des vortretenden Rechtes und, wenn der Betrag des zurücktretenden Rechtes der geringere ist, nach diesem.

§ 24.

Der Wert einer Grunddienstbarkeit wird durch den Wert, welchen sie für das herrschende Grundstück hat, und, wenn der Betrag, um welchen sich der Wert des dienenden Grundstücks durch die Dienstbarkeit mindert, größer ist, durch diesen Betrag bestimmt.

Zu §§ 23 und 24; vgl. Pr. § 21 Nr. 3 und 4.

Die getroffenen Bestimmungen entsprechen dem geltenden Rechte (Br. G. R. G. § 11 in Verbindung mit D. G. R. G. § 9 und E. P. O. §§ 6 und 7; Br. Gebührentarif für Grundbuchsachen Bemerkung 5 zu § 3; vgl. auch § 6 Ziffer 6 und 7 St. St. G.). Die im § 23 vorbehaltenen besonderen Vorschriften in Grundbuchsachen sind im § 72 enthalten, wonach bei der Eintragung und Löschung von Hypotheken, abgesehen von gewissen Ausnahmen bei Gesamthypotheken (§§ 72 Absatz 2, 69 Absatz 2), stets der einzutragende Kapitalbetrag als Wert zugrunde zu legen ist.

§ 25.

Der Wert eines Miet- oder Pachtrechts wird durch den Betrag des auf die gesamte Miet- oder Pachtzeit fallenden Zinses und, wenn der fünfundzwanzigfache Betrag des einjährigen Zinses geringer ist, durch diesen Betrag bestimmt.

Bei unbestimmter Dauer der Miet- oder Pachtzeit erfolgt die Berechnung bei landwirtschaftlichen Grundstücken unter Zugrundelegung dreier Jahre, in allen anderen Fällen unter Zugrundelegung eines Jahres; ist jedoch die Kündigung erst für einen späteren Zeitpunkt zulässig, so ist dieser Zeitpunkt maßgebend.

Vgl. Pr. § 21 Ziffer 6. Ein Anschluß an die Stempelberechnung ist hier nicht möglich, da zu Tariffstelle 48 St. St. G. ein besonderes Verfahren unter jährlicher Erhebung der Stempel für laufende Mietverträge vorgeschrieben ist. Bei bestimmter Dauer des Mietvertrages waren bisher nach Bemerkung B in Anlage A Br. G. R. G. die sämtlichen Leistungen bis zum 20 fachen Jahres-

betrage als Höchstgrenze zusammen zu rechnen. Für längere Zeit als für 20 Jahre werden Pacht- und Mietverträge wohl nur selten geschlossen, doch erschien es zweckmäßig, den 25 fachen Jahreswert bei mehr als 25 Jahre laufenden Miet- oder Pachtverträgen zugrunde zu legen, um nicht von C. P. O. § 8, Preußen § 21 Ziffer 6, und anderen Staaten ohne Grund abzuweichen. Ist die Dauer des Mietvertrages unbestimmt, so soll bei landwirtschaftlich genutzten Grundstücken, da hier erfahrungsgemäß die Pachtverträge in der Regel auf mehrere Jahre sich erstrecken, ein dreifacher Jahreszins, sonst aber ein Jahreszins der Gebührenberechnung zugrunde gelegt werden, sofern nicht die Kündigung für eine spätere Zeit, z. B. bei Vereinbarung einer zweijährigen Kündigungsfrist, zulässig ist. Bisher wurde der Wertbetrag nach dem einjährigen Pacht- und Mietzins, bei Vereinbarung einer Kündigungsfrist aber nach der vierfachen Kündigungsfrist berechnet (Bemerkung C in Anlage A Br. G. R. G.).

§ 26.

Der einjährige Wert von Nutzungen wird, wenn nicht ein niederer oder höherer Wert festgestellt werden kann, zu vier vom Hundert des Wertes des Gegenstandes, welcher die Nutzung gewährt, angenommen.

Bei immerwährenden Nutzungen und Leistungen wird das Fünfundzwanzigfache ihres einjährigen Betrages, bei Nutzungen und Leistungen von unbestimmter Dauer, sofern nicht die Vorschriften der folgenden Absätze Anwendung finden oder anderweite, die längste Dauer begrenzende Umstände nachgewiesen werden, das Zwölfeinhalbfache des einjährigen Betrages als Kapitalwert angenommen.

Bei Verträgen oder Verpflichtungserklärungen über Alimente, welche auf gesetzlicher Vorschrift beruhen, wird der Wert des Rechtes auf die wiederkehrenden Leistungen, falls nicht nach Maßgabe der folgenden Absätze ein geringerer Gesamtbetrag der versprochenen Leistungen anzunehmen ist, auf den fünffachen Betrag des einjährigen Bezuges berechnet. Das gleiche gilt bei Verträgen oder Verpflichtungserklärungen über die Entrichtung einer Geldrente, welche nach den §§ 843, 844 des Bürgerlichen Gesetzbuches oder nach den §§ 3, 3 a, 7 des Gesetzes, betreffend die Verbindlichkeit zum Schadenersatz für die beim Betriebe von Eisenbahnen, Bergwerken usw. herbeigeführten Tötungen und Körperverletzungen, zu leisten ist.

Der Wert von Nutzungen und Leistungen auf Lebenszeit bestimmt sich nach dem zur Zeit ihres Anfanges erreichten Lebensalter der Person, bei deren Tode die Nutzung oder Leistung erlischt, und wird bei einem Lebensalter derselben von

15 Jahren oder weniger auf das 18 fache,	
über 15 Jahren bis 25 Jahren auf das 17 "	
" 25 " " 35 " " " 16 "	
" 35 " " 45 " " " 14 "	

über 45 Jahren bis 55 Jahren auf das 12 fache,						
" 55 "	" 65 "	" "	" "	" "	" "	8 $\frac{1}{2}$ "
" 65 "	" 75 "	" "	" "	" "	" "	5 "
" 75 "	" 80 "	" "	" "	" "	" "	3 "
" 80 "	auf das	2 "

des Wertes der einjährigen Nutzung oder Leistung angenommen. Handelt es sich bei Vornahme eines gebührenpflichtigen Geschäfts um ein schon laufendes Nutzungsrecht, so ist dasjenige Lebensalter des Berechtigten maßgebend, welches er bei Eintritt der Fälligkeit der Gebühren erreicht hatte.

Ist die Dauer der Nutzungen oder Leistungen von der Lebenszeit mehrerer Personen dergestalt abhängig, daß beim Tode der zuerst versterbenden die Nutzung oder Leistung erlischt, so ist für die nach den Bestimmungen des vorigen Absatzes vorzunehmende Wertermittelung das Lebensalter der ältesten Person maßgebend. Wenn die Nutzung oder Leistung bis zum Tode der letztversterbenden Person fortbauert, erfolgt die Berechnung nach dem Lebensalter der jüngsten Person.

Der Gesamtwert der auf bestimmte Zeit eingeschränkten Nutzungen oder Leistungen ist unter Zugrundelegung eines vierprozentigen Zinsfußes nach der anliegenden Hilfstabelle zu ermitteln. Ist jedoch die Dauer der Nutzung oder Leistung noch außerdem durch die Lebenszeit einer oder mehrerer Personen bedingt, so darf der nach den Bestimmungen der vorhergehenden Absätze zu berechnende Wert nicht überschritten werden.

Die Vorschriften des § 26 sind aus dem St. St. G. § 6 Ziffer 8 bis 12 übernommen, welche mit Pr. G. R. G. § 21 Ziffer 5 genau übereinstimmen. Der eingefügte Absatz 3 stimmt sachlich mit § 9 a Absatz 2 D. G. R. G. überein, welcher nach § 11 Pr. G. R. G. bisher schon galt. Der Wert mußte ermäßigt werden, um die Vergleiche über Alimente nicht über den Betrag der etwaigen Prozeßkosten zu verteuern. Im Absatz 4 ist ein Zusatz gegenüber dem St. St. G. Ziffer 10 gemacht, um klar zu stellen, daß bei späteren Rechtsgeschäften über schon längere Zeit laufende, auf die Lebenszeit einer Person beschränkte Nutzungsrechte der Wertberechnung dasjenige Lebensalter des Berechtigten zugrunde zu legen ist, welches er zur Zeit der Fälligkeit der Gebühr, also regelmäßig zur Zeit der Beendigung des Geschäfts (§ 16), erreicht hatte. Bei der Löschung eingetragener Nutzungsrechte, z. B. eines Anteiles, ist der Wert maßgebend, den das Recht zur Zeit der Eintragung hatte, es würde sonst der Wert meist Null sein. Die Absätze 2 bis 6 beziehen sich nur auf künftige Nutzungen und Leistungen, kommen zugleich Rückstände in Frage, so ist deren Betrag zuzurechnen.

§ 27.

Bei nicht vermögensrechtlichen Angelegenheiten wird der Wert des Gegenstandes zu 2000 *M.*, ausnahmsweise niedriger oder höher, jedoch nicht unter 200 *M.* und nicht über 50 000 *M.* angenommen.

Ist mit einer nicht vermögensrechtlichen Angelegenheit eine mit ihr zusammenhängende vermögensrechtliche verbunden, so ist nur ein Wert, und zwar der höhere, maßgebend.

Vgl. D. G. R. G. § 10, welcher nach § 11 Br. G. R. G. auch bisher schon hier galt. Ebenso Br. § 23. Der § 27 ist anwendbar bei Angelegenheiten des Personen- und Familienrechts, z. B. Volljährigkeitserklärung, Annahme an Kindesstatt, Erziehungsstreitigkeiten usw. Auf vermögensrechtliche Angelegenheiten, welche in Geld schwer schätzbar sind, findet dagegen § 27 an sich keine Anwendung, doch ist seine Anwendbarkeit auch in den Fällen der §§ 43, 51, 105 ausdrücklich vorgeschrieben.

Beispiele für Absatz 2 sind z. B. Beurkundung der Anerkennung eines unehelichen Kindes oder der Annahme an Kindesstatt, wenn zugleich Abmachungen über die Alimente oder Vermögensrechte getroffen werden.

Wertfestsetzung.

§ 28.

Die Festsetzung des Wertes des Gegenstandes erfolgt gebührenfrei durch Beschluß des Gerichts, falls dieselbe von dem Kostenschuldner beantragt oder nach der Natur des Gegenstandes erforderlich wird.

Der Kostenschuldner ist verpflichtet, die zur Festsetzung des Wertes erforderlichen Angaben zu machen. Das Gericht kann eine Beweisaufnahme, insbesondere die Einnahme des Augenscheines oder die Begutachtung durch Sachverständige auf Antrag oder von Amts wegen anordnen. In dem Beschlusse, durch welchen der Wert festgesetzt wird, ist über die Kosten der Beweisaufnahme zu entscheiden. Die Kosten können ganz oder teilweise einem Beteiligten zur Last gelegt werden, welcher durch Unterlassung der ihm obliegenden Wertangabe, unrichtige Wertangabe, unbegründetes Bestreiten der Wertangabe, oder unbegründete Beschwerde die Beweisaufnahme veranlaßt hat.

Die Vorschriften des § 3, Satz 2 und § 4 finden auf die Entscheidungen über Wertfestsetzung Anwendung.

I. Vgl. Br. § 24 und 27. Die Vorschriften des § 28 stimmen im wesentlichen überein mit den §§ 16 und 17 D. G. R. G., welche nach § 11 Br. G. R. G. auch bisher schon im Herzogtume galten (vgl. auch Dem. A Nr. 3 in Anlage A Br. G. R. G. und Geb. Tarif für Grundbuchsachen Dem. 1 zu § 2). Die Frage, welcher Wert der Gebührenberechnung zugrunde zu legen ist, hat zunächst der Gerichtsschreiber zu prüfen, welcher in Zweifelsfällen die Entscheidung des Gerichts einzuholen hat. Ein formeller Gerichtsbeschluß findet nur unter den Voraussetzungen des Abs. 1 statt. Das Gericht ist an die von den Beteiligten gemachten Wertangaben nicht gebunden, es kann vielmehr von denselben nach oder auch ohne Beweisaufnahme abweichen und auch den Antrag auf Vornahme einer Beweisaufnahme ablehnen. Über alle diese Punkte hat

das Gericht nach pflichtmäßigem Ermessen zu entscheiden. In der Regel wird aber das Gericht die Wertangaben des Kostenschuldners zugrunde legen können, sofern sich nicht bestimmte Bedenken ergeben; auch wird das Gericht regelmäßig eine in Antrag gebrachte Beweisaufnahme beschließen müssen, wenn es von den Angaben der Kostenschuldner abweichen will. Das Verfahren der Beweisaufnahme richtet sich nach den Bestimmungen der C. P. O. (§ 15 F. G.). Die Belastung eines Beteiligten mit allen oder einem Teile der Kosten der Beweisaufnahme kann nach dem Ermessen des Gerichts beim Vorliegen einer der im Absatz 2 gegebenen Voraussetzungen ausgesprochen werden, auch wenn ein Verschulden des Beteiligten nicht direkt nachgewiesen ist; wohl aber wird das Gericht etwaige Entschuldigungsgründe würdigen können. Unter den Kosten sind hier nur Auslagen, jedoch nicht die Schreibgebühren (§ 130) zu verstehen, da das ganze Festsetzungsverfahren, einschließlich der Beweisaufnahme, nach Absatz 1 gebührenfrei ist. Soweit die Kosten einem Beteiligten nicht zur Last gelegt werden, ist auszusprechen, daß sie die Staatskasse zu tragen hat.

II. Aus der Nichtanziehung des § 3 Satz 1 in § 28 Absatz 3 folgt, daß eine Erinnerung des Kostenschuldners gegen die Entscheidungen des Gerichts, durch welche der Wert festgesetzt oder abgeändert wird, nicht gegeben ist. Wohl aber kann das Gericht erster und höherer Instanz von Amts wegen die Wertfestsetzung ändern und die Beteiligten können solche Officialtätigkeit anregen, ohne ein Recht auf die nochmalige Prüfung zu haben. Übrigens steht den Beteiligten die Beschwerde und weitere Beschwerde nach Maßgabe des § 4 zu. Der Wert kann für alle Beteiligte nur einheitlich festgesetzt werden, woraus folgt, daß, wenn auf die Beschwerde eines Beteiligten das Landgericht den Beschluß des Amtsgerichts geändert oder bestätigt hat, dadurch das Rechtsmittel der Beschwerde auch für alle anderen Beteiligten erschöpft wird. Es bleibt dann nur noch übrig, beim Landgericht die Änderung der Entscheidung in Anregung zu bringen oder weitere Beschwerde zu verfolgen. Im übrigen sind die Bemerkungen zu § 4 zu vergleichen.

Für die Wertberechnung hinsichtlich der Stempel gelten die besonderen Vorschriften des § 27 St. G.

Mindestbetrag und Abrundung der Gebühren.

§ 29.

Der Mindestbetrag einer Gebühr ist 20 \mathfrak{S} , soweit nicht in diesem Gesetze ein anderes bestimmt ist.

Pfennigbeträge, welche ohne Bruch nicht durch zehn teilbar sind, werden auf den nächst höheren durch zehn teilbaren Betrag abgerundet.

Beil. Pr. § 32 Absatz 1 und 2. Die Vorschrift entspricht dem § 7 D. G. R. G., welcher nach § 11 Pr. G. R. G. bisher schon galt. Der § 29 bezieht sich nur auf Gebühren, nicht auf Auslagen; er findet, wenn mehrere einzelne Gebühren zum Ansatz gelangen, auf jede Gebühr Anwendung. Handelt es sich aber um die Auswerfung eines Anteiles, welchen mehrere Kostenschuldner z. B. im Falle des § 9 Absatz 2 von einer einheitlichen Gebühr zu tragen

haben, so findet weder eine Erhöhung des Anteiles auf den Mindestbetrag von 20 \mathcal{M} noch eine Aufrundung nach Absatz 2 statt.

Für die Notare beträgt die Mindestgebühr 1 \mathcal{M} 50 \mathcal{S} (§ 136).

Gebührenberechnung nach Maßeinheiten.

§ 30.

Soweit nach den Bestimmungen dieses Gesetzes die Gebühren nach Maßeinheiten (nach Seiten eines Schriftstückes, nach Stunden eines Geschäfts, nach je hundert Mark und dergleichen) zu berechnen sind, wird jede angefangene Maßeinheit für voll gerechnet.

§ 30 ist aus Zweckmäßigkeit von Sachsen-Weimar § 39 übernommen. Vgl. Br. G. R. G. Anlage A XIV, wonach auch bisher schon angefangene Seiten für voll gerechnet wurden.

Verrechnung und Einziehung der Kosten für die Staatskasse.

§ 31.

Alle in gerichtlichen Angelegenheiten vereinnahmten Gebühren und Auslagen sind für die Staatskasse zu verrechnen.

§ 31 entspricht dem bisherigen § 3 Br. G. R. G. Auch die Tagegelder und Reisekosten der Gerichtsbeamten sind, wie andere Auslagen, z. B. Zeugengebühren, aus der Staatskasse zu zahlen und für dieselbe wieder zu erheben. Die Worte im Br. G. R. G. „mit Ausnahme der im § 2 erwähnten Tagegelder und Reisekosten“ sollten nach der Bemerkung bei Mansfeld, Br. Ausf. Gesetze von 1879 Seite 385 nur den Gedanken ausdrücken, daß der Betrag der Tagegelder und Reisekosten nicht endgültig in der Staatskasse zu verbleiben habe. Dies ist aber auch bei anderen Auslagen durchweg der Fall und der bezeichnete Zusatz ist deshalb als selbstverständlich weggelassen.

§ 32.

Die zwangsweise Einziehung der Gerichtskosten, mit Ausnahme der Gerichtskosten in Strafsachen, erfolgt im Wege des Verwaltungs-Zwangsverfahrens. Insofern erstere außerhalb des Herzogtums zu geschehen hat, wird die erforderliche Bestimmung durch Herzogliche Landesregierung erlassen.

Jede der Rassenverwaltung zur Einziehung überwiesene Kostenforderung berechtigt die Herzogliche Zoll- und Steuer-Direktion, die Eintragung einer Sicherungshypothek auf die Gegenstände des unbeweglichen Vermögens des Schuldners bei dem zuständigen Grundbuchamte nachzusuchen.

In Strafsachen sind die beim Herzoglichen Oberlandesgerichte und die beim Herzoglichen Landgerichte entstehenden Kosten des Verfahrens von der bei diesen Gerichten bestehenden Staatsanwaltschaft, die bei den

Herzoglichen Amtsgerichten entstehenden Kosten von diesen Gerichten nach Maßgabe des § 495 der Deutschen Strafprozeßordnung einzuziehen.

In gleicher Weise werden die durch die Vollstreckung einer Todesstrafe entstehenden baren Auslagen von der Staatsanwaltschaft beigetrieben.

Die Kosten der Vollziehung von Freiheitsstrafen bestehen in dem der Höhe nach durch allgemeine Verfügung der Landes-Justizverwaltung festzusetzenden Ersatz der Verpflegungskosten und werden

- a) wenn die Strafe in einem Amtsgerichtsgefängnisse oder in einem der Verwaltung eines Amtsgerichts unterstellten Kreisgefängnisse vollzogen ist, von dem Amtsgerichte wie die Gerichtskosten,
- b) wenn sie in den Kreisgefängnissen in Braunschweig oder Wolfenbüttel, oder in der Landesstrafanstalt daselbst vollstreckt ist, von der Herzoglichen Gefängnisverwaltung in Braunschweig bzw. der Herzoglichen Direktion der Gefangenenanstalten in Wolfenbüttel im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens

eingezogen.

In Strafsachen steht wegen der Kosten des Verfahrens und der Strafvollstreckung den mit ihrer Beitreibung beauftragten Behörden die in Absatz 2 erwähnte Befugnis zu.

Stundung und Niederschlagung der Kosten wegen Armut.

§ 33.

Hinsichtlich der Stundung und Niederschlagung der der Kassenverwaltung zur Einziehung überwiesenen Kosten (§ 32 Absatz 1 und 2) wegen Armut kommen folgende Vorschriften zur Anwendung.

Ein nach den Vorschriften der Civilprozeßordnung § 118 Absatz 2 für den Schuldner eines Kostenbetrages ausgestelltes Zeugnis soll in der Regel ausreichen, um die völlige oder teilweise Niederschlagung oder die Stundung des Kostenbetrages zu begründen. Der Schuldner ist jedoch verpflichtet, auf Verlangen der Kassenverwaltung nach den Vorschriften des § 807 der Civilprozeßordnung sein Vermögen anzugeben und den Offenbarungseid zu leisten.

Durch die Niederschlagung der Kosten wird deren spätere Einziehung nicht ausgeschlossen.

Über Beschwerden wegen verweigerter Niederschlagung oder Stundung wird, unbeschadet der Wirkungen des erlangten Armenrechts, von den der Kasse vorgesetzten Behörden entschieden.

In betreff der Stundung oder Niederschlagung der Kosten in Strafsachen (Kosten des Verfahrens bzw. der Strafvollstreckung) ist das Ermeßen der mit ihrer Beitreibung betrauten Behörden (§ 32 Abs. 3 bis 6)

bestimmend. In allen Strafsachen entscheidet über Beschwerden wegen verweigerter Stundung oder Niederschlagung der Kosten der Oberstaatsanwalt.

§§ 32 und 33.

Die §§ 6 und 7 Br. G. R. G., ersterer in der Fassung des Gesetzes vom 28. 3. 1904, sind, abgesehen von den unten erwähnten Zusätzen, sachlich im wesentlichen unverändert in den §§ 32 und 33 des Entwurfes enthalten. Die Vorschriften beziehen sich, wie der Wortlaut ergibt, teilweise nur auf die Gerichtskosten in der streitigen Gerichtsbarkeit; sie sind an dieser Stelle für Gerichtskosten aller Art aufgenommen, um sie nicht auseinander zu reißen. Im Absatz 3 des § 32 ist die Einziehung der Kosten des Verfahrens in Strafsachen sachlich wie bisher geregelt, nur ist die bisherige Vorschrift, daß die Kosten stets vor der Einziehung vom Gerichte festzustellen seien, weggelassen, weil eine gerichtliche Feststellung der Kosten in der Strafprozeßordnung nicht vorgeschrieben ist und nur selten vorkommt. In den Absätzen 4 und 5 des § 32 sind zweckmäßige Vorschriften über die Zuständigkeit der Behörden zur Einziehung der Strafvollstreckungskosten gegeben, worüber bisher gesetzliche Bestimmungen fehlten. Die Haftkosten betragen nach der zurzeit gültigen Verfügung Herzoglichen Staatsministeriums vom 9. Mai 1883 Nr. 2852 für den Tag 80 J. Die Fassungsänderung des § 33 Absatz 5 ist eine Folge der Zusätze im § 32; Absatz 1 des § 33 bezieht sich nicht auf die Kosten in Strafsachen, welche durch die zuständige Behörde niedergeschlagen werden können, bevor sie der Kassenverwaltung zur Einziehung überwiesen sind.

Zweiter Abschnitt.

Gerichtliches Stempelwesen.

Erhebung der Stempel neben den Gebühren.

§ 34.

Eine Erhebung von Stempeln neben den Gebühren findet nur in denjenigen Fällen statt, in welchen es in diesem Gesetze ausdrücklich an-geordnet ist.

Urkunden, welche in einem den Vorschriften dieses Gesetzes unterliegenden Verfahren errichtet werden, bleiben, soweit ihr Inhalt über den Gegenstand des Verfahrens hinausgeht, den allgemeinen Vorschriften über Erhebung von Stempeln unterworfen.

Vgl. Br. § 29. Nach § 8 Absatz 1 des Br. G. R. G. in der Fassung des Gesetzes Nr. 32 vom 23. Mai 1903 werden in allen gerichtlichen Angelegenheiten, auf welche die deutschen Prozeßordnungen keine Anwendung finden, die Stempel in demselben Umfange erhoben, wie bei außergerichtlichen Geschäften. Das preussische Gerichtskostengesetz enthält in den §§ 29, 56, 69, 110 Absatz 2, 114 Absatz 3, 126, 135 Vorschriften über das Stempelwesen,

wonach die Erhebung der vorgeschriebenen Stempel im gerichtlichen Verfahren nach Bedürfnis ausgeschaltet wird. Wenn sich der Mangel derartiger Vorschriften in unseren Gerichtskostengesetzen, abgesehen von einzelnen Fällen, nicht sehr fühlbar gemacht hat, so erklärt sich das vornehmlich aus den durchweg sehr niedrigen Gebührenfügen, welche zuzüglich der Stempel hinter den in anderen Staaten vorgeschriebenen Gebühren meist erheblich zurückbleiben. Da das gegenwärtige Gesetz die Gerichtsgebühren nicht unwesentlich erhöht, so ist nunmehr eine Regelung der Stempelerhebung in gerichtlichen Angelegenheiten geboten, weil sonst die Gesamtkosten stellenweise höher als drückend empfunden werden würden. Soweit dabei die Stempelerhebung ausgeschlossen oder beschränkt wird, findet die Staatskasse durch die höheren Gerichtsgebühren einen reichlichen Ersatz, zumal es sich durchweg nur um die Beseitigung des geringen Feststempels von 1 *M* 50 *S* handelt.

Der § 34 stellt den Grundsatz auf, daß Stempel nur da zu erheben sind, wo es das Gerichtskostengesetz ausdrücklich vorschreibt. Die Ausgestaltung dieses Prinzips im einzelnen ergibt der folgende § 35.

Dem Absatz 2 liegt ebenso wie dem § 2 D. O. R. O. die Unterscheidung zugrunde zwischen Urkunden, welche im Verfahren errichtet und solchen, welche darin, wie z. B. Vollmachten, gebraucht werden. Auf die letzteren findet § 34 überhaupt keine Anwendung (vgl. § 37). Die dem D. O. R. O. § 2 Absatz 3 nachgebildete Vorschrift des Absatzes 2 findet z. B. Anwendung, wenn bei Gelegenheit eines Erbteilungsverfahrens mit einem Dritten zum Zwecke der Auseinandersetzung ein Vertrag geschlossen wird. Obwohl für das durch das Gericht gemäß §§ 86 fg. F. O. vermittelte Erbauseinandersetzungsverfahren Stempel nicht berechnet werden, ist für den Vertrag mit dem Dritten der volle Stempel anzusetzen (vgl. Bemerkung III zu § 95).

§ 35.

Neben den im dritten Abschnitte (Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit im engeren Sinne) bestimmten Gebühren werden die Stempel nach den bestehenden Vorschriften erhoben. Hinterlegungscheine über letztwillige Verfügungen (Bürgerliches Gesetzbuch § 2246 Abs. 2) sind jedoch stempelfrei.

In allen nicht unter den dritten Abschnitt fallenden Angelegenheiten der nicht streitigen Gerichtsbarkeit werden die vorgeschriebenen Stempel erhoben für beglaubigte Abschriften und für Ausfertigungen, jedoch sind erstmalige Ausfertigungen stempelfrei.

In Grundbuchsachen (Abschnitt IV) werden nur die für Auflassungen und Eintragungsanträge bestimmten Stempel erhoben. Grundbuchauszüge sind stempelfrei.

Für die Erteilung von Bescheinigungen oder beglaubigten Abschriften aus gerichtlichen Registern wird neben den Schreibgebühren der tarifmäßige Stempel dann erhoben, wenn eine Gebühr nicht bestimmt ist.

Im Zwangsversteigerungsverfahren wird der tarifmäßige Stempel für Zuschlagsbescheide erhoben.

I. Absatz 1 entspricht den bisherigen Vorschriften und stimmt mit Pr. § 56 Satz 2 überein, er bezieht sich nur auf die im Abschnitte III behandelten Geschäfte. Der Stempel ist bei gerichtlichen Verhandlungen zu den Gerichtskosten zu verrechnen, bei Notariatsurkunden zu der Urschrift zu verwenden; ist der Stempel zu der Urschrift verrechnet oder verwendet, so ist die erste Ausfertigung stempelfrei, für weitere Ausfertigungen wird der Stempel nach der Tariffstelle Duplikate mit je 1 *M* 50 *g* erhoben (St. St. G. § 9). Enthält aber die (unter Abschnitt III fallende) Urkunde kein stempelspflichtiges Geschäft, so ist gemäß Stempelsteuertarif Nr. 9 zur ersten Ausfertigung ebenso wie zu jeder folgenden ein Stempel von 1 *M* 50 *g* zu erheben, sofern nicht die bei Tariffstelle 9 unter a bis c oder unter St. St. G. § 4a vorgesehenen Ausnahmen vorliegen. Werden beglaubigte Abschriften von unter Abschnitt III fallenden Urkunden erteilt, so ist stets der Stempel mit 1 *M* 50 *g* (St. St. L. Nr. 1 und 78) zu berechnen, sofern nicht die im St. St. G. § 4 oder St. St. L. Nr. 1 vorgesehenen Ausnahmen vorliegen.

Nur für Hinterlegungsscheine über letztwillige Verfügungen (B. G. B. § 2246 Absatz 2) muß der Stempel von 1 *M* beseitigt werden, da durch denselben die Verfügungen über kleine Werte zu sehr belastet werden, während bei hohen Werten der Stempel neben den wesentlich erhöhten Gebühren für die Verwahrung (§ 47) und insbesondere für die Aufnahme der Testamente (§ 46) unbillig erscheint. Der Ertrag der Stempel für Hinterlegungsscheine über letztwillige Verfügungen hat sich im Jahre 1906 auf 1097 *M* belaufen, welche Summe durch den zu erwartenden Mehreingang an Gebühren aufgewogen wird.]

II. Der Absatz 2 trifft Bestimmungen über die Stempelspflichtigkeit von beglaubigten Abschriften und Ausfertigungen, welche für alle Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, mit Ausnahme der im Abschnitte III geregelten, gelten. Preußen erhebt nach § 56 Schlußsatz und § 114 Absatz 3 G. R. G. für Ausfertigungen und beglaubigte Abschriften nur dann Stempel, wenn folgende drei Voraussetzungen zusammentreffen: 1. wenn für die Ausfertigung oder Abschrift nicht Gebühren, sondern nur Schreibegebühren erhoben werden; 2. wenn die Hauptschrift stempelpflichtig ist; 3. wenn die Abschrift oder Ausfertigung nur infolge eines auf die Erteilung gerichteten Antrages erteilt werden. Nach den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes wird für Ausfertigungen niemals eine Gerichtsgebühr erhoben (§ 126 und Bemerkung II dazu), während für die Beglaubigung von Abschriften die Beglaubigungsgebühr, wie bisher, 25 *g* für die Seite, jedoch mindestens 1 *M* beträgt. Auch diese letztere Gebühr bleibt in den meisten Fällen außer Ansatz (vgl. die §§ 57, 74 Absatz 3, 80 Absatz 2 und 3, 84, 86, 87, 88 a. E., 126 und Bemerkung I, 2 zu § 126). Es erscheint unbedenklich, neben diesen geringen Gebühren abweichend von Preußen, welches aber für die Beglaubigung von Abschriften nach §§ 51, 110, Pr. G. R. G. $\frac{3}{10}$ der für das Hauptgeschäft bestimmten Gebühr bis zum Höchstbetrage von 10 *M* erhebt, den Stempel von 1 *M* 50 *g* für beglaubigte Abschriften (St. St. L. Nr. 1 und 78) in allen Fällen bestehen zu lassen, zumal ein Zusammenfallen der Gebühr (regelmäßig 1 *M*) mit dem Stempel in den nicht unter Abschnitt III fallenden Angelegenheiten kaum vorkommen wird. Dagegen müssen die erstmaligen Ausfertigungen von gerichtlichen Entscheidungen, Verfügungen, Beschlüssen, Genehmigungen usw. stempelfrei bleiben. Es würden

sonst die Grundsätze des Gesetzes, welches für die verschiedenen gerichtlichen Akte nach den Werten genau abgestufte Pauschalsätze vorgesehen hat, durchkreuzt und insbesondere eine verhältnismäßig zu starke Belastung der unteren Wertklassen erreicht werden. Werden aber weitere Ausfertigungen, sei es für dieselbe Person oder für andere Beteiligte, erteilt, so erscheint es billig, einen Stempel von 1 M 50 J nach St. St. L. Nr. 9 zu erheben, weil einerseits eine Gerichtsgebühr nicht erwächst, und andererseits insoweit die Gleichstellung mit den beglaubigten Abschriften zweckmäßig ist. Denn Ausfertigungen sind solche Abschriften, welche bestimmt sind, die bei den Gerichtsakten verbleibende Urschrift zu ersetzen. Sie stehen im Verkehr den beglaubigten Abschriften vielfach gleich, nur haben sie ein beschränkteres Anwendungsgebiet als die letzteren, da sie nur von Urschriften gerichtlicher oder notarieller Urkunden und nur für die Beteiligten ausgestellt werden können.

Der Ausfall an Stempeln für erstmalige Ausfertigungen ist von geringer Bedeutung. Hiernach ist das Ergebnis:

1. Für beglaubigte Abschriften wird der Stempel von 1 M 50 J in allen Fällen erhoben, da in dieser Hinsicht auch für die unter Abschnitt III fallenden Geschäfte daselbe gilt. Frei sind jedoch Grundbuchauszüge (vgl. Absatz 3 und Bemerkung III) und Registerauszüge, soweit für dieselben eine Gebühr erhoben wird (vgl. Absatz 4 und Bemerkung IV); stempelpflichtig sind danach Auszüge aus dem Genossenschaftsregister. Die im Stempelsteuergesetz selbst oder in dem dazu gehörigen Tarife getroffenen Ausnahmen bleiben selbstverständlich unberührt, da nur die „vorgeschriebenen“, d. h. die im Stempelsteuergesetz vorgeschriebenen Stempel erhoben werden. Insbesondere sind nach St. St. L. Nr. 1 beglaubigte Abschriften zum Wechselprotestregister stempelfrei, und aus § 12 zu a St. St. G. ergibt sich, daß nur beglaubigte Abschriften, welche auf Veranlassung von zahlungspflichtigen Personen erteilt werden, stempelpflichtig sind. Hiernach sind z. B. beglaubigte Abschriften von gerichtlichen Verfügungen, welche sich auf mehrere Grundbuchblätter beziehen, zu einzelnen der mehreren Grundakten stempelfrei.

2. Für Ausfertigungen von gerichtlichen und notariellen Urkunden welche unter den dritten Abschnitt fallen, gelten die unter I angegebenen Regeln. Erstmalige Ausfertigungen in anderen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sind stets frei, für jede folgende Ausfertigung wird ein Stempel von 1 M 50 J nach St. St. L. Nr. 9 erhoben, sofern nicht die Bestimmungen des Stempelsteuergesetzes §§ 4, 12a und St. St. L. Nr. 9a bis c entgegenstehen (vgl. die bei Freund, Sammlung der Entscheidungen, S. 31 unter Nr. 7 b mitgeteilte Entscheidung Herzoglichen Staatsministeriums vom 6. März 1906, wonach eine gemäß § 76 A. G. zum B. G. B. dem Standesamte erteilte Ausfertigung über eine Namensänderung — § 1577 B. G. B. — stempelfrei ist).

III. In Grundbuchsachen fallen aus:

- a) Stempel für abweisende Bescheide (St. St. L. 9),
- b) „ für Teilhypothekenbriefe (St. St. L. 1),
- c) „ für Grundbuchauszüge und Bescheinigungen über den Inhalt des Grundbuchs.

Der Ertrag zu a und b ist gering und beläuft sich jährlich höchstens auf 200 *M*. Der Ausfall wird durch die zu b an die Stelle tretende abgestufte Gebühr des § 71 Ziffer 2 gedeckt.

Vor 1900 kostete ein Grundbuchauszug einschließlich Schreibgebühren und Stempel 1 *M* 37 *℔*, 1900 trat die Schreibgebühr mit regelmäßig 40 *℔* hinzu, 1903 wurde der Stempel von 37 *℔* auf 1 *M* und 1906 auf 1 *M* 50 *℔* erhöht, so daß nunmehr ein Grundbuchauszug mindestens 2 *M* 90 *℔* kostet. Infolge dieser Entwicklung ist die Zahl der Anträge auf Erteilung von Grundbuchauszügen durchweg herabgegangen. Ein weiteres Sinken dieser Zahl ist zu erwarten, wenn die Stempel beibehalten werden. Um die hohen Kosten für die Grundbuchauszüge zu sparen, begnügt man sich im Verkehr mehr und mehr, soweit es irgend angängig ist, mit einfachen Abschriften aus dem Grundbuche, deren Erteilung nach § 11 der Gr. B. D. nicht verweigert werden kann. Auch in Preußen, welches zwar keinen Stempel, aber eine sehr hohe Gebühr für Grundbuchauszüge erhebt (²/₁₀ nach § 33, vgl. Pr. G. R. G. § 66), wird nach eingezogenen Erkundigungen nur äußerst selten ein Grundbuchauszug verlangt. Im Interesse der Rechtssicherheit ist es aber wünschenswert, daß möglichst nur Grundbuchauszüge (d. h. beglaubigte Abschriften aus dem Grundbuche) erteilt werden. Das Gesetz schreibt deshalb vor, daß die Stempel für Grundbuchauszüge weggelassen und eine Gebühr von 25 *℔* für die Seite, mindestens aber 1 *M* 50 *℔* zu erheben ist (§ 74). Da für einfache Abschriften des Grundbuchblattes neben den Schreibgebühren nach § 74 Absatz 2 eine Gebühr von 50 *℔* vorgesehen ist, so wird in Zukunft ein Grundbuchauszug einschließlich der Schreibgebühren etwa 2 *M*, also nur 1 *M* mehr, als eine einfache Abschrift kosten. Es ist zu erwarten, daß infolge dieser Verbilligung die Zahl der Grundbuchauszüge wieder wächst und daß der Ausfall an Stempeln dadurch gedeckt wird. Zurzeit mögen etwa noch 3000 Grundbuchauszüge jährlich erteilt werden, so daß sich der Ausfall an Stempeln augenblicklich auf etwa 4500 *M* stellen würde.

Bescheinigungen über den Inhalt des Grundbuches sind sehr selten, übrigens gilt hinsichtlich der Stempel hier dasselbe wie bei Grundbuchauszügen.

IV. Im Abschnitte 5, Registerführung, fallen aus die Stempel:

- a) für abweisende Beschlüsse und Bescheinigungen,
- b) für Auszüge aus dem Güterrechts-, Vereins-, Börsen-, Dissidenten- und Schiffsregister und aus dem öffentlichen Schuldbuche.

Der Ausfall an Stempeln in allen diesen Angelegenheiten ist auf weniger als 100 *M* im Jahre zu schätzen, weil die Zahl der Eintragungen nicht erheblich ist und die Kenntnisaufnahme von dem Inhalte der Eintragungen meist durch Registereinsicht erfolgt. Abweisende Beschlüsse und Bescheinigungen sind gleichfalls nur selten. Handelsregisterauszüge, welche häufig vorkommen, sind schon jetzt frei.

Für Auszüge und Bescheinigungen aus dem Genossenschaftsregister ist auch in Zukunft der Stempel von 1 *M* 50 *℔* nach Absatz 4 zu erheben, weil eine Gebühr nicht vorgesehen ist.

V. In den im sechsten Abschnitte geregelten Nachlaß- und Teilungssachen fallen die Stempel aus für Zeugnisse, Erbseine, Entscheidungen und Erbauseinandersetzungen, welche durch das Gericht vermittelt werden.

1906 sind vorgekommen:

- a) 26 Zeugnisse, Stempelertrag 39 *M*,
- b) 69 Anträge auf Erbaueinanderetzung, wovon jedoch höchstens 25 zur Erhebung eines Stempels geführt haben, deren Gesamtertrag sich auf 150 *M* belaufen mag,
- c) 1053 Erbscheine mit einem Ertrage von 1579 *M* 50 *S*,
- d) nur wenige Entscheidungen,

so daß der Gesamtertrag der Stempel für die Geschäfte des Abschnittes 6 sich auf etwa 1800 *M* beläuft. Dieser Ausfall wird durch den zu erwartenden bedeutenden Mehrertrag der Gebühren für Erbscheine allein reichlich aufgewogen (vgl. Bemerkung I zu § 92).

Zu beachten ist, daß Erbteilungsverträge dann dem Stempel unterliegen, wenn das Auseinanderetzungsverfahren durch das Gericht nicht nach Maßgabe der Vorschriften der §§ 86 bis 99 F. G. vermittelt, sondern lediglich ein Erbteilungsvertrag gerichtlich beurkundet ist (vgl. § 95 Absatz 5 und Bemerkung VI zu § 95). Insbesondere ist also für notarielle Erbteilungsverträge stets der im St. St. L. Nr. 19 vorgesehene Stempel zu erheben.

VI. In Vormundschaftsachen (Abschnitt 7) fallen die Stempel aus für Bestellungen und erstmalige Ausfertigungen von Genehmigungen und Entscheidungen. Bei den Gerichten des Herzogtums werden rund 2500 gebührenpflichtige Vormundschaften geführt (die gebührenfreien Vormundschaften kommen nicht in Betracht, weil bei denselben nach § 24 Absatz 2 Br. G. R. G. auch keine Stempel zu erheben sind). In den 2500 Vormundschaften werden jährlich hochgerechnet 1250 Bestellungen oder Ausfertigungen von Genehmigungen oder Entscheidungen erteilt; dazu treten etwa 360 Bestellungen für neu angeordnete gebührenpflichtige Vormundschaften, so daß rund 1600 Stempel nach St. Tarifstelle 9 und 11 mit je 1 *M* 50 *S*, also zusammen rund 2400 *M* Stempel einkommen. Die Beseitigung der Stempel in Vormundschaftsachen ist im Interesse einer gerechten und einfachen Gebührenbemessung dringend erforderlich, der Ausfall für die Staatskasse wird durch die Mehreinnahmen an Gebühren gedeckt (vgl. Vorbemerkung zum Abschnitte VII).

VII. Im Abschnitte 8, Personenstand, ist der Ausfall der Stempel völlig belanglos, im Abschnitte 9, sonstige Angelegenheiten, mag sich der jetzige Jahresertrag an Stempeln für erstmalige Ausfertigungen von Entscheidungen und Anordnungen des Gerichts auf höchstens 300 *M* belaufen.

VIII. Andere Stempel als für Zuschlagsbescheide kommen im Zwangsversteigerungsverfahren nur äußerst selten vor.

IX. Nach den Ausführungen unter I bis VIII beträgt der gesamte Ausfall an Stempeln höchstens 10500 *M* und, wenn man die Stempel für die Grundbuchauszüge, für welche besondere Erwägungen (vgl. Bemerkung III) maßgebend sind, beiseite läßt, beträgt die Summe nur 6000 *M*. Dieser Betrag ist im Vergleich zu der nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zu erwartenden Mehreinnahme an Gebühren gering.

Verrechnung der Stempel.

§ 36.

Eine Verwendung von Stempelmateriale findet bei den Gerichten nicht statt. Soweit Stempelabgaben durch die Gerichte zu erheben sind, werden sie nach den für Gerichtsgebühren geltenden Vorschriften eingezogen und auch sonst wie Gerichtsgebühren behandelt, jedoch vorbehaltlich der im Stempelsteuergesetze getroffenen besonderen Bestimmungen.

Vgl. Pr. O. R. O. § 31. Die Vorschrift stimmt sachlich mit § 8 Ziffer 2 Satz 1 des Pr. O. R. O. in der Fassung des Gesetzes vom 23. Mai 1903 überein. Im zweiten Satze ist statt der Worte „neben den Gebühren“ gesagt „durch die Gerichte“, weil es vorkommen kann, daß Stempel allein, nicht aber sonstige Gerichtsgebühren zu erheben sind. Die Vorschriften des Gesetzes sind insoweit unanwendbar, als das Stempelsteuergesetz abweichende Vorschriften enthält. Insbesondere treten die Bestimmungen des ersten Abschnittes des Stempelsteuergesetzes über die Stempelpflichtigkeit der Urkunden, über sachliche und persönliche Stempelbefreiung, über Werberechnung und Wertermittelung, über Versteuerung mehrerer in derselben Urkunde enthaltenen Geschäfte, sowie über Verpflichtung zur Zahlung für die Stempelsteuer und die Haftbarkeit für dieselbe an die Stelle der entsprechenden allgemeinen Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes. Zu beachten ist auch, daß nach § 27 Ziffer 4 des Stempelsteuergesetzes gegen den Stempelansatz des Gerichts zwar zunächst Erinnerung (nach § 3 des Gesetzes) stattfindet, daß gegen die auf die Erinnerung ergehende Entscheidung die weiteren Rechtsmittel aber abweichend vom § 4 des Kostengesetzes geregelt sind.

§ 37.

Wenn zum Gebrauche bei Gericht bestimmte Urkunden ohne den vorgeschriebenen Stempel eingereicht, oder behuf Anrechnung des zu erhebenden Stempels auf den Auflassungsstempel oder Ausschließung des zur Eintragung einer Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld, sowie für Eintragung einer Abtretung oder Verpfändung derselben zu entrichtenden Wertstempels die Urkunden über das der Auflassung oder Eintragung zugrunde liegende Rechtsgeschäft ohne den vorgeschriebenen Stempel vorgelegt werden, so hat das Gericht den erforderlichen Stempel zu den Gerichtsakten zu verrechnen und, daß dieses geschehen, auf den Urkunden zu bescheinigen.

Dasselbe gilt hinsichtlich des Stempels für Verfügungen von Todes wegen, welche zur amtlichen Verwahrung überreicht werden, sowie wenn Urkunden zur Sicherstellung der Zeit der Ausstellung, zur Genehmigung oder Bestätigung vorgelegt werden.

Außerdem sind die Gerichte befugt zur Verrechnung der Stempel für Privaturfunden, welche zur Beglaubigung der Unterschrift vorgelegt werden.

Enthalten die zum Gebrauche bei Gericht überreichten Urkunden mehrere stempelpflichtige Geschäfte, so ist das Gericht nicht verpflichtet, die Stempel für diejenigen Geschäfte zu verrechnen, welche seiner Behandlung nicht unterliegen. Zu Unterschriftsbeglaubigungen ist der Zeugnisstempel stets vor der Einreichung zu verwenden.

Vgl. Pr. § 31. Der Absatz 1 stimmt wörtlich mit § 8 Ziffer 3 Br. G. R. G. in der Fassung des Gesetzes vom 23. Mai 1903 überein; nur ist am Schlusse auf Vorschlag der Landtagskommission statt „vermerken“ „bescheinigen“ gesetzt. Der Gerichtsschreiber hat danach in jedem Falle den Stempelverrechnungsvermerk durch seine Unterschrift zu beglaubigen. Absatz 2 entspricht der Ziffer 3 Absatz 2 Br. G. R. G. Ausgelassen sind in diesem Absätze die Errichtung von letztwilligen Verfügungen durch Übergabe einer Schrift, sowie die Überreichung von Urkunden zur gerichtlichen Vollziehung oder Anerkennung des Inhaltes. Denn in allen diesen Fällen handelt es sich um eine gerichtliche Beurkundungstätigkeit, welche unter den dritten Abschnitt fällt (§§ 38 fg., insbesondere §§ 44, 46) und wofür daher die Verrechnung der vorgeschriebenen Stempel zu den Gerichtsakten schon durch die §§ 35 Absatz 1, 36 des Gesetzes, § 9 des St. St. G. vorgeschrieben ist. Unter dem hier nicht geläufigen Ausdruck „der gerichtlichen Vollziehung“ einer Urkunde ist nach Rügel, Anmerkung 4 zu § 31 Pr. G. R. G. die Einreichung einer vorläufigen Aufzeichnung zum Zwecke der gerichtlichen Aufnahme einer Urkunde zu verstehen.

Durch Absatz 3 ist die bisher zweifelhafte Frage entschieden, daß das Gericht auch zur Verrechnung der Stempel für Privaturkunden befugt ist, welche ihm zwecks Beglaubigung der Unterschriften vorgelegt werden. Eine Verpflichtung des Gerichts zur Verrechnung dieser Stempel kann nicht vorgeschrieben werden, weil die Beteiligten nicht gezwungen sind, den Inhalt der Urkunden zu offenbaren. In gleicher Weise ist die Stempelverwendung der Notare hinsichtlich der von ihnen beglaubigten Unterschriften geregelt (Ausführungsbestimmungen zum St. St. G. unter 11 A II, 3, Gesetz- und Verordnungs-Sammlung 1903 S. 323).

Durch Absatz 4 Satz 1 sollen mögliche Zweifel beseitigt werden (vgl. Zeitschr. f. R. Bd. 54 S. 17 fg.). Der Schlusssatz gilt hauptsächlich für Notare, welche verpflichtet werden, den Zeugnisstempel zu den von ihnen aufgenommenen Unterschriftsbeglaubigungen vor der Einreichung der Urkunden bei Gericht zu verwenden, was bisher zweifelhaft war. Beide Vorschriften dienen zur Erleichterung der Kontrolle über die Stempelverwendung.

Dritter Abschnitt.

Freiwillige Gerichtsbarkeit im engeren Sinne.

Vorbemerkung.

Der geltende Gebührentarif für Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit im engeren Sinne, Anlage A des Br. G. R. G., entspricht noch im wesentlichen der Sportel- und Gebührentaxe in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom

4. Juli 1851, wenn auch mehrere Änderungen im einzelnen 1879 und namentlich 1899 getroffen sind. Der Tarif enthält neben einigen festen Sätzen zehn verschiedene Gebührenreihen, wobei auch die Wertklassen mehrfach voneinander abweichen. Im allgemeinen sind die Gebühren, welche geringe Werte betreffen, verhältnismäßig zu hoch bemessen und die einzelnen Wertklassen sind zu umfangreich, wodurch sich Unbilligkeiten ergeben. So wird z. B. für die Aufnahme eines Kaufvertrages nach Anlage A I erhoben: wenn der Wert beträgt 101 *M* (Wertklasse 2) eine Gebühr von 3 *M* oder rund 30 vom Tausend, und bei einem Werte von 30 000 *M* eine Gebühr von 30 *M* oder 1 vom Tausend, also im ersten Falle ein um dreißigmal höherer Prozentsatz. Auch in den einzelnen Wertklassen schwankt der Prozentsatz der nach dem Werte des Gegenstandes zu bemessenden Gebühr zu Ungunsten der geringeren Werte um das drei- bis fünffache gegenüber den höheren Werten (z. B. Klasse 2 Anlage A I 100 bis 500 *M* Gebühr 3 *M*, also 30 bis 6 vom Tausend; Klasse 7 10 000 *M* bis 30 000 *M* = 30 *M*, also 3 bis 1 vom Tausend). Zur Beseitigung dieser Mißstände ist es erforderlich, einerseits den Umfang der einzelnen Wertklassen zu verkleinern und also die Zahl der letzteren zu vermehren und andererseits unter Entlastung der geringeren Werte die Gebühren in den höheren Klassen mäßig zu erhöhen, wodurch zugleich eine nicht unerhebliche Mehreinnahme für die Staatskasse erzielt wird. Alle diese Erfordernisse erfüllt der im § 33 des preussischen G. R. G. bestimmte Tarif, welcher außerdem den Vorteil bietet, daß er in den ersten 28 Wertklassen bis zum Werte von 30 000 *M* mit den Wertstufen des D. G. R. G. genau übereinstimmt. Der preussische Tarif, welcher in verschiedenen anderen Bundesstaaten angenommen ist, ist daher auch hier zugrunde gelegt. Eine Höchstgebühr ist im Tarife nicht vorgesehen, sie erscheint auch entbehrlich. Die bisherigen Höchstgebühren von 200 *M* bei schwierigen und 100 *M* bei einfacheren Erklärungen würden nach dem neuen Tarife bei Werten über 700 000 *M* überschritten werden. Es ist nicht einzusehen, warum bei so hohen Werten, über welche übrigens sehr selten Beurkundungen vorkommen, nicht eine mäßige weitere Steigerung der Gebühren zulässig sein sollte. Im Interesse der Erleichterung des Geschäftsbetriebes bei der Gebührenberechnung erscheint es zweckmäßig, im Tarife eine Grundgebühr festzusetzen und für die verschiedenen gerichtlichen Geschäfte, soweit möglich, entweder diese Grundgebühr oder ein mehrfaches oder einen Teilbetrag derselben, nach Zehnteln abgestuft, zu erheben, ein System, welches auch im D. G. R. G. befolgt ist und sich bewährt hat. Was nun die Bewertung der zahlreichen verschiedenen Geschäfte in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit betrifft, so wird die wichtigste Gruppe, welche etwa $\frac{9}{10}$ der gesamten hier in Frage kommenden Geschäfte ausmacht, durch die gerichtliche und notarielle Beurkundungstätigkeit von Rechtsgeschäften aller Art gebildet. Das braunschweigische G. R. G. unterscheidet in dieser Gruppe zwischen a) schwierigen Rechtsakten und Verträgen, b) Darlehns- und Kreditverträgen, Bürgschafts- und Sicherheitsleistungsurkunden und c) einfachen Rechtsgeschäften (Ziffer I bis III der Anlage A Br. G. R. G.). Geht man von der Gebühr II als Einheitsatz aus, so wird für die schwierigen Geschäfte unter I (abgesehen von geringen Abweichungen in den Wertklassen 1, 2, 4, 5 und 6) die doppelte und für die einfachen Geschäfte Ziffer III die halbe Gebühr erhoben. Wenn nun auch unter jeder der Ziffern I bis III eine Anzahl der am häufigsten vorkommenden Gattungen von Rechtsgeschäften besonders aufgeführt ist, so ist doch eine voll-

ständige Aufzählung nicht möglich und die Einteilung in einfache und schwierige Geschäfte ist sehr unbestimmt und gibt zu Zweifeln Anlaß. Erschwert wird die Einreihung der verschiedenen Beurkundungen in die verschiedenen Gebührenreihen noch durch einen Zusatz unter Ziffer III, wonach „Abtretungen von Rechten, einseitige Versprechungen, einseitige Schuldbekenntnisse, Quittungen, Vollmachten umfangreicheren oder verwickelteren Inhalts“ der vollen Gebühr unter II unterliegen sollen. Die Unbestimmtheit und Dehnbarkeit der Begriffe „einfache“ und „schwierige“ Rechtsgeschäfte und solche „umfangreicheren und verwickelteren Inhalts“ hat denn auch dahin geführt, daß für gleiche Rechtsakte das eine Gericht die Gebühr I, das andere die unter Ziffer III erhoben hat, je nachdem man das Geschäft als schwierig oder einfach angesehen hat. Preußen unterscheidet: 1. § 34 einseitige Erklärungen und einseitige Verträge mit der Einheitsgebühr des § 33, 2. § 35 zweiseitige Verträge, d. h. solche, durch welche beide Teile Verpflichtungen übernehmen, für welche das Zweifache der Gebühr anzusetzen ist, und trifft 3. in den §§ 38 und 43 für bestimmte Urkunden Ermäßigungsvorschriften. Diese sehr viel bestimmtere Einteilung ist übernommen, zumal im großen und ganzen unser Tariffatz I den Sätzen des § 35 Pr. O. R. G., Tariffatz II den Sätzen des § 34 und Tariffatz III den §§ 38 und 43 entsprechen.

Einseitige Erklärungen und einseitige Verträge.

§ 38.

Die im Tarife A bestimmte Gebühr wird erhoben für die Beurkundung einseitiger Erklärungen oder einseitiger Verträge, namentlich solcher, durch welche nur von Seiten einer Partei Verbindlichkeiten übernommen oder bestehende Rechte anerkannt, abgetreten oder aufgehoben werden, ohne Unterschied, ob die Erklärungen nur von einzelnen Personen oder von mehreren Personen als Teilnehmern abgegeben werden, und ob die der anderen Partei gemachten Zugeständnisse in derselben Verhandlung angenommen sind oder nicht.

Vgl. Pr. § 34. Der Tarif A stimmt mit dem preussischen Tarife § 33 überein. Unter diesen Paragraphen fallen die Beurkundungen von allen einseitigen Erklärungen, z. B. Kündigung, Mahnung, Quittung, Ausübung des Vorlaufsrechtes, Widerruf einer Schenkung, Aufsechtung von Rechtsgeschäften, Rücktrittserklärungen, Anmeldungen zum Handelsregister und zu anderen öffentlichen Registern (sofern die letzteren nicht beim Registergerichte beurkundet werden und deshalb gebührenfrei sind, vgl. § 79), Annahme und Ausschlagung von Erbschaften usw. Der Ausdruck „rechtsgeschäftliche“ Erklärungen ist vermieden, weil es zweifelhaft sein könnte, ob z. B. Anmeldungen zum Handelsregister zu den Rechtsgeschäften im Sinne des B. G. B. gehören. Außerdem unterliegen der Gebühr des § 38 die einseitigen Verträge, d. h. solche, bei denen nur die Verpflichtung des einen Teiles den Gegenstand der Beurkundung bildet, während die andere Partei die ihr gemachten Zugeständnisse lediglich annimmt, ohne ihrerseits irgendwelche Verpflichtungen zu übernehmen, z. B. Darlehn, Schenkung. Von der Regel, daß alle einseitigen Erklärungen unter

§ 38 fallen, gibt es jedoch Ausnahmen, denn es bestehen besondere Gebührenvorschriften:

1. für Vollmachten und Ermächtigungen (§ 41 Nr. 2),
2. für Zustimmungserklärungen einzelner Teilnehmer (§ 41 Nr. 5),
3. für Anträge und Bewilligungen in Grundbuch- und Schiffspfandsachen (§ 41 Nr. 1),
4. für nachträgliche Erklärungen oder Änderungen unter den Voraussetzungen des § 41 Ziffer 3, sofern es sich um einseitige Erklärungen oder Verträge handelt,
5. für Wiederaufhebung nicht erfüllter Verträge (§ 41 Ziffer 4),
6. für letztwillige Verfügungen und deren Widerruf (§§ 46, 48),
7. für Erklärungen, Anmeldungen und Anzeigen, die gegenüber dem Nachlaßgericht abgegeben werden (§ 96).

Zweiseitige Verträge.

§ 39.

Für die Beurkundung zweiseitiger Verträge kommt die doppelte Gebühr des Tarifes A in Ansatz.

Eheverträge gelten stets als zweiseitige Verträge.

Absatz 1. Vgl. Pr. § 35. Aus der Gegenüberstellung mit § 38 ergibt sich, daß unter zweiseitigen Verträgen solche zu verstehen sind, in denen jede Partei eine Verpflichtung übernimmt oder eine Leistung bewirkt. Den hauptsächlichsten Anwendungsfall bilden die gegenseitigen Verträge im Sinne des B. G. B. §§ 320 fg., bei denen es sich um einen Austausch gegenseitiger Leistungen handelt, wie bei Kauf, Miete, Gesellschaft. Der Begriff der gegenseitigen Verträge im Sinne des B. G. B. ist aber enger wie der Begriff der zweiseitigen Verträge im Sinne des Kostengesetzes, und der letztere Ausdruck ist gleichlautend mit Pr. G. R. G. § 35 gewählt, um einer Verwechselung beider Begriffe vorzubeugen. Zunächst ergreifen die §§ 320 fg. B. G. B., wenigstens in erster Linie, nur die obligatorischen Verträge, während auch dingliche und familienrechtliche Verträge, sofern beiderseitige Verpflichtungen oder Leistungen beurkundet werden, unter § 39 fallen; insbesondere kann es vorkommen, daß eine Partei im Vertrage nicht sowohl eine Verpflichtung übernimmt, als vielmehr unmittelbar durch den Vertrag eine Leistung bewirkt (z. B. bei Verzicht, Erlaß, Abtretung einer Forderung, Übereignung einer beweglichen Sache in den Fällen der §§ 929 Satz 2, 930, 931 B. G. B.). Sodann kommen solche Verträge in Betracht, bei denen die Verpflichtung des einen Teiles die Hauptverpflichtung darstellt, während diejenige der anderen Partei nur eine untergeordnete Bedeutung hat. Es sind dies die Fälle, in denen das gemeine Recht eine *actio contraria* gewährte, wie z. B. bei dem Auftrage, der Hinterlegung und der Leihe. Wird in solchen Fällen neben der Verpflichtung des Beauftragten und des Leihers zugleich eine Verpflichtung des Auftraggebers auf Ersatz der Auslagen oder des Verleihers auf Überlassung des Gebrauches einer Sache für gewisse Zeit mit beurkundet, so ist die Gebühr des § 39 erwachsen. Stets ist zu beachten, daß es kostenrechtlich nicht auf die abstrakten Rechtsbeziehungen, welche die abgeschlossenen Verträge unter den Beteiligten erzeugen können,

sondern lediglich darauf ankommt, inwieweit die Verpflichtungen oder Leistungen in der Vertragsurkunde zum Ausdruck gebracht sind. Ein Kaufvertrag ist z. B. unzweifelhaft ein gegenseitiger Vertrag im Sinne des bürgerlichen Rechts; wird aber die Urkunde erst nach Übergabe der Sache errichtet und wird in der Urkunde etwa lediglich die Verpflichtung des Käufers, für den übergebenen Gegenstand einen bestimmten Kaufpreis zu zahlen, festgestellt, so liegt kostenrechtlich nur ein einseitiger nach § 38 zu bewertender Vertrag vor. Wird ein bestehendes Vertragsverhältnis abgeändert, so ist nicht die Beschaffenheit des abgeänderten Vertrages, sondern der Inhalt des Abänderungsvertrages maßgebend. Danach kann die Abänderung eines einseitigen Vertrages ein zweiseitiges Rechtsgeschäft sein, wenn Leistungen oder Verpflichtungen beider Teile beurkundet werden, wie umgekehrt ein zweiseitiger Vertrag durch einen einseitigen geändert werden kann, wenn sich die Änderung lediglich auf die Verpflichtung des einen Teiles bezieht (Ermäßigung der Gebühr tritt für Abänderungsverträge unter den Voraussetzungen des § 41 Nr. 3 ein).

Absatz 2. Um Zweifel abzuscheiden, ob Eheverträge stets einen zweiseitigen Vertrag bilden, ist dies ausdrücklich ausgesprochen. Eheverträge sind nach § 1432 B. G. B. solche, durch welche die Ehegatten ihre güterrechtlichen Verhältnisse vor oder nach Eingehung der Ehe regeln. Verträge über die persönlichen Beziehungen der Ehegatten oder Verlöbnisverträge gehören nicht hierher, wenngleich sie, sofern von beiden Seiten Versprechungen abgegeben werden, als zweiseitige Verträge auch der Gebühr des § 39 unterliegen. Die güterrechtlichen Verhältnisse werden namentlich berührt, wenn der gesetzliche oder vertragmäßige Güterstand geändert oder aufgehoben wird, oder wenn ein Gegenstand für Vorbehaltsgut erklärt wird. Es sind aber auch vermögensrechtliche Verträge unter Ehegatten denkbar, welche keine Eheverträge sind, z. B. Gewährung eines Darlehns seitens der Frau an den Mann, Schließung handelsrechtlicher Gesellschaftsverträge und andere Verträge, die von den Ehegatten, auch wenn ein güterrechtliches Verhältnis unter ihnen nicht bestände, ebenso getroffen werden könnten. Wegen des näheren vgl. Planck Anmerkung 1 zu § 1432 B. G. B.

Wird ein Ehevertrag über einen bestimmten Gegenstand geschlossen, so ist der Wert des letzteren für die Gebührenberechnung maßgebend. Im übrigen begreift ein Ehevertrag, z. B. die Vereinbarung der allgemeinen Gütergemeinschaft, in der Regel das gesamte Vermögen beider Ehegatten. Dann ist nicht etwa der Wert der Änderung, sondern der Gesamtwert des beiderseitigen Vermögens der Gebührenberechnung zugrunde zu legen und dabei auch die voraussichtliche zukünftige Gestaltung des Vermögens zu berücksichtigen, sofern z. B. der Anfall einer Erbschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist.

§ 40.

Soll ein zweiseitiger Vertrag beurkundet werden, ohne daß beide Teile gleichzeitig Vertragserklärungen abgeben, so werden für die Beurkundung des Antrages fünfzehn Zehnteile der im Tarife A bestimmten Gebühr erhoben.

Für die Beurkundung der Annahme eines Vertragsantrages werden bei einseitigen und bei zweiseitigen Verträgen fünf Zehnteile der im Tarife A bestimmten Gebühr erhoben.

Vgl. Pr. § 36. Nach Bemerkung 3 in Anlage A I Br. G. R. G. wird, wenn zuerst der Antrag zu einem Vertrage und dann in einer selbständigen Verhandlung die Annahme beurkundet wird, für jede der beiden Beurkundungen die Hälfte der Gebühr erhoben. Da aber regelmäßig in dem Antrage das Sachverhältnis völlig niedergelegt wird, so stellt die Beurkundung des Antrages die weit überwiegende Arbeitsleistung dar und deshalb entspricht es der Billigkeit, ¹⁵/₁₀ für die Beurkundung des Antrages bei zweiseitigen Verträgen zu erheben. Dasselbe gilt, wenn der Inhalt eines bereits abgeschlossenen zweiseitigen Vertrages von einem Beteiligten zu Protokoll gegeben wird, wie durch die Fassung des Absatzes 1 zwecks Entscheidung einer in Preußen bestehenden Streitfrage (Mügel Anm. 15 zu § 35, Anm. 3 zu § 36 Pr. G. R. G.) zum Ausdruck gebracht ist. In der Regierungsvorlage lautete der Zwischenatz „ohne daß beide Teile gleichzeitig anwesend sind“. Es kommt aber nicht selten vor, daß ein Vertragsantrag, z. B. ein Verkaufsangebot hinsichtlich eines Grundstücks, einem anderen gegenüber abgegeben wird, daß dieser andere auch anwesend ist und Kenntnis nimmt, aber das Angebot noch nicht annimmt. Um zum Ausdruck zu bringen, daß auch derartige Beurkundungen unter § 40 fallen, ist die jetzige Fassung auf Vorschlag der Landtagskommission gewählt. Für die Beurkundung der Annahme eines Vertragsantrages sind nach Absatz 2 sowohl bei einseitigen wie bei zweiseitigen Verträgen ⁵/₁₀ der Gebühr nach Tarif A zu erheben. Daß für die Beurkundung des Antrages auf Schließung eines einseitigen Vertrages die volle Gebühr des Tarifes A zu erheben ist, ergibt sich mangels einer abweichenden Vorschrift aus § 38. Die Vorschrift des § 41 Nr. 5 findet auf die Beurkundung der ersten Vertragserklärung beider Parteien keine Anwendung.

Ermäßigung der Gebühr für bestimmte Beurkundungen.

§ 41.

Nur fünf Zehnteile der im Tarife A bestimmten Gebühr werden erhoben:

1. für die Beurkundung von Anträgen auf Eintragungen oder Löschungen im Grundbuche oder im Schiffsregister, sowie von Eintragungs- oder Löschungsbewilligungen oder Zustimmungen nach § 27 der Grundbuchordnung oder nach § 105 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, sofern nicht nach Absatz 2 Gebührenfreiheit eintritt;
2. für die Beurkundung von Vollmachten, Aufträgen und Ermächtigungen;
3. für die Beurkundung nachträglicher ergänzender oder abändernder Erklärungen, welche für sich kein besonderes Geschäft bilden, falls die Beurkundung durch dasselbe Gericht oder denselben Notar erfolgt und der ursprüngliche Vertrag noch von keiner Seite auch nur teilweise erfüllt war;
4. für die Beurkundung der Wiederaufhebung eines noch von keiner Seite auch nur teilweise erfüllten Vertrages;

5. für jede besondere Urkunde, in welcher die Zustimmung einzelner Teilnehmer zu einer bereits beurkundeten Erklärung aufgenommen wird.

Für die in Absatz 1 Nr. 1 bezeichneten Beurkundungen wird eine besondere Gebühr nicht erhoben, wenn gleichzeitig das zugrunde liegende Rechtsgeschäft beurkundet wird.

Vgl. Pr. §§ 38, 43. Nr. 1. Die Einwilligung zu Eintragungen oder Löschungen im Grundbuche unterlag auch bisher der ermäßigten Gebühr in Anlage A III Br. G. R. G. Wird zugleich das zugrunde liegende Rechtsgeschäft mit beurkundet, so wird für den Antrag auf Eintragung im Grundbuche oder die Bewilligung dazu eine besondere Gebühr nicht erhoben (Absatz 2). Für die Protokollierung der Auflassung einschließlich der Eintragung des neuen Eigentümers im Grundbuche wird nur eine Gebühr nach § 60 erhoben. Gebührenfreiheit tritt ferner ein für die reinen Anträge auf Eintragungen in das Grundbuch, wenn sie vor dem zuständigen Grundbuchamte erklärt werden und eine Bewilligung oder Zustimmung nicht enthalten und nicht erzetzen sollen, vgl. § 68 Ziffer 1. Gleiches gilt in jeder Hinsicht für Anträge auf Eintragungen in das Schiffsregister § 87 a. E. — Die weitergehenden Bestimmungen des § 43 Pr. G. R. G. sind sehr kompliziert und haben zu Zweifeln Veranlassung gegeben (R. G. 25. 1. 06. Bureaubl. S. 222), sie erscheinen nicht empfehlenswert, zumal auch eine allzu starke Verbilligung der formellen Eintragungsbewilligungen der Beurkundung der zugrunde liegenden materiellen Rechtsgeschäfte zum Schaden der Rechtssicherheit entgegenwirkt.

Nr. 2. Ermächtigungen und Vollmachten sind in Anlage A III Br. G. R. G. mit aufgeführt. Wird in der Vollmacht neben der Befugnis, für den Vollmachtgeber zu handeln, zugleich ein dahin gehender Auftrag beurkundet, so werden gleichwohl nur $\frac{5}{10}$ erhoben, doch tritt die doppelte Gebühr nach § 39 ein, wenn der eine Teil sich zur Ausführung eines Auftrages verpflichtet und zugleich eine Verpflichtung des Auftraggebers (etwa zum Erfasse der Aufwendungen) in die Urkunde aufgenommen wird.

Nr. 3. Vgl. Br. G. R. G. Anlage A III Absatz 1 Schlußbestimmung. Voraussetzung der Anwendung der Ziffer 3 ist nicht, daß es sich um die Verbesserung eines den Parteien oder der Urkundsperson untergelaufenen Irrtums handelt. Es ist aber erforderlich, a) daß die Haupterklärung bereits gerichtlich oder notariell beurkundet ist und daß dasselbe Gericht oder derselbe Notar auch die Abänderung aufnimmt und b) daß der Vertrag noch nicht ins Leben getreten, also von keiner Seite auch nur teilweise erfüllt war. Im übrigen ist es Auslegungsfrage, ob es sich lediglich um eine Abänderung von Nebenpunkten oder um ein neues wirtschaftlich selbständiges Geschäft handelt.

Nr. 4. Voraussetzung der Ermäßigung ist, daß lediglich die Wiederaufhebung des Vertrages beurkundet wird. Wenn die Wiederaufhebung an Bedingungen, Leistungen irgendwelcher Art, z. B. an die Zahlung eines Reuegeldes geknüpft wird, so kommt § 38 oder 39 zur Anwendung.

Nr. 5. Teilnehmer im Sinne der Nr. 5 sind Mitberechtigte und Mitverpflichtete, sowie Personen, deren Genehmigung etwa erforderlich ist, z. B. Miterben, Ehegatte, Vormund. Nicht hierher gehören Erklärungen des anderen

Vertragschließenden bei zweiseitigen Verträgen. Vorausgesetzt wird, daß die Erklärung, welcher beigetreten werden soll, in öffentlich beglaubigter Form vorliegt; dabei ist gleichgültig, wer die erste Beurkundung bewirkt hat.

Beurkundung mehrerer Erklärungen in einer Urkunde.

§ 42.

Werden in derselben Verhandlung mehrere selbständige Rechtsgeschäfte beurkundet, so wird für jedes derselben die nach der Art des Geschäfts und dem Werte des Gegenstandes zu berechnende Gebühr besonders erhoben.

Stehen die mehreren Rechtsgeschäfte in einem inneren Zusammenhange, so kommen neben der Gebühr für das am höchsten zu berechnende Geschäft für jedes der übrigen Geschäfte nach dem Werte desselben $\frac{3}{10}$ der im Tarife A bestimmten Gebühr in Ansatz. Im Zweifel ist anzunehmen, daß alle in einer Urkunde zusammengefaßten Erklärungen, welche sich auf denselben Gegenstand beziehen oder die rechtlichen Beziehungen derselben Personen betreffen, in einem inneren Zusammenhange stehen.

Ist eine Forderung und deren Sicherstellung seitens des Schuldners gleichzeitig Gegenstand des Rechtsgeschäfts, so ist nur eine Gebühr nach dem Werte der Forderung zu berechnen.

I. Absatz 1 stimmt wörtlich mit Bemerkung F Absatz 1 in Anlage A Br. G. R. G. überein. Danach werden grundsätzlich, ebenso wie in Preußen § 40 Absatz 1, für mehrere selbständige Rechtsgeschäfte, auch wenn sie in einer Verhandlung beurkundet werden, die Gebühren für jedes Geschäft nach dessen Werte besonders erhoben. Für unselbständige Rechtsgeschäfte, d. h. solche, welche einen integrierenden Bestandteil des Hauptgeschäfts bilden, gelten die Bestimmungen dieses Paragraphen nicht. Wird z. B. bei Verlautbarung eines Kaufvertrages zur Begleichung eines Teiles des Kaufpreises eine Forderung abgetreten, so ist für die Abtretung keine Gebühr in Ansatz zu bringen, da sie einen Teil der Gegenleistung bildet; vgl. § 43 Absatz 1.

II. Absatz 2. Stehen aber die mehreren an sich selbständigen Rechtsgeschäfte in einem inneren Zusammenhange, so wird die volle Gebühr nach Maßgabe der §§ 38 bis 41 (bei zweiseitigen Verträgen $\frac{20}{10}$ der Gebühr des Tarifes A) nur für das am höchsten zu berechnende Geschäft erhoben, während für jedes der übrigen Geschäfte je nach dessen Werte $\frac{3}{10}$ der Gebühr des Tarifes A berechnet werden. Nach Bemerkung F Absatz 3 in Anlage A Br. G. R. G. sollten für die übrigen Geschäfte die Hälfte der Gebühren in Ansatz kommen. Der letztere Satz ist auf $\frac{3}{10}$ der Gebühr des Tarifes A ermäßigt, weil die Gebühren für die Beurkundung von Rechtsgeschäften im allgemeinen eine Erhöhung erfahren sollen. Voraussetzung der Anwendung des Absatzes 2 ist nicht, daß von den mehreren Rechtsgeschäften jedes einzelne mit jedem der übrigen in direktem inneren Zusammenhange steht; es genügt z. B., wenn von vier in einer Urkunde verbrieften Rechtsgeschäften das erste mit dem zweiten, dieses mit dem dritten und das dritte wieder mit dem vierten Zusammenhang hat, ohne daß ein solcher zwischen dem ersten und dritten, dem ersten und

vierten oder dem zweiten und vierten nachweisbar ist. Ein indirekter Zusammenhang durch ein Bindeglied muß aber stets gegeben sein. Wenn ein innerer Zusammenhang besteht, läßt sich nicht allgemein bestimmen, vielmehr muß in jedem einzelnen Falle nach Lage desselben entschieden werden, ob die Beteiligten den Willen haben, die mehreren Rechtswirkungen zu einem einheitlichen Ganzen zu vereinen. Dies ist namentlich dann anzunehmen, wenn nach der Absicht der Parteien die Gültigkeit der einen Erklärung von der der anderen abhängen soll. Für den Fall, daß die Absicht der Beteiligten sich nicht mit Sicherheit ermitteln läßt, stellt Absatz 2 Schlusssatz die Vermutung auf, daß ein innerer Zusammenhang angenommen werden soll, wenn entweder die mehreren Erklärungen sich auf denselben Gegenstand, d. h. dasselbe Objekt beziehen, oder die Rechtsbeziehungen derselben Personen betreffen, d. h. also, wenn auf beiden Vertragsseiten in den mehreren Rechtsgeschäften stets dieselben Personen stehen. Zum Beispiel: A kauft von B Möbel für 10 000 *M* und läßt sie sich zu Eigentum übertragen, die Übergabe wird nach § 930 B. G. B. dadurch ersetzt, daß A die Möbel dem B für 500 *M* jährlich vermietet. Es wird erhoben doppelte Gebühr für den Kaufvertrag 28 *M* und für den damit im Zusammenhange stehenden Mietvertrag, Wert mangels Vereinbarung einer bestimmten Mietzeit nach § 25 der einjährige Mietzins, $\frac{3}{10} = 1 \text{ M } 10 \text{ S.}$, zusammen 29 *M* 10 *S.* A bekennt, dem B 20 000 *M* zu schulden, übernimmt in vollem Umfange die Bürgschaft: Gebühr für die Schuldverschreibung $\frac{10}{10} = 19 \text{ M.}$, für die Bürgschaft $\frac{3}{10} = 5 \text{ M } 70 \text{ S.}$, zusammen 24 *M* 70 *S.* Wenn jemand seinen Hof an seinen Sohn abtritt und dieser in demselben Verträge den Hof seiner Braut zuheiratet, so beziehen sich der Hofverlaß- und der Ehevertrag auf denselben Gegenstand und es ist daher nach der aufgestellten Vermutung im Absatz 2 Schlusssatz, wenn eine entgegenstehende Absicht der Beteiligten nicht feststeht, ein innerer Zusammenhang zwischen Hofverlaß- und Ehevertrag anzunehmen, so daß für den letzteren nur eine Gebühr von $\frac{3}{10}$ neben der vollen Gebühr für den Hofverlaßvertrag anzusetzen ist. (Für das bisherige Recht abweichend die Entscheidung des L. G. Zeitschrift für Rechtspflege 52 S. 101, auch bei Freund, Sammlung von Entscheidungen, Heft 1. 05, Nr. 6.)

Preußen schreibt in § 40 Absatz 2 vor, daß die in den §§ 34 bis 38 bestimmten Gebühren nur einmal erhoben werden sollen, wenn die mehreren in einer Verhandlung beurkundeten Erklärungen dergestalt in einem inneren Zusammenhange stehen, daß sie ein „einheitliches Rechtsgeschäft“ bilden; dabei soll, wenn die mehreren Erklärungen einen verschiedenen Gegenstand haben, der Wert derselben zusammengerechnet, anderenfalls der Wert nur einmal zum Ansatz gebracht werden. Daneben gelten die besonderen Bestimmungen des § 37 Pr. G. R. G. Diese Vorschriften bieten in der praktischen Anwendung nicht unerhebliche Schwierigkeiten und haben auch zu verschiedenen Streitfragen Veranlassung gegeben (Mügel Anmerkungen zu § 40 Pr. G. R. G., Wenz in Zeitschrift für das Deutsche Gerichtsfekretariat 07 S. 158 fg.), sie sind schon deshalb nicht zu empfehlen. Nach den preussischen Bestimmungen würde z. B. für einen in einer Urkunde aufgenommenen Hofverlaß- und Ehevertrag, wenn beide denselben Hof zum Gegenstand haben, nur eine Gebühr zu erheben sein und die Aufnahme des Ehevertrages völlig frei erfolgen. Da aber doch die Mitbeurkundung des Ehevertrages eine vermehrte Mißverwaltung des beurkundenden Gerichts veranlaßt, so erscheint der bei uns auch schon bisher geltende Grundsatz, dafür eine Teilgebühr zu erheben, richtiger.

Die bisherige Bestimmung in Absatz 2 der allgemeinen Bemerkung F zu Anlage A Br. G. R. G., „sind die mehreren Rechtsgeschäfte von derselben rechtlichen Natur, so erfolgt die Gebührenberechnung nach dem Gesamtwert ihrer Gegenstände“, ist nicht übernommen. Die rechtliche Gleichartigkeit mehrerer Rechtsgeschäfte, welche sonst keinerlei Zusammenhang haben — ein solcher war in der fraglichen Bestimmung nicht vorausgesetzt —, bildet keinen hinreichenden Grund zu einer Abweichung von dem Grundsatz des Absatz 1 und für eine Gebührenermäßigung, wie sie die regelmäßige Folge der Zusammenrechnung der Werte sein würde. In der Praxis ist der Fall vorgekommen, daß A seine Grundstücke im Werte von 700 000 *M* an B, C die jeinigen im Werte von 300 000 *M* an D in einer Verhandlung veräußert haben. Da schon für den ersten Verkauf die Höchstgebühr von 200 *M* anzusetzen war, so geschah die Beurkundung des zweiten Verkaufs infolge der erwähnten Vorschrift gebührenfrei. Die mehr erwähnte Bestimmung kann dahin führen, daß sich die verschiedensten Personen zur Aufnahme einer Anzahl gleichartiger Geschäfte in einer Verhandlung zusammenfinden, um eine erhebliche Gebührenermäßigung zum Nachteil der Staatskasse zu erzielen. Schließen dagegen dieselben Personen über mehrere einzelne Gegenstände einen Verkauf, so liegt überhaupt nur ein Geschäft vor, dessen Wert durch den Gesamtwert der einzelnen Gegenstände bestimmt wird. Dies folgt aus allgemeinen Grundsätzen und bedarf keiner besonderen Hervorhebung im Gesetze (vgl. § 22).

III. Durch Absatz 3 ist der bisher schon geltenden Vorschrift Allgemeine Bemerkung F Absatz 3 Anlage A zum Br. G. R. G. eine klarere Fassung gegeben. Ebenso Br. G. R. G. § 40 Absatz 2 Satz 3. Der hauptsächlichste Anwendungsfall bildet die Verlautbarung einer Schuldverschreibung unter gleichzeitiger Hypothekbestellung seitens des Schuldners.

Wird aber zum Zwecke der Sicherung für eine Schuld eine Sache übereignet oder ein Recht abgetreten, so hat diese fiduciariische Übereignung oder Übertragung eine über die bloße Sicherung, welche letztere lediglich das Motiv bildet, hinausgehende selbständige Bedeutung, es findet dann nicht § 42 Absatz 3, sondern § 42 Absatz 2 Anwendung. Wenn z. B. eine Schuldverschreibung über 15 000 *M* verlauthart wird, der Schuldner übereignet dem Gläubiger Möbel und Inventar im Werte von 15 000 *M*, Gläubiger räumt das Rückkaufsrecht zu diesem Preise dem Schuldner ein, welcher letztere zum Erfasse der Übergabe die übereigneten Sachen für jährlich 600 *M* mietet, so ist gebührenrechtlich die Übereignung das Hauptgeschäft: Gebühr 34 *M*, für die Schuldverschreibung $\frac{3}{10} = 5$ *M* 10 *S*, Mietvertrag Wert 600 *M* $\frac{3}{10} = 1$ *M* 10 *S*, zusammen 40 *M* 20 *S*. Bestellt dagegen der Schuldner für die 15 000 *M* an seinem Grundstücke Hypothek in einer Urkunde, so ist nach Absatz 3 lediglich für die Verlautbarung der Schuldverschreibung die volle Gebühr mit 17 *M* zu erheben, wozu dann freilich noch die Kosten für die Eintragung der Hypothek im Grundbuche treten.

IV. Zu beachten ist, daß die Berechnung der Stempelabgaben im § 10 Absatz 2 des St. St. G. abweichend geregelt ist, wonach es namentlich vorgekommen kann, daß für mehrere Rechtsgeschäfte in einer Urkunde die tarifmäßigen Stempel je voll zu erheben sind, während sich die Gerichtsgebühren nach den Vorschriften des § 42 ermäßigen.

Wertberechnung.

§ 43.

Bei der Berechnung der Gebühren ist der Wert des Rechtsverhältnisses maßgebend, dessen Begründung, Übertragung, Feststellung oder Aufhebung den Gegenstand des Rechtsgeschäfts bildet. Bei Verträgen, welche den Austausch von Leistungen zum Gegenstande haben, kommt nur der Wert der Leistungen des einen Teils und, wenn der Wert der beiderseitigen Leistungen ein verschiedener ist, der höhere in Betracht.

Handelt es sich um Änderungen eines bestehenden Rechtsverhältnisses und erhellt, daß die Änderung einen bestimmten Geldwert hat, so ist dieser maßgebend; andernfalls ist die Bestimmung des § 27 mit der Einschränkung anwendbar, daß der Wert des von der Änderung betroffenen Rechtsverhältnisses nicht überschritten werden darf.

Bei zustimmenden Erklärungen einzelner Teilnehmer (§ 41 Nr. 5) kommt nur der Anteil derselben in Betracht.

Der Wert einer Generalvollmacht ist unter entsprechender Anwendung des § 27 zu bestimmen. Bei Vollmachten zum Abschlusse eines bestimmten Rechtsgeschäfts ist der für dieses maßgebende Wert in Ansatz zu bringen, jedoch ist der Wert höchstens auf 50 000 *M* anzunehmen und bei der von einem Teilnehmer ausgestellten Vollmacht nur der Anteil desselben maßgebend.

Auf Anmeldungen zum Handelsregister oder zu anderen öffentlichen Registern findet, sofern ein bestimmter Geldwert nicht erhellt, die Vorschrift des § 27 entsprechende Anwendung.

I. Vgl. Pr. O. R. G. § 39. Wie der Wert der verschiedenen Gegenstände im allgemeinen zu berechnen ist, darüber geben die §§ 20 bis 27 die leitenden Gesichtspunkte. Im § 43 Satz 1 wird zunächst bestimmt, was als Gegenstand der beurkundeten Erklärungen für die Kostenberechnung gelten soll. Gegenstand der Erklärungen ist die Begründung, Feststellung, Übertragung, Änderung oder Aufhebung eines Rechtsverhältnisses. Nicht also das zu begründende, festzustellende usw. Recht selbst wird erklärt, noch weniger die Sache, das Geld, die Leistung, auf welche das Recht gerichtet ist. Gleichwohl soll nicht etwa das Vermögensinteresse der Beteiligten an der Begründung usw. des Rechts, sondern unmittelbar der Wert des Rechtsverhältnisses, d. h. also der Sache, des Geldes, der Arbeit oder des sonstigen Gegenstandes, auf welche die Beurkundung sich bezieht, für die Wertberechnung maßgebend sein. Danach ist bei einseitigen Erklärungen der Wert der Leistung oder der Verpflichtung des Erklärenden maßgebend. Bei zweiseitigen Verträgen ist zu unterscheiden, ob es sich um einen Austausch von Leistungen (Kauf, Miete) oder um eine Vereinigung von Leistungen (Gesellschaftsverträge, Auseinandersetzungen) handelt; im ersten Falle entscheidet der Wert der höheren Leistung, im zweiten Falle findet eine Zusammenrechnung des Wertes der verschiedenen Leistungen statt. Zu

den Verträgen, „welche einen Austausch von Leistungen zum Gegenstande haben“, gehören nicht nur die gegenseitigen Verträge im Sinne des B. G. B. §§ 320 fg., sondern auch Verträge mit sogenannten *actiones contrariae*, Schenkungen unter der Auflage, den Schenker zu unterhalten und überhaupt alle zweiseitigen Verträge im Sinne des § 39 mit alleiniger Ausnahme der auf Herstellung oder Aufhebung einer Gemeinschaft bezüglichen Verträge, einschließlich der Eheverträge. Die Regel des § 22 Absatz 1, daß bei Kaufverträgen, sofern nicht Simulation vorliegt, stets der Kaufpreis maßgebend ist, bleibt selbstverständlich unberührt. Die Wertberechnung erfolgt übrigens nach §§ 21 bis 26, nötigenfalls entscheidet das gerichtliche Ermessen (§ 20).

II. Absatz 2. Wird die Abänderung eines bestehenden Rechtsverhältnisses beurkundet (nicht nur in den Anwendungsfällen des § 41 Nr. 3, sondern auch dann, wenn es sich bei der Änderung um ein wirtschaftlich selbständiges Geschäft handelt und auch ohne Rücksicht darauf, ob das ursprüngliche Rechtsverhältnis öffentlich beurkundet ist oder nicht), so soll nicht der Wert des Rechtsverhältnisses, wie es nach der Änderung fortbesteht, sondern der Wert der Änderung für die Gebührenberechnung maßgebend sein. Hat die Änderung einen bestimmten Geldwert, wie z. B. bei der Herabsetzung eines Kaufpreises, Änderung eines Zinsfußes, Erlass einer Vertragsstrafe, so ist dieser maßgebend. Wo ein bestimmter Geldwert nicht erhellt, soll in Anwendung des § 27 der Wert auf 2000 *M.*, ausnahmsweise niedriger oder höher, jedoch nicht unter 200 *M.* und nicht über 50 000 *M.*, aber auch nicht höher, angenommen werden, als der Wert des geänderten Rechtsverhältnisses beträgt. Fälle dieser Art sind z. B. Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung, Abänderung der Kündigungs- oder Zahlungsbedingungen, Umwandlung einer Sicherungshypothek in eine gewöhnliche Hypothek und ähnliche. Bei dem Ausschlusse der Kündigung eines Darlehns für bestimmte Zeit ist nach Mügel Anmerkung 7 zu § 39 Pr. G. R. G. als Wert der Änderung 1 v. H. des Kapitals für jedes Jahr des Ausschlusses der Kündigung als angemessener Wert anzunehmen.

III. Zu Absatz 5. Die Vorschrift bezieht sich auf die Register aller Art, auch wenn sie von außerhalb des Herzogtums befindlichen oder überhaupt nicht von Gerichten geführt werden. Anmeldungen zu Registern, sofern sie vor dem Registergerichte erfolgen, sind gebührenfrei, vgl. §§ 79, 84, 85, 86.

Anerkennung des Inhalts eines Schriftstückes.

§ 44.

Für die Beurkundung der Anerkennung des Inhalts einer schriftlich abgefaßten Erklärung werden dieselben Gebühren erhoben, wie für die Beurkundung der Erklärung selbst.

Werden gleichzeitig mit der Anerkennung ergänzende oder abändernde Erklärungen beurkundet, so kommt eine besondere Gebühr für die Beurkundung dieser Erklärungen nicht in Ansatz.

Vgl. Pr. G. R. G. § 41. Eine öffentliche Beurkundung kann auch in der Weise erfolgen, daß in der Erklärung auf eine Schrift Bezug genommen

wird, welche dem Protokolle als Anlage beigelegt ist. Dann bildet der Inhalt der Schrift selbst Gegenstand und Teil der Beurkundung (F. G. §§ 175, 176 Absatz 2, 177). Wie hiernach die Rechtswirksamkeit dieselbe ist, als wenn der ganze Inhalt der überreichten Schrift mündlich zu Protokoll erklärt wäre, so ist auch die Mühewaltung der Urkundsperson im wesentlichen dieselbe, da die Schrift vorgelesen (§ 177 F. G.) und mit den Beteiligten besprochen werden muß, damit festgestellt werde, ob der Inhalt dem Willen der Beteiligten entspricht. Es gelten deshalb für die Gebührenerhebung ganz dieselben Grundsätze, welche bei der Beurkundung der Erklärung selbst anzuwenden sein würden (vgl. insbesondere §§ 38 bis 43). Häufig wird es vorkommen, daß nach Besprechung der Angelegenheit Zusätze oder Abänderungen irgend welcher Art zu der schriftlich abgefaßten Erklärung getroffen werden. Für solche Zusätze oder Abänderungen, mögen sie nun als Nachtrag auf die überreichte Schrift gesetzt oder in das Protokoll aufgenommen werden, ist in keinem Falle eine besondere Gebühr zu erheben, da die sämtlichen Erklärungen gleichzeitig in einem Akte beurkundet werden; § 42 bleibt selbstverständlich unberührt. Wohl zu unterscheiden von der ausdrücklichen Anerkennung des Inhalts einer Erklärung ist die bloße Beglaubigung der Unterschrift (§ 45) und der Fall, wenn in dem Protokolle eine andere Urkunde, z. B. eine Vollmacht, lediglich erwähnt, nicht aber inhaltlich als zu Recht bestehend anerkannt wird.

Beglaubigung von Unterschriften und Handzeichen.

§ 45.

Für die Beglaubigung von Unterschriften oder Handzeichen werden nach dem Gesamtwerte der Gegenstände, auf welche sich die Urkunde bezieht, drei Zehntelle der im Tarife A bestimmten Gebühr, jedoch nicht mehr als 20 *M.*, erhoben. Die Vorschriften des § 43 finden Anwendung.

Vgl. Pr. §§ 42, 43 Ziffer 4. Nach den zurzeit geltenden Bestimmungen unter Ziffer XI der Anlage A Br. G. R. G. werden für die Beglaubigung von Unterschriften und Handzeichen erhoben bei einem Werte des Gegenstandes: bis 500 *M.* einschließlich 1 *M.*, über 500 bis 5000 *M.* 1 *M.* 50 *S.*, über 5000 bis 10000 *M.* 3 *M.*, über 10000 *M.* 5 *M.*. Werden unter derselben Urkunde mehrere Unterschriften gleichzeitig beglaubigt, so wird für die Beglaubigung der Unterschrift jeder auf die erste Person folgenden Person eine Zusatzgebühr von je 1 *M.* erhoben. Die letztere Bestimmung hat zwar insofern eine gewisse Berechtigung, als der Richter sich über die Persönlichkeit eines jeden einzelnen die Unterschrift Vollziehenden oder Anerkennenden Gewißheit verschaffen muß (vgl. § 22 A. G. Nr. 38 zum F. G.), sie führt aber zu einer erheblichen Belastung gerade der unteren Wertklassen und bewirkt, daß bei mehreren Beteiligten die Beglaubigungsgebühr nicht selten die Beurkundungsgebühr übersteigt. Der Entwurf beseitigt deshalb die Zusatzgebühr und schreibt die Erhebung von $\frac{3}{10}$ der im Tarife A bestimmten Gebühr vor, welche nur einmal erhoben wird, auch wenn mehrere Unterschriften gleichzeitig unter derselben Urkunde beglaubigt werden. Durch die Anwendung des Tarifes A wird einerseits die für die Kostenberechnung stets lästige Benutzung einer besonderen Gebührenreihe vermieden und andererseits ein mäßiges Ansteigen der Beglaubigungsgebühr bei

Werten über 10 000 *M* ermöglit. Die Höhe der vorgeschlagenen Gebühren hält sich ungefähr in den bisherigen Grenzen, die jetzige Höchstgebühr für die Beglaubigung einer Unterschrift, 5 *M*, wird nach den neuen Bestimmungen erst in der Wertstufe von 14 000 bis 16 000 *M* mit 5 *M* 10 *S* erreicht. Die weitere Steigerung ist gering, so daß die Gebühr bei einem Werte von 100 000 *M* sich auf 12 *M* beläuft und darüber hinaus für je 10 000 *M* um 30 *S* bis zur Erreichung des Höchstbetrages von 20 *M* steigt. Preußen erhebt für die Beglaubigung von Unterschriften auch $\frac{3}{10}$, jedoch $\frac{4}{10}$, wenn es sich um einen zweiseitigen Vertrag handelt. Da aber der Richter bei der bloßen Unterschriftbeglaubigung mit der sachlichen Prüfung des Inhalts der Urkunde sich nicht zu befassen hat, so ist eine Differenzierung der Gebühren nach solchem Inhalt nicht gerechtfertigt. Aus demselben Grunde erscheinen auch die Vorschriften des § 42 über die Erhebung mehrfacher Gebühren für mehrere in einer Urkunde zusammengefaßte Rechtsgeschäfte unanwendbar. Für die Berechnung der Gebühr des § 45 kommt es lediglich auf den Wert des Gegenstandes an, auf welchen sich die Urkunde bezieht; handelt es sich um mehrere verschiedene Gegenstände (z. B. mehrere Forderungen, mehrere Kaufobjekte), so ist deren Wert zusammenzurechnen. Dagegen führen die mehreren in einer Urkunde verbrieften Rechtsgeschäfte, wenn sie sich auf denselben Gegenstand beziehen, eine Erhöhung der Beglaubigungsgebühr nicht herbei. Im übrigen finden die Vorschriften des § 43 und selbstverständlich auch die allgemeinen Bestimmungen über die Wertberechnung (§§ 20 bis 27) Anwendung.

Die Vorschrift des § 20 Absatz 4 des Reichsgesetzes vom 31. Mai 1891 über das Reichsschuldbuch, wonach für die gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der Anträge (§ 10 Absatz 2) bei Beträgen bis 2000 *M* nicht mehr als 1 *M* 50 *S* und bei höheren Werten nicht mehr als 3 *M* erhoben werden dürfen, bleibt selbstverständlich unberührt.

Verfügungen von Todes wegen.

§ 46.

Für die Errichtung eines Testaments oder eines Erbvertrages vor dem Richter werden erhoben:

1. wenn das Testament oder der Erbvertrag mündlich erklärt oder der Entwurf vom Richter angefertigt wird, das Zweifache,
2. wenn die Errichtung des Testaments oder Erbvertrages lediglich durch Übergabe einer Schrift erfolgt, fünf Zehnteile
der im Tarife A bestimmten Gebühr.

Wird ein Erbvertrag zwischen Ehegatten oder Verlobten mit einem Ehevertrage in derselben Urkunde verbunden, so kommt das Zweifache der im Tarife A bestimmten Gebühr nach dem Gesamtwerte der Gegenstände, auf welche sich beide Verträge beziehen, zur Erhebung. Im Falle der Verbindung mit einem anderen Vertrage finden die Vorschriften des § 42 Anwendung.

Für einen Erbverzichtsvertrag kommt die im Tarife A bestimmte Gebühr in Ansatz.

Absatz 1. Vgl. Pr. G. R. G. § 44. Für die Errichtung eines Testamentes durch mündliche Erklärung vor dem Richter ist bisher die Gebühr A I des Pr. G. R. G. erhoben, welche nach dem Systeme des gegenwärtigen Gesetzes der doppelten Gebühr des Tarifes A entsprechen würde. Abgesehen von der Prüfung der Testierfähigkeit des Verfügenden und der Beobachtung der in den §§ 2233 bis 2246 B. G. B. gegebenen besonderen Formvorschriften hat der Richter bei der Aufnahme des Testamentes die Familienverhältnisse des Testators zu erforschen und danach unter Anwendung der vielfach verwickelten Vorschriften des Erbrechtes zu erwägen, wie sich die Absichten des Erblassers am besten verwirklichen lassen. Für diese in der Regel schwierige Beurkundungstätigkeit ist die Erhebung der doppelten Gebühr nach dem Tarife A gerechtfertigt, welche Gebühr auch der Bedeutung des Aktes entspricht. Diese Gebühr erscheint auch ausreichend für die Errichtung eines gemeinschaftlichen Testamentes (B. G. B. §§ 2265 bis 2273) und eines Erbvertrages (B. G. B. §§ 2274 bis 2302).

Erfolgt dagegen die Errichtung des Testamentes lediglich durch Übergabe einer Schrift (B. G. B. § 2238), welche Form nach B. G. B. § 2276 auch für die Erbverträge zulässig ist, so hat der Richter, auch wenn die Schrift offen überreicht ist, ohne Zustimmung des Erblassers von dem Inhalt der Schrift keine Kenntnis zu nehmen. Die Schrift ist bei der Verlesung des Protokolls nicht mit zu verlesen und sie bildet keinen Teil des letzteren im Sinne der §§ 176 Absatz 2, 177 F. G., im Protokolle ist vielmehr lediglich festzustellen, daß die Schrift überreicht ist unter der mündlichen Erklärung des Erblassers, daß sie seinen letzten Willen enthalte (B. G. B. § 2241 Ziffer 3). Die Tätigkeit des Richters in diesem Falle beschränkt sich in der Hauptsache auf die Prüfung der Testierfähigkeit und die Wahrung der vorgeschriebenen Formen und ist daher wesentlich geringer, als bei der Aufnahme eines mündlich erklärten letzten Willens. Dieses richterliche Geschäft steht nicht auf gleicher Linie mit der im § 44 des Entwurfes behandelten Beurkundungstätigkeit, es erscheint mit $\frac{5}{10}$ der Gebühr des Tarifes A genügend abgegolten. Bisher wurde die Hälfte der Gebühr A I erhoben (Anlage A I Absatz 4 Pr. G. R. G.).

Absatz 2. Bei Eheverträgen ist die vertragsmäßige Festsetzung der gliterrechtlichen Verhältnisse für die Zeit nach der Auflösung der Ehe durch den Tod eines oder beider Ehegatten sehr häufig und mit der Regelung für die Zeit während des Bestehens der Ehe in besonders engem Zusammenhange. Es empfiehlt sich daher abweichend von dem Grundsatz des § 42 Absatz 2, aber in Übereinstimmung mit Sachsen-Weimar § 52 Absatz 3 und Pr. § 44 Absatz 5, in diesem Falle nur einmal die zweifache Gebühr des Tarifes A nach dem Gesamtwerte der Gegenstände beider Verträge zu erheben. Voraussetzung ist selbstverständlich, daß die Ehegatten oder Verlobten auch den Erbvertrag schließen; treten etwa die Eltern mit einem Erbverzicht hinzu, so sind hierfür die vorgeschriebenen Gebühren nach Maßgabe des Absatzes 3 in Verbindung mit § 42 zu erheben. Der letztere (§ 42) findet auch Anwendung, wenn ein Erbvertrag mit anderen Verträgen in einer Urkunde verbunden wird.

Absatz 3. Der Erbverzichtsvertrag (§§ 2346 bis 2352 B. G. B.) wurde im gemeinen Rechte meist den Erbverträgen zugezählt, nach dem Systeme des B. G. B. ist er weder als Erbvertrag, noch als eine Verfügung von Todes wegen, sondern als ein erbrechtliches Rechtsgeschäft eigener Art anzusehen. Eine besondere Gebührevorschrift ist daher notwendig und die einfache Gebühr des Tarifes A erscheint für alle Fälle, also auch bei wechselseitigen Erbver-

zichten ausreichend, da es sich in der Regel um verhältnismäßig einfache Vertragsbestimmungen handelt. Der Erbverzichtsvertrag bedarf der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung (B. G. B. § 2348); da die Errichtung lediglich durch Übergabe einer Schrift nicht zugelassen ist, so ist für die analoge Anwendung des § 46 Ziffer 2 kein Raum. Der im § 312 Absatz 2 B. G. B. erwähnte Vertrag unter künftigen gesetzlichen Erben über den gesetzlichen Erbteil oder Pflichtteil eines von ihnen hat keine unmittelbaren erbrechtlichen Wirkungen und ist daher als Vertrag unter Lebenden nach den Grundsätzen der §§ 38, 39 zu beurteilen.

§ 47.

Für die amtliche Verwahrung eines Testamentes oder eines Erbvertrages und die Erteilung eines Hinterlegungsscheines kommen bei der Annahme zwei Zehnteile der im Tarife A bestimmten Gebühr zur Erhebung. Diese Gebühr wird auch neben den im § 46 bestimmten Gebühren erhoben.

Die gleiche Gebühr wird für die Rückgabe einer Verfügung von Todes wegen aus der amtlichen Verwahrung berechnet. Diese Gebühr fällt jedoch fort, wenn gleichzeitig eine anderweite Verfügung von Todes wegen durch denselben Erblasser überreicht wird; sind aber die für die Rückgabe des früheren und die für die Verwahrung des neuen Testamentes zu berechnenden Gebühren nicht gleich hoch, so wird die höhere von beiden Gebühren erhoben.

Für die amtliche Verwahrung, welche bei gerichtlichen und notariellen Testamenten sowie solchen in der außerordentlichen Form des § 2249 B. G. B. (vgl. § 2246 B. G. B.) vorgeschrieben ist, bei eigenhändigen Testamenten und Erbverträgen aber vom Willen des Erblassers abhängt (§§ 2248, 2277 B. G. B.) und auch in den Fällen der §§ 2250, 2251 möglich ist, wurden bisher nach A IX Br. G. R. G. 3 *M*, daneben aber für den Hinterlegungsschein nach A XI 1 *M* Gebühr und nach St. St. L. Nr. 30 1 *M* Stempel erhoben. Diese Sätze sind für Verfügungen über geringe Wertgegenstände zu hoch. Es wird deshalb empfohlen, wie in Preußen, $\frac{2}{10}$ der im Tarife A bestimmten Gebühr nach dem Werte des Gegenstandes, über welchen verfügt wird, zu erheben, dagegen die Gebühr und den Stempel (§§ 34 und 35) für den Hinterlegungsschein zu beseitigen. Die bisherige Gebühr von 5 *M* einschließlich 1 *M* für den Hinterlegungsschein wird dann erst bei einem Werte von mehr als 30 000 *M* erreicht, doch ist mit Rücksicht auf die weitere, wenn auch sehr mäßige Steigerung bei höheren Werten (bei 100 000 *M* 8 *M*, bei 300 000 *M* 12 *M*) anzunehmen, daß der Jahresertrag der Gebühren für die amtliche Verwahrung von Testamenten nach Inkrafttreten der neuen Bestimmungen etwa derselbe bleiben wird. Die Gebühr wird bei gerichtlichen Testamenten neben der Gebühr für die Errichtung (§ 46) erhoben, um die Gleichstellung mit den Notaren zu erhalten.

Absatz 2. Der Erblasser kann nach § 2256 Absatz 2, 3, 2272 B. G. B. jederzeit die Rückgabe des Testamentes aus der amtlichen Verwahrung verlangen und dasselbe gilt nach Pland Anm. 5 zu § 2277 auch für Erbverträge.

Bei in öffentlicher Form errichteten Testamenten gilt nach § 2256 Absatz 1 B. G. B. die Rückgabe des Testamentes an den Erblasser als Widerruf, während die Gültigkeit von eigenhändigen Testamenten und Erbverträgen durch die Rückgabe an sich nicht beeinträchtigt wird. Da aber die Tätigkeit des Gerichts in allen Fällen die gleiche ist und etwa dieselbe Mühewaltung wie die Verwahrung erfordert, so ist stets die Gebühr von $\frac{2}{10}$ des Tarifes A zu erheben (bisher A Ziffer X 3 M.).

Wird ein testamentarischer Widerruf oder die Aufhebung eines Erbvertrages beurkundet, so tritt die höhere Gebühr des § 48 ein. Wird gleichzeitig mit der Rücknahme der Verfügung von Todes wegen eine andere überreicht, so soll die Gebühr nur einmal für die Verwahrung der neuen Verfügung erhoben werden, wobei jedoch vorausgesetzt wird, daß die beiden Verfügungen gleichwertige Gegenstände betreffen. Sind die Werte, auf welche sich die beiden Verfügungen von Todes wegen beziehen, verschieden, betrifft z. B. die eine Verfügung lediglich ein geringeres Vermächtnis, während die andere sich auf den ganzen Nachlaß bezieht, so ist die Gebühr stets von dem höheren Wert zu erheben, mag die zurückgenommene oder die neue Verfügung diesen höheren Wert betreffen. Wenn die gleichzeitige Überreichung vorgeschrieben ist, so bedeutet das nicht, daß gegen die Rückgabe der früheren Verfügung Zug um Zug die neue Verfügung überreicht werden müßte; es soll nur heißen, daß für die Rückforderung des alten Testamentes die Niederlegung eines neuen Testamentes die Veranlassung war. Erhebt dies aus den Umständen, so steht der Ablauf einer gewissen Zeitspanne, etwa von einigen Tagen, zwischen der Einreichung des neuen und der Abholung des früheren Testamentes der Anwendung des § 47 Schlußsatz nicht entgegen.

§ 48.

Wird durch ein Testament lediglich eine frühere Verfügung von Todes wegen widerrufen, oder wird ein Erbvertrag oder eine einzelne vertragsmäßige Verfügung lediglich aufgehoben, so kommen nur fünf Zehnteile der im Tarife A bestimmten Gebühr in Ansatz.

Die ermäßigte Gebühr von $\frac{5}{10}$ wird erhoben für die Beurkundung des Widerrufs eines Testamentes (§ 2254 B. G. B.) einschließlich des Widerrufs eines durch Testament erklärten Widerrufs (§ 2257 B. G. B.), ferner für die Aufhebung eines Erbvertrages durch Vertrag (B. G. B. § 2290) oder Testament (§§ 2292, 2297 B. G. B.) oder Zustimmung zu einem Testamente (B. G. B. § 2291 Absatz 2) oder durch einseitigen Rücktritt (B. G. B. § 2296). Die Ermäßigung tritt nur ein, wenn lediglich der Widerruf oder die Aufhebung erklärt wird; werden zugleich neue Anordnungen von Todes wegen unter Aufhebung früherer getroffen, so gelten die Vorschriften des § 46. Ob das widerrufene Testament gerichtlich errichtet war oder nicht, macht keinen Unterschied, und es ist für die Anwendung des § 48 auch ohne Einfluß, ob die frühere Verfügung ganz oder nur teilweise aufgehoben wird, nur richtet sich nach dem Gegenstande der aufgehobenen Anordnung die Wertberechnung. Wird im Anschlusse an die gerichtliche Beurkundung eines Widerrufs oder der Aufhebung eines Erbvertrages die Rückgabe der bei demselben Gerichte

verwahrten Verfügung von Todes wegen beantragt, so wird neben der Gebühr des § 48 diejenige des § 47 nicht erhoben, diese wird durch jene mitgedeckt. Bei notarieller Beurkundung des Widerrufs würde allerdings die Rückgabegebühr nach § 47, vorbehaltlich der Bestimmung im § 47 Schlußsatz zu erheben sein.

§ 49.

Die in den §§ 46 bis 48 bestimmten Gebühren sind nach dem Werte des Vermögens des Verfügenden, soweit es von der Verfügung betroffen wird, zur Zeit der Fälligkeit der Gebühren zu berechnen.

Der Gebührenberechnung sind in der Regel die Angaben des Verfügenden über den Wert des Gegenstandes zugrunde zu legen. Stellt sich heraus, daß infolgedessen die Gebühren zu niedrig angesetzt worden sind, so findet eine Nachforderung auch noch nach Ablauf der im § 5 gesetzten Frist statt. Bezüglich dieser Nachforderung beginnt die Verjährung erst mit dem Schlusse des Jahres, in welchem die Eröffnung oder die Rückgabe der Verfügung erfolgt ist.

Absatz 1. Vgl. Pr. § 44, Absatz 6 und 7. Wird über das ganze Vermögen oder einen Bruchteil desselben verfügt, so ist der Wert des Vermögens, d. h. der Wert nach Abzug der Schulden, wie er zur Zeit der Verfügung oder der Verwahrung (§ 16) besteht, zugrunde zu legen. Bei Verfügung über einzelne Gegenstände kommt der gemeine Wert derselben ohne Abzug der Schulden in Betracht (§ 22 Absatz 1). Bei gemeinschaftlichen Testamenten oder Erbverträgen ist der Wert, über welchen beide Verfügungen Bestimmungen treffen, zusammenzurechnen. Wird über denselben Gegenstand mehrfach verfügt, z. B. Vorerbe und Nacherbe eingesetzt, so kommt der Wert nur einmal zum Ansatz. Bei familienrechtlichen Verfügungen, z. B. in betreff der Vormundschaft über die Kinder (B. G. B. §§ 1777, 1782, 1797, 1852 bis 1856, 1858 fg., 1880, 1917), Anerkennung eines Kindes (B. G. B. § 1598 Absatz 3) kommt § 27 zur Anwendung; ist mit einer solchen Verfügung eine Verfügung über den Nachlaß oder einen dazu gehörigen Gegenstand verbunden (z. B. B. G. B. §§ 1651 Ziffer 2, 1909, 1369), so gilt § 27 Absatz 2, also hier regelmäßig nur der Wert des Gegenstandes.

Absatz 2. Ein Erforschen der Vermögensverhältnisse bei Lebzeiten des Verfügenden soll möglichst vermieden werden. Deshalb sollen die Angaben des Verfügenden sowohl über den Inhalt der Verfügung — eine Eröffnung der verschlossenen Verfügung zur Feststellung der Gebühr ist unzulässig — als über den Wert der von der Verfügung betroffenen Gegenstände, wenn diese Angaben nicht offenbar unrichtig sind, in der Regel zugrunde gelegt werden. Meistens wird sich bei der Eröffnung der Verfügung erst herausstellen, ob die Angaben des Verfügenden über den Wert richtig waren. Durch Satz 2 und 3 des Absatzes 2 ist Vorsorge getroffen, daß zu dieser Zeit die Nachforderung der Gebühren, soweit sie durch die falschen Angaben des Verfügenden veranlaßt ist, noch zulässig ist. Selbstverständlich kommt es darauf an, ob die Angaben den Vermögensverhältnissen zur Zeit der Verfügung entsprachen, eine spätere Vermögensvermehrung kommt nicht in Betracht.

§ 50.

Bei den im Falle einer Mobilmachung von Militärpersonen errichteten einseitigen oder wechselseitigen Verfügungen von Todes wegen werden die in den §§ 46 bis 48 bestimmten Gebühren sowie Auslagen nicht erhoben.

Vgl. Pr. G. R. G. § 8 Ziffer 5.

**Beurkundung des Herganges bei Verlosungen, Auslosungen,
in Generalversammlungen und dergleichen.**

§ 51.

Das Zweifache der im Tarife A bestimmten Gebühr wird erhoben für die Beurkundung des Herganges

- a) bei Verlosungen,
- b) bei Auslosung oder Vernichtung von Wertpapieren,
- c) bei Generalversammlungen oder Sitzungen von Aktiengesellschaften oder anderen Vereinigungen oder von deren Organen.

Im Falle a entscheidet der Wert der zu verlosenden Gegenstände, im Falle b der Wert der auszuloseenden oder zu vernichtenden Wertpapiere. Erfolgt die Auslosung und Vernichtung von Wertpapieren in einer Verhandlung, so ist die Gebühr nur einmal vom Gesamtwerte zu erheben.

Im Falle c werden die Gegenstände, auf welche sich die beurkundeten Beschlüsse beziehen, zusammengerechnet. Hierbei finden, sofern bei einem Beschlusse ein bestimmter Wert nicht erhellt, wie z. B. bei Wahlen, Genehmigung der Bilanz, Erteilung der Entlastung, die Vorschriften des § 27 Abs. 1 mit der Maßgabe Anwendung, daß der Wert in der Regel auf 20 000 M anzunehmen ist. Bei Wahlen zum Vorstande oder zum Aufsichtsrate ist für die Wertberechnung je ein Beschluß anzunehmen, auch wenn mehrere Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder gewählt werden. Die Genehmigung der Bilanz und die Erteilung der Entlastung an den Vorstand und Aufsichtsrat gilt als ein Beschluß, doch ist der Beschluß über die Feststellung und Verteilung des Reingewinnes nach dem Betrage des letzteren besonders zuzurechnen. Der Höchstbetrag der Gebühr beträgt 300 M.

I. Vgl. Pr. § 48. Die im § 51 zusammengefaßten Beurkundungen sind meistens langwierig, sie bedürfen einer peinlichen Aufmerksamkeit und sind um so anstrengender, als bei den in der Regel hohen Werten die Geschäfte sehr verantwortungsvoll sind. Demgegenüber sind die Sätze unter A IV Pr. G. R. G. zu unbedeutend, und es empfiehlt sich mit Preußen und anderen Bundesstaaten die doppelte Gebühr nach Tarif A zu erheben, welche der Leistungsfähigkeit der Beteiligten entspricht. Die Gebühr wird erhoben für die Beurkundung des „Herganges“, also für die Verhandlung als Ganzes, nicht etwa für die einzelnen Beschlüsse, deren Inhalt aber selbstverständlich bei der Festsetzung des Wertes des Gegenstandes Berücksichtigung finden muß. Neben diesen höheren

Gebühren findet die Erhebung von Zusatzgebühren für einen größeren Zeitaufwand selbst dann nicht statt, wenn das Geschäft an einem Tage nicht beendet wird.

II. Unter a fällt die Losziehung bei Lotterieuunternehmungen (nicht z. B. im Falle des § 94 F. G.). Als Wert ist die Summe der Gewinne, nicht die der Losbeträge maßgebend.

Bei Wertpapieren, welche Kurs haben, ist der Kurswert nach § 22 Abs. 2 als Wert anzunehmen.

III. Unter c sind Versammlungen aller Art begriffen. Es kommen neben den Generalversammlungen sowie den Vorstands- oder Aufsichtsrats-sitzungen der Aktiengesellschaften noch in Betracht andere handelsrechtliche Gesellschaften, wie Kommanditgesellschaft, offene Handelsgesellschaft, ferner Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften, rechtsfähige oder nicht rechtsfähige Vereine u. a. Vorausgesetzt wird, daß die Gesellschaft oder der Verein schon besteht; für die konstituierenden Versammlungen und die Beurkundung der Feststellung des Gesellschaftsvertrages kommen die §§ 38, 39 zur Anwendung, wenn nicht bei der Successivgründung einer Aktiengesellschaft die Leitung der Versammlung durch das Gericht (§ 196 F. G. B.) nach § 79 gebührenfrei ist. Im Falle c sind, um möglichste Klarheit über die Wertberechnung zu schaffen, für einige häufiger vorkommende Fälle bestimmte Regeln aufgestellt, welche auf gleichartige Fälle entsprechend anzuwenden sind. Ein bestimmter Geldwert liegt z. B. vor bei Beschlüssen über die Erhöhung oder Herabsetzung des Kapitals, über die Verteilung des Reingewinns, Einfordern von Zinsen, Feststellung des Voranschlages, Erwerb von Anlagen oder Grundstücken. Keinen bestimmten Wert haben neben den im Absatz 3 besonders aufgeführten Wahlhandlungen, der Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes oder Aufsichtsrates, in der Regel auch Änderungen der Satzung, Beschlüsse über Auflösung oder Umwandlung einer Gesellschaft usw. Für solche Beschlüsse oder Wahlen ist gewöhnlich ein Wert von 20 000 M, ausnahmsweise ein anderer Wert, jedoch nicht unter 200 M und nicht über 50 000 M anzunehmen (§ 27). Kommen mehrere selbständige Beschlüsse, seien es solche mit oder ohne bestimmten Geldwert, zur Verhandlung, so sind die Werte aller dieser Gegenstände zusammenzurechnen und von der Gesamtsumme ist die zweifache Gebühr nach Tarif A zu berechnen. Diese Gebühr darf jedoch im Falle c niemals 300 M übersteigen, welcher Satz bei einem Werte von 1 200 000 M erreicht wird.

Bescheinigungen, Abnahme von Eiden, Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen.

§ 52.

Die einfache in dem Tarife A bestimmte Gebühr wird, soweit nicht besondere Ansätze in diesem Gesetze vorgesehen sind, erhoben:

1. für die Erteilung von Bescheinigungen über Tatsachen oder Verhältnisse, die das Gericht selbst wahrgenommen hat, sowie für die gerichtliche Beurkundung tatsächlicher Verhältnisse und offenkundiger Tatsachen und Verhältnisse;

2. für die Abnahme von Eiden und Versicherungen an Eidesstatt;
3. für die Vernehmung eines Zeugen oder Sachverständigen außerhalb eines behördlichen Verfahrens; werden mehrere Zeugen oder Sachverständige gleichzeitig vernommen, so kommen nur für den ersten die volle, für jeden folgenden aber drei Zehntelle der Gebühr zur Erhebung.

Ziffer 1. Für amtliche Zeugnisse und Bescheinigungen werden zurzeit nach Tarif A XI je 1 *M.* erhoben, welcher Satz seit 1851 unverändert geblieben ist und den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht, zumal für Abweisung eines Antrages auf Erteilung eines Zeugnisses nach § 22 Ziffer 2 Br. G. R. G. der sehr viel höhere Satz von $\frac{2}{10}$ des § 8 D. G. R. G. anzusetzen ist. In Übereinstimmung mit Preußen § 49 Ziffer 1, Sachsen-Weimar § 57 Ziffer 1 ist daher die einfache Gebühr vorgeschrieben, da die Mühewaltung des Gerichts etwa der Beurkundung einer einseitigen Erklärung entspricht. Es gehören hierher namentlich Lebens- und Identitätszeugnisse, Bescheinigungen über Verwaltungs- und Verfügungsbefugnisse. Der Wert bestimmt sich nach dem Zwecke, zu welchem das Zeugnis gebraucht wird, eventuell nach § 27. Besondere Ansätze bestehen für Grundbuchauszüge § 74, Bescheinigungen aus öffentlichen Registern §§ 80, 84, 86, 87, Erbscheine und Zeugnisse für Testamentsvollstrecker § 92. Wird ein Lebensattest mit der Beglaubigung einer Unterschrift verbunden (§ 23 Absatz 5 A. G. Nr. 38 zum F. G.), so wird lediglich die im § 45 bestimmte Gebühr erhoben.

Ziffer 2. Für die Abnahme von Eiden und eidesstattlichen Versicherungen wurde bisher die Gebühr A III erhoben, in Übereinstimmung mit Preußen § 49 Ziffer 3, Sachsen-Weimar § 57 Ziffer 2 ist — unter Gleichstellung mit der Beurkundung einseitiger Erklärungen — die einfache Gebühr nach Tarif A festgesetzt. Neben der Abnahme von Eiden zur Wahrnehmung von Rechten im Auslande, wofür nach § 25 Absatz 2 A. G. Nr. 38 zum F. G. auch die Notare zuständig sind, und der Beeidigung von Privatbeamten kommt die Abnahme des Offenbarungseides in den Fällen des B. G. B. §§ 259 bis 261, 2028, 2057 und F. G. § 163 in Betracht. Für die Abnahme von Eiden durch das Nachlaßgericht B. G. B. § 2006 und F. G. § 79 gelten besondere Bestimmungen, vgl. § 96 Ziffer 3. Für die eidesstattliche Versicherung zwecks Ausstellung eines Erbscheines wird die Gebühr nur zur Hälfte erhoben, wenn sie vor dem Nachlaßgerichte abgegeben wird; § 92 Absatz 2.

Ziffer 3. Bisheriger Tarif A V Br. G. R. G. vgl. Pr. G. R. G. § 49 Ziffer 2. Namentlich kommen Vernehmungen zum Zwecke der Verwendung der Aussage im Auslande oder zu einer Glaubhaftmachung vor. Für die Fälle des § 164 F. G. gibt § 114 Ziffer 1 und Absatz 2 eine Sondervorschrift.

Augenscheinscinnahmen,

Aufnahme von Vermögensverzeichnissen, Siegelungen.

§ 53.

Für Augenscheinscinnahmen, Besitzergreifungen, Aufnahme von Vermögensverzeichnissen wird die im Tarife A bestimmte Gebühr von dem

Werte des Aktivvermögens ohne Abzug der Schulden erhoben. Der Mindestbetrag der Gebühr beträgt jedoch 5 *M*.

Für Siegelungen oder Entsigelungen werden fünf Zehnteile der Gebühr nach Tarif A, mindestens aber 3 *M* erhoben; für eine mit der Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses verbundene Siegelung wird jedoch keine besondere Gebühr erhoben.

Erfolgt die Aufnahme von Vermögensverzeichnissen oder die Vornahme von Siegelungen oder Entsigelungen durch den Gerichtsschreiber, so sind nur die den Gerichtsvollziehern im gleichen Falle zustehenden Gebühren zu erheben.

Vgl. Pr. G. R. G. § 49 Ziffer 5. Für Augenscheinseinnahmen, Besitzergreifungen und Inventuren werden zurzeit nach Anlage A Ziffer VI Pr. G. R. G. auf Grund einer besonderen Wertskala 4 bis 18 *M* erhoben, wobei je nach dem Zeitaufwande eine Ermäßigung oder Erhöhung der Sätze vorgesehen ist. Um eine besondere Gebührenreihe zu vermeiden, ist in Übereinstimmung mit Preußen die volle Gebühr nach dem Tarife A bestimmt, wodurch eine geringe Erhöhung gegenüber den bisherigen Sätzen erreicht wird. Da diese Geschäfte an Ort und Stelle vorzunehmen sind, so erscheint die Mindestgebühr von 5 *M* (bisher 4 *M*) gerechtfertigt, eine Berechnung der Gebühr nach der Zeitdauer des Geschäftes fällt weg. Da zur Aufnahme von Vermögensverzeichnissen auch die Gerichtsvollzieher und Gerichtsschreiber, für welche wesentlich ermäßigte Sätze gelten, zuständig sind, so kommen Vermögensaufnahmen durch den Richter oder Notar nur in sehr seltenen Fällen vor, wenn es sich um besonders wichtige oder schwierige Angelegenheiten handelt. In solchen Fällen können dann die höheren Gebühren aufgewendet werden. Die Aufnahme von Vermögensverzeichnissen kommt hauptsächlich vor in den Fällen des B. G. B. §§ 260, 1035, 1372, 1528, 1640, 1667, 1692, 1760, 1802, 2002, 2003, 2121, 2215.

Absatz 2. Für Siegelungen und Entsigelungen sind gleichfalls neben den Richtern und Notaren die Gerichtsvollzieher und Gerichtsschreiber zuständig, für welche die geringeren Gebühren vorgesehen sind. Wenn ausnahmsweise ein Richter oder Notar sich mit solchen Geschäften zu befassen hat, so erscheint es angemessen, die im Absatz 2 bestimmten höheren Gebühren zu erheben. Bisher galt in dieser Hinsicht kein Unterschied zwischen Richtern und Notaren einerseits und Gerichtsvollziehern und Gerichtsschreibern andererseits, auch war der Satz von 1 *M* 50 *S* zu gering (Anlage A Ziffer XIII Pr. G. R. G.).

In den Fällen des § 164 F. G. gilt die besondere Vorschrift des § 114 Nr. 1.

Freiwillige Versteigerungen:

1. von Grundstücken.

§ 54.

Bei freiwilligen Versteigerungen zum Zwecke des Verkaufes oder der Verpachtung von Grundstücken oder anderen Gegenständen, welche der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen unterliegen, werden erhoben:

1. für die Vorbereitung der Versteigerung fünf Zehnteile der im Tarife A bestimmten Gebühr,
2. für die Abhaltung eines jeden Versteigerungstermines und
3. für die Beurkundung des Zuschlages je die volle in dem Tarife A bestimmte Gebühr.

Der Versteigerungstermin gilt als abgehalten, wenn in demselben zur Abgabe von Geboten aufgefördert worden ist.

Werden mehrere Grundstücke oder andere Gegenstände, welche der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen unterliegen, in demselben Verfahren versteigert, so sind die Gebühren nach dem zusammenzurechnenden Werte der mehreren Gegenstände zu berechnen. Die Gebühr für die Beurkundung des Zuschlages wird jedoch für jeden Ersteher besonders nach dem zusammenzurechnenden Betrage seiner Gebote berechnet.

Sind nach Maßgabe der Versteigerungsbedingungen die Bieter zur Sicherheitsleistung verpflichtet, so kommen für die Beurkundung der dem Zwecke der Sicherheitsleistung dienenden Erklärungen (insbesondere Bürgschaftsleistungen) besondere Gebühren nicht in Ansatz.

Schuldner der Kosten für die Zuschlagserteilung ist der Ersteher; im übrigen finden auf die Zahlungspflicht die allgemeinen Bestimmungen Anwendung.

I. Vgl. Pr. O. R. O. § 46. Für freiwillige Versteigerungen von Grundstücken fehlte es bisher an einer speziellen Vorschrift, es wurde daher meistens die Gebühr A I Pr. O. R. O. und, falls der Zuschlag in einer besonderen Verhandlung beurkundet wurde, unter analoger Anwendung der Bemerkung 3 zu A I noch einmal die halbe Gebühr erhoben. Wurde der Antrag auf Versteigerung vor dem Versteigerungstermine zurückgenommen, so kamen trotz der nicht unerheblichen Mühewaltung des Gerichts bei der Vorbereitung der Versteigerung nur die Auslagen zur Erhebung. Wenngleich nun für das Verfahren bei der freiwilligen Versteigerung von Grundstücken, welches in den §§ 66 bis 76 des Pr. O. über die freiwillige Gerichtsbarkeit vom 21. September 1899 geregelt ist, bei uns keine besonderen Vorschriften bestehen, so spielt sich doch das Verfahren hier durchweg in ganz gleicher Weise ab, wie in Preußen, so daß die Übernahme der preussischen Gebührenvorschriften unbedenklich ist. Eine solche Übernahme ist aber auch zweckmäßig, weil das Verfahren von demjenigen bei der Beurkundung eines zweiseitigen Vertrages erheblich abweicht, so daß die Vorschriften des § 38 nicht passen. Es stellen sich naturgemäß 3 Hauptabschnitte des Verfahrens heraus, wonach 3 Pauschalgebühren festgesetzt sind.

1. Die erste Gebühr umfaßt alle dem Versteigerungstermine vorhergehenden Verrichtungen des Gerichts, insbesondere die Feststellung der Versteigerungsbedingungen und die etwa vorgesehene nähere Regelung des Verfahrens sowie die Bestimmung und Bekanntmachung des Termines. Hierfür werden $\frac{5}{10}$ der Gebühr des Tarifes A erhoben.

2. Die zweite Gebühr $\frac{10}{10}$ wird für jeden besonderen Versteigerungstermin erhoben und sie ist erwachsen, sobald zur Abgabe von Geboten aufgefördert ist (Absatz 2).

3. Eine dritte Gebühr von $\frac{10}{10}$ wird für die Beurkundung des Zuschlages berechnet, weil durch den Zuschlag nach § 156 B. G. B. der Vertrag zustande kommt. Ob der Zuschlag in dem Versteigerungstermine oder später beurkundet wird, macht keinen Unterschied. Da es sich um eine Bauschgebühr handelt, so ist für die Aufnahme der etwa vorbehaltenen Zustimmungserklärung des Antragstellers nichts Besonderes zu liquidieren. Ebensowenig sollen die Beurkundungen über die Sicherheitsleistungen der Bieter besonders vergütet werden, was der Deutlichkeit wegen im Absätze 4 ausdrücklich bestimmt ist.

II. Werden mehrere Grundstücke, mögen sie auch verschiedenen Eigentümern gehören, in demselben Verfahren versteigert, so werden die Gebühren nur einmal erhoben, jedoch von dem Gesamtwerte der Grundstücke, soweit sich die einzelnen Abschnitte des Verfahrens auf die mehreren Grundstücke erstrecken. Sollen die Grundstücke nicht verkauft, sondern verpachtet werden, so ist der Wert nach § 25 zu berechnen. Die Zuschlagsgebühr wird jedoch für jeden Ersteher besonders nach Maßgabe seines Gebots erhoben. Da es zweifelhaft sein könnte, ob der Ersteher als Antragsteller nach § 7 Absatz 2 anzusehen ist, so schreibt Absatz 5 ausdrücklich vor, daß der Ersteher die Kosten der Zuschlagserteilung zu tragen hat. Daneben haften der oder die mehreren Personen, welche das Verfahren beantragt haben, nach §§ 7 Absatz 2, 9 Absatz 1 als Gesamtschuldner für sämtliche Kosten einschließlich derjenigen für die Zuschlagserteilung.

III. Gelangt das Verfahren nicht zur völligen Durchführung, so werden die bis dahin fällig gewordenen Gebühren erhoben. Die Gebühr Nr. 1 setzt voraus, daß das Gericht zur Vorbereitung der beantragten Versteigerung irgendwie tätig geworden ist. Wird der Antrag zurückgenommen, bevor etwas zur Vorbereitung geschehen ist, so wird nach § 121 die Zurücknahmegebühr von der Vorbereitungsgebühr zu $\frac{5}{10}$, mithin $\frac{5}{100}$ erhoben.

IV. Wie in dem Wortlaute des § 54 zum Ausdruck gebracht ist, beziehen sich dessen Vorschriften auch auf diejenigen Gegenstände, welche auch sonst den Regeln über die Grundstücke unterliegen. Es sind das neben den eingetragenen Schiffen (§ 864 E. P. O.) und dem Erbbaurecht (B. G. B. § 1017) für unser Land namentlich das Bergwerkseigentum und die Nutzungsrechte an den Genossenschaftsforsten.

2. von beweglichen Sachen.

§ 55.

Für die Versteigerung oder den Verkauf aus freier Hand von beweglichen Sachen, Inhaberpapieren, Früchten, welche vom Boden noch nicht getrennt sind, Forderungen oder anderen Vermögensrechten einschließlich der Erhebung und Ablieferung des erzielten Erlöses werden nach dem zusammenzurechnenden Werte der Gegenstände erhoben:

von dem Betrage bis 100 M einschließlich	5	vom Hundert,
von dem Betrage über 100 M bis 300 "	3	" "
" 300 " " 1000 "	2	" "

von dem Betrage über 1000 *M* bis 5000 *M* einschließlich 1 vom Hundert,
 „ 5000 „ $\frac{1}{2}$ „ „
 jedoch nicht unter 2 *M*.

Aus dem an das Gericht gezahlten Erlöse sind die Kosten vorweg zu erheben.

Vgl. Pr. § 47. Die Vorschrift stimmt mit Ziffer VII Anlage A Br. G. R. G. überein, nur soll die Gebühr statt bisher von dem Erlöse nunmehr von dem Gesamtwerte der Gegenstände berechnet werden. Da die Gebühr in analoger Anwendung des § 54 Absatz 2 mit dem Ausgebote der Gegenstände verdient ist, auch wenn es zum Verkaufe nicht kommt, so würde es für den letzteren Fall an einem Erlöse und damit an einem Maßstabe für die Gebührenberechnung fehlen. Werden sämtliche zur Versteigerung gebrachten Gegenstände verkauft, so wird der Erlös als Wert zugrunde zu legen sein. Der Absatz 2 ist aus Zweckmäßigkeitsgründen hinzugefügt, ebenso Pr. G. R. G. § 47 Absatz 2.

Wechsel- und Scheckproteste.

§ 56.

Für die Aufnahme von Wechselprotesten einschließlich einer etwaigen Interventionserklärung wird die im Tarife A bestimmte Gebühr erhoben. Diese Gebühr erhöht sich für jeden Weg, den der Richter oder Notar behuf Vorlegung des Wechsels oder behuf Nachsuchung der Wohnung bei der Polizeibehörde (Art. 91 Schlußsatz der Wechselordnung) unternimmt, um je $\frac{1}{10}$ der Gebühr des Tarifes A, mindestens aber um 1 *M*. Auf die Wegegebühren werden die den Gerichtspersonen oder Notaren zustehenden Tagegelder und Reisekosten angerechnet. Die Wegegebühren sind auch dann zu erheben, wenn der Auftrag zur Protesterhebung nach Antritt des Weges seine Erledigung gefunden hat. Für die Abschrift des Wechsels im Proteste werden Schreibgebühren nicht erhoben.

Erfolgt die Aufnahme von Wechselprotesten und Interventions-erklärungen durch den Gerichtsschreiber, so sind nur die den Gerichtsvollziehern im gleichen Falle zustehenden Gebühren zu erheben. Diese Gebühren stehen auch den Gerichten oder Notaren für die Aufnahme eines Protestes zu, falls sie höher sind als die im Tarife A bestimmte Gebühr.

Diese Vorschriften finden auch entsprechende Anwendung auf Scheckproteste.

I. Vgl. Pr. § 50. An Stelle der bisherigen Vorschriften in Anlage A Ziffer 8 Br. G. R. G. sind auf Wunsch der Notare im wesentlichen die preussischen Vorschriften § 50 Pr. G. R. G. übernommen. Die Aufnahme von Wechselprotesten durch Richter kommt fast niemals vor. Wenn nach dem bekanntgemachten Entwurfe eines Reichsgesetzes über Änderungen der Wechselordnung ¹⁾ die Aufnahme des Protestes in Zukunft auch durch die Post gegen

¹⁾ Dieses Gesetz ist inzwischen erlassen; vgl. Reichsgesetzblatt von 1908, S. 321.

sehr geringe Gebühren soll bewirkt werden können, so werden dann voraussichtlich vorwiegend Wechsel über höhere Beträge noch durch Notare protestiert werden. Da die Aufnahme eines ordnungsmäßigen Protestaktes unter Umständen schwierig ist und den Notar die pekuniäre Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Protestes trifft, so erscheint die Gebühr des Tarifes A nicht zu hoch.

Der bisherige Höchstsatz von 8 *M* wird bei Wechseln über 2100 *M* erreicht, während die Mindestgebühr sich nach Maßgabe des Schlusssatzes auf 1 *M* 50 *S* ermäßigt (vgl. § 19 des Gesetzes über die landesgesetzlichen Gebühren der R. A. und G. B., sowie hinsichtlich der Notare § 136 des gegenwärtigen Gesetzes).

Die Protestgebühren werden in jedem Falle, auch wenn Notadressen vorhanden sind oder eine Intervention stattfindet, nur einmal erhoben. Die Wegegebühren werden dagegen für jeden einzelnen Weg, welcher gesetzlich erforderlich war, also behuf Vorlegung des Wechsels beim Bezogenen oder Aussteller eines eigenen Wechsels, Domiziliaten oder Notadressaten, oder behuf Nachsuchung der Wohnung bei der Polizeibehörde (Art. 91 W. O.) besonders erhoben. Die Gebühr beträgt für jeden Weg $\frac{1}{10}$ des Tarifes A, mindestens aber 1 *M*. Stehen dem Richter oder Notar Reisekosten und Tagegelber zu, so dürfen die Wegegebühren nur insoweit in Rechnung gestellt werden, als sie den Betrag der Reisekosten und Tagegelber übersteigen. Die Wegegebühren sind erwachsen, sobald der Weg angetreten ist. Durch diese Bestimmung wird die Vorschrift der Ziffer VIII Absatz 4 Br. G. R. G. Anlage A ersetzt. Die Abschrift des Protestaktes im Wechselprotestregister ist nicht mehr wie bisher in der Gebühr für die Aufnahme des Wechsels mit begriffen, dafür sind vielmehr Schreibgebühren zu berechnen. Nur für die Abschrift des Wechsels in der Urschrift des Protestaktes, welche durch die Hauptgebühr mit abgegolten ist, sind Schreibgebühren nicht zu berechnen.

Für die Gerichtsschreiber und Gerichtsvollzieher sind die Sätze im § 19 des Gesetzes über die landesgesetzlichen Gebühren der R. A. und G. B. entsprechend dem § 50 Absatz 2 Br. G. R. G. erhöht. Diese Sätze sind höher als die volle Gebühr des Tarifes A, wenn der Wechsel lautet über Beträge bis zu 120 *M* und über 150 *M* bis 200 *M*. Bei der Vergleichung der Gebühren nach Maßgabe des Schlusssatzes des § 56 bleiben die etwa nach Absatz 1 zu berechnenden Wegegebühren außer Betracht.

Da nach § 16 (vgl. § 30) des Reichsscheidegesetzes vom 11. März 1908 die Bestimmungen der Wechselordnung über Proteste auch für Scheckproteste gelten, so müssen auch die Gebührenvorschriften für Scheckproteste dieselben sein, wie für Wechselproteste, was durch den vom Landtage eingefügten Abf. 3 des § 56 vorgeschrieben ist.

Beglaubigung von Abschriften und Erteilung von Ausfertigungen.

§ 57.

Für die Beglaubigung von Abschriften werden für jede Seite 25 *S*, mindestens jedoch 1 *M* erhoben. Für die Erteilung von Ausfertigungen oder beglaubigten Abschriften der Urkunden, welche das Gericht oder der Notar selbst aufgenommen hat, einschließlich der Erteilung auszugsweiser

Ausfertigungen oder beglaubigter Abschriften, werden nur Schreibgebühren erhoben. Dasselbe gilt hinsichtlich der Ausfertigungen und beglaubigten Abschriften der in Verwahrung des Gerichts befindlichen Urkunden der Notare und Schiedsmänner.

Für die Beglaubigung von Abschriften, wozu nach § 14 des A. G. Nr. 38 zum F. G. (wegen der Form vgl. § 20 daselbst) auch die Gerichtsschreiber zuständig sind, ist der bisherige Satz von 25 \mathcal{J} für die Seite, mindestens aber 1 \mathcal{M} (Br. G. R. G. Anlage A Ziffer XIV 1) beibehalten. Für die Erteilung von Ausfertigungen und beglaubigten Abschriften von Urkunden, welche das Gericht oder der Notar selbst aufgenommen hat, sind jedoch neben den erhöhten Beurkundungsgebühren nur die Schreibgebühren zu erheben, zumal — abgesehen von den bei erstmaligen Ausfertigungen geltenden Ausnahmen — in allen Fällen 1 \mathcal{M} 50 \mathcal{J} Stempel zu zahlen sind (§ 35 des Gesetzes, St. St. L. Nr. 1 und 9). Sind nach dem Ausscheiden eines Notars aus dem Amte oder bei Behinderung eines Notars dessen Urkunden dem Amtsgerichte eingesandt, so werden vorkommenden Falles Ausfertigungen und Abschriften solcher Urkunden auch gebührenfrei erteilt. §§ 39 und 44 A. G. zum F. G. Dasselbe gilt, wenn das Amtsgericht Ausfertigungen oder beglaubigte Abschriften aus den ihm eingerichteten Protokollbüchern der Schiedsmänner erteilt (§ 28 Absatz 2 der Schiedsmannsordnung vom 2. Juli 1896).

Besondere Vorschriften gelten für Grundbuchauszüge (§ 74) und für beglaubigte Auszüge aus gerichtlichen Registern (§§ 80, 84, 86, 87), in welchen Fällen die Mindestgebühr 1 \mathcal{M} 50 \mathcal{J} beträgt.

Ergebnislose Verhandlungen.

§ 58.

Unterbleibt die beantragte Beurkundung einer Erklärung, nachdem das Gericht darüber mit den Beteiligten verhandelt hat, so werden fünf Zehnteile der für die Beurkundung bestimmten Gebühr bis zum Höchstbetrage von 20 \mathcal{M} erhoben.

I. Vgl. Br. G. R. G. § 54. Nach Bemerkung Anlage A I Br. G. R. G. wird die Hälfte der vorgesehenen Gebühr erhoben, wenn bereits mit der Protokollierung des aufzunehmenden Rechtsgeschäfts begonnen war. Dies setzt der § 58 nicht voraus; danach soll die Gebühr erhoben werden, wenn nach Stellung des Antrages auf Beurkundung eines Rechtsgeschäftes das Gericht mit den Beteiligten über den Inhalt der aufzunehmenden Erklärungen verhandelt, mag auch die Abfassung der beantragten Beurkundung noch nicht begonnen sein. Eine bloße vorläufige Besprechung eines Beteiligten mit dem Richter etwa zu dem Zwecke der Verabredung eines Termines zur Aufnahme der Erklärungen begründet die Erhebung der Gebühr des § 58 nicht. Wird ein Antrag auf Vornahme einer Beurkundung zurückgenommen, bevor das Gericht darüber mit den Beteiligten verhandelt hat, so ist nur die im § 121 bestimmte allgemeine Rücknahmegebühr von $\frac{1}{10}$ zu berechnen.

II. Der § 58 beschränkt sich auf die Beurkundung von Erklärungen (§§ 38 bis 41, 44, 46, 48) und findet keine Anwendung auf Beglaubigungen, Versteigerungen, Proteste usw. Zu beachten ist, daß für bloße Ratserteilungen, welche ein *nobile officium* des Richters gerade in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit bilden, keinerlei Gebühren zu erheben sind; anderes gilt in dieser Hinsicht für die Notare.

Zuschlagsgebühr bei Zuziehung eines Dolmetschers.

§ 59.

Die Gebühren für die Beurkundung eines Rechtsgeschäfts werden um ein Viertel erhöht, wenn sich ein Beteiligter in fremder Sprache erklärt.

Die Gebührenerhöhung, sowie die durch die Zuziehung eines Dolmetschers entstandenen Auslagen fallen dem Beteiligten zur Last, welcher die Zuziehung des Dolmetschers oder die Verhandlung in fremder Sprache veranlaßt hat.

Vgl. Pr. O. R. O. § 55. Wenn bei der Beurkundung eines Rechtsgeschäfts ein Beteiligter sich in einer fremden Sprache erklärt, so bringen die erforderlichen Übersetzungen und die vorgeschriebenen Feststellungen im Protokolle (vgl. §§ 179 F. O. 2244, 2245 B. O. B.) eine Mehrarbeit mit sich, welche die Erhebung einer Zuschlagsgebühr rechtfertigt. Eine solche Gebührenerhöhung war bisher für unser Land nicht vorgesehen, sie kann aber auch für die Folge praktisch werden, zumal ein regelmäßiger Zuzug von Arbeitern aus dem Osten stattfindet, welche der deutschen Sprache nicht oder nur sehr unvollkommen mächtig sind. Ob ein Dolmetscher zugezogen wird oder nicht, ist für die Anwendung des Absatz 1 ohne Einfluß. Die im einzelnen Falle zu berechnende Gebühr wird um ein Viertel erhöht. Die Gebühr beträgt demnach bei einseitigen Geschäften (§ 38) statt der vollen Gebühr $\frac{5}{4}$ derselben, bei zweiseitigen Verträgen (§ 39) $\frac{9}{10}$ usw. Auf den Fall des § 178 F. O. findet § 59 Absatz 1 keine Anwendung.

Der Absatz 2 beruht auf demselben Prinzipie wie § 9 Absatz 3.

Vierter Abschnitt.

Grundbuchsachen.

Vorbemerkung.

Die durch Gesetz Nr. 48 vom 12. Juni 1899 vorgeschriebenen Gebührenreihen in Grundbuchsachen zeigen große Ähnlichkeit mit den bisherigen Gebührensätzen für gerichtliche Urkunden. Und zwar entsprechen die Gebühren für die Eintragung des Eigentümers auf Grund der Auflassung (§ 2 Ziffer I des genannten Gesetzes) im allgemeinen den Sätzen für die Beurkundung von schwierigen

Rechtsakten (Br. G. R. G. Anlage A Ziffer I), indem sie bei abweichender Abstufung der Wertklassen bis zu 30 000 *M* in den Werten bis zu 500 *M* höhere oder gleich hohe, in den Werten über 500 bis 30 000 *M* aber gleich hohe oder niedrigere Sätze als diejenigen des Br. G. R. G. Anlage A Ziffer I aufweisen, und bei höheren Werten stets um 5 *M* hinter den letzteren Sätzen zurückbleiben. Ähnlich weichen die Gebühren für die Eintragungen des Eigentümers, abgesehen von den Fällen der Auflassung (§ 1 Ziffer II), von den Sätzen für Beurkundung von Darlehns- und Kreditgeschäften usw. (Br. G. R. G. Anlage A Ziffer II) in den Werten bis 30 000 *M* um ein Geringes ab und bleiben darüber hinaus hinter denselben stets um 2 *M* 50 *S* zurück. Dagegen sind die Sätze für Eintragungen von dinglichen Lasten und Hypotheken, § 3 Ziffer I, bei Werten über 7500 *M* stets um 3 *M* höher wie die Sätze § 2 Ziffer II (für Eintragung des Eigentümers nicht auf Grund der Auflassung), und die Hälfte der ersteren Sätze, welche nach § 3 Ziffer II für jede Eintragung von Veränderungen in der zweiten und dritten Abteilung zur Anwendung kommen, gleicht wiederum bis auf ganz geringe Unterschiede (bei Werten über 30 000 *M* beträgt die Differenz je 20 bis 30 *S*) den Sätzen für die Beurkundung einfacher Rechtsgeschäfte unter Ziffer III der Anlage A Br. G. R. G. Die Gebührenreihen in Grundbuchfachen zeigen daher dieselben Mängel wie diejenigen in Anlage A Ziffer I bis III Br. G. R. G.; die Wertklassen sind zu umfangreich, und die Gebühren in den unteren Wertklassen sind zu teuer. Auffallend ist zum Beispiel, daß die Auflassung und Umschreibung eines Anbauerwesens im Werte von 7600 *M* dieselben Gebühren kostet wie die eines mittleren Hofes, welcher einen Wert von 30 000 *M* hat. Abgesehen hiervon erscheint es aber auch nicht richtig, die Gebühren für die Führung der Grundbücher auf gleiche Linie mit denjenigen für die Beurkundung von Rechtsgeschäften zu stellen.

Bei der Einrichtung der Grundbücher spricht wesentlich das öffentliche Interesse an der Sicherheit der Grundeigentumsverhältnisse mit. Es kann deshalb bei der Gebührenbemessung auf das Maß der Arbeit, wiewohl solches in der Regel in Grundbuchfachen erheblicher ist als bei Beurkundung von Rechtsgeschäften, kein entscheidendes Gewicht gelegt werden. Die Tätigkeit der staatlichen Organe bringt, indem sie dem öffentlichen Interesse dient, doch den Beteiligten einen besonderen Vorteil, welcher mit der Höhe des Wertes der Objekte wächst. Es ist deshalb gerechtfertigt, den Wert des Gegenstandes zum Maßstabe der Gebührenbemessung zu nehmen, woraus folgt, daß die Gebühren bei kleinen Werten geringer, bei den größeren Werten aber verhältnismäßig höher als bisher ausfallen müssen, so daß annähernd derselbe Prozentsatz an Gebühren von hohen und niederen Werten erhoben werden kann. Der preussische Tarif für Grundbuchfachen (§ 57 des Br. G. R. G.) entspricht diesen Grundsätzen und ist deshalb auch hier angenommen. Danach werden die Gebühren für die Eintragung sowohl von neuen Eigentümern, wie von Hypotheken bei den geringen Werten bis 4300 *M* gegenüber den jetzigen Sätzen sich ermäßigen, darüber hinaus allerdings die letzteren übertreffen, und zwar um so mehr, je höher der Wert ansteigt. Immerhin wird für die Staatskasse ein erheblicher Mehrertrag erzielt werden, da auf Grund des Geschäftsregisters festgestellt ist, daß die Gebühren für die im Jahre 1905 ergangenen Grundbuchfachen 135 000 *M* betragen haben, während nach preussischen Sätzen 180 000 *M*, also 45 000 *M* mehr, eingegangen sein würden.

Eintragung des Eigentümers.

§ 60.

Für die Eintragung des Eigentümers einschließlich der Entgegennahme der Auflassung und der Beurkundung des Antrages auf Eintragung, sowie einschließlich der dabei vorkommenden Nebengeschäfte, insbesondere der gleichzeitig beantragten Eintragung des Erwerbsgrundes, sowie der etwaigen Übertragung des Grundstückes und der auf dasselbe bezüglichen Eintragungen auf ein anderes Blatt, wird die im Tarife B bestimmte Gebühr erhoben.

Derselbe Gebührensatz wird erhoben, wenn nach § 90 der Grundbuchordnung ein Eigentumserwerb unter Ausscheiden des Grundstückes aus dem Grundbuche stattfindet.

I. Der braunschweigische Gebührentarif unterscheidet zwischen der Eintragung des Eigentümers a) auf Grund der Auflassung und b) aus anderen Rechtsgründen und erhebt im ersteren Falle die volle Gebühr, im anderen Falle die Hälfte.

Diese Einteilung kann als billig und gerecht nicht anerkannt werden. Der Erwerb eines eingetragenen oder einzutragenden Grundstückes — andere Grundstücke kommen hier nicht in Frage — ohne Auflassung findet namentlich statt infolge Erbanges und im Zwangsversteigerungsverfahren. Andere Fälle, wie der Übergang von Grundstücken einer juristischen Person auf die Anfallberechtigten (§§ 45, 88 B. G. B.), Erwerb durch Ersizung (§ 900 B. G. B.) oder nach vorausgegangenem Aufgebot (§ 927 Absatz 2 B. G. B.; § 27 A. G. Nr. 37 zur R. Gr. B. D.) sind so selten, daß sie einer besonderen Berücksichtigung im Gesetze nicht bedürfen; in noch anderen Fällen geschehen die Eintragungen gebührenfrei, so bei Gemeinheitsteilungen und Zwangsenteignungen (§ 92 des Gesetzes vom 20. Dezember 1834 Nr. 2 in 1835 und § 16 des Gesetzes Nr. 78 vom 13. September 1867), sowie im Falle des § 928 Absatz 2 B. G. B.; vgl. § 11 dieses Gesetzes.

Was nun zunächst die Eintragung des Erstehers im Zwangsversteigerungsverfahren angeht, so liegt kein Grund vor, diese Eintragung besonders billig zu berechnen und zwar um so weniger, als das Grundbuchamt regelmäßig durch die gebührenfrei (vgl. § 70 Ziffer 4 des Gesetzes) daneben erfolgende Löschung der nicht zum Zuge gekommenen Hypotheken eine vermehrte Arbeit hat. Wird ein Grundstück durch Erbfall erworben, so ist die Auflassung erforderlich, wenn mehrere Erben vorhanden sind und wenn, wie es regelmäßig geschieht, nur einer oder einzelne der Erben, sei es kraft Anordnung des Erblassers oder infolge Erbauseinandersetzung, das Grundstück übernehmen wollen, da das gemeinrechtliche Vindikationslegat durch § 2174 B. G. B. beseitigt ist und bei mehreren Erben der Nachlaß gemeinschaftliches Vermögen aller Erben wird nach den Regeln der Gemeinschaft zur gesamten Hand (§§ 2032 fg. B. G. B.). Die Ermäßigung der Eintragungsgebühr nach § 2 Ziffer II des geltenden Tarifes kommt demnach im wesentlichen nur dem Universalerben und außerdem bei Vererbung nach Bauernrecht dem Auerben zugute, da in diesem Falle die Auflassung nicht statt-

findet (nach § 14 Abs. 2 A. G. Nr. 37 zur R. Gr. B. D.). Bestimmt z. B. jemand testamentarisch, daß sein Grundstück im Werte von 50 000 *M* auf seinen ältesten Sohn übergehen soll, welcher aber seinen drei Geschwistern je 8000 *M* auszahlen und diese Abfindungen durch Eintragung auf dem Grundstücke sicher stellen soll, so entstehen an Gebühren a) wenn das Grundstück unter das Anerbenrecht fällt, nur für die Umschreibung 15 *M*, b) in allen anderen Fällen, also z. B. bei allen im Kreise Blankenburg belegenen Grundstücken, 1. für die Umschreibung und Auflassung 30 *M* und 2. für die Eintragung der Abfindungen 36 *M*, zusammen mithin 66 *M*, während in beiden Fällen die Mithewaltung des Grundbuchamtes ganz dieselbe ist. Wäre nur ein Universalerbe vorhanden, so würde die Umschreibung des Grundstückes auf seinen Namen gleichfalls nur 15 *M* kosten. Dieses Ergebnis ist unbefriedigend.

Eine gerechtere Gebührenbemessung wird erreicht, wenn in allen Fällen der Umschreibung eines Grundstückes auf einen anderen Eigentümer, mag die Auflassung vorhergegangen sein oder nicht, dieselbe Gebühr erhoben und diese Gebühr für gewisse bestimmte Fälle, insbesondere bei Vererbung auf Abkömmlinge oder auf den Ehegatten, ermäßigt wird, wie solches in Preußen geschehen ist. § 60 setzt die regelmäßige Gebühr fest, wobei der Tarif B mit dem preussischen Satz A des § 57 Pr. G. R. G. genau übereinstimmt, während § 61 die Fälle angibt, in welchen nur die halbe Gebühr erhoben werden soll.

II. Unter Absatz 1 des § 60 fallen alle Eintragungen eines Eigentümers ohne Rücksicht auf den Rechtsgrund, mag es sich handeln um Auflassung, Erbfolge, Zuschlag bei der Zwangsversteigerung, um ein Ausflußurteil (§ 927 B. G. B., § 27 A. G. Nr. 37 zur R. Gr. B. D.) oder um die Fälle der §§ 45, 88 B. G. B. Auch in den Fällen der Neueintragung nicht buchungspflichtiger Grundstücke auf den Namen des Eigentümers nach Maßgabe des § 7 der R. B. D. zur Ausf. der R. Gr. B. D. vom 12. Juni 1899 ist die volle Gebühr zu erheben; es ist dies gerechtfertigt, weil das Grundbuchamt außer der eigentlichen Eintragung noch zu prüfen hat, ob die im § 7 daselbst vorgeschriebenen Nachweise in gehöriger Weise erbracht sind; bisher $\frac{2}{3}$ der Auflassungsgebühr § 2 Ziffer 3 des Tarifes.

III. Aus der Fassung des Absatzes ergibt sich, daß die Beurkundung der Auflassungen und der mündlichen Anträge auf Umschreibung, sowie der sonstigen Nebengeschäfte gebührenfrei erfolgt. Für die Benachrichtigungen gemäß § 55 der R. Gr. B. D. wird jedoch die im § 73 bestimmte Gebühr besonders erhoben. Wird dagegen das der Auflassung zugrunde liegende obligatorische Rechtsgeschäft, das sogenannte kausale Rechtsgeschäft, z. B. der Kaufvertrag mit beurkundet, so ist diese Beurkundung als ein Nebengeschäft nicht anzusehen und dafür die Gebühr nach Maßgabe des dritten Abschnittes anzusetzen. Der Unterschied zwischen der Aufnahme der abstrakten Auflassungserklärung und der Beurkundung des zugrunde liegenden obligatorischen Rechtsgeschäftes ist den beteiligten Grundbuchbeamten namentlich so geläufig, daß ein besonderer Hinweis darauf im Gesetzestexte (vgl. bisher Bemerkung 5 zu § 2 Geb. Tarifes) sich erübrigt.

IV. Auf die Wertberechnung finden die allgemeinen Vorschriften, insbesondere § 22 Absatz 1 Anwendung, so daß der Kaufpreis für das Grundstück maßgebend ist, wenn ein Kaufvertrag der Umschreibung des Eigentums zugrunde liegt. Ist das Inventar mitverkauft, so kommt dessen Wert in Abzug, weil sich darauf die Eintragung im Grundbuche nicht bezieht. Wenn nach Abschluß

des Kaufvertrages, aber vor der Auflassung, das Grundstück bebaut ist, so ist der Wert des Gebäudes dem Kaufpreise zuzurechnen, weil nach §§ 21 Absatz 1, 16 der Zeitpunkt der Eintragung im Grundbuche für die Wertberechnung maßgebend ist. Über die Wertberechnung bei der Eintragung des Ersteherers nach durchgeführtem Zwangsversteigerungsverfahren vgl. § 72 Absatz 2 und Bemerkung III dazu. Zu beachten ist, daß unter den Voraussetzungen des § 27 Ziffer 2 des St. St. G. das Gericht der Herzoglichen Zoll- und Steuerdirektion zwecks Einleitung des im § 7 St. St. G. vorgesehenen Ermittlungsverfahrens Mitteilung zu machen hat, soweit Stempel zu berechnen sind. Hat ein amtliches Ermittlungsverfahren der Steuerbehörden stattgefunden, so sind dessen tatsächliche Ergebnisse für die gerichtliche Stempelberechnung maßgebend, dieselben werden aber auch bei der Gebührenberechnung zugrunde zu legen sein, wiewohl dies im Gesetze nicht direkt vorgeschrieben ist. Die Gebühr erwächst mit der Eintragung; wird der Antrag auf Eintragung zurückgenommen, so ist, auch wenn die Auflassung bereits erklärt war, nur die Rücknahmegebühr nach § 121 zu erheben. Bei Auflassungen kann der Eintragungsantrag sowohl vom Erwerber, wie vom Veräußerer, wie auch von beiden gestellt werden (§ 13 Absatz 2 R. Gr. B. D.) und jenachdem sind der eine oder andere oder beide für die Kosten haftbar, sofern nicht außerdem ein Teil die Kosten ausdrücklich übernommen hat (§§ 7 Abs. 2, 8, 9 Absatz 1).

V. Wenn jemand ein Grundstück erwirbt und gleichzeitig mit der Eintragung des Erwerbers das Ausscheiden des Grundstückes aus dem Grundbuche gemäß § 90 Absatz 2 der R. Gr. B. D. beantragt wird, so ist nach den bisherigen Bestimmungen die volle Gebühr für die Auflassung und daneben die halbe Gebühr für die Ausbuchung nach § 2 Ziffer I und Ziffer V des Tarifes zu erheben (Entsch. des H. L. G. vom 12. April 1906 bei Freund Sammlung von Entsch. Heft 2 Nr. 33). Diese anderthalbfache Gebühr erscheint zu hoch, da mit der Ausbuchung eine erhebliche Mühenwaltung nicht verbunden ist. Es entspricht der Billigkeit, die Ausbuchung, wenn sie gleichzeitig mit der Eintragung des Erwerbers des Grundstückes erfolgt, als Nebengeschäft gebührenfrei zu behandeln und wenn sie später besonders beantragt wird, dafür nur die ermäßigte Gebühr des § 66 zu erheben. Ebenso Pr. §§ 58 Ziffer 3, 62 und andere Staaten. Übrigens hat derjenige Erwerber eines Grundstückes, welcher nach § 1 der B. D. Nr. 50 vom 12. Juni 1899 von der Buchungspflicht befreit ist, stets (auch im Falle des Erwerbes durch Erbschaft erscheint § 41 der R. Gr. B. D. hier wohl nicht anwendbar, weil es sich weder um die Übertragung noch um die Aufhebung des Eigentums handelt) zuvor seine Eintragung als Eigentümer zu bewirken, durch welche Eintragung in dem häufigsten Falle, dem der Übertragung, nach § 873 B. G. B. überhaupt erst der Eigentumserwerb vollendet wird.

§ 61.

Fünf Zehnteile der im Tarife B bestimmten Gebühr werden erhoben:

1. für die Eintragung des Eigentums von Abkömmlingen, sowie des Ehegatten des bisherigen Eigentümers, sofern die Eintragung auf Grund der Rechtsnachfolge von Todes wegen oder der Erbauseinandersetzung erfolgt, ohne Unterschied, ob die Erben inzwischen im Grundbuche eingetragen waren oder nicht;

2. für die nachträgliche Eintragung des Anteilrechtes eines Ehegatten oder von Kindern an Grundstücken, welche zur ehelichen oder fortgesetzten Gütergemeinschaft gehören;
3. für die Umschreibung der Grundstücke, die dem Ehegatten oder dem Erben eines solchen bei der Auseinandersetzung einer aufgelösten Gütergemeinschaft überwiesen oder die einem Ehegatten nach Auflösung der Gütergemeinschaft kraft Gesetzes zugefallen sind.

Sind neben solchen Personen, welche nach diesen Vorschriften fünf Zehnteile der Gebühr zu zahlen haben, gleichzeitig andere Personen als Miteigentümer einzutragen, denen diese Begünstigung nicht zusteht, so ist von dem Gesamtwerte des Grundstücks die volle Gebühr zu ermitteln, doch ist derjenige Teil dieser Gebühr, welcher auf die begünstigten Bewerber entfällt, nur zur Hälfte in Ansatz zu bringen.

Die Gebühr umfaßt die bei diesen Geschäften vorkommenden Nebenverrichtungen.

I. Ziffer 1. Zu den Abkömmlingen des bisherigen Eigentümers gehören auch die denselben rechtlich gleichgestellten Personen, vgl. namentlich §§ 1704, 1719, 1736, 1737, 1757, 1762, 1763 B. G. B. Unter Rechtsnachfolge von Todes wegen ist sowohl der Erwerb auf Grund der gesetzlichen Berufung, wie derjenige auf Grund einer letztwilligen Verfügung oder eines Erbvertrages zu verstehen und es gehört auch der Erwerb durch Vermächtnis hierher. Voraussetzung der Gebührermäßigung ist im allgemeinen, daß das Grundstück von dem bisherigen Eigentümer unmittelbar auf den Ehegatten desselben oder den Abkömmling übergeht; nur im Falle der Erbauseinandersetzung wird die Gebührermäßigung dadurch nicht ausgeschlossen, daß das Grundstück zuvor auf die Erbengemeinschaft eingetragen war, ebenso nicht dadurch, daß das einem Abkömmlinge vermachte Grundstück auf den Bedachten erst durch Auflassung seitens des zunächst als Eigentümer eingetragenen Erben übergeht. Schiebt sich aber zwischen das Eigentum des Erblassers und dasjenige des Abkömmlings ein fremdes Eigentum ein, so ist Ziffer 1 nicht anwendbar. Wird z. B. ein Sohn, welcher noch nicht als Erbe seines Vaters eingetragen war, von einem Bruder beerbt, so ist für die Eintragung des letzteren die volle Gebühr nach § 60 zu erheben, weil eine nicht unter Ziffer 1 fallende Erbfolge dazwischen liegt. Auch bei der Eintragung des Nacherben tritt wegen des dazwischen liegenden Eigentums des Vorerben die Gebührermäßigung nach Ziffer 1 nicht ein. Unter Erbauseinandersetzung im Sinne der Ziffer 1 ist auch die Zwangsversteigerung zum Zwecke der Aufhebung der Erbengemeinschaft (Zw. B. G. §§ 180 fg.) zu verstehen, so daß der ersteigernde Erbe die Gebührermäßigung genießt.

II. Die Ziffern 2 und 3 betreffen Fälle, in denen auch schon bisher nach § 2 Ziffer II zweiter Halbsatz des Gebührrentarifes die Ermäßigung der Grundgebühr auf die Hälfte eintrat. Ebenso Pr. O. R. G. § 58 Ziffer 2.

Erwerben Ehegatten, welche in allgemeiner Gütergemeinschaft leben, ein Grundstück, so ist das Grundstück auf den Namen beider Ehegatten einzutragen

und es erwächst die volle Gebühr des § 60, während für den nach § 48 Gr. B. D. einzutragenden Vermerk, daß es sich um eheliches Gesamtgut handelt, als Nebengeschäft eine Gebühr nicht zu berechnen ist. Steht aber ein Grundstück auf den Namen eines Ehegatten schon eingetragen, so ist für die nachträgliche Miteintragung des anderen Ehegatten und den Vermerk des Bestehens der Gütergemeinschaft die ermäßigte Gebühr von $\frac{5}{10}$ zu erheben und zwar ist diese Gebühr nur von dem Anteil, welchen der neu einzutragende Ehegatte erwirbt, also regelmäßig (wenn nicht noch andere Teilhaber vorhanden sind) von dem halben Werte des Grundstücks zu berechnen (§ 62 Absatz 2). In den Fällen der Ziffer 3 wird vorausgesetzt, daß die Grundstücke vor der Überweisung usw. auf die Gütergemeinschaft eingetragen waren. Ob die letztere durch den Tod eines Ehegatten, durch Scheidung, Gütertrennung oder vertragsmäßige Annahme eines anderen Güterstandes aufgelöst wurde, ist ohne Belang. Die Gebühr wird nach dem Werte der hinzu erworbenen Anteile berechnet (§ 62, Absatz 2).

III. Für den Fall, daß neben begünstigten Erwerbern zugleich andere Personen als Miteigentümer desselben Grundstücks eingetragen werden, gibt Absatz 2 zur Beseitigung der bei der Gebührenberechnung möglichen Zweifel eine Rechtsregel, welche mit der preussischen Praxis übereinstimmt. Fällt z. B. ein Grundstück im Werte von 30 000 *M* im Wege der gesetzlichen Erbfolge an den Ehegatten und 2 Brüder des Erblassers, so würde die volle Gebühr nach § 60 42 *M* betragen, wovon je $\frac{1}{4}$ mit 10 *M* 50 *S* auf die beiden Brüder entfällt, während von dem halben Anteil des Ehegatten nach § 61 Ziffer 1 nur die Hälfte, also auch 10 *M* 50 *S* zu berechnen ist, so daß insgesamt an Gebühren 31 *M* 50 *S* erhoben werden. Hätte der Erblasser testamentarisch verfügt, daß die Genannten zu gleichen Teilen Erben sein sollten, so entfallen auf jeden Erben 14 *M* der Gebühr, doch sind vom Ehegatten nur 7 *M*, insgesamt also 35 *M* zu erheben. Der Ausdruck „Miteigentümer“ im Absatz 2 ist im weiteren Sinne zu verstehen, so daß darunter auch Teilhaber an einer Gemeinschaft zur gesamten Hand fallen.

§ 62.

Wenn ein Miteigentümer ein gemeinschaftliches Grundstück zu Alleineigentum erwirbt, oder wenn ein gemeinschaftliches Grundstück unter den Miteigentümern geteilt wird, so bleibt bei der Berechnung der Gebühr der Wert des dem Erwerber bereits zustehenden Anteils an dem erworbenen Gegenstande außer Betracht. Geht ein Grundstück aus dem Alleineigentume einer Person in das Miteigentum zwischen ihr und einer anderen über, so wird der Wert des dem bisherigen Eigentümer verbleibenden Anteiles an dem Grundstücke bei der Gebührenberechnung nicht berücksichtigt. Treten Änderungen in der Person der Miteigentümer ein, so ist der Gebührenberechnung nur der Wert des Anteils des ausscheidenden oder neu eintretenden Miteigentümers zugrunde zu legen.

Ein Miterbe, ein Teilhaber am Gesamtgut einer ehelichen oder fortgesetzten Gütergemeinschaft sowie ein Teilhaber an einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (§§ 705 fg. des Bürgerlichen Gesetzbuches) gilt als Mit-

eigentümer im Sinne des Absatzes 1 nach Verhältnis seines ideellen Anteils an der Gemeinschaft.

Bezüglich der Berechnung der Eintragungsgebühr sind offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, sowie Kommanditgesellschaften auf Aktien einerseits und deren Mitglieder andererseits als voneinander verschiedene Rechtspersönlichkeiten zu behandeln. Dasselbe gilt bei juristischen Personen jeder Art.

I. Im Absatz 1 ist von dem Miteigentume nach Bruchteilen die Rede, wobei jedem Teilhaber von vornherein ein festbestimmter rechnungsmäßiger Anteil an den gemeinschaftlichen Gegenständen zusteht, über welchen Anteil er frei verfügen kann. Soweit nicht Sondervorschriften bestehen, ist eine solche Gemeinschaft nach Bruchteilen stets anzunehmen, wenn ein Recht mehreren gemeinschaftlich zusteht (B. G. B. §§ 741 fg.). Die Regel, daß bei einem Miteigentume nach Bruchteilen nur der Wert desjenigen Anteils am Grundstücke für die Gebührenberechnung maßgebend sein soll, auf welchen sich die Überweisung und Umschreibung bezieht, entspricht der Billigkeit und der bisherigen Praxis.

II. Die Gesellschaft (§§ 705 fg. B. G. B.), die eheliche und die fortgesetzte Gütergemeinschaft (§§ 1438 fg., 1483 fg., 1519 fg. B. G. B.) und im wesentlichen auch die Erbengemeinschaft (§§ 2032 fg. B. G. B.) hat das Bürgerliche Gesetzbuch nach dem deutschrechtlichen Systeme der Gemeinschaft zur gesamten Hand geregelt. Danach stehen alle rechtlichen Funktionen des Eigentums lediglich der Gesamtheit zu und der einzelne Teilhaber hat während des Bestehens der Gemeinschaft kein anteiliges selbständiges Eigentumsrecht am Gesellschaftsvermögen und er kann über seinen Anteil an den einzelnen gemeinschaftlichen Gegenständen nicht verfügen (B. G. B. §§ 719, 1442, 2033 Absatz 2). Wenn das Gesetz trotz dieser rechtlichen Verschiedenheit die genannten Gemeinschaften zur gesamten Hand der im Absatz 1 behandelten Gemeinschaft nach Bruchteilen in kostenrechtlicher Hinsicht gleichstellt, so geschieht dies aus Billigkeitsgründen und in Übereinstimmung mit der preussischen Praxis (Mügel Anmerkung 4 Absatz 2 zu § 58 Pr. G. R. G.). Zur Abschneidung von Zweifeln empfiehlt es sich aber, die Regelung im Gesetze zu treffen, wie solches z. B. in Baden § 5 der B. D. vom 21. Januar 1901 in der Fassung vom 5. Dezember 1902 und Sachsen-Weimar § 114 geschehen ist. Eine gleiche Vorschrift findet sich bezüglich der Erbengemeinschaft im Pr. St. St. L. Nr. 33 Ziffer 3 Schlußsatz. Wenngleich rechtlich dem einzelnen Teilhaber während des Bestehens der Gemeinschaft zur gesamten Hand ein bestimmter Anteil nicht zusteht, so läßt sich doch tatsächlich in der Regel ohne Schwierigkeit ein ideeller Anteil jedes Teilhabers ausrechnen, wenn man zugrunde legt, welche Quote ihm bei der Auseinanderlegung zufallen würde; läßt sich ein anderer Maßstab nicht feststellen, so sind gleiche ideelle Anteile anzunehmen. Wird z. B. nach dem Tode des eingetragenen Eigentümers zunächst die Erbengemeinschaft zwischen seinen drei Kindern eingetragen und später auf Grund der Auseinanderlegung eines der drei Kinder allein als Eigentümer eines Grundstückes des Erblassers eingetragen, so sind für die Eintragung der Erbengemeinschaft $\frac{3}{10}$ der vollen Gebühr (§ 61 Ziffer 1) aus dem ganzen Werte des Grundstücks und für die spätere Eintragung des einen Kindes als des Alleineigentümers $\frac{3}{10}$ aus $\frac{2}{3}$

des Grundstückswertes zu erheben. Wird dagegen auf Grund der Auseinandersetzung ohne vorherige Eintragung der Erbengemeinschaft das Grundstück direkt auf den Namen eines der Kinder umgeschrieben, so ist die Gebühr von $\frac{5}{10}$ aus dem Werte des ganzen Grundstücks zu erheben. Gründet ein Alleineigentümer mit drei anderen Personen eine Gesellschaft nach §§ 705 fg. B. G. B. und läßt das Grundstück an die Gesellschaft auf, so ist für die Eintragung der Gesellschafter bei gleichen Anteilen die Gebühr des § 60 von $\frac{3}{4}$ des Wertes des Grundstücks zu erheben. Tritt demnächst ein fünfter Gesellschafter zu, so wird für dessen Eintragung im Grundbuche die Gebühr von $\frac{1}{5}$ des Grundstückswertes erhoben und entsprechend ist zu verfahren, wenn das Ausscheiden eines Gesellschafters eingetragen wird. Die Frage, ob in den letzteren Fällen eine Auflassung stattfinden muß (vgl. Zeitschrift für Rechtspflege Bd. 48 Beilage, Seite 37 fg.), kann hier unerörtert bleiben, weil die Höhe der Gebühr nach § 60 durch die Vornahme oder Nichtvornahme der Auflassung nicht beeinflusst wird. Treten mehrere im Grundbuche bereits eingetragene Miteigentümer ohne Wechsel der Personen zu einer Gesellschaft im Sinne der §§ 705 fg. B. G. B. zusammen, so ist für die Eintragung des Gesellschaftsverhältnisses nach § 65 $\frac{5}{10}$ der Gebühr des Tarifes C vom ganzen Grundstückswerte zu erheben.

III. Die offene Handelsgesellschaft gleicht, was das Verhältnis der Teilnehmer zueinander angeht, im wesentlichen der Gesellschaft des bürgerlichen Gesetzbuches (s. §§ 105 Absatz 2, 124 H. G. B.), sie unterscheidet sich aber von der letzteren dadurch, daß sie einen besonderen Gesellschaftsnamen, ihre Firma, führt, und daß die Gesellschaftsgrundstücke auf den Namen der Firma im Grundbuche eingetragen werden können. Geschieht dies letztere, so ist in der Folge ein Wechsel der Inhaber der offenen Handelsgesellschaft, solange diese unter derselben Firma fortbesteht, ohne weitere Eintragung im Grundbuche auch für das Eigentum am Gesellschaftsgrundstücke maßgebend. Durch die Eintragung der Firma einer offenen Handelsgesellschaft als Eigentümerin eines Grundstücks wird somit ein von den Personen der jeweiligen Inhaber der Gesellschaft unabhängiges Rechtssubjekt in das Grundbuch eingeführt, während bei der Gesellschaft nach bürgerlichem Rechte die einzelnen Gesellschaften als Eigentümer eingetragen werden und demnächst jede Veränderung in den Personen der Gesellschafter im Grundbuche einzutragen ist. Die hervorgehobene besondere Stellung der offenen Handelsgesellschaft im Grundbuchverkehr rechtfertigt die im Absätze 3 gegebene Vorschrift (vgl. Mügel Anmerkung 3 zu § 58 Pr. G. R. G.). Kostenrechtlich sind danach eine offene Handelsgesellschaft einerseits und deren Mitglieder andererseits in allen Fällen als verschiedene Rechtspersönlichkeiten anzusehen. Lassen zwei eingetragene Miteigentümer das Grundstück auf die Firma der von denselben Eigentümern gebildeten offenen Handelsgesellschaft eintragen, so ist die volle Gebühr des § 60 aus dem ganzen Grundstückswerte zu erheben (ebenso für das preussische Recht, Kammergericht in den Jahrb. des R. G. Bd. 17 Seite 44). Ebenfalls die volle Gebühr vom ganzen Grundstückswerte erwächst, wenn ein Gesellschafter ein ihm bis dahin allein gehöriges Grundstück in die offene Handelsgesellschaft einbringt und auf deren Firma umschreiben läßt, und dasselbe gilt, wenn das auf den Namen der Firma eingetragene Grundstück auf einen oder mehrere Inhaber der Gesellschaft, sei es nach Auflösung oder während des Bestehens derselben, umgeschrieben wird. Die Frage, ob in allen diesen Fällen eine Auflassung erforderlich ist, braucht hier

nicht entschieden zu werden. Die Kommanditgesellschaft steht in bezug auf den Grundbuchverkehr den offenen Handelsgesellschaften völlig gleich (§ 161 Absatz 2 H. G. B.), sie ist deshalb auch kostenrechtlich ebenso zu behandeln. Dasselbe gilt für die Kommanditgesellschaft auf Aktien hinsichtlich der Gemeinschaft zwischen den persönlich haftenden Gesellschaftern untereinander und mit der Gesamtheit der Kommanditisten (§ 320 Absatz 2 H. G. B.).

Daß andere Gesellschaften, wie Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, eingetragene Genossenschaften, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, rechtsfähige Vereine usw., deren Charakter als juristische Personen gesetzlich anerkannt ist, von ihren Mitgliedern verschiedene Rechtspersönlichkeiten bilden und dementsprechend kostenrechtlich zu behandeln sind, ist eigentlich selbstverständlich und nur zu aller Sicherheit im Schlusssatz des Absatzes 3 bemerkt.

§ 63.

Bei gleichzeitiger Eintragung des Eigentümers auf mehrere durch denselben Rechtsakt erworbene Grundstücke kommt es darauf an, ob diese auf dasselbe Blatt oder auf verschiedene Blätter des Grundbuches eingetragen sind oder eingetragen werden sollen. Im Falle der Eintragung auf ein Blatt wird nur eine Eintragung nach Maßgabe des Gesamtwertes der Grundstücke, im anderen Falle werden so viele Eintragungen, als Grundbuchblätter dafür in Anspruch genommen sind, unter Zugrundelegung des Wertbetrages des auf jedes einzelne Grundbuchblatt eingetragenen Grundstücks vergütet.

Der § 63 gibt die Bemerkung 2 zu § 2 des Gebührentarifes wieder mit einer redaktionellen Änderung des zweiten Satzes, weil die bisherige Fassung zu dem Zweifel Anlaß gegeben hat, ob die verschiedene Gebührenberechnung eintreten soll, je nachdem die mehreren Grundstücke auf ein oder mehrere Grundbuchblätter eingetragen sind oder eingetragen werden sollen. Andere Staaten, wie z. B. Preußen G. R. G. § 58 Ziffer 4, rechnen stets den Wert der Grundstücke zusammen, sofern diese nur im Bezirke desselben Amtsgerichts liegen. Da aber mit der Eintragung auf jedes einzelne Grundbuchblatt eine besondere Mühewaltung der Grundbuchbeamten verknüpft ist, so ist die getrennte Gebührenberechnung nach Maßgabe des Wertes der auf den einzelnen Grundbuchblättern eingetragenen Grundstücke gerechtfertigt.

Eintragung von Belastungen und von Beschränkungen des Eigentumsrechtes.

§ 64.

Für jede Eintragung einer Belastung des Grundstücks mit einem Rechte oder einer Beschränkung des Eigentumsrechtes in der zweiten oder dritten Abteilung des Grundbuches wird die im Tarife C bestimmte Gebühr erhoben.

I. § 64 umfaßt die bisher im § 3 Ziffer 1 des Gebührentarifes bewerteten Eintragungen. Der Tarif C stimmt mit Pr. G. R. G. § 57 Satz B überein (vgl. die Vorbemerkung zu diesem Abschnitte). Welche Rechte an

Grundstücken in die zweite und dritte Abteilung des Grundbuches einzutragen sind, ergibt sich aus den §§ 15 fg. der allgemeinen Verfügung zur Ausführung der R. Gr. B. O. Nr. 61 vom 7. Juli 1899. Es gehören hierher außer den Hypotheken einschließlich Sicherungs- und Maximalhypotheken (§§ 1184, 1190 B. G. B.) Grundschulden und Rentenschulden, für welche hinsichtlich der Wertberechnung im § 72 eine besondere Vorschrift gegeben ist, ferner die Grunddienstbarkeiten (B. G. B. § 1018), Wertberechnung § 24, Nießbrauch (B. G. B. § 1030) Wert § 26, beschränkte persönliche Dienstbarkeiten (B. G. B. § 1090), Wertberechnung — je nach der Art — nach Analogie der Wertberechnung bei den Grunddienstbarkeiten oder beim Nießbrauche, Reallasten (B. G. B. § 1105), Wertberechnung § 26. Endlich fallen unter § 64 die nach § 17 A. G. Nr. 37 in der zweiten Abteilung einzutragenden bauernrechtlichen Abfindungen und Altenteile (R. Gr. B. O. § 50), der Wert der letzteren ist unter Zusammenrechnung der Jahreswerte der einzelnen Leistungen nach § 26 Absatz 4 und 5 zu berechnen, die Interimswirtschaft und das eheliche Mitbesitz- und Mitgenußrecht, deren Wert nach freiem Ermessen zu schätzen ist. Vgl. auch § 72 Satz 2.

II. Unter den im § 17 Nr. 2 der Allg. Verf. vom 7. Juli 1899 erwähnten, in der zweiten Abteilung einzutragenden Beschränkungen des Eigentumsrechtes ist die Eigenschaft eines Grundstückes als Lehn-, Meier-, Erbenzins-, Erbleihe- und Familienstammgut zu verstehen, von denen für die Praxis wohl fast nur die letztere Güterart in Betracht kommt; der Wert der Eintragung der Eigenschaft als Familienstammgut wird dem Werte des Grundstückes gleich zu setzen sein, weil die Familienstammgüter, abgesehen von bestimmten Ausnahmefällen, unveräußerlich, unteilbar und unbelastbar sind und somit die Stammguteigenschaft eine dauernde, den ganzen Wert des Grundstückes ergreifende Beschränkung enthält. Wiewohl die genannten Beschränkungen des Eigentumes nach § 18 Absatz 3 des A. G. Nr. 37 zur R. Gr. B. O. als Verfügungsbeschränkungen einzutragen sind, so unterscheiden sie sich doch von den bloßen persönlichen Verfügungsbeschränkungen des eingetragenen Eigentümers, welche nach § 16 Absatz 3 der Allg. Verf. vom 7. Juli 1899 in der ersten Spalte der ersten Abteilung eingetragen werden sollen und welche demgemäß unter § 65 fallen, soweit sie nicht nach § 70 Ziffer 3 und 4 kostenfrei erfolgen.

III. Die Gebühr ist für jede Eintragung gesondert zu berechnen, auch wenn für denselben Berechtigten mehrere Rechte eingetragen werden oder wenn mehrere Eintragungen, z. B. als Abfindungen für A 3000, für B 3000 M in eine Eintragung zusammengezogen werden. Kostenschuldner ist nach § 7 Absatz 2 der Antragsteller, doch kann auf den Gläubiger, auch wenn er nicht Antragsteller ist, durch Zurückhaltung des Hypothekendriefes oder sonstiger Urkunden nach § 19 ein mittelbarer Zwang zur Zahlung ausgeübt werden.

Eintragung von Veränderungen, Vormerkungen, Widersprüchen, Verfügungsbeschränkungen.

§ 65.

Für jede Eintragung von Veränderungen aller Art, Vormerkungen, Widersprüchen, Verfügungsbeschränkungen werden fünf Zehntelle der im Tarife C bestimmten Gebühr erhoben.

Hierunter fallen namentlich:

- a) Übergang und Belastung der im Grundbuche eingetragenen Rechte;
- b) Änderungen des Inhalts eines Rechts an einem Grundstücke oder an einem das Grundstück belastenden Rechte;
- c) Änderungen des Ranges eines eingetragenen Rechtes.

I. Im § 65 sind die bisher im § 3, II und § 4, I des Gebührentarifes erwähnten Eintragungen zusammengefaßt; die Sätze § 4 I stimmen mit denjenigen des § 3 II bis zum Werte von 50 000 *M* genau überein und bleiben von da an fortschreitend zurück. Zu den Veränderungen gehören alle Eintragungen, welche eine Änderung im Grundbuche eingetragener Rechte zum Gegenstande haben (ausgenommen Löschungen), gleichviel, ob die Änderung eine mehr oder minder wesentliche ist. Auch für die Fälle letzterer Art ist die Gebühr angemessen, wenn der Wert richtig berechnet wird. Der größeren Deutlichkeit wegen sind die wichtigsten Veränderungen im Absatz 2 besonders aufgeführt.

1. Unter Ziffer 1 fällt jeglicher Übergang eines eingetragenen Rechtes auf einen anderen Berechtigten sowohl durch Rechtsgeschäft (B. G. B. § 873) wie durch Erbfolge oder nach B. G. B. §§ 1163, 1164, 1168, 1170 fg., 1182 oder durch gerichtliche Überweisung (E. P. O. §§ 837, 857 Absatz 6) und auch eine Eintragung gemäß § 1109 Absatz 2 B. G. B. auf dem belasteten Grundstück. Als Wert kommt der Wert des übergegangenen Rechtes in Betracht, bei Hypotheken, Grundschulden, Rentenschulden der Wert, für welchen das Grundstück haftet (§ 72). Unter Belastungen eingetragener Rechte sind solche Eintragungen zu verstehen, welche sich nicht als Belastung des Grundstücks selbst darstellen, da diese unter § 64 fallen. Hierher gehören namentlich rechtsgeschäftliche Verpfändungen oder gerichtliche Pfändungen (E. P. O. §§ 830, 857 Absatz 6) von Hypotheken oder anderen Rechten; wird Pfändung und Überweisung gleichzeitig beantragt, so ist die Gebühr nur einmal zu erheben. Wertberechnung § 23.

2. Als Änderungen des Inhalts eingetragener Rechte sind insbesondere anzusehen:

- a) die Umwandlung einer Sicherungshypothek in eine gewöhnliche Hypothek, einer Hypothek in eine Grundschuld, einer Grundschuld in eine Rentenschuld, oder umgekehrt. Wertberechnung § 72. Dagegen fällt die Umwandlung einer Briefhypothek in eine Buchhypothek oder umgekehrt unter § 66 Nr. 3, und die Eintragung einer Hypothek usw. nach vorausgegangener Eintragung einer Vormerkung oder eines Widerspruchs ist als Neueintragung nach § 64 zu vergüten;
- b) Ersetzung der Forderung, für welche eine Hypothek besteht, durch eine andere (§ 1180 B. G. B.); als Wert ist der Betrag der Forderung, jedoch nicht mehr als der Betrag der Hypothek anzunehmen, § 72;
- c) Erhöhung oder Ermäßigung des Zinsfußes. Der Wert ist nach § 26 zu berechnen, also bei unbestimmter Dauer auf den $12\frac{1}{2}$ fachen Jahresbetrag der Zinsendifferenz, jedoch in keinem Falle höher als der Kapitalwert der Hypothek anzunehmen; vgl. § 72 Absatz 1. Die singuläre Bestimmung der Bemerkung 4 zu § 3 des bisherigen Gebührentarifes fällt fort;

- d) Änderung der Kündigungs- und Zahlungsbedingungen, die nachträgliche Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung (E. P. O. § 800), vgl. § 68 Ziffer 12; die nachträgliche Bestimmung des Höchstbetrages gemäß § 882 B. G. B., vgl. § 68 Ziffer 8; die nachträgliche Bestellung eines Vertreters des Gläubigers nach § 1189 B. G. B., vgl. § 68 Ziffer 10; die nachträgliche Eintragung nach Gr. B. O. §§ 23 Absatz 2, 24, vgl. § 68 Ziffer 11. Der Wert ist in diesen Fällen nach freiem Ermessen zu bestimmen, vgl. Bemerkung II zu § 43.

3. Rangänderungen, soweit sie nachträglich erfolgen (§ 880 B. G. B.), im Falle der R. Gr. B. O. § 46 Absatz 1 und 2 ist die Eintragung nach § 68 Nr. 5 gebührenfrei. Wertberechnung § 23.

II. Die Gebühr für die Eintragung von Vormerkungen (§ 883 B. G. B.) und Widersprüchen (§ 899 B. G. B.) richten sich nach dem Werte des Rechts, um dessen Sicherstellung es sich handelt, vgl. § 23, also bei den in die erste Abteilung einzutragenden Vormerkungen und Widersprüchen nach dem Werte des Grundstücks, sonst nach dem Werte des betroffenen Rechts; über die Eintragung in die verschiedenen Abteilungen vgl. § 19 der Allg. Verf. Nr. 61 vom 7. Juli 1899.

III. Verfügungsbeschränkungen sind alle Beschränkungen eines im Grundbuche eingetragenen Eigentümers oder dinglichen Berechtigten in der Verfügung über sein Recht. Z. B. gesetzliche und gerichtliche Veräußerungsverbote (B. G. B. §§ 135, 136; E. P. O. § 938 Absatz 2), soweit sie nicht nach § 70 Ziffer 3 und 4 gebührenfrei erfolgen. Eintragung einer Nachlassverwaltung (B. G. B. § 1984). Hierher gehört auch die Eintragung eines Testamentsvollstreckers oder der Rechte eines Nachherben (B. G. B. §§ 2112 fg., 2211), falls diese Eintragungen ausnahmsweise etwa infolge eines nachträglich aufgefundenen Testaments nicht gleichzeitig mit der Eintragung der Erben (R. Gr. B. O. §§ 52, 53) erfolgen, in welchem letzteren Falle sie nach § 68 Nr. 5 als Nebengeschäfte gebührenfrei sind. Der Vermerk einer nicht nach Bruchteilen bestehenden Gemeinschaft, sofern er ohne Wechsel der Personen der eingetragenen Eigentümer beantragt wird, im anderen Falle ist der Vermerk als Nebengeschäft der Umschreibung des Eigentums frei, vgl. § 48 R. Gr. B. O. Bemerkung II a. E. zu § 62. Auch das Vorkaufsrecht wird als eine Art Verfügungsbeschränkung hierher zu stellen sein, da durch dasselbe nur die Befugnis des verpflichteten Eigentümers zur Veräußerung in einer bestimmten Richtung eingeschränkt wird (vgl. B. G. B. § 1098 Absatz 2, R. G. Entsch. in Zivilf. Bd. 60 S. 225 fg., insbes. S. 233). Der Wert der Verfügungsbeschränkungen ist nach freiem Ermessen festzusetzen, doch kommt, soweit die Verfügungsbeschränkungen zur Sicherung bestimmter Ansprüche dienen, der Wert der letzteren in Betracht, welcher wiederum nötigenfalls, wie zum Beispiel beim Vorkaufsrechte, nach freiem Ermessen zu schätzen ist.

Sonstige Eintragungen.

§ 66.

Für jede Eintragung, welche unter keine der vorstehend (§§ 60 bis 65) getroffenen Bestimmungen fällt, werden drei Zehnteile der im Tarife C bestimmten Gebühr erhoben, soweit nicht ein anderes bestimmt ist.

Zu den Eintragungen im Sinne des Absatzes 1 gehören insbesondere:

1. die ohne Wechsel des Eigentümers erfolgende Ab- und Zuschreibung der Grundstücke von einem Grundbuchsblatte auf das andere, sowie der Vermerk der Teilung von Grundstücken unter Belassung derselben auf demselben Blatte;
2. Eintragung des Verzichts auf das Eigentum an einem Grundstücke gemäß § 928 Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches;
3. Eintragung der nachträglichen Ausschließung der Erteilung eines Briefes oder der Aufhebung dieser Ausschließung;
4. Eintragung der im § 1010 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezeichneten Bestimmungen und Ansprüche;
5. Ausscheiden eines Grundstücks aus dem Grundbuche, falls nicht gleichzeitig eine Eigentumsänderung eingetragen wird;
6. die nachträgliche Eintragung der auf einem Grundstücke errichteten Gebäude;
7. Vermerk von Berechtigkeiten, die dem Eigentümer zustehen, auf dem Titel, sofern nicht nach § 68 Ziffer 4 Gebührenfreiheit eintritt;
8. Vermerke über Veränderungen in der Bezeichnung der Person eines Berechtigten.

In den Fällen dieses Paragraphen wird der Wert des Gegenstandes zu 2000 *M*, ausnahmsweise niedriger oder höher, jedoch nicht unter 200 *M* und nicht über 50 000 *M* angenommen.

Vgl. Pr. O. R. O. § 62. Für die Fälle der Ziffer 1 — vgl. §§ 25 fg. der Allg. B. Nr. 61 vom 7. Juli 1899 — wurde bisher nach § 2 Ziffer 4 des Gebührentarifes $\frac{1}{4}$ der Auflassungsgebühr erhoben, die hier vorgeschlagene Gebühr ist geringer. Gebührenfreiheit tritt ein in den Fällen des § 68 Ziffer 2 und § 70 Ziffer 1. Erfolgt die Übertragung aus Anlaß eines Eigentumswechsels, so ist nach § 60 die Übertragung als Nebengeschäft auch dann gebührenfrei, wenn bei Veräußerung eines Teilstückes der dem Veräußerer verbleibende Teil von dem ursprünglichen Blatte abgeschrieben wird. Für die Fälle der Ziffer 2 und 5 galten bisher die Vorschriften Ziffer VI und V des § 2 des Gebührentarifs, während die übrigen Eintragungen gebührenfrei geschahen, weil eine Gebühr nicht vorgesehen war. Zu Ziffer 3 vgl. B. O. B. § 1116 Absatz 2 und 3. Wird die Erteilung des Briefes sofort bei Eintragung der Hypothek ausgeschlossen, so wird eine besondere Gebühr nicht erhoben (§ 68 Nr. 9), bei nachträglicher Ausschließung ist die Unbrauchbarmachung des Briefes gebührenfreies Nebengeschäft, Gr. B. O. § 69, vgl. § 68 Nr. 13; bei der Aufhebung der Ausschließung wird neben der Gebühr des § 66 diejenige des § 71 Nr. 1 für die Erteilung des Briefes erhoben. Ziffer 4 kann auch zur Anwendung kommen, wenn der Erblasser besondere Anordnungen über die Auseinandersetzung der Erben getroffen hat, da nach B. O. B. § 2044 in solchen Fällen § 1010 anwendbar ist. Zu Ziffer 5

vgl. § 60 Absatz 2 und Anmerkung V zu § 60. Unter Ziffer 8 fallen Namensänderungen infolge Verheiratung oder Adoption, auch Änderungen der Firma, sofern das eingetragene Rechtssubjekt dasselbe bleibt.

Der Wert ist in allen Fällen nach Absatz 3 zu berechnen und die Gebühr beträgt danach regelmäßig 1 *M* 40 *S*, sie kann aber bis auf 30 *S* ermäßigt und bis auf 13 *M* 50 *S* erhöht werden.

Löschungen.

§ 67.

Für jede Löschung werden fünf Zehnteile der vorstehend für die Eintragungen bestimmten Sätze erhoben.

Die Vorschrift entspricht den bisherigen Grundsätzen, indem sie die Bestimmungen des § 3 Ziffer III und § 4 Ziffer II zusammenfaßt, ebenso Pr. O. R. G. § 63 Absatz 1. Die Lösungsgebühr beträgt $\frac{5}{10}$, $\frac{5}{20}$ oder $\frac{3}{20}$ der Gebühr des Tarifes C, je nachdem die gelöschte Eintragung unter §§ 64, 65 oder 66 fällt (vgl. B. O. B. §§ 875, 876, 891, 901, 1179, 1183; Gr. B. D. §§ 22, 27, 40, 41). Gebührenfrei sind nach § 70 Ziffer 2 die Löschungen von Amts wegen (Gr. B. D. §§ 18 Schlußsatz, 54 Absatz 1, 76 Absatz 2).

Bauscharakter der in den §§ 64 bis 67 bestimmten Gebühren; gebührenfreie Nebengeschäfte.

§ 68.

Die in den §§ 64 bis 67 bestimmten Gebühren sind Bauschgebühren und umfassen alle vorkommenden Nebengeschäfte. Für die Aufnahme von Eintragungsbewilligungen, Zustimmungen und sonstigen Erklärungen, welche der im § 29 der Reichsgrundbuchordnung bestimmten Form bedürfen, sowie von Anträgen, durch welche solche Erklärungen ersetzt werden sollen, werden jedoch die im § 41, und für die Benachrichtigungen der Beteiligten von einer stattgehabten Eintragung die im § 73 bestimmten Gebühren besonders erhoben.

Nebengeschäfte sind insbesondere:

1. die Aufnahme von mündlichen Anträgen, welche der im § 29 der Reichsgrundbuchordnung bestimmten Form nicht bedürfen, sowie von Beschwerden (§ 9 Absatz 1 des Ausführungsgesetzes zur Reichsgrundbuchordnung Nr. 37 vom 12. Juni 1899);
2. die Abschreibung eines Grundstückssteiles und dessen Eintragung als selbständiges Grundstück, wenn gleichzeitig die Belastung des Grundstückssteiles erfolgt;
3. die Anlegung eines besonderen Grundbuchblattes für ein Erbbaurecht und der Vermerk der Anlegung auf dem Blatte des

- Grundstücks, wenn die Anlegung gleichzeitig mit der Eintragung der Veräußerung oder Belastung des Erbbaurechts erfolgt (Grundbuchordnung § 7 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2);
4. der Vermerk von Rechten, die dem jeweiligen Eigentümer eines Grundstücks zustehen, auf dem Blatte des herrschenden Grundstücks, wenn er gleichzeitig mit der Eintragung des Rechts auf dem Blatte des belasteten Grundstücks erfolgt, sowie die Berichtigung jenes Vermerks, wenn die Berichtigung gleichzeitig mit der Eintragung der Änderung oder Aufhebung des Rechtes erfolgt (Grundbuchordnung § 8 Absätze 1 und 2);
 5. die von Amts wegen einzutragenden Vermerke hinsichtlich des Ranges, der Mitbelastung, des Rechts des Nacherben sowie der Befreiung des Vorerben von den Beschränkungen seines Verfügungsrechtes und der Ernennung eines Testamentsvollstreckers nach Grundbuchordnung §§ 46 Absätze 1 und 2, 49 Absätze 1 und 2, 52 und 53;
 6. die gleichzeitig erfolgende Eintragung einer von der gesetzlichen Regel abweichenden Bestimmung des Rangverhältnisses (Bürgerliches Gesetzbuch § 879 Absatz 3, Grundbuchordnung § 46 Absatz 3);
 7. die Eintragung des Vorbehaltes, ein anderes Recht mit dem Vorrang vor dem eingetragenen Rechte eintragen zu lassen (Bürgerliches Gesetzbuch § 881);
 8. die Bestimmung des Höchstbetrages, der im Falle der Zwangsversteigerung für das eingetragene Recht aus dem Erlöse zu ersetzen ist (Bürgerliches Gesetzbuch § 882), falls diese Eintragung gleichzeitig mit der des Rechts erfolgt;
 9. die gleichzeitige Eintragung der Ausschließung der Erteilung eines Hypotheken- oder Grundschuldbriefes (Bürgerliches Gesetzbuch § 1116);
 10. die gleichzeitige Bestellung eines Vertreters des jeweiligen Gläubigers nach § 1189 des Bürgerlichen Gesetzbuches;
 11. die gleichzeitige Eintragung, daß zur Löschung eines auf die Lebenszeit des Berechtigten oder sonst zeitlich beschränkten Rechtes der Nachweis des Todes oder des Eintritts des Endpunktes des Rechtes genügen soll (Grundbuchordnung §§ 23 Absatz 2, 24);
 12. die gleichzeitige Eintragung der Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung (Civilprozeßordnung § 800);
 13. die Vernichtung von Hypothekenbriefen, Grundschuldbriefen oder Rentenschuldbriefen (Grundbuchordnung § 69);

14. die Vermerke, welche aus Anlaß einer Eintragung im Grundbuche von Amts wegen auf den Hypotheken-, Grundschuld- oder Rentenschuldbrief gesetzt werden.

Gleichzeitigkeit im Sinne des Absatzes 2 Ziffer 9 bis 12 liegt vor, wenn die Verrichtung gleichzeitig mit der Belastung erfolgt.

I. Die Eintragungen oder Löschungen im Grundbuche setzen in den meisten Fällen die Bewilligung desjenigen voraus, dessen Rechtsstellung durch die Eintragung oder Löschung berührt wird (Gr. B. D. § 19). Für die Eintragungsbewilligung und die sonstigen zu einer Eintragung erforderlichen Erklärungen besteht nach § 29 der Gr. B. D. die Formvorschrift, daß sie entweder durch öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden nachgewiesen oder vor dem Grundbuchamte zu Protokoll gegeben werden müssen. Die Eintragungsbewilligungen können auch in der Form des Antrages erklärt werden, wenn nämlich derjenige, gegen welchen sich die Eintragung oder Löschung richtet, dieselbe selbst beantragt, ohne vorher in rechtswirksamer Weise eine Bewilligung erklärt zu haben; für solche eine Bewilligung enthaltenden Anträge gilt gleichfalls die Formvorschrift des § 29 Gr. B. D. (vgl. § 30 daselbst). Dagegen besteht für die reinen Eintragungsanträge, durch welche eine Bewilligung nicht ersetzt werden soll, nach § 30 Gr. B. D. Formfreiheit, und derartige Anträge können auch vom Grundbuchführer allein entgegengenommen werden (§ 9 des A. G. Nr. 37 vom 12. Juni 1899 zur Gr. B. D.). Die in den §§ 29 und 30 der Gr. B. D. und ebenso im § 9 des A. G. Nr. 37 zur Gr. B. D. gemachte Unterscheidung zwischen den Eintragungs- und Löschungsbewilligungen und den Anträgen, welche solche Bewilligungen ersetzen, einerseits und den reinen Grundbuchanträgen andererseits, liegt auch dem § 68 des Gesetzes zugrunde.

1. Die reinen Grundbuchanträge, welche also eine Bewilligung oder Zustimmung nicht enthalten und nicht ersetzen sollen, und deshalb nach § 30 Gr. B. D. formfrei sind, bilden nach § 68 Absatz 2 Ziffer 1 ein gebührenfreies Nebengeschäft, welches durch die für die Eintragung oder Löschung erwachsende Gebühr mit abgegolten wird, vgl. auch § 120 Absatz 2. Hierher gehören namentlich die Fälle, wenn entweder der Antragsteller die in gehöriger Form aufgestellte Eintragungsbewilligung überreicht oder wenn es einer solchen Bewilligung nicht bedarf, wie z. B. bei dem Antrage auf Umschreibung von Hypotheken oder anderen Rechten auf Grund eines Erbseines oder Testaments oder bei Anträgen auf Berichtigung des Grundbuches nach Gr. B. D. §§ 22 Absatz 1 und 23 Absatz 2.

2. Für die Aufnahme der Einwilligungen zu Eintragungen und Löschungen im Grundbuche, auch wenn sie in die Form von Anträgen gekleidet werden, kommt zurzeit nach der Bemerkung 2 zu § 3 und Bemerkung 5 zu § 2 des Gebühren-tarifes die im Br. G. R. G. Anlage A unter Ziffer III vorgeordnete Gebühr besonders zur Erhebung (vgl. auch Entscheidungen des Herzoglichen Landgerichts bei Freund, Sammlung Nr. 13 und 14). Die bisherige Motivierung, daß die Gerichte die Aufnahme der Erklärungen nicht in ihrer Eigenschaft als Grundbuchämter, sondern als Träger der freiwilligen Gerichtsbarkeit im engeren Sinne besorgten, trifft zwar für das heutige Recht nicht mehr zu, weil diese Erklärungen nach den ausdrücklichen Vorschriften des B. G. B.

§§ 873, 875, 877, 880 und der Gr. B. D. § 29 vor dem Grundbuchamte abgegeben werden können und demnach das Grundbuchamt als solches zur Entgegennahme und Beurkundung der Erklärungen zuständig ist. Es würde nun der Rechtskonsequenz entsprechen, wenn die Aufnahme der Eintragungsbewilligungen durch das zuständige Grundbuchamt gebührenfrei erfolgte, gleich wie für die Auflassung (§ 60) und für die Aufnahme von Erklärungen bei Anmeldungen zum Handelsregister, wenn sie durch das zuständige Registergericht geschieht, besondere Gebühren nicht erhoben werden. Gleichwohl muß die Gebührenpflichtigkeit der in Rede stehenden Beurkundungen des Grundbuchamts aus folgenden Gründen beibehalten werden. Heute wird etwa die Hälfte aller Eintragungsbewilligungen durch die Notare beurkundet oder doch beglaubigt und eine besondere Gebühr ist hierfür nicht zu erheben, wenn gleichzeitig das zugrunde liegende obligatorische, das sogenannte kausale Rechtsgeschäft (z. B. bei einer Hypothekbewilligung die Schuldverschreibung) mit beurkundet wird und dem Notar die hierfür bestimmte höhere Gebühr (Br. G. R. G. Anlage A Ziffer II) zusteht (Br. G. R. G. Anlage A Allgemeine Bemerkung F Absatz 4 und ebenso das gegenwärtige Gesetz § 41 Ziffer 1 und Absatz 2, § 42 Absatz 3). Die Beurkundung der kausalen Rechtsgeschäfte und daran anschließend der Eintragungsbewilligungen geschieht natürlich auch vielfach bei den Gerichten in ihrer Eigenschaft als Träger der freiwilligen Gerichtsbarkeit im engeren Sinne, wobei dieselben Grundsätze über die Gebührenerhebung zur Anwendung kommen. Schon heute ist nun zu beachten, daß die Beteiligten, um Gebühren zu sparen, oftmals von der Beurkundung der obligatorischen, kausalen Rechtsgeschäfte Abstand nehmen und lediglich die formellen Bewilligungen erklären, welche das dingliche Leistungsgeschäft bilden, eine Erscheinung, die im Interesse der Rechtssicherheit zu beklagen ist. Würde man nun die Aufnahme der Eintragungsbewilligungen vor dem Grundbuchamte von Gebühren befreien, so würde die Verlautbarung der Kausalgeschäfte immer seltener werden und dadurch mit der Zeit ein erheblicher Gebühreenausfall für die Staatskasse eintreten. Das Publikum würde sich daran gewöhnen, unter Umgehung der Notare alle erforderlichen Erklärungen gratis beim Grundbuchamte aufnehmen zu lassen, wodurch einerseits den Notaren ein sehr großer Teil ihrer Einnahmen verloren gehen und andererseits die (nicht bezahlte) Arbeit bei den Grundbuchämtern in einem Maße anwachsen würde, daß bei manchen Gerichten neue Kräfte eingestellt werden müßten.

Was die Höhe der im § 41 vorgesehenen Gebühren angeht, so werden die bisherigen Sätze um ein geringes erhöht. Nach einer Zusammenstellung sind im Herzogtume, jedoch ohne die Stadt Braunschweig, für die hier fraglichen Geschäfte im Jahre 1905 tatsächlich vereinnahmt 5490 *M* 40 *S*, während unter Anwendung der neuen Sätze 6680 *M* einkommen sein würden. In Preußen sind diese Sätze etwas geringer, vgl. die Bemerkungen zu § 41. Als Anträge, welche eine Bewilligung enthalten oder erregen, kommen namentlich in Betracht: Anträge des Eigentümers auf Eintragung einer Hypothek oder Grundschuld oder eines in der zweiten Abteilung einzutragenden Rechtes, Anträge eines dinglich Berechtigten auf Umschreibung seines Rechts auf einen anderen oder auf Löschung seines Rechts, Anträge des Eigentümers auf Löschung, durch welche seine nach § 27 der Gr. B. D. erforderliche Zustimmung ersetzt wird, sofern in allen diesen Fällen nicht schon eine formgerechte Bewilligung dem Antrage vorangegangen ist; Anträge auf Umschreibung des Eigentumes unterliegen nach

§ 60 auch dann keiner besonderen Gebühr, wenn sie, wie z. B. im Falle des § 22 Absatz 2 der Gr. B. D., eine Bewilligung enthalten.

II. Wegen der Gebühr für die Benachrichtigungen der Beteiligten vgl. § 73 und Bemerkung dazu.

III. Der Grundsatz, daß die mit den Haupteintragungen verbundenen Nebengeschäfte nicht besonders zu vergüten seien, galt auch bisher, nur bestanden manche Zweifel, weil das Gesetz nicht bestimmte, welche Einrichtungen als Nebengeschäfte anzusehen seien. Der Absatz 2 stellt im Anschluß an Baden B. D. vom 21. Januar 1901 § 15 eine Reihe von Einrichtungen zusammen, welche als gebührenfreie Nebengeschäfte angesehen werden sollen. Wenn die Aufzählung auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, so sind doch die am häufigsten vorkommenden Nebenverrichtungen angeführt, so daß Zweifel über die Kostenberechnung in dieser Beziehung kaum noch vorkommen werden. Soweit in den aufgeführten Fällen das Erfordernis der Gleichzeitigkeit nicht vorliegt, sind die Einrichtungen selbständige Geschäfte und als solche gebührenpflichtig. Und zwar sind beim Mangel der Gleichzeitigkeit zu erheben in den Fällen der Ziffern 2 und 3 die Gebühr des § 66 Ziffer 1, im Falle Ziffer 4 die Gebühr nach § 66 Ziffer 7, in den Fällen der Ziffern 6, 8, 10, 11, 12 die Gebühr nach § 65 (vgl. Anmerkung I 2d daselbst) und im Falle der Ziffer 9 die Gebühr nach § 66 Ziffer 3.

Gebührenermäßigung bei Gesamtrechten.

§ 69.

Wird ein Recht auf mehrere in verschiedenen Grundbuchblättern verzeichnete Grundstücke zur Gesamthaft gleichzeitig eingetragen, so ist nur für die erste Eintragung die volle Gebühr, für jede folgende Eintragung dagegen nur eine Gebühr von 1 M., jedoch nicht mehr als die Hauptgebühr zu erheben, wenn die Grundstücke im Bezirke desselben Grundbuchamts liegen. Dasselbe gilt, wenn bei eingetragenen Gesamtrechten auf den mehreren in demselben Grundbuchbezirke gelegenen Grundstücken gleichzeitig dieselbe Veränderung oder Löschung eingetragen wird.

Liegt eines der mehreren Grundstücke in einem anderen Grundbuchbezirke oder erfolgt bei einem Grundstücke die Eintragung zur Mithaft oder die Eintragung einer Veränderung oder Löschung des Gesamtrechtes auf Grund eines nachträglich gestellten Antrages, oder infolge der Haftentlassung eines Grundstücks aus der Mithaft, so werden fünf Zehnteile der Gebühr erhoben.

I. Die Gebühren für Eintragungen oder Löschungen, welche bei mehreren Grundstücken erfolgen, sind grundsätzlich für jede Eintragung gesondert zu berechnen. Hiervon macht § 63 eine Ausnahme für die Eintragung des Eigentümers und § 69 für einzelne andere Eintragungen.

Der § 69 schließt sich an die Vorschrift der Bemerkung 3 zu § 3 des bisherigen Gebührentarifes an und weicht nur in einzelnen Punkten von der-

selben ab. Wenn für eine Forderung eine Hypothek auf mehrere, auf verschiedenen Grundbuchblättern verzeichnete Grundstücke eingetragen wird, so haftet zwar jedes Grundstück nach § 1132 B. G. B. für die ganze Forderung, aber alle Grundstücke zusammen genommen haften auch nur für die eine Forderung, so daß diese für die sämtlichen Eintragungen die einheitliche Grundlage bildet. Da es sich also wirtschaftlich bei den mehreren Eintragungen um dasselbe Wertobjekt handelt, so erscheint es gerechtfertigt, die nach dem Werte berechnete Gebühr nur einmal zu erheben. Neben dieser für die erste Eintragung anzuführenden Hauptgebühr wurde bisher für jede weitere Eintragung eine Gebühr von 50 \mathcal{L} erhoben. Auch diese Zuschlagsgebühr, welche allerdings Preußen G. R. G. § 64 nicht kennt, ist begründet als Vergütung für die besondere Mühewaltung, welche mit jeder weiteren Eintragung einschließlich der Prüfung der Zulässigkeit derselben verbunden ist. Der aus dem Jahre 1878 stammende Satz für die Zuschlagsgebühr ist, den heutigen Verhältnissen angemessen, auf 1 \mathcal{M} erhöht. Wenn bei Gesamthypotheken dieselbe Veränderung, z. B. Abtretung oder Verpfändung, oder dieselbe Löschung der Eintragung oder Veränderung bei den mehreren Grundstücken eingetragen wird, so handelt es sich auch um dasselbe einheitliche Wertobjekt, es sollen deshalb nach Absatz 1 Satz 2 in diesen Fällen dieselben Grundsätze gelten. Die Hauptgebühr richtet sich, je nach der Art der Eintragung, nach den §§ 64 bis 67. In erster Linie findet der § 69 auf Gesamthypotheken Anwendung, doch gehören auch hierher die Fälle, wenn andere Rechte, z. B. Grundschulden, Rentenschulden, Reallasten, bauernrechtliche Abfindungen und Anteile, auf mehrere Grundstücke zur Gesamtschaft eingetragen werden sollen oder eingetragen sind. Der § 64 des preussischen G. R. G. lautet allgemeiner, so daß er auf Eintragungen aller Art sich bezieht und z. B. auch Platz greift, wenn auf mehreren Grundstücken dieselbe Vormerkung zur Erhaltung des Rechts auf Auflassung eingetragen wird. Da aber in solchen Fällen, wo nicht die Gesamtschaft der mehreren Grundstücke für ein Recht in Frage steht, ein einheitliches Wertobjekt fehlt, so ist die Ausdehnung der im § 69 vorgeschriebenen Gebührenberechnung auf andere Fälle nicht angebracht und um so weniger zu empfehlen, als sich bei der Wertberechnung erhebliche Schwierigkeiten ergeben würden (vgl. Mügel Anmerkung 5 zu § 64 Pr. G. R. G.). Übrigens kommt es nur sehr selten vor, daß dieselbe Eintragung, abgesehen von den Fällen der Gesamtschaft, bei mehreren Grundbuchblättern erfolgt.

II. Die Gebührenermäßigung nach Absatz 1 tritt nur ein, wenn die Eintragungen auf den mehreren Grundbuchblättern gleichzeitig, d. h. auf Grund eines gleichzeitig gestellten Antrages erfolgen und wenn die Grundstücke in demselben Grundbuchbezirke liegen. Ist das eine oder das andere nicht der Fall, so muß das auswärtige oder das nachträglich mit einer Eintragung zur Gesamtschaft besetzte Grundbuchamt die Angelegenheit selbständig prüfen und eine neue besondere Verfügung erlassen, welche Tätigkeit mit 1 \mathcal{M} nicht genügend vergütet wird. Abweichend vom bisherigen Rechte, jedoch in Anlehnung an Preußen G. R. G. § 64 ist für solche Fälle die Erhebung der Hälfte derjenigen Gebühr vorgeschlagen, welche für die betreffende Eintragung nach Maßgabe der §§ 64 bis 67 sonst zu berechnen wäre, wobei jedoch vorausgesetzt wird, daß für die Haupteintragung die volle Gebühr erhoben ist oder erhoben wird. Zur Anwendung kommt der Absatz 2 namentlich, wenn nachträglich ein

Grundstück in die Mithaft für eine bereits auf anderen Grundstücken eingetragene Hypothek eintritt. Scheidet ein Grundstück aus der Mithaft für ein Gesamtrecht aus, so sind folgende Fälle möglich:

- a) das Grundstück wird veräußert oder auch ohne Veräußerung auf ein anderes Blatt geschrieben, das Gesamtrecht wird nicht mit übertragen und erlischt gemäß § 47 Absatz 2 Grundb. D. Hier ist § 69 Absatz 2 nicht anwendbar, es erwächst lediglich die Gebühr des § 60 Absatz 1 oder diejenige des § 66 Ziffer 1;
- b) das Gesamtrecht wird auf einem, auf einem besonderen Blatte stehenden Grundstücke durch Eintragung der Löschung gelöscht;
- c) von mehreren auf einem Blatte stehenden Grundstücken wird eines aus der Mithaft für eine eingetragene Hypothek entlassen, ohne daß das Grundstück von dem Blatte abgeschrieben wird; die Haftentlassung wird durch einen entsprechenden Vermerk bei der Hypothek eingetragen.

In den Fällen b und c wird nach Maßgabe des § 69 Absatz 2 die halbe Lösungsgebühr (§ 67) erhoben. Die halbe Lösungsgebühr ist auch zu erheben, wenn gemäß § 1132 Absatz 2 B. G. B. die Gesamthypothek verteilt wird, und zwar für jedes Grundstück nach Maßgabe des Teilbetrages, welcher zur Löschung gelangt. In den Fällen des Absatzes 2 gilt für die Wertberechnung die besondere Vorschrift des § 72 Absatz 2. Eine kombinierte Anwendung der Absätze 1 und 2 ist möglich. Wenn z. B. drei Grundstücke a, b und c in dem einen, zwei: d und e, in einem anderen Grundbuchbezirke liegen und die Eintragung einer Gesamthypothek auf alle fünf Grundstücke gleichzeitig beantragt wird, so kommt zur Erhebung 1) die volle Gebühr für die Eintragung beim Grundstücke a, 2) $\frac{5}{10}$ der Gebühr für die Eintragung beim Grundstücke d, und 3) bis 5) für die Eintragungen bei b, c und e je 1 M.

III. Daß die mehreren Grundstücke demselben Eigentümer gehören, setzt der § 69 nicht voraus; ebenso das bisherige Recht. Der Schlußsatz der Bemerkung 3 zu § 3 des Gebührentarifes, wonach bei mehreren auf demselben Grundbuchblatt verzeichneten Grundstücken die Eintragungsgebühr nur einmal erhoben werden soll, ist als selbstverständlich weggelassen. Eine verschiedene Belastung mehrerer auf demselben Blatte eingetragener Grundstücke kommt kaum vor. Gr. B. D. §§ 4 bis 6, Allg. Verf. vom 7. Juli 1899 § 25.

Gebührenfreie Eintragungen.

§ 70.

Gebührenfrei sind:

1. die Umschreibung eines Grundbuchblattes lediglich aus dem Grunde, weil es unübersichtlich geworden ist (§ 28 der Allgemeinen Verfügung zur Ausführung der Reichsgrundbuchordnung Nr. 61 vom 7. Juli 1899);
2. die von Amts wegen erfolgende Eintragung und Löschung von Vormerkungen und Widersprüchen nach Grundbuchordnung § 18

Absatz 2, § 23 Absatz 1 und § 24, die Eintragung einer Vormerkung oder eines Widerspruches auf einstweilige Anordnung des Beschwerdegerichts und deren Bösung nach Grundbuchordnung § 76, sowie die Grundbuchberichtigung nach Grundbuchordnung § 54;

3. die Eintragungen nach Konkursordnung §§ 113, 114, 116, 163 Absatz 3 (vgl. Konkursordnung § 115);
4. die in Gemäßheit des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und des dazu erlassenen Ausführungsgesetzes zu bewirkenden Eintragungen, mit Ausnahme der Eintragung des Ersteherz und der etwaigen Sicherungshypotheken für die Forderung gegen den Ersteher.

Soweit hiernach Gebühren nicht erhoben werden, kommen auch Benachrichtigungsgebühren (§ 73) und Auslagen nicht in Ansatz.

Ziffer 1 wiederholt den § 2 Ziffer IV Absatz 2 des Gebührentarifes in Grundbuchfachen. Die Ziffer 2 bezieht sich auf vorgeschriebene Eintragungen von Amts wegen, welche vorwiegend im öffentlichen Interesse erfolgen, so daß den Beteiligten nicht wohl Kosten auferlegt werden können. Die Gebührenfreiheit der in Ziffer 3 aufgeführten Eintragungen ergibt sich aus § 115 der R. D. und ist nur der größeren Deutlichkeit wegen ausgesprochen. Ziffer IV entspricht dem § 16 des Kostengesetzes Nr. 49 vom 12. Juni 1899 zum Zw. Gef. Es erschien billig, auch die Auslagen außer Ansatz zu lassen, soweit die Gebührenfreiheit reicht.

Die an anderen Stellen gewährten Gebührenfreiheiten bleiben selbstverständlich unberührt. Vgl. § 11 dieses Gesetzes und für die Umschreibung bei Gemeinheitsteilungen und Zwangsenteignungen § 92 des Gesetzes vom 20. Dezember 1834 Nr. 2 in 1835 und § 16 des Gesetzes Nr. 78 vom 13. September 1867.

Erteilung von Hypothekenbriefen.

§ 71.

1. Für die Erteilung eines Hypotheken-, Grundschuld- oder Rentenschuldbriefes einschließlich der dabei vorkommenden Nebengeschäfte werden vier Zehntelle der im Tarife A bestimmten Gebühr erhoben.
2. Für die Erteilung eines neuen Briefes an Stelle eines anderen oder für die Herstellung eines Teilbriefes einschließlich der dabei vorkommenden Nebengeschäfte, sowie für die Ergänzung des Auszuges aus dem Grundbuche (Grundbuchordnung § 57 Absatz 3) werden zwei Zehntelle der Gebühr des Tarifes A erhoben.

3. Wenn bei Gesamt-Hypotheken, -Grundschulden oder -Rentenschulden mehrere Hypotheken-, Grundschuld- oder Rentenschuldbriefe auszufertigen sind (§§ 59, 70 der Grundbuchordnung), so ist nur für einen Hypotheken-, Grundschuld- oder Rentenschuldbrief die Gebühr nach Ziffer 1, für jeden folgenden sind nur die Schreibgebühren, mindestens aber 50 \mathcal{M} , zu entrichten.

Im Falle der Verteilung einer Gesamthypothek (§ 64 der Grundbuchordnung) kommen für jeden neuen Hypothekenbrief nach Maßgabe des Betrages, über welchen er lautet, zwei Zehntelle der im Tarife A bestimmten Gebühr zur Erhebung.

I. Der Br. Gebühren Tarif § 5, I sieht für die Erteilung von Hypothekenbriefen eine Höchstgebühr von 6 \mathcal{M} vor; für die Erneuerung eines Briefes beträgt jedoch nach § 5, II die Höchstgebühr 25 \mathcal{M} . Diese Bestimmung ist dadurch hervorgerufen, daß im Jahre 1899 § 4 durch Hinzufügung weiterer Wertklassen ergänzt und diese Änderung bei § 5, II nicht berücksichtigt ist. Für Teilbriefe fehlt es an einer Gebühr, sie werden daher gebührenfrei ausgestellt. Eine mäßige Erhöhung der aus dem Jahre 1878 stammenden Sätze ist unbedingt und es sind deshalb die Sätze des § 66 Pr. G. R. G., nämlich $\frac{4}{10}$ der Beurkundungsgebühr (Tarif A des Gesetzes), für die Erteilung von Hypothekenbriefen, $\frac{2}{10}$ für die Erneuerung der Briefe und für Teilbriefe festgesetzt, wodurch eine jährliche Mehreinnahme von etwa 2000 \mathcal{M} für die Staatskasse zu erwarten ist. Bei Anwendung des Tarifes C würden die Gebühren in den höheren Klassen allzu hoch ausfallen. Wegen Erteilung der Hypothekenbriefe siehe §§ 56 bis 70 der Gr. B. D., § 12 A. G. Nr. 37 zur Gr. B. D., §§ 43 bis 53 der Allg. Verf. Nr. 61 vom 7. Juli 1899.

II. Die Gebühr für die Erteilung eines neuen Briefes umfaßt alle Fälle, gleichviel ob die Erteilung auf Antrag oder von Amts wegen erfolgt (vgl. §§ 63, 64, 65, 66, 67 der Gr. B. D.). Die Gebühr umfaßt die Nebengeschäfte, insbesondere den Vermerk über die Erteilung des neuen Briefes im Grundbuche und die Vernichtung des alten Briefes (§§ 68, 69 der Gr. B. D.).

III. Nach § 57 Absatz 3 der Gr. B. D. ist der einen Teil des Briefes bildende Auszug auf Antrag zu ergänzen, wenn sich der Inhalt des Grundbuches ändert. Hierher gehörige Fälle sind z. B. der Wechsel des Eigentümers des belasteten Grundstückes, Löschung (oder Veränderung) eines vorgehenden oder gleichstehenden Rechtes; die nur auf Antrag vorzunehmende Verichtigung des Auszuges auf dem Hypothekenbbriefe bildet in diesen Fällen nicht ein Nebengeschäft der Umschreibung des Eigentümers oder der Löschung des anderen Rechtes im Sinne des § 68 Ziffer 14, da die Verichtigung des Hypothekenbriefes mit den bezeichneten Eintragungen nicht in unmittelbarem Zusammenhange steht. Wird ein Grundstücksteil hypothekenfrei abgeschrieben, so ist für den entsprechenden Vermerk auf dem Hypothekenbriefe nach § 68 Ziffer 14 keine Gebühr zu erheben, weil derartige Vermerke nach § 16 Absatz 3 des A. G. zur Gr. B. D. von Amts wegen auszuführen und deshalb als Nebengeschäfte der Abschreibung des Grundstückes anzusehen sind. Wenn ein Grundstück in die Mithaft für eine Hypothek nachträglich eintritt, so kann nach § 63

Gr. B. D. die Mitbelastung auf dem bisherigen Hypothekenbriefe unter entsprechender Ergänzung des Auszuges (§ 57 Gr. B. D.) vermerkt werden; die letzteren Geschäfte erfolgen als Nebengeschäfte der Eintragung der Hypothek auf das in die Mitthast eintretende Grundstück gebührenfrei (§ 68 Ziffer 14). Wenn aber die Erteilung eines neuen Briefes über die Gesamthypothek erfolgt, so ist hierfür nur die Erneuerungsgebühr mit $\frac{2}{10}$ zu erheben, da für dasselbe Wertobjekt $\frac{4}{10}$ bereits für die Erteilung des alten Briefes erhoben waren.

IV. Ein Teilhypothekenbrief kann sowohl vom Grundbuchamte wie von einem anderen Gerichte oder einem Notar ausgestellt werden (§ 61 der Gr. B. D.). Die Gebühr umfaßt die Beglaubigung des bisherigen Briefes und der damit verbundenen Schuldburkunde, sowie den Vermerk auf dem bisherigen Briefe (§ 61 Absatz 2 und 3 Gr. B. D.).

V. Ziffer 3 Satz 1 wiederholt die Bemerkung zu § 5 des bisherigen Gebührentarifes. Dieselben Grundsätze erscheinen aber nicht anwendbar, wenn eine Gesamthypothek nach § 1132 Absatz 2 B. G. B. auf die einzelnen Grundstücke verteilt wird, da die alsdann nach § 64 Gr. B. D. für jedes Grundstück neu auszustellenden Briefe untereinander völlig selbständig sind. Das Gesetz sieht deshalb unter Ziffer 4 für jeden Brief die Erneuerungsgebühr von $\frac{2}{10}$ vor. Über den Fall, wenn nachträglich Grundstücke in die Mitthast eintreten, siehe Bemerkung III.

VI. Die Wertberechnung richtet sich nach § 72. Bei Teilbriefen kommt nur der Betrag, über welchen sie lauten, in Betracht.

Wertberechnung.

§ 72.

Bei Eintragungen in das Grundbuch, welche die Bestellung oder den Übergang von Hypotheken, Grundschulden oder Rentenschulden zum Gegenstande haben, und bei Löschungen dieser Rechte, sowie bei der Herstellung von Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldbriefen ist die Gebühr nach dem einzutragenden Kapitalbetrage oder der Ablösungssumme zu berechnen. Das gleiche gilt für Eintragungen von Belastungen in der zweiten Abteilung des Grundbuchs, soweit für sie ein bestimmter Kapitalbetrag eingetragen wird. Der hiernach maßgebliche Wert darf bei der Eintragung von Veränderungen nicht überschritten werden.

In den Fällen des § 69 Absatz 2 ist jedoch der Wert des Grundstückes, falls er der geringere ist, maßgebend.

Erfolgt die Eintragung des Eigentümers auf Grund eines im Zwangsversteigerungsverfahren erteilten Zuschlags, so ist der Gebührens-berechnung der Betrag des Gebotes zugrunde zu legen, für welches der Zuschlag erteilt ist, unter Hinzurechnung des Wertes der im Grundbuche eingetragenen nicht erlöschenden Rechte, jedoch abzüglich des Wertes des mitversteigerten beweglichen Zubehörs. Erreicht der hiernach ermittelte Wert bei Gebäuden nebst Hof- und Baustelle nicht $\frac{2}{3}$ der Brandversiche-

rungssumme, bei unbebauten Grundstücken nicht den 40fachen Betrag des auf Grund des Gesetzes vom 24. August 1849 ermittelten Grundsteuerkapitals, so sind diese Werte für die Berechnung der Gebühr maßgebend, sofern nicht ausnahmsweise ein geringerer Wert des Grundstückes nachgewiesen wird.

I. Der § 72 enthält eine Abweichung von § 23 insofern, als bei der Eintragung oder Löschung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden im allgemeinen der eingetragene Kapitalbetrag schlechthin maßgebend sein soll, ohne daß es auf den etwa geringeren Wert des Grundstückes ankommt. Die Vorschrift entspricht der Bemerkung I zu § 3 des bisherigen Gebührentarifes und dem Pr. O. R. G. § 64, 1, ihre Anwendung auf in der zweiten Abteilung eingetragene Belastungen, soweit bei diesen ein bestimmter Kapitalbetrag eingetragen ist, wie z. B. bei bauernrechtlichen Abfindungen, erscheint sachgemäß. Soweit bei solchen Rechten ein Kapitalwert nicht feststeht, ist der Wert nach den allgemeinen Regeln §§ 20 bis 26 zu berechnen. Bei der Eintragung von Veränderungen, abgesehen von dem Übergange der Hypotheken usw., paßt die Regel des § 72 Satz 1 nicht, es entspricht aber der Billigkeit, daß für die Eintragung von Veränderungen der eingetragene Kapitalwert des Rechts, auf welches sich die Veränderung bezieht, bei der Wertberechnung nicht überschritten werden darf. Diese Regel gilt auch, wenn durch eine Eintragung das eingetragene Recht in mehreren Punkten geändert wird, z. B. hinsichtlich der Kündigungsbedingungen und des Zinsfußes sowie ferner wenn der Übergang des Rechtes und gleichzeitig eine andere Veränderung eingetragen wird.

II. Absatz 2. Gesamthypotheken und andere Gesamtrechte werden nicht selten auch auf einzelne geringwertige Grundstücke mit eingetragen, welche weit hinter dem Werte des Rechtes zurückbleiben. Soweit bei Gesamtrechten für die Eintragung auf den einzelnen Grundstücken eine besondere Gebühr nach dem Werte zu berechnen ist, was nur in den Fällen des § 69 Absatz 2 vorkommt, soll deshalb der Wert des Grundstückes zugrunde gelegt werden, falls dieser geringer ist (vgl. Pr. O. R. G. § 65 a. E.).

III. Bei der Berechnung der Gebühr für die Eintragung des Eigentümers ist der gemeine Wert des Grundstückes ohne Abzug der Schulden und, wenn es sich um einen Kaufvertrag handelt, der Kaufpreis zugrunde zu legen (§ 22 Absatz 1, vgl. auch Bemerkung IV zu § 60). Hiernach können Zweifel entstehen, ob bei der Eintragung des Erstehers nach durchgeführtem Zwangsversteigerungsverfahren der gemeine Wert des Grundstückes oder der Betrag des Meistgebotes der Gebührenberechnung zugrunde zu legen ist, weil die Zwangsversteigerung zwar im wirtschaftlichen Erfolge einem Kaufvertrage gleichkommt, ihrer rechtlichen Natur nach aber als ein privatrechtlicher Kaufvertrag nicht angesehen werden kann (Jaedel Anmerkung 2 zu § 81 Zw. G.). Es empfiehlt sich, diese Zweifel durch eine ausdrückliche Vorschrift zu lösen und den Betrag des Meistgebotes ebenso wie für die Berechnung der Gebühren im Zwangsversteigerungsverfahren (Teil 2, Abschnitt II des Gesetzes) so auch für die Eintragungsgebühr des Erstehers als Wert anzunehmen. Dabei ist dem Betrage des Bargesbotes der Wert der bestehenden bleibenden Rechte hinzuzurechnen und zwar sind nicht nur die bei Feststellung des geringsten Gebotes berücksichtigten Rechte (Zw. V. G. § 44, 52 Absatz 1), sondern auch die kraft

Gesetzes bestehen bleibenden Rechte, insbesondere Altenteile (§ 3 A. G. Nr. 39 zum Zw. B. G.) zu berücksichtigen. Dagegen erscheint es sachgemäß, nur die im Grundbuche eingetragenen Rechte, nicht aber solche Rechte mit zu rechnen, welche der Eintragung nicht bedürfen, wie namentlich die öffentlichen Lasten (§ 38 und § 50 A. G. Nr. 36 zum B. G. B.). Die Zwangsversteigerung kann sich auf bewegliches Zubehör, wie z. B. auf das Inventar eines Landgutes oder eine Versicherungssumme, mit erstrecken (§ 55 Zw. B. G.), dann ist der Wert dieser Gegenstände, soweit der Preis dafür in dem Meistgebote mit enthalten ist, in Abzug zu bringen, weil sich die Eintragung im Grundbuche auf solche Sachen nicht bezieht. Der Wert der Zubehörsstücke ist nach den Angaben der Beteiligten, event. auf Grund amtlicher Ermittlungen durch das Gericht zu veranschlagen. Vom Meistgebote nicht abzuziehen sind die Bestandteile des Grundstückes, insbesondere Gebäude und wachsende Bäume und Früchte (§ 94 B. G. B.).

Da es erfahrungsgemäß häufig vorkommt, daß das erzielte Höchstgebot dem wirklichen Werte des Grundstückes nicht entfernt entspricht, so sind für solche Fälle zwecks Erreichung angemessener Gebührensätze gewisse Mindestwerte der Grundstücke der Gebührenberechnung zugrunde zu legen. Dabei wird man zweckmäßig von den gegebenen Werten ausgehen und wenn das Gesetz $\frac{2}{3}$ der Brandversicherungssumme und bei nicht bebauten Grundstücken den 40fachen Betrag des auf Grund des Gesetzes vom 24. August 1849 staatlich ermittelten Grundsteuerkapitals als Wert annimmt, so wird der wirkliche Wert regelmäßig wesentlich höher sein. Bei Gebäuden ist der Wert des Bauplatzes (Hof- und Baustelle) nicht mitzurechnen. Ein kleinerer Garten, dessen Wert im Vergleiche zu dem Werte des Gebäudes unerheblich ist, ist neben dem Brandkassenwerte nicht zu berücksichtigen, doch muß die Entscheidung im einzelnen dem Ermessen des Gerichtes überlassen bleiben. Für den Ausnahmefall, daß der wirkliche Wert eines Grundstückes nachweislich hinter den angegebenen Sätzen zurückbleibt — wenn z. B. ein Gebäude nur den Abbruchwert besitzt —, so soll nach der Schlußbestimmung der ermittelte geringere Wert maßgebend sein.

Benachrichtigungen gemäß § 55 der Grundbuchordnung.

§ 73.

Für jede einzelne Benachrichtigung eines Beteiligten oder einer ersuchenden Behörde von einer stattgehabten Eintragung wird ein Gebührensatz von 50 \mathfrak{J} erhoben; ist jedoch die Eintragungsgebühr geringer, so ist deren Höhe auch für die Benachrichtigung maßgebend.

Die Gebühr für die Benachrichtigungen, bisher § 6 des Gebührentarifes, ist beibehalten, obgleich diese Verrichtung in Preußen und anderen Staaten als Nebengeschäft gebührenfrei behandelt wird. Die Gebühr ist aber gerechtfertigt, weil im Herzogtume die Benachrichtigungen in einer besonderen Form erteilt werden und vom Richter und Buchführer zu unterschreiben sind (§ 42 der Allg. Verf. vom 7. Juli 1899). Die Benachrichtigung des bisherigen Eigentümers von der geschehenen Umschreibung war bisher nach § 6 Ziffer 2 Gebührentarif gebührenfrei. Diese Bestimmung schloß sich an § 30 Absatz 2 der alten braunschweigischen Grundbuchordnung an, wonach für diese Benach-

richtung keine besondere Form galt. Da aber jetzt alle Benachrichtigungen gleichstehen, so ist die Ausnahme nicht mehr gerechtfertigt. Die geringe Gebühr wird als drückend schon deshalb nicht empfunden werden können, weil auf die Benachrichtigung nach § 55 Gr. B. O. verzichtet werden kann. Bei etwa 15 000 Benachrichtigungen im Jahre steht eine Einnahme von 7500 *M* für die Staatskasse in Frage.

Grundbuchauszüge, Abschriften, Bescheinigungen.

§ 74.

Für Grundbuchauszüge (beglaubigte Abschriften des vollständigen Grundbuchblattes oder eines Theiles desselben) wird neben den Schreibgebühren eine Beglaubigungsgebühr von 25 *§* für jede Seite, jedoch mindestens 1 *M* 50 *§* erhoben.

Für einfache Abschriften eines Grundbuchblattes wird neben den Schreibgebühren eine Gebühr von 50 *§* angesetzt.

Werden die zur Erwirkung einer Eintragung vorgelegten Urkunden zurückgefordert, so werden für die bei den Grundakten zurückzubehaltenden beglaubigten Abschriften nur Schreibgebühren berechnet. Die Beglaubigung einer von den Beteiligten zu den Grundakten überreichten Abschrift erfolgt gebührenfrei.

Für Bescheinigung des Grundbuchamtes über den Inhalt des Grundbuches wird eine Gebühr von 1 *M* 50 *§* erhoben.

I. Wegen Erteilung von Grundbuchauszügen und Bescheinigungen sind die §§ 55 und 56 der Allg. Verg. vom 7. Juli 1899 zu vergleichen. Die bisherigen Grundsätze (§ 7 des Gebührentarifes) sind beibehalten, nur ist der Mindestsatz für Grundbuchauszüge auf 1 *M* 50 *§* heraufgesetzt und derselbe Satz ist für die Bescheinigungen in Absatz 4 bestimmt. Gleiche Bestimmungen gelten für das Handelsregister und die sonstigen Register. Die Stempel für Grundbuchauszüge sind dagegen beseitigt (vgl. § 35 Absatz 2 und Bemerkungen dazu).

II. Die Anfertigung einer einfachen Abschrift eines Grundbuchblattes setzt ein gewisses Maß von Verständnis für die Bedeutung der Eintragungen, sowie eine besondere Mühewaltung voraus, da der Abschreiber die nicht mehr gültigen Eintragungen, welche für die Beteiligten kein Interesse haben, ausscheiden muß. Die Erhebung einer kleinen Zusatzgebühr ist deshalb gerechtfertigt (vgl. Sachsen-Weimar G. R. G. §§ 132, 70).

III. Für beglaubigte Abschriften ist in allen Fällen nach § 35 der Stempel von 1 *M* 50 *§* zu erheben, weshalb sie, soweit angängig, von Gebühren zu befreien sind. Die Bestimmung des Absatzes 3 entspricht dem § 70 des Pr. G. R. G.

Einsicht des Grundbuches.

§ 75.

Die Gebühr für die Einsicht des Grundbuches und der zugehörigen Grundakten beträgt 1 *M*; sie wird für jeden Eigentümer, bezüglich dessen

Einsicht genommen wird, besonders erhoben; Eheleute und Miteigentümer gelten hierbei als ein Eigentümer.

Im allgemeinen sind die Bestimmungen der Ziffer XV der Anlage A Br. G. R. G. aufrecht erhalten (vgl. bezüglich des Handelsregisters und der anderen Register §§ 80, 84, 86, 87). Die Gebühr ist nicht für die Einsicht eines jeden Grundbuchblattes besonders zu erheben, sondern für die sämtlichen Grundstücke eines jeden Eigentümers, auch wenn sie auf mehreren Blättern eingetragen stehen, wird nur einmal die Gebühr berechnet. Es entspricht dies der Billigkeit, da den Interessenten meist daran liegt, die gesamten Verhältnisse des Eigentümers kennen zu lernen. Sind mehrere Grundstücke teils auf den Namen des Ehemannes, teils auf den Namen der Ehefrau oder auf den Namen beider Ehegatten eingetragen, so können alle diese Grundbuchblätter zusammen für 1 *M* eingesehen werden und dasselbe gilt bezüglich solcher Grundstücke, bei denen dieselbe Person teils als Alleineigentümer, teils als Miteigentümer eingetragen ist. Die Einsicht des Grundbuchblattes umfaßt auch die Einsicht der zugehörigen und etwa kombinierten Grundakten.

Bergwerkseigentum und selbständige Gerechtigkeiten.

§ 76.

Die vorstehend für Grundstücke gegebenen Vorschriften sind auf das Erbbaurecht, das Bergwerkseigentum und auf andere Berechtigungen, für welche die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften gelten (§§ 43 und 44 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche Nr. 36 vom 12. Juni 1899) entsprechend anzuwenden.

Für die erste Eintragung eines Bergwerkseigentumes einschließlich der Nebengeschäfte wird die im Tarife B bestimmte Gebühr, für die auf Ersuchen der Bergbehörde infolge der Konsolidation, der Teilung oder Verlaufsung von Grubensfeldern oder Feldesteilen, der Änderung der Verleihungsurkunde oder der Aufhebung des Bergwerkseigentumes vorzunehmenden Eintragungen, einschließlich der Nebengeschäfte, werden fünf Zehnteile der im Tarife B bestimmten Gebühr erhoben. Ist bei der ersten Eintragung des Bergwerkseigentumes ein bestimmter Wert desselben nicht festzustellen, so wird der Wert, wenn sich das Recht auf nur ein Mineral erstreckt, zu 10 000 *M*, für jedes weitere Mineral um 5000 *M* höher angenommen.

I. Vgl. Br. G. R. G. § 67. Die im Absätze 1 ausgesprochene Regel entspricht dem Grundsätze, daß für die dort bezeichneten Berechtigungen die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften des B. G. B., sowie der Gr. B. O. gelten. Vgl. B. G. B. § 1017, Berggesetz vom 15. April 1867 §§ 52 und 54 in der Fassung des Gesetzes Nr. 44 vom 12. Juni 1899, A. G. Nr. 36 zum B. G. B. §§ 43 und 44, A. G. Nr. 37 zur Gr. B. O. §§ 20 bis 25, Allg. Verf. vom 7. Juli 1899 § 41. Das Erbbaurecht entsteht durch die formelle Einigung der Beteiligten nach § 1015 B. G. B. und Eintragung auf dem Blatte des belasteten Grundstückes. Für diese Eintragung wird die im

§ 60 bestimmte volle Gebühr nach Tarif B erhoben. Wird nach § 7 der Gr. B. D. für das Erbbaurecht gleichzeitig mit der Bestellung ein besonderes Blatt angelegt, so werden dafür besondere Gebühren nicht berechnet (§ 68 Ziffer 3). Wenn später die Umschreibung auf ein besonderes Blatt ohne gleichzeitige Veräußerung oder Belastung des Erbbaurechtes erfolgt, so kommt die Gebühr des § 66 Ziffer 1 zur Erhebung. Bei der Eintragung von Belastungen des Erbbaurechtes ist § 64 (nicht § 65) anzuwenden. An landesgesetzlichen selbständigen Gerechtigkeiten, welche Immobilienqualität genießen, kommen, abgesehen von den Bergwerken, namentlich die im Gesetze Nr. 16 vom 19. Mai 1890 (geändert durch Gesetz Nr. 15 vom 15. Februar 1895) geregelten Forstnutzungsrechte in Betracht.

II. Für die Bergwerke fehlt es bisher an besonderen Kostenvorschriften und solche sind auch entbehrlich, soweit sich die Veräußerung und der Erwerb des eingetragenen Bergwerkseigentums sowie seine Belastung und Verpfändung in den gewöhnlichen Formen des Grundbuchverkehrs abspielt. Die auf Ersuchen der Bergbehörde nach §§ 21 bis 23 des A. G. Nr. 37 zur Gr. B. D. vorzunehmenden Eintragungen bilden jedoch Eigentümlichkeiten des Bergrechts und für diese Fälle empfiehlt es sich, besondere Regeln aufzustellen, da sonst Zweifel entstehen könnten, wie die entsprechende Anwendung der allgemeinen Gebührenvorschriften zu gestalten sei. Für die erste Eintragung des Bergwerkseigentums im Grundbuche, welche auf Grund der Verleihungsurkunde oder des in Gemäßheit des Gesetzes Nr. 10 vom 25. Februar 1899 gefaßten Beschlusses der Bergbehörde erfolgt, ist entsprechend der Bedeutung dieses Aktes die volle Gebühr des Tarifes B festgesetzt (ebenso Baden § 30 der B. D. vom 21. Januar 1901). Da bei der ersten Eintragung des Bergwerkseigentums sichere Anhaltspunkte für den Wert oft nicht vorhanden sein werden, so trifft der Schlußsatz eine subsidiäre Vorschrift über die Wertherrechnung. Werden zwei oder mehrere Bergwerke vereinigt (Konsolidation), was auch ohne Wechsel des Eigentümers und auch durch den Alleineigentümer der mehreren Bergwerke (§ 44 des Berggesetzes) geschehen kann, oder werden Felder oder Feldesteile ausgetauscht oder geteilt, so wird zwar rechtlich ein neues Bergwerkseigentum geschaffen, wirtschaftlich handelt es sich jedoch in diesen Fällen nur um Änderungen des Inhalts bereits bestehender und eingetragener Bergwerksberechtigungen. Deshalb erscheint für diese Fälle die Hälfte der im Tarife B bestimmten Gebühr angemessen und dieser ermäßigte Satz ist auch anzuwenden, wenn Änderungen des Inhaltes der Verleihungsurkunde oder die Aufhebung des Bergwerkseigentums auf Ersuchen eingetragen werden. Im letzteren Falle erfolgen die im Absätze 2 und 3 des § 23 A. G. zur Gr. B. D. vorgesehenen Lösungen und Belastungen und die Übertragung der zugeschriebenen Grundstücke als Nebengeschäfte gebührenfrei.

Bei der Konsolidation ist der Gesamtwert der vereinigten Bergwerke, bei Änderungen der Verleihungsurkunde der Wert der Änderungen der Gebührenberechnung zugrunde zu legen. Werden Grubenfelder ausgetauscht, so ist für jede Zuschreibung der Wert des zugeschriebenen Feldes für die Gebührenberechnung maßgebend, während die entsprechende Abschreibung desselben Feldes auf dem Blatte des anderen Bergwerkes gebührenfreies Nebengeschäft ist; im Falle der Teilung ist für jedes selbständige Feld, welches abgetrennt wird, die Gebühr besonders zu berechnen. Wegen der Höhe des Wertes wird das Grundbuchamt in Zweifelsfällen zweckmäßig von der Bergbehörde Auskunft einholen

Fünfter Abschnitt. Registerführung.

Vorbemerkung.

Nach dem geltenden Tarife (Anlage C zum Kostengesetze Nr. 89 vom 13. September 1899) werden erhoben:

- | | |
|---|------------------------------|
| 1. für die erste Eintragung einer Aktiengesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft auf Aktien oder einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, für die Umwandlung einer Aktiengesellschaft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung je nach dem Betrage des Gesellschaftsvermögens | 5 bis 20 <i>M</i> — <i>§</i> |
| 2. für die erste Eintragung einer juristischen Person usw. | 10 " — " |
| 3. für die erste Eintragung einer offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft | 5 " — " |
| 4. für jede sonstige Eintragung, ausschließlich der Löschungen | 1 " 50 " |
| 5. für Löschungen jeder Art | — " 50 " |

Abgesehen von einer im Jahre 1879 erfolgten geringen Erhöhung der Gebühren zu 1 und 3 und der 1899 eingeführten Gebühr für Eintragung einer juristischen Person entstammen die vorstehenden Sätze, insbesondere also die bei weitem am häufigsten zur Anwendung kommenden Gebühren zu 4 und 5, unverändert dem bei Einführung des allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches durch § 54 des Gesetzes Nr. 31 vom 14. Dezember 1863 festgesetzten Gebührentarife. Diese Gebührensätze entsprechen nicht mehr den heutigen Verhältnissen, sie sind im Vergleiche zu den von anderen Bundesstaaten, insbesondere Preußen, Anhalt, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg, Baden, Bayern erhobenen Gebühren verschwindend gering und sie können auch als ein Äquivalent für die vielfach recht erhebliche Mithewaltung der Gerichtsbeamten nicht angesehen werden. Erscheint hiernach eine wesentliche Erhöhung der Gebühren geboten, so wird man, um die kleineren Betriebe nicht zu sehr zu belasten, die Gebühren nach Wertklassen auch in den Fällen abstufen müssen, wo bisher noch Einheitsätze bestanden.

Die Gesetze der meisten Bundesstaaten stimmen insoweit überein, als sie bei Einzelkaufleuten geringere Sätze als bei Handelsgesellschaften und für beide Arten wiederum für die erste Eintragung höhere Gebühren, wie für spätere Eintragungen erheben. Der Maßstab für die Abstufungen der Gebühren ist aber ein sehr verschiedenartiger. Baden und Sachsen-Weimar gewähren einen Spielraum und der Richter hat innerhalb eines gesetzlichen Mindest- und Höchstbetrages, z. B. zwischen 3 *M* und 100 *M*, 20 *M* und 200 *M*, unter Berücksichtigung der Verhältnisse des einzelnen Falles, soweit solche ihm bekannt sind, die Gebühr nach freiem Ermessen zu bestimmen. Eine derartige Vorschrift ist wegen der damit verbundenen Willkürlichkeit der Gebührenbemessung nicht zu empfehlen. Lediglich nach dem Jahreseinkommen die Gebühren abzustufen, wie es in Sachsen-Altenburg geschieht, erscheint schon deshalb nicht angebracht, weil es sich bei den Gebühren für die Handelsregistereintragungen

nicht um regelmäßig wiederkehrende Abgaben handelt; überdies schwanken die Jahreseinkommen häufig sehr und es kommt nicht selten vor, daß auch ein bedeutendes Geschäft mit großem Kapital einmal ohne Gewinn arbeitet. Würde man mit Anhalt das Anlage- oder Betriebskapital der Gebührenberechnung zugrunde legen, so würde auch dieser Maßstab ein einseitiger sein und ein sicheres Bild über die Gesamtbedeutung eines Unternehmens nicht abgeben, da manche Betriebe ein großes Betriebskapital erfordern, ohne entsprechende Einnahmen abzuwerfen, während andere Geschäfte, z. B. Agenturen, ohne nennenswertes Betriebskapital mitunter recht erhebliche Einnahmen erzielen. Namentlich würde aber die Feststellung des Anlage- und Betriebskapitales, worunter doch nicht nur das Reinvermögen verstanden werden könnte, große Schwierigkeiten machen, und die Ausforschung der Interessenten in dieser Richtung würde als lästig empfunden werden. Preußen stuft bei Einzelkaufleuten, offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften die Gebühren nach Maßgabe der Gewerbesteuerklasse, in welche der Betrieb gehört, in 5 Wertklassen ab. Zugrunde gelegt wird dabei das preußische Gewerbesteuergesetz vom 24. Juni 1891, welches die steuerpflichtigen Betriebe nach Maßgabe des jährlichen Ertrages oder des Anlage- und Betriebskapitales in 4 Klassen einteilt und Betriebe mit einem jährlichen Ertrage unter 1500 *M* oder einem Betriebskapitale unter 3000 *M* steuerfrei läßt. Demgegenüber enthält das hiesige Gewerbesteuergesetz vom 27. März 1893, abgeändert durch die Gesetze vom 5. April 1906 und 6. April 1908, 24 Steuerklassen, in welche die im Tarife unter Ziffer I bis IV aufgeführten Betriebe nach zahlreichen verschiedenartigen, den einzelnen Gewerben angepaßten Merkmalen, welche im allgemeinen von dem äußeren Umfange des Betriebes hergenommen sind, durch Herzogliches Steuerkollegium auf Grund der von den Gemeindebehörden zu liefernden Beschreibungen eingereiht werden. Die für die Eintragung in das Handelsregister vorwiegend in Betracht kommenden unter Ziffer V des Tarifes bezeichneten Gewerbetreibenden werden dagegen in den Städten durch besondere Ortskommissionen, auf dem Lande durch den durch Zuziehung von 3 Gewerbetreibenden verstärkten Kreis- ausschuß zur Gewerbesteuer eingeschätzt und diese Einschätzungen werden bei den höheren Gewerbesteuerklassen stets, sonst nach Beanstandung seitens des Herzoglichen Steuerkollegiums durch eine Revisionsbehörde nachgeprüft, welche aus einem Mitgliede des Herzoglichen Steuerkollegiums und 14 Gewerbetreibenden zusammengesetzt ist (§§ 18 und 20 des Gewerbesteuergesetzes in der Fassung der Gesetze vom 5. April 1906 und 6. April 1908). Es muß davon ausgegangen werden, daß bei diesem Veranlagungsverfahren die gesamten Verhältnisse des einzelnen Gewerbetreibenden, dem übrigens gegen die Veranlagung noch die im § 23 des Gewerbesteuergesetzes vorgesehenen Rechtsmittel zustehen, die gebührende Berücksichtigung erfahren und es sind deshalb die Gewerbesteuerklassen zur Grundlage für die Abstufung der Gebühren nach Wertklassen genommen, zumal es an einem anderen sicheren Maßstabe völlig fehlte. Allerdings sind gewisse Betriebe von der Gewerbesteuerpflicht ausgenommen oder befreit (§§ 2 und 3 des Gewerbesteuergesetzes), doch werden solche Betriebe im ganzen nur sehr selten zur Eintragung in das Handelsregister gelangen. Geschieht dies, so muß ebenso wie in Preußen ergänzend das Ermessen des Gerichts bei Festsetzung der Gebühren eintreten. Das Gericht wird dabei den Umfang und die Bedeutung des Unternehmens, insbesondere hinsichtlich des Anlage- und Betriebskapitales und der erzielten Geschäftsgewinne zu berück-

sichtigen haben. Die Höhe der Gebühren ist unter analoger Anwendung der preußischen Grundsätze festgestellt, wobei stets mehrere Steuerklassen zu einer Wertstufe zusammengefaßt sind; außerdem ist zwischen den beiden niedrigsten preußischen Gebührensätzen noch ein Mittelsatz vorgesehen, so daß das Gesetz die Gebühren, ebenso wie Anhalt, in 6 Wertklassen abstuft. Außer in Preußen werden die vorgesehenen Gebühren fast genau in derselben Höhe auch in Anhalt, Sachsen-Weimar, Sachsen-Altenburg und Baden erhoben.

Die Gewerbesteuer beträgt nach § 4 des Gewerbesteuergesetzes in der Fassung vom 6. April 1908:

in Klasse I	900 bis 20 000 M jährlich		
" " II	750	"	"
" " III	600	"	"
" " IV	480	"	"
" " V	390	"	"
" " VI	300	"	"
" " VII	240	"	"
" " VIII	195	"	"
" " IX	150	"	"
" " X	120	"	"
" " XI	96	"	"
" " XII	75	"	"
" " XIII	60	"	"
" " XIV	45	"	"
" " XV	36	"	"
" " XVI	30	"	"
" " XVII	24	"	"
" " XVIII	18	"	"
" " XIX	15	"	"
" " XX	12	"	"
" " XXI	9	"	"
" " XXII	6	"	"
" " XXIII	4	"	"
" " XXIV	2	"	"

Handelsregister.

Eintragungen.

1. Hauptniederlassungen.

§ 77.

Für die Eintragung in das Handelsregister werden folgende Gebühren erhoben:

1. Bei Einzelaufleuten:

- a) für die Eintragung der Firma, je nachdem der Unternehmer zur Gewerbesteuer veranlagt ist:

in Klasse XIX bis XXIV	2 M
" " XV " XVIII	5 "
" " XI " XIV	10 "
" " VII " X	20 "
" " III " VI	50 "
" " I und II	100 "

Ist ein Kaufmann in mehreren Klassen des Gewerbesteuer tariffs veranlagt, so richtet sich die Gebührenberechnung nach derjenigen Steuerklasse, welche sich bei Entrichtung der gesamten Steuern in einer Klasse ergeben würde. Hat eine Veranlagung zur Gewerbesteuer noch nicht stattgefunden, so wird zunächst die Mindestgebühr von 2 M erhoben und der Mehrbetrag eingefordert, nachdem die Veranlagung erfolgt ist.

Betriebe, welche der Gewerbesteuerpflicht nicht unterliegen, werden nach dem Ermessen des Gerichts in die verschiedenen Wertklassen eingereiht.

b) für jede andere Eintragung die Hälfte der Sätze zu 1 a, jedoch mindestens 2 M.

2. Bei offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit, Gewerkschaften und juristischen Personen:

a) für die erste Eintragung der Gesellschaft, des Vereins, der Gewerkschaft oder juristischen Person
das Zweifache der Sätze zu 1 a;

b) für jede andere Eintragung
die Sätze zu 1 a.

3. Bei Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung:

a) für die erste Eintragung der Gesellschaft das Zweifache, für die Eintragung eines Beschlusses über Erhöhung oder Herabsetzung des Gesellschaftskapitals das Einfache der im Tarife A bestimmten Gebühr.

Für die Berechnung ist der Betrag des Gesellschaftskapitals, bei Erhöhungen oder Herabsetzungen der Betrag der Erhöhung oder Herabsetzung maßgebend.

b) für alle sonstigen Eintragungen
die Sätze zu 1 a.

I. Ziffer 1. Bei Aufnahme der Anmeldungen zum Handelsregister hat der Gerichtsschreiber die Beteiligten nach dem Betrage der von ihnen zuletzt entrichteten Gewerbesteuer zu befragen und er kann sich die letzte Steuerquittung zeigen lassen. Zu solchen Angaben sind die Beteiligten nach § 28 des Gesetzes verpflichtet, auch kann das Gericht, wenn erforderlich, bei der Gemeindebehörde

oder dem Herzoglichen Steuer-Kollegium Erkundigungen nach der Höhe der Gewerbesteuer einziehen. Ist der Gewerbetreibende in mehreren Klassen zur Gewerbesteuer veranlagt, so ist für die Gebührenberechnung der gesamte Steuerbetrag und die sich danach ergebende Steuerklasse maßgebend. Nun kann es aber bei neueröffneten Betrieben vorkommen, daß die Eintragung in das Handelsregister beantragt wird, bevor die Veranlagung zur Gewerbesteuer erfolgt ist. In diesem Falle soll zunächst der Mindestsatz erhoben und der etwaige Mehrbetrag nachgefordert werden, sobald die Gewerbesteuer festgesetzt ist. Die Mindestgebühr ist zugleich mit den entstandenen Auslagen, z. B. für die Bekanntmachungen, aus dem Grunde sofort nach Beendigung des Geschäfts (§ 16 des Gesetzes) zu erheben, um der Staatskasse auch für den möglichen Fall eine gewisse Deckung zu gewähren, daß der Gewerbetrieb alsbald wieder eingestellt werden und es deshalb zu einer Veranlagung zur Gewerbesteuer überhaupt nicht kommen sollte. Die nähere Regelung des Verfahrens wegen Nachforderung des Mehrbetrages der Gebühren liegt der Landesjustizverwaltung ob, welche auch nähere Anweisungen über die Festsetzung der Gebühren bei nicht gewerbesteuerpflichtigen Betrieben erlassen kann.

Abweichend von Preußen, aber übereinstimmend mit Sachsen-Weimar § 65 wird die volle Gebühr unter 1 a nur für die Eintragung der Firma, d. h. für die erste Eintragung einer Firma, erhoben. Für alle anderen Eintragungen, also z. B. für Eintragung von Veränderungen, von Prokuren und für Löschungen aller Art werden nur die ermäßigten Sätze zu 1 b gefordert. Die Sätze für Einzelkaufleute sind auch anzuwenden, wenn die Erben das Geschäft ohne Begründung einer Handelsgesellschaft fortführen (vgl. jedoch Bemerkung II).

II. Zu Ziffer 2. Eine nach Nr. 2 a zu berechnende „erste“ Eintragung der Gesellschaft liegt auch dann vor, wenn ein bisher von einem Einzelkaufmann betriebenes Geschäft von einer Gesellschaft erworben wird, oder wenn jemand als persönlich haftender Gesellschafter oder als Kommanditist in das Geschäft eines Einzelkaufmanns eintritt, mag nun die bisherige Firma fortgeführt werden oder nicht. Dagegen wird beim Übergange von einer der in Nr. 2 bezeichneten Gesellschaftsformen in die andere nur der unter 2 b bestimmte Satz in Anwendung zu bringen sein. Letzteres gilt auch im Falle des § 144 Absatz 2 H. G. B.

Die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (Reichsgesetz vom 12. Mai 1901, insbesondere §§ 15, 16, 30, 40, 45) sind hierhergestellt, weil einerseits die Mithewaltung des Registergerichts regelmäßig erheblicher als bei Eintragungen von Einzelkaufleuten sein wird, andererseits aber die Gleichstellung mit den Aktiengesellschaften usw. (Nr. 3) deshalb nicht angemessen erscheint, weil hier die Aufsichtsführung besonderen Behörden übertragen ist. Für die Gebührenberechnung ist, da nach § 2 Ziffer 8 des Gew. Steuer-Ges. eine Veranlagung zur Gewerbesteuer nicht stattfindet, das richterliche Ermessen entscheidend, wobei die Höhe des Gründungsfonds (§ 22 des Gesetzes vom 12. Mai 1901), bei späteren Eintragungen das darüber hinaus etwa angesammelte Vermögen einen Anhalt bieten.

Aus ähnlichen Gründen gehören die Gewerkschaften hierher, welche nach Landesrecht als juristische Personen anzusehen sind (Hamppe, Braunschw. Privatrecht, § 17 I, 1) und daher regelmäßig der Eintragungspflicht unterliegen (§ 2 H. G. B., Art. 5 E. G. zum H. G. B.). Auch die Gewerkschaften sind nach § 2 Ziffer 2 Gew. St.-Ges. nicht gewerbesteuerpflichtig, doch werden sie seitens

der Handelskammer zu einem angenommenen Steuersätze eingeschätzt (§ 31 Absatz 4 des Gesetzes über die Handelskammer vom 14. Mai 1906). Es wird sich empfehlen, den von der Handelskammer angenommenen Gewerbesteueratz bei der Gebührenberechnung als Maßstab zu nehmen. Die Eintragungen der juristischen Personen (§§ 33, 36 H. G. B.) unterlagen schon bisher einem erhöhten Gebührensätze. Wegen der Gebührenrechnung kommt, falls eine Einschätzung zur Gewerbesteuer nicht stattfindet, ebenfalls das richterliche Ermessen in Frage.

III. Zu Ziffer 3. Die erste Eintragung einer Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien oder einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung erfordert eine sehr eingehende Prüfung, insbesondere des Gesellschaftsvertrages, und eine erhebliche Mühewaltung des Registergerichts (vgl. §§ 195 fg., 320 fg. des H. G. B., §§ 7 fg. des Gesetzes über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung). Überall werden daher erhöhte Gebühren erhoben, welche für die erste Eintragung in Preußen und den meisten übrigen Bundesstaaten nach dem Betrage des hier stets feststehenden Gesellschaftskapitales abgestuft werden. Für die Erhöhung oder Herabsetzung des Gesellschaftskapitales, wofür durch §§ 278 fg., 320 H. G. B., §§ 55 bis 58 des Gesetzes über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung ein besonderes Verfahren vorgeschrieben ist, werden gleichfalls durchweg besondere nach dem Betrage der Erhöhung oder Herabsetzung berechnete Gebühren erhoben. Diesen Grundsätzen folgt auch das gegenwärtige Gesetz. Preußen hat den Tarif des § 33 modifiziert, es ist jedoch die doppelte Gebühr des Tarifes A (Pr. § 33) im Interesse der Einfachheit des Gesetzes zweckmäßiger. Bis zu einem Kapitale von 500 000 *M.* weichen die hier vorgeschriebenen Gebühren von den preussischen Sätzen bald nach unten, bald nach oben um ein geringes ab, darüber hinaus bleiben sie hinter den preussischen Sätzen zurück.

Für die Gebührenberechnung zu 3 a ist der Nennbetrag des Gesellschaftskapitals bzw. der Vermehrung oder Verminderung desselben ohne Rücksicht auf den Ausgabepreis der Aktien maßgebend, auch kommen die neben den Kapitaleinlagen den Aktionären etwa auferlegten Verpflichtungen (§ 212 H. G. B.) nicht in Betracht. Nur die Eintragung eines Beschlusses über die Erhöhung oder Herabsetzung des Gesellschaftskapitals (§§ 280, 289, 320 H. G. B., §§ 57, 58 des Gesetzes über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung vom 20./5. 1898) unterliegt der in Nr. 3 a bestimmten Gebühr. Die demnächst zu bewirkende Eintragung der erfolgten Erhöhung oder Herabsetzung des Gesellschaftskapitals (§§ 284, 291, 320 H. G. B.) unterfällt dem Satze 3 b; wenn aber der Beschluß über die Erhöhung und die erfolgte Erhöhung gleichzeitig zur Eintragung angemeldet werden (§ 285 H. G. B.), so ist lediglich die Gebühr 3 a zu erheben. Wird ein bisher unter Nr. 1 oder Nr. 2 fallendes Unternehmen in eine der in Nr. 3 genannten Gesellschaften umgewandelt, so ist die Gebühr 3 a zu erheben, dagegen erwächst nur die Gebühr zu 3 b bei Übergang von einer der in Nr. 3 bezeichneten Gesellschaftsformen in die andere. Ebenso ist Satz 3 b anwendbar, wenn eine Aktiengesellschaft nach Verlegung des Sitzes in das Handelsregister des neuen Sitzes eingetragen wird und zwar gilt dies auch dann, wenn die erste Eintragung im Deutschen Reich außerhalb des Herzogtums erfolgt war.

Nur die Gebühr 3 a richtet sich nach dem Gesellschaftskapitale, die Gebühr 3 b wird stets nach der Gewerbesteuerklasse eventuell nach richterlichem Ermessen festgesetzt.

IV. Den unter Nr. 1 b, 2 b und 3 b bestimmten ermäßigten Gebühren unterliegen alle Eintragungen in das Handelsregister, die nicht als erste Eintragungen anzusehen sind. Dieser ermäßigte Gebührensatz kommt daher nicht nur bei jedweden Änderungen in den eingetragenen Rechtsverhältnissen, sondern z. B. auch bei der Eintragung des Erlöschens der Firma oder der Auflösung der Gesellschaft, oder bei der Eintragung der Bestellung, Veränderung oder des Erlöschens von Prokuren zur Anwendung.

2. Zweigniederlassungen.

§ 78.

Für die Eintragungen in das Handelsregister einer Zweigniederlassung werden die im § 77 bestimmten Gebühren nach Maßgabe der Gewerbesteuer, zu welcher das Zweiggeschäft veranlagt ist, erhoben, nötigenfalls aber mit Rücksicht auf den Umfang des Betriebes der Zweigniederlassung nach dem Ermessen des Gerichts festgesetzt. In den Fällen des § 77 Nr. 3 a wird für die Eintragung in das Register der Zweigniederlassung das Zweifache der Sätze zu § 77 Nr. 1 a erhoben.

Der im Falle der Eintragung oder Aufhebung einer Zweigniederlassung in das Register der Hauptniederlassung einzutragende Vermerk (§ 131 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit) ist gebührenfrei.

Vgl. Pr. § 73 Absatz 1. Der Grundsatz, daß für die Eintragungen in das Handelsregister einer Zweigniederlassung nur die Einschätzung der letzteren zur Gewerbesteuer der Gebührenberechnung zugrunde zu legen ist, entspricht der Billigkeit und auch der herrschenden Meinung in Preußen (Mügel, Anmerkung 1 zu § 73 Pr. G. R. G.). Der Grundsatz gilt allgemein, insbesondere auch für die im § 77 Nr. 3 bezeichneten Gesellschaften, so daß auch in diesen Fällen nicht das gesamte Gesellschaftskapital oder der Betrag der Erhöhung oder Herabsetzung, sondern stets nur die Einschätzung der betreffenden Zweigniederlassung zur Gewerbesteuer für die Gebührenberechnung in Betracht kommt. Ob die Hauptniederlassung sich im Herzogtume befindet oder nicht, und ob dieselbe Eintragung sowohl im Register der Hauptniederlassung und in demjenigen der Zweigniederlassung erfolgt oder nur in dem letzteren bewirkt wird (§ 50 Absatz 3 H. G. B.), macht für die Gebührenberechnung keinen Unterschied. Eine besondere Einschätzung des Zweiggeschäfts zur Gewerbesteuer findet, wenn die Hauptniederlassung sich außerhalb des Herzogtums befindet, stets, und sonst dann statt, wenn in dem Nebengeschäfte ein selbständiger Geschäftsbetrieb ausgeübt wird (§§ 1 und 9 des Gew. St.-G. in der Fassung des Gesetzes vom 5./4. 06). Hiernach wird, sofern es zur Eintragung einer Zweigniederlassung in das Handelsregister kommt, auch regelmäßig die Einschätzung des Zweiggeschäfts zur Gewerbesteuer erfolgen, und eine Festsetzung der Gebühren nach richterlichem Ermessen wird in der Hauptsache nur dann nötig werden, wenn auch der Hauptbetrieb nicht gewerbesteuerpflichtig ist. Bei Einzelausleuten und in den Fällen des § 77 Nr. 2 ist die Mühewaltung des Registergerichts einer Zweigniederlassung im wesentlichen dieselbe wie diejenige des Registergerichts der

Hauptniederlassung (§ 13 H. G. B.), so daß es gerechtfertigt ist, dieselben Gebührensätze zu erheben. Dagegen ist bei der ersten Eintragung von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sowie bei der Eintragung von Beschlüssen über die Erhöhung oder Herabsetzung des Gesellschaftskapitales die Prüfungspflicht des Registergerichts einer Zweigniederlassung eine geringere (§§ 201, 286, 320 H. G. B., §§ 12, 59 des Gesetzes über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung vom 20./5. 1898), und auch die durch die Eintragungsgebühr mit abgeholte Aufsichtsführung ist beschränkter (§§ 207 Absatz 4, 265 Absatz 2, 267 Absatz 2, 320 H. G. B.). Deshalb erscheint es angemessen, die im § 77 Nr. 3 a vorgeschriebenen Gebühren, soweit die Eintragungen bei Zweigniederlassungen in Frage stehen, zu ermäßigen und nur das Zweifache der Sätze des § 77 Nr. 1 a zu erheben. Außerdem würde eine Berechnung der Gebühren nach 3 a voraussetzen, daß das in dem Zweiggeschäfte arbeitende Kapital festgestellt würde, was sich nur schwer ermöglichen läßt. Eine weitergehende Ermäßigung verbietet sich, weil dieselben Sätze in den Fällen des § 77 Nr. 2 a für offene Handelsgesellschaften usw., und demgemäß nach § 78 auch für deren Zweigniederlassungen zur Anwendung kommen.

Bauschcharakter der Gebühren.

§ 79.

Die in den §§ 77 und 78 bestimmten Gebühren umfassen die Vergütung für die gesamte mit der Eintragung verbundene Tätigkeit des Registergerichts, einschließlich der Beurkundung der zur Eintragung in das Handelsregister bestimmten Anmeldungen und der Aufnahme der Verhandlung über die Zeichnung einer Firma oder Unterschrift, sowie der gesetzlich vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachungen und der Benachrichtigung des Antragstellers von der erfolgten Eintragung.

Der Deutlichkeit wegen ist der Bauschcharakter der in den §§ 77 und 78 bestimmten Gebühren ausdrücklich vorgeschrieben. Unter die mit der Eintragung verbundene Tätigkeit des Gerichts fällt auch die Einberufung der konstituierenden Versammlung im Falle der Sukzessivgründung einer Aktiengesellschaft (§§ 195, 196 H. G. B.). Die Feststellung des Gesellschaftsvertrages in gerichtlicher Verhandlung unterliegt dagegen stets der Gebühr für die Beurkundung gegenseitiger Verträge. Gebührenfreies Nebengeschäft ist die Entgegennahme von Schriftstücken seitens des Registergerichts (§§ 207 Absatz 4, 244, 259 Absatz 5, 265 Absatz 2, 267 Absatz 2, 273 H. G. B.). Der § 79 bezieht sich nur auf die Tätigkeit des Registergerichts; erfolgt die Anmeldung oder die Zeichnung der Unterschrift vor einem anderen Gerichte, so werden die Beurkundungsgebühren besonders in Ansatz gebracht. Die Berechnung der Auslagen, welche durch die Bekanntmachungen usw. entstehen, wird selbstverständlich durch die Vorschrift des § 79 nicht ausgeschlossen. Werden gleichzeitig mehrere an sich selbständige Eintragungen beantragt, z. B. die Eintragung einer Firma und zugleich einer Procura, so wird für die letztere Eintragung die Gebühr § 77 Nr. 1 b, 2 b oder 3 b neben der Gebühr 1 a, 2 a oder 3 a erhoben; wird

aber z. B. bei Löschung einer Procura an deren Stelle zugleich die Eintragung einer anderen Procura beantragt, so ist die Gebühr 1 b, 2 b oder 3 b nur einmal erwachsen.

**Einsicht des Handelsregisters, Abschriften, Auszüge und
Bescheinigungen aus dem Handelsregister.
Börsenregister.**

§ 80.

Für Auffuchung und Vorlegung eines Handelsregistereintrages und der darauf bezüglichen Akten zur Einsicht wird eine Gebühr von 1 *M* erhoben.

Für die Erteilung von Abschriften, Auszügen und Bescheinigungen aus dem Handelsregister und den zugehörigen Akten gelten die Vorschriften des § 74.

Diese Vorschriften finden auf das Börsenregister entsprechende Anwendung.

Die bisherigen Gebühren von 50 *S* für die Einsicht des Handelsregisters und 1 *M* für jede Bescheinigung sind entsprechend den heutigen Geldverhältnissen um je 50 *S* erhöht (vgl. §§ 9 Absatz 1 und 3 H. G. B., § 33 der Gr. V. D.). Preußen § 74 Absatz 2 stuft im letzteren Falle nach Wertklassen zwischen 1 bis 10 *M* ab, ein Einheitsatz ist aber zweckmäßiger. Im übrigen sind die Bemerkungen zu § 74 zu vergleichen. Die dort gegebenen Vorschriften finden mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß an die Stelle des Grundbuchblattes die auf eine Firma bezüglichen Eintragungen im Register treten. Die Vorschrift des Absatzes 3 ist gegenstandslos, weil durch das inzwischen in Kraft getretene Reichsgesetz über die Änderungen des Börsengesetzes vom 8. Mai 1908 das Börsenregister beseitigt ist (vgl. die jetzige Fassung des Börsengesetzes vom 27. Mai 1908). Die Ausdehnung der Vorschriften des § 80 auf das Genossenschaftsregister erschien bedenklich, weil nach § 159 des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in der Fassung vom 20./5. 1898 und § 11 der Ausf. V. D. des Bundesrats vom 1. Juli 1899 als Absicht des Gesetzgebers anzunehmen ist, daß die sämtlichen Geschäfte des Gerichtes erster Instanz, vielleicht mit Ausnahme des Ordnungsstrafverfahrens, gebührenfrei geschehen sollen (Mügel, Anhang zum 4. Abschnitt Pr. G. R. G. S. 283). Für das Musterregister sind die erforderlichen Gebührenvorschriften im § 12 des Reichsgesetzes vom 11. Januar 1876 getroffen (vgl. Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers Nr. 59 der Gesetz- und Verordnungsammlung 1879 S. 617 fg.).

Gebührenfreie Geschäfte.

§ 81.

Gebühren kommen nicht in Ansatz:

1. für die Eintragung der Konkursöffnung, der Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses, sowie der Einstellung oder Aufhebung des Konkurses;

2. für eine nach den §§ 142 bis 144 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit von Amts wegen erfolgende Löschung einer unzulässigen oder nichtigen Eintragung, einschließlich des vorausgegangenen Verfahrens;
3. für ein nach § 141 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit eingeleitetes Lösungsverfahren, falls die Löschung infolge erhobenen Widerspruches unterbleibt.

Ist in den Fällen zu 2 und 3 ein erhobener Widerspruch als unbegründet zurückgewiesen worden, so wird für das Verfahren die für die Löschung im § 77 bestimmte Gebühr erhoben.

Soweit hiernach Gebühren nicht erhoben werden, kommen auch Auslagen nicht in Ansatz.

Vgl. Pr. § 75 Nr. 4 bis 6. Ziffer 1 und 2 entsprechen den geltenden Vorschriften (vgl. Bemerkung zu Anlage C). Ziffer 3 ist der Billigkeit wegen aus Preußen und Weimar übernommen. Für die Zurückweisung eines Widerspruches wurde nach Anlage CV, 2 bisher eine feste Gebühr von 3 *M* erhoben. Nach dem im gegenwärtigen Gesetze angenommenen Systeme ist dafür die Gebühr zu erheben, welche die entsprechende Löschung nach § 77 gekostet haben würde. Erfolgt im Falle des § 141 F. G. demnächst die Löschung, so ist die Lösungsgebühr noch einmal zu erheben. Soweit die Gebührenfreiheit besteht, sollen aus Billigkeitsrücksichten auch die Auslagen nicht erhoben werden.

In den Fällen Weimar § 69 Ziffer 4 (§ 62 des Ges. über die Gesellsch. mit beschr. Haftung) erscheint die Gewährung von Gebührenfreiheit nicht gerechtfertigt.

Bereinsregister.

§ 82.

Für die Eintragung in das Vereinsregister werden erhoben:

- a) für die erste Eintragung des Vereins 20 *M*;
- b) für alle späteren auf Anmeldung zu bewirkenden Eintragungen 5 *M*.

I. Vgl. Pr. § 76. Nur solche Vereine werden eingetragen, deren Zweck nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist (§§ 21, 55 B. G. B.). Im Gegensatz zu kaufmännischen Unternehmungen wird man demnach mit einem häufigeren Umsatze des Vereinsvermögens nicht zu rechnen haben und es ist deshalb nicht zu empfehlen, nach Maßgabe des Vermögens die Gebühren abzustufen und zwar um so weniger, als sich der Betrag des Vermögens häufig nicht oder nur mit großen Schwierigkeiten wird ermitteln lassen. Wie bisher (Anlage D) wird daher eine feste Gebühr vorgeschlagen, welche für die mit einer erheblichen Mühewaltung des Registergerichts verbundene erste Eintragung des Vereins (vgl. §§ 56 bis 66, insbesondere § 64 B. G. B.) entsprechend den in anderen Staaten erhobenen Sätzen auf 20 *M* festgesetzt ist. Da sich erfahrungsgemäß nur Vereine eintragen lassen, welche wegen des Vorhandenseins erheblicher Vermögensstücke ein Interesse an der

Erlangung der Rechtsfähigkeit haben, so wird eine Gebühr von 20 *M* als drückend nicht empfunden werden.

Von den späteren Eintragungen erfordern diejenigen, welche sich auf Satzungsänderungen beziehen, wohl etwas mehr Arbeit (§ 71 Absatz 2 B. G. B.), um aber das Gesetz möglichst einfach zu gestalten, ist vorgeschrieben, für alle späteren Eintragungen einen mäßigen Durchschnittssatz von 5 *M* zu erheben (vgl. §§ 67, 71, 74 Absatz 2, 76 Absatz 2 B. G. B.). Für die Eintragungen von Amts wegen oder auf Anzeige der zuständigen Verwaltungsbehörde, §§ 74 Absatz 3, 75, 76 Absatz 3 B. G. B., werden keine Gebühren erhoben.

II. Die entsprechende Anwendung der §§ 79 bis 81, welche im § 84 vorgeschrieben ist, bietet keine Schwierigkeit. Es ergibt sich daraus, daß für das der Eintragung vorausgehende Prüfungsverfahren (§§ 56 bis 63 B. G. B.), wenn die Eintragung demnächst erfolgt, sowie für den Erlaß der Bekanntmachung und die Bescheinigung auf der Urschrift der Satzung (§§ 66, 71 B. G. B.) besondere Gebühren nicht zu erheben sind. Wegen der Anwendung der §§ 80, 81 vgl. §§ 69, 79 B. G. B., 159, 162 F. G. Für die Zurückweisung des Widerspruchs gegen eine von Amts wegen beabsichtigte Löschung nach §§ 142, 143 verbunden mit § 159 F. G. ist die Vorschrift des § 81 Absatz 2 nicht anwendbar und deshalb wie bisher (Anlage D Ziffer 3) eine feste Gebühr von 3 *M* zu erheben.

III. Wird eine Anmeldung als unzulässig oder unvollständig zurückgewiesen, wohin auch der Fall des § 62 B. G. B. gehört, so tritt die Gebühr des § 122 ein.

IV. Wegen der sonstigen Tätigkeit des Gerichts in Vereinsangelegenheiten (§§ 29, 48, 37, 73 B. G. B., § 160 F. G.) siehe § 116.

Güterrechtsregister.

§ 83.

Für jede Eintragung in das Güterrechtsregister wird eine Gebühr von 10 *M* erhoben.

§ 84.

Im übrigen finden auf die Vereins- und Güterrechtsregister die Vorschriften der §§ 79 bis 81 mit der Maßgabe Anwendung, daß für die Zurückweisung eines Widerspruchs in den Fällen der §§ 142, 143, 159, 161 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit eine Gebühr von 3 *M* erhoben wird.

I. Zu §§ 83, 84 (Pr. § 77). Die Eintragungen in das Güterrechtsregister haben nur Bedeutung für die Wirksamkeit von Rechtsgeschäften, welche Dritte mit einem der Ehegatten vornehmen, oder von rechtskräftigen Urteilen, welche zwischen einem der Ehegatten und einem Dritten ergangen sind. Selbst wenn nun das Vermögen der Ehegatten, soweit es von der Eintragung betroffen wird, sich regelmäßig feststellen ließe, so kann man daraus auf den Wert des

Gegenstandes der Eintragung keine Schlüsse ziehen, weil die letztere nur Bedeutung hat für die nach Zahl und Umfang unübersehbaren Rechtsgeschäfte und Urteile zwischen den Ehegatten und Dritten. Hiernach ist ein fester Gebührensatz zu empfehlen, welcher mit Rücksicht auf die Mühewaltung des Registergerichts und da Ehegatten ohne Vermögen mangels eines Interesses wohl kaum jemals eine Eintragung bewirken werden, auf 10 *M* festgesetzt ist. Eine Differenzierung der Gebühren für die verschiedenen Eintragungen bezüglich derselben Eheleute erscheint nicht geboten, da die Eintragungen durchweg eine selbständige und im allgemeinen gleichwertige Bedeutung haben und etwa dieselbe Tätigkeit des Gerichts veranlassen.

II. Wegen der im § 84 vorgeschriebenen Anwendbarkeit der §§ 79 bis 81 vgl. § 1563 B. G. B., § 34 der Gr. V. D., §§ 161 bis 162 F. G. und Bemerkung II zu § 82. Von § 81 kommt hier allerdings nur Ziffer 2 in Betracht, die übrigen Bestimmungen dieses Paragraphen sind für das Güterrechtsregister gegenstandslos. Der Vermerk über die Erteilung der beglaubigten Abschrift zum Zwecke der Wiederholung der Eintragung in dem Register eines anderen Bezirks nach Aufhebung des bisherigen Wohnsitzes des Mannes (§ 1561 Absatz 3 Nr. 2 B. G. B., § 20 der Anweisung über die Führung des Vereins- und Güterrechtsregisters Nr. 91 vom 8./10. 1899) ist als Nebengeschäft gebührenfrei.

Entscheidungen des Gerichts in Ehesachen erfolgen durch das Vormundschaftsgericht, Gebühr § 105; vgl. Bemerkung III zu § 82.

Dissidentenregister.

§ 85.

Für die Eintragung in das Dissidentenregister werden erhoben:

- a) für eine Austrittsverhandlung eins für alles, insbesondere einschließlich der Aufnahme des Protokolls über die Austrittsanzeige, der Eintragung in das Dissidentenregister und der Abschriftszustellung an den Vorstand der betreffenden Kirchengemeinde oder Religionsgesellschaft, sowie der Benachrichtigung des Antragstellers: 3 *M*;
- b) für alle sonstigen Eintragungen nebst Benachrichtigung: 1 *M* 50 *g*;
- c) für Ausstellung eines Zeugnisses über eine Eintragung: 1 *M* 50 *g*.

Vgl. Pr. § 107. Der in Anlage D unter Ziffer 5 der V. D. Nr. 64 vom 13. November 1873 enthaltene Gebührentarif ist sachlich unverändert geblieben, nur sind die Gebühren um ein geringes erhöht (bisher 15 Ggr., 5 Ggr., 5 Ggr.). Zu a) vgl. § 16 des Gesetzes über die Verhältnisse der Dissidenten Nr. 62 vom 25. März 1873. Sonstige Eintragungen sind insbesondere die Eintragung der später geborenen Kinder der Dissidenten, sowie Vermerk über den Übertritt von Dissidenten zu einer Kirche §§ 5, 7 der V. D. Nr. 64 vom 13./11. 1873.

Öffentliches Schuldbuch.

§ 86.

Für die Eintragungen in das öffentliche Schuldbuch sind an Gebühren zu erheben:

1. für die erste Eintragung einer Anleihe nach dem Anleihebetrage für jede angefangenen 10 000 *M*: 6 *M*;
2. für jede Löschung die Hälfte des Satzes unter 1.

Die Vorschriften der §§ 79 und 80 finden entsprechende Anwendung.

Der § 11 des Gesetzes Nr. 79 vom 29. Oktober 1906 ist ohne wesentliche Änderungen übernommen, um die landesgesetzlichen Kostenbestimmungen in dem gegenwärtigen Gesetze möglichst vollständig beieinander zu haben.

Bei der Beratung des Gesetzes in der Landesversammlung am 19. Mai 1906 (Sitzungsbericht 33 des 28. ordentlichen Landtages S. 730) war zwar unter Zustimmung der Regierung zum Ausdruck gebracht, daß die Gebühren nur für je volle 10 000 *M* erhoben werden sollten. In Anwendung dieses Grundsatzes würden aber bei Eintragungen über geringere Summen als 10 000 *M*, wie sie insbesondere bei Löschungen vorkommen können, überhaupt keine Gebühren zu liquidieren sein. Deshalb erscheint es zweckmäßig, die Gebühren von je angefangenen 10 000 *M* zu erheben. Nach § 3 des fraglichen Gesetzes wird das Schuldbuch bei Herzoglichem Amtsgerichte Braunschweig geführt.

Schiffsregister.

§ 87.

Für die Eintragungen in das Schiffsregister, einschließlich der dabei vorkommenden Nebengeschäfte werden erhoben:

1. für die Eintragung des Schiffes in das Schiffsregister, einschließlich der Verhandlungen zur Feststellung der Voraussetzungen der Eintragung, fünf Zehnteile der im Tarife B bestimmten Gebühr;
2. für die Eintragung von Veränderungen (Spalten 7 und 8 des Schiffsregisters), einschließlich aller derselben vorausgehenden Verhandlungen, ohne Unterschied, ob das Schiff dabei auf ein anderes Blatt eingetragen wird oder nicht, fünf Zehnteile der im Tarife C bestimmten Gebühr;
3. für die Eintragung der Verpfändung eines Schiffes, einschließlich des Vermerkes auf den betreffenden Urkunden, für die Eintragung der ein eingetragenes Pfandrecht betreffenden Veränderungen, Verfügungsbeschränkungen, Vormerkungen, Widersprüche und für die Eintragung von Löschungen fünf Zehnteile der für die entsprechenden Eintragungen im Grundbuche bestimmten Sätze.

Für die Löschung eines Schiffes im Schiffsregister kommen Gebühren nicht zum Ansatz.

Für die Erteilung des Schiffsbriefes ist der im § 71 Nr. 1 für die Erteilung des Hypothekenbriefes bestimmte Satz und für den Vermerk einer Veränderung auf dem Schiffsbriefe die Hälfte dieses Betrages zu erheben.

Die Vorschriften der §§ 68, 70 und 80 finden entsprechende Anwendung.

Für die Eintragung in das Schiffsregister ist neben dem B. G. B. §§ 1259 bis 1272 namentlich maßgebend:

- a) das Reichsgesetz betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt (R. G. Bl. 1898 S. 868) §§ 119 bis 129 (die Seeschifffahrt kommt für das Herzogtum nicht in Betracht),
- b) R. G. §§ 100 bis 124 über das Schiffspfandrecht,
- c) die Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung über die Führung der Schiffsregister Nr. 62 vom 18. Dezember 1895, abgeändert durch § 39 Pr. G. R. G. und durch die Bekanntmachung Nr. 86 vom 13. Oktober 1899.

Da nach § 2 der unter c aufgeführten Bekanntmachung die Führung des Schiffsregisters sich nach den für die Führung des Handelsregisters geltenden Vorschriften im allgemeinen richten soll, so gehören die Gebührevorschriften hinsichtlich des Schiffsregisters in diesen Abschnitt. Der zurzeit geltende Gebührentarif (Gesetz Nr. 52 vom 16. September 1896) hat in den §§ 2 und 3 eine Anzahl verschiedener Gebührenreihen aufgestellt, welche sich den damals im Herzogtume geltenden Gebührensätzen für Grundbuchsachen im allgemeinen in der Weise anschließen, daß in der Regel die Hälfte der letzteren Sätze zur Erhebung kommt. Bei der großen Ähnlichkeit, die nach R. G. §§ 100 bis 124 das Verfahren bei der Eintragung von Schiffspfandrechten mit dem Verfahren in Grundbuchsachen hat, ist es auch gerechtfertigt, die Gebührevorschriften in Schiffspfandsachen an diejenigen in Grundbuchsachen anzulehnen. Das gegenwärtige Gesetz hält die Grundsätze des Gebührentarifes vom 16. September 1896 im allgemeinen aufrecht, nur werden die Gebührevorschriften mit den jetzt vorgeschriebenen Kostenbestimmungen für Grundbuchsachen in Einklang gebracht. Vgl. Pr. G. R. G. § 78. Der Erfolg ist, daß die Gebühren gegenüber dem bisherigen Tarife durch Einschlebung neuer Wertklassen besser abgestuft und in den unteren Wertklassen niedriger, bei höheren Werten aber höher bemessen werden. Bei der kleinen Anzahl von Eintragungen im Schiffsregister ist eine nennenswerte Mehreinnahme für die Staatskasse nicht zu erwarten. Die Nr. 1 ist, ebenso wie bisher § 2, 1 Gebührentarif, für die Eintragung des Schiffes, nicht für die Eintragung des Eigentümers bestimmt. Nr. 2 entspricht den bisherigen Ziffern 3 und 4 des § 2. Nach Nr. 3 sind für die Eintragung von Pfandrechten am Schiffe unter Anwendung des § 64 $\frac{5}{10}$ des Tarifes C, für Veränderungen, Vormerkungen, Widersprüche und Verfügungsbeschränkungen in bezug auf ein Pfandrecht die Hälfte der Gebühr des § 65, also $\frac{5}{20}$ nach Tarif C und für Löschungen, je nachdem es sich um Pfandrechte oder Veränderungen derselben handelt, nach § 67 $\frac{5}{20}$ oder $\frac{5}{40}$ der Gebühr des Tarifes C zu erheben.

Abſatz 2 entspricht dem bisherigen Gebührentarife § 5 Ziffer 1, Abſatz 3 erſetzt den § 3. Die Höhe der Sätze iſt, abgeſehen von der Beſeitigung des Höchſtbetrages (6 *M*) nur ganz unwefentlich geändert. Durch die Einführung der Vorſchriften des § 80 im Schlußabſatze iſt abweichend von § 5 Ziffer 2 des Geſetzes von 1896 die Gebühr für Einſicht des Schiffsregisters mit 1 *M* zur Geltung gebracht, da nicht einzusehen iſt, weshalb allein die Einſicht des Schiffsregisters frei ſein ſollte, während ſonſt ſtets (vgl. auch §§ 75, 84, 86) eine Gebühr von 1 *M* für die Einſicht von gerichtlichen Registern erhoben wird. Die Anwendung der ſonſtigen Vorſchriften des § 80 (vgl. § 74) über einfache und beglaubigte Abſchriften und Beſcheinigungen aus dem Schiffsregister erſcheint zweckmäßig (vgl. § 21 des Binnenschiffahrtsgesetzes). Die entſprechende Anwendung des § 68 bietet keine Schwierigkeiten. Die §§ 4 und 6 des bisherigen Tarifes werden durch die Beſtimmungen der §§ 122, 128, 129 erſetzt. § 5 Ziffer 3 und § 8 kommen nicht mehr in Betracht. Die Regeln des § 7 über die Wertberechnung ſtimmen mit den allgemeinen Vorſchriften des gegenwärtigen Geſetzes überein, vgl. inſondere §§ 22, 23. Wenn übrigen nach dem bisherigen § 7 für alle Eintragungen von Veränderungen der eingetragenen Taſſachen (Spalte 8) der Wert des Schiffes maßgebend ſein ſollte, alſo auch z. B. bei Neuvermeſſungen des Schiffes, bei Änderung des Namens uſw., ſo gilt dieſe Regel jetzt nicht mehr, vielmehr iſt der Wert der Änderungen nach freiem Ermeſſen zu ſchätzen.

Sechster Abschnitt.

Nachlaß- und Teilungssachen.

Vorbemerkung.

Die jetzigen Gebührenvorſchriften für Nachlaßſachen finden ſich an verſchiedenen Stellen des Pr. O. R. O. zerſtreut und zwar: a) Teilungsverfahren § 22 Nr. 4; b) Entgegennahme des Nachlaßinventars Anlage A Nr. XII; c) Erbſcheine und ähnliche Zeugniſſe A XVII; d) Nachlaßpflegſchaft und Nachlaßverwaltung B I, V, VII und Bemerkung B zu Anlage B.

Das gegenwärtige Geſetz ſtellt die ſämtlichen für Nachlaßſachen in Betracht kommenden Gebührenvorſchriften nach dem Vorgange des Pr. O. R. O. §§ 81 bis 90 in einem beſonderen Abſchnitte zuſammen; die Vorſchriften gewinnen dadurch an Überſichtlichkeit und ſie ſind leichter zu handhaben. Aus Zweckmäßigkeitsgründen ſind auch die Vorſchriften über die Eröffnung der Verfügungen von Todes wegen in dieſen Abſchnitt aufgenommen, weil dieſe Tätigkeit in der Regel von dem Nachlaßgerichte und nur ſelten von einem anderen Gerichte beſorgt wird.

Eröffnung letztwilliger Verfügungen.

§ 88.

Für die Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen werden fünf Zehnteile der im Tarife A beſtimmten Gebühr erhoben. Werden mehrere Verfügungen des Erblassers gleichzeitig vor demſelben Gerichte eröffnet, ſo kommt die Gebühr nur einmal in Anſatz.

Die etwaige Zurückbringung der Verfügung von Todes wegen in die amtliche Verwahrung (§§ 2273, 2300 des Bürgerlichen Gesetzbuches), sowie die Erteilung von Ausfertigungen und beglaubigten Abschriften erfolgt gebührenfrei.

Vgl. Pr. O. R. O. § 44 Absatz 3. Die jetzige Gebühr von 3 *M* (Pr. O. R. O. Anlage A Ziffer X) für die Eröffnung und Ausfertigung letztwilliger Verfügungen ist zu gering, sie deckt häufig nicht einmal die durch die Eröffnung entstehenden Auslagen (Zustellungskosten). Angemessen ist der preussische Satz von $\frac{5}{10}$ der Beurkundungsgebühr, welcher Satz auch in anderen Staaten Aufnahme gefunden hat. Für 233 beim Amtsgerichte Braunschweig 1905 eröffnete Testamente sind 699 *M* erhoben, während nach einer angestellten Ermittlung bei Anwendung der preussischen Bestimmungen 2107 *M*, also beim Amtsgerichte Braunschweig allein rund 1400 *M* mehr vereinnahmt sein würden.

Die Vorschriften des Absatzes 1 Satz 2 und des Absatzes 2 werden keiner besonderen Rechtfertigung bedürfen. Für beglaubigte Abschriften (B. G. B. § 2264) ist nach § 35 der Stempel mit 1 *M* 50 *J* (St. St. L. Nr. 1 bzw. 78) zu erheben. Die Gebühr umfaßt auch die Übersendung des Testaments an das zuständige Nachlaßgericht (§ 2261 B. G. B.) und die Benachrichtigung der Beteiligten nach § 2262, abgesehen von dem Falle des § 89. Auch die Maßnahmen des Nachlaßgerichts zur Herbeischaffung einer nicht von ihm verwahrten Verfügung (B. G. B. § 2259 Absatz 2) bilden ein gebührenfreies Nebengeschäft; kommt es jedoch zur Verhängung einer Ordnungsstrafe, so ist die Gebühr des § 117 besonders zu erheben und für das Offenbarungseidverfahren (§ 83 Absatz 2 F. G.) gelten die Vorschriften des D. O. R. O. §§ 35 Nr. 2, 43 (vgl. § 127).

Für die Gebührenberechnung ist der Wert des Nachlasses, soweit er von der Verfügung betroffen wird, nach Abzug der Schulden maßgebend (§ 99); dabei kommt jedoch der Wert der in der Verfügung angeordneten Vermächtnisse und Auflagen nicht in Absatz, weil sich gerade die Verfügung auf diese Werte erstreckt. Wegen der Kosteneinzahlung vgl. § 98.

§ 89.

Ist die Verfügung von Todes wegen nicht durch das Nachlaßgericht eröffnet (§ 2261 des Bürgerlichen Gesetzbuches), so werden für die Benachrichtigungen der Beteiligten, welche bei der Eröffnung nicht zugegen waren, drei Zehnteile der im Tarife A bestimmten Gebühr erhoben.

Bisweilen kommt es vor, daß gemäß § 2261 B. G. B. das eröffnende Gericht ein Testament an ein braunschweigisches Gericht als an das zuständige Nachlaßgericht zur weiteren Veranlassung einsendet. Das Nachlaßgericht hat alsdann die eingesendeten Verhandlungen genau zu prüfen, um zu entscheiden, welche Beteiligte etwa gemäß § 2262 B. G. B. von dem sie betreffenden Inhalte der Verfügung von Todes wegen noch in Kenntnis zu setzen sind. Es erscheint billig, für diese Tätigkeit, sofern tatsächlich eine oder mehrere Benachrichtigungen erfolgen, eine mäßige Gebühr, nämlich $\frac{3}{10}$ nach Tarif A, zu erheben. Da die Benachrichtigungen zwecks Ausführung der letztwilligen Verfügung erfolgen und somit nicht allein im Interesse der bedachten Beteiligten,

sondern auch im Interesse der Erben geschehen, so ist nicht für jede einzelne Benachrichtigung eine Gebühr, sondern für alle Benachrichtigungen zusammen die Gebühr nach dem Werte des ganzen Nachlasses anzusetzen. Die Kosten sind aus dem Nachlasse zu erheben (§ 98), eventuell von den Erben zu tragen. Eine Auferlegung der Kosten zu Lasten der Beteiligten, an welche die Benachrichtigung ergangen ist, wie es die Absicht des § 78 Sachsen-Weimar zu sein scheint, ist nicht gerechtfertigt, weil abgesehen davon, daß nicht nur Bedachte, sondern auch der ernannte Testamentsvollstrecker, ausgeschlossene gesetzliche Erben und etwa auch die zuständige Behörde (B. G. B. § 2194) zu benachrichtigen sind, diese Benachrichtigungen in erster Linie im Interesse der Ordnung des ganzen Nachlasses erfolgen. Die Gebühr des § 89 kommt nur dann zur Erhebung, wenn das eröffnende Gericht nicht zugleich das Nachlassgericht ist; ist dies der Fall, so kommt lediglich die Gebühr von $\frac{3}{10}$ nach § 88 in Ansatz.

Sicherung eines Nachlasses.

§ 90.

Für die Anordnungen zur Sicherung eines Nachlasses, einschließlich der Anordnungen wegen Aufbewahrung des Nachlasses, Ermittlung der Erben und Ausantwortung des Nachlasses an dieselben, wird die im Tarife C bestimmte Gebühr erhoben.

Neben der im Absätze 1 bestimmten Gebühr kommen die Gebühren für die Siegelung des Nachlasses und für die Aufnahme eines Vermögensverzeichnis besonders in Ansatz.

Wird zur Sicherung des Nachlasses ein Pfleger bestellt, so kommt anstatt der im Absatz 1 bestimmten Gebühr die Gebühr des § 91 in Ansatz.

Vgl. Preußen § 83. Mangels einer besonderen Gebührenvorschrift wurden für die im § 90 behandelten Geschäfte bisher nach § 22 Ziffer 2 Br. G. R. G. $\frac{2}{10}$ der Sätze des § 8 D. G. R. G. bis zum Höchstbetrage von 20 *M* erhoben. Diese Gebühr ist sehr unzumutbar, weil sie einerseits bei Werten bis zu 10000 *M* außerordentlich hoch ist und sogar die bisherige Höchstgebühr (Tarifstelle A I für schwierige Rechtsgeschäfte) noch übersteigt, und andererseits über den angegebenen Wert hinaus ein Anwachsen der Gebühren zum Nachteil der Staatskasse ausschließt. Durch die Annahme des preussischen Satzes (Gebühr des Tarifes C) werden die erwähnten Mängel beseitigt.

Die Gebühr des § 90 wird erhoben für die gerichtlichen Maßnahmen zur Sicherung eines Nachlasses (§ 1960 B. G. B.), wobei es keinen Unterschied macht, welche Sicherungsmaßregeln getroffen und ob etwa mehrere gehäuft werden. Für die Anordnung der Maßregeln erwächst die Gebühr, deren Ausführung, insbesondere die Siegelung oder die Aufnahme eines Vermögensverzeichnis, ist nach § 53 besonders zu vergüten, wie der Deutlichkeit wegen im Absatz 2 ausgesprochen ist. Kommt es jedoch zur Bestellung eines Nachlasspflegers, so sollen die Gebühren der §§ 90 und 91 nicht nebeneinander, sondern lediglich die letztere Gebühr erhoben werden. Die in der Gebühr des § 90 inbegriffene Ermittlung der Erben beschränkt sich auf die im Rahmen des Sicherungsverfahrens, insbesondere zur Prüfung, ob eine Aufhebung der

Sicherungsmaßregeln möglich ist, eintretende Tätigkeit des Gerichts; wird die Erteilung eines Erbscheins erforderlich, so ist die Gebühr nach § 92 (⁵/₁₀ des Tarifes C) besonders zu erheben. Für die Wertberechnung ist der Wert der sichergestellten Nachlassgegenstände ohne Abzug der Schulden (vgl. § 99) maßgebend, so daß die Grundstücke, auf welche sich die Sicherungsmaßregeln wohl nur selten erstrecken werden, in der Regel außer Betracht bleiben. Wegen der Kosteneinziehung vgl. § 98.

Nachlaßpflegschaft, Nachlaßverwaltung.

§ 91.

Wird eine Nachlaßpflegschaft oder eine Nachlaßverwaltung angeordnet, so finden die Vorschriften des § 103 mit der Maßgabe Anwendung, daß bei der Berechnung der Gebühr der Wert des Nachlasses zur Zeit der Anordnung der Pflegschaft oder der Verwaltung ohne Abzug der Schulden zugrunde zu legen ist.

Vgl. Br. § 81. Wird eine Nachlaßpflegschaft oder eine Nachlaßverwaltung angeordnet, so sind dieselben Gebühren zu erheben, wie bei einer dauernden Pflegschaft, die besondere Gebühr für die Anordnung (bisher Br. G. R. G. Anlage B Ziffer I) fällt fort. Die Gebühr ist auch im Falle des § 1961 B. G. B. nicht von dem Werte der Forderung des betreibenden Gläubigers, sondern von dem Werte des ganzen Nachlasses zu berechnen, weil auch die Pflegschaft nach § 1961 den gesamten Nachlaß umfaßt. In bezug auf die Wertberechnung bei Nachlaßpflegschaften und Nachlaßverwaltungen besteht aber der wichtige Unterschied, daß einmal der Bestand zur Zeit der Anordnung zugrunde gelegt und ferner dabei die Schulden nicht abgezogen werden, während für andere Pflegschaften und Vormundschaften in beiden Beziehungen das Gegenteil gilt; vgl. §§ 100 Absatz 2, 103.

Nach der Bemerkung B zu Anlage B Br. G. R. G. wurden bei Nachlaßverwaltungen auch bisher schon die Gebühren nach dem Aktivbestande ohne Abzug der Schulden berechnet, diese Regel ist aber für alle Pflegschaften hinsichtlich eines Nachlasses gerechtfertigt.

Erbschein und andere Zeugnisse.

§ 92.

Für die Erteilung eines Erbscheins, einschließlich des vorangegangenen Verfahrens, wird die im Tarife C bestimmte Gebühr erhoben. Wird das Verfahren mit einem Verfahren zur Sicherung des Nachlasses (§ 90) oder einem Erbteilungsverfahren (§ 95) verbunden, so werden nur fünf Zehnteile der Gebühr erhoben.

Für die Beurkundung einer Versicherung an Eidesstatt (§ 2356 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches) wird die im § 52 Ziffer 2 bestimmte Gebühr nur zur Hälfte erhoben, wenn die Versicherung vor dem für die Erteilung des Erbscheins zuständigen Gerichte abgegeben wird.

Treten einzelne Erben der bereits von anderen abgegebenen Versicherung bei, so ist die Gebühr für die Aufnahme ihrer eidesstattlichen Versicherungen von ihrem Anteile an dem Nachlasse zu berechnen.

Für die Einziehung oder Kraftloserklärung eines Erbscheins werden drei Zehntelle der im Tarif C bestimmten Gebühr erhoben. Wird demnächst ein neuer Erbschein erteilt, so wird diese Gebühr auf die Gebühr für die Erteilung des Erbscheins angerechnet. Für die Veranstaltung von Ermittlungen über die Richtigkeit eines Erbscheins werden Gebühren nicht erhoben.

Bei der Berechnung der Gebühren wird der Wert des Nachlasses und, wenn der Erbschein nur zur Verfügung über einzelne Gegenstände berechtigt (§ 2369 des Bürgerlichen Gesetzbuches, § 19 Absatz 2 des Ausführungsgesetzes zur Reichsgrundbuchordnung Nr. 37 vom 12. Juni 1899), der Wert dieser Gegenstände nach Abzug der auf dem Nachlasse oder auf diesen Gegenständen haftenden Schulden zugrunde gelegt. Wird über mehrere Erbfälle ein Erbschein erteilt, so werden die Beträge der mehreren Nachlässe zusammengerechnet. Wird der Erbschein nur über das Erbrecht eines Miterben erteilt, so ist für die Gebührenerhebung nur dessen Erbteil maßgebend.

Die Vorschriften der Absätze 1 bis 4 finden auf das Zeugnis über die Fortsetzung der Gütergemeinschaft oder die Ernennung eines Testamentvollstreckers entsprechende Anwendung.

I. Vgl. Pr. § 81. Die für Erbscheine im Pr. G. R. G. Anlage A Ziffer XVII bestimmte Gebührenreihe beginnt mit einem Satze von 3 *M* und schließt bei Werten über 30 000 *M* mit dem Höchstsatze von 30 *M* ab. Die Mindestgebühr hat sich für ganz geringe Werte als zu hoch erwiesen, da es vorgekommen ist, daß Beteiligte auf die Erhebung geringer Rückstände von Gehalt u. dgl. aus einer Kasse verzichtet haben, weil die Kosten des erforderlichen Erbscheins die zu erhebenden Beträge überstiegen. Andererseits ist es unbedenklich, die Gebühr bei höheren Werten über den bisherigen Höchstbetrag von 30 *M* ansteigen zu lassen, da gerade bei wertvolleren Erbmassen eine höhere Gebühr sehr leicht zu tragen ist. Es wird auch hier in Übereinstimmung mit Preußen die Gebühr des Tarifes C empfohlen, welcher bei den kleinen Werten bis zu 2700 *M* hinter den jetzigen Sätzen erheblich zurückbleibt, die letzteren bei Werten bis zu 30 000 *M* infolge der besseren Abstufung in zahlreicheren Wertklassen vielfach übertrifft und für höhere Erbmassen ein weiteres Ansteigen der Gebühr vorsieht. Preußen erhebt neben diesen Gebühren für die im Verfahren abgegebene eidesstattliche Versicherung die Beurkundungsgebühr des § 33 Pr. G. R. G. (Tarif A), jedoch nicht mehr als $\frac{1}{10}$ des Pr. G. R. G. § 57 Satz B ($\frac{1}{10}$ Tarif C), während Sachsen-Weimar die Erhebung der vollen Beurkundungsgebühr ohne Einschränkung vorschreibt. Die eidesstattliche Versicherung, welche nach § 2356 Absatz 2 und 3 des B. G. B. regelmäßig erforderlich ist, ist „vor Gericht oder vor einem Notar“ abzugeben, sie gehört daher nicht zu den Obliegenheiten des Nachlassgerichts als solchem, sondern zu

den Geschäften der freiwilligen Gerichtsbarkeit im engeren Sinne. Für die Aufnahme der eidesstattlichen Versicherung zu gerichtlichem oder notariellem Protokolle ist die Erhebung der einfachen Gebühr nach dem Tarif A an sich gerechtfertigt, zumal in der Regel die erforderlichen Angaben über die erbrechtlichen Verhältnisse mit der eidesstattlichen Versicherung in einem Akte verbunden werden, wie das auch durchaus zweckmäßig ist. Dementsprechend wurde bisher im Herzogthume für die eidesstattliche Versicherung die Gebühr A III erhoben, aber diese Gebühr fiel nach A XVII fort, wenn die Aufnahme der Versicherung vor dem Nachlassgericht erfolgte. Nun ist es zwar richtig, daß die Aufnahme der eidesstattlichen Versicherung für das Nachlassgericht, welches sich zwecks Ertheilung des Erbscheins ohnehin mit den erbrechtlichen Verhältnissen vertraut machen muß, weniger Mühe verursacht, als für ein anderes Gericht oder für einen Notar; immerhin bleibt es aber auch für den Umfang der Tätigkeit des Nachlassgerichts ein merklicher Unterschied, ob eine von einem Notar unter Klarlegung der einschlägigen Verhältnisse aufgesetzte eidesstattliche Versicherung vorgelegt wird, so daß das Nachlassgericht die erbrachten Nachweise und die Schlüssigkeit der gemachten Angaben im wesentlichen nur nachzuprüfen hat, oder ob das Nachlassgericht die erbrechtlichen Verhältnisse selbst zu ermitteln und die eidesstattlichen Versicherungen selbst aufzunehmen hat. Deshalb erscheint es angemessen, für die von dem zuständigen Nachlassgericht aufgenommene eidesstattliche Versicherung $\frac{3}{10}$ der im Tarif A bestimmten Gebühr, dagegen die volle Gebühr zu erheben, wenn die Beurkundung der eidesstattlichen Versicherung vor einem anderen Gericht oder vor einem Notar erfolgt. Indem das Gesetz diese Bestimmungen im § 52 Ziffer 2 und § 92 Absatz 2 trifft, vermeidet es zugleich die Anwendung zweier verschiedener Gebührenreihen auf dieselbe Gattung von Geschäften, wie solches in Preußen geschieht (Gebühr des § 33, jedoch nicht mehr als $\frac{4}{10}$ der Gebühr des § 57 Satz B); denn solche Ausnahmebestimmungen erschweren die Handhabung des Kostengesetzes und werden leicht übersehen. Die hier vorgesehenen Bestimmungen führen im Ergebnisse zu Gebührensätzen, welche nur ganz geringfügige Abweichungen von den preussischen Sätzen zeigen und nur bei sehr hohen Werten, welche selten vorkommen, etwas mehr hinter den letzteren zurückbleiben (bei 100 000 *M* Preußen 105 *M*, Braunschweig 95 *M*, bei 1 Million Preußen 745 *M*, Braunschweig 670 *M*; bisher stets 30 *M*). Bei Anwendung dieser Grundsätze wird sich eine erhebliche Mehreinnahme für die Staatskasse ergeben, da die Ermäßigung der Gebühren in den untersten Wertstufen nicht zu Buche schlägt.

II. Absatz 1. Die Gebühr für den Erbschein umfaßt das vorangegangene Verfahren einschließlich der Anordnung von öffentlichen Bekanntmachungen nach B. G. B. § 2358, und sie ist erwachsen, sobald der Erbschein verfügt ist. Nur für die eidesstattlichen Versicherungen ist die Gebühr nach Maßgabe des Absatzes 2 besonders zu erheben. Hat das Nachlassgericht zugleich hinsichtlich desselben Nachlasses Sicherungsmaßregeln getroffen oder ein Erbteilungsverfahren (§ 95) eingeleitet, so macht die Ausstellung des Erbscheins für das Nachlassgericht weniger Mühe, weil es mit den einschlägigen Verhältnissen bereits mehr oder weniger bekannt ist. Deshalb erscheint es billig, in solchen Fällen die Gebühr für den Erbschein nur zur Hälfte zu erheben. Preußen schreibt die „Anrechnung“ der Hälfte der Gebühr auf die

Gebühr für die Sicherung oder für die Ertheilung vor. Da aber die Sicherungsgebühr (§ 90) sich nach dem Werte der sichergestellten Gegenstände richtet, während die Gebühr für den Erbschein von dem Gesamtwerte des reinen Nachlasses berechnet wird, so kann die Anrechnung der halben Erbscheinsgebühr auf die Sicherungsgebühr dahin führen, daß die letztere überhaupt wegfällt (vgl. Mügel 5. Auflage, Anmerkung 4 zu § 81, reines Vermögen 20 000 *M*, sichergestelltes Mobiliarvermögen 5000 *M*, Gebühr für Erbschein 21 *M*, für Sicherung 8 *M* 20 *S*; erhoben wird in Preußen nur 10 *M* 50 *S*). Dieses Resultat ist unerwünscht und die hier in Übereinstimmung mit Sachsen-Weimar vorgesehene Bestimmung ist einfacher und zweckmäßiger.

III. Absatz 2. Da die eidesstattliche Versicherung sich stets auf den ganzen Nachlaß bezieht, auch auf Grund derselben ein Erbschein über den ganzen Nachlaß ausgestellt werden kann, so ist die Gebühr dafür von dem Werte des ganzen Nachlasses auch dann zu berechnen, wenn nur ein besonderer Erbschein hinsichtlich des Anteils eines Miterben beantragt ist. Wenn jedoch von einem Miterben die eidesstattliche Versicherung bereits abgegeben ist, so soll für die von anderen Miterben wiederholte Versicherung (B. G. B. § 2357 Absatz 4) die Gebühr ($\frac{10}{10}$ oder $\frac{5}{10}$ nach Tarif A) nur von dem Werte der Anteile der beitretenden Miterben erhoben werden, ohne daß es darauf ankommt, von welchem Gericht oder Notar die zweite Beitrittserklärung aufgenommen wird. Wenn die mehreren Miterben in einer Urkunde dieselbe eidesstattliche Versicherung abgeben, so ist nur einmal die Gebühr erwachsen; werden dagegen in einer Urkunde eidesstattliche Versicherungen abgegeben, die sich auf mehrere Erbfälle beziehen, so wird die Gebühr mehrfach, d. h. für jeden Erbfall besonders erhoben. Die abweichenden Vorschriften des Absatzes 4 Satz 2 und 3 beziehen sich lediglich auf die Gebühr für den Erbschein (Absatz 1), doch ist nach Absatz 4 Satz 1 auch für die Berechnung der im Absatz 2 bestimmten Gebühren der Wert des reinen Nachlasses, also nach Abzug der Schulden, maßgebend. Die Gebühr für die eidesstattliche Versicherung umfaßt auch die in den Akt mit aufgenommene Darlegung der Erbverhältnisse und den Antrag auf Erteilung des Erbscheins.

IV. Absatz 3. Für die Einziehung und Kraftloserklärung (B. G. B. § 2361 Absatz 1 und 2) eines unrichtigen Erbscheins wurde bisher mangels einer besonderen Gebührenvorschrift nach § 22 Ziffer 2 Br. G. R. G. die zu hohe Gebühr von $\frac{2}{10}$ der Sätze des § 8 D. G. R. G. erhoben. Das gegenwärtige Gesetz schreibt in Übereinstimmung mit Preußen § 81 Absatz 3 $\frac{3}{10}$ der im Tarif C bestimmten Gebühr vor. Wird der für kraftlos erklärte Erbschein später eingezogen, so ist dafür eine besondere Gebühr ebenso wenig zu erheben, wie in dem Falle, wenn der unrichtige Erbschein seitens der Beteiligten an das Nachlaßgericht zurückgegeben wird (B. G. B. § 2362), bevor die Einziehung verfügt war. Die übrigen Vorschriften des Absatz 3 sind aus Preußen übernommen und entsprechen der Billigkeit. Zahlungspflichtig ist für die Gebühr des Absatzes 3 der wahre Erbe als Interessent (§ 7 Absatz 2).

V. Die Wertberechnungsvorschriften des Absatzes 4 entsprechen dem bisherigen Rechte (Br. G. R. G. Anlage A Ziffer XVII und Allg. Bemerkung A 1). Um den reinen Wert des Nachlasses zu ermitteln, sind neben den vom Erblasser herrührenden Schulden auch die den Erben treffenden Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen, Auflagen, sowie Begräbnis-

kosten usw. abzugiehen (B. G. B. §§ 1967 bis 1969). Bei überschuldetem Nachlasse werden die geringsten Sätze erhoben (§ 99 Absatz 2 Satz 2). Der Wert des Erbteils des Miterben ist maßgebend, wenn nur der Anteil des Miterben Gegenstand der Bescheinigung ist (B. G. B. § 2353). Dagegen ist bei einem gemeinschaftlichen Erbschein (B. G. B. § 2357) oder bei einem Erbschein für einen Alleinerben der Wert des ganzen Nachlasses maßgebend. Der Wert des ganzen Nachlasses ist auch zugrunde zu legen, wenn der Antragsteller den Erbschein nur zur Verfügung über einen einzelnen Nachlassgegenstand gebrauchen will, weil der Erbschein regelmäßig zur Verfügung über den ganzen Nachlaß bzw. den Erbteil „berechtigt“ (B. G. B. §§ 2353, 2357). Einen beschränkten Erbschein kennt das B. G. B. nur in dem Falle des § 2369. Als Fall, in welchem der Erbschein „nur zur Verfügung über einzelne Gegenstände berechtigt“, kommt landesgesetzlich noch die dem Erbschein gleichgestellte Bescheinigung über die Nachfolge in ein Familienstammgut in Betracht, da diese Bescheinigung nur zur Verfügung über das Familienstammgut berechtigt (A. G. Nr. 37 zur Gr. B. D. § 19). Die Gebühr in den Fällen des B. G. B. § 2369 und A. G. Gr. B. D. § 19 richtet sich also nach dem Werte der betreffenden Gegenstände unter Abzug der auf denselben ruhenden Schulden. Als Beispiel für Satz 2: Ein Vater hinterläßt 4000 *M* und vier Kinder als gesetzliche Erben und ein nach dem Vater versterbendes Kind wird von den Geschwistern beerbt, die Gebühr ist einmal von 5000 *M* als dem zusammengerechneten Betrage der beiden Nachlässe zu berechnen. Die Zahlungspflicht trifft den Antragsteller, mehrere Antragsteller haften als Gesamtschuldner.

VI. Absatz 5. Da nach dem B. G. B. §§ 1507 und 2368 die Vorschriften über den Erbschein entsprechende Anwendung finden sollen auf die Zeugnisse, welche das Nachlassgericht dem überlebenden Ehegatten über die Fortsetzung der Gütergemeinschaft und dem Testamentsvollstrecker über seine Ernennung auf Antrag zu erteilen hat, so sind auf diese Zeugnisse auch die Gebührenvorschriften über Erbscheine, wie bisher, entsprechend anzuwenden. Als Wert kommt im Falle des § 1507 B. G. B. der Anteil des verstorbenen Ehegatten, soweit er in die fortgesetzte Gütergemeinschaft fällt, bei dem Zeugnis für den Testamentsvollstrecker aber regelmäßig der ganze Wert des Nachlasses in Betracht. Nur in den Fällen der §§ 2222, 2223 B. G. B. richtet sich die Gebühr lediglich nach dem Werte der der Nachfolge unterliegenden Erbschaft bzw. der dem Vermächtnisnehmer auferlegten Beschränkungen. Für die bloße Erwähnung der Anordnung der Testamentsvollstreckung in dem Erbscheine, wie sie in § 2364 B. G. B. vorgeschrieben ist, wird eine besondere Gebühr nicht erhoben. Wird dagegen das Zeugnis über die Ernennung des Testamentsvollstreckers, worin auch die Person des Testamentsvollstreckers und der Umfang seiner Befugnisse angegeben ist, mit dem Erbschein verbunden, so ist mit der Entscheidung des Kammergerichts vom 18. April 1904 in R. G. E. 28 B. 9, vgl. Mügel 5. Aufl. Anmerkung 24 zu § 81 Pr. G. R. G., anzunehmen, daß neben der Gebühr für den Erbschein diejenige für das Zeugnis über die Ernennung des Testamentsvollstreckers besonders zu erheben ist.

§ 93.

Für die von einem Rechtsnachfolger von Todes wegen nach dem Gesetze über das Reichsschuldbuch beizubringende Bescheinigung, daß er über

die eingetragene Forderung zu verfügen berechtigt ist, sowie für die in den §§ 37, 38 der Grundbuchordnung vorgesehenen Zeugnisse werden drei Zehntelle der im § 92 für den Erbschein bestimmten Gebühr erhoben. Der Gebührenberechnung wird der Betrag der Forderung bzw. der Betrag der Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld zugrunde gelegt.

Die Ausstellung der in den §§ 37, 38 der Grundbuchordnung vorgesehenen Zeugnisse erfolgt gebührenfrei, wenn die Teilung vom Gericht beurkundet oder bestätigt ist.

Vgl. Pr. G. R. G. § 82. Nach § 11 Absatz 1 und 2 des Gesetzes über das Reichsschuldbuch vom 31. Mai 1891 in der durch § 188 F. G. abgeänderten Fassung genügt zum Nachweise der Erbfolge hinsichtlich einer in dem Reichsschuldbuch eingetragenen Forderung an Stelle des Erbscheins eine Bescheinigung des Nachlassgerichts, daß der Rechtsnachfolger über eine eingetragene Forderung zu verfügen berechtigt ist. Ebenfalls genügt ein Zeugnis des Nachlassgerichts zum Nachweise der Erbfolge und der Eintragungsbewilligung der Erben, wenn bei einer zum Nachlasse gehörigen Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld einer von mehreren Erben als neuer Gläubiger eingetragen werden soll (§ 37 Gr. B. D.) und diese Vorschriften finden entsprechende Anwendung, wenn eine Hypothek usw. bei der Auseinandersetzung einer ehelichen oder fortgesetzten Gütergemeinschaft einem Beteiligten übertragen ist. Die letzteren Zeugnisse (§§ 37, 38 Gr. B. D.) sind nach Pr. G. R. G. Anlage A XVII bisher mit derselben Gebühr wie ein Erbschein belegt, während für die Bescheinigung aus Anlaß einer Eintragung im Reichsschuldbuche beim Fehlen einer speziellen Vorschrift nach Anlage A XI Pr. G. R. G. bisher 1 *M* erhoben wurde. Die beiden Arten von Zeugnissen sollen offenbar zur Erleichterung des Verkehrs beim Grundbuchamte bzw. beim Reichsschuldbuche dienen, um die Akten nicht mit den oft langen Testamenten und Eröffnungsverhandlungen zu belasten. Die Gebühren für die erwähnten Zeugnisse dürfen nicht zu hoch gestellt werden, damit auch bei Ausstellung mehrerer derartiger Zeugnisse, wenn z. B. über mehrere Hypotheken zu verfügen ist, die gesamten Gebühren die Gebühr für den unbeschränkten Erbschein nicht übersteigen. Sobald der letztere Fall eintreten würde, so würden die Beteiligten vorziehen, einen allgemeinen Erbschein zu erwirken und davon die etwa erforderliche Zahl von Ausfertigungen zu beantragen, und der Zweck der §§ 37, 38 Gr. B. D. bzw. § 11 Absatz 2 des Gesetzes über das Reichsschuldbuch würde vereitelt werden. Es wird deshalb in Übereinstimmung mit Sachsen-Weimar die Erhebung von $\frac{3}{10}$ der für den Erbschein im § 92 Absatz 1 vorgesehenen Gebühr vorgeschrieben. Diese Gebühr beträgt also $\frac{3}{10}$ von dem Satz im Tarif C, aber nur $\frac{3}{20}$ davon, wenn die Bescheinigung in Verbindung mit einem Sicherungs- oder Erbteilungsverfahren erteilt wird. Die Gebühr wird nach dem Betrage der Forderung oder Hypothek usw. berechnet. Für die im Verfahren abzugebende eidesstattliche Versicherung ist die Gebühr nach § 52 Nr. 2 oder § 92 Absatz 2 nach dem Werte des ganzen Nachlasses zu erheben. Nimmt das Nachlassgericht auch die Eintragungsbewilligungen der Miterben auf (§ 37 Absatz 2 Gr. B. D.), so ist dafür die im § 41 Ziffer 1 vorgesehene Gebühr besonders zu erheben.

Unter der Teilung des Absatzes 2 ist nicht nur die Vermittelung der Erbauseinandersetzung durch das Nachlassgericht (§§ 86 fg. F. G.), sondern auch

die bloße Aufnahme eines Erbteilungsvertrages zu verstehen. In den Fällen des Absatzes 2 erfolgt die Erteilung der Bescheinigung gebührenfrei und außerdem fällt auch die Gebühr für die Mitaufnahme der zur Umschreibung im Grundbuche erforderlichen Eintragungsbewilligungen nach § 41 Absatz 2 fort.

Feststellung des Erbrechts des Fiskus.

§ 94.

Für das Verfahren zur Feststellung des Erbrechts des Fiskus wird die im § 92 für die Erteilung eines Erbscheins bestimmte Gebühr erhoben; dem Fiskus steht in diesem Falle die Gebührenfreiheit (§ 11) nicht zu. Wird auf Grund der Feststellung dem Fiskus ein Erbschein erteilt, so ist hierfür eine besondere Gebühr nicht zu erheben. Wenn in dem Verfahren ein anderer Erbe ermittelt wird, so ist die Gebühr von diesem zu erheben.

Vgl. Pr. § 85. Nach § 112 A. G. zum B. G. B. fällt ein erbloser Nachlaß im Herzogtume stets dem Fiskus an. Für das im B. G. B. §§ 1964, 1965 vorgeschriebene Verfahren zur Feststellung des Erbrechts des Fiskus wurde bisher nach § 22 Nr. 2 Br. G. R. G. (vgl. Bemerkung auf Seite 233 der amtlichen Ausf. Ges.) nach Feststellung des Erbrechts des Fiskus die Gebühr von $\frac{2}{10}$ der Sätze des § 8 D. G. R. G. an die Sportelkasse und der übrige Nachlaß an die Hauptfinanzkasse abgeführt. Dies Verfahren hat hauptsächlich für den Fall Zweck, daß der Fiskus nachher den sich meldenden Nachlassgläubigern den Bestand des Nachlasses herausgeben muß, es verbleibt dann wenigstens die Gebühr der Staatskasse. Um aber keine Widersprüche in das Gesetz hineinzutragen, mußte vorgeschrieben werden, daß dem Fiskus für diesen Fall die im § 11 bestimmte Gebührenfreiheit nicht zusteht. Dagegen erscheint es gerechtfertigt, die Gebühr für das Verfahren, wenn ein anderer Erbe ermittelt wird, von diesem zu erheben, da das Verfahren in dessen Interesse erfolgt. Die Höhe der Gebühr ist derjenigen des Erbscheins gleichgesetzt, also die Gebühr nach Tarif C oder $\frac{5}{10}$ derselben sind zu erheben, falls zugleich Sicherungsmaßregeln angeordnet werden oder ein Erbteilungsverfahren eingeleitet wird. Als Wert ist der Wert des Nachlasses nach Abzug der Schulden zugrunde zu legen (§ 99 Absatz 2).

Erbausinandersehungsverfahren und andere Auseinandersetzungen.

§ 95.

In dem Verfahren zur Vermittelung der Auseinandersetzung unter Miterben, desgleichen der Auseinandersetzung in Ansehung des Gesamtgutes einer ehelichen oder fortgesetzten Gütergemeinschaft wird die im Tarif C bestimmte Gebühr erhoben:

1. für die Zulassung des Antrages und für die Verhandlung über vorbereitende Maßregeln einschließlich der Beurkundung und Bestätigung einer Vereinbarung hierüber;

2. für die Anfertigung des Auseinandersehungsplanes;
3. für die Verhandlung über diesen Plan und gegebenenfalls für die Beurkundung und Bestätigung der Vereinbarung über die Auseinandersehung.

Die Gebühren für die Anordnung einer Pflégenschaft nach § 88 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, für die Aufnahme eines Vermögensverzeichnis und für Versteigerungen werden neben den vorstehend bestimmten Gebühren besonders erhoben. Wird zum Zwecke der Auseinandersehung vor dem Teilungsgericht mit einem Dritten ein Vertrag geschlossen, so wird von dem Dritten die Hälfte der nach den Vorschriften des dritten Abschnittes zu berechnenden Gebühr für die Beurkundung des Vertrages erhoben.

Erklärt sich ein Beteiligter in fremder Sprache, so finden die Vorschriften des § 59 Anwendung.

Für die Kosten des Teilungsverfahrens haften die Anteilberechtigten als Gesamtschuldner. Das Zweifache der im Tarif C bestimmten Gebühr ist nach Zulassung des Antrages von dem Antragsteller als Voranschuß einzuzahlen.

Wird die Auseinandersehung nicht durch Vermittelung des Gerichts vorgenommen, sondern nur der Teilungsvertrag von den Beteiligten zu Protokoll gegeben, so findet die Vorschrift des § 39 Anwendung.

I. Vgl. Pr. O. R. G. § 86. Für das in den §§ 86 bis 98 des F. G. besonders geregelte Erbauseinandersehungsverfahren unter Vermittelung des Nachlassgerichts, dessen Regeln auf die nach Beendigung einer ehelichen oder einer fortgesetzten Gütergemeinschaft stattfindenden Auseinandersehung nach F. G. § 99 entsprechende Anwendung finden, gelten zurzeit die im § 22 Ziffer 4 Pr. O. R. G. bestimmten Gebührensätze. Nach diesen Vorschriften wird für jeden Bestätigungsbeschluß des Gerichts eine Gebühr von $\frac{2}{10}$ der Sätze des § 8 D. O. R. G. und, wenn es zu einer Bestätigung nicht kommt, wird dieselbe Gebühr für die Beurkundung einer Vereinbarung oder die Anfertigung eines Auseinandersehungsplanes erhoben. Nun finden aber häufig vor dem Nachlassgericht umfangreiche Verhandlungen mit den Beteiligten statt, ohne daß es zu einer Beurkundung oder Bestätigung kommt und es wird dann die Angelegenheit oft außergerichtlich erledigt. Für solche ergebnislose Verhandlungen, mögen sich dieselben auf das vorbereitende Verfahren (§ 91 F. G.) oder auf die Auseinandersehung selbst (§ 93 F. G.) beziehen, ist bisher eine Gebühr nicht vorgesehen. Außerdem erscheint es angemessen, für die Anfertigung des Auseinandersehungsplanes wegen der damit verbundenen besonderen Mühe- waltung stets eine Gebühr neben der Gebühr für die Beurkundung oder Bestätigung der Auseinandersehung zu erheben. Das Gesetz modifiziert dementsprechend die bisherigen Vorschriften in der Weise, daß die Gebühr erhoben wird 1. für die Verhandlung über die vorbereitenden Maßregeln, 2. für die Anfertigung des Auseinandersehungsplanes, 3. für die Verhandlung über diesen Plan. Hiernach kommt die Gebühr bei völlig durchgeführtem Verfahren in der

Regel dreimal zur Erhebung, während bisher nur zwei Gebühren erhoben wurden. An die Stelle der bisherigen recht hohen Grundgebühr von $\frac{2}{10}$ der Sätze des § 8 D. O. R. G. wird dem System des gegenwärtigen Gesetzes entsprechend die etwas geringere Gebühr des Tarifes C gesetzt. Da aber nach den neuen Vorschriften die Grundgebühr in zahlreichen Fällen in Ansatz kommt, für welche bisher eine Gebühr nicht bestimmt war, so ist trotzdem eine, wenn auch nicht erhebliche Steigerung der Einnahmen für die Staatskasse zu erwarten, zumal bei der Wertberechnung, abweichend von dem bisherigen Rechte, nach § 99 Absatz 1 ein Abzug der Schulden nicht stattfindet.

II. Die Gebühren umfassen die gesamte Tätigkeit des Gerichts zum Zwecke der Auseinandersetzung, mit Ausnahme der nach Absatz 3 besonders zu berechnenden Gebühren für Vermögensverzeichnisse, Versteigerungen und Anordnung einer Abwesenheitspflegschaft (§§ 53, 54, 55, 104 Absatz 2); auch gehört nicht zum Teilungsverfahren die Abnahme des Offenbarungseides nach § 2028 B. G. B., wofür die im § 52 Ziffer 2 bestimmte Gebühr besonders zu erheben ist. Dagegen sind in den Gebühren mit inbegriffen die Verhandlungen behufs Feststellung der Teilnahmerechte (Anerkennung eines Testaments) und der Teilungsmasse, Entscheidungen über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (§ 92 F. G.), Bestellung eines Vertreters zur Losziehung (§ 94 F. G.), sowie die Beurkundung und Bestätigung von Vereinbarungen und die Vornahme der Teilung. Die Gebühr Ziffer 1 ist erwachsen, sobald das Gericht auf den Antrag in irgend welcher Weise, sei es auch nur durch Ansetzung eines Verhandlungstermins und Ladung der Beteiligten (§ 89 F. G.), verfügt hat, da darin bereits die Zulassung des Antrages nach stattgehabter Prüfung liegt. Würde der Antrag vor Entfaltung irgend welcher gerichtlicher Tätigkeit zurückgenommen, so ist nur die Rücknahmegebühr ($\frac{1}{10}$ nach Tarif C gemäß § 121) zu erheben. Durch die Gebühr der Ziffer 1 wird das gesamte vorbereitende Verfahren bis zur Anfertigung des Auseinandersetzungsplanes abgegolten. Wird gerichtlich ein Auseinandersetzungsplan nicht entworfen, dagegen nach stattgehabter Vermittelung des Gerichts eine vertragsmäßige Auseinandersetzung beurkundet, so ist die Gebühr der Ziffer 1 und diejenige der Ziffer 3, zusammen also das Zweifache der im Tarif C bestimmten Gebühr, zu erheben. Die Gebühr der Ziffer 3 ist erwachsen, sobald überhaupt über den Plan verhandelt ist, wenn auch nur die Streitpunkte nach § 95 F. G. festgestellt sind. Wird der Antrag auf Erbteilung zurückgewiesen, so kommen nach § 122 $\frac{5}{10}$ von der Gebühr des Tarifes C in Ansatz.

III. Wird mit einem Dritten, d. h. mit einer nicht anteilsberechtigten Person, zum Zwecke der Auseinandersetzung ein Vertrag geschlossen, so wird die Gebühr für den Vertrag nach den Vorschriften des dritten Abschnittes berechnet, diese Gebühr wird aber nur zur Hälfte dem Dritten in Rechnung gestellt; die andere Hälfte wird als der auf die Teilungsgenossen entfallende Anteil betrachtet und daher durch die Erbteilungsgebühr mitgedeckt. Der Stempel ist für den Vertrag, da dieser über den Gegenstand des Erbteilungsverfahrens hinausgeht, nach § 34 Absatz 2 voll anzusetzen und für denselben haften die Vertragsschließenden nach § 12 Schlusssatz St. St. G. als Gesamtschuldner. Für die halbe Vertragsgebühr haftet der Staatskasse gegenüber lediglich der Dritte, sofern nicht die Teilungsgenossen gemäß § 8 die Kosten übernommen haben. Verträge mit einem Dritten können namentlich darin bestehen, daß ein Dritter

die ganze Masse oder einen Teil derselben käuflich übernimmt oder daß Vergleiche oder sonstige Verträge mit einem Nachlassgläubiger abgeschlossen werden.

IV. Die Erhöhung um $\frac{1}{4}$ gemäß § 59 kann sowohl bei der Gebühr nach Ziffer 1 wie bei derjenigen der Ziffer 3 eintreten, es kommt darauf an, bei welcher Verhandlung sich einer oder mehrere Beteiligte in fremder Sprache erklären.

V. Während nach der allgemeinen Regel des § 7 Absatz 2 für die Kosten des Teilungsverfahrens nur der Antragsteller haften würde, so sollen nach Absatz 4 alle Anteilberechtigten ohne Rücksicht darauf, ob sie Antragsteller sind, der Staatskasse gegenüber als Gesamtschuldner haften. Diese Bestimmung entspricht ebenso dem Gesamtgutsverhältnisse der Teilungsgenossen wie dem Interesse der Staatskasse. Die Vorschrift soll dahin wirken, daß diese Kosten aus der Masse bestritten werden. Die Frage, in welcher Weise die Beteiligten untereinander zur Tragung der Kosten verpflichtet sind, bleibt unberührt. Es wird übrigens zweckmäßig sein, die Teilungskosten mit den der Masse zur Last fallenden Kosten tunlichst vor Anfertigung des Teilungsplanes zu berechnen und in den Plan aufzunehmen und falls dies nicht geschehen, die Kosten von den einzelnen Verpflichteten nach Verhältnis ihrer Anteile einzuziehen und nur im Falle der Uneinbringlichkeit auf den Mitverhafteten zurückzugreifen. Neben den Anteilberechtigten haftet der Antragsteller, z. B. ein Pfandgläubiger, Nießbraucher, welcher den Antrag gestellt hat, als Gesamtschuldner. Der Vorschuß nach Absatz 4 Satz 2 ist jedoch lediglich vom Antragsteller zu erheben; der Vorschuß soll neben der Deckung der Staatskasse dazu dienen, leichtfertige Antragsteller abzuschrecken.

VI. Der Absatz 5 stellt klar, daß die Gebühren des § 95 nur dann zur Anwendung kommen, wenn das Gericht gemäß §§ 86 fg. F. G. die Auseinandersetzung vermittelt hat. Sind die Beteiligten über die Auseinandersetzung schon einig und lassen sie lediglich den Erbteilungs- oder Auseinandersetzungsvertrag gerichtlich beurkunden, so findet die Gebührevorschrift des dritten Abschnittes über zweiseitige Verträge (§ 39) Anwendung. Für einen derartigen Vertrag ist demnach der Erbverzugsstempel St. St. L. Nr. 19 zu erheben, während der Stempel neben den Gebühren des § 95 durch § 35 ausgeschlossen ist.

Sonstige Berrichtungen des Nachlassgerichts.

§ 96.

Fünf Zehnteile der im Tarif C bestimmten Gebühr werden erhoben:

1. für die Entgegennahme der nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches dem Nachlassgericht gegenüber abzugebenden Erklärungen und Anzeigen einschließlich der Beurkundung und der Mitteilung derselben an die Beteiligten;
2. für die Entgegennahme des Inventars einschließlich der Anordnung wegen Aufnahme des Inventars durch eine zuständige Behörde oder einen zuständigen Beamten;
3. für die Abnahme des im § 2006 des Bürgerlichen Gesetzbuches vorgesehenen Offenbarungseides;

4. für die Bestimmung oder Verlängerung einer Frist durch das Nachlassgericht;
5. für die Ernennung oder Entlassung eines Testamentsvollstreckers oder Mitvollstreckers, für das Außerkraftsetzen der über deren Verwaltung letztwillig vom Erblasser getroffenen Anordnungen, sowie für die Entscheidung bei Meinungsverschiedenheiten unter mehreren Testamentsvollstreckern.

Soweit die im Absatz 1 bezeichneten Handlungen in Verbindung mit einem in diesem Abschnitte behandelten Verfahren stattfinden, wird für sie eine besondere Gebühr nicht erhoben.

I. Ziffer 1. Hierher gehören namentlich die Fälle des B. G. B. §§ 1342, 1484, 1491, 1492, 1597, 1599, 1945, 1955, 1956, 2081 und 2281, 2146, 2198, 2199, 2202, 2226, 2384. An sich würden auch die Fälle des § 2061 B. G. B. unter Nr. 1 fallen, sie sind aber im § 97 besonders behandelt. Die in Nr. 1 bezeichneten Geschäfte erfolgten bisher gebührenfrei, weil eine Gebühr nicht vorgeschrieben war; ein Anlaß, sie auch ferner gebührenfrei zu behandeln, liegt indes nicht vor, wie denn auch in Preußen und anderen Staaten die Gebühr erhoben wird. Für die Erhebung der Gebühr macht es keinen Unterschied, ob die Erklärung mündlich vor dem Nachlassgericht selbst abgegeben oder schriftlich eingereicht wird. Wenn die Erklärung durch ein anderes Gericht oder durch einen Notar beurkundet oder beglaubigt wird, so unterliegt sie neben der Gebühr des § 96 der im Abschnitt 3 bestimmten Gebühr. Als Wert kommt der Wert der betreffenden Masse nach Abzug der Schulden § 99 Absatz 2 und, wenn es sich um eine nicht vermögensrechtliche Angelegenheit handelt, z. B. in den Fällen der §§ 1342, 1597, 1599, 2198, 2199, 2200, 2202, 2226, § 27 in Betracht. Zahlungspflichtig ist der Erklärende.

II. Ziffer 2. Vgl. B. G. B. §§ 1993, 2003, 2004. Der für diese Geschäfte im Br. G. R. G. Anlage A XII vorgesehene feste Satz von 3 *M* belastet die geringen Werte unverhältnismäßig stark, während bei höheren Werten ein Anwachsen der Gebühr unbedenklich ist. Eine Abstufung, wie sie das Gesetz vorsieht, wobei der bisherige Satz von 3 *M* bei einem Werte von mehr als 2700 *M* erreicht wird, erscheint zweckmäßiger. Zahlungspflichtig ist der Erbe, der das Inventar einreicht. Für die Aufnahme des Inventars werden die im § 53 bestimmten Gebühren besonders erhoben.

III. Ziffer 3. Vgl. B. G. B. § 2006 und F. G. § 79. Bisher wurde die Gebühr Br. G. R. G. Anlage A III erhoben; die jetzt bestimmte Gebühr ist bei den kleinen Werten bis zu 12000 *M* geringer, bei höheren Werten übersteigt sie die frühere Gebühr immer mehr. Als Wert ist maßgebend der Wert des Nachlasses nach Abzug der Schulden, die Zahlungspflicht trifft den Antragsteller. Für die nach B. G. B. §§ 2028, 2057 zu leistenden Offenbarungseide ist die Gebühr des § 52 Ziffer 2 anzusetzen, sofern die Eide nicht nach vorgängiger Verurteilung vor dem Prozeßgericht erfolgen, in welchem Falle § 43 D. G. R. G. Anwendung findet.

IV. Ziffer 4. Vgl. B. G. B. §§ 1994 bis 1996, 2005; 2151 bis 2155, 2192, 2193; 2198, 2202 Abs. 3. Die bisher angewendete Gebühr, Br. G. R. G. § 22 Ziffer 2 ($\frac{2}{10}$ der Sätze des § 8 D. G. R. G.) ist allzu hoch, die jetzige Vorschrift ist angemessen. Die Zahlungspflicht trifft den Antragsteller.

V. Ziffer 5. Vgl. B. G. B. §§ 2200, 2216, 2224, 2227. Hier gilt dasselbe, was unter IV bemerkt ist.

VI. Nach Absatz 2 sollen die im Absatz 1 vorgesehenen Gebühren wegfallen, wenn die betreffenden Geschäfte mit einem in diesem Abschnitte behandelten Verfahren in Verbindung stehen und unter diese Regel gehören auch die Fälle, wenn mehrere der im § 96 bezeichneten Geschäfte unter sich im Zusammenhange stehen. Ein besonderer innerer Zusammenhang wird nicht erfordert, es genügt, wenn die Erklärungen abgegeben werden gelegentlich eines anderen anhängigen Verfahrens. Z. B. wenn Erklärungen der in Ziffer 1 bezeichneten Art in dem Verfahren betreffend Erteilung eines Erbscheins oder eines Zeugnisses über die Ernennung eines Testamentsvollstreckers oder in einem Erbteilungsverfahren abgegeben werden, oder wenn ein Erbe erklärt, daß ein gemäß § 90 aufgenommenes Nachlassverzeichnis als von ihm eingereicht gelten soll (§ 2004 B. G. B.). Andererseits wird, was z. B. beim Zusammentreffen mehrerer der im § 96 bezeichneten Geschäfte vorkommen kann, die Gebühr nur einmal anzusetzen sein, wenn die mehreren Handlungen zwar nicht gleichzeitig erfolgen, aber in einem inneren Zusammenhange stehen. So ist nur eine Gebühr zu erheben, wenn das Nachlassgericht eine Inventarfrist bestimmt, diese dann verlängert (B. G. B. § 1995 Absatz 3) oder nach B. G. B. §§ 1996, 2005 Absatz 2 eine neue Frist bestimmt; oder wenn zur Erklärung des Testamentsvollstreckers über die Annahme des Amtes gemäß B. G. B. § 2202 Absatz 3 eine Frist bestimmt wird und darauf der Testamentsvollstrecker eine Erklärung abgibt.

§ 97.

Für die Entgegennahme der Anmeldung von Nachlassforderungen (§ 2061 des Bürgerlichen Gesetzbuches) werden fünf Zehnteile der im Tarif C bestimmten Gebühr von dem Gesamtbetrage der angemeldeten Forderungen erhoben. Schuldner dieser Gebühr ist ausschließlich der Miterbe, der zur Anmeldung der Forderungen öffentlich aufgefördert hat.

Die Vorschrift des § 96 Absatz 2 findet Anwendung.

Die Vorschriften entsprechen dem geltenden Rechte, Br. G. R. G. Anlage A Nr. XII, nur ist an die Stelle der festen Gebühr von 3 *M* auch hier die abgestufte Gebühr von $\frac{2}{10}$ nach Tarif C gesetzt.

Erhebung bestimmter Nachlasskosten aus der Masse.

§ 98.

Die Kosten der Eröffnung einer Verfügung von Todes wegen, der Sicherung eines Nachlasses, einer Nachlasspflegschaft und der Aufnahme eines Nachlassinventars können aus dem Nachlasse entnommen werden.

Für die Zahlung der Kosten haften ausschließlich die Erben und zwar nach den Vorschriften über Nachlaßverbindlichkeiten. Die Haftung der Antragsteller für zurückgenommene oder zurückgewiesene Anträge, sowie in der Beschwerdeinstanz und in den Fällen des § 9 Absatz 3 bleibt unberührt.

Die einem Erben zustehende Gebührenfreiheit entbindet ihn nicht von den nach Absatz 1 in Frage kommenden Gebühren.

I. Vgl. Pr. G. R. G. § 3. Nach § 224 Ziffer 4 der Konkursordnung gehören die im § 98 bezeichneten Kosten im Falle des Nachlaßkonkurses zu den Masse Schulden. Das Aufgebot der Nachlaßgläubiger unterliegt dem D. G. R. G. und ist deshalb hier nicht erwähnt. Der Grundsatz, daß für die bezeichneten Kosten auch außerhalb des Konkurses die Erben nicht persönlich, sondern nur mit der Masse haften, und zwar nach näherer Maßgabe der Vorschriften des B. G. B. über die Haftung für die Nachlaßverbindlichkeiten, entspricht der Billigkeit. Denn die fraglichen Maßregeln dienen der Feststellung, Sicherung und Ordnung des Nachlasses und sie geschehen ebenso sehr im Interesse der Nachlaßgläubiger wie der Erben. Eine Konsequenz des bezeichneten Grundsatzes, daß die Kosten auch der Masse als solcher haften, bildet die Vorschrift des Absatzes 2, wonach die einem Erben etwa zustehende persönliche Gebührenfreiheit in Ansehung der fraglichen Kosten unberücksichtigt bleiben soll. Hat das Gericht aus irgend einem Anlasse, z. B. infolge einer Versteigerung, zum Nachlasse gehörige Gelder in Händen, so können die Kosten ohne weiteres aus den Beständen entnommen werden.

II. Durch die Vorschrift des § 98 wird die Kostenpflicht des Antragstellers beseitigt und ebensowenig ist zu untersuchen, in wessen Interesse die von Amts wegen angeordneten Maßregeln vorgenommen werden. Es haftet stets die Erbengemeinschaft nach den Regeln des B. G. B. über die Haftung für Nachlaßverbindlichkeiten. Dies gilt aber nicht für zurückgenommene oder zurückgewiesene Anträge, deren Kosten lediglich der Antragsteller zu tragen hat, und es gilt auch nicht in der Beschwerdeinstanz. Bei besonderen Anträgen eines Beteiligten erscheint auch die Bestimmung des § 9 Schlußsatz anwendbar.

Wertberechnung in Nachlasssachen.

§ 99.

Bei der Berechnung der Gebühren in den Fällen der §§ 90 und 95 ist der Betrag der den Gegenstand des Verfahrens bildenden Masse ohne Abzug der Schulden maßgebend.

Im übrigen werden, vorbehaltlich der Sonderbestimmungen der §§ 91 und 97, in den unter diesen Abschnitt fallenden Angelegenheiten die Gebühren von dem Betrage der den Gegenstand des Verfahrens bildenden Vermögensmasse nach Abzug der Schulden berechnet. Ist die Masse überschuldet, so werden die Gebühren in der untersten Wertklasse angelegt.

Werden nur einzelne Teile der Masse von den in diesen Abschnitten bezeichneten Geschäften berührt, so werden die Gebühren nur nach dem Werte dieser Teile berechnet.

Betrifft ein Verfahren mehrere im Zusammenhange stehende Massen, so werden deren Werte zusammengerechnet. Die nach dem Gesamtwerte berechnete Gebühr wird auf die einzelnen Massen nach Verhältnis des Wertes derselben verteilt. Wird die Teilung des Nachlasses eines Ehegatten, welcher in einer Gütergemeinschaft gelebt hat, mit der Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft verbunden, so wird bei Anwendung der Vorschriften dieses Absatzes der Wert der gütergemeinschaftlichen Masse nur zu dem Bruchteile in Ansatz gebracht, welcher dem überlebenden Ehegatten zusteht.

I. Vgl. Pr. O. R. G. § 90. Nach der allgemeinen Bemerkung A 1 in Anlage A Pr. O. R. G. werden zurzeit bei Erbschaften und Vermögenskomplexen stets die Schulden in Abzug gebracht, so daß nur der reine Wert der Gebührenberechnung zugrunde gelegt wird. Dies ist, soweit es sich um Erbauseinandersetzungen und Sicherungsmaßregeln in Ansehung eines Nachlasses handelt, nicht zu billigen. Denn bei solchen Geschäften richtet sich der Umfang der Mithewaltung des Gerichts nach der Summe der Aktiva und die auf der Masse ruhenden Schulden sind eher geeignet, die Tätigkeit des Gerichts zu erschweren, als sie zu vereinfachen. In Übereinstimmung mit Preußen und anderen Staaten (vgl. auch § 52 des D. O. R. G.) schreibt deshalb das Gesetz im § 99 Absatz 1 vor, daß in den Fällen des § 90 (Sicherung des Nachlasses) und des § 95 (Vermittelung der Erbauseinandersetzung oder der Auseinandersetzung einer Gütergemeinschaft durch das Gericht) ein Abzug der Schulden von der Masse nicht stattfinden soll. Wenn nach §§ 21, 16 der Wert der Aktiva zur Zeit der Beendigung des Geschäfts in Betracht kommt, so ist das dahin zu verstehen, daß bei Auseinandersetzungen der Wert der Aktiva zur Zeit der Beurkundung, also derjenige Wert entscheidet, welcher den Gegenstand der Auseinandersetzung bildet, nicht etwa der Wert, welcher nach Abschluß des Verfahrens und, nachdem vielleicht die Nachlassgläubiger durch Überweisung von Nachlassgegenständen befriedigt sind, den Erben zufällt. Dagegen sind die bis zur Beurkundung der Auseinandersetzung eingetretenen Vermögensveränderungen bei der Wertberechnung zu berücksichtigen, so daß z. B. die bis dahin aufgelaufenen Zinsen zuzuzählen und zur Bezahlung von Schulden vor der Beurkundung verwendete Gegenstände oder Beträge abzuziehen sind. Auch bei der Gebührenberechnung für eine Nachlasspflegschaft oder Nachlassverwaltung findet nach der im Absatz 2 aufrecht erhaltenen Bestimmung des § 91 ein Abzug der Schulden nicht statt.

II. Im übrigen werden, abgesehen von der Sondervorschrift des § 97, die Schulden vom Nachlasse bei der Wertberechnung ebenso wie bisher abgesetzt. Dies gilt also bei der Gebührenberechnung in Ansehung der Testamentseröffnung §§ 88, 89, für Erbscheine und ähnliche Zeugnisse (§ 92 Absatz 4), bei der Feststellung des Erbrechts des Fiskus (§ 94), sowie bei den sonstigen Geschäften des Nachlassgerichts (§ 96).

III. Absatz 3 findet z. B. Anwendung in den Fällen des § 95, wenn ein Teil des Nachlasses bereits außergerichtlich verteilt ist und nur bezüglich des Restes die Auseinandersetzung gerichtlich vermittelt wird; oder in den Fällen

des § 90, wenn nur der bewegliche Nachlaß zu Sicherungsmaßregeln Anlaß bietet. Für die Gebühr des § 92 ist Absatz 3 nicht anwendbar, da sich der Erbschein, abgesehen von dem Falle des § 2369 B. G. B. und der Bescheinigung der Stammgutsnachfolge, stets auf den ganzen Nachlaß erstreckt (vgl. § 92 Absatz 4 und Bemerkung V zu § 92). Die Sondervorschrift des § 93 Satz 2 bleibt selbstverständlich unberührt.

IV. Die Vorschriften des Absatzes 4 beziehen sich hauptsächlich auf Auseinandersetzungen, da für Erbscheine im § 92 Absatz 4 eine besondere Bestimmung getroffen ist und bei Sicherungen der Natur der Sache nach nie mehr als der einfache Wert der sichergestellten Gegenstände in Betracht kommen kann (Absatz 3). Bei den gleichzeitigen Auseinandersetzungen mehrerer Massen wird die Gebühr nach dem Gesamtwerte berechnet und, für den Fall, daß an den verschiedenen Massen nicht durchweg dieselben Personen beteiligt sind, werden die Gebühren auf die verschiedenen Zahlungspflichtigen nach dem Wertverhältnisse der Massen verteilt. Findet die Auseinandersetzung einer Gütergemeinschaft gleichzeitig mit derjenigen des Nachlasses des verstorbenen Ehegatten statt, so ist, da zum Nachlasse der Anteil des verstorbenen Ehegatten an der Gütergemeinschaft mit gehört, bei der Wertberechnung der letzteren nur der Anteil des überlebenden Ehegatten zu berücksichtigen. Diese Regeln finden aber nur Anwendung, wenn die Auseinandersetzung der beiden Massen in einer Urkunde erfolgt.

Siebenter Abschnitt.

Vormundschaftssachen.

Vorbemerkung.

In Vormundschaften werden zurzeit nach dem Pr. G. R. G. Anlage B Ziffer I, III, V, VI und VII Gebühren erhoben: a) für die Anordnung, b) für jede Genehmigung oder Gestattung, c) für die Rechnungsprüfung, d) für die Beendigung, e) für die etwa erfolgende Einsetzung eines Familienrates; daneben werden Stempel für alle Ausfertigungen (z. B. Bestellungen, Genehmigungen) nach St. St. L. 9 erhoben. Preußen erhebt dagegen für die gesamte Tätigkeit des Vormundschaftsgerichts bei Beendigung der Vormundschaft von je 400 *M* des Mündelvermögens 1 *M* und daneben, wenn über die Verwaltung des Vermögens dem Vormundschaftsgericht Rechnung gelegt werden muß, jährlich von je 400 *M* des Vermögens 10 *S*. Auch die letztere Gebühr wird während der Dauer der Vormundschaft nur dann erhoben, wenn sie aus den nach Bestreitung der Unterhaltskosten usw. übrig bleibenden reinen Überschüssen des Mündelvermögens gedeckt werden kann; ist dies nicht der Fall, so werden die Gebühren bis zur Beendigung der Vormundschaft gestundet (Pr. G. R. G. § 10). Bei der schließlichen Erhebung am Schlusse der Vormundschaft ist dem Mündel ein reines Vermögen von 500 *M* zu belassen. Diese Vorschriften sind sehr zweckmäßig und deshalb von fast sämtlichen Bundesstaaten übernommen. Im Herzogtume wird bei jeder Vormundschaft, sobald ein gebührenpflichtiger Akt vorgefallen ist, eine Kostenrechnung aufgestellt und dem Vormunde zugesandt.

Da dieser insbesondere bei kleinen Vermögen, für welche die Kosten hier zurzeit unverhältnismäßig hoch sind, häufig die nötigen Varmittel nicht vorrätig hat, so muß ein Wertpapier veräußert werden, nur um die Kostenrechnung bezahlen zu können. Die Fälle sind nicht selten, in denen sich das Mündelvermögen von Jahr zu Jahr verringert, weil die Einkünfte nicht hinreichen, um neben den sonstigen Ausgaben die jährlich entstehenden Gerichtskosten zu decken. Bei Annahme der preussischen Grundsätze würde nicht nur der erwähnte Mißstand beseitigt werden, sondern es würde namentlich ein bedeutender Aufwand an Arbeit und Unkosten (an Schreibkosten und Porto) der Staatskasse dadurch erspart werden, daß die mit der Aufstellung, Ausschreibung, Frankierung und Abschendung der Kostenrechnungen, sowie die mit der Eintragung der Posten in die verschiedenen bei den Gerichten und bei den Sportelklassen geführten Listen und Register verbundenen Arbeiten und Unkosten auf etwa den vierten Teil ihres heutigen Umfanges in Vormundschaftssachen verringert würden. Nimmt man an, daß eine Vormundschaft durchschnittlich 10 Jahre dauert und daß etwa alle 2 Jahre eine Genehmigung oder Gestattung im Werte von durchschnittlich 2000 *M* (vgl. E. P. D. § 10, anwendbar nach § 11 Br. G. R. G.) vorkommt, Annahmen, welche zugunsten der Braunschweigischen Gebührensätze sehr hoch gegriffen sind, so ergibt eine Gegenüberstellung der zurzeit hier geltenden mit den preussischen Sätzen folgendes Bild:

I. Braunschweig:

Vermögen:	2000 <i>M</i>	4000 <i>M</i>	10000 <i>M</i>	40000 <i>M</i>	100000 <i>M</i>
Anordnung	1 <i>M</i> 50 <i>S</i>	3 <i>M</i> — <i>S</i>	6 <i>M</i> — <i>S</i>	11 <i>M</i> — <i>S</i>	17 <i>M</i> — <i>S</i>
Stempel zur Bestallung	1 „ 50 „	1 „ 50 „	1 „ 50 „	1 „ 50 „	1 „ 50 „
Beendigung	— „ 80 „	1 „ 50 „	3 „ — „	5 „ 50 „	8 „ 50 „
Rechnungsprüfung	7 „ 50 „	10 „ — „	20 „ — „	40 „ — „	70 „ — „
(10 Jahre)					
Genehmigungen (5) . . .	5 „ — „	5 „ — „	5 „ — „	5 „ — „	5 „ — „
Stempel dazu	7 „ 50 „	7 „ 50 „	7 „ 50 „	7 „ 50 „	7 „ 50 „
Summe	23 <i>M</i> 80 <i>S</i>	28 <i>M</i> 50 <i>S</i>	43 <i>M</i> — <i>S</i>	70 <i>M</i> 50 <i>S</i>	109 <i>M</i> 50 <i>S</i>

II. Preußen:

Bauschgebühr	5 <i>M</i> — <i>S</i>	10 <i>M</i> — <i>S</i>	25 <i>M</i> — <i>S</i>	100 <i>M</i> — <i>S</i>	250 <i>M</i> — <i>S</i>
Rechnungsprüfung	5 „ — „	10 „ — „	25 „ — „	100 „ — „	250 „ — „
(10 Jahre)					
Summe	10 <i>M</i> — <i>S</i>	20 <i>M</i> — <i>S</i>	50 <i>M</i> — <i>S</i>	200 <i>M</i> — <i>S</i>	500 <i>M</i> — <i>S</i>

Hiernach sind die Gebühren für die Vormundschaften mit geringem Vermögen in Preußen billiger, dagegen bei Vermögensbeständen über 10 000 *M* erheblich teurer, und zwar je höher das Vermögen, um so mehr. Das Gesetz schließt sich deshalb im allgemeinen den preussischen Vorschriften an. Für die Staatskasse ist trotz des Wegfalles der Stempel (vgl. § 35 und Bemerkungen dazu) und der im Interesse der Gerechtigkeit erforderlichen Ermäßigung der Sätze für Vormundschaften mit kleinem Vermögen infolge der stärkeren Heranziehung der größeren Vermögen eine Steigerung der Einnahmen zu erwarten.

Beaufsichtigung der gesamten Vormundschaftsführung.

§ 100.

Bei Vormundschaften ist für die gesamte auf die Vormundschaft bezügliche Tätigkeit des Vormundschaftsgerichts von je angefangenen 400 *M* des Vermögens eines jeden Mündels eine Gebühr von 1 *M* zu erheben.

Für die Berechnung der Gebühr ist der bei Beendigung der Vormundschaft sich ergebende Stand des Mündelvermögens nach Abzug der Schulden maßgebend.

Vgl. Pr. § 92 Z. 1. Diese Gebühr wird stets erhoben und zwar von dem gesamten bei Beendigung der Vormundschaft vorhandenen Vermögen, mag eine Verwaltung des Vermögens stattgefunden haben oder nicht, vorbehaltlich jedoch der Bestimmung im § 108. Entsprechend dem bisherigen Rechte (Allgemeine Bemerkung B zu Anlage B des Br. G. R. G.) sind bei der Berechnung des Vermögens die Schulden in Abzug zu bringen. Auch der Wert von wiederkehrenden Nutzungen (z. B. Pension eines Beamten) gehört zum Vermögen; der Wert ist nach Maßgabe des § 26 zu kapitalisieren. Zu den Schulden wird jedoch ein am Mündelvermögen etwa bestehender Nießbrauch nicht zu rechnen sein. Die Gebühr des § 100 ist für jeden einzelnen Mündel nach Maßgabe seines Vermögens gesondert zu berechnen, während bisher bei der gleichzeitigen Anordnung der Vormundschaft für mehrere Mündel die Gebühr von dem Gesamtvermögen, beim Ausscheiden einzelner Mündel die Gebühr für die Beendigung nach Maßgabe des Vermögens des Ausscheidenden berechnet wurde.

Die Fälligkeit der Gebühr tritt, da durch sie die gesamte Tätigkeit des Vormundschaftsgerichts abgegolten werden soll, nach § 16 mit der Beendigung der Vormundschaft ein.

Durch die Gebühr wird die gesamte Tätigkeit des Vormundschaftsgerichts als solchen abgegolten. Beurkundet z. B. das die Vormundschaft führende Gericht einen Kaufvertrag zwischen dem Mündel und einem Dritten über ein Grundstück oder einen Alimentenvergleich und spricht es sodann als Vormundschaftsgericht seine Genehmigung aus, so ist für die letztere keine besondere Gebühr zu berechnen, wohl aber ist für die Aufnahme des Kauf- oder Alimentenvertrages die im dritten Abschnitte bestimmte Gebühr zu erheben. Ebenfalls ist für die Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses die dafür bestimmte Gebühr besonders zu erheben, da diese Tätigkeit dem Vormundschaftsgericht als solchem nicht obliegt.

Rechnungslegung des Vormundes.

§ 101.

Außer der im § 100 bestimmten Gebühr wird, soweit über die Verwaltung des Mündelvermögens dem Vormundschaftsgericht Rechnung zu legen ist, für jedes Kalenderjahr von je 400 *M* des Vermögens eine Gebühr von 10 *S* erhoben. Dabei wird das bei Beginn der Verwaltung

laufende, sowie das bei Beendigung der Verwaltung angefangene Kalenderjahr für voll gerechnet.

Ist der Vormund von der Verpflichtung zur Rechnungslegung entbunden, so werden für das mit der Einreichung der Vermögensübersicht verknüpfte Verfahren (§ 1854 des Bürgerlichen Gesetzbuches) drei Zehnteile der in Absatz 1 bestimmten Gebühr erhoben.

Die Gebühr wird am Schlusse eines jeden Kalenderjahres und bei Beendigung der Vormundschaft nach dem jeweiligen Stande des Mündelvermögens nach Abzug der Schulden berechnet. Fällt das Rechnungsjahr nicht mit dem Kalenderjahre zusammen, so ist derjenige Bestand des Mündelvermögens für die Gebührenberechnung maßgebend, welcher sich aus der letzten Rechnung oder aus der letzten Vermögensübersicht vor dem Schlusse des Kalenderjahres ergibt.

Wird zur Prüfung der eingereichten Rechnung oder Vermögensübersicht ein Rechnungsverständiger zugezogen, so dürfen neben den in den Absätzen 1 und 2 bestimmten Gebühren besondere Rechnungsgebühren dem Mündel nur dann in Ansatz gebracht werden, wenn der in der Rechnung nachgewiesene Betrag der Einkünfte die Summe von 300 *M* übersteigt oder wenn die Vermögensübersicht einen Vermögensbestand nach Abzug der Schulden von mehr als 15 000 *M* ergibt.

I. Vgl. Pr. § 92 Ziffer 2. Gegenüber den jetzigen Bestimmungen Anlage B Ziffer VI Br. G. R. G. ist die im § 101 vorgesehene Gebühr sehr viel leichter zu berechnen und insofern der Billigkeit mehr entsprechend, als sie völlig gleichmäßig abgestuft, auch bei den kleinen Vermögen bis zu 3600 *M* wesentlich geringer, über 12 000 *M* aber erheblich höher ist. Die Gebühr des Absatzes 1 ist nur von demjenigen Vermögen zu erheben, über welches nach gesetzlicher Vorschrift Rechnung zu legen ist. Das Rechnungsjahr ist nach § 1840 B. G. B. vom Vormundschaftsgerichte zu bestimmen und braucht mit dem Kalenderjahre nicht zusammenzufallen. Der Gleichmäßigkeit wegen erscheint es richtig, die Gebühr für jedes Kalenderjahr zu erheben (wie solches auch Ziffer VI Anlage B Br. G. R. G. vorschrieb), zumal die Rechnung für unregelmäßige, bis zu 3 Jahren ausgedehnte Zeitabschnitte gelegt werden kann (§ 1840 Absatz 3 B. G. B.). Streng genommen würde nun der am Schlusse jeden Kalenderjahres vorhandene Bestand des reinen Vermögens der Gebührenberechnung zugrunde zu legen sein, wie es auch in Preußen zu geschehen scheint (Mügel, Anmerkung 9 zu § 92). Unbedenklich kann aber der Bestand der letzten vor dem Jahresabschlusse abgeschlossenen Rechnung zugrunde gelegt werden, da die im Laufe eines Jahres eintretenden Vermögensänderungen bei der Gebührenberechnung kaum jemals erheblich zu Buche schlagen werden (bei 400 *M* beträgt der Unterschied 10 *S*, bei 4000 *M* erst 1 *M*), andererseits die genaue Feststellung des Bestandes gerade für den Jahresschluß nicht selten eine umständliche und schwierige Berechnung erfordern würde. Es ist unbedenklich, nach Einleitung der Vormundschaft die Aufstellung der Rechnungsabnahmegebühren bis zur Legung der ersten Rechnung oder Einreichung der ersten Vermögens-

übersicht aufzuschieben. Bei Beendigung der Vormundschaft wird regelmäßig eine Abrechnung aufgestellt.

II. Die Gebühr des Absatzes 2 ist aus dem Weimarschen Gesetz § 95 Absatz 2 übernommen und erscheint zweckmäßig und angemessen, da das Vormundschaftsgericht selbstverständlich auch die überreichte Vermögensübersicht zu prüfen und etwaige Mängel kraft seines Aufsichtsrechts (§ 1837 B. G. B.) zu heben hat (Planck, Anmerkung 1 zu § 1854).

III. Der Vormundschaftsrichter kann nach seinem Ermessen zur Prüfung der eingereichten Rechnungen Rechnungsverständige zuziehen, er wird aber hierzu nur bei besonders schwierigen Rechnungen schreiten. Die dem Rechnungsverständigen zu zahlenden Gebühren fallen als Auslagen dem Mündel zur Last. Ergibt aber die Rechnung (Absatz 1) eine wirkliche Einnahme (im Sinne von Einkommen) von nicht mehr als 300 *M* oder enthält die Vermögensübersicht ein Reinvermögen von nicht mehr als 15 000 *M*, so dürfen dem Mündel die Auslagen für die Zuziehung eines Rechnungsverständigen nicht in Rechnung gestellt werden, wie Absatz 4 in Übereinstimmung mit Pr. G. R. G. § 117 Absatz 2 vorschreibt. Sollte ein Richter bei derartig kleinen Verhältnissen einmal einen Rechnungsverständigen zuziehen, so würden die dadurch entstehenden Auslagen dem Staate zur Last fallen, welcher zum Ersatze nur die im Absatz 1 und 2 bestimmten Gebühren erheben kann (vgl. § 128 Ziffer 7 und Bemerkung).

Vorläufige Vormundschaft.

§ 102.

Die Vorschriften der §§ 100 und 101 finden auch im Falle der vorläufigen Vormundschaft Anwendung. Endigt die vorläufige Vormundschaft, weil auf Grund der erfolgten Entmündigung ein Vormund bestellt wird, so gelten die vorläufige und die endgültige Vormundschaft als ein Verfahren.

Vgl. Pr. § 92 Ziffer 4. Die vorläufige Vormundschaft (B. G. B. §§ 1906 fg.) ist hinsichtlich der Gebührenerhebung auch in Anlage B Pr. G. R. G. der endgültigen Vormundschaft gleichgestellt. Der Satz 2 des § 102 entspricht der Billigkeit und findet sich ebenso im Pr. G. R. G. Die Gebühr ist in den Fällen des § 1908 Absatz 1 und 3 des B. G. B. mit der Beendigung der vorläufigen Vormundschaft, in den Fällen des § 1908 Absatz 2 B. G. B. aber gemäß Satz 2 des § 102 erst mit der Beendigung der endgültigen Vormundschaft zu erheben.

Pflegschaft oder Beistandschaft für alle oder einen bestimmten Kreis von Angelegenheiten.

§ 103.

Die Vorschriften der §§ 100, 101 finden ferner entsprechende Anwendung, wenn ein Pfleger zur Besorgung aller Angelegenheiten oder eines bestimmten Kreises von Angelegenheiten bestellt, oder der Mutter, welcher die elterliche Gewalt zusteht, für alle Angelegenheiten oder einen

bestimmten Preis von Angelegenheiten ein Beistand bestellt wird. Bei der Berechnung der Gebühr bleibt der Teil des Vermögens außer Betracht, auf den sich das Amt des Pflegers oder Beistandes nicht erstreckt.

Wird die Angabe des Vermögens von dem Inhaber der elterlichen Gewalt verweigert, so hat das Vormundschaftsgericht nach freiem Ermessen den Betrag des Vermögens festzusetzen.

Vgl. Pr. § 91. Es gehören nicht hierher die auf Wahrnehmung einzelner bestimmter Angelegenheiten beschränkten Pfllegschaften und Beistandschaften, wie solche nach den §§ 1909 Absatz 1 Satz 1, 1910 Absatz 2, 1688 B. G. B. angeordnet werden können. Diese fallen unter § 104. In allen übrigen Fällen, wenn dem Pfleger oder Beistande die Wahrnehmung der Interessen des Mündels allgemein, sei es auch nur für einen bestimmten Geschäftskreis, aufgetragen wird, ist die Gebühr nach dem § 103 zu erheben. Regelmäßig findet demnach der § 103 Anwendung auf die Fälle der §§ 1909 Absatz 1 Satz 2, 1910 Absatz 1, 1911 bis 1914 B. G. B.

Wird eine Pfllegschaft neben einer bestehenden Vormundschaft z. B. nach § 1909 B. G. B. angeordnet, so ist nur die Gebühr nach § 100 zu erheben, weil durch diese Gebühr die gesamte Tätigkeit des Vormundschaftsgerichts abgegolten wird.

Die Gebühr bezieht sich nur auf die durch das Vormundschaftsgericht angeordneten Pfllegschaften; § 47 Ziffer 9 D. G. R. G. bleibt unberührt und ebenso erfolgt die Bestellung eines Zustellungsververtreters nach § 6 und eines Vertreters für abwesende Berechtigte nach § 135 Zw. G. gebührenfrei.

Auf die Nachlaßpfllegschaft und Nachlaßverwaltung finden die Vorschriften des § 103 nach § 91 mit der Maßgabe Anwendung, daß der Gebührenrechnung der Wert des Nachlasses ohne Abzug der Schulden zugrunde zu legen ist, wie er sich zur Zeit der Anordnung der Pfllegschaft oder Verwaltung darstellt.

Pfllegschaft oder Beistandschaft für einzelne Angelegenheiten.

§ 104.

Wird ein Pfleger oder Beistand nur für einzelne Angelegenheiten bestellt, so ist für die gesamte mit der Bestellung verbundene Tätigkeit des Vormundschaftsgerichts nach dem Werte des Gegenstandes die im Tarife C bestimmte Gebühr zu erheben.

Die Vorschriften des Absatzes 1 finden auch dann Anwendung, wenn für ein Auseinanderetzungsverfahren von dem Nachlaßgerichte für abwesende Beteiligte ein Pfleger bestellt wird (§ 88 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit). Bei der Gebührenberechnung ist der Betrag des in dem Verfahren auf den Abwesenden entfallenen Anteils zugrunde zu legen. Ein Abzug der Schulden findet nicht statt.

I. Vgl. Pr. G. R. G. § 91. Die Einzelpfllegschaften und Beistandschaften waren bisher gegenüber den Vormundschaften gebührenrechtlich insofern

günstiger gestellt, als für die Anordnung billigere Sätze galten (Pr. G. R. G. Anlage B Ziffer II und IV²) und die Gebühr für die Beendigung wegfiel (Anlage B Bemerkung 4 zu Ziffer V), wobei hinsichtlich der Genehmigungsg Gebühr der wesentliche Unterschied bestand, daß bei Pflögschaften der geringe Satz B VII, für Beistandschaften aber die hohe Gebühr der Tariffstelle B IX⁴ (²/₁₀ der Sätze des § 8 D. G. R. G.) zur Anwendung kam. Preußen erhebt die Beurkundungsgebühr des § 33 (Tarif A), Sachsen-Weimar die im Tarife C bestimmte Gebühr. Die letztere Gebühr erscheint für die hier fraglichen Fälle, in denen es sich um die auch im öffentlichen Interesse erfolgende Fürsorge für Hilfsbedürftige handelt, zweckmäßiger, weil sie bei Werten bis zu 14 000 *M* geringer ist als die Sätze des Tarifes A, durchweg aber hinter den im § 100 vorgeschriebenen Sätzen weit zurückbleibt. (Nur bei Werten von 200 bis 400 *M*, von mehr als 450 bis 800 *M*, mehr als 900 bis 1200 *M* übertrifft die im Tarife C bestimmte Gebühr die Sätze des § 100 um: 40 *S*, bzw. 40 bis 90 *S*, bzw. 40 *S*, was jedoch nicht in das Gewicht fällt.) Wegen der Anwendungsfälle vgl. Bemerkung zu § 103.

II. Da die nach § 88 F. G. im Auseinandersehungsverfahren für einen Abwesenden zu bestellende Pflögenschaft durch das Nachlaßgericht (nicht durch das Vormundschaftsgericht) angeordnet wird, so war eine besondere Gebührenvorschrift erforderlich. Da es sich nur um eine Pflögenschaft zu einem bestimmten Zwecke handelt, so sind die Vorschriften des § 104 für anwendbar erklärt. Daß bei der Wertberechnung ein Abzug der Schulden nicht stattfinden soll, stimmt mit der Vorschrift des § 99 Abs. 1 überein.

Sonstige Einrichtungen des Vormundschaftsgerichts.

§ 105.

Für alle sonstigen Einrichtungen, welche dem Vormundschaftsgerichte als solchem obliegen, wird die im Tarife C bestimmte Gebühr erhoben.

Gebührenfrei erfolgt jedoch die Entgegennahme der in den §§ 1662, 1679 Absatz 2, 1686 des Bürgerlichen Gesetzbuches vorgesehenen Erklärungen, die Entgegennahme eines Vermögensverzeichnis in den Fällen der §§ 1640 Absatz 1, 1686, 1760 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches, sowie die Tätigkeit des Vormundschaftsgerichts in Gemäßheit des Gesetzes Nr. 46 vom 12. Juni 1899 über die Zwangserziehung Minderjähriger.

Für die im Falle der Verheiratung des Vaters oder der Mutter, sowie für alle im Verhältnisse zwischen Eltern und Kindern zum Schutze des Kindesvermögens erfolgenden Anordnungen des Vormundschaftsgerichts, insbesondere für die nach den §§ 1630 Schlußsatz, 1639 Absatz 1, 1640 Absatz 2, 1653, 1666, 1667, 1668, 1670, 1671, 1673, 1685 Absatz 2, 1760 Absätze 2 und 3 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu treffenden Maßnahmen trifft den Vater oder die Mutter die Zahlungspflicht.

Hat eine Rechnungslegung stattgefunden, so wird neben der nach Absatz 1 bestimmten Gebühr die Gebühr des § 101 erhoben.

Für die Berechnung des Wertes des Gegenstandes sind, soweit ein bestimmter Geldwert nicht erhellt, die Vorschriften des § 27 maßgebend.

I. Nach Absatz 1 sind insbesondere gebührenpflichtig:

- a) alle die zahlreichen Fälle, in denen nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts für ein unter elterlicher Gewalt stehendes Kind in anderer Weise als durch Anordnung einer Pflegschaft oder Beistandschaft eine Fürsorge nötig wird, namentlich Genehmigung von Rechtsgeschäften (B. G. B. §§ 1643, 1336, 1337 [§ 612 E. P. O.], 1644, 1484 Absatz 2, Satz 2, 1491 Absatz 3, 1492 Absatz 3, 2282, 2347, 2351, 2352); Genehmigung zum Betriebe eines Erwerbsgeschäftes (B. G. B. §§ 112, 1645; § 14 a des Reichsgesetzes über Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit, Art. 41 E. G. zum B. G. B.); Anordnungen in bezug auf die Person des Kindes (B. G. B. §§ 1631, 1635 bis 1637, 1700, 1721); Feststellung des Ruhens der elterlichen Gewalt (B. G. B. § 1677), sofern infolgedessen die elterliche Gewalt auf die Mutter übergeht nach B. G. B. § 1685 Absatz 1 (anderenfalls tritt mit der Pflegschaft die Gebühr des § 103 ein), sowie Feststellung der Endigung des Ruhens und die Übertragung der elterlichen Gewalt auf die Mutter (B. G. B. § 1685 Absatz 2); Anordnung von Schutzmaßregeln nach § 1665 B. G. B., sofern nicht ein Pfleger bestellt wird; Einschreiten des Vormundschaftsgerichts in den Fällen des § 1666, soweit nicht die Zwangserziehung in Frage steht (B. G. B. §§ 1630, 1667, 1668, 1670, 1760 Absatz 2); Aufsicht über die Vermögensverwaltung des Vaters §§ 1639, 1640 Absatz 2, 1760 Satz 2 — vgl. Bemerkung II — 1642, 1653; Übertragung der elterlichen Gewalt nach § 1647 Absatz 2 B. G. B., wenn eine Pflegschaft nicht angeordnet war. Ob die vom Vormundschaftsgerichte auszuübende Tätigkeit sich auf die elterliche Gewalt des Vaters oder der Mutter bezieht, ist gleichgültig (§ 1686 B. G. B.);
- b) Tätigkeit des Vormundschaftsgerichts im Falle der Verheiratung des Vaters oder der Mutter (B. G. B. §§ 1669 bis 1671, 1740, 1761, 1845, 1493 Absatz 2, 1314). Die Gebühr kommt für die gesamte Tätigkeit des Vormundschaftsgerichts in dieser Richtung nur einmal zur Erhebung;
- c) Volljährigkeitserklärungen, Ergänzung der elterlichen Einwilligung zur Ehe (B. G. B. § 1308), Ersetzung der Einwilligung der Mutter zur Ehelichkeitserklärung nach § 1727 B. G. B. (Wert nicht vermögensrechtlich § 27);
- d) Entscheidungen nach B. G. B. §§ 1612, 1447, 1487, wenn es sich um anteilsberechtignte Abkömmlinge handelt;
- e) Verrichtung auf dem Gebiete des Eherechts (B. G. B. §§ 1357, 1358) und des ehelichen Güterrechts (B. G. B. §§ 1379, 1402, 1447, 1451, 1519, 1549);
- f) einstweilige Fürsorge für einen Ausländer nach Art. 23 Absatz 2 E. G. zum B. G. B., sofern es nicht nach Absatz 1 zur Anordnung einer Vormundschaft kommt.

Preußen erhebt für die meisten Geschäfte (§ 91) unter a) die Gebühr des § 33, für die übrigen (§ 94) $\frac{3}{10}$ von der Gebühr des § 8 D. G. R. G.; Weimar erhebt durchweg die letztere Gebühr. Diese Gebühr erscheint jedoch zu hoch. Der Tarif $\frac{3}{10}$ des § 8 D. G. R. G. übersteigt, abgesehen von der untersten Wertstufe (bis 20 *M.*), die Gebühr nach § 33 Pr. G. R. G. erheblich, bei 14 000 *M.* beträgt die Gebühr das Doppelte derjenigen des § 33, bei 100 000 *M.* das Vierfache, bei 200 000 *M.* schon das Sechsfache und wächst stärker weiter. Auch $\frac{2}{10}$ der Gebühr des § 8 D. G. R. G., welcher Satz nach der Anlage B IX Br. G. R. G. im Herzogtume bisher angewendet wurde, erscheint außerordentlich hoch. Für Volljährigkeitserklärungen war unter B VIII eine besondere Gebührenreihe nach dem Vermögen des Beteiligten vorgesehen, doch erscheint es angemessen, in diesem Falle eine nicht vermögensrechtliche Angelegenheit anzunehmen und § 27 anzuwenden. Demgegenüber erschien es zweckmäßig, auf alle Verrichtungen des Vormundschaftsgerichtes außerhalb der Fälle der §§ 100 bis 104 den Satz des Tarifes C anzuwenden, wodurch das Gesetz einfacher gestaltet wird. Die Gebühr dieses Paragraphen ist von einem Mündel oder Pflegebefohlenen nicht zu erheben, für welchen eine Vormundschaft, Beistandschaft oder Pflegschaft besteht, oder anzuordnen ist, sofern, was die Pflegschaft und Beistandschaft angeht, diese sich auf die betreffende Angelegenheit erstrecken. Denn die in den §§ 100 bis 104 vorgesehenen Gebühren sind Vauschgebühren, durch welche die gesamte Tätigkeit des Vormundschaftsgerichtes für die betreffende Angelegenheit abgegolten wird, auch soweit sie der Bestellung eines Vormundes oder Pflegers vorangeht, wie Entziehung der Vertretung des Kindes (B. G. B. § 1630), Feststellung des Ruhens der elterlichen Gewalt (B. G. B. § 1677), oder der Bestellung eines Pflegers nachfolgt und diese beendet (B. G. B. § 1647 Absatz 2). Preußen schreibt zwar im § 95 vor, daß die Gebühren des § 94 Pr. G. R. G. neben den allgemeinen Gebühren für eine Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft von dem betreffenden Pflegebefohlenen erhoben werden sollen. Es sind aber nur wenige Fälle denkbar, in denen die Sätze des § 94 Pr. G. R. G. beim Bestehen einer Vormundschaft zur Erhebung gelangen und dem Pflegebefohlenen in Rechnung zu stellen sein würden, weil die Gebühren des § 94 zum großen Teile von den Ehegatten bzw. den Eltern zu tragen sind, der Eintritt der Fälle der Ziffern 2 und 3 des § 94 Pr. G. R. G. überhaupt sehr selten und derjenigen der Ziffer 5 des § 94 hier zu Lande sehr wenig vorkommt. Es kann daher von der Erhebung dieser Gebühren neben denjenigen in den §§ 100 bis 104 im Interesse der Einfachheit der Gebührenberechnung ohne nennenswerten Ausfall für den Fiskus Abstand genommen werden.

II. Was die Gebührenfreiheit der nach §§ 1662, 1679 Absatz 2, 1686 B. G. B. vom Vormundschaftsgerichte lediglich entgegen zu nehmenden Erklärungen angeht, so erscheint sie mit Rücksicht auf die geringfügige Tätigkeit des Vormundschaftsgerichtes gerechtfertigt. Daselbe gilt für die bloße Entgegennahme des Vermögensverzeichnisses nach § 1640 Absatz 1 B. G. B. (anwendbar in den Fällen der §§ 1686, 1760), während für die Anordnung der Aufnahme des Inventars durch einen zuständigen Beamten gemäß § 1640 Absatz 2 B. G. B. die Gebühr des § 105 zu erheben ist. Auch in Preußen wird in den bezeichneten Fällen keine Gebühr erhoben (Mügel, Anmerkung 8 zu § 91 und Anmerkung 7 b zu § 94). Für die Tätigkeit des Vormundschafts-

gerichts in Gemäßheit des Gesetzes über die Zwangserziehung ist mit Preußen Absatz 3 zu § 95 abweichend von Weimar keine Gebühr zu erheben. Dieses Verfahren geschieht hauptsächlich in öffentlichem Interesse und überdies würden die Gebühren nur in den seltensten Fällen einziehbar sein. Im weiteren Umfange Gebührenfreiheit für die Fürsorge des Vormundschaftsgerichtes für ein unter elterlicher Gewalt stehendes Kind eintreten zu lassen, wie das bisher galt (Amtliche Ausgabe der Ausf. Ges. S. 467), liegt kein Anlaß vor. Für das in der Allgemeinen Bemerkung C zu Anlage B Br. G. R. G. erwähnte Verfahren nach R. G. §§ 46 Absatz 2 und 3, 47 Absatz 2 und 3 ist wegen der Vauschgebühr der §§ 100 bis 104 ohnehin keine Gebühr zu berechnen.

III. Absatz 3. Preußen § 94 Absatz 2. Die Zahlungspflicht für die Gebühren des § 105 richtet sich zunächst nach den allgemeinen Vorschriften der §§ 7 bis 10. Danach trifft bei der auf dem Gebiete des Eherechts dem Vormundschaftsgerichte obliegenden Verpflichtung die Zahlungspflicht den Antragsteller event. beide Ehegatten. Wo aber das Vormundschaftsgericht von Amts wegen einzuschreiten hat, ist das der Fürsorge bedürftige Kind in der Regel als Interessent und zahlungspflichtig anzusehen. Abweichend hiervon ist dem Vater oder der Mutter die Zahlungspflicht in den Fällen auferlegt, wo die Tätigkeit des Vormundschaftsgerichtes zwar der Fürsorge der Minderjährigen dient, aber durch das Interesse oder das Verhalten eines oder beider Elternteile verursacht ist. Wegen der Anordnungen, welche im Falle der Verheiratung des Vaters oder der Mutter erforderlich, sind die §§ 1669, verbunden mit 1740, 1761, 1845, ferner 1493, 1314 B. G. B. zu vergleichen.

IV. Der Absatz 4 entspricht Br. G. R. G. § 94 Absatz 3. Für die nach B. G. B. § 1667 von dem Inhaber der elterlichen Gewalt zu legenden Rechnung wurde auch schon bisher die Gebühr für die Rechnungsprüfung erhoben (Br. G. R. G. Anlage B Ziffer VI).

Vauschcharakter und Erhebung der Gebühren.

§ 106.

Der Gesamtbetrag der von einem Mündel, Pflegebefohlenen oder unter elterlicher Gewalt stehenden Kinde nach den Vorschriften dieses Abschnittes zu erhebenden Gebühren darf denjenigen Betrag nicht übersteigen, welcher nach den §§ 100 und 101 im Falle der Vormundschaft ohne Anwendung der §§ 107 und 108 zu erheben sein würde. Die von einem Minderjährigen erhobenen Gebühren sind jedoch auf die von derselben Person nach eingetretener Volljährigkeit zu erhebenden Gebühren nicht anzurechnen.

Die nach den Vorschriften dieses Gesetzes etwa begründete Zahlungspflicht eines Dritten bleibt unberührt.

Soweit bei einem Geschäft, für welches nach Absatz 1 dem Mündel, Pflegebefohlenen oder unter elterlicher Gewalt stehenden Kinde besondere Kosten nicht angesetzt werden dürfen, neben diesem noch andere Personen

beteiligt sind, haben diese die für das Geschäft bestimmten Kosten nach Verhältnis ihres Anteiles zu entrichten.

I. Vgl. Pr. § 93. Die Gebühren des § 105 können für dieselbe fürsorgepflichtige Person mehrmals nacheinander erwachsen, auch können Plegschaft, Beistandschaft, vorläufige Vormundschaft und Vormundschaft bei demselben Schutzbefohlenen nacheinander vorkommen. Dann darf der Gesamtbetrag aller Gebühren nicht mehr als die Bauschätze der §§ 100, 101 ausmachen, falls eine Vormundschaft bestände. Es ist aber zu beachten, daß in den Fällen des § 105 für die Gebührenberechnung nur der Wert des betreffenden Gegenstandes, und bei einer beschränkten Plegschaft nach § 103 nur der betroffene Teil des Vermögens in Betracht kommt, während im Falle der Vormundschaft stets das ganze Vermögen des Mündels zugrunde zu legen ist. Es ist stets zu prüfen, ob bei der Berechnung der Gebühr nach den §§ 103 bis 105 sich ein höherer Gesamtbetrag ergeben würde, als wenn zur Zeit dieser Berechnung über das gesamte reine Vermögen des Mündels die Gebühr nach § 100 zu erheben wäre. Bei dieser Prüfung bleibt die Vorschrift des § 108, wonach dem Mündel ein freies Vermögen bis zum Betrage von 500 *M* zu belassen ist, außer Betracht, denn diese Vorschrift gilt nur für Vormundschaften und die denselben gebührenrechtlich gleichgestellten Plegschaften und Beistandschaften. In den Fällen der §§ 104 und 105 tritt ein Gebührenerlaß auch dann nicht ein, wenn zur Zeit der Fälligkeit der Gebühren und Auslagen das Vermögen des Schutzbefohlenen unter 500 *M* beträgt. Wohl aber können die Beteiligten nach § 14 F. G. in geeigneten Fällen die Bewilligung des Armenrechts nachsuchen. Bei Zugrundelegung desselben Wertes ist auch die einmalige Gebühr nach Tarif C, bei Werten von mehr als 200 bis 400 *M*, mehr als 450 bis 800 *M* und mehr als 900 bis 1200 *M* höher als die Gebühr des § 100, weshalb bei diesen Werten der letztere geringere Satz zur Anwendung kommen muß, sofern sich das Geschäft auf das ganze Vermögen des Schutzbefohlenen bezieht. Die Gebührenermäßigung tritt nur ein für die Tätigkeit des Vormundschaftsgerichts als solchen. Beurkundet z. B. das die Vormundschaft führende Gericht einen Kaufvertrag oder einen Alimentenvergleich, und es spricht sodann die Genehmigung hinsichtlich des Mündels aus, so ist die Gebühr für die Beurkundung (vgl. Bemerkung zu § 100) besonders zu erheben. Dasselbe gilt von der gerichtlichen Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses. Wird das Vormundschaftsgericht für einen Volljährigen tätig, insbesondere durch Anordnung einer Plegschaft oder Vormundschaft, so sind die Gebühren für diese Tätigkeit ohne Rücksicht darauf zu erheben, ob von derselben Person während ihrer Minderjährigkeit etwa Gebühren nach Maßgabe der §§ 100 bis 105 erhoben sind. Dagegen findet die Regel des § 106 Satz 1 wiederum Anwendung, wenn das Vormundschaftsgericht für denselben Volljährigen in mehrfacher Richtung Maßnahmen trifft. Wird z. B. zunächst eine Plegschaft über das Vermögen nach § 1910 B. G. B. angeordnet und für denselben Volljährigen nach erfolgter Entmündigung ein Vormund bestellt (§ 1896 B. G. B.), so darf insgesamt nicht mehr als die Gebühr des § 100 und, falls eine Rechnungslegung stattfindet, jährlich die Gebühr des § 101 erhoben werden. Wenn eine minderjährige, unter Vormundschaft stehende Person entmündigt ist und demgemäß die Vormundschaft über die Volljährigkeit hinaus ohne Unterbrechung fortläuft, so liegt ein einheitliches Verfahren vor, für welches auch die Ge-

bühren nach Maßgabe der Vorschriften dieses Abschnittes einheitlich zu berechnen sind.

II. Die Gebührenermäßigung kommt ferner nur den Schutzbefohlenen zuflatten, die Zahlungspflicht Dritter, z. B. des Vaters oder der Mutter, nach § 105 Absatz 2 bleibt unberührt.

III. Absatz 3. Sachsen-Weimar § 101 Absatz 2. Beispiel: Ein Vater hat die elterliche Gewalt über ein minderjähriges und die Vormundschaft über ein volljähriges Kind und verkauft ein beiden gehöriges Grundstück. Für das volljährige Kind werden Gebühren für die Genehmigung nicht erhoben, für das minderjährige Kind wird die halbe Gebühr für die Genehmigung nach dem Werte des ganzen Grundstücks erhoben.

§ 107.

Die aus Anlaß einer Vormundschaft oder einer unter die Vorschriften des § 103 fallenden Pflegschaft oder Beistandschaft geschuldeten fälligen Gebühren und Auslagen werden während der Dauer der Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft nur insoweit erhoben, als sie aus den nach Bestreitung des Unterhalts und der Erziehung des Mündels oder sonstigen Pflegebefohlenen übrig bleibenden Überschüssen der Einkünfte seines Vermögens gedeckt werden können. Ergibt sich bei einer Rechnungslegung ein solcher Überschuß, so ist dieser alsbald zur Deckung der bis dahin entstandenen Kosten und zwar zunächst zur Deckung der noch nicht berichtigten Auslagen zu verwenden. Im Falle des § 103 Absatz 2 wird, soweit nötig, auch der Betrag des Überschusses der Einkünfte vom Vormundschaftsgerichte nach freiem Ermessen festgesetzt.

Die Vorschriften finden keine Anwendung bei der Vormundschaft oder Pflegschaft über Verschwender, Trunksüchtige, Abwesende sowie im Falle einer nach den §§ 1913 und 1914 des Bürgerlichen Gesetzbuches angeordneten Pflegschaft.

Pr. § 10. Die Gebühr nach § 100 ist ohnehin erst bei Beendigung der Vormundschaft fällig. Es kommen also die Gebühren nach § 101 und die Auslagen, soweit sie aus Anlaß der Vormundschaft, Pflegschaft, Beistandschaft entstanden sind, in Betracht. Die weitergehenden Vorschriften des Pr. O. R. O. § 10 Nr. 2, wonach auch alle nicht aus Anlaß einer Vormundschaft erwachsenen Gerichtskosten zu stunden sind, erscheinen nicht gerechtfertigt und auch unzuweckmäßig, da dadurch die Kontrolle des Vormundschaftsgerichtes über die bei Beendigung der Vormundschaft noch zu erhebenden Gebühren sehr erschwert wird. In den im Absatz 2 bezeichneten Fällen erscheint die Stundung, ebenso wie die endgültige Befreiung (§ 108 Absatz 2) nach den Grundsätzen der Billigkeit nicht erforderlich, sie wird auch von Preußen nicht gewährt. Der Betrag der Überschüsse ergibt sich aus den Rechnungen oder ist vom Vermögensverwalter anzugeben, nötigenfalls vom Vormundschaftsgerichte zu schätzen, da gegen den Inhaber der elterlichen Gewalt, wenn er die erforderlichen Angaben verweigert, Zwangsmittel nicht anwendbar sind. Es kommen nur die Einkünfte

aus dem Vermögen (nicht aus Arbeit oder gewinnbringender Beschäftigung) als Aktiva in Betracht. Als Passiva sind abzusetzen außer den zu bestreitenden Lasten (Schuldzinsen, Steuern usw.) auch die Kosten des Unterhalts und der Erziehung des Mündels in dem tatsächlich aufgewandten Betrage, und zwar auch dann, wenn der Mündel die Unterhaltskosten aus seinem Arbeitsverdienste bestritten haben sollte. Macht der Mündel aus seinem Arbeitsverdienste Ersparnisse, so kommen natürlich die aus solchen Vermögensvermehrungen demnächst entspringenden Einkünfte bei der Berechnung des Überschusses zur Geltung. Ergibt sich hiernach ein Überschuß, so sind die Kosten, wie vorgeschrieben, zu erheben (nicht die Gebühr des § 100), selbst wenn der Vermögensbestand 500 *M* zurzeit nicht erreichen sollte.

§ 108.

Die nach § 107 gestundeten Kosten sind nach Beendigung der Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft aus dem Vermögen des Mündels oder der sonstigen Pflegebefohlenen zugleich mit der nach § 100 zu berechnenden Gebühr zu erheben.

Dem früheren Mündel oder Pflegebefohlenen muß jedoch ein reines Vermögen von 500 *M* belassen werden. Der Wert der ausschließlich zum persönlichen Gebrauche des Mündels bestimmten Sachen (insbesondere Kleider, Schmudfsachen, Arbeitsgeräte) bleibt bei Feststellung des Vermögenswertes außer Ansaß.

Die Vorschriften des Absatzes 2 des § 107 finden Anwendung.

Die Verjährung der nach § 107 gestundeten Kosten beginnt erst mit dem Schlusse des Jahres, in welchem die Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft beendet ist.

Vgl. Pr. § 10 Nr. 4 Br. O. R. G. § 24 Absatz 2. Da die Gebühren für die Vormundschaften mit kleinen Vermögen nach den neuen Bestimmungen wesentlich geringer als bisher sind, so erscheint es genügend, wenn dem Mündel ein Vermögen von 500 *M* frei bleibt. Wegen der zum persönlichen Gebrauche bestimmten Sachen vgl. §§ 1362 Absatz 2, 1366 B. G. B. Die Berechnung ist für jeden Mündel besonders anzustellen. Eine weitere Gebührenfreiheit ist im § 13 B vorgesehen.

Nach § 202 B. G. B. hemmt zwar die Stundung die Verjährung, es ist aber zweifelhaft, ob dies auf eine gesetzlich vorgesehene Stundung Anwendung findet, auch würde es eventuell auf die Konstatierung der Stundung durch das Vormundschaftsgericht ankommen. Die Vorschrift des Absatz 3 ist deshalb zweckmäßig.

§ 109.

Der Beendigung der Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft ist es im Sinne dieses Abschnittes gleich zu achten, wenn die Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft an eine andere Behörde abgegeben wird, die außerhalb des Herzogtums ihren Sitz hat.

Der Paragraph empfiehlt sich im Interesse der Staatskasse. Selbstverständlich sind die Gebühren nach Maßgabe dieses Gesetzes auch voll zu erheben, wenn eine Vormundschaft von auswärts übernommen wird.

Achter Abschnitt.

Personenstand.

Annahme an Kindesstatt.

§ 110.

Für die Bestätigung des Vertrages, durch welchen jemand an Kindesstatt angenommen oder das durch die Annahme an Kindesstatt begründete Rechtsverhältnis wieder aufgehoben wird, ist die im Tarife C bestimmte Gebühr zu erheben.

Ist der Vertrag von dem zur Bestätigung zuständigen Gerichte beurkundet, so werden für die Bestätigung besondere Gebühren nicht erhoben.

Hierzu sind B. G. B. §§ 1741, 1770, F. G. §§ 65 bis 68 zu vergleichen. Für die Bestätigung des Vertrages, durch welchen jemand an Kindesstatt angenommen oder das durch die Kindesannahme begründete Rechtsverhältnis wieder aufgehoben wird, werden zurzeit nach Br. G. R. G. § 22 Nr. 2 $\frac{2}{10}$ der Sätze des § 8 D. G. R. G. erhoben. Da es sich um eine nicht vermögensrechtliche Angelegenheit handelt, so betrug die Gebühr unter Anwendung des § 10 D. G. R. G. (ebenso § 27 des gegenwärtigen Gesetzes) regelmäßig 8 \mathcal{M} 80 \mathcal{J} , und sie konnte ausnahmsweise auf 1 \mathcal{M} 50 \mathcal{J} ermäßigt oder auf 58 \mathcal{M} erhöht werden. Diese Gebühr erscheint etwas zu hoch, zumal in zwischen der Annahmevertrag mit einem Stempel von 50 \mathcal{M} , welcher allerdings bei nachgewiesener Bedürftigkeit ermäßigt oder erlassen werden kann, belegt ist. Preußen G. R. G. § 99 erhebt $\frac{5}{10}$ der Gebühr des Tarifes A. Das Gericht hat vor der Bestätigung zu prüfen, ob die gesetzlichen Erfordernisse der Annahme an Kindesstatt sämtlich gewahrt sind (§ 1754 Absatz 2 B. G. B.), und dieser Tätigkeit entspricht am besten die vorgeschriebene Gebühr des Tarifes C. Die Gebühr beträgt demnach regelmäßig 4 \mathcal{M} 60 \mathcal{J} , mindestens 1 \mathcal{M} und höchstens 45 \mathcal{M} , und läßt gegenüber den entsprechenden preussischen Sätzen (3 \mathcal{M} 50 \mathcal{J} , 90 \mathcal{J} , 15 \mathcal{M}) bei besonders glänzenden Verhältnissen eine angemessene Steigerung zu.

Die Vorschrift des Absatzes 2 entspricht dem bisherigen Rechte (Br. G. R. G. § 22 Nr. 3), sie findet nur Anwendung, wenn der Annahmevertrag (Gebühr § 39), nicht auch dann, wenn lediglich Einwilligungserklärungen durch das für die Bestätigung zuständige Amtsgericht beurkundet werden. Wird der Antrag auf Bestätigung zurückgewiesen, so sind nach § 122 $\frac{5}{10}$ der im Tarife C bestimmten Gebühr zu erheben. Zahlungspflichtig ist der Antragsteller.

Erklärungen über den Familiennamen.

§ 111.

Für die Entgegennahme der in den §§ 1577 Absatz 2 und 3 und 1706 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches vorgesehenen Erklärungen durch das Amtsgericht und für die sich daran schließende gerichtliche Tätigkeit werden fünf Zehntelle der in dem Tarife C bestimmten Gebühr erhoben.

Nach §§ 76 und 78 des A. G. Nr. 36 zum B. G. B. ist für die Entgegennahme der in §§ 1577 Absatz 2 und 3 und 1706 B. G. B. bezeichneten Erklärungen das Amtsgericht nur zuständig, sofern nicht die Zuständigkeit eines braunschweigischen Standesbeamten gegeben ist. Eine besondere Gebühr für die Entgegennahme war bisher nicht vorgesehen, gewöhnlich wurde die Erklärung beurkundet und dafür der Satz A III erhoben, also bei dem regelmäßig zunehmenden Werte von 2000 \mathcal{M} (§ 10 D. G. R. G.) eine Gebühr von 2 \mathcal{M} 50 \mathcal{J} .

Das Gesetz schreibt $\frac{5}{10}$ der Gebühr des Tarifes C vor, welche der in den meisten Staaten erhobenen Gebühr von $\frac{1}{10}$ nach § 8 des D. G. R. G. nahe kommt; der preussische Satz von $\frac{2}{10}$ der Sätze des § 8 D. G. R. G. (Pr. G. R. G. § 98) erscheint zu hoch. Die Gebühr beträgt unter Anwendung des § 27 regelmäßig 2 \mathcal{M} 30 \mathcal{J} , mindestens 50 \mathcal{J} und höchstens 22 \mathcal{M} 50 \mathcal{J} . Durch die Gebühr wird die Beurkundung der Erklärung vor dem zuständigen Amtsgerichte — vor einem anderen Gerichte oder Notar kostet die Beurkundung die Gebühr des Tarifes A (§ 38) —, sowie die Benachrichtigung des zuständigen Standesbeamten und Erteilung einer Ausfertigung (vorbehaltlich der Schreibgebühren hierfür) mit abgegolten. Wird die Entgegennahme der Erklärung abgelehnt, so ist § 122 anwendbar.

Bemerkung.

Die Befreiung von Ehehindernissen und vom Aufgebote, sowie die Befreiung von den hinsichtlich der Annahme an Kindesstatt für den Annehmenden vorgeschriebenen Alterserfordernissen, wird nach der Verordnung Nr. 64 vom 1. August 1899 durch Herzogliches Staatsministerium, Abteilung der Justiz, erteilt, es können deshalb gerichtliche Gebühren dafür nicht angesetzt werden. In Preußen sind für diese Befreiungen teilweise die Amtsgerichte zuständig, weshalb § 98 Pr. G. R. G. Vorschriften für diese Fälle trifft.

Standesnebenregister; Aufsichtsführung über die Standesämter.

§ 112.

Der Gebührentarif des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 findet auf die Vorlegung der bei den Amtsgerichten aufbewahrten Standesnebenregister zur Einsicht und auf die Erteilung beglaubigter Abschriften aus denselben Anwendung.

Die Einrichtungen des Gerichts erster Instanz nach Maßgabe der §§ 11 Absatz 3 und 65, 66 des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 erfolgen kostenfrei.

Nach §§ 69, 186 F. G. gehört die im Personenstandsgefetze vom 6./2. 1875 (geändert durch Artikel 46 E. G. zum B. G. B.) dem Gerichte erster Instanz auferlegte Tätigkeit zur Zuständigkeit der Amtsgerichte, was im Herzogtume schon vor Inkrafttreten des F. G. durch Bekanntmachung des Staatsministeriums Nr. 74 vom 9. September 1875 angeordnet war. Es ist anzunehmen, daß der dem Reichsgefetze angehängte Gebührentarif nicht bloß auf die Hauptregister, sondern auch auf die bei den Amtsgerichten geführten Nebenregister Anwendung finden soll. Der größeren Deutlichkeit wegen ist dies im § 112 ausdrücklich vorgeschrieben. Es werden danach erhoben für die Vorlegung zur Einsicht für jeden Jahrgang 50 \mathcal{J} , für mehrere Jahrgänge zusammen jedoch höchstens 1 \mathcal{M} 50 \mathcal{J} ; für die Erteilung eines beglaubigten Auszuges mit Einschluß der Schreibgebühren 50 \mathcal{J} , und wenn sich der Auszug auf mehrere Eintragungen bezieht und das Nachschlagen von mehr als einem Jahrgange der Register erfordert, für jeden weiter nachzuschlagenden Jahrgang noch 50 \mathcal{J} , jedoch zusammen höchstens 2 \mathcal{M} . Im amtlichen Interesse und bei Unvermögen der Beteiligten ist die Einsicht der Register und die Erteilung der Auszüge gebührenfrei zu gewähren (§ 16 Absatz 2 des Reichsgefetzes). Wegen Erteilung der Auszüge sind ferner §§ 15, 16 des Reichsgefetzes und die §§ 19 und 24 (vgl. auch § 21) der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 25. März 1899, Reichsgefetzblatt S. 225 fg. zu vergleichen.

Absatz 2. In § 16 Absatz 1 des Reichsgefetzes vom 6./2. 1875 ist vorgeschrieben, „die Führung der Standesregister und die darauf bezüglichen Verhandlungen erfolgen kosten- und stempelfrei“. Hiernach sind unzweifelhaft für die Eintragungen in das Nebenregister (§ 14 Absatz 3 des Gefetzes) Gebühren nicht zu erheben. Bestritten ist, ob für die Tätigkeit des Gerichts erster Instanz gemäß der §§ 11 Absatz 3 und 65, 66 des Reichsgefetzes landesgefetzliche Gebühren vorgeschrieben werden können oder ob diese Tätigkeit als eine auf die Führung der Register bezügliche Verhandlung nach § 16 des Reichsgefetzes gebührenfrei zu geschehen hat. Einige Staaten, wie Sachsen-Weimar § 107, und Baden § 26, erheben Gebühren, während in Preußen (Mügel, Anmerkung 1 zu § 80) und in Mecklenburg-Schwerin in den Motiven ausgeführt wird, daß § 16 cit. sich auf die fraglichen Handlungen des Gerichts mit beziehe. Bei dieser Sachlage erscheint es ratsam, die Tätigkeit des Gerichts gebührenfrei zu lassen und auch Auslagen nicht zu erheben und dies zur Vermeidung von Zweifeln im Gefetze vorzuschreiben, zumal auch bisher Kosten nicht erhoben sind.

Neunter Abschnitt.

Sonstige Angelegenheiten.

Unschädlichkeitszeugnisse.

§ 113.

Für das Verfahren, betreffend die Erteilung von Unschädlichkeitszeugnissen, wird die im Tarife A bestimmte Gebühr, jedoch mindestens 1 \mathcal{M} erhoben.

Hierzu sind die §§ 57 bis 60 des A. G. Nr. 36 zum B. G. B. zu vergleichen. Die Gebühr ist für das Verfahren bestimmt und daher erwachsen,

sobald das Gericht mit den von Amts wegen vorzunehmenden Ermittlungen begonnen hat. Der demnächst abzugebende Beschluß, mag durch denselben das Zeugnis erteilt oder abgelehnt werden, wird durch die Gebühr mit gedeckt. Würde allerdings der Antrag zurückgenommen, bevor irgend eine gerichtliche Verfügung zwecks Sachuntersuchung abgegeben ist, so würde nur die Zurücknahmegebühr des § 121 entstehen, und die Zurückweisungsgebühr des § 122 ist zu erheben, wenn der Antrag von vornherein ohne irgend welche Ermittlungen als unzulässig abgewiesen wird. Die auf Grund des Unschädlichkeitszeugnisses erfolgenden Eintragungen im Grundbuche sind selbstverständlich nach den Vorschriften des vierten Abschnittes besonders zu bewerten. Als Wert ist anzunehmen in den Fällen des A. G. Nr. 36 zum B. G. B. § 58 Ziffer 1 und 4 der Wert des veräußerten Grundstücksteils und, wenn der Wert der Belastungen, deren Erlöschen bezweckt wird, geringer ist, der Wert dieser Belastungen, im Falle des § 58 Ziffer 2 der Wert des dem jeweiligen Eigentümer an dem anderen Grundstücke zuzuschreibenden Rechts, im Falle des § 58 Ziffer 3 der Wert des zu löschenden, vorgehenden Rechts. Zahlungspflichtig ist der Antragsteller.

Bisher wurde (jedoch nur für die Entscheidung über den Antrag auf Erteilung des Unschädlichkeitszeugnisses) die im § 22 Nr. 2 Br. G. R. G. vorgesehene Gebühr von $\frac{2}{10}$ des § 8 des D. G. R. G. erhoben; dieser Gebühr kommt die jetzt vorgeschriebene Gebühr des Tarifes A in den hier fast ausnahmslos in Betracht kommenden unteren Wertklassen nahezu gleich.

Feststellung des Zustandes oder des Wertes einer Sache; Bestellung eines Dispaheurs, eines Verwahrers oder eines Vertreters des Grundstückseigentümers; Pfandverkauf; Bewilligung öffentlicher Zustellungen usw.

§ 114.

Die im Tarife C bestimmte Gebühr wird erhoben:

1. für die Anordnungen, welche die Feststellung des Zustandes oder des Wertes einer Sache zum Gegenstande haben;
2. für die Bestellung eines Dispaheurs oder Verwahrers einschließlich der Bestimmung seiner Vergütung, sowie für die Bestellung eines Vertreters des Grundstückseigentümers im Falle des § 1141 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches;
3. für Entscheidungen über die Art des Pfandverkaufs;
4. für die Entscheidungen, betreffend die Bewilligung der öffentlichen Zustellung einer Willenserklärung und der Veröffentlichung der Kraftloserklärung von Vollmachten.

Findet eine Beweiserhebung seitens des Gerichts durch Einnahme des Augenscheins, Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen statt, so wird dafür die im Tarife C bestimmte Gebühr noch einmal erhoben.

Nr. 1. Die Nr. 1 ist anwendbar in den Fällen des § 164 F. G., vgl. insbesondere B. G. B. §§ 1034, 1067, 1075, 1372 Absatz 2, 1439, 1528 Absatz 2, 1550, 2122 und des H. G. B. §§ 438 Absatz 3, 464, § 61 des Binnenschiffahrtsgesetzes. Ist gleichzeitig der Zustand und der Wert der Sache festzustellen, so ist die Gebühr nur einmal anzusetzen. Nach § 22 Ziffer 2 Br. G. R. G. wurden bisher $\frac{2}{10}$ der Sätze des § 8 D. G. R. G. erhoben, die vorgeschriebene Gebühr kommt diesen Sätzen nahe. Durch Br. G. R. G. Anlage A Ziffer V Absatz 3 war eine besondere Gebühr für die Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen in diesen Fällen ausgeschlossen. Da aber solche Vernehmungen und Augenscheineinnahmen, wenn sie durch das Gericht erfolgen, stets einen besonderen Zeitaufwand und eine gewisse Mühewaltung erfordern, so schreibt § 114 Absatz 2 dafür die nochmalige Erhebung der Gebühr C vor. Pr. G. R. G. § 101 und Sachsen-Weimar § 141 erheben für die Entscheidung über den Antrag $\frac{3}{10}$ und für die Beweisaufnahme vor dem Gerichte daneben $\frac{2}{10}$ der Sätze des § 8 D. G. R. G. Vgl. auch § 36 D. G. R. G. Nr. 2. Hierzu sind § 87 des Binnenschiffahrtsgesetzes, § 165 F. G., §§ 432, 1217, 1275, 1281, 2039 des B. G. B., ferner H. G. B. §§ 157 Absatz 2 Satz 2, 161 Absatz 2, § 74 des Gesetzes über die Gesellschaften mit beschr. Haftung, § 93 des Gen. Ges. zu vergleichen. § 114 Absatz 2 ist für anwendbar erklärt in den §§ 1192, 1200 B. G. B. Bisher wurden $\frac{2}{10}$ der Gebühr des § 8 D. G. R. G. nach Br. G. R. G. § 22 Nr. 2 erhoben. Pr. G. R. G. § 101.

Nr. 3 ist anwendbar auf die Fälle des B. G. B. § 1246 Absatz 2, F. G. § 166 und auf die zahlreichen Fälle, in welchen ein gesetzliches Pfandrecht gegeben ist, sofern nicht im einzelnen Falle abweichende Vorschriften bestehen (§ 1257 B. G. B.). Bisher Br. G. R. G. § 22 Nr. 2. Vgl. Pr. G. R. G. § 101 und auch D. G. R. G. § 35 Ziffer 2 in Verbindung mit E. P. D. § 825.

Nr. 4. Vgl. B. G. B. §§ 132 Absatz 2, 176. Die Ausführung der Zustellung im Falle des B. G. B. zu § 132 Absatz 2 erfolgt nach den Vorschriften der E. P. D. und die Gebühren dafür richten sich nach dem D. G. R. G. und der D. Geb. D. für Gerichtsvollzieher. Bisher Br. G. R. G. § 22 Nr. 2.

Absatz 2 bezieht sich hauptsächlich auf den Fall der Nr. 1, er findet aber auch Anwendung, wenn in den unter den Nummern 2 bis 4 bezeichneten Fällen eine Beweisaufnahme vor dem Gerichte vorkommen sollte. Der Wert ist in allen Fällen nach freiem Ermessen (§ 20) festzusetzen.

Dispache.

§ 115.

Wird bei einem Gerichte eine Verhandlung über die vom Dispacheur aufgemachte Dispache beantragt, so wird für das gesamte Verfahren, einschließlich der Bestätigung der Dispache, das Zweifache der im Tarife C bestimmten Gebühr erhoben, doch kommt diese Gebühr nur einfach in Ansatz, wenn der nach § 153 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit gestellte Antrag auf Verhandlung zurückgewiesen wird. Als Wert des Gegenstandes ist anzunehmen der Betrag des Havarieschadens, wenn jedoch der Wert des Geretteten an Schiff, Fracht

und Ladung geringer ist, dieser geringere Betrag. Wird die Dispathe bestätigt, so haften die am Verfahren Beteiligten für die Kosten als Gesamtschuldner.

Die Grundsätze des § 26 Absatz 2 des Br. G. R. G. sind beibehalten, nur sind an Stelle von $\frac{3}{10}$ und $\frac{2}{10}$ der Sätze des D. G. R. G. dem Systeme des Gesetzes entsprechend die etwa gleich hohen Sätze der doppelten und einfachen Gebühr nach Tarif C getreten. Die Vorschriften über die Wertherrechnung sind aus Zweckmäßigkeitsgründen aus dem Br. G. R. G. § 102 (ebenso Mecklenburg § 85) übernommen, ebenfalls der Schlusssatz des § 115. Wird die Dispathe nicht bestätigt, so haftet nur der Antragsteller für die Kosten des Verfahrens. Wird der Antrag zurückgenommen, bevor auf denselben verfügt ist, so kommen nach § 121 nur $\frac{1}{10}$ der für das Verfahren bestimmten Gebühr, mithin $\frac{2}{10}$ der im Tarife C vorgesehenen Gebühr zur Erhebung. Durch die Gebühren des § 115 wird nur das in den §§ 153 bis 156 F. G. geregelte Verfahren abgegolten, für eine Entscheidung des Gerichts außerhalb dieses Verfahrens gemäß § 150 F. G. wird die Gebühr des § 116, für die Ernennung eines Dispatheurs diejenige des § 114 Nr. 2 erhoben.

Entscheidungen in Vereins-, Gesellschafts- und Genossenschaftssachen.

§ 116.

Für die Erledigung der auf dem Gebiete des Vereins-, des Gesellschafts- und des Genossenschaftsrechts den Gerichten zugewiesenen von den Deutschen Prozeßordnungen nicht betroffenen Angelegenheiten, welche eine Entscheidung des Gerichts erfordern, wird, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, die im Tarife C bestimmte Gebühr erhoben.

Die im § 116 bezeichneten Geschäfte unterlagen bisher einem Gebührensätze von $\frac{2}{10}$ nach § 8 D. G. R. G., die vorgeschriebene Gebühr des Tarifes C kommt diesen Sätzen nahe (vgl. Br. G. R. G. §§ 26 Absatz 1, 27 Absatz 2, in welchen die Genossenschaftssachen allerdings nicht erwähnt sind). Die Vorschrift des § 116 findet Anwendung, soweit nicht ein anderes bestimmt ist. Reichsgesetzlich sind geregelt die Entscheidungen über Anträge auf Eintragung in das Genossenschaftsregister oder die Liste der Genossen (§ 159 Gen. Ges., vgl. Bemerkung zu § 80). In diesem Gesetze sind besondere Gebührenvorschriften getroffen für die mit der Führung des Handelsregisters und des Vereinsregisters verbundenen Geschäfte (§ 77 fg.), für das Ordnungsstrafverfahren (§ 117) und für die im § 114 bezeichneten Einrichtungen, für welche letzteren übrigens dieselbe Gebühr bestimmt ist. Nicht unter § 116 fallen solche Geschäfte, bei denen das Gericht keine Entscheidung abgibt, sondern eine beurkundende oder beaufsichtigende Tätigkeit ausübt, z. B. ist für die Protokollierung bei Generalversammlungen § 51 c anwendbar und die Entgegennahme von Geschäftsberichten und sonstigen zum Handelsregister einzureichenden Schriftstücken durch das Registergericht wird durch die Eintragungsgebühren mit abgegolten. Die Geschäftstätigkeit, für welche § 116 gilt, umfaßt das Vereinsrecht (d. h. die Rechtsverhältnisse nicht nur der eingetragenen, sondern überhaupt aller rechtsfähigen Vereine), das Gesellschaftsrecht (die Rechtsverhältnisse der offenen

Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung) und das Genossenschaftsrecht (hier kommen wohl nur die eingetragenen Genossenschaften in Betracht, da die landesgesetzlichen Genossenschaften, wie die Real-, Wasser-, Fischerei-, Forst-, Deich- und Bergbau-Genossenschaften durchweg der Aufsicht der Verwaltungsbehörden unterstellt sind, welche letzteren auch zur Abgabe der hier fraglichen Entscheidungen in der Regel zuständig sind). Die Begriffe Vereine, Gesellschaften, Genossenschaften im § 116 sind jedoch im weitesten Sinne zu verstehen. Hervorzuheben sind folgende Fälle:

- a) Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und Liquidatoren (H. G. B. §§ 146, 147, 161 Absatz 2, 295, 302 Absatz 4, 320 Absatz 2, 331 Absatz 2; § 66 des Gesetzes über die Gesellschaften mit beschr. Haftung; § 83 des Gen. Ges.; §§ 29, 48, 86 B. G. B.; §§ 16 Absatz 3, 17 des Reichsgesetzes vom 4. Dezember 1899 über die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen);
- b) Ernennung von Revisoren und Festsetzung der Vergütung derselben sowie die Entscheidung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Revisoren und Gründern (H. G. B. §§ 192, 194, 266; Gen. Ges. §§ 61, 62);
- c) Bestellung von Prozeßvertretern im Falle des § 268 H. G. B.;
- d) Ermächtigung zur Berufung einer Generalversammlung (H. G. B. § 254; § 45 Gen. Ges.; § 4 Absatz 1 des Reichsgesetzes über die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen vom 4. Dezember 1899; B. G. B. § 37 Absatz 2);
- e) Anordnungen über Mitteilung einer Bilanz usw. an einen Kommanditisten oder stillen Gesellschafter (H. G. B. §§ 166, 338);
- f) Ermächtigung von Gläubigern, Aktionären, Genossen zur Einsicht hinterlegter Bücher usw. (H. G. B. § 302; § 93 des Gen. Ges.; § 74 des Gesetzes über die Gesellschaften mit beschr. Haftung);
- g) Auflösung einer Genossenschaft oder Entziehung der Rechtsfähigkeit eines Vereins wegen zu geringer Mitgliederzahl (Gen. G. § 80; B. G. B. § 73);
- h) Entscheidung über die Verpflichtung des Dispatcheurs zur Aufmachung der Dispatche (F. G. § 150).

Der Wert ist in allen Fällen gemäß § 20 nach freiem Ermessen festzusetzen, es wird unbedenklich sein, wenn der Richter sich dabei, wenn jegliche Anhaltspunkte fehlen, an die Bestimmungen des § 27 anlehnt.

Ordnungsstrafverfahren.

§ 117.

In dem in den §§ 132 bis 139 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit geordneten Verfahren werden von der im § 62 des Deutschen Gerichtskostengesetzes bestimmten Gebühr erhoben:

Braunschweigisches Kostengesetz und Gebührenordnung.

1. für jede Verfügung, durch welche gegen den Beteiligten eine Ordnungsstrafe festgesetzt wird, fünf Zehnteile;
2. für jede Entscheidung, durch welche ein erhobener Einspruch ohne Straffestsetzung zurückgewiesen wird, zwei Zehnteile.

Die Gebühren werden nach der Höhe der festgesetzten, im Falle der Ziffer 2 der angedrohten, Ordnungsstrafe berechnet. Die Gebührenberechnung erfolgt für jeden Beteiligten nach Maßgabe der gegen ihn erkannten oder angedrohten Ordnungsstrafe besonders.

Für die Androhung der Strafen, desgleichen für die gerichtlichen Verhandlungen in dem Falle, wenn der erhobene Einspruch für begründet erachtet wird, werden Gebühren nicht erhoben.

Diese Vorschriften finden auf andere Fälle der Festsetzung von Ordnungsstrafen entsprechende Anwendung.

Die Vorschriften des § 15 Br. G. R. G. sind im wesentlichen beibehalten. An Stelle der allgemeinen Verweisung auf die Vorschriften des D. G. R. G. über Gebühren in Strafsachen, durch welche Verweisung Zweifel entstehen können, ist die Wertberechnungsvorschrift im Absätze 2 getroffen, durch welche zugleich der hinsichtlich der Gebühr der Ziffer 2 bisher fehlende Maßstab für die Gebührenberechnung gegeben ist. Ob die Festsetzung der Ordnungsstrafe gemäß § 133 F. G. oder nach Verwerfung des Einspruchs (§ 135 Absatz 2 F. G.) erfolgt, macht für die Gebührenerhebung keinen Unterschied. Der Absatz 3 entspricht auch dem bisherigen Rechte, doch ist die Erhebung von Auslagen, welche durch die Strafandrohung verursacht sind, nicht allgemein ausgeschlossen; solche Auslagen sind, wenn es zu einer Verurteilung in die Kosten kommt (§ 138 F. G. § 7 Absatz 2 des A. G. Nr. 38 zum F. G.), von dem Verurteilten zu erheben. Absatz 4 ist durch die Fassungsänderung des Absatzes 1 erforderlich geworden, er bringt zum Ausdruck, daß die Vorschriften des § 117 auf alle in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit verhängten Ordnungsstrafen Anwendung finden sollen.

Durch die Verurteilung in die Kosten wird nach § 7 Satz 1 die Zahlungspflicht des Verurteilten der Staatskasse gegenüber begründet. Ist über die Haftung für die Auslagen in der Entscheidung nichts bestimmt, so regelt sich die Haftung bei mehreren Beteiligten nach § 9 Absatz 2 und 3.

Wird gemäß § 136 F. G. eine früher festgesetzte Ordnungsstrafe aufgehoben, oder abgeändert, so bleibt die Gebühr für die frühere Festsetzung der Ordnungsstrafe bestehen. Für die Wiedereinfekung in den vorigen Stand (§ 137 F. G.) wird keine Gebühr berechnet.

Wie sich aus der Stellung des § 117 ergibt, findet derselbe keine Anwendung auf Ordnungsstrafen, welche in einem zur streitigen Gerichtsbarkeit gehörigen Verfahren verhängt werden, z. B. gegen Konkursverwalter, Zwangsverwalter. Für die Verhängung dieser Ordnungsstrafen wird neben der Gebühr für das betreffende Verfahren eine besondere Gebühr nicht erhoben. Ebenso wenig wird eine Gebühr für die Verhängung von Ordnungsstrafen gegen Zeugen und Sachverständige erhoben (§ 13 Ziffer 5). Der bisherige Absatz 2 des § 15 Br. G. R. G. wird durch die Vorschrift des § 127 Absatz 1 ersetzt.

Rechtshilfe.

§ 118.

Für die Erledigung des Ersuchens eines nicht braunschweigischen Gerichts in Angelegenheiten, welche durch das Deutsche Gerichtskosten gesetz nicht betroffen werden, oder des Ersuchens einer anderen Behörde, welche in einem anderen Staate die Verrichtungen des Vormundschaftsgerichts oder des Nachlaßgerichts wahrnimmt, sind außer den baren Auslagen zu erheben:

1. wenn eine Handlung vorgenommen wird, für welche besondere Gebühren bestimmt sind, diese Gebühren;
2. wenn nur um die Zustellung oder Aushändigung eines Schriftstücks ersucht ist, fünf Zehnteile der im Tarife C bestimmten Gebühr, jedoch nicht über 10 *M.*;
3. in allen anderen Fällen die im Tarife C bestimmte Gebühr, jedoch nicht über 20 *M.*

Die bestehenden Staatsverträge werden hierdurch nicht berührt. Gebühren und Auslagen werden nicht erhoben, soweit die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Ob diese Voraussetzung vorliegt, entscheidet in Zweifelsfällen Herzogliches Staatsministerium, Abteilung der Justiz.

Vgl. Pr. G. R. G. § 106. Die vorgeschriebenen Sätze entsprechen annähernd den bisherigen Sätzen des § 28 Pr. G. R. G. Es ist zu unterscheiden:

I. Wenn ein braunschweigisches Gericht ein anderes braunschweigisches Gericht um Vornahme einer Amtshandlung ersucht, so werden, sofern es sich um einen Akt wahrer Rechtshilfe handelt, die bei dem ersuchten Gerichte erwachsenen Gebühren und Auslagen durch das ersuchende Gericht angesetzt und erhoben (vgl. § 6 und Bemerkungen I und II dazu).

II. Für die Erledigung des Ersuchens eines andern deutschen Gerichts in streitigen Rechtsfachen sind Gebühren im D. G. R. G. nicht vorgesehen und nicht zu erheben. Durch § 165 des G. B. G., welcher nach § 2 F. G. auch in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit Anwendung findet, wird nun freilich die Erstattung der Rechtshilfekosten seitens des ersuchenden Staates beseitigt, jedoch die Erhebung der Kosten von den Parteien nicht ausgeschlossen. Gleichwohl sind Gebühren für die Tätigkeit aus Anlaß des Ersuchens eines deutschen Gerichts regelmäßig nicht zu erheben, weil dies ausgeschlossen ist durch I A 1 „der Grundsätze über die Erstattung von Kosten der Rechtshilfe oder sonstigen Beistandsleistung in gerichtlichen Angelegenheiten“, welche zwischen sämtlichen Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen vereinbart und durch Herzogliches Staatsministerium unterm 9. März 1907 bekannt gegeben sind (Zeitschrift für Rechtspflege 1907 S. 50 fg.). Diese Grundsätze gelten für die Rechtshilfe sowohl in Angelegenheiten der streitigen Gerichtsbarkeit wie in solchen der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschließlich der Grundbuchsachen. Auch bare Auslagen werden nach den erwähnten Grundsätzen, abgesehen von solchen, welche durch eine Ablieferung oder Strafvollstreckung entstehen, nicht erstattet.

Der Betrag anderer Auslagen ist der ersuchenden Behörde mitzuteilen, damit diese sie von der zahlungspflichtigen Partei einziehen kann, eine Ablieferung der eingezogenen Beträge an das ersuchte Gericht findet abweichend von § 165 Absatz 3 G. B. G. nicht mehr statt. Nur in dem einen Falle können seitens des ersuchten Gerichts nach I A 3 der Grundsätze Gebühren erhoben werden, wenn nämlich die Tätigkeit der ersuchten Behörde über den Gegenstand des bei der ersuchenden Behörde anhängigen Verfahrens hinausgeht; nur in diesem Falle findet also eine Gebührenerhebung auf Grund des § 118 für die gerichtliche Tätigkeit infolge des Ersuchens eines deutschen Gerichts statt, da ein Akt wahrer Rechtshilfe nicht vorliegt. Die Voraussetzung der Ziffer I A 3 der Grundsätze trifft z. B. zu, wenn ein Vormundschaftsgericht ein anderes Gericht um Vernehmung des angeblichen Erzeugers eines unehelichen Kindes ersucht und aus Anlaß des Ersuchens von dem ersuchten Gerichte ein Alimentenvergleich oder doch Verpflichtungserklärungen des Erzeugers aufgenommen werden.

III. Regelmäßig werden Gebühren und Auslagen nach § 118 bei Ersuchen ausländischer Gerichte erhoben, soweit nämlich nicht nach Absatz 2 Staatsverträge entgegenstehen, oder die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Die in dem Rechtshilfeverkehr mit den verschiedenen Staaten geltenden Grundsätze sind zusammengestellt in der Allg. Verf. Herzoglichen Staatsministeriums, Abteilung der Justiz, vom 31. August 1906, abgedruckt Zeitschrift für Rechtspf. Bd. 53 Beilageheft II. Einer besonderen Entscheidung des Staatsministeriums, Abteilung der Justiz, im Sinne des Schlusssatzes des § 118 bedarf es natürlich nur, wenn Zweifel bestehen.

IV. Auf Ersuchen in Verwaltungssachen findet § 118 keine Anwendung, in dieser Hinsicht bleiben die bisherigen Vorschriften bestehen. Danach sind regelmäßig Gebühren nicht zu berechnen, dagegen die Auslagen von der ersuchenden Behörde zu erstatten. Vgl. z. B. Gewerbe-Unfall-Ges. § 144, Inv. u. Alt. Verf. Ges. § 172, § 9 des Reichsges. vom 9. Juni 1895. Wird Rechtshilfe geleistet zum Zwecke der Einziehung der Kosten, welche in Angelegenheiten der freiwilligen oder streitigen Gerichtsbarkeit entstanden sind, so findet eine Erstattung der durch die Beistandsleistung entstandenen Auslagen nicht statt (vgl. die unter II erwähnten zwischen sämtlichen Bundesstaaten vereinbarten Grundsätze V A und B).

Generalklausel.

§ 119.

Für alle Verrichtungen des Gerichts, für welche weder eine Gebühr bestimmt, noch die gebührenfreie Erledigung vorgesehen ist, und welche nicht bloß als Nebengeschäfte eines anderen gebührenpflichtigen Geschäfts anzusehen sind, werden drei Zehntele der im Tarife A bestimmten Gebühr erhoben.

Vgl. Pr. § 108. Da eine vollständige Aufzählung aller Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit bei deren Mannigfaltigkeit nicht tunlich ist, auch veralten würde, sobald durch die Reichs- oder Landesgesetzgebung den Gerichten neue Geschäfte übertragen würden, so empfiehlt es sich, nach dem Vorgange

anderer Staaten eine Generalklausel in das Gesetz aufzunehmen, wonach die Gebühr für nicht besonders erwähnte Geschäfte bestimmt wird. Die Erhebung der Gebühr des § 119 findet nicht statt, wenn entweder in Reichs- oder Landesgesetzen die Gebührenfreiheit ausdrücklich vorgeschrieben ist oder aus dem Zusammenhange des Gesetzes die Absicht der Nichterhebung einer Gebühr, wie insbesondere bei Nebengeschäften, zu entnehmen ist. Beispiele für die Anwendung des § 119 sind: Die Zuziehung eines Richters oder Notars bei Aufnahme eines Inventars durch den Konkursverwalter oder den Erben (R.D. § 123, B. G. B. § 2002), da die Gebühr des § 53 nur erhoben wird, wenn der Urkundsperson die Aufnahme des Vermögensverzeichnis übertragen wird.

Zehnter Abschnitt.

Gemeinschaftliche Bestimmungen für die Abschnitte III bis IX.

Vauschcharakter der Gebühren; Anbringung von Anträgen, Gesuchen und Beschwerden.

§ 120.

Die im dritten bis neunten Abschnitte für einzelne Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit bestimmten Gebühren umfassen die gesamte Tätigkeit des Gerichts oder Notars einschließlich aller Nebengeschäfte.

Die Aufnahme von Anträgen, Gesuchen, Erklärungen und Beschwerden erfolgt, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, gebührenfrei. Dies gilt auch, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, für welche die Gerichte eines anderen Bundesstaates zuständig sind.

Die von dem Gerichtsschreiber besorgte protokollarische Aufnahme von Anträgen auf Bewilligung von Leihhausdarlehen und die bezüglich solcher Darlehen mit den Leihhausanstalten einzuleitenden Verhandlungen sind gebührenfrei.

I. Vgl. Pr. § 109 Absatz 1. Im Absatz 1 ist der Grundsatz ausgesprochen, daß die sämtlichen in den Abschnitten III bis IX bestimmten Gebühren Vauschsätze sind, durch welche die gesamte, das Geschäft betreffende gerichtliche oder notarielle Tätigkeit vergütet wird, einschließlich aller die Vor- nahme des Geschäfts vorbereitenden oder als Ausführungshandlung ihm nach- folgenden Akte. Die an verschiedenen Stellen des Gesetzes sich findenden be- sonderen Hinweise auf die Gebührenfreiheit von Nebengeschäften sind darum bloße Anwendungen eines allgemeinen Grundsatzes, nicht Ausnahmen von einer entgegenstehenden Regel.

II. Der Absatz 2 stellt eine Folgerung aus dem im Absätze 1 auf- gestellten Grundsatz dar. Die Vorschrift bezieht sich auch auf Anträge und Erklärungen, die bei einem anderen als dem zuständigen Gerichte zu Protokoll

des Richters (z. B. des Vormundschaftsrichters) oder gemäß § 11 F. G. zu Protokoll des Gerichtsschreibers erfolgen, gleichviel ob das zuständige Gericht im Herzogtume oder in einem anderen Bundesstaate liegt. In letzterer Hinsicht ist die Gegenseitigkeit durch die unter sämtlichen Bundesstaaten vereinbarten Grundsätze unter IC festgestellt (vgl. Bemerkung II zu § 118 und Zeitschrift für Rechtspflege Bd. 54 S. 50 fg.). Indessen ist § 120 Absatz 2 nur auf solche Anträge, Erklärungen usw. anwendbar, welche lediglich die Vornahme einer gerichtlichen Tätigkeit anregen sollen, nicht auf die Aufnahme von Anträgen und Erklärungen, durch welche zugleich ein Rechtsgeschäft von selbständiger Bedeutung beurkundet wird. Ob die Herstellung einer Urkunde über die Abgabe einer Erklärung, welche nach §§ 38 fg. zu vergüten ist, oder ein bloßer Antrag an das Gericht auf Vornahme einer Amtstätigkeit beabsichtigt ist, wird regelmäßig ohne Schwierigkeit zu erkennen sein. Wenn für einen Antrag die einfache schriftliche Form genügt, wie z. B. bei Beschwerden (F. G. § 21), so erscheint § 120 Absatz 2 anwendbar. Ist dagegen für Anträge und Erklärungen, sofern sie nicht vor dem zuständigen Gerichte mündlich erklärt werden, die Einreichung in beglaubigter Form vorgeschrieben, so stellt sich die Aufnahme derselben als ein nach Maßgabe des Abschnittes III gebührenpflichtiger Akt dar. Kraft der besonderen Vorschriften der §§ 79, 84, 85, 86 erfolgt zwar die Aufnahme der Anmeldungen zu den dort bezeichneten gerichtlichen Registern, wenn sie vor dem zuständigen Gerichte oder dem Gerichtsschreiber des Registergerichts (§ 128 F. G.) geschieht, als Nebengeschäft der entsprechenden Eintragung gebührenfrei, während bei Grundbuchsachen und Schiffspfandsachen zwischen den gebührenfreien reinen Eintragungsanträgen und den eine Eintragungsbewilligung enthaltenden gebührenpflichtigen Anträgen (§ 68 Absatz 1 und Absatz 2 Ziffer 1, vgl. auch Bemerkung I zu § 68) zu unterscheiden ist. Werden derartige der beglaubigten Form bedürftige Anträge, Erklärungen, Zeichnungen von Unterschriften usw. von einem anderen Gerichte oder einem Notar beurkundet (der Gerichtsschreiber ist für solche Fälle nicht zuständig), so sind dafür stets die im Abschnitte III bestimmten Gebühren zu erheben. Dies gilt für Anmeldungen zu allen gerichtlichen Registern, auch zum Genossenschaftsregister, da die im § 159 Gen. Ges. vorgeschriebene Gebührenfreiheit sich auf die Beurkundung von Anmeldungen, welche vor einem anderen Gerichte oder Notar erfolgen, nicht bezieht.

Durch die Vorschrift des § 120 Absatz 2 wird die Erhebung einer Gebühr in dem Falle nicht ausgeschlossen, wenn ein Antrag auf ausdrücklichen Wunsch der Beteiligten gerichtlich oder notariell beurkundet wird, obwohl die Aufnahme zum Protokoll des Gerichtsschreibers eines Amtsgerichts zulässig ist.

III. Der Absatz 3 wiederholt, um mögliche Zweifel abzuschneiden, die im Br. G. R. G. Anlage A Ziffer II Absatz 3 enthaltene Vorschrift.

Zurücknahme eines Antrages.

§ 121.

Im Falle der Zurücknahme eines Antrages, bevor auf denselben ein gebührenpflichtiger Akt stattgefunden hat, wird, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, ein Zehnteil der Gebühr, welche für die beantragte Verhand-

lung, Entscheidung oder sonstige Verrichtung zu erheben gewesen sein würde, bis zum Höchstbetrage von 10 *M* erhoben.

Vgl. Pr. § 109 Absatz 2. Eine allgemeine Zurücknahmegebühr fehlte bisher. Die Vorschrift ist dem § 46 Absatz 1 des D. G. R. G. nachgebildet und stimmt sachlich mit der preussischen Vorschrift im wesentlichen überein. Sie gilt nur, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, wobei namentlich an die Vorschrift des § 58 zu denken ist (vgl. die Bemerkungen zu § 58). Damit die Zurücknahmegebühr des § 121 erhoben werden könne, muß ein bestimmter Antrag gestellt sein. Nicht jede formlose Besprechung mit dem Richter oder Notar ist ein Antrag im Sinne des § 121. Geht gleichzeitig ein Antrag und dessen Widerruf ein, so ist der Antrag gar nicht existent geworden und die Zurücknahmegebühr deshalb nicht erwachsen. Sind für mehrere Abschnitte eines einheitlichen Verfahrens, wie für das Versteigerungs- oder Erbaueinander-setzungsverfahren (§§ 54 und 95), mehrere Gebühren bestimmt, so wird die Zurücknahmegebühr durch die Fälligkeit einer der mehreren Gebühren ausgeschlossen; wird der Antrag zurückgenommen, bevor ein gebührenpflichtiger Akt stattgefunden hat, so ist die Zurücknahmegebühr von der für den ersten Abschnitt bestimmten Gebühr zu berechnen (vgl. Bemerkung IV zu § 54 und Bemerkung II zu § 95). Wann ein gebührenpflichtiger Akt stattgefunden hat, ist nach den Umständen des einzelnen Falles unter Berücksichtigung der für denselben maßgebenden Gebührevorschriften zu entscheiden. Bei teilweiser Zurücknahme ist die Gebühr von dem Teile zu berechnen, ohne daß aber die Summe der Gebühren höher werden darf, als wie sich die Gebühr ohne die teilweise Zurücknahme für das ganze Geschäft gestellt haben würde. Erledigt sich ein Antrag, bevor eine Gebühr erwachsen ist, ohne Zurücknahme, z. B. durch Tod des Antragstellers, so sind nur die etwa entstandenen Auslagen zu erheben.

Zurückweisung von Anträgen.

§ 122.

Für die Zurückweisung unbegründeter oder unzulässiger Anträge werden, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, fünf Zehnteile der Gebühr erhoben, welche für die beantragte Entscheidung, Verhandlung oder sonstige Verrichtung zu erheben gewesen sein würde.

Für die Zurückweisung eines die Führung des Handelsregisters betreffenden Antrages der Handelskammer kommen Gebühren nicht in Ansatz.

I. Vgl. Pr. § 109 Absatz 2. Nach Dr. G. R. G. Anlage C Ziffer II ist für die Zurückweisung einer unvollständigen oder unzulässigen Anmeldung zum Handelsregister die Hälfte der für die beantragte Eintragung bestimmten Gebühr, mindestens jedoch 1 *M* zu erheben. Abgesehen von dieser einzelnen Vorschrift, welche sachlich mit dem § 122 dieses Gesetzes übereinstimmt, ist eine Zurückweisungsgebühr in dem jetzt geltenden Gerichtskostengesetze nicht vorgesehen und es wurde deshalb die im § 22 Nr. 2 Dr. G. R. G. bestimmte allgemeine Gebühr für gerichtliche Entscheidungen auch im Falle der Zurückweisung von Anträgen erhoben. Diese Gebühr, $\frac{2}{10}$ der Sätze des § 8 D. G. R. G., erscheint in vielen Fällen unbillig. Um nur ein Beispiel zu

nennen, so kostet heute die Eintragung einer Hypothek im Betrage von 11 000 *M* 12 *M*, die Eintragung der Löschung 6 *M*, wird aber der Eintragungs- oder Löschantrag zurückgewiesen, so beträgt in beiden Fällen die Gebühr 20 *M*. Es erschien deshalb zweckmäßig, nach dem Vorgange Preußens und anderer Staaten eine allgemeine Gebühr für die Zurückweisung von Anträgen festzusetzen und zwar in Höhe von $\frac{5}{10}$ der für die beantragte Verrichtung des Gerichts bestimmten Gebühr.

II. Auch hier wird ein eigentlicher Antrag vorausgesetzt. Liegt kein Antrag, sondern nur eine Anregung zu einer von Amts wegen vorzunehmenden Tätigkeit vor, z. B. zur Bestellung eines Vormundes oder Pflegers, so ist für die Eröffnung, daß dieser Anregung keine Folge zu geben sei, keine Gebühr zu erheben. Die Gebühr für die Zurückweisung ist nur zu erheben, wenn die Vornahme des beantragten Geschäfts abgelehnt wird; nicht aber, wenn einzelne Anträge in bezug auf das Verfahren, für deren antragsmäßige Erledigung besondere Gebühren nicht zu erheben wären, z. B. ein Antrag auf Terminverlegung, abgewiesen werden. Für die teilweise Zurückweisung eines Antrages ist dasjenige entsprechend anwendbar, was in der Bemerkung zu § 121 über die teilweise Zurücknahme eines Antrages gesagt ist.

III. Die Zurückweisungsgebühr nach § 122 greift nur Platz, soweit nicht ein anderes bestimmt ist. Dies ist in allen Fällen geschehen, wo für die „Entscheidung“ als solche, gleichviel welchen Inhalt sie hat, eine Gebühr bestimmt ist, indem dann diese Gebühr, nicht $\frac{5}{10}$ derselben nach § 122 zu erheben sind. Solche Vorschriften sind namentlich gegeben in den §§ 81 Absatz 3, 84 für die Zurückweisung eines Widerspruches gegen eine beabsichtigte Löschung im Handels-, Vereins- oder Güterrechtsregister; im § 105 für Entscheidungen des Vormundschaftsgerichts; im § 116 für Entscheidungen auf dem Gebiete des Vereins-, Gesellschafts- und Genossenschaftsrechts; ferner für die im § 114 bezeichneten Entscheidungen; im § 113 für die Ablehnung eines Unschädlichkeitszeugnisses, doch ist die Gebühr des § 122 in diesem Falle zu erheben, wenn der Antrag von vornherein als unzulässig abgelehnt wird (vgl. Bemerkung zu § 113); im § 127 Absatz 3 über die Zurückweisung von Beschwerden; im § 117 Ziffer 2 für die Zurückweisung eines Einspruches gegen die Androhung einer Ordnungsstrafe.

Gebühr bei unentschuldigtem Ausbleiben eines Beteiligten in einem Termine.

§ 123.

Für einen durch unentschuldigtes Nichterscheinen eines Beteiligten vermittelten Termin wird eine vom Gericht oder Notar festzusetzende Gebühr, welche mindestens auf 1 *M* und höchstens auf 20 *M* zu bemessen ist, erhoben. Diese Gebühr nebst den entstandenen Auslagen fällt dem Säumigen zur Last.

Erfolgt nachträglich genügende Entschuldigung, so kann die festgesetzte Gebühr ganz oder teilweise in Wegfall gebracht und auch ausgesprochen werden, daß der Säumige die Auslagen nicht zu tragen hat.

Vgl. Pr. § 111. Eine dem § 123 ähnliche Bestimmung fehlt in dem geltenden Br. G. R. G., die Vorschrift erscheint aber zweckmäßig, um die Beteiligten von einem leichtfertigen Ausbleiben in den angeetzten Terminen zurückzuhalten. Die Erhebung der Gebühr setzt selbstverständlich voraus, daß eine Verpflichtung zu der Wahrnehmung des Termins begründet war, sei es durch Beantragung des Termins, durch Erklärung der Bereitschaft zum Erscheinen oder aus sonstigen Gründen. Da die Gebühr wesentlich den Charakter einer Strafe trägt, so ist sie nicht nach dem Werte abgestuft, sondern ihre Höhe innerhalb des gesetzlichen Rahmens in das Ermessen des Gerichts oder Notars gestellt. Neben der Gebühr fallen dem Säumigen die durch den vereitelten Termin entstandenen Auslagen zur Last. Wenn der Beteiligte sich vorher oder spätestens zur Stunde des Termins genügend entschuldigt, so kommt die Gebühr nicht in Ansatz und er braucht die etwa entstandenen Auslagen nicht zu tragen. Erfolgt die Entschuldigung erst nachträglich, so kann die festgesetzte Gebühr nebst den Auslagen ganz oder teilweise dem Beteiligten wieder abgenommen werden. Dem Ermessen des Richters ist hier freiester Spielraum gelassen; die Gebühr kann trotz genügender Entschuldigung aufrecht erhalten werden, wenn z. B. die rechtzeitige Anzeige der Verhinderung an das Gericht schuldhaft unterlassen ist (vgl. § 124). Gegenüber Zeugen und Sachverständigen gilt die Vorschrift des § 123 nicht, hier genügen die nach § 15 F. G. anwendbaren Bestimmungen der §§ 380, 409 C. P. O.

Nicht zum Abschluß gekommene Verhandlungen.

§ 124.

Wird der Abschluß einer gerichtlichen Tätigkeit durch die Beteiligten verzögert, insbesondere dadurch, daß sie, nachdem sie die Tätigkeit des Gerichts in Anspruch genommen haben, länger als drei Monate die zum Abschlusse des Geschäfts von ihrer Seite erforderliche Tätigkeit unterlassen, so wird die im § 121 für die Zurücknahme eines Antrages bestimmte Gebühr erhoben. Der Lauf der Frist beginnt mit der letzten in der Sache ergangenen gerichtlichen Verfügung.

Wird die Angelegenheit noch nachträglich innerhalb eines Jahres von dem im Absatz 1 Satz 2 bezeichneten Zeitpunkte ab zur Erledigung gebracht, so ist die in Gemäßheit des Absatzes 1 erhobene Gebühr auf die für das vollendete Geschäft zu entrichtende Gebühr anzurechnen.

Die Vorschrift ist aus Sachsen-Weimar § 171 aus Zweckmäßigkeitsgründen übernommen, um einen Abschluß des Kostengeschäfts auch in solchen Fällen zu ermöglichen, wenn das Verfahren infolge des Verhaltens der Beteiligten stillsteht. Für den Kostenansatz gilt demnach der Antrag als zurückgenommen, wenn das Verfahren drei Monate geruht hat. Anwendbar ist die Vorschrift z. B., wenn ein Antrag eingeht und gleichzeitig oder unmittelbar darauf das Gesuch einläuft, auf den Antrag einstweilen nicht zu verfügen, oder wenn das Gericht eine Zwischenverfügung abgibt, deren Erledigung die Parteien verzögern. Bleiben die Beteiligten in einem auf ihren Antrag angeetzten

Termin aus, so ist neben der Gebühr des § 123 nach fruchtlosem Ablaufe der dreimonatlichen Frist die Gebühr nach § 124 zu erheben.

Im übrigen sind die Bemerkungen zu § 121 zu vergleichen, welche auch für § 124 zutreffen und wonach namentlich die Gebühr des § 124 ausgeschlossen wird, wenn für das betreffende Verfahren bereits eine andere Gebühr erwachsen ist. Als eine andere Gebühr in diesem Sinne ist die Strafgebühr des § 123 nicht anzusehen, da sie sich nicht als eine Vergütung für das gerichtliche Verfahren darstellt.

Die Vorschrift des Absatzes 2 entspricht der Billigkeit.

Vorlegung von Akten.

§ 125.

Für das Auffuchen von Urkunden und Akten und deren Vorlegung zur Einsicht wird, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, eine Gebühr von 1 *M* für jeden Aktenband erhoben. Für die Auffuchung und Einsicht der Haupt- und aller damit kombinierten Akten wird nur eine einmalige Gebühr erhoben.

Für die Einsicht des Grundbuches, sowie des Handelsregisters einschließlich der dazu gehörigen Akten, ist in den §§ 75 und 80 eine Gebühr von 1 *M* vorgeschrieben und die Vorschriften des § 80 sind auf die in den §§ 84, 86, 87 bezeichneten gerichtlichen Register für anwendbar erklärt. Zu diesen Vorschriften enthält § 125 eine Ergänzung, wonach dieselbe Gebühr von 1 *M* auch in anderen Fällen, wenn bei dem Gerichte aufbewahrte Urkunden oder Akten eingesehen werden, zur Erhebung gelangt. Die Bestimmungen des § 125 wiederholen im wesentlichen die im *Pr. O. R. G.* Anlage A Ziffer XV aufgestellten Regeln, soweit die letzteren nicht durch die erwähnten Spezialbestimmungen der §§ 75, 80, 84, 86, 87 ersetzt sind. Der bisherige Absatz 2, wonach für die Einsicht gewisser Akten, falls diese länger als 10 Jahre reponiert waren, eine Extragebühr von 1 *M* 50 *S* zu erheben war, ist weggelassen, da die Bestimmung nur außerordentlich selten zur Anwendung gelangte.

Die Einsichtsgebühr nach § 125 ist nur zu erheben, soweit nicht ein anderes bestimmt ist. Das hat namentlich die Bedeutung, daß vielfach die Gewährung der Einsicht als ein Nebengeschäft gebührenfrei zu erfolgen hat (§ 120). So ist z. B. ein eröffnetes Testament den Beteiligten, welchen von Amtes wegen von dem Inhalte Kenntnis zu geben war, ohne Erhebung der im § 125 bestimmten Gebühr zur Einsicht vorzulegen, weil die Gewährung der Einsicht als Nebengeschäft durch die in den §§ 88, 89 bestimmten Gebühren mit abgegolten wird. Will dagegen ein nicht zu den Beteiligten gehöriger Interessent, z. B. ein Nachlaßgläubiger, das Testament einsehen (§ 2264 *B. G. B.*), so ist die Gebühr von 1 *M* zu erheben. Die Vorlegung der beim Nachlaßgerichte niedergelegten Erklärungen, Verzeichnisse oder Anzeigen an die bestimmten Personen, an welche die Mitteilung vorgeschrieben ist, geschieht gebührenfrei (§ 96 Ziffer 1); ebenso die Vorlegung der eingegangenen Anmeldung an den Miterben (§ 97) oder die Vorlegung des Inventars gegenüber dem Nachlaßgläubiger, der die Bestimmung der Inventarfrist beantragt hat.

Erteilung von Ausfertigungen und beglaubigten Abschriften.

§ 126.

Auf die Erteilung von Ausfertigungen oder beglaubigten Abschriften aus den Gerichtsakten finden, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, die Vorschriften des § 57 Anwendung.

Vgl. Pr. § 110. Die Vorschriften des § 57, welche nur für die im Abschnitte III geregelten Geschäfte gelten, werden durch § 126 auf die Erteilung von beglaubigten Abschriften und Ausfertigungen von Urkunden aller Art, welche sich in den Gerichtsakten vorfinden, ausgedehnt.

I. Beglaubigte Abschriften können von Urschriften, Ausfertigungen, einfachen oder beglaubigten Abschriften erteilt werden, die Art des abgeschrieben Schriftstückes soll nach § 20 A. G. Nr. 38 zum F. G. in dem Beglaubigungsvermerke bezeichnet werden. Im § 126 in Verbindung mit § 57 ist nun die allgemeine Regel aufgestellt, daß für die Beglaubigung von Abschriften 25 \mathcal{J} für die Seite, mindestens jedoch 1 \mathcal{M} , neben den Schreibgebühren (falls die Abschrift vom Gericht angefertigt wird) zu erheben ist. Diese Regel erleidet weitgehende Ausnahmen:

1. Für beglaubigte Abschriften aus dem Grundbuche (Grundbuchauszüge), sowie aus dem Handels-, Börsen-, Vereins-, Güterrechts-, Schiffsregister und aus dem öffentlichen Schuldbuche (§§ 74, 80 Absatz 2 und 3, 84, 86, 87) beträgt die Mindestgebühr 1 \mathcal{M} 50 \mathcal{J} , doch werden daneben Stempel für solche Auszüge nicht berechnet (§ 35 und Bemerkungen).

2. Nach § 57 erfolgt die Beglaubigung einer Abschrift gebührenfrei, wenn die Urkunde vom Gerichte oder Notar selbst aufgenommen war oder wenn das zuständige Gericht für den behinderten oder ausgeschiedenen Notar oder von den in seiner Verwahrung befindlichen Urkunden der Schiedsmänner eine Ausfertigung erteilt. Da die Vorschriften des § 57 durch den § 126 auf andere Fälle ausgedehnt sind, so werden gleichfalls keine Beglaubigungsgebühren erhoben, wenn Abschriften beglaubigt werden von Entscheidungen, Verfügungen, Beschlüssen, Bescheinigungen desselben Gerichts, welches oder dessen Gerichtsschreiber die Beglaubigung vornimmt. Denn die Entscheidungen, Verfügungen, Beschlüsse, Bescheinigungen und sonstige Urkunden, welche das Gericht selbst erlassen oder ausgestellt hat, stehen den vom Gerichte selbst aufgenommenen Urkunden gleich. Gebührenfrei ist ferner die Beglaubigung von Abschriften für die Grundakten, die Handels-, Vereins-, Güterrechts-, Schiffsregisterakten, wenn die Urkunden von den Parteien eingereicht waren und zurückgefordert werden (§§ 74 Absatz 3, 80 Absatz 2 und 3, 84, 86, 87); ebenfalls gebührenfrei geschieht die Beglaubigung der Abschriften eines eröffneten Testaments und der dazu gehörigen Eröffnungsverhandlungen (§ 88 a. G.). In manchen Fällen, z. B. bei der Herstellung eines Teilhypothekenbriefes, erscheint die Beglaubigung von Abschriften als gebührenfreies Nebengeschäft. Beglaubigte Abschriften unterliegen in allen Fällen, mag eine Beglaubigungsgebühr erhoben werden oder nicht, dem Stempel von 1 \mathcal{M} 50 \mathcal{J} , doch sind Teilhypothekenbriefe frei (vgl. Bemerkung III zu § 35).

II. Ausfertigungen sind solche Abschriften, die bestimmt sind, die bei den Gerichtsakten verbleibende Urschrift im Verkehre zu ersetzen, deren Vorlegung dieselbe Wirkung hat, wie die Vorbringung der Urschrift (Denkschrift zum F. G. § 178 E. 90). Die Ausfertigungen haben hiernach nur ein beschränktes Anwendungsgebiet, da sie nur von Urschriften gerichtlicher oder notarieller Urkunden erteilt werden können, regelmäßig auch nur für die unmittelbar Beteiligten ausgestellt werden. Ausfertigungen können sowohl von gerichtlichen Protokollen (insbesondere Protokollen über die Beurkundung eines Rechtsgeschäfts), wie von gerichtlichen Entscheidungen, Verfügungen, Beschlüssen, Genehmigungen, Bescheinigungen und sonstigen gerichtlichen Erlassen erteilt werden. Da aber die Ausfertigung immer von dem Gerichte ausgeht, welches die Urschrift hergestellt hat, so ist nach §§ 57, 126 die Erteilung von Ausfertigungen ausnahmslos gebührenfrei, wie sich übrigens nach dem Systeme des Gesetzes die Erteilung von Ausfertigungen auch stets als gebührenfreies Nebengeschäft darstellen würde. Die erstmaligen Ausfertigungen sind in der Regel stempelfrei, für jede weitere Ausfertigung ist ein Stempel von 1 *M* 50 *S* zu erheben, ohne daß es einen Unterschied macht, ob die Urschrift stempelspflichtig ist oder nicht. Nur wenn eine unter Abschnitt III fallende Urkunde über ein nicht stempelpflichtiges Geschäft (Quittung, Pfandentlassung) errichtet wird, ist auch die erste Ausfertigung mit dem Stempel von 1 *M* 50 *S* zu belegen (vgl. Bemerkung I und II 2 zu 35).

Anwendbarkeit des Deutschen Gerichtskosten Gesetzes.

§ 127.

Insoweit in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit die Vorschriften der Civilprozeßordnung für anwendbar oder entsprechend anwendbar erklärt sind, sind, soweit nicht ein anderes bestimmt ist, für den Kostenanfaß die Vorschriften des deutschen Gerichtskosten Gesetzes maßgebend. Auf das Kostenfestsetzungsverfahren (§ 10 des Ausführungs Gesetzes zum Gesetze über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit) finden die Vorschriften des deutschen Gerichtskosten Gesetzes gleichfalls Anwendung.

Für die Entscheidung auf Beschwerden, einschließlich des vorangegangenen Verfahrens und einer gemäß § 26 Absatz 2 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit etwa erfolgenden Anordnung, finden in jeder Beschwerdeinstanz die Vorschriften der §§ 45, 46 des Deutschen Gerichtskosten Gesetzes mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß die Gebühr mindestens 1 *M* und höchstens 30 *M* und im Falle der Zurücknahme höchstens 10 *M* beträgt.

Die Entscheidung über die von der Handelskammer gegen eine Verfügung des Registergerichts erhobene Beschwerde erfolgt in allen Fällen gebührenfrei.

I. Soweit reichsgesetzlich die Anwendbarkeit der deutschen Civilprozeßordnung für das Verfahren vor den ordentlichen Gerichten vorgeschrieben ist,

insoweit findet kraft Reichsgesetzes das D. G. R. G. nach § 1 desselben Anwendung, wenigstens wird der § 1 des G. R. G. nach überwiegender Meinung in dieser Weise ausgelegt. Wo durch ein Landesgesetz die Vorschriften der deutschen Zivilprozeßordnung für anwendbar erklärt sind, da erscheint es zwar zulässig, von dem D. G. R. G. abweichende Kostenbestimmungen zu treffen; es trägt aber zur Einfachheit des Gesetzes bei, auch in solchen Fällen die Regeln des D. G. R. G. zur Geltung zu bringen.

Nach § 127 Satz 1 gilt das D. G. R. G. namentlich in folgenden Fällen:

1. Für Entscheidungen über die Anträge auf Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung, da nach §§ 795, 797 E. P. D., vgl. F. G. §§ 98, 99, die Vorschriften der Zivilprozeßordnung Anwendung finden. $\frac{1}{10}$ der im § 8 des D. G. R. G. bestimmten Gebühr wird erhoben, wenn die Erteilung auf richterliche Anordnung zu erfolgen hat oder wenn es sich um die Erteilung einer weiteren vollstreckbaren Ausfertigung handelt, § 38 Ziffer 3 D. G. R. G. In anderen Fällen wird eine Gebühr nach § 47 Ziffer 15 D. G. R. G. nicht erhoben, da § 26 Nr. 8 D. G. R. G. für die freiwillige Gerichtsbarkeit nicht in Betracht kommt. Wenn der Notar eine vollstreckbare Ausfertigung nach Maßgabe der §§ 726, 727 E. P. D. erteilt, so steht ihm gleichfalls die Gebühr nach § 38 Nr. 3 D. G. R. G. zu.
2. Für alle Zwangsvollstreckungsmaßregeln nach Maßgabe der Vorschriften der E. P. D., vgl. insbesondere F. G. §§ 98, 99, 158 Absatz 2, 83 Absatz 2, sowie nach den §§ 7 Absatz 4 und 10 Absatz 3 des A. G. Nr. 38 zum F. G.
3. In einer Reihe von Fällen ist Gebührenfreiheit im Anschluß an die entsprechenden Vorschriften des D. G. R. G. der größeren Deutlichkeit wegen im § 13 des gegenwärtigen Gesetzes besonders vorgesehen.

II. Nur soweit die Vorschriften der E. P. D. unmittelbar zur Grundlage des Verfahrens gemacht sind, gilt nach Absatz 1 Satz 1 das D. G. R. G., nicht auch dann, wenn ein Verfahren dem entsprechenden Verfahren der E. P. D. nachgebildet ist, ohne daß die Regeln der letzteren für maßgebend erklärt sind. Aus Zweckmäßigkeitsgründen ist aber für das im § 10 A. G. Nr. 38 zum F. G. geregelte Kostenfestsetzungsverfahren die Anwendbarkeit des D. G. R. G. (§ 38 Nr. 1) im § 127 Absatz 1 Satz 2 vorgeschrieben. Bisher ebenso § 17 Br. G. R. G.

III. Für das Beschwerdeverfahren in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sind in manchen Fällen kraft Reichsgesetzes die Vorschriften der Zivilprozeßordnung maßgebend und in diesen Fällen ist daher nach der herrschenden Meinung ohne weiteres auch das D. G. R. G. nach § 1 desselben anwendbar. Um nun die Gebührenberechnung in der Beschwerdeinstanz einheitlich zu gestalten, erscheint es zweckmäßig, für alle Fälle der Beschwerde die Anwendung der §§ 45, 46 D. G. R. G. vorzuschreiben, wie solches auch bisher schon, und zwar im wesentlichen aus denselben Gründen, im § 16 Br. G. R. G. bestimmt war. Da aber $\frac{3}{10}$ der Sätze des § 8 D. G. R. G., abgesehen von den unteren Wertklassen, mehr als das Doppelte der im Tarife A bestimmten Gebühr ausmachen, so sind Höchstsätze von 30 M und im Falle

der Zurücknahme von 10 *M* festgesetzt, welche bei Werten über 10 000 *M* erreicht werden.

Zu beachten ist, daß, wenn in erster Instanz Gebührenfreiheit besteht, daraus nicht ohne weiteres folgt, daß auch im Beschwerdeverfahren keine Gebühr zu erheben sei. Es ist vielmehr im einzelnen Falle zu prüfen, ob das die Gebührenfreiheit anordnende Gesetz auch auf die Beschwerdeinstanz anwendbar erscheint. So sind im § 159 des Gen. Ges. nur die Verhandlungen erster Instanz gebührenfrei und dasselbe gilt bei Erinnerungen über den Kostenanfaß nach § 3 und in Zwangserziehungssachen nach § 105; in der Beschwerdeinstanz sind in diesen Fällen Gebühren zu erheben.

Der Absatz 3 wird keiner besonderen Rechtfertigung bedürfen, vgl. § 122 Absatz 2.

IV. Zu beachten ist, daß im Absätze 1 die Vorschriften des D. G. R. G. allgemein, im Absätze 2 aber nur die §§ 45 und 46 des D. G. R. G. für anwendbar erklärt sind. Danach kommen in den Fällen des Absatzes 1 auch die allgemeinen Vorschriften des D. G. R. G. zur Anwendung und die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes sind unanwendbar. Im Beschwerdeverfahren sind dagegen die allgemeinen Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes, insbesondere über die Wertberechnung, zur Ergänzung der §§ 45, 46 D. G. R. G. und nicht die entsprechenden Vorschriften des D. G. R. G. heranzuziehen. Für die landesgesetzlich bestimmten Fälle des Aufgebotsverfahrens, welche zur streitigen Gerichtsbarkeit gehören, sind nach § 146 die Vorschriften des D. G. R. G. unter Ausschluß der Bestimmungen dieses Gesetzes maßgebend (§ 146 und Bemerkung).

Elfter Abschnitt.

Auslagen.

Vorbemerkung.

Durch § 8 des Br. G. R. G. in der Fassung des Gesetzes vom 23. Mai 1903 ist wegen der Erhebung der baren Auslagen auf die §§ 79, 80 des D. G. R. G. verwiesen. Nach dem Gesetze Nr. 23 vom 17. Mai 1882 sollte die Novelle zum D. G. R. G. vom Jahre 1881, mithin auch die §§ 80 a und 80 b des D. G. R. G. für das Br. G. R. G. Anwendung finden. Das erwähnte Gesetz vom 17. Mai 1882 ist im Jahre 1899 nicht ausdrücklich aufgehoben, vielmehr setzte der Gesetzgeber offenbar die fortdauernde Gültigkeit des gedachten Gesetzes voraus, wie aus der Begründung zu § 38 des Br. G. R. G. (Amtliche Ausgabe S. 441) zu entnehmen ist. Anscheinend durch ein Versehen sind aber im § 8 Br. G. R. G. die §§ 80 a und 80 b D. G. R. G. nicht mit angezogen, so daß nunmehr Zweifel bestehen, ob dieselben für das Br. G. R. G. Geltung haben. In der Geschäftsordnung für die Gerichtsschreibereien der Amtsgerichte ist im Anhang zu § 19 die Gültigkeit des Gesetzes vom 17. Mai 1882 durch Herzogliches Staatsministerium anerkannt und demgemäß sind in der Praxis die §§ 80 a und 80 b Br. G. R. G. regelmäßig zur Anwendung gebracht, § 80 b jedoch mit der sich aus § 12 Br. G. R. G. ergebenden Abweichung. Da eine Bezugnahme auf das D. G. R. G. den praktischen Gebrauch des Kosten Gesetzes wesentlich erschwert, so erschien es am zweckmäßigsten, die erforderlichen Be-

stimmungen über Auslagen im Anschluß an das D. G. R. G. in das Landeskostengesetz aufzunehmen, gleichwie solches auch in Preußen und anderen Staaten geschehen ist.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 128.

An Auslagen werden erhoben:

1. die Schreibgebühren;
2. die Postgebühren, einschließlich etwaiger besonderer Botenlöhne;
3. die Telegraphen- und die im Fernverkehre entstehenden Fernsprechgebühren;
4. die durch Einrückung einer Bekanntmachung in öffentliche Blätter entstehenden Kosten;
5. die an Zeugen und Sachverständige zu zahlenden Gebühren und Auslagen;
6. die bei Geschäften außerhalb der Gerichtsstelle den Gerichtsbeamten nach den bestehenden Vorschriften zustehenden Tagelöhner und Reisekosten;
7. die Rechnungsgebühren;
8. die an andere Behörden oder Beamte oder an sonstige vom Gerichte zugezogene Personen für deren Tätigkeit zu zahlenden Beträge;
9. die Kosten für das Fortschaffen von Personen oder Sachen;
10. die Haftkosten nach Maßgabe der von der Landesjustizverwaltung für die Strafhaft zu erlassenden Bestimmungen.

Vgl. Pr. G. R. G. § 113. Der § 128 entspricht nahezu wörtlich dem § 79 D. G. R. G. Die Hinzufügung der etwaigen besonderen Botenlöhne in Ziffer 2 und der Fernsprechgebühren in Ziffer 3 wird keiner Rechtfertigung bedürfen. Nur die im Fernverkehre nach § 7 der Fernsprechgebührenordnung vom 20. Dezember 1899 entstehenden Gebühren sind als Auslagen zu erheben, für den Ortsverkehr ist nichts zu berechnen. Durch Ziffer 6 wird § 2 des Pr. G. R. G. ersetzt, die Erwähnung des Gesetzes Nr. 9 vom 27. Februar 1874 ist jedoch als unnötig und unzuweckmäßig vermieden, weil es die in Betracht kommenden Vorschriften nicht vollständig enthält, auch in der Zukunft Änderungen möglich sind und deshalb eine genaue Bezeichnung der jetzt geltenden Bestimmungen über die Tagelöhner und Reisekosten der Beamten nicht rasch erscheint. Es gehört zu den Obliegenheiten der Gerichtsschreiber, Rechnungsarbeiten auf Anweisung des Richters auszuführen. Soweit es sich dabei um schwierige oder langwierige Rechnungen handelt, erscheint eine besondere Vergütung nicht unbillig. In Preußen wird auf Grund der Allgemeinen Verfügung des Justizministers vom 16. September 1895 bei jedem Gerichte eine zum Gerichtsschreiberamt befähigte Person als Rechnungsbeamter zur Wahrnehmung der Rechnungsgeschäfte bestellt, welche für die Stunde je nach dem Werte des Objekts eine Vergütung von 60 *S* bis 2 *M* erhält. Durch

§ 128 Ziffer 7 wird die Erhebung etwa gezahlter Rechnungsgebühren von den Parteien vorgesehen, falls Herzogliches Staatsministerium ähnliche Vorschriften, wie sie in Preußen bestehen, erlassen sollte. In Ziffer 9 ist neben den Kosten für das Fortschaffen von Personen auch das Fortschaffen von Sachen erwähnt, welches z. B. bei der freiwilligen Versteigerung beweglicher Sachen vorkommen kann. Zu Ziffer 10 ist Br. G. R. G. § 10 zu vergleichen, die Höhe der Haftkosten beträgt zurzeit für den Tag 80 J; vgl. Bemerkung zu §§ 32 und 33.

Das Verzeichnis der Auslagen im § 128 ist ein erschöpfendes, so daß andere Auslagen nicht in Rechnung gestellt werden dürfen. Die Erhebung der Auslagen setzt nicht voraus, daß der Staat die bestimmten Beträge bereits gezahlt hat oder zu zahlen verpflichtet ist. Z. B. dienen die Schreibgebühren als Bauschätze dem Staate zur Deckung nicht nur der an die Schreiber zu zahlenden Vergütungen, sondern auch des Aufwandes für Schreibmaterialien; die tarifmäßigen Portosätze werden als Postgebühren in Ansatz gebracht, obwohl der Staat in Folge der Ablösung eine Gesamtsumme zahlt.

Schreibgebühren.

§ 129.

Schreibgebühren werden für Ausfertigungen und Abschriften erhoben.

Die Schreibgebühr beträgt für die Seite, welche mindestens zwanzig Zeilen von durchschnittlich zwölf Silben enthält, 20 J, auch wenn die Herstellung auf mechanischem Wege stattgefunden hat. Jede angefangene Seite wird voll berechnet.

Für Schriftstücke, die in fremden Sprachen abgefaßt sind, für Schriftstücke in tabellarischer Form, sowie für Verzeichnisse, Listen, Rechnungen, Handzeichnungen und dergleichen kann die Höhe der Schreibgebühr von der Landesjustizverwaltung anderweit bestimmt und, soweit dies nicht geschehen ist, von dem Gerichte im einzelnen Falle nach freiem Ermessen festgestellt werden.

Die auf besondere Ausstattung einer Urkunde verwendeten Auslagen sind besonders zu erstatten.

Vgl. Br. § 114. Die Schreibgebühren sind wie bisher für Ausfertigungen und Abschriften zu erheben. Die Erhebung eines Bauschatzes ist bei der großen Verschiedenheit der Geschäfte in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, welche bald gar keine, bald mehr oder weniger Schreibgeschäfte mit sich bringen, nicht durchführbar. Im übrigen stimmt Absatz 2 wörtlich mit dem § 80 D. G. R. G. in der Fassung des bekannt gemachten Entwurfes über Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes usw. überein. Nur soll für den Fall, daß die Landesjustizverwaltung die im Absatz 2 Satz 3 vorgesehene Bestimmung nicht treffen sollte, nach dem Schlußsaze das richterliche Ermessen ergänzend eintreten. Die Erhöhung der Schreibgebühren von 10 J auf 20 J für die Seite entspricht den heutigen Verhältnissen.

Abatz 3 findet z. B. Anwendung, wenn auf Wunsch des Antragstellers Pergamentpapier verwendet wird.

§ 130.

Soweit in den Fällen der §§ 3, 13, 14 Absatz 1, 28 und in der Beschwerdeinstanz Gebühren nicht zu erheben sind, werden auch Schreibgebühren für die Staatskasse nicht berechnet.

Der § 130 enthält in einer den Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes angepassten Fassung sachlich die Vorschriften des zurzeit geltenden § 80 a des D. G. R. G., soweit sie in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit anwendbar sind.

Zustellungen.

a) im Parteibetriebe.

§ 131.

Wenn im Parteibetriebe der Gerichtsschreiber an die Post ein Ersuchen um Bewirken einer Zustellung richtet oder eine Zustellung durch Aufgabe zur Post bewirkt, so wird neben den Auslagen die dem Gerichtsvollzieher für den gleichen Akt zustehende Gebühr als Gerichtsgebühr erhoben.

Der § 12 Absatz 1 des Br. G. R. G. lautet in Übereinstimmung mit § 14 des Gesetzes Nr. 40 vom 11. Juli 1879: „In betreff des durch den Gerichtsschreiber in nichtstreitigen Rechtsachen an die Post gerichteten Ersuchens, um Bewirkung einer Zustellung, findet der § 40 des D. G. R. G. Anwendung.“ Nach § 40 D. G. R. G. ist für die bezeichnete Tätigkeit des Gerichtsschreibers die dem Gerichtsvollzieher für den gleichen Akt zustehende Gebühr als Gerichtsgebühr zu erheben, „sofern nicht die Zustellung von Amts wegen bewirkt wird“. Dieser letztere, durch die Novelle zum D. G. R. G. vom Jahre 1881 dem § 40 D. G. R. G. zugefügte Satz scheint bei der Revision des Br. G. R. G. im Jahre 1899 übersehen zu sein. Zurzeit kann § 12 Absatz 1 Br. G. R. G. deshalb nur auf Zustellungen im Parteibetriebe Anwendung finden. Eine Zustellung im Parteibetriebe durch den Gerichtsschreiber wird in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nur sehr selten vorkommen. Denn regelmäßig erfolgen die Zustellungen auf dem Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit von Amts wegen, sofern überhaupt eine förmliche Zustellung vom Gerichte verfügt wird (§ 16 F. G.; Geschäftsordnung für die Gerichtsschreibereien der Amtsgerichte, Anhang § 22) und wenn eine Zustellung auf Betreiben der Parteien vorkommt, so wird sie der Gerichtsvollzieher zu bewirken haben (§ 132 Satz 1 B. G. B.). Immerhin erscheint es möglich, daß etwa in eiligen Fällen oder aus sonstigen besonderen Gründen einmal der Gerichtsschreiber um Beforgung einer Zustellung durch die Post seitens der Parteien ersucht wird und für diesen Fall soll nach § 131 die dem Gerichtsvollzieher für den gleichen Akt zustehende Gebühr (in der Regel 25 J.) als Gerichtsgebühr erhoben werden, welche Vorschrift für die streitige Gerichtsbarkeit ebenso nach § 40 D. G. R. G. gilt. Wegen der Kosten für die Zustellungen von Amts wegen siehe § 132.

b) von-Amts wegen.

§ 132.

Für die von Amts wegen bewirkten Zustellungen werden nur die Auslagen angelegt.

Das gleiche gilt, wenn gerichtliche Verfügungen auf andere Weise als durch Zustellung den Beteiligten bekannt gemacht werden.

Vgl. Pr. § 118. Nach § 12 Absatz 2 Br. G. R. G. (vgl. auch Geschäftsordnung für die Gerichtsschreibereien, Anhang § 19) wird für jede Zustellung von Amts wegen in nichtstreitigen Rechtsachen, wenn sie durch den Gerichtsdienster oder durch Aufgabe zur Post erfolgt, eine Gebühr von 20 \mathfrak{A} erhoben. Diese Gebührenerhebung steht mit den §§ 40, 80 b des D. G. R. G. nicht im Einklange und sie findet auch in anderen Bundesstaaten nicht statt. Im Interesse einer möglichst gleichartigen Behandlung der Zustellungen von Amts wegen auf den Gebieten der streitigen und freiwilligen Gerichtsbarkeit ist die Beseitigung der geringen Gebühren vorgeschrieben. Förmliche Zustellungen sind in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nicht häufig (vgl. Geschäftsordnung für die Gerichtsschreibereien der Amtsgerichte, Anhang § 22), so daß der Ausfall für die Staatskasse nicht erheblich zu Buche schlägt. Dieser Ausfall wird reichlich gedeckt, wenn nach § 132 des Gesetzes in Zukunft die durch die Zustellungen entstehenden baren Auslagen, insbesondere Portokosten, erhoben werden. Bisher war die Erhebung der Auslagen, abgesehen von den Schreibgebühren für Ausfertigungen und Abschriften des zuzustellenden Schriftstückes, durch den anwendbaren § 80 b D. G. R. G. ausgeschlossen. Preußen erhebt für Zustellungen von Amts wegen bare Auslagen zwar nur dann, wenn die Zustellung durch Bekanntmachung in öffentlichen Blättern oder im Auslande erfolgt und dieselben Bestimmungen sind für den neuen § 80 a des D. G. R. G. in dem bekannt gemachten Entwurfe über Änderungen des G. R. G. usw. vorgeschlagen. Es erscheint aber unbedenklich mit Sachsen-Weimar § 177, sämtliche bare Auslagen für die Staatskasse in Ansatz zu bringen, zumal auch bei formlosen Behandlungen die erwachsenen baren Auslagen erhoben werden.

Da für förmliche Zustellungen durch die Post in der Regel 50 \mathfrak{A} Behandlungsgebühren und Portokosten entstehen und die Zahl der Zustellungen durch die Post größer ist als die Zahl der vom Gerichtsdienster oder seinem Stellvertreter direkt bewirkten (förmlichen) Zustellungen, so hat die Staatskasse bisher für Zustellungen von Amts wegen in nicht streitigen Sachen an Portokosten mehr aufgewendet, als sie an Gebühren eingenommen hat. Wird die Zustellung durch den Gerichtsdienster bewirkt, so entstehen keinerlei Auslagen und es ist daher in diesem Falle ebenso wie bei Zustellungen von Amts wegen in streitigen Sachen nichts zu erheben.

Zeugen- und Sachverständigengebühren.

§ 133.

Die Deutsche Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige findet Anwendung auf die durch die Deutschen Prozeßordnungen nicht betroffenen gerichtlichen Angelegenheiten.

Die Vorschrift stimmt wörtlich überein mit § 37 Br. G. R. G. Insbesondere ist danach auch § 17 der Geb.=Ordn. für Zeugen und Sachverständige anwendbar, wonach einerseits die Festsetzung der Gebühren abweichend vom § 6 stets bei dem Gerichte erfolgt, vor welchem die Zeugenvernehmung stattfindet, auch wenn dies ein ersuchtes Gericht ist, und andererseits der Rechtsmittelzug abweichend von den Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes geregelt ist. Im Interesse der Einfachheit und Gleichmäßigkeit der Kostenbestimmungen erscheint es geboten, die Festsetzung der Gebühren und Auslagen für Zeugen und Sachverständige in streitigen und nichtstreitigen Rechtsfachen gleich zu behandeln.

Wiedereinziehung zuviel gezahlter Auslagen.

§ 134.

Ist an Justizbeamte, Zeugen oder Sachverständige oder an die Empfänger von Transportkosten mehr als der endgültig festgesetzte Betrag, welcher als Auslage im Sinne des § 128 zu erheben ist, aus der Staatskasse gezahlt worden, so kann die Wiedereinziehung des zuviel Gezahlten vom Gerichte verfügt und diese Verfügung im Wege des Verwaltungs-zwangsverfahrens zur Ausführung gebracht werden.

Gegen die gerichtliche Verfügung finden die im § 4 vorgesehenen Rechtsmittel statt.

Vgl. Br. G. R. G. § 141. Die Vorschrift wiederholt den § 4 Br. G. R. G., nur ist an die Stelle der Beschwerde nach § 4 Absatz 2 und 3 D. G. R. G. der Rechtsmittelzug nach § 4 des gegenwärtigen Gesetzes gesetzt. Soweit es sich um Zeugen und Sachverständige handelt, bleibt allerdings der § 17 der Geb.=Ordn. für Zeugen und Sachverständige, welcher nach § 133 anwendbar ist, hinsichtlich der Rechtsmittel maßgeblich.

Als Empfänger von Transportkosten kommen in Betracht Beamte, Zeugen und Sachverständige oder begleitende Personen, welche Fuhrkosten aufgewendet und aus der Staatskasse ersetzt erhalten haben; nicht aber gehören hierher Fuhrunternehmer, mit welchen der Staat oder die Beamten einen privatrechtlichen Vertrag auf Leistung der Fuhren geschlossen haben, da gegen diese bei Zurückforderungen nicht das Verwaltungszwangsverfahren, sondern lediglich der ordentliche Rechtsweg zulässig ist.

Die Vorschriften des § 134 sind auch in streitigen Sachen anwendbar.

Zwölfter Abschnitt.

Besondere Bestimmungen für Notare.

Vorbemerkung.

Während Preußen eine besondere Gebührenordnung für Notare erlassen hat, ist die Festsetzung der Notariatsgebühren in Braunschweig im Gerichtskosten-gesetz erfolgt. Da die Gleichstellung der Notare mit den Amtsgerichten

aufrecht erhalten ist, so konnten die Gebührenvorschriften für die Notare und Gerichte wie bisher in einem Gesetze vereinigt werden. Auf diese Weise werden die gesetzlichen Bestimmungen vereinfacht, da eine besondere Gebührenordnung für Notare eine Reihe von Verweisungen auf das Gerichtskosten gesetz, oder Wiederholungen aus dem letzteren erhalten müßte und die Notare haben den Vorteil, daß sie nur mit einem Gesetze zu arbeiten brauchen. Einige nur auf Notare anwendbare Bestimmungen, welche das bisherige Br. G. R. G. zerstreut enthielt, sind der Übersicht wegen in einem besonderen Abschnitte zusammengestellt.

Anwendbarkeit der in den Abschnitten I bis XI gegebenen Vorschriften.

§ 135.

Die Vorschriften des ersten Theiles dieses Gesetzes finden mit den in den §§ 136 bis 144 getroffenen Abänderungen auf die Notare entsprechende Anwendung, jedoch haben die §§ 11 und 12 keine Geltung für Notare.

Im § 135 ist der Grundsatz aufgestellt, daß auf die Notare die Vorschriften des ersten Theiles des Gesetzes, abgesehen von den in den §§ 136 bis 144 getroffenen Abweichungen und abgesehen von den Vorschriften über die persönliche Gebührenfreiheit (§§ 11 und 12) „entsprechende Anwendung“ finden sollen. Die Anwendung dieses Grundsatzes im einzelnen wird keine Schwierigkeiten bieten, zumal auch bisher die Kostenvorschriften in freiwilligen Rechtsfachen für Gericht und Notare die gleichen waren. Nicht nur die speziellen Gebührenvorschriften, namentlich des Abschnittes III, sondern auch die allgemeinen Bestimmungen (Abschnitt I), wenn auch mit manchen Ausnahmen (wie namentlich §§ 3, 6, 11 bis 15, 31 bis 33), die gemeinschaftlichen Bestimmungen (Abschnitt X), sowie die Vorschriften des Abschnittes XI über Auslagen sind vorbehaltlich der nachstehend getroffenen Abänderungen auf die Notare anzuwenden.

Höhe und Mindestbetrag der Gebühren.

§ 136.

Die Notare erhalten die für die Tätigkeit des Richters festgesetzten Gebühren, soweit sie für dieselben Geschäfte zuständig sind.

Der Mindestbetrag einer Gebühr beträgt 1 M 50 J. Bei Versteigerungen werden die Gebühren für die Beurkundung des Zuschlages nur dann auf den Mindestbetrag erhöht, wenn die Summe dieser Gebühren in einem Versteigerungsverfahren den Betrag von 1 M 50 J nicht erreicht.

Wo neben den Richtern und Notaren auch die Gerichtsvollzieher und die Gerichtsschreiber zuständig sind und für die letzten beiden Beamtengruppen ermäßigte Sätze bestehen, z. B. bei Inventuren und Wechselprotesten, erhalten die Notare selbstverständlich die für Richter bestimmten Gebühren. Die Zuständigkeit der Notare regelt namentlich § 25 des A. G. Nr. 38 zum F. G. (amtliche Ausgabe der Ausf. Ges. zum B. G. B. Seite 273 fg.); daneben gelten

einzelne Vorschriften der Reichsgesetze, z. B. B. G. B. § 2356, F. G. B. § 259, Art. 87 der Wechsel=D. Hiernach umfaßt der Geschäftskreis der Notare im allgemeinen die im Abschnitte III behandelten Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Die Vorschrift des Absatz 2 ist auf Wunsch der Notare aufgenommen. Bei Beurkundungen zweiseitiger Verträge (§ 39) wird die Mindestgebühr von 1 M 50 J erreicht bei Werten über 60 M, bei einseitigen Erklärungen (§ 38) in der vierten Wertklasse (über 120 M) und wenn nur $\frac{5}{10}$ der Gebühr des Tarifes A erhoben werden, in der sechsten Wertklasse (300 bis 450 M). In den geringsten Wertklassen, in welchen jedoch gerichtliche oder notarielle Beurkundungen nicht häufig vorkommen, arbeiten demnach die Gerichte billiger wie die Notare.

Wo das Gerichtskostengesetz eine höhere Mindestgebühr vorsieht (z. B. §§ 55, 56), gilt die letztere auch für die Notare. Bei Aufnahme mehrerer in innerem Zusammenhange stehender Rechtsgeschäfte in einer Urkunde wird nicht jede einzelne Gebühr auf 1 M 50 J erhöht, sondern nur die Gesamtsumme muß diesen Betrag erreichen. Ausnahme von § 136 vgl. § 137 Schlußsatz.

Zählgebühr.

§ 137.

Für Empfang, Verwahrung und Auszahlung von Geldern erhält der Notar:

1. im Falle des Empfanges zur Auszahlung an dritte Personen für Rechnung des Auftraggebers:

vom Betrage bis 50 M einschließlich	40 J
für je angefangene 50 M des weiteren Betrages bis 400 M	20 "
" " " 100 " " " " 1000 "	20 "
" " " 200 " " " " 10000 "	20 "
" " " 500 " " Mehrbetrages	20 "

2. im Falle der Erhebung von dritten Personen für Rechnung des Auftraggebers das Zweifache der vorstehenden Gebührensätze.

Sind die Gelder im ersten Falle in mehreren Beträgen gesondert auszusahlen oder im zweiten Falle in mehreren Beträgen gesondert zu erheben, so werden die Gebühren von jedem Betrage besonders berechnet, jedoch mit der Maßgabe, daß in einer und derselben Angelegenheit die Gebühren zusammen das Fünffache der Gebühr des Gesamtbetrages nicht übersteigen dürfen.

Für Empfang, Verwahrung und Ablieferung von Wertpapieren erhält der Notar nach Maßgabe des Wertes die Hälfte der vorstehenden Gebühren.

Die Vorschrift des § 136 findet keine Anwendung.

Die Vorschrift ist aus Ziffer XVIII Anlage A Br. G. R. G. wörtlich übernommen, nur ist der Schlußabsatz hinzugefügt, um die Anwendung des § 136

auszuschließen, so daß die Mindestgebühr in den Fällen des § 137 nur 40 \mathcal{J} beträgt oder, falls Wertpapiere unter 50 \mathcal{M} vorkommen sollten, 20 \mathcal{J} . Vgl. § 13 der Pr. G. O. für Notare.

Die Vorschriften des § 87 der D. G. O. für R. A. weichen in verschiedenen Punkten ab. Je nachdem es sich um eine Angelegenheit der streitigen Gerichtsbarkeit oder um ein unter dieses Gesetz fallendes Geschäft handelt, wird der Notar nach § 87 der D. G. O. für R. A. oder nach § 137 die Erhebungsgebühren zu berechnen haben.

Zeugengebühren und Entschädigung eines zugezogenen zweiten Notars.

§ 138.

Für jeden bei einer notariellen Beurkundung zugezogenen Zeugen kann die demselben gezahlte Gebühr bis zum Betrage von 50 \mathcal{J} für jede angefangene Stunde in Rechnung gestellt werden.

Der zweite Notar, welcher anstatt der Zeugen zugezogen ist, erhält fünf Zehnteile der dem beurkundenden Notare zustehenden Gebühr und daneben zutreffendensfalls Tagegelder und Reisekosten. Ist der zweite Notar anstatt der Zeugen ohne ausdrückliches Verlangen der Beteiligten zugezogen, so darf der mit der Beurkundung beauftragte Notar für diese Zuziehung den Beteiligten nicht mehr als 1 \mathcal{M} für jede angefangene Stunde in Rechnung stellen.

I. Absatz 1. Die Zuziehung von Zeugen kommt nur noch in seltenen Fällen vor, namentlich bei Testamentserrichtungen (Pr. G. O. § 2233) und bei Verhandlungen mit Tauben, Stummen, Blinden (Pr. G. O. § 169). Der Satz von 50 \mathcal{J} für jeden Zeugen und jede angefangene Stunde wird ausreichen, um stets geeignete Zeugen zu finden. Der bisherige Höchstbetrag von 1 \mathcal{M} 50 \mathcal{J} für den Tag (Pr. G. R. O. Anlage A, Ziffer XVI) ist als zu niedrig beseitigt (vgl. Pr. G. O. für Notare, § 22). Hat der Notar weniger als 50 \mathcal{J} für die Stunde gezahlt, so ist nur der wirklich gezahlte Betrag in Rechnung zu stellen.

II. Absatz 2. Wird ein zweiter Notar zugezogen, so wohnt dieser in amtlicher Eigenschaft der Beurkundung bei, es erscheint deshalb angemessen, ihm $\frac{5}{10}$ der dem beurkundenden Notare zufallenden Gebühr zuzubilligen, wodurch zugleich im Interesse der Beteiligten eine Abstufung der Mehrkosten für die Zuziehung des zweiten Notars nach Wertklassen erreicht wird. (Ebenso Pr. G. O. für Notare § 14, dagegen Pr. G. R. O. Anlage A, Ziffer XVI, bisher 3 \mathcal{M} für die Stunde.) Der zugezogene Notar hat die Gebühr von dem beurkundenden Notar in allen Fällen zu beanspruchen. Letzterer kann die Mehrkosten des zweiten Notars von den Beteiligten nur ersetzt verlangen, wenn diese die Zuziehung ausdrücklich beantragt haben; ist dies nicht geschehen, so kann der beurkundende Notar nur den Betrag, welcher bei Zuziehung von Zeugen erwachsen sein würde, mit 1 \mathcal{M} für jede angefangene Stunde liquidieren.

Tagegelder und Reisekosten.

§ 139.

Für jeden von dem Notare innerhalb seines dienstlichen Wohnsitzes auf ausdrückliche Aufforderung behuf Vornahme eines Rechtsaktes gemachten Weg, außer zum Zwecke der Abhaltung einer öffentlichen Versteigerung oder der Aufnahme eines Wechselprotesses, erhält derselbe 3 *M*.

Im übrigen stehen dem Notare für Geschäftsreisen Tagegelder und Reisekosten nach den Vorschriften der §§ 78 bis 82 der Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte in der Fassung vom 20. Mai 1898 zu.

Da die Notare bei uns zugleich stets auch Rechtsanwälte sind, und nach Umständen auf derselben Geschäftsreise notarielle Geschäfte und solche eines Rechtsanwalts ausführen können, so empfiehlt es sich, die Reisekosten und Tagegelder stets nach den Bestimmungen der Reichsgebührenordnung für Rechtsanwälte zu berechnen, wie solches auch in der Pr. O. D. für Notare § 21 vorgesehen ist. Die besonderen Vorschriften für Notare im § 23 Pr. O. R. G. sind daher einem aus dem Kreise der Notare geäußerten Wunsche entsprechend beseitigt.

Die Bestimmungen des § 81 der O. D. für R. A. sind jedoch für Notare, welche viel häufiger als die Rechtsanwälte in die Lage kommen, außerhalb ihrer Amtsstelle, aber innerhalb ihres dienstlichen Wohnortes, Geschäfte verrichten zu müssen, zu ungünstig. Es ist deshalb die bisherige Vorschrift im § 23 Absatz 2 Pr. O. R. G. unter angemessener Erhöhung der Wegegebühr von 2 *M* auf 3 *M* beibehalten. Diese Vorschrift ist in den Absatz 1 des § 139 gebracht, um auszudrücken, daß sie den Bestimmungen des § 80 D. G. D. für R. A. vorgeht, so daß neben der Gebühr von 3 *M* Fuhrkosten für einen Weg innerhalb des Wohnortes nicht liquidiert werden können.

Entwürfe; Anträge.

§ 140.

Für erforderliche Entwürfe erhält der Notar acht Zehnteile der für die Beurkundung bestimmten Gebühr.

Wird von dem Notar auf Grund eines von ihm gefertigten Entwurfes demnächst das Rechtsgeschäft beurkundet oder nimmt der Notar die Beglaubigung von Unterschriften oder Handzeichen unter einem von ihm gefertigten Entwurfe vor, so darf im ganzen nicht mehr als die für die Beurkundung des Rechtsgeschäfts bestimmte Gebühr erhoben werden.

Für die bei den Gerichtsbehörden einzureichenden Anträge behufs Erwirkung einer Eintragung in das Grundbuch oder andere gerichtliche Bücher oder Register oder behufs Erwirkung von Legalisationen sowie für die Einsendung einer vom Notar aufgenommenen oder beglaubigten Urkunde können Gebühren nicht gefordert werden, wenn der Notar für die

Aufnahme der eingesendeten oder seinen Anträgen zugrunde liegenden Urkunde Gebühren bezieht. Dasselbe gilt, wenn die Urkunde von dem Notar entworfen ist.

Vgl. Pr. G. D. für Not. § 8. Für die Anfertigung von Entwürfen beträgt auch zurzeit nach Pr. G. R. G. Anlage AI, Bemerkung 2 in Verbindung mit § 12 des Gesetzes vom 24. März 1882 die Vergütung $\frac{8}{10}$ der Beurkundungsgebühr. Erfolgt aber demnächst die Beurkundung des Rechtsgeschäfts, so ist für den Entwurf, ebenso wie für sonstige Vorarbeiten, abgesehen von außergewöhnlichen Umständen, eine besondere Gebühr nicht zu berechnen, da die Beurkundungsgebühren im Abschnitte III als Vauschgebühren die Nebengeschäfte mit umfassen. Auch wenn der Notar einen schriftlichen Entwurf macht und darunter die Unterschriften der Beteiligten beglaubigt, darf zusammen nicht mehr als die Beurkundungsgebühr berechnet werden, wie schon bisher rechtens war (Pr. G. R. G. Anlage A Ziffer XI, Schlusssatz). Fertigt der Notar mehrere Entwürfe an, so kommt es darauf an, ob ein Geschäft oder mehrere Geschäfte vorliegen. Wird z. B. nach Anfertigung des ersten Entwurfes der Auftrag erteilt, einen Entwurf auf anderer Grundlage herzustellen, so ist ein doppelter Ansatz der Gebühr gerechtfertigt, wobei nur die zweite Gebühr nach Absatz 2 durch die Beurkundungsgebühr absorbiert wird. Wenn der Notar auf Antrag der Beteiligten mit denselben über Aufnahme von Rechtsgeschäften verhandelt hat und das Geschäft sich aus irgend einem Grunde zerschlägt, bevor der Entwurf fertiggestellt ist, so kommt die Gebühr des § 58 ($\frac{3}{10}$ bis zum Höchstbetrage von 20 M) zur Erhebung.

Die Vorschrift des Absatz 3 (vgl. Pr. G. D. für Notare § 9 Absatz 1) entspricht der allgemeinen Übung der Notare, sie soll etwa mögliche Zweifel beseitigen. Die Vollmacht des Notars zur Stellung von derartigen Anträgen wird teilweise gesetzlich präsumiert (§ 15 R. Gr. B. D. §§ 71, 129 F. G.) und kann übrigens durch die Beteiligten ausdrücklich erklärt werden. Eine Einsendung von Urkunden kommt namentlich vor bei der Einsendung der vom Notar aufgenommenen Testamente zur amtlichen Verwahrung und bei Anträgen auf vormundschaftsgerichtliche Genehmigung der vom Notare beurkundeten Verträge. In allen diesen Fällen soll für die Einsendung oder den Antrag an das Gericht eine Gebühr nicht berechnet werden, wenn der Notar entweder die Beurkundungsgebühr nach Abschnitt III oder die Gebühr für den Entwurf nach Absatz 1 bezieht. Hat der Notar lediglich die Unterschrift der Beteiligten beglaubigt, so kann er für etwaige Anträge an das Gericht nach Maßgabe der G. D. für R. A. in nichtstreitigen Sachen besonders liquidieren (§ 141).

Anwendung der Gebührenordnung für Rechtsanwälte in nichtstreitigen Rechtsfachen.

§ 141.

Ist für ein Geschäft des Notars eine Gebühr nicht bestimmt, so wird die Vergütung nach den Vorschriften der Gebührenordnung für Rechtsanwälte in nichtstreitigen Rechtsfachen berechnet.

Auch diese Vorschrift entspricht dem geltenden Rechte (Br. G. R. G. Anlage AI Bemerkung 2). Es fallen darunter nur selbständige Geschäfte, wie Beschwerden, Ratserteilungen, Gutachten mit juristischer Begründung, Konferenzen und Verhandlungen mit Beteiligten, sofern solche nicht Vorarbeiten zu einer Beurkundung darstellen, welche durch die Beurkundungsgebühr mit abgegolten werden. Jedoch ist nicht jede Tätigkeit des Notars, welche in einem losen Zusammenhange zu einer späteren Beurkundung steht, als ein gebührenfreies Nebengeschäft anzusehen. Sind die Beteiligten über einen aufzunehmenden Rechtsakt im wesentlichen einig und der Notar gibt vor der Abfassung des Protokolls oder im Anschlusse an dasselbe eine Rechtsbelehrung, so kann dafür nicht besonders liquidiert werden; muß aber der Notar zwischen verschiedenen Parteien mit widerstreitenden Interessen zunächst vermitteln und unter Erteilung von Rechtsbelehrungen Vorschläge zur Einigung machen, oder finden wiederholte Konferenzen statt, bevor sich die Parteien zur Vornahme des Rechtsaktes entschließen, so kann die Erhebung einer besonderen Gebühr neben der Beurkundungsgebühr gerechtfertigt sein. Die Erhebung der besonderen Gebühr muß nach den Umständen des einzelnen Falles dem Taktgeföhle des Notars und im Streitfalle der gerichtlichen Entscheidung nach Maßgabe des § 144 überlassen bleiben.

Wegen der Gebühren der Rechtsanwälte in nichtstreitigen Angelegenheiten vgl. die nachstehende Braunschweigische Gebührenordnung für Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher nebst Begründung.

Kostenvorschuß.

§ 142.

Der Notar kann von seinem Auftraggeber einen angemessenen Vorschuß zur Deckung seiner Gebühren und Auslagen fordern und, falls dieser Vorschuß nicht bezahlt wird, die Übernahme des Auftrages verweigern. Über Einwendungen gegen die Weigerung wird im Aufsichtswege entschieden.

Vgl. Br. G. D. für Notare § 23. Während die Gerichte in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (abgesehen von Geschäften mit Ausländern, § 18) nach § 17 nur wegen der Auslagen einen Vorschuß anfordern dürfen, ist den Notaren das Recht eingeräumt, auch wegen der Gebühren einen Vorschuß anzufordern. Gegen die Anforderung des Vorschusses findet kein Rechtsmittel statt. Wenn aber der Notar wegen Nichteinzahlung des Vorschusses von seinem Rechte, die Übernahme des Auftrages zu verweigern, Gebrauch macht, so entscheidet über die Einwendungen gegen die Weigerung die Aufsichtsbehörde. Bei der Entscheidung wird nicht nur zu prüfen sein, ob die Voraussetzungen des § 142 vorliegen, sondern auch, ob die Weigerung des Notars nach den Umständen des Falles angemessen war. Denn die Anforderung eines Vorschusses ist vom Gesetze nicht als Regel, sondern als Ausnahme zum Schutze des Notars insbesondere für solche Fälle gedacht, wenn begründete Bedenken gegen die Zahlungsfähigkeit oder Zuverlässigkeit des Antragstellers bestehen. Außerdem steht den Notaren die Befugnis zur Zurückhaltung der Urkunden bis zur Zahlung der gesamten Kosten nach § 19 zu; vgl. auch St. St. G. §§ 15, 17.

Kostenvermerke auf Urschriften und Ausfertigungen.

§ 143.

Die Notare sind verpflichtet, auf den Urschriften und Ausfertigungen der von ihnen aufgenommenen Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit die Gebühren, Stempel und Auslagen aufzustellen und bei Geschäften, welche nach Verhältnis der verwendeten Zeit vergütet werden, in dem Protokolle die Dauer der letzteren anzugeben. Ist die Zeitangabe unterblieben, so darf nur die für die geringste Zeitdauer bestimmte Gebühr berechnet werden.

Die Vorschrift wiederholt den § 20 Pr. G. R. G., soweit er für Notare gilt, nur sind die Stempel eingeschoben. Vgl. Pr. G. D. für Notare § 24 Absatz 2.

Beitreibung der Kosten.

§ 144.

Für die zwangsweise Einziehung der Gebühren, Stempel und Auslagen der Notare kommen nachfolgende Vorschriften zur Anwendung.

Der Notar hat ein Verzeichnis der ihm für Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit zukommenden Einzelbeträge an Gebühren, Stempeln und Auslagen unter Angabe des Wertes des Gegenstandes und der angewendeten Gebührendvorschriften aufzustellen und das Verzeichnis dem Zahlungspflichtigen mit der Aufforderung zuzustellen, den Betrag binnen zwei Wochen zu bezahlen. Kommt der Zahlungspflichtige dieser Aufforderung nicht nach, so hat der Notar bei dem Amtsgerichte, bei welchem er seinen dienstlichen Wohnsitz hat, jenes Verzeichnis zu überreichen und neben der dienstlichen Versicherung, daß er dasselbe mit der entsprechenden Aufforderung dem Zahlungspflichtigen habe zugehen lassen, die Vollstreckbarkeitserklärung des Verzeichnisses zu beantragen.

Das Gericht hat das überreichte Verzeichnis, wenn es die Berechnung für richtig befindet, durch einen auf dasselbe zu setzenden kostenfreien Vollstreckungsbefehl, in welchem auch die dem Notar erwachsenen, von ihm zu berechnenden Kosten aufzunehmen sind, für vollstreckbar zu erklären. Hat das Amtsgericht gegen die Höhe der berechneten Kosten Bedenken geltend zu machen, welche sich durch eine Verhandlung mit dem Notare nicht heben lassen, so hat es die Sache zur Entscheidung an das Landgericht abzugeben. Das Landgericht hat, geeignetenfalls nach Anhörung der Parteien und Anstellung von Ermittlungen, über die Höhe der dem Notare zustehenden Kosten zu entscheiden und sofern danach dem Notare

noch Kosten zustehen, den Vollstreckungsbefehl zu erlassen. Das Verfahren vor dem Landgerichte ist kostenfrei.

Werden von dem Zahlungspflichtigen gegen die Höhe des Ansazes der Gebühren und Auslagen Erinnerungen erhoben, so erfolgt deren Erledigung im Wege der Beschwerde nach Maßgabe der Vorschriften des § 4. Dieselben Rechtsmittel stehen dem Notare zu, soweit seinen Anträgen nicht entsprochen ist.

Waren die Erinnerungen anderer Art, so ist der Vollstreckungsbefehl vom Gerichte wieder aufzuheben und der Notar hat seinen Anspruch im Wege der Klage bei dem zuständigen Gerichte geltend zu machen.

I. Die Vorschriften des § 14 Br. G. R. G. sind in der Hauptsache aufrecht erhalten. Im Absatz 2 ist der Inhalt des vom Notare über seine Kosten aufzustellenden Verzeichnisses im Anschlusse an § 86 der G. D. für R. A. dahin näher präzisirt, daß es die Angabe des Wertes des Gegenstandes, sowie der angewendeten Gebührenvorschrift enthalten soll; daneben sind auch hier die Stempel eingefügt.

II. Absatz 3. Nach den jetzigen Vorschriften ist das Amtsgericht zur Prüfung der Berechnung des Notars nicht befugt, es hat den Vollstreckungsbefehl zu erlassen, auch wenn es die Berechnung für unrichtig hält. Diese Einrichtung ist unhaltbar, wenngleich sich nur in sehr seltenen Fällen erhebliche Differenzen zwischen der Berechnung des Notars und der Auffassung des Richters gezeigt haben werden. Hält man nun den bisher von der hiesigen Gesetzgebung befolgten Grundsatz aufrecht, daß die Amtsgerichte den Notaren gleichgestellt sein und erstere über die Maßnahmen der letzteren — abgesehen von dem Prozeßverfahren — nicht urteilen sollen (vgl. Motive zu § 15 des Gerichtskostengesetzes vom 11. Juli 1879 bei Mansfeld, Ausführungsgesetze S. 392/3), so empfiehlt es sich, daß die Amtsgerichte, wenn sie die Berechnung des Notars für unrichtig halten, zunächst mit dem Notare verhandeln. Wird dann eine Einigung nicht erzielt, so hat das Amtsgericht die Sache zur Entscheidung an das Landgericht abzugeben. Auch das Verfahren vor dem Landgerichte soll aus Billigkeitsgründen kostenfrei sein; soweit den Anträgen des Notars entsprochen wird, würden ohnehin keine Kosten erhoben werden können.

III. In Absatz 4 ist das Beschwerdeverfahren an die Bestimmung des F. G. angelehnt, wie solches im § 4 vorgesehen ist. Eine Erinnerung im Sinne des § 3 ist nicht gegeben. Dem Zahlungspflichtigen steht, wenn er sich über die Höhe der Kosten beklagt, gegen den vom Amtsgerichte oder Landgerichte erlassenen Vollstreckungsbefehl die Beschwerde, gegen die Entscheidung des Landgerichts in der Beschwerdeinstanz unter den Voraussetzungen des § 4 die weitere Beschwerde an Herzogliches Oberlandesgericht zu. Der Notar hat, wenn seinen Anträgen nicht entsprochen ist, gegen den Vollstreckungsbefehl des Landgerichts die Beschwerde und gegen die Entscheidung des Landgerichts in der Beschwerdeinstanz die weitere Beschwerde. Für das Verfahren in der Beschwerdeinstanz werden die Kosten nach Maßgabe des § 127 Absatz 2 erhoben.

IV. Absatz 5 ist unverändert geblieben, er findet namentlich Anwendung, wenn der in Anspruch genommene Zahlungspflichtige seine Schuld überhaupt bestreitet oder Zahlung behauptet.

Zweiter Teil.

Angelegenheiten der streitigen Gerichtsbarkeit.

Vorbemerkung.

Der zweite Teil des Gesetzes enthält nicht, wie der erste, eine erschöpfende Regelung, weil die Vorschriften über die Kosten in Angelegenheiten der streitigen Gerichtsbarkeit der Hauptsache nach im Deutschen Gerichtskosten gesetz gegeben sind. Das letztere regelt das Kostenwesen der streitigen Gerichtsbarkeit inso weit, als das Verfahren in der Civilprozeßordnung, der Strafprozeßordnung, oder der Konkursordnung geordnet ist. Auf dem Gebiete der streitigen Gerichtsbarkeit erscheinen hiernach für das Herzogtum in folgenden Richtungen Kostenvorschriften erforderlich:

1. einzelne allgemeine Vorschriften zur Ergänzung des D. G. R. G., insbesondere über Gebührenfreiheit und über die Einziehung der Kosten und Stempel (§ 145);
2. in Angelegenheiten, für die das Verfahren zwar reichsgesetzlich aber nicht in der Civilprozeßordnung geregelt ist, wie hinsichtlich der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens (§§ 149 fg.);
3. in Angelegenheiten, für welche nach §§ 3 und 11 des E. G. zur E. P. D. und § 3 des E. G. zur St. P. D. eine von den Vorschriften der E. P. D. und St. P. D. abweichende landesgesetzliche Regelung vorbehalten ist. Hierher gehören das Verfahren in Forststrafsachen (§ 146) und die landesgesetzlichen Fälle des Aufgebots, für welche aber im Herzogtum im wesentlichen die Vorschriften der E. P. D. gelten (§ 147 und Bemerkung).

Im weiteren Sinne gehört auch zur streitigen Gerichtsbarkeit der Beistand, welchen die Gerichte im Verwaltungszwangsverfahren den Vollstreckungsbehörden unter Anwendung der Regeln der E. P. D. zu leisten haben; für diese Fälle ist nach § 147 das D. G. R. G. maßgebend (vgl. Bemerkung zu § 147). Endlich ist im § 148 eine Vorschrift über die Kosten des Disziplinarverfahrens und das Verfahren vor dem Kompetenzgerichtshof gegeben. Auf das Verfahren vor den Verwaltungsbehörden und vor dem Verwaltungsgerichtshof findet das Gesetz keine Anwendung.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 145.

Die Vorschriften der §§ 6, 11, 12, 31, 32, 33, 36, 37, 134 finden auch in Angelegenheiten der streitigen Gerichtsbarkeit Anwendung.

In Mahnsachen und in dem Verfahren der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens sind auch die im § 11 bezeichneten natürlichen und juristischen Personen und Anstalten mit Ausnahme des Reichsfiskus zur Zahlung der den Antragstellern obliegenden Gebühren verpflichtet. Es werden ihnen jedoch die Gebühren auf Antrag zurückerstattet, wenn der Schuldner nicht ersatzpflichtig oder nicht zahlungsfähig ist.

Anträge auf Todeserklärung der im Kriege vermißten Angehörigen des Deutschen Heeres, sowie auf Todeserklärung solcher Personen, die zur Besatzung eines während der Seefahrt untergegangenen Fahrzeuges der Kaiserlichen Marine gehört haben, sind gebührenfrei zu erledigen.

I. Vgl. Preußen § 119 Satz 1. Der Absatz 1 bezeichnet in Übereinstimmung mit dem bisherigen Rechte diejenigen Vorschriften des ersten Teiles, welche auch für das gesamte Gebiet der streitigen Gerichtsbarkeit Geltung haben, weil insoweit das D. G. R. G. Bestimmungen nicht getroffen oder ausdrücklich auf die Landesgesetzgebung verwiesen hat, wie im § 98 Absatz 2 D. G. R. G. Es gehören hierher: die Vorschriften über den Ansatz der Kosten durch den Gerichtsschreiber (§ 6) und über die persönliche Gebührenfreiheit (§§ 11, 12), die Bestimmungen über die Verrechnung der Kosten für die Staatskasse sowie über deren Einziehung und Niederschlagung wegen Armut (§§ 31 bis 33), die Regeln über das Verfahren bei der Erhebung von Stempeln (§§ 36, 37), während die Frage, inwieweit Stempel zu erheben sind, nach den §§ 2, 101 D. G. R. G. zu entscheiden ist; schließlich ist noch die Vorschrift des § 134 über die Wiedereinziehung von Beträgen, welche an Justizbeamte, Zeugen ufm. zuviel bezahlt sind, auch in Angelegenheiten der streitigen Gerichtsbarkeit anwendbar. In allen im Absatz 1 nicht erwähnten Punkten sind ausschließlich die Bestimmungen des D. G. R. G. maßgebend.

II. Der Absatz 2 enthält nur eine scheinbare Ausnahme von der im Absatz 1 anerkannten persönlichen Gebührenfreiheit. In Mahnsachen und im Zwangsversteigerungsverfahren kommt es häufig vor, daß der Schuldner nach Erlaß des Zahlungsbefehls oder nach Anordnung der Zwangsversteigerung bezahlt, und daß das Verfahren dadurch vor weiterer Durchführung endigt. In diesen Fällen können die Gerichtskosten nur von dem Gläubiger als Antragsteller erhoben werden, und die Gebühr fällt aus, wenn dem Antragsteller persönliche Gebührenfreiheit zukommt. Die letztere kommt somit mittelbar den Schuldnern zugute, und dies soll durch § 145 Absatz 2 verhütet werden.

Durch Erhebung der Gerichtsgebühr von den Antragstellern, welche persönliche Gebührenfreiheit genießen, werden diese in den Stand gesetzt, die Gebühren ihrerseits von den Schuldnern wieder einzuziehen; soweit solches jedoch nicht gelingt, sind die erhobenen Gebühren den Antragstellern auf Antrag zurückzuerstatten. Die Vorschrift des § 145 Absatz 2 ist für die Staatskasse von einiger Bedeutung, weil insbesondere seitens der Leihhaus- und Kreiskassen sehr zahlreiche Anträge auf Erlass von Zahlungsbefehlen, nicht selten auch Anträge auf Anordnung von Zwangsversteigerungen gestellt werden, wobei bisher mangels einer dem § 145 Absatz 2 entsprechenden Vorschrift viele Gebühren trotz der Zahlungsfähigkeit des Schuldners zum Nachtheile der Staatskasse ausfielen. Auf den Reichsfiskus, welcher kraft Reichsgesetzes (§ 98 Absatz 1 D. G. R. G.) Gebührenfreiheit genießt, konnte der § 145 Absatz 2 nicht ausgedehnt werden.

Die Vorschrift des § 1 Absatz 2 Br. G. R. G. „soweit in streitigen Sachen der Gegner desjenigen, welchem die Gebührenfreiheit zusteht, Kosten des Verfahrens zu tragen hat (D. G. R. G. § 86), kommen die Gebühren zur Erhebung“, ist als selbstverständlich weggelassen.

III. Absatz 3 ist aus Sachsen-Weimar § 181 Absatz 3 übernommen und wird keiner Rechtfertigung bedürfen.

Anwendbarkeit des Deutschen Gerichtskostengesetzes.

§ 146.

In allen Angelegenheiten der streitigen Gerichtsbarkeit, für welche die Bestimmungen der Deutschen Prozeßordnungen zufolge landesgesetzlicher Vorschrift maßgebend sind, insbesondere in allen landesgesetzlich bestimmten Fällen des Aufgebotsverfahrens, finden die Vorschriften des Deutschen Gerichtskostengesetzes sowie des § 145 Anwendung, soweit nicht ein anderes in diesem Gesetze bestimmt ist.

Vgl. Pr. G. R. G. § 120. Da für Forststrafsachen und für die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen in den §§ 147, 149 fg. Sonderbestimmungen getroffen sind, so gilt § 146 hauptsächlich für die Fälle des landesgesetzlich zugelassenen Aufgebotsverfahrens. In allen landesgesetzlich bestimmten Aufgebotsfällen bilden trotz einzelner besonderer Bestimmungen doch die Vorschriften der C. P. D. die Grundlage für das Verfahren, und zwar theils kraft ausdrücklicher landesgesetzlicher Vorschrift (vgl. § 53 Absatz 2 A. G. Nr. 36 zum B. G. B., § 27 Absatz 5 A. G. Nr. 37 zur Gr. P. D.), theils aus dem Grunde, weil die Landesgesetze die Anwendbarkeit der Vorschriften der C. P. D. nicht gemäß § 11 C. G. zur C. P. D. ausgeschlossen haben (vgl. die Zusammenstellung der landesgesetzlichen Aufgebotsfälle in der amtlichen Ausgabe des Ausf. Ges. zum B. G. B. S. 352 bis 355).

In allen diesen Fällen ist daher das D. G. R. G. nach § 146 anzuwenden, wie solches auch schon im § 22 Ziffer 1 Br. G. R. G. vorgeschrieben war. Daß bei reichsgesetzlich bestimmten und den Regeln der C. P. D. unterstellten Aufgebotsverfahren das D. G. R. G. anwendbar ist, ergibt sich aus § 1 D. G. R. G. (vgl. z. B. §§ 140, 157 Zw. V. G.). Dagegen findet § 146 Anwendung auf

die Fälle, wenn das Gericht in einem Verfahren der Zwangsvollstreckung im Verwaltungswege Beistand leistet; insbesondere durch Abnahme des Offenbarungseides oder Vornahme des Verteilungsverfahrens, da sich das Verfahren kraft landesgesetzlicher Vorschrift nach den Regeln der C. P. O. richtet (§§ 20, 32, 39 des Gesetzes über das Verwaltungszwangsverfahren vom 9. April 1888 in der Fassung des Gesetzes vom 12. Juni 1899. Wird eine Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen durch die Vollstreckungsbehörde nach § 40 des angezogenen Gesetzes beantragt, so kommen selbstverständlich die Vorschriften der §§ 149 fg. zur Anwendung).

Forststraffachen.

§ 147.

Die auf die Kosten in Straffachen bezüglich Vorschriften des Deutschen Gerichtskostengesetzes finden auf die nach dem Forststrafgesetze Nr. 18 vom 1. April 1879 zu behandelnden Straffachen mit folgenden Maßnahmen Anwendung:

1. Ist nicht auf Grund der §§ 17 und 18 des Forststrafgesetzbuches auf Strafe erkannt worden, so werden für jede Instanz, in welcher eine Hauptverhandlung stattgefunden hat, vier Zehntele der Sätze des § 62 des Deutschen Gerichtskostengesetzes erhoben.
2. Ist in Fällen, in welchen der Erlaß eines Strafbefehles zulässig ist, ohne Erlaß eines solchen zur Hauptverhandlung geschritten und die Verurteilung auf sofortiges Geständnis ohne Beweisaufnahme erfolgt, so werden in erster Instanz zwei Zehntele der Sätze des § 62 erhoben.
3. Ist nach den §§ 19 und 43 des Forststrafgesetzbuches durch Strafbefehl oder Urteil auf die Einziehung von Holz oder Harz oder der im § 19 Absatz 2 erwähnten Gegenstände erkannt, so ist der Wert des Holzes oder Harzes oder der betreffenden Gegenstände an Stelle der Strafe für die Höhe der Gebühr maßgebend; die Gebühr beträgt jedoch in jeder Instanz höchstens 5 M.
4. Wird an Stelle des nicht zu bestrafenden Täters eine andere Person nach § 10 Absatz 2 des Forststrafgesetzbuches zur Zahlung der Geldstrafe, des Wertersatzes, des Ersatzgeldes und der Kosten als unmittelbar haftbar verurteilt, so ist dafür die Gebühr nach der Höhe der ausgesprochenen Geldstrafe zu berechnen und zu erheben. Für die Haftbarerklärung einer anderen Person im Falle des Unvermögens des Verurteilten (§ 10 Absatz 1 des Forststrafgesetzbuches) ist eine besondere Gebühr nicht anzusetzen.

Vgl. Pr. § 121. Der § 147 bis einschließlich Ziffer 3 gibt den bisherigen § 9 Pr. G. R. G. wörtlich wieder. Zu einer Abänderung dieser Vorschriften, welche sich bewährt haben, und welche mit den preussischen Bestimmungen genau übereinstimmen, liegt kein Anlaß vor. Die Ziffer 4 ist hinzugefügt, um eine bestehende Streitfrage zu entscheiden. In diesen Fällen wurden Gebühren von dem einen Gerichte erhoben, von dem anderen nicht, nach der Entscheidung Herzoglichen Landgerichts vom 20. November 1905, bei Freund, Heft 2 Nr. 30, können Gebühren nicht erhoben werden. Wenn neben dem Verurteilten, und lediglich für den Fall des Unvermögens desselben, der Gewalthaber, Aufsichtspflichtige oder Dienstherr für Geldstrafe usw. haftbar erklärt wird (§ 10 Absatz 1 des Forststrafgesetzes), so entspricht es der Billigkeit, für diese Verfügung, welche nur einen akzessorischen Charakter hat, eine besondere Gebühr nicht zu erheben, da eine Gebühr für den gegen den Täter erlassenen Strafbefehl berechnet wird. Wird dagegen nach § 10 Absatz 2 des Forststrafgesetzbuches an Stelle des nicht zu bestrafenden Täters eine andere Person als unmittelbar haftbar verurteilt, so wird überhaupt nur dieser eine Strafbefehl erlassen, und es muß dafür eine Gebühr erhoben werden, da kein Grund zur gebührenfreien Behandlung vorliegt. Diese Gebühr ist nach der Höhe der Geldstrafe (Werterfaß und Kosten sind bei der Gebührenberechnung nicht zu berücksichtigen) zu berechnen, was der Deutlichkeit wegen im § 147 Ziffer 4 ausgesprochen ist (vgl. D. G. R. G. § 59 Absatz 1).

Disziplinarsachen;

Gerichtshof zur Entscheidung von Kompetenzfreitigkeiten.

§ 148.

Für das Disziplinarverfahren werden weder Gebühren noch Stempel, sondern nur die Auslagen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes in Ansatz gebracht. Die bestehenden Vorschriften über die Verrechnung und Einziehung der Kosten bleiben unberührt.

In dem Verfahren vor dem Gerichtshofe zur Entscheidung von Kompetenzfreitigkeiten werden Gebühren, Stempel und Auslagen nicht erhoben.

Auch bisher wurden lediglich bare Auslagen für das Disziplinarverfahren erhoben (§§ 80, 105 des Civilstaatsdienstgesetzes, welche auch für das Disziplinarverfahren gegen andere Beamte gelten). Eine Aufnahme dieser Bestimmungen in das Landeskostengesetz erscheint im Interesse der Vollständigkeit desselben wünschenswert. Über die Erhebung der Auslagen bestand zwischen dem D. G. R. G. und den Landeskostengesetzen bisher kein Unterschied von Bedeutung. Da nunmehr aber nach dem veröffentlichten Entwurfe eines Reichsgesetzes über Änderungen des G. R. G. usw. die Absicht besteht, für Schreibgebühren und Postgebühren ein Pauschquantum zu erheben, so erscheint es richtiger, die baren Auslagen im Disziplinarverfahren nach Maßgabe des ersten Abschnittes des gegenwärtigen Gesetzes zu erheben, weil ein Maßstab für die Berechnung des Pauschquantums fehlen würde.

Die Kosten des hier allein in Betracht kommenden förmlichen Disziplinarverfahrens werden nach der zurzeit geltenden Verordnung Nr. 30 vom

30. Mai 1893 durch Herzogliche Staatsanwaltschaft eingezogen und bei den Disziplinarakammern an die Sportellasse Herzoglichen Landgerichts, bei den Disziplinarhöfen an die Sportellasse Herzoglichen Oberlandesgerichts abgeliefert. Die im förmlichen Disziplinarverfahren verhängten Geldstrafen sind gleichfalls an die bezeichneten Sportellassen abzuliefern und sie werden ebenso eingezogen, wie die auf Grund des Reichsstrafgesetzbuches durch die Gerichte erkannten Geldstrafen.

Für das Verfahren vor dem Gerichtshofe zur Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten sind auch bisher keinerlei Kosten erhoben (vgl. § 20 des Gesetzes Nr. 16 vom 1. April 1879).

Zweiter Abschnitt.

Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens.

Vorbemerkung.

I. Das zurzeit geltende Kostengesetz Nr. 49 vom 12. Juni 1899 berechnet die Gebühren für die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung nach Bruchteilen der im § 3 aufgestellten besonderen Gebührenreihe. Die im wesentlichen aus dem Kostengesetz vom Jahre 1879 übernommenen Gebührensätze entsprechen den heutigen Verhältnissen nicht mehr. Zunächst sind die Wertklassen, wie bei den meisten braunschweigischen Tarifen, zu weit bemessen, z. B. Stufe 7: 10 000 bis 30 000 *M*, während das deutsche und das preussische Gerichtskostengesetz diese Werte in 10 Klassen zu je 2000 *M* einteilen und dadurch eine zweckmäßigere Abstufung der Gebühren erreichen; sodann sind aber die Gebühren, abgesehen von den untersten Wertstufen, im Vergleich zu den in den meisten anderen Bundesstaaten erhobenen Sätzen außerordentlich gering und sie bilden keine angemessene Vergütung für die erhebliche Mühewaltung des Vollstreckungsgerichts. Da nach § 17 des Br. Ges. vom 12. Juni 1899 Zustellungskosten und Schreibgebühren, welche sich bei durchgeführter Zwangsversteigerung auf etwa 30 *M* zu belaufen pflegen, nicht berechnet werden, so kommt es vielfach vor, daß die Gebühren nicht einmal die Auslagen decken und somit der Staat bares Geld zusetzt. Und zwar tritt dieser Fall nicht nur bei ganz geringwertigen, sondern auch bei wertvollen Grundstücken ein, weil nach § 4 des Br. Kostengesetzes der Betrag des Meistgebotes, für welches der Zuschlag erteilt ist, der Gebührenberechnung zugrunde gelegt wird. Denn es ist nicht selten, daß Grundstücke im Werte von 30 000 oder 50 000 *M*, wenn der erste Hypothetgläubiger das Verfahren betreibt oder demselben beigetreten ist, zu einem das geringste Gebot kaum übersteigenden Preise von 200 bis 500 *M* versteigert werden, in welchem Falle der Gesamtbetrag aller Gebühren 11 *M* beträgt.

Das Reichszwangsversteigerungsgesetz bildet sachlich einen Teil der Zivilprozeßordnung und seine Vorschriften sind nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit nicht in dieses Gesetz selbst aufgenommen; nach § 1 des D. G. R. G. finden deshalb die Bestimmungen des D. G. R. G. keine Anwendung und die Fest-

setzung der Kostenvorschriften unterliegt der Landesgesetzgebung. Bei dieser Sachlage erscheint es völlig gerechtfertigt, die Kostenbestimmungen des D. G. R. G. über Vollstreckungsmaßregeln des Gerichts bei der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen für die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen zum Muster zu nehmen. Nun setzt das D. G. R. G. die Gebühren für gerichtliche Handlungen der Zwangsvollstreckung im § 35 Ziffer 2 allgemein auf $\frac{2}{10}$ der Gebühr des § 8 fest und im § 42 des D. G. R. G. sind für das Verteilungsverfahren (E. P. D. §§ 858 Absatz 2, 872 bis 877, 882) $\frac{5}{10}$ der Sätze des § 8 bestimmt. Die Übernahme dieser Gebührensätze ist unbedenklich, weil die Entscheidungen des Vollstreckungsgerichts im Zwangsversteigerungsverfahren an Bedeutung den Entscheidungen bei der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen mindestens gleichkommen, in der Regel aber eine größere Mißbewaltung des Gerichts verursachen. Danach würden zu erheben sein, für die Anordnung der Zwangsversteigerung, für den Erlaß der Bekanntmachung des Versteigerungstermins, für die Abhaltung des Versteigerungstermins, für den Beschluß über den Zuschlag je $\frac{2}{10}$ und für das Verteilungsverfahren $\frac{5}{10}$ der Sätze des § 8 des D. G. R. G. Diese Sätze werden auch tatsächlich in Preußen (G. R. G. §§ 124 bis 126) mit einer geringen Abweichung bezüglich der Gebühr für den Zuschlag, sowie in den meisten anderen Bundesstaaten erhoben, und sie sind deshalb auch hier festgesetzt. In den untersten Wertklassen kommen die vorgeschriebenen Gebühren den geltenden Sätzen etwa gleich, sie steigen alsdann aber bedeutend schneller an, so daß sie bei 30 000 *M* etwa doppelt, bei 100 000 *M* etwa dreimal und bei ganz hohen Werten etwa viermal den Betrag der jetzigen Sätze ausmachen. Für die Staatskasse ist demnach eine wesentliche Mehreinnahme mit Sicherheit zu erwarten.

II. Die Vorschriften des zweiten Abschnittes beziehen sich nicht auf die im Wege der Zwangsvollstreckung erfolgende Eintragung einer Sicherungshypothek (§ 866 E. P. D.). Da die Sicherungshypothek auf Antrag des Gläubigers ohne Vermittlung des Prozeß- oder Vollstreckungsgerichts in das Grundbuch einzutragen ist (§§ 867, 932 E. P. D.), so gelten dafür die Kostenvorschriften des vierten Abschnittes des ersten Teiles. Dagegen finden selbstverständlich die Regeln des zweiten Abschnittes des zweiten Teiles Anwendung, mag sich die Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung auf Grundstücke oder auf andere Berechtigungen erstrecken, welche der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen unterliegen (E. P. D. §§ 864, 870, vgl. auch § 76 und Bemerkung I). Die §§ 149 und 150 betreffen die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung, die §§ 151 bis 155 beziehen sich nur auf die Zwangsversteigerung, § 156 betrifft nur die Zwangsverwaltung, die §§ 158 bis 161 betreffen wiederum die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung. Im § 157 sind Vorschriften für die Aufsichtsführung des Vollstreckungsgerichts über Vermögensverwaltungen gegeben.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 149.

In dem Verfahren der Zwangsversteigerung oder der Zwangsverwaltung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens finden alle Vorschriften des ersten, zweiten und dritten Abschnittes des ersten Teiles

Anwendung, soweit nicht im § 145 Absatz 2 und in den §§ 150 bis 161 etwas anderes bestimmt ist.

Vgl. Pr. § 119 Absatz 1 Satz 2. Durch § 149 werden die Vorschriften der §§ 2, 5 und 18 des Pr. Kostengesetzes über die Zw. V. usw. ersetzt.

Da die Gebührenvorschriften in den zweiten Teil aufgenommen sind, so dient es der Erleichterung in der Handhabung des Gesetzes, wenn anstatt der bisher angezogenen allgemeinen Vorschriften des D. G. R. G. die entsprechenden Bestimmungen dieses Gesetzes in den Abschnitten I (Allgemeine Bestimmungen), II (Gerichtliches Stempelwesen), XI Auslagen, für anwendbar erklärt werden, gleichwie solches auch in Preußen und anderen Staaten geschehen ist. Wesentliche sachliche Änderungen werden dadurch nicht herbeigeführt, weil die erwähnten Vorschriften des Landeskostengesetzes fast durchweg mit den entsprechenden Bestimmungen des D. G. R. G. übereinstimmen. Hervorzuheben ist, daß für die Einlegung reiner Kostenbeschwerden im § 4 vom D. G. R. G. § 4 etwas abweichende Bestimmungen getroffen sind, und daß mehrere Antragsteller, sofern deren gemeinsame Zahlungspflicht überhaupt in Betracht kommt, nach § 9 Absatz 1 als Gesamtschuldner für die Kosten haften, während bisher nach § 91 D. G. R. G. die Kosten nach Kopfteilen zu verteilen waren. Daß an die Stelle der bisherigen §§ 1 bis 8 des Pr. G. R. G. die entsprechenden Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes treten, ergibt sich von selbst.

Im § 149 sind der Deutlichkeit wegen die besonderen Bestimmungen über die Gebührenfreiheit im § 145 Absatz 2 und der §§ 150 bis 161 ausdrücklich aufrecht erhalten. Von den letzteren stellt namentlich § 161 über die Nichterhebung von Schreibgebühren und den an die Post für Zustellungen zu zahlenden Beträgen eine wesentliche Ausnahme von den im Abschnitte XI getroffenen Vorschriften über die Auslagenerhebung dar.

Anordnung der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung.

§ 150.

Zwei Zehnteile der im § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes bestimmten Gebühr werden erhoben für die Entscheidung, einschließlich des vorangegangenen Verfahrens, über Anträge auf Anordnung der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung, oder über die Zulassung des Beitritts eines ferneren Gläubigers. Werden Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung nebeneinander betrieben, so ist für jedes Verfahren die Gebühr besonders zu berechnen.

Ist ein Gläubiger der Antragsteller, so werden die Gebühren nach dem Betrage der einzuziehenden Forderungen unter Hinzurechnung der mitgeforderten Zinsen und Kosten berechnet. In sonstigen Fällen bemessen sich die Gebühren nach der Hälfte des Wertes des Gegenstandes der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung; dabei ist der Wert von Gebäuden nebst Hof- und Baustelle auf zwei Drittel der Brandversicherungssumme, von unbebauten Grundstücken auf den vierzigfachen Betrag des auf Grund des

Gesetzes vom 24. August 1849 ermittelten Grundsteuerkapitales zu bestimmen.

Wird der Antrag zurückgenommen, ehe eine gebührenpflichtige Entscheidung ergangen ist, so wird ein Zehnteil der vorstehend bestimmten Gebühren erhoben. Im Falle einer teilweisen Zurücknahme wird diese Gebühr nur insoweit erhoben, als die im Absatz 1 bestimmte Gebühr sich erhöht haben würde, wenn die Entscheidung auf den zurückgenommenen Teil erstreckt worden wäre.

I. Vgl. Pr. § 124. Die im § 150 Absatz 1 bestimmte Gebühr betrifft die Entscheidungen nach §§ 15, 27, 133, 146, 172, 176, 180 Zw. V. G., §§ 6, 7 des A. G. Nr. 39 vom 12. Juni 1899 zum Zw. V. G. Für die Zulassung eines fernerer Gläubigers zum Beitritt wurde nach § 10 Ziffer 2 des Pr. Kostengesetzes Nr. 49 zum Zw. V. G. bisher nur $\frac{1}{10}$ erhoben; die gleiche Gebühr, wie für die Anordnung der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung, ist aber gerechtfertigt, weil die Prüfungspflicht des Vollstreckungsgerichts dieselbe ist und auch der zum Beitritt zugelassene Gläubiger dieselben Rechte erwirbt, wie wenn auf seinen Antrag das Verfahren eingeleitet wäre (§ 27 Zw. V. G.). Im Falle der Fortsetzung einer ergebnislosen Zwangsversteigerung als Zwangsverwaltung (§ 77 Absatz 2) ist eine neue Gebühr nach § 124 nicht zu erheben, weil in dem Festsetzungsbeschlusse die Anordnung eines neuen Verfahrens nicht zu finden ist; im übrigen sind für das Verfahren der Zwangsverwaltung die Gebühren nach § 156 zu erheben.

II. Abweichend von dem bisherigen Rechte, aber in Übereinstimmung mit Preußen § 124, 2 und anderen Bundesstaaten (vgl. auch D. G. R. G. § 13 Absatz 2) soll nach Absatz 2 der Betrag der einzuziehenden Forderungen unter Hinzurechnung der Zinsen und Kosten für die Werberechnung maßgebend sein, falls ein Gläubiger das Verfahren betreibt. Diese Berechnung paßt nicht auf die Zwangsversteigerung in besonderen Fällen, insbesondere in den Fällen der §§ 172 (Antrag des Konkursverwalters), 175 (Antrag des beschränkt haftenden Erben), 180 Zw. V. G. (Antrag zur Aufhebung einer Gemeinschaft) und in den Fällen des § 13 A. G. Nr. 39 zum Zw. V. G. Um in diesen Fällen die Gebühr des § 150 im Verhältnisse zu der Berechnung in dem häufigsten Falle der Zwangsversteigerung auf Antrag eines Gläubigers nicht allzu hoch zu bemessen, soll nur der halbe Wert des Gegenstandes der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung der Gebührenberechnung zugrunde gelegt werden. Der Wert der von dem Verfahren ergriffenen Gegenstände wird durch das Gericht nach freiem Ermessen (§ 19), nötigenfalls durch besonderen Beschluß (§ 28) festgesetzt. Um ein weitläufiges Schätzungsverfahren hinsichtlich des Wertes von Grundstücken zu ersparen, sind im Absatz 2 Schlusssatz für Grundstücke bestimmte niedrig bemessene Werte als maßgeblich hingestellt. Danach ist also $\frac{1}{3}$ der Brandversicherungssumme bei Gebäuden einschließlich der Grundfläche, bei unbebauten Grundstücken aber der 20 fache Betrag des Grundsteuerkapitals, wozu noch der halbe Wert des etwa mit zu versteigernden beweglichen Zubehörs oder der sonstigen Gegenstände hinzutritt, der Gebührenberechnung in den erwähnten Fällen zugrunde zu legen (vgl. auch § 72 Absatz 3 und Bemerkung III zu § 72). Eine weitere ausnahmsweise

Ermäßigung der Wertberechnung, wie sie § 72 Schlußsatz zuläßt, erscheint nicht geboten.

Sollte ausnahmsweise eine Brandversicherungssumme oder das Grundsteuerkapital auch bei der Steuerbehörde nicht zu ermitteln sein, so muß ergänzend das richterliche Ermessen eintreten.

III. Der Absatz 3 stimmt sachlich mit § 46 D. G. R. G. überein, welcher nach § 15 Br. Kostengesetzes zum Zw. V. G. auch zur Zeit gilt.

IV. Die Gebühr des § 150 wird mit dem Erlasse der Entscheidung fällig (§ 155); zahlungspflichtig ist Antragsteller (§ 159), und zwar auch dann, wenn er sonst persönliche Gebührenfreiheit genießt (§ 145 Absatz 2). Nach § 161 Absatz 3 sind auch die Auslagen für die Zustellung und die Schreibgebühren, welche durch die Ausfertigung und die Zustellung der Entscheidung und das etwa vorhergehende Verfahren entstehen, zu erheben. Der Antragsteller kann für die von ihm erforderlichen Kosten mit dem Range seines Hauptanspruches Befriedigung aus dem Grundstücke verlangen (§ 10 Absatz 2 Zw. V. G.).

Zwangsversteigerung.

§ 151.

In dem Verfahren der Zwangsversteigerung werden erhoben:

1. für den Erlaß der Bekanntmachung des Versteigerungstermins zwei Zehnteile;
2. für die Abhaltung des ersten Versteigerungstermins zwei Zehnteile;
3. für die Abhaltung eines jeden Versteigerungstermins nach Abhaltung des ersten ein Zehnteil;
4. für das Verteilungsverfahren fünf Zehnteile;
5. für das nachträgliche Verteilungsverfahren nach den §§ 138 fg. des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung zwei Zehnteile

der im § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes bestimmten Gebühr.

Die Bekanntmachung des Versteigerungstermins gilt als erlassen, wenn sie zur Veröffentlichung oder an einen der Beteiligten abgesandt worden ist.

Die Gebühr wird nur einmal erhoben, auch wenn mehrere Versteigerungstermine bekannt gemacht werden.

Der Versteigerungstermin gilt als abgehalten, wenn in demselben nach Feststellung der Versteigerungsbedingungen zur Abgabe von Geboten aufgefordert ist.

Findet nach der Bestimmung, aber vor dem Beginne des Verteilungstermins, das Verteilungsverfahren gemäß § 143 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung seine Erledigung, so

werden zwei Zehnteile der im § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes bestimmten Gebühr erhoben. Die gleiche Gebühr wird erhoben für das Verfahren nach § 144 des bezeichneten Gesetzes, sofern es zu einem gerichtlichen Verteilungsverfahren nicht kommt. Sind die nach diesem Absätze zu berechnenden Gebühren und die Gebühr der Nr. 4 von verschiedenen Teilen des Erlöses zu berechnen, so darf der Gesamtbetrag die nach Nr. 4 von dem Gesamterlöse zu berechnende Gebühr nicht überschreiten.

Auf das Aufgebotsverfahren nach den §§ 140, 157 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung finden die Bestimmungen des Deutschen Gerichtskostengesetzes Anwendung.

Vgl. Pr. § 125. Der § 151 umfaßt die im Pr. Kostengesetz zum Zw. V. G. unter § 6 Ziffer 2, 3, 5, 7, § 10 Ziffer 1 und § 11 enthaltenen Bestimmungen. Abgesehen von der veränderten Gebührenbemessung (vgl. die Vorbemerkung zu diesem Abschnitte) sind die bisherigen Grundsätze aufrecht erhalten und nur einzelne Ergänzungen nach dem Vorbilde des preussischen Gerichtskostengesetzes hinzugefügt.

I. Durch die Absätze 2 und 3 sollen bisher entstandene Zweifel entschieden werden. Die Gebühr für den Erlaß der Bekanntmachung ist danach erwachsen, sobald die Bekanntmachung zur Veröffentlichung an ein Blatt oder an die Gemeindebehörde oder zwecks Zustellung an einen Beteiligten abgesandt ist (§§ 39 bis 41 Zw. V. G., § 2 A. G. Nr. 39 zum Zw. V. G.). Eine dieser Maßregeln genügt, doch kann das Anheften an die Gerichtstafel des Vollstreckungsgerichts nicht in Betracht kommen, da darin keine Absendung liegt. Preußen erhebt in gewissen Fällen für den Erlaß der Bekanntmachung eines neuen Versteigerungstermins eine geringe Gebühr ($\frac{1}{10}$), doch ist die Müheverwaltung einer wiederholten Bekanntmachung, auch wenn ein anderer Terminstag hineingesetzt wird, so gering, daß eine besondere Gebühr dafür nicht erforderlich erscheint. Wird vor Eintritt der Fälligkeit der Gebühr Nr. 1 der Versteigerungsantrag zurückgenommen, so wird eine weitere als die im § 150 bestimmte Gebühr nicht erhoben.

II. Der erste Termin, in welchem es nach Feststellung der Versteigerungsbedingungen zur Aufforderung zur Abgabe von Geboten gekommen ist (§ 66 Absatz 2 Zw. V. G.), begründet den Ansat der Gebühr Nr. 2 (Absatz 4). Wird vor Eintritt dieses Zeitpunktes das Verfahren aufgehoben, so sind nur die Gebühren der §§ 150 und 151 Nr. 1 zu erheben, durch welche das Verfahren bis dahin z. B. auch dann abgegolten wird, wenn ein besonderer Termin zur Feststellung der Versteigerungsbedingungen stattgefunden hat (§ 62 Zw. V. G.).

Die Gebühr Nr. 3 wird für einen neuen selbständigen Versteigerungstermin, insbesondere in den Fällen der §§ 85 Absatz 1 und 77 Absatz 2 Zw. V. G. erhoben, falls in diesem Termine die Aufforderung zur Abgabe von Geboten erfolgt. Erstreckt sich die Verhandlung in einem Versteigerungstermine über mehrere Tage, so handelt es sich um eine einheitliche Verhand-

lung, wofür nur eine Gebühr zu erheben ist, also entweder die Gebühr Nr. 2 oder Nr. 3.

III. Das Verteilungsverfahren (Zw. V. G. §§ 105 bis 145) wird nach Erteilung des Zuschlages von Amts wegen eingeleitet und durchgeführt. Sobald der Verteilungstermin begonnen hat, ist die Gebühr der Nr. 4 erwachsen. Wird das gerichtliche Verteilungsverfahren durch ein außergerichtliches ersetzt, so sind folgende Fälle möglich: 1. Die Beteiligten einigen sich außergerichtlich (§ 143 Zw. V. G.). Wird die Einigung seitens der Beteiligten dem Vollstreckungsgerichte nachgewiesen, bevor dasselbe einen Verteilungstermin angesetzt hat, so wird keine Gebühr erhoben; wird die Einigung nach der Bestimmung, aber vor Beginn des Verteilungstermins nachgewiesen, so kommt nach Absatz 5 nur die ermäßigte Gebühr von $\frac{2}{10}$ der Sätze des § 8 D. G. R. G. in Ansatz, dagegen verbleibt es bei der vollen Gebühr des Absatzes 1 Nr. 4, wenn die Einigung noch später nachgewiesen wird. 2. Die Berechtigten, deren Ansprüche durch das Gebot gedeckt sind, erklären sich durch den Ersteher für befriedigt (§ 144 Zw. V. G.). Dann ist in allen Fällen die im § 144 Absatz 1 Zw. V. G. vorgeschriebene gerichtliche Tätigkeit erforderlich, für welche $\frac{2}{10}$ der Sätze des § 8 D. G. R. G. nach Absatz 5 Satz 2 zu erheben sind. Kommt es aber in diesem Falle infolge von Erinnerungen der Beteiligten noch zu einem gerichtlichen Teilungsverfahren, so wird unter Wegfall der im Absatz 5 bestimmten Gebühr die im Absatz 1 Nr. 4 bestimmte Gebühr erhoben.

Sind Gegenstände nach § 65 des Zw. V. G. besonders verwertet, so findet in Ansehung des Erlöses derselben das gerichtliche Verteilungsverfahren nach § 144 Absatz 2 Zw. V. G. statt. In solchen Fällen ist die Gebühr des Absatzes 1 Nr. 4 ($\frac{5}{10}$) von der noch vorhandenen Teilungsmasse (§ 153 Schlußsatz) und von dem sonstigen Erlöse die Gebühr nach Absatz 5 ($\frac{2}{10}$) zu erheben; die Summe beider Gebühren darf jedoch die nach dem Gesamterlöse zu berechnende Gebühr von $\frac{5}{10}$ nicht übersteigen, der etwaige Mehrbetrag ist abzusetzen.

Werden mehrere Verteilungstermine erforderlich, so ist dafür eine besondere Gebühr von $\frac{2}{10}$ neben der Gebühr der Nr. 4 nur dann nach Absatz 1 Nr. 5 zu erheben, wenn es sich um ein nachträgliches Verteilungsverfahren handelt. Ein solches im Sinne des Absatzes 1 Nr. 5 liegt nur vor, wenn entweder das Gericht nach durchgeführtem Aufgebotsverfahren gegen einen Berechtigten gemäß § 141 Zw. V. G. einen Verteilungstermin abhält oder wenn, nachdem das Gericht gemäß § 138 Zw. V. G. die Ermächtigung zu dem Antrage auf Erlaß des Aufgebotsverfahrens erteilt hatte, infolge Ermittlung des Berechtigten eine nachträgliche Verteilung gemäß § 139 Zw. V. G. stattfindet. Wenn der Berechtigte zwar nachträglich, aber vor Erteilung der Ermächtigung zum Aufgebot ermittelt wird, so ist für die Maßnahmen des Vollstreckungsgerichts zwecks weiterer Ausführung des Teilungsplanes nach § 137 Zw. V. G. eine besondere Gebühr selbst dann nicht anzusetzen, wenn das Vollstreckungsgericht einen nochmaligen Verteilungstermin anberaumt. Es folgt dies daraus, daß § 137 Zw. V. G. im Absatz 1 Nr. 5 nicht mit angezogen ist.

IV. Die in den §§ 150 und 151 vorgeschriebenen Gebühren sind Bauschgebühren und umfassen die gesamte Tätigkeit des Vollstreckungsgerichts. Darunter fällt auch die Beurkundung einer Bürgschaft zur Sicherheit für ein Gebot, die Beurkundung der Abtretung der Rechte aus dem Meistgebote, sowie

der Übernahme von Hypotheken, falls diese Erklärungen zum Protokolle des Vollstreckungsgerichts im Versteigerungs- oder Verteilungstermine abgegeben werden. Für diese zur Zuständigkeit des Vollstreckungsgerichts gehörenden Beurkundungen sind nach § 35 auch keine Stempel zu erheben. Nimmt aber das Gericht gelegentlich eines Vollstreckungsverfahrens Erklärungen auf, welche über den Inhalt des Verfahrens hinausgehen, wird z. B. nicht bloß das Bestehenbleiben von Rechten gemäß § 91 Zw. V. G., sondern zugleich eine Veränderung, Abtretung von Rechten, oder werden Bewilligungen zu Eintragungen im Grundbuche beurkundet, so gehört diese Tätigkeit nicht mehr zu den Obliegenheiten des Vollstreckungsgerichts als solchem und es sind daher für solche Akte die im Abschnitte III bestimmten Gebühren, sowie auch die vorgeschriebenen Stempel besonders zu erheben. Dasselbe gilt für ein Aufgebotsverfahren; da aber in gewissen Fällen das Vollstreckungsgericht für das Aufgebotsverfahren zuständig ist (§§ 140, 157 Zw. V. G.), so ist zur Abschneidung von Zweifeln die besondere Erhebung der Gebühren nach Maßgabe des D. G. R. G. (vgl. § 146 des Gesetzes) im Absätze 6 vorgeschrieben (bisher ebenso § 15 Br. Kostenges. zum Zw. V. G.).

Die Kosten des Aufgebotsverfahrens kann der Antragsteller nach § 140 Absatz 6 Zw. V. G. aus dem zugeteilten Betrage verlangen.

Wegen der Wertherrechnung vgl. §§ 153, 154, wegen der Zahlungspflicht für die Gebühren § 159.

Zuschlag.

§ 152.

Für den Beschluß, durch welchen im Verfahren der Zwangsversteigerung der Zuschlag erteilt worden ist, werden zwei Zehnteile der im § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes bestimmten Gebühr erhoben.

Ist bei der Zwangsversteigerung nach Maßgabe der §§ 180 fg. des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung einem der Teilhaber der Zuschlag erteilt, so bleibt bei der Bemessung der im Absätze 1 bestimmten Gebühr der dem Erstehrer bereits zustehende Anteil an dem versteigerten Gegenstande außer Betracht.

Wird der Beschluß, durch welchen der Zuschlag erteilt ist, aufgehoben, so wird für denselben keine Gebühr erhoben.

I. Vgl. Pr. § 126. Preußen erhebt für den Zuschlag die doppelte Gebühr des Tarifes A (Pr. G. R. G. § 33). Die hier vorgeschriebene Gebühr stimmt aber mit den Bestimmungen des D. G. R. G. über die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen überein (vgl. Vorbemerkung zu diesem Abschnitte), sie ist bis zu einem Werte von 48 000 *M* geringer, darüber hinaus zunehmend teurer als die preussische Gebühr, doch kommen Werte über 48 000 *M* bei Zwangsversteigerungen im Herzogtum nicht oft vor. Die Absätze 2 und 3 entsprechen der Billigkeit, sie stimmen sachlich mit den Absätzen 3 und 4 zu Tariffstelle 33 des St. St. G. überein, Absatz 2 auch mit § 8 Br. Kostenges. zum Zw. V. G.; doch gilt die Ermäßigung nur bei der Gebühr für den Zuschlag, nicht bei den übrigen Gebühren. Dieselbe Gebührenermäßigung tritt

auch bei der Eintragung des Ersteher's als Eigentümers im Grundbuche ein (vgl. § 62 und Bemerkung II dazu). Wird der Zuschlag versagt, so ist neben den in den §§ 150, 151 bestimmten Gebühren keine besondere Gebühr zu erheben; wenn der Zuschlag wieder aufgehoben wird, so gilt Absatz 3.

II. Neben der Gebühr ist der Wertstempel nach St. St. L. Nr. 33 zu erheben, und zwar mit 1 v. H. von unbeweglichen Vermögensstücken, $\frac{1}{3}$ v. H. von anderen Gegenständen (§ 35 Absatz 5). Es muß daher für die Stempelberechnung der Wert der etwa mit versteigerten beweglichen Sachen (ebenso wie bei der Gebührenberechnung für die Eintragung des Ersteher's im Grundbuche nach § 72 Absatz 3) ausgeschieden werden, wobei § 10 des St. St. G. zu beachten ist.

III. Gebühr und Stempel für den Zuschlag werden nicht aus dem Versteigerungserlöse entnommen, sondern sie fallen dem Ersteher zur Last (§§ 58, 109 Zw. V. G. § 159 des Gesetzes). Wegen der Wertberechnung vgl. § 153.

Wertberechnung.

§ 153.

Die nach den §§ 151, 152 zu erhebenden Gebühren werden nach dem Gebote berechnet, für welches der Zuschlag erteilt ist, unter Hinzurechnung des Wertes der im Grundbuche eingetragenen nicht erlöschenden Rechte.

Erreicht der hiernach ermittelte Wert abzüglich des Wertes des mitversteigerten beweglichen Zubehörs bei Gebäuden nebst Hof- und Baustelle nicht $\frac{2}{3}$ der Brandversicherungssumme, bei unbebauten Grundstücken nicht den 40fachen Betrag des auf Grund des Gesetzes vom 24. August 1849 ermittelten Grundsteuerkapitals, so sind diese Werte für die Berechnung der Gebühren maßgebend, sofern nicht ausnahmsweise ein geringerer Wert des Grundstückes nachgewiesen wird. Nach diesen Werten werden die nach § 151 zu erhebenden Gebühren auch dann berechnet, wenn der Zuschlag nicht erteilt ist; handelt es sich in solchen Fällen nicht um Grundstücke, so ist der Wert des Gegenstandes der Zwangsversteigerung nach richterlichem Ermessen zu bestimmen.

Auf die Berechnung der Gebühr für das Verteilungsverfahren finden die Vorschriften des zweiten Absatzes keine Anwendung, dem Gebote ist jedoch der Erlös derjenigen Gegenstände hinzuzurechnen, welche nach § 65 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung besonders versteigert oder anderweit verwertet sind. Für das nachträgliche Verteilungsverfahren, sowie im Falle des § 144 Absatz 2 des bezeichneten Reichsgesetzes wird die Gebühr nach dem Betrage der vorhandenen Teilungsmasse berechnet.

I. Vgl. Pr. § 127. Nach den §§ 4 und 5 des Pr. Kostenges. zum Zw. V. G. soll für die Berechnung sämtlicher Gebühren im Zwangsversteige-

rungsverfahren der Betrag des Meistgebotes, für welches der Zuschlag erteilt ist, maßgebend sein und falls der Zuschlag nicht erteilt ist, soll der Wert des Gegenstandes durch das Gericht festgesetzt werden. Dieser Grundsatz ist, abgesehen von den besonderen Wertberechnungsvorschriften, hinsichtlich der Gebühr für die Anordnung der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung im § 150 Absatz 2 (vgl. Bemerkung II zu § 150) im allgemeinen aufrecht erhalten, jedoch in mehreren Punkten modifiziert.

Das Gebot, für welches der Zuschlag erteilt ist, besteht aus a) dem Bargebote (§ 49 Absatz 1 Zw. V. G.), welchem b) die bei Feststellung des geringsten Gebotes berücksichtigten und deshalb bestehen bleibenden Rechte (§§ 44, 52 Absatz 1 Zw. V. G.) hinzuzurechnen sind. Nach der ausdrücklichen Vorschrift des § 153 Absatz 1 sollen aber auch diejenigen im Grundbuche eingetragenen Rechte hinzugerechnet werden, welche auch ohne Berücksichtigung bei Feststellung des geringsten Gebotes kraft landesgesetzlicher Vorschrift von der Zwangsversteigerung nicht berührt werden (§ 3 A. G. Nr. 39 zum Zw. V. G., wonach namentlich Anteile in Frage kommen). Der Wert dieser Rechte ist nach den allgemeinen Vorschriften (§§ 20 bis 26, insbesondere § 26) zu bestimmen. Nicht im Grundbuche eingetragene Rechte, wie Renten im Falle des Überbaues oder des Notweges (B. G. B. §§ 912 bis 917 u. Zw. V. G. § 52 Absatz 2), nicht eingetragene Grunddienstbarkeiten und die übrigen nicht eintragungspflichtigen Rechte, namentlich die öffentlichen Lasten (vgl. §§ 38, 50 A. G. Nr. 36 zum B. G. B. und § 3 A. G. Nr. 39 zum Zw. V. G.), sind jedoch bei der Wertberechnung außer Acht zu lassen. In Preußen bestehen wegen der Mitrechnung von bestehen bleibenden Rechten verschiedene Zweifel (Mügel, Anmerkung 2 zu § 127 Pr. G. R. G.), welche durch die Fassung des § 153 Absatz 1 entschieden sind. Die Zinsen des Meistgebotes von dem Zuschlage bis zur Verteilung sind nach § 21 Absatz 2 nicht mitzurechnen.

II. Da die Erfahrung gelehrt hat, daß das Meistgebot häufig den Betrag des geringsten Gebotes kaum übersteigt und im Vergleiche mit dem wirklichen Werte des Grundstückes unverhältnismäßig niedrig ist (vgl. die Vorbemerkung zu diesem Abschnitte), so erscheint es abweichend von dem geltenden Rechte (vgl. Begründung zu § 5 des Br. Kostengesetzes zum Zw. V. G., amtliche Ausgabe S. 493) in dem Interesse der Staatskasse geboten und zweckmäßig, gewisse Mindestwerte der Gebührenberechnung zugrunde zu legen, welche im Anschlusse an vorhandene Werte leicht zu berechnen sind. (Vgl. § 72 Absatz 3 und Bemerkung III, § 150 Absatz 2 und Bemerkung II.) Um zu prüfen, ob das Meistgebot $\frac{2}{3}$ der Brandversicherungssumme oder den 40fachen Betrag des Grundsteuerkapitals erreicht, ist von dem Meistgebote der Wert des etwa mitversteigerten beweglichen Zubehörs (nicht auch der Bestandteile §§ 93 bis 96 B. G. B.) in Abzug zu bringen. Ein Ausscheiden des Wertes des beweglichen Zubehörs ist auch wegen Berechnung der Stempel und der Gebühr für die Eintragung des Erstehers im Grundbuche erforderlich (vgl. § 72 Absatz 3 und Bemerkung II zu § 152). Zum Zwecke dieser Berechnung wird es zweckmäßig sein, wenn das Gericht nach Anordnung der Zwangsversteigerung den Brandversicherungswert oder das Steuerkapital durch Anfrage bei der Gemeindebehörde ermittelt. Geht eine genügende Auskunft von der Gemeindebehörde nicht ein, so kann der Brandversicherungswert durch Anfrage bei Herzöglichem Finanzkollegium, das Grundsteuerkapital durch Anfrage bei Herzöglichem Steuer-

kollegium festgestellt werden. Ist ein rechtskräftiger Zuschlag nicht erteilt, so tritt stets die Berechnung der Gebühren des § 151 nach Maßgabe der Vorschriften des Absatzes 2 ein, wenn es sich aber dabei nicht um Grundstücke handelt oder ausnahmsweise der Brandversicherungswert oder das Steuerkapital nicht festzustellen ist, so muß das richterliche Ermessen bei der Wertbestimmung ergänzend Platz greifen.

III. Die Gebührenberechnung für das Verteilungsverfahren kann sich naturgemäß nur nach dem wirklich abgegebenen Gebote richten, dessen Betrag allein den Gegenstand der Verteilung bildet, so daß die Regeln des Absatzes 2 unanwendbar sind. Wegen der Berechnung des Gebotes vgl. Bemerkung I, wonach auch die bestehen bleibenden Rechte mitzuzählen sind.

Dem Gebote ist jedoch der Erlös der etwa nach § 65 Zw. V. G. besonders versteigerten oder anderweit verwerteten Gegenstände hinzuzurechnen, da sich auf diesen Erlös das Verteilungsverfahren nach § 107 Zw. V. G. mit erstreckt. Bei der Berechnung der in den §§ 151 Ziffer 1 bis 3, 152 bestimmten Gebühren ist der Erlös der besonders versteigerten oder verwerteten Gegenstände nicht mitzurechnen, auch ist für die Tätigkeit des Vollstreckungsgerichts bei dieser Verwertung wegen des Bauscharakters der für das Versteigerungsverfahren bestimmten Gebühren keine besondere Gebühr anzusetzen. Beschränkt sich das Verteilungsverfahren auf den Erlös besonders versteigelter oder verwerteter Gegenstände (§ 144 Absatz 2 Zw. V. G.), so soll ebenso wie bei dem nachträglichen Verteilungsverfahren (§ 151 Ziffer 5) nur die vorhandene Teilungsmasse für die Gebührenberechnung maßgebend sein, wobei wegen des ersten Falles die Vorschrift des § 151 Absatz 4 Schlußsatz zu beachten ist.

§ 154.

Werden mehrere Gegenstände in demselben Verfahren versteigert, so werden die in den §§ 151, 152 bestimmten Gebühren nach der Summe der für die einzelnen Gegenstände maßgebenden Beträge berechnet. Werden mehrere Gegenstände verschiedenen Personen zugeschlagen, so wird die im § 152 bestimmte Gebühr für jeden Ersteher gesondert berechnet.

Eine Erhöhung der Gebote für einzelne Grundstücke nach Maßgabe der Vorschriften des § 153 Absatz 2 findet nur insoweit statt, als der nach diesen Vorschriften berechnete Gesamtwert der Grundstücke durch die Summe der Gebote nicht erreicht wird.

I. Vgl. Pr. § 128. Daß die Gebühren des § 151, wenn mehrere Gegenstände in einem Verfahren versteigert werden, von dem Gesamtwerte zu berechnen sind, entspricht der Billigkeit und den sonstigen Grundsätzen des Gesetzes. Werden aber die mehreren Gegenstände verschiedenen Erstherrn zugeschlagen, so besteht zwischen den Geboten der Erstherr kein Zusammenhang und es erscheint deshalb angemessen, die Gebühren für den Zuschlag für jeden Erstherr nach Maßgabe seines Gebotes gesondert zu berechnen. Ebenso ist die Gebührenerhebung in Preußen und anderen Staaten geregelt (vgl. auch § 54 Absatz 3 und 4); die getrennte Gebührenerhebung ist einfacher zu handhaben als die bisherige Vorschrift im § 9 Pr. Kostengesetz zum Zw. V. G., wonach

die einheitlich zu berechnende Gebühr unter die mehreren Ersteher nach Verhältnis ihrer Gebote verteilt wurde.

II. Durch Absatz 2 soll eine in Preußen bestehende Streitfrage (Mügel, Bemerkung 1 zu § 128 Pr. G. R. G.) der Billigkeit entsprechend entschieden werden. Beispiel: $\frac{2}{3}$ des Brandklassenwertes von drei in demselben Verfahren versteigerten Grundstücken a, b und c beträgt 10 000, 15 000 und 20 000 *M*, zusammen also 45 000 *M*; es werden geboten auf a 8000 *M*, auf b 16 000 *M* und auf c 22 000 *M*. Da die Gesamtsumme der Gebote mit 46 000 *M* den Gesamtwert der Grundstücke (45 000 *M*) übersteigt, so ist das Gebot für das Grundstück a, wiewohl dasselbe $\frac{2}{3}$ der Brandversicherungssumme dieses Grundstückes nicht erreicht, nicht zu erhöhen. Wären bei sonst gleichen Umständen auf das Grundstück c nur 20 000 *M* geboten, so würde das Gebot für a zwecks Gebührenberechnung auf 9000 *M* zu erhöhen sein, damit der Gesamtwert von 45 000 *M* erreicht wird. Werden neben Grundstücken andere Gegenstände, insbesondere bewegliche Sachen oder Rechte, gemeinsam versteigert, so ist deren Wert von der Gesamtsumme der Gebote bei Anstellung der Vergleichsrechnung abzusetzen.

Fälligkeit der Gebühren der Zwangsversteigerung.

§ 155.

Die im § 150 bezeichneten Gebühren werden mit dem Erlasse des Beschlusses, die im § 151 bestimmten Gebühren werden mit dem Beginne des Verteilungstermins, die Gebühr für den Zuschlag (§ 152) wird mit der Rechtskraft des Zuschlages fällig.

Wird das Verfahren vor dem Beginne des Verteilungstermins durch Aufhebung oder in anderer Weise beendet, so werden die im § 151 bestimmten Gebühren mit der Beendigung fällig. Ist das Verfahren eingestellt, so werden mit dem Ablaufe eines Jahres seit Erlaß des Beschlusses auf Anordnung der Zwangsversteigerung die bis dahin entstandenen Gebühren fällig.

Vgl. Pr. § 129. Nach § 16 in Verbindung mit § 149 des Gesetzes werden die Gebühren mit Beendigung des gebührenpflichtigen Geschäfts fällig. Da bei Anwendung dieser Regel auf das Zwangsversteigerungsverfahren Zweifel entstehen könnten, so sind im § 155 besondere Vorschriften über die Fälligkeit der verschiedenen Gebühren gegeben.

I. Die Gebühren für die Entscheidung über den Antrag auf Anordnung der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung oder über die Zulassung eines Gläubigers zum Beitritt sind alsbald nach der Erlassung des Beschlusses zu berechnen und nebst den zugehörigen Auslagen vom Antragsteller (§ 159) zu erheben, damit dieser sie demnächst im Verfahren liquidieren kann. Da diese Gebühren nicht mehr nach dem Meistgebote zu berechnen sind (§ 150 Absatz 2), so kann ihre Berechnung unabhängig von dem weiteren Verfahren erfolgen. Vgl. Bemerkung I zu § 159.

II. Die im § 151 bestimmten Gebühren sind nach § 109 Zw. V. G. aus dem Versteigerungserlöse vorweg zu entnehmen, ihre Fälligkeit wird daher zweckmäßig bis zu dem Beginne des Verteilungstermins hinauszuschieben sein, wobei die Gebühren für das nachträgliche Verteilungsverfahren (§ 151 Nr. 5) selbstverständlich erst bei Beendigung des nachträglichen Verteilungsverfahrens fällig werden. Wird das Verfahren vor Beginn des Verteilungstermins, sei es durch Aufhebung (Zw. V. G. §§ 28, 29, 31 Absatz 2, 32, 33, 34, 77 Absatz 2, 86) oder in anderer Weise (Zw. V. G. §§ 143, 144) beendet, so werden die Gebühren mit der Beendigung fällig und sie sind, sofern sie nicht schon an das Gericht gezahlt sind, nach § 159 von den Antragstellern zu erheben. Wird das Verfahren nur einstweilen eingestellt (Zw. V. G. §§ 28, 30, 32, 33, 75, 77 Absatz 1, 86), so gibt der Schlußsatz eine dem § 94 Ziffer 1, D. G. R. G. nachgebildete Zweckmäßigkeitsvorschrift.

III. Die Gebühren für den Zuschlag sind nicht aus dem Versteigerungserlöse zu entnehmen, sondern vom Ersteher zu erheben (§§ 190, 58 Zw. V. G., vgl. § 159 des Gesetzes).

Zwangsverwaltung.

§ 156.

In dem Verfahren der Zwangsverwaltung werden für jedes Verwaltungsjahr fünf Zehnteile der Sätze des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes, mindestens aber 5 *M* erhoben.

Der Tag der Beschlagnahme gilt als der erste Tag eines jeden Verwaltungsjahres, ein angefangenes Verwaltungsjahr wird für voll gerechnet.

Die Gebühr wird nach dem zu schätzenden Jahresertrage des Gegenstandes der Zwangsverwaltung berechnet. Bei Grundstücken ist in der Regel der jährliche Miet- oder Pachtwert, abzüglich 5 vom Hundert dieses Wertes zur Deckung der öffentlichen Lasten und sonstigen Unkosten, der Gebührenberechnung zugrunde zu legen. Der hiernach maßgebliche Wert wird nach Anhörung des Verwalters nötigenfalls durch das Gericht nach § 28 festgesetzt.

Wird das Verfahren wieder aufgehoben, bevor noch der Gegenstand desselben dem Verwalter übergeben oder von ihm in Besitz genommen ist, so wird eine Gebühr nicht erhoben.

I. Vgl. Pr. §§ 130, 131. Für die Anordnung der Zwangsverwaltung werden $\frac{2}{10}$ der Sätze des § 8 D. G. R. G. von dem Betrage der Forderungen des betreibenden Gläubigers eventuell von der Hälfte des Wertes des Grundstücks oder der sonstigen Gegenstände des Verfahrens nach näherer Vorschrift des § 150 erhoben, über die Fälligkeit entscheidet § 155. Wird die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung gleichzeitig angeordnet, so ist die Ge-

büßr des § 150 für jedes Verfahren besonders zu erheben (§ 150 Absatz 1 Satz 2).

II. Durch die im § 156 vorgesehene Gebühr wird die gesamte Tätigkeit des Vollstreckungsgerichts abgegolten, einschließlich der Prüfung der Verwaltungsrechnung (§ 154 Zw. V. G.) und der Vornahme des Verteilungsverfahrens (§ 155 Zw. V. G.). Eine Erhöhung der bisher zu geringen Gebühren (§ 13 Br. Kostenges. zum Zw. V. G.), sowie die Erhöhung des Mindestsatzes auf 5 *M* erscheint deshalb gerechtfertigt. Die Grundsätze der §§ 12 und 13 Br. Kostenges. zum Zw. V. G. über die Wertberechnung sind im allgemeinen aufrecht erhalten. Nicht der meist sehr geringe Betrag der in der Zwangsverwaltung im einzelnen Falle wirklich erzielten Reineinkünfte, sondern der zu schätzende regelmäßige Jahresnutzungswert soll der Gebührenrechnung zugrunde gelegt werden, wobei der gewöhnlich leicht zu ermittelnde Miet- oder Pachtwert abzüglich eines angemessenen Betrages für öffentliche Lasten usw. bei Grundstücken einen zweckmäßigen Maßstab bildet.

Nach § 16 in Verbindung mit § 149 sind die Gebühren am Schlusse jedes Verwaltungsjahres und bei der Beendigung der Verwaltung zu erheben. Der Absatz 3 (Pr. § 131 Absatz 2) entspricht der Billigkeit, es verbleibt dann bei der Gebühr des § 150.

Für die gerichtliche Verwaltung nach Maßgabe des § 94 Zw. V. G., welche sich lediglich als eine Sicherungsmaßregel im Laufe des Zwangsversteigerungsverfahrens und als ein Bestandteil dieses Verfahrens darstellt, ist die Gebühr des § 156 nicht zu erheben, diese gerichtliche Tätigkeit wird durch die im § 151 bestimmten Gebühren mit abgegolten. Ebenso ist für die Bewachung und Verwahrung eines Schiffes (§ 165 Zw. V. G.) neben den Versteigerungsgebühren keine besondere Gebühr anzusetzen.

Aufsicht des Vollstreckungsgerichts über Vermögensverwaltungen in anderen Fällen.

§ 157.

Die Vorschriften des § 156 finden entsprechende Anwendung, wenn das Vollstreckungsgericht in anderen Fällen die Aufsicht über eine Vermögensverwaltung führt. Der Tag der Bestellung des Verwalters gilt als erster Tag des Verwaltungsjahres.

Der § 157 ist namentlich anwendbar, wenn in den Fällen des B. G. B. §§ 1052, 1054, 2128 oder der E. P. O. § 938 Absatz 2 die Verwaltung von Vermögensstücken gerichtlich angeordnet wird. Die Anordnung erfolgt durch das Prozeßgericht und ist nach den Vorschriften des D. G. R. G. (nicht nach § 150 des gegenwärtigen Gesetzes) zu vergüten. Für die vom Vollstreckungsgerichte zu führende Aufsicht über die Vermögensverwaltung sind aber beim Fehlen reichsgesetzlicher Gebührenvorschriften die Gebühren landesgesetzlich zu bestimmen, und es erscheint angemessen, die Vorschriften über die Zwangsverwaltung entsprechend anzuwenden. Durch die Gebühr wird die Bestellung des Verwalters mit abgegolten. Preußen hat die Gebühren in gleicher Weise geregelt (Pr. G. R. G. § 96 Ziffer 3 Schlußsatz).

Tätigkeit des Grundbuchamts.

§ 158.

Für die vom Vollstreckungsgerichte veranlaßte Tätigkeit des Grundbuchamts und des das Schiffsregister führenden Gerichts werden Gebühren und Auslagen nicht erhoben. Für die Eintragung des Erstehers als Eigentümers sowie für die Eintragung der Sicherungshypothek oder des Pfandrechts für die Forderung gegen den Ersterher sind jedoch von diesem die Gebühren und Auslagen nach den bestehenden Vorschriften zu erheben.

Vgl. Pr. § 132. Durch § 70 Ziffer 4, welcher im § 87 am Ende für das Schiffsregister für anwendbar erklärt ist, ist bereits ausgesprochen, daß Eintragungen in das Grundbuch und in das Schiffsregister in Gemäßheit des Zw. V. G. und des A. G. Nr. 39 dazu gebührenfrei zu erfolgen haben. Durch § 158 wird klargestellt, daß auch für die sonstige Tätigkeit des Grundbuchamts oder des das Schiffsregister führenden Gerichts, insbesondere für die Anfertigung eines Grundbuchauszuges und für andere Mitteilungen (§ 19 Absatz 2 Zw. V. G.) keine Gebühren, und daß in allen Fällen auch keine Auslagen zu erheben sind (ebenso § 16 Pr. Kostengef. zum Zw. V. G.).

Ausgenommen sind die Eintragung des Erstehers als Eigentümers sowie die Eintragung etwaiger Sicherheitshypotheken und eines Pfandrechts an einem versteigerten Schiffe für die Forderung gegen den Ersterher. Für diese Eintragungen sind die Gebühren und Auslagen nach den bestehenden Vorschriften und zwar vom Ersterher zu erheben. Nimmt das Vollstreckungsgericht Eintragungsbewilligungen des Erstehers auf (§ 130 Absatz 3 Zw. V. G.), so sind für die darauf erfolgenden Eintragungen die vorgeschriebenen Gebühren und Auslagen zu erheben; denn diese Eintragungen werden durch das Vollstreckungsgericht als solches, auch wenn es die Eintragungsbewilligungen dem zuständigen Grundbuchamte übermittelt, nicht „veranlaßt“ im Sinne des § 158.

Gebühreuzahlungspflicht.

§ 159.

Zur Zahlung der im § 150 bestimmten Gebühren ist der Antragsteller, zur Zahlung der im § 152 bestimmten Gebühren ist der Ersterher verpflichtet; neben dem Ersterher haftet der Meistbietende in den Fällen des § 81 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung als Gesamtschuldner. Für die nach den §§ 151, 156 zu erhebenden Gebühren haftet der Antragsteller, sofern sie nicht aus einer bar vorhandenen Teilungsmasse erhoben werden können.

Ein Gläubiger, dessen Beitritt zugelassen ist, haftet auch für die vor seinem Beitritte entstandenen Kosten.

I. Vgl. Pr. § 133. Die Gebühren für die Anordnung der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung oder für den Beitritt eines Gläubigers sind

nach § 109 Zw. V. G. nicht aus dem Versteigerungserlöse zu entnehmen. Für diese Kosten haftet nach allgemeinen Grundsätzen der Antragsteller, was nur der größeren Deutlichkeit wegen im § 159 ausdrücklich vorgeschrieben ist. Die Kosten sind nach § 145 Absatz 2 auch von solchen Antragstellern zu erheben, denen Gebührenfreiheit nach § 11 zukommt. Stellen Mitberechtigte gemeinsam einen Antrag auf Anordnung der Zwangsversteigerung oder Zulassung zum Beitritt, so haften sie nach § 9 Absatz 1 in Verbindung mit § 149 als Gesamtschuldner für die Kosten des ergehenden Beschlusses. Wegen Erhebung der Kosten vgl. Bemerkung I zu § 155.

II. Die Kosten für den Zuschlag sind gleichfalls nicht aus der Masse zu erheben, für sie haftet nach § 58 Zw. V. G. der Ersteher, was der Vollständigkeit wegen im § 159 zum Ausdrucke gebracht ist. Da in Preußen eine Streitfrage darüber besteht, ob auch der Meistbietende in den Fällen des § 81 Absatz 2 und 3 des Zw. V. G. neben dem Ersteher haftet (Mügel, Anmerkung 3 zu § 133 Pr. G. R. G.), so ist dies im Interesse der Staatskasse im Geseze bestimmt. Der zahlungspflichtige Dritte (§ 61 Zw. V. G.) haftet nur für das Gebot, nicht auch für die Kosten des Zuschlages. Auch die Antragsteller und der Schuldner sind für die Kosten des Zuschlages nicht haftbar, da diese nicht als Teil des Verfahrens anzusehen sind. Von dem Ersteher ist auch der tarifmäßige Stempel für den Zuschlagsbeschluss zu erheben.

III. Die in den §§ 151, 156 bestimmten Gebühren sind aus dem Versteigerungserlöse oder den erzielten Einkünften, die Gebühr des § 151 Nr. 5 ist aus der nachträglich zu verteilenden Masse vorweg zu entnehmen (§§ 109, 118, 128 Zw. V. G.). Vgl. Bemerkung II zu § 155. Da diese Kosten einen Teil des Gebots bilden, so haftet für dieselben auch der Meistbietende in den Fällen des § 81 Zw. V. G., sowie der Dritte, welcher nach § 61 Zw. V. G. die dem Ersteher obliegende Zahlung übernommen hat. Auf die Haftung der Antragsteller wird daher nur selten und namentlich dann zurückzugreifen sein, wenn der Zuschlag nicht erteilt wird. Mehrere Antragsteller haften nach § 9 Absatz 1 als Gesamtschuldner, und zwar sind Gläubiger, welche dem Verfahren beigetreten sind, auch für die vor ihrem Beitritt entstandenen Kosten des Verfahrens zahlungspflichtig, wobei aber die in der Bemerkung I erwähnten Kosten für Einleitungs- oder Zulassungsbeschlüsse von jedem Antragsteller getrennt zu erheben sind. Scheidet ein Antragsteller infolge Zurücknahme des Antrages oder aus anderen Gründen aus, so haftet er nicht für die nach seinem Ausscheiden entstehenden Kosten. Die Kosten, welche durch Übersendung eines Geldbetrages an einen im Verteilungstermine nicht erschienenen Gläubiger entstehen, fallen nach § 5 A. G. Nr. 39 zum Zw. V. G. diesem Gläubiger allein zur Last. Nach § 17 in Verbindung mit § 149 kann von dem Antragsteller zur Deckung der Auslagen ein Vorstoß angefordert werden.

Beschwerden.

§ 160.

Bei Beschwerden in dem Verfahren der Zwangsversteigerung oder der Zwangsverwaltung finden die Vorschriften der §§ 45, 46 des Deutschen Gerichtskostengefezes entsprechende Anwendung.

Wird im Zwangsversteigerungsverfahren von dem Beschwerdegericht der in der unteren Instanz versagte Zuschlag erteilt, so ist außer der im Absatz 1 bestimmten Gebühr die Gebühr für die Erteilung des Zuschlages (§ 152) und der tarifmäßige Stempel zu erheben.

Vgl. Pr. § 135. Die Vorschrift des Absatzes 1 war im Pr. Kostenges. zum Zw. V. G. sachlich ebenso gegeben. Die allgemeinen Vorschriften, insbesondere über Wertberechnung, sind aus dem ersten Abschnitte des ersten Teiles des Gesetzes zu den §§ 45, 46 D. G. R. G. zu ergänzen (vgl. Bemerkung IV zu § 127).

Der Absatz 2 stellt die Gebührenerhebung für den Fall klar, daß in höherer Instanz der Zuschlag erteilt wird.

Auslagen.

§ 161.

Schreibgebühren werden nur erhoben, soweit Abschriften oder Ausfertigungen besonders beantragt werden. Schuldner derselben ist der Antragsteller.

Für Zustellungen werden bare Auslagen nur dann erhoben, wenn die Zustellung durch Bekanntmachung in öffentlichen Blättern oder im Auslande erfolgt.

Die vorstehenden Beschränkungen finden keine Anwendung für Entscheidungen, welche auf Anträge wegen Einleitung des Verfahrens oder wegen Zulassung des Beitritts eines Gläubigers ergehen.

In der Beschwerdeinstanz gelten die Beschränkungen nur für die Zustellung eines den Zuschlag in der Zwangsversteigerung erteilenden Beschlusses.

Vgl. Pr. § 136. Der § 161 gibt sachlich die Vorschriften des § 17 Pr. Kostenges. zum Zw. V. G. wieder, nur ist das Aufgebotsverfahren nicht erwähnt, da für dasselbe die Regeln des D. G. R. G. maßgebend sind. Nach § 149 gelten für das Verfahren der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung hinsichtlich der Erhebung der Auslagen die im ersten Abschnitte des ersten Teiles gegebenen Bestimmungen. Von diesen Bestimmungen trifft aber § 161 die Abweichungen, daß a) Schreibgebühren, abgesehen von den in Absatz 1 und 3 erwähnten Ausnahmen, nicht zu erheben sind und daß b) für die (stets von Amts wegen erfolgenden — § 3 Zw. V. G. —) Zustellungen nur die Insertionskosten und die Kosten für Zustellungen im Auslande, nicht aber die an die Post zu zahlenden Porto- und Behändigungsgebühren (Abweichung vom § 132) zu erheben sind. Ausnahmsweise sind Schreibgebühren und die an die Post für Zustellungen zu zahlenden Beträge zu erheben: 1. für die Zustellung der Entscheidungen über Anträge auf Anordnung der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung oder auf Zulassung eines Gläubigers zum Beitritt; 2. für das Verfahren in der Beschwerdeinstanz, hier jedoch mit Ausnahme der Zustellung eines den Zuschlag erteilenden Beschlusses, wofür Schreibgebühren und Post-

gebühren nicht berechnet werden. Schreibgebühren werden außerdem nach Absatz 1 für besonders beantragte Abschriften und Ausfertigungen erhoben und sind dann sogleich nach der Herstellung der Abschriften oder Ausfertigungen fällig (§ 16) und von den Antragstellern zu erheben.

Dritter Teil.

Schlußbestimmungen.

§ 162.

Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 1908 in Kraft.

§ 163.

Alle in diesem Gesetz nicht aufrecht erhaltenen Vorschriften der bisherigen Landesgesetze über Ansatz und Erhebung von Kosten in den vor die ordentlichen Gerichte gehörigen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit werden aufgehoben.

Namentlich werden aufgehoben:

1. der Gebührentarif Anlage D der Verordnung Nr. 64 vom 13. November 1873;
2. das Gesetz Nr. 52 vom 16. September 1896, den Gebührentarif für Eintragungen in das Schiffsregister und Erteilung von Schiffsbriefen betreffend;
3. § 8, § 9 Absatz 2 und § 34 Absatz 2 des Ausführungsgesetzes zum Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit Nr. 38 vom 12. Juni 1899;
4. das Ausführungsgesetz zum Deutschen Gerichtskostengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. September 1899;
5. das Gesetz Nr. 48 vom 12. Juni 1899, den Gebührentarif in Grundbuchsachen betreffend;
6. das Kostengesetz zu dem Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung Nr. 49 vom 12. Juni 1899;
7. das Gesetz, betreffend Abänderungen des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtskostengesetz Nr. 32 vom 23. Mai 1903;
8. das Gesetz, betreffend die Änderung des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtskostengesetz Nr. 28 vom 28. März 1904;
9. § 11 des Gesetzes, die Errichtung eines öffentlichen Schuldbuches betreffend, Nr. 79 vom 29. Oktober 1906.

I. Vgl. Pr. § 137. Das Gesetz enthält hinsichtlich der Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, welche vor die ordentlichen Gerichte gehören, eine umfassende Kodifikation, so daß alle bisherigen Bestimmungen über das Kostenwesen in diesen Angelegenheiten beseitigt werden, ohne Rücksicht darauf, ob sie mit den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes verträglich sind oder nicht. Die im Gesetz aufrecht erhaltenen Bestimmungen (vgl. z. B. § 13 Schlußabsatz, § 164) bleiben selbstverständlich ebenso unberührt wie die wenigen reichsgesetzlichen Kostenvorschriften in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (vgl. Bemerkung zu § 1).

II. Auf dem Gebiete der streitigen Gerichtsbarkeit treten die Vorschriften des Gesetzes lediglich ergänzend den Bestimmungen des D. O. R. G. hinzu, es sind hier nur die mit den Vorschriften des Gesetzes unvereinbaren landesgesetzlichen Kostenbestimmungen aufgehoben. Außer den im Absatz 2 ausdrücklich aufgehobenen Gesetzen kommen aber zurzeit landesgesetzliche Kostenvorschriften in streitigen Rechtsachen nicht in Betracht.

III. Die im Absatz 2 aufgehobenen Gesetzesbestimmungen werden durch die entsprechenden neuen Vorschriften des Gesetzes ersetzt. Dies trifft zwar nicht zu hinsichtlich der Ziffern 1 bis 4 des unter Nr. 1 erwähnten Gebühren-tarifes, doch sind diese Gebührenvorschriften nach Beseitigung der zugrunde liegenden Bestimmungen der Gesetze vom 25. März 1873, betreffend die Verhältnisse der Dissidenten (Nr. 62) und die Verabsäumung der sechswöchigen Tauffrist (Nr. 63) durch das Personenstandsgesetz vom 6. Februar 1875 gegenstandslos geworden; hinsichtlich der Gebühren für die Führung des Dissidenten-registers ist jetzt § 85, hinsichtlich der Auslagen der erste Abschnitt des ersten Teiles maßgebend. An die Stelle der §§ 29 bis 36 des Pr. O. R. G. und an die Stelle der §§ 19 bis 26 des Braunschweigischen Kostengesetzes zum Zw. B. G. treten die entsprechenden Vorschriften des hierneben erlassenen Gesetzes über die landesgesetzlichen Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher.

IV. Die unter Absatz 2 Ziffer 3 mit ausgesprochene Aufhebung des § 34 Absatz 2 des A. G. Nr. 38 zum F. G. steht mit den Vorschriften dieses Landeskostengesetzes nicht im Zusammenhange. Die Aufhebung geschieht infolge eines aus dem Kreise der Notare geäußerten Wunsches. Die Ausführung der Vorschrift, wonach der Notar in allen Fällen die vor ihm erschienenen Beteiligten zu befragen hat, ob sie mit ihm verwandt, verschwägert usw. seien, wirkt oft lächerlich. Da eine ähnliche Vorschrift, soviel ermittelt ist, kein anderer Bundesstaat getroffen hat und da man das Vertrauen in die Notare setzen darf, daß sie die Vorschriften der §§ 170 bis 173 des F. G. auch ohne entsprechende Feststellung im Protokoll gewissenhaft beachten werden, so erscheint die Aufhebung des bezeichneten § 34 Absatz 2 unbedenklich, zumal eine analoge Vorschrift für Richter nicht besteht.

§ 164.

Unberührt bleiben die Gebührenvorschriften des Gesetzes über das Hinterlegungswesen Nr. 40 vom 12. Juni 1899, soweit sie gerichtliche Geschäfte betreffen.

Für die Amtsgerichte kommen namentlich die §§ 57 und 59 des Gesetzes über das Hinterlegungsverfahren in Betracht, wonach für die Hinterlegung einer Urkunde eine Gebühr von 3 *M.* für die vorläufige Verwahrung aber keine Gebühr zu erheben ist. Wegen der Zuständigkeit der Amtsgerichte für die Hinterlegung und die vorläufige Verwahrung siehe §§ 44, 47 und 63 des erwähnten Gesetzes.

§ 165.

Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf die Angelegenheiten der Justizverwaltung. Die in diesem Gesetz den Aufsichtsbehörden übertragenen Entscheidungen über Erinnerungen und Beschwerden erfolgen kostenfrei.

Vgl. Pr. § 145. Über die Organe der Justizverwaltung und die Geschäfte derselben siehe §§ 76 bis 86 des A. G. zum G. V. G. Nr. 11 vom 1. April 1879. Für die im Gesetz den Aufsichtsbehörden übertragenen Entscheidungen (vgl. §§ 33, 142) sind weder Gebühren noch Auslagen (Schreibgebühren) zu erheben. Die Frage, ob die Aufsichtsbehörden ihren Bescheid portofrei oder als portopflichtige Dienstsache abzulassen haben, soll hierdurch nicht entschieden werden.

Angelegenheiten, für welche dieses Gesetz Gebühren vorschreibt, können im Sinne des § 165 nicht als Angelegenheiten der Justizverwaltung angesehen werden.

§ 166.

Soweit in anderen Gesetzen auf Bestimmungen der durch § 163 aufgehobenen Gesetze verwiesen ist, treten die entsprechenden Vorschriften dieses Gesetzes an die Stelle.

§ 167.

Für gerichtliche Geschäfte, welche zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes begonnen, aber noch nicht vollendet sind, bleiben die bisherigen Kostenbestimmungen maßgebend.

Auf die anhängigen Vormundschaften, Pfllegschaften und Beistandschaften finden jedoch die Vorschriften dieses Gesetzes mit der Maßgabe Anwendung, daß die nach den bisherigen Bestimmungen seit dem 1. Januar 1900 erhobenen Gebühren, mit Ausnahme der Gebühren für die Rechnungsprüfung und der Stempel, auf die nach den §§ 100, 104 zu erhebenden Gebühren einem jeden Mündel oder Pflegebefohlenen zu seinem Teile anzurechnen sind. Die Vorschriften des § 106 finden auf die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes erhobenen Gebühren keine Anwendung.

Die Gebühren für die Rechnungslegung sind für das zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes laufende Kalenderjahr nach den bisherigen Vorschriften, für die Folgezeit nach den Bestimmungen dieses Gesetzes zu erheben, wobei es unerheblich ist, zu welchem Zeitpunkte die Rechnung eingereicht und abgenommen wird.

I. Absatz 1. Da durch das Gesetz die Gebühren für manche Geschäfte nicht unwesentlich erhöht werden, so entspricht es der Billigkeit, daß für die vor Inkrafttreten des Gesetzes schon begonnenen Geschäfte bis zu deren Beendigung die alten Vorschriften maßgebend bleiben.

Diese Regel gilt aber nur, sofern die gerichtliche Tätigkeit schon vor Inkrafttreten des Gesetzes begonnen hat, der Zeitpunkt des Eingangs des Antrages ist nicht maßgebend. Eine vorläufige Besprechung ist selbstverständlich nicht als gerichtliche Tätigkeit im Sinne des § 167 Absatz 1 anzusehen; so finden z. B. die Vorschriften des Gesetzes Anwendung, wenn die Beteiligten mit dem Richter einen aufzunehmenden Vertrag besprechen und einen Termin zur Aufnahme des Vertrages verabreden, sofern der Termin in die Zeit nach Inkrafttreten des Gesetzes fällt. Der Absatz 1 findet hauptsächlich Anwendung auf gerichtliche Verfahren, welche nicht in einem Termin erledigt werden können, wie namentlich Erbauseinandersetzungs-, Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren. Für Vormundschaften gelten die besonderen Bestimmungen des Absatz 2.

II. Auf anhängige Vormundschaften, zu welchen auch vorläufige Vormundschaften gehören, auf Pfllegschaften und Beistandschaften finden die Vorschriften des Gesetzes von dessen Inkrafttreten ab Anwendung, doch sind die seit 1. Januar 1900 erhobenen Gebühren auf die nach den §§ 100 und 104 zu erhebenden Gebühren anzurechnen.

Von der Anrechnung ausgeschlossen sind die Stempel und die nach den bisherigen Bestimmungen für die Rechnungsprüfung (Br. G. R. G. Anlage B Ziffer VI) berechneten Gebühren, andererseits wird auf die nach § 101 für die Rechnungslegung zu erhebenden Gebühren nichts angerechnet. Da die Gebühr für die Anordnung der Vormundschaft bisher von dem Gesamtvermögen mehrerer Mündel einheitlich berechnet wurde (Br. G. R. G. Anlage B Ziffer I), eine gemeinsame Gebührenberechnung auch in anderen Fällen, z. B. nach Br. G. R. G. Anlage B Ziffer VII, vorkommen konnte, während die Gebühr nach § 100 für jeden Mündel nach Maßgabe seines Vermögens besonders zu erheben ist, so ist zwecks Anrechnung auf die Gebühr des § 100 der Anteil des betreffenden Mündels oder früheren Mündels an den nach den alten Vorschriften erhobenen Gebühren festzustellen. Selbstverständlich sind nur solche Gebühren anzurechnen, welche für die Tätigkeit des Vormundschaftsgerichts als solchen nach den bisherigen Kostenbestimmungen erhoben sind; also z. B. nicht die Gebühren für die Aufnahme von Vermögensverzeichnissen oder von Verträgen (vgl. Bemerkung zu § 100). Auf die im § 105 bezeichneten An gelegenheiten, welche als „abhängige Vormundschaften, Pfllegschaften usw.“ nicht anzusehen sind, finden die Vorschriften des § 167 Absatz 2 keine Anwendung, doch kann geeignetenfalls § 167 Absatz 1 Platz greifen. Bei Feststellung des im § 106 bestimmten Höchstbetrages sind die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes entstandenen Gebühren nicht mitzurechnen.

Hinsichtlich der Gebühren für die Rechnungslegung sind im Schlußsaze des § 167 besondere Übergangsbestimmungen getroffen. Bisher wurde die Gebühr jedesmal für die Prüfung der eingereichten Rechnung erhoben und die Höhe der Gebühr richtete sich einerseits nach der Höhe des Vermögens, andererseits nach dem Zeitraume, über welchen sich die Rechnung erstreckte, indem die Gebühr nach Br. G. R. G. Anlage B Ziffer VI für jedes einzelne

Jahr berechnet wurde. Nach § 101 ist die Gebühr für die Rechnungslegung am Schlusse eines jeden Kalenderjahres nach dem Stande des Mündelvermögens in der vorhergehenden Rechnung zu erheben; es ist bei dieser Berechnung ohne Bedeutung, für welchen Zeitraum die letzte Rechnung gelegt und ob sie in demselben Kalenderjahre eingereicht ist, sofern nur überhaupt Rechnung zu legen ist. Es erscheint hiernach zweckmäßig, die Gebührenerhebung nach Maßgabe des § 101 mit dem Anfange eines Kalenderjahres beginnen zu lassen, woraus folgt, daß für das beim Inkrafttreten des Gesetzes laufende Kalenderjahr (1908) die Gebühren für die Rechnungsprüfung nach den bisherigen Bestimmungen zu berechnen sind. Dabei kann der Zeitpunkt der Einreichung oder der Abnahme der Rechnung nicht maßgebend sein. Wird z. B. im April 1909 eine Vormundschaftsrechnung eingereicht, welche den Zeitraum vom 1. April 1908 bis dahin 1909 umfaßt und ein Vermögen von 12000 *M.* nachweist, so ist nach Prüfung der Rechnung für die Zeit vom 1./4. bis 31./12. 1908, also für $\frac{3}{4}$ Jahre, die im Br. G. R. G. Anlage B Ziffer VI bestimmte Gebühr zu $\frac{3}{4}$ mit 2 *M.* 25 *§* zu erheben, außerdem ist am Schlusse des Kalenderjahres 1909 nach § 101 die Gebühr mit 3 *M.* zu erheben oder, sofern Überschlüsse nicht vorhanden sind, zu kontieren (vgl. §§ 107, 108).

§ 168.

Die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen erläßt Herzogliches Staatsministerium, Abteilung der Justiz.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urfundlich Unserer Unterschrift und begedruckten Herzoglichen Geheimschreib-Siegels.

Braunschweig, den 8. Juni 1908.

gez. **Johann Albrecht,**

(Siegel.)

H. v. M.

v. Otto. Hartwig. Triepß.

Tarisanlagen

zum

Braunschweigischen Kostengesetz für Gerichte und Notare.

Die Gebühren betragen:

in der Wert- klasse	bei Gegenständen im Werte	nach Tarif A		nach Tarif B		nach Tarif C	
		<i>M</i>	<i>S</i>	<i>M</i>	<i>S</i>	<i>M</i>	<i>S</i>
1	bis 20 <i>M</i> einschließlich	—	40	—	40	—	20
2	von mehr als 20 bis 60 <i>M</i> einschf.	—	70	—	70	—	40
3	60 " 120 " "	1	20	1	—	—	60
4	" " 120 " 200 " "	1	80	1	50	1	—
5	" " 200 " 300 " "	2	40	2	—	1	40
6	" " 300 " 450 " "	3	—	2	60	1	90
7	" " 450 " 650 " "	3	60	3	20	2	40
8	" " 650 " 900 " "	4	20	4	—	2	90
9	" " 900 " 1 200 " "	5	—	4	80	3	40
10	" " 1 200 " 1 600 " "	6	—	6	—	4	—
11	" " 1 600 " 2 100 " "	7	—	7	20	4	60
12	" " 2 100 " 2 700 " "	8	—	8	40	5	40
13	" " 2 700 " 3 400 " "	9	—	9	60	6	20
14	" " 3 400 " 4 300 " "	10	—	11	—	7	20
15	" " 4 300 " 5 400 " "	11	—	12	60	8	20
16	" " 5 400 " 6 700 " "	12	—	14	40	9	40
17	" " 6 700 " 8 200 " "	13	—	16	20	10	60
18	" " 8 200 " 10 000 " "	14	—	18	—	12	—
19	" " 10 000 " 12 000 " "	15	—	20	40	13	80
20	" " 12 000 " 14 000 " "	16	—	22	80	15	60
21	" " 14 000 " 16 000 " "	17	—	25	20	17	40
22	" " 16 000 " 18 000 " "	18	—	27	60	19	20
23	" " 18 000 " 20 000 " "	19	—	30	—	21	—
24	" " 20 000 " 22 000 " "	20	—	32	40	22	80
25	" " 22 000 " 24 000 " "	21	—	34	80	24	60
26	" " 24 000 " 26 000 " "	22	—	37	20	26	40
27	" " 26 000 " 28 000 " "	23	—	39	60	28	20
28	" " 28 000 " 30 000 " "	24	—	42	—	30	—
29	" " 30 000 " 35 000 " "	26	—	47	—	34	—
30	" " 35 000 " 40 000 " "	28	—	52	—	38	—
31	" " 40 000 " 50 000 " "	30	—	60	—	45	—
32	" " 50 000 " 60 000 " "	32	—	66	—	51	—
33	" " 60 000 " 70 000 " "	34	—	72	—	57	—
34	" " 70 000 " 80 000 " "	36	—	78	—	63	—
35	" " 80 000 " 90 000 " "	38	—	84	—	69	—
36	" " 90 000 " 100 000 " "	40	—	90	—	75	—
	von weiteren je 10 000 <i>M</i> steigend um .	1	—	6	—	6	—

Tabelle

über den

gegenwärtigen Kapitalwert einer Rente oder Ruzung im Werte von
1 \mathcal{M} auf eine bestimmte Anzahl von Jahren zum Zwecke der
Gebührenberechnung.

(Zu § 26 Absatz 6 des Gesetzes.)

Anzahl der Jahre	Kapital- wert		Anzahl der Jahre	Kapital- wert		Anzahl der Jahre	Kapital- wert		Anzahl der Jahre	Kapital- wert	
	\mathcal{M}	\mathcal{S}		\mathcal{M}	\mathcal{S}		\mathcal{M}	\mathcal{S}		\mathcal{M}	\mathcal{S}
1	1	0,0	22	15	02,9	43	21	18,6	64	23	88,7
2	1	96,2	23	15	45,1	44	21	37,1	65	23	96,9
3	2	88,6	24	15	85,7	45	21	54,9	66	24	04,7
4	3	77,5	25	16	24,7	46	21	72,0	67	24	12,2
5	4	63,0	26	16	62,2	47	21	88,5	68	24	19,4
6	5	45,1	27	16	98,3	48	22	04,3	69	24	26,4
7	6	24,2	28	17	33,0	49	22	19,5	70	24	33,0
8	7	00,2	29	17	66,3	50	22	34,2	71	24	39,5
9	7	73,3	30	17	98,4	51	22	48,2	72	24	45,6
10	8	43,5	31	18	29,0	52	22	61,8	73	24	51,6
11	9	11,1	32	18	58,9	53	22	74,8	74	24	57,3
12	9	76,0	33	18	87,4	54	22	87,3	75	24	62,8
13	10	38,5	34	19	14,8	55	22	99,3	76	24	68,0
14	10	98,6	35	19	41,1	56	23	10,9	77	24	73,1
15	11	56,3	36	19	66,5	57	23	22,0	78	24	78,0
16	12	11,8	37	19	90,8	58	23	32,7	79	24	82,7
17	12	65,2	38	20	14,3	59	23	43,0	80	24	87,2
18	13	16,6	39	20	36,8	60	23	52,8	81	24	91,5
19	13	65,9	40	20	58,5	61	23	62,4	82	24	95,7
20	14	13,4	41	20	79,3	62	23	71,5	83	24	99,7
21	14	59,0	42	22	99,3	63	23	80,3	84	25	00,0
										und mehr	

II.

Braunschweigische Gebührenordnung

für

Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher.

Einleitung.

Das vorliegende Gesetz vereinigt nach dem Vorbilde Preußens die landesgesetzlichen Gebührenvorschriften für Rechtsanwälte (Abschnitt I) und Gerichtsvollzieher (Abschnitt II); Abschnitt III enthält in 2 Paragraphen die für die beiden ersten Abschnitte gültigen Schlußbestimmungen.

Die Neuregelung des Gerichtskostenwesens machte auch eine Neufassung der mit demselben im Zusammenhange stehenden Gebührenvorschriften für Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher erforderlich. Einschneidende Änderungen gegenüber dem bisherigen Zustande enthält das Gesetz nicht, doch sind die veralteten Bestimmungen beseitigt, oder durch zweckmäßigere ersetzt, für neu hervorgetretene Geschäfte sind Gebührenvorschriften getroffen und überall sind die Bestimmungen dieses Gesetzes den Vorschriften des Braunschweigischen Kostengesetzes für Gerichte und Notare angepaßt.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Johann Albrecht**, Herzog zu
Mecklenburg usw., Regent des Herzogtums Braunschweig,
erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das nachfolgende Gesetz:

Erster Abschnitt.

Gebühren der Rechtsanwälte.

Titel I.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Die Vergütung für die Berufstätigkeit der Rechtsanwälte, soweit sie nicht reichsgesetzlich geregelt ist, bestimmt sich nach den §§ 1 bis 16 dieses Gesetzes.

§ 2.

Die allgemeinen Bestimmungen in den §§ 2 bis 6, 84 bis 86, 93 und 94 der Deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte finden auf die vorgedachte Berufstätigkeit entsprechende Anwendung.

Der niedrigste Betrag einer jeden nach den Vorschriften dieses Abschnittes zu berechnenden Gebühr wird auf 1 M 50 \mathcal{L} bestimmt.

§ 3.

Die in diesem Gesetze bestimmten Gebühren und Auslagen stehen dem Rechtsanwalt auch alsdann zu, wenn er in Ausführung des ihm übertragenen Geschäfts durch einen Rechtskundigen, welcher mindestens zwei Jahre im Vorbereitungsdienste beschäftigt worden ist, sich hat vertreten lassen.

Zu den §§ 1 bis 3; vergleiche §§ 1 bis 3 des Gesetzes Nr. 15 vom 24. März 1882.

Die Fassungsänderung des § 1 ist gewählt, weil reichsgesetzliche Gebührenvorschriften nicht nur in der Gebührenordnung für Rechtsanwälte, sondern

auch zum Beispiel im § 17 des E. G. zur Mil. Str. G. D. vom 1. Dezember 1898 und in den §§ 19 und 76 des R. G. über die Konsulargerichtsbarkeit vom 7. April 1900 enthalten sind. Im § 2 Abs. 1 ist § 85 der G. D. für R. A., welcher gleichfalls anwendbar erscheint, mit angezogen; im Abs. 2 ist die Mindestgebühr, gleichwie bei den Notaren, den heutigen Verhältnissen entsprechend, auf 1 M 50 J erhöht. § 3 ist unverändert.

Titel II.

Gebühren in prozessualisch zu verhandelnden Sachen.

§ 4.

Die Deutsche Gebührenordnung für Rechtsanwälte findet entsprechende Anwendung auf die Berufstätigkeit des Rechtsanwalts:

1. in den nach dem Forststrafgesetze Nr. 18 vom 1. April 1879 zu behandelnden Strafsachen;
2. im Verwaltungsstrafverfahren;
3. im Disziplinarverfahren;
4. in dem Verfahren vor dem Gerichtshofe zur Entscheidung von Kompetenzstreitigkeiten;
5. im Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshofe;
6. in dem Verfahren vor anderen zur Abgabe von Entscheidungen auf Grund eines kontradiktorischen Verfahrens berufenen, nicht zu den ordentlichen Gerichten gehörenden Behörden.

Im Sinne der Deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte steht das Verwaltungsstrafverfahren dem Vorverfahren, das Verfahren vor der entscheidenden Disziplinarbehörde dem Verfahren vor der Strafkammer gleich. Die unter den Nummern 4 bis 6 bezeichneten Verfahren sind als bürgerliche Rechtsstreitigkeiten im Sinne der Gebührenordnung anzusehen.

In den unter 4 bezeichneten Sachen ist die Wertberechnung zugrunde zu legen, welche bei dem durch die Klage angegangenen Gericht angenommen ist.

Schließt sich an das Verfahren vor anderen Behörden ein weiteres Verfahren vor den ordentlichen Gerichten über dieselbe Sache ohne Wechsel in der Person des Rechtsanwalts an, so ist die Prozeßgebühr (D. G. D. f. R. A. § 13 Nr. 1) nur in dem letzteren zu berechnen.

Zu § 4; Pr. G. D. Art 2.

I. Nr. 1. Bisher ebenso § 5 des Ges. vom 24./3. 1882.

Nr. 2. Nach § 28 des Gesetzes über das Verwaltungsstrafverfahren Nr. 46 vom 16. August 1903 können Beschuldigte, Einziehungsbeteiligte und

Vertretungspflichtige sich durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen. Da eine Hauptverhandlung in diesem Verfahren nicht stattfindet, so empfiehlt es sich, dasselbe hinsichtlich der Gebühren der Rechtsanwälte dem Vorverfahren in Strafsachen gleichzustellen (Absatz 2). Ob nach § 67 der D. G. D. f. R. A. die Gebühr 6 *M* oder 10 *M* beträgt, hängt davon ab, ob die Sache, wenn sie bei Gericht anhängig wäre, zur Zuständigkeit der Schöffengerichte oder der Strafkammer gehören würde.

Nr. 3. Seit Erlass des Gesetzes vom 24. März 1882 ist das Disziplinarverfahren im zweiten Abschnitte des Gesetzes über den Zivilstaatsdienst vom 4. April 1889 im Anschluß an die Vorschriften der St. P. O. neu geregelt, so daß es gerechtfertigt ist, die Gebühren der Rechtsanwälte nach Maßgabe des vierten Abschnittes der D. G. D. f. R. A. zu bestimmen. Da das Verfahren vor der entscheidenden Disziplinarbehörde im Absatz 2 dem Verfahren vor der Strafkammer gebührenrechtlich gleichgestellt ist, so beträgt die Gebühr 20 *M* und im Vorverfahren 10 *M*. (§§ 63 Ziffer 2 und 67 Ziffer 2 D. G. D. f. R. A.) Eine wesentliche Änderung der im § 6 des Gesetzes vom 24. März 1882 vorgeschriebenen Sätze (zu 20 *M* und 12 *M*) tritt somit nicht ein.

Nr. 4 und 6 entsprechen wörtlich dem § 4 Ziffer 1 und 5 des Gesetzes vom 24./3. 1882. Unter Nr. 6 fällt z. B. das Zwangsenteignungsverfahren.

Nr. 5. An die Stelle der unter den Ziffern 2 und 3 des § 4 des Gesetzes vom 24./3. 1882 bezeichneten Behörden ist der Verwaltungsgerichtshof getreten, die Gebühren der Rechtsanwälte bestimmten sich schon bisher nach den für dieselben bei den ordentlichen Gerichten geltenden Vorschriften (§ 36 Absatz 4 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895).

II. Der Absatz 2 stellt klar, daß im Sinne der D. G. D. f. R. A. die Fälle der Ziffern 1 bis 3 mit den im Absatz 2 angegebenen Maßgaben als Strafsachen, die Fälle der Ziffern 4 bis 6 als bürgerliche Rechtsstreitigkeiten anzusehen sind.

III. Die Absätze 3 und 4 geben die Absätze 2 und 4 des Gesetzes vom 24./3. 1882 wieder. Die Absätze 3 und 5 des § 4 des eben erwähnten Gesetzes sind entbehrlich, da sich die Anwendbarkeit der hier angezogenen Bestimmungen der D. G. D. f. R. A. aus der Fassung des § 4 ergibt (vgl. auch § 36 Absatz 3 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege und § 11 der D. G. D. f. R. A.).

Titel III.

Gebühren in dem Verfahren der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung.

Vorbemerkung.

Nachdem die Vorschriften über die gerichtlichen Gebühren in dem Verfahren der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung im zweiten Abschnitte des zweiten Teiles des Braunschweigischen Kostengesetzes für Gerichte und Notare eine Umarbeitung erfahren haben, wird es erforderlich, die Gebührenvorschriften für die Rechtsanwälte, welche bisher in den §§ 19 bis 26 des

Br. Kostenges. zum Zw. V. G. enthalten waren, den neuen Bestimmungen anzupassen. Bei durchgeführtem Zwangsversteigerungsverfahren sind die Gebühren für einen Rechtsanwalt, welcher den betreibenden Gläubiger vertritt, bei uns ($\frac{12}{10}$) höher als in Preußen ($\frac{9}{10}$). Hinzukommt, daß Preußen im Artikel 3 der Pr. G. D. f. R. A. eine besondere Gebührenreihe aufgestellt hat, welche bei Werten über 12 000 *M* allmählich immer mehr hinter den Sätzen des § 9 D. G. D. f. R. A. zurückbleibt. Da aber so hohe Werte, bei welchen ein erheblicher Unterschied zwischen den Sätzen des Artikel 3 Pr. G. D. und denjenigen des § 9 D. G. D. f. R. A. eintritt, im Herzogtume nur selten vorkommen, so hat das Gesetz zugleich im Interesse der Einfachheit der Gebührenvorschriften von der Aufstellung einer besonderen Gebührenreihe abgesehen. Auch sonst sind die bisherigen Grundsätze, wenn auch mit einigen Abweichungen im einzelnen, in der Hauptsache beibehalten, so daß namentlich die Höhe der Gebührensätze nicht wesentlich geändert wird.

a) Zwangsversteigerung.

§ 5.

Für die Vertretung eines Beteiligten im Verfahren der Zwangsversteigerung erhält der Rechtsanwalt von den Sätzen des § 9 der Deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte:

1. für die Stellung des Antrages auf Anordnung der Zwangsversteigerung oder auf Zulassung des Beitritts einschließlich der Information zwei Zehnteile;
2. für die Vertretung im Versteigerungsverfahren bis zur Entscheidung über den Zuschlag, auch wenn mehrere Versteigerungstermine stattfinden, fünf Zehnteile, wenn das Verfahren jedoch vor dem Versteigerungstermine aufgehoben wird, ein Zehntel;
3. für die Vertretung in einem gerichtlichen oder außergerichtlichen Verteilungsverfahren fünf Zehnteile, wenn sich aber die Mitwirkung des Rechtsanwalts auf das gerichtliche Verfahren nach § 144 Absatz 1 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung beschränkt, drei Zehnteile.

Vertritt der Rechtsanwalt einen Gläubiger oder einen anderen Berechtigten (§ 9 Nr. 1 und 2 des bezeichneten Reichsgesetzes), so ist die in Ziffer 1 bestimmte Gebühr von dem Werte des Anspruchs, wegen dessen die Zwangsversteigerung beantragt ist, unter Hinzurechnung der mitgeforderten Zinsen und Kosten zu berechnen; der Berechnung der weiteren Gebühren (Ziffer 2 und 3) ist der Kapitalwert des Rechts einschließlich der mitgeforderten Zinsen und Kosten, wenn jedoch der Gegenstand der Zwangsversteigerung geringer ist, dieser Wert zugrunde zu legen. Im Falle der Vertretung eines anderen Beteiligten bestimmen sich die Gebühren nach dem Werte des Gegenstandes der Zwangsversteigerung oder des Ver-

teilungsverfahrens und, wenn der Rechtsanwalt einen Teilhaber in einem Verfahren nach den §§ 180 fg. des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung vertritt, nach dem Anteile seiner Partei.

Auf die Berechnung des Gegenstandes der Zwangsversteigerung oder des Teilungsverfahrens finden die in Ansehung der Gerichtskosten geltenden Vorschriften Anwendung.

I. Vgl. Pr. O. D. Artikel 4. Unter Ziffer 1 sind die bisher im § 22 Nr. 1 und 2 des Br. Kostenges. zum Zw. V. G. behandelten Anträge auf Anordnung der Zwangsversteigerung und auf Zulassung zum Beitritt gleichgestellt, weil auch ein Beitrittsgeſuch ſachlich als Verſteigerungsantrag anzusehen iſt und für den Rechtsanwalt im weſentlichen dieſelbe Mühehaltung veranlaßt. Die Ziffern 2 und 3 geben ſachlich die Nr. 3 und 4 des angezogenen § 22 wieder, nur iſt in Ziffer 3 zum Ausdruck gebracht, daß dem Rechtsanwalt, welcher bei einem außergerichtlichen Verteilungsverfahren (§§ 143, 144 Zw. V. G.) z. B. durch Ausrechnung und Empfangnahme der ſeiner Partei zukommenden Beträge, mitwirkt, die Gebühr von $\frac{5}{10}$ zuſteht, und daß die Ermäßigung der Gebühr auf $\frac{3}{10}$ nur eintritt, wenn ſich die Tätigkeit des Rechtsanwalts auf das gerichtliche Verfahren nach § 144 Abſatz 1 Zw. V. G., alſo namentlich auf die Prüfung der niedergelegten Urkunden und die entſprechende Beratung der Partei, beſchränkt. Die in den §§ 23 bis 25 des Br. Kostenges. zum Zw. V. G. bei Vertretung beſtimmter Beteiligten vorgeſehenen Gebührenerhöhungen ſind nicht aufgenommen. Wenn auch der für dieſe Erhöhungen angeführte Grund einer vermehrten Mühehaltung des Rechtsanwalts (Antliche Ausgabe der Ausf. Geſ. S. 501) im allgemeinen zutreffen mag, ſo tritt doch in den fraglichen Fällen inſolge der Wertberechnungsvorſchriften (vgl. unter II) regelmäßig ohnehin eine erhöhte Gebühr ein und eine allzu hohe Bemessung der Gebühren könnte die Beteiligten von der Beauftragung eines Rechtsanwalts zurüchhalten.

II. Über die Wertberechnung ſind, im weſentlichen übereinſtimmend mit den §§ 20 und 21 des Br. Kostenges. zum Zw. V. G., folgende Grundsätze aufgeſtellt:

1. Vertritt der Rechtsanwalt einen Gläubiger oder einen anderen Berechtigten (§ 9 Nr. 1 und 2 Zw. V. G.), ſo ſind folgende Fälle zu unterſcheiden:

- a) Die Gebühr der Ziffer 1 wird nach dem Werte des Anſpruches, wegen deſſen die Zwangsversteigerung beantragt iſt, berechnet und zwar unter Hinzurechnung der mitgeforderten Zinſen und Koſten (vgl. § 13 Abſatz 2 D. O. R. G.).
- b) Bei der Berechnung der übrigen Gebühren iſt der volle Wert des Rechts, ſofern er den Wert des Gegenſtandes der Zwangsversteigerung nicht überſteigt, der Gebührenberechnung zugrunde zu legen. Da das Verfahren auch dann, wenn es nur wegen der Zinſen oder eines Teiles einer eingetragenen Forderung betrieben wird, doch zur Befriedigung der ganzen Forderung führt, ſo ſoll der volle Betrag des an den Grundſtücken uſw. beſtehenden Rechts entſcheiden, wobei auch hier der Betrag der mitgeforderten Zinſen und Koſten mitzurechnen iſt.

2. Wenn der Rechtsanwalt den Eigentümer oder in den Fällen der §§ 172, 175 Zw. V. G. den Antragsteller vertritt, so soll bei der Berechnung der Gebühren der Ziffern 1 und 2 der Wert des Gegenstandes der Zwangsversteigerung, für die Gebühr der Ziffer 3 aber der Wert der Teilungsmasse zugrunde gelegt werden. Wird endlich der Rechtsanwalt mit der Vertretung eines Teilhabers im Falle der §§ 180 fg. Zw. V. G. beauftragt, so richten sich die Gebühren nach dem Anteile seiner Partei an dem Gegenstande des Versteigerungs- oder Verteilungsverfahrens.

Wird hiernach (in den Fällen unter 1 b und 2) die Berechnung des Wertes des Gegenstandes der Zwangsversteigerung oder des Versteigerungsverfahrens erforderlich, so sollen die in Ansehung der Gerichtskosten geltenden Vorschriften Anwendung finden (vgl. § 150 Absatz 2 Schlusßatz, §§ 153, 154 des Braunschweigischen Kostengesetzes für Gerichte und Notare).

b) Zwangsverwaltung.

§ 6.

Für die Vertretung eines Beteiligten im Verfahren der Zwangsverwaltung erhält der Rechtsanwalt von den Sätzen des § 9 der Deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte:

1. für die Stellung des Antrages auf Anordnung der Zwangsverwaltung oder auf Zulassung des Beitritts einschließlich der Information zwei Zehnteile;
2. für die Vertretung in dem weiteren Verfahren einschließlich des Verteilungsverfahrens für das erste Verwaltungsjahr fünf Zehnteile, für jedes weitere angefangene Verwaltungsjahr zwei Zehnteile nach dem Jahresnutzungswerte.

Auf die Berechnung dieser Gebühren finden die Vorschriften im § 156 Absatz 2 und 3 des Braunschweigischen Kostengesetzes für Gerichte und Notare entsprechende Anwendung. Vertritt der Rechtsanwalt einen Gläubiger, so ist der Betrag der beizutreibenden Forderungen einschließlich der mit einzuziehenden Zinsen und Kosten für die Gebührenberechnung maßgebend, wenn dieser Betrag geringer ist als der Jahresnutzungswert.

Pr. G. D. Artikel 5. Der Antrag auf Anordnung der Zwangsverwaltung ist hier ebenso wie im § 5 Ziffer 1 dem Beitrittsgefuche gleichgestellt und mit $\frac{2}{10}$ bewertet, während bisher für das letztere nur $\frac{1}{10}$ der Gebühr zu erheben war (§ 22 Nr. 1 und 2 des Pr. Kostenges. zum Zw. V. G.). An Stelle der in Nr. 5 des angezogenen § 22 vorgeschriebenen einmaligen Gebühr von $\frac{5}{10}$ für das Zwangsverwaltungsverfahren erscheint es billig, für den allerdings nicht häufigen Fall, daß die Verwaltung sich auf einen längeren Zeitraum als ein Jahr erstreckt, dem Rechtsanwalt für jedes weiter angefangene Verwaltungsjahr eine Gebühr von zwei Zehnteilen zuzubilligen, sofern er in dem Jahre irgendwie tätig geworden ist. Die Gebühren des § 3 werden neben denjenigen

des § 2 auch dann erhoben, wenn wegen derselben Forderungen die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung gleichzeitig beantragt wird.

Abweichend von der bisherigen Regel des § 20 Ziffer 1 Br. Kostenges. zum Zw. V. G., wonach stets der Wert des Rechtes maßgebend ist, wenn der Rechtsanwalt einen Gläubiger vertritt, sollen die Gebühren in Zukunft nach dem Jahresnutzungswerte berechnet werden, welcher, soweit Grundstücke den Gegenstand des Verfahrens bilden, in der Regel gleich dem Jahresmiet- oder Pachtwert, abzüglich 5 vom Hundert dieses Wertes zur Deckung der öffentlichen Lasten und sonstigen Unkosten anzunehmen ist (vgl. § 156 des Braunschweigischen Kostengesetzes für Gerichte und Notare). Da es häufig vorkommt, daß die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung gleichzeitig wegen größerer Beträge beantragt wird, deren Deckung aus den Nutzungen allein nicht zu erreichen ist, so würde die Bemessung der Gebühren nach dem Werte der beizutreibenden Forderungen oft unbillig sein und es soll deshalb der letztere Wert nur dann maßgebend sein, wenn er geringer ist als der Jahresnutzungswert.

Die Mindestgebühr sowohl nach Ziffer 1 wie nach Ziffer 2 beträgt 1 M 50 § (§ 2).

c) Gemeinschaftliche Bestimmungen.

§ 7.

Neben den in den §§ 5 und 6 bestimmten Gebühren sind für das Aufgebotsverfahren der §§ 140 und 157 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung, für die Beschwerdeinstanz, sowie für die Erhebung und Ablieferung von Geldern die Gebühren nach den §§ 40, 41, 87 der Deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte zu erheben. Ferner finden die §§ 7, 77 bis 83 desselben Gesetzes Anwendung. Für die Höhe der Schreibgebühren sind die Vorschriften des § 129 des Braunschweigischen Kostengesetzes für Gerichte und Notare maßgebend.

Für die Wertberechnung der in den §§ 5 und 6 bestimmten Gebühren gelten die Vorschriften der §§ 20 bis 28 des Braunschweigischen Kostengesetzes für Gerichte und Notare. Soweit die Gebühren der Rechtsanwälte nach demselben Werte wie die Gerichtsgebühren zu berechnen sind, ist die für die Berechnung der Gerichtsgebühren maßgebende Festsetzung des Wertes auch für die Berechnung der Gebühren der Rechtsanwälte maßgebend. Gegen den Beschluß, durch welchen der Wert festgesetzt wird, stehen dem Rechtsanwalt die im § 28 des bezeichneten Gesetzes vorgesehenen Rechtsmittel zu.

Absatz 1 gibt den Inhalt der §§ 26 und 19 des Br. Kostenges. zum Zw. V. G. wieder, soweit er nicht im § 2 enthalten ist. Nach dem bekannt gemachten Entwurfe eines Reichsgesetzes über Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes usw. soll der Rechtsanwalt demnächst für die Herstellung des Schreibwerkes sowie zum Ersatze der Postgebühren Pauschsätze erhalten (§ 76 der G. D. f. R. A. in der vorgeschlagenen Fassung). Die Erhebung von Pauschsätzen erscheint in dem Verfahren der Zwangsversteigerung oder Zwangs-

verwaltung, da in der Regel nur geringe Schreibgebühren entstehen, nicht angemessen und sie wird deshalb durch Nichtanziehung des § 76 G. D. f. R. A. im Absatz 1 für den Fall ausgeschlossen, daß jener Entwurf Gesetz werden sollte. Dagegen soll die in dem letzteren Entwurfe vorgesehene Erhöhung der Schreibgebühren auf 20 § für die Seite den Rechtsanwälten auch in hier fraglichen Fällen zugute kommen, was durch die Anwendung des § 129 des Braunschweigischen Kostengesetzes für Gerichte und Notare erreicht ist.

Im Absatz 2 sind die Vorschriften über die Wertberechnung und Wertfestsetzung, welche für die Gerichtsgebühren nach § 149 des neuen Landeskostengesetzes gelten sollen, auch für die Gebühren der Rechtsanwälte für maßgebend erklärt, um die Berechnung beider Arten von Gebühren auf eine einheitliche, formelle Grundlage zu stellen. Wesentliche sachliche Abweichungen von den im § 21 Br. Kostenges. zum Zw. V. G. getroffenen Bestimmungen werden dadurch nicht herbeigeführt.

Titel IV.

Gebühren für sonstige Leistungen.

Zählgebühr.

§ 8.

Hinsichtlich der Gebühr für die Erhebung und Ablieferung von Geldern und Wertpapieren kommt der § 87 der Deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte zur Anwendung.

Schriftliche Entwerfung und Ausarbeitung von Rechtsakten.

§ 9.

Für die schriftliche Entwerfung oder Ausarbeitung von einseitigen oder zweiseitigen Rechtsakten, wie solche in dem dritten Abschnitte des Braunschweigischen Kostengesetzes für Gerichte und Notare aufgeführt sind, erhält der Rechtsanwalt acht Zehnteile der in jenem Gesetze bestimmten bezüglichlichen Gebührenbeträge.

Sonstige schriftliche Einzelleistungen in nicht prozessualischen Angelegenheiten; Eingaben an Behörden; Schreiben an Privatpersonen.

§ 10.

Für sonstige schriftliche Einzelleistungen in nicht prozessualischen Angelegenheiten (abgesehen von begründeten Rechtsgutachten), insbesondere für Anträge, Gesuche, Schutzschriften und sonstige Eingaben bei einer Behörde, für Kündigungen, Fristsetzungen, für die schriftliche Erteilung eines Rates und dergleichen, erhält der Rechtsanwalt zwei Zehnteile von den Sähen

des § 9 der Deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte. Die gleiche Gebühr erhält der Rechtsanwalt für ein dem Prozesse vorhergehendes Mahnschreiben, sofern ihm nicht die Prozeßgebühr zusteht.

Schriftliche Rechtsgutachten mit Begründung.

§ 11.

Für ein schriftliches Rechtsgutachten mit Begründung hat der Rechtsanwalt eine von ihm selbst mit Rücksicht auf den der Sache nach erforderlich gewesenem Aufwand von Zeit und Mühe, auf den Geldwert oder sonstigen Belang des Gegenstandes und auf den Umfang der Schrift zu bemessende Vergütung in Ansatz zu bringen.

Der Einklagung dieser Forderung ist ein Gutachten des Vorstandes der Anwaltskammer zugrunde zu legen.

Vertretung in Terminen oder bei mündlichen Verhandlungen; Konferenzen in Rechtsangelegenheiten.

§ 12.

I. Für die Vertretung in Terminen oder bei mündlichen Verhandlungen, sowie bei Konferenzen in Rechtsangelegenheiten erhält der Rechtsanwalt zwei Zehntelle der im § 9 der Deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte bestimmten Sätze für jede angefangene Stunde des Geschäfts.

Geschäfte, bei denen vorzugsweise nur die Versäumnis zu vergüten ist.

II. Für Geschäfte, bei denen vorzugsweise nur die Versäumnis zu vergüten ist, z. B. Erkundigungen, Beistand bei Aufnahme von Vermögensverzeichnissen, Lesen und Ausziehen von Akten, Durchsicht von Urkunden, Aufstellung und Prüfung von Rechnungen und ähnliche Bemühungen, ist nur die Hälfte der unter I bemessenen Gebührensätze zu berechnen.

Die Gebühren dieses Paragraphen dürfen für den Tag den vierfachen Betrag des Einheitssatzes nicht übersteigen und sie kommen gänzlich in Wegfall, sofern die Leistung unter die Bestimmungen der Titel II und III fällt oder zur Vorbereitung der nach § 9 zu vergütenden Rechtsakte zu rechnen ist.

Wertberechnung.

§ 13.

Die in dem ersten und dritten Abschnitte des Braunschweigischen Kostengesetzes für Gerichte und Notare gegebenen Vorschriften über die Wertberechnung finden in den Fällen der §§ 9 bis 12 entsprechende Anwendung.

Fortlaufende Geschäfte.

§ 14.

Wird die Berufstätigkeit des Rechtsanwalts für eine ihrer Art nach fortlaufende, eine Reihe von schriftlichen Arbeiten, von Terminen, von Konferenzen und dergleichen mit sich bringende Geschäftsbeforgung — wie für die Regelung von erbchaftlichen und ähnlichen Vermögensangelegenheiten, für die Ausführung von letztwilligen Verfügungen und dergleichen — in Anspruch genommen, und ist über die ihm zu gewährende Vergütung keine verbindliche Festsetzung getroffen, so kann er an die Stelle einer Berechnung seiner Gebühren nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen dieses Titels IV einen Gebührensatz treten lassen, welcher von dem Werte des Gegenstandes bis zu 20 000 *M* zwei vom Hundert, von dem Mehrwerte eins vom Hundert betragen darf.

Zu Titel IV.

I. Die §§ 8 und 11 wiederholen sachlich die §§ 11 und 14 des Gesetzes vom 24./3. 1882.

II. § 9 stimmt sachlich mit dem § 12 des Gesetzes vom 24./3. 1882 überein, nur sind an die Stelle der aufzuhebenden Bestimmungen des Br. G. R. G. die entsprechenden Vorschriften des neuen Landeskostengesetzes für Gerichte und Notare gesetzt. Da das letztere Gesetz die Gebühren für die Gerichte und Notare erhöht, so kommen diese Erhöhungen den Rechtsanwälten verhältnismäßig zugute.

III. Das System der Wertklassen in den §§ 13 und 15 des Gesetzes vom 24./3. 1882 steht mit dem Gebührentarife für die Aufnahme von schwierigen Rechtsakten usw. (Br. G. R. G. Anlage A Ziffer I) im Einklange. Um eine besondere Gebührenreihe zu vermeiden, ist jetzt der den Rechtsanwälten sehr geläufige, im § 9 der Geb.-D. f. R. A. festgesetzte Tarif zugrunde gelegt, zumal dieser Tarif bis zu 30 000 *M* völlig übereinstimmende Wertklassen mit dem Tarife A des neuen Braunschweigischen Gerichtskostengesetzes aufweist. Die in den §§ 10 und 12, welche an die Stelle der §§ 13 und 15 des Gesetzes vom 24. März 1882 treten, vorgesehenen $\frac{2}{10}$ der Sätze des § 9 D. G. D. f. R. A. stellen bei Werten über 500 *M* eine bedeutende Erhöhung der bisherigen Einheitsätze dar.

Im § 13 des Gesetzes vom 24. März 1882 sind die Gebühren nach dem Umfange der Reinschrift des anzufertigenden Schriftstückes abgestuft. Die Berechnung nach der Zahl der Bogen und Seiten ist insofern unvollkommen, als eine Vorschrift darüber fehlt, wieviel Zeilen und Silben jede Seite enthalten soll. Die rein äußerliche Länge einer Schrift bildet nur selten einen geeigneten Maßstab für die Bedeutung der Schrift und für die bei deren Anfertigung von dem Rechtsanwalt angewendete Mühe und Verwaltung. Da zudem die Berechnungsart beseitigt, womit zugleich einem aus dem Preise der Rechtsanwälte geäußerten Wunsche entsprochen ist. Dadurch wird § 13 Absatz 2 überflüssig.

§ 10 findet sowohl Anwendung auf Gesuche und Eingaben an Behörden wie auf Schreiben an Privatpersonen, welches letztere durch die Einschlebung der Worte „für Kündigungen, Fristsetzungen“ noch deutlicher gemacht ist. Durch den Schlusssatz des § 10 ist eine bisher bestrittene Frage dahin entschieden, daß der Rechtsanwalt für ein dem Prozesse vorhergehendes Mahnschreiben die im § 10 vorhergesehene Gebühr erheben kann, daß diese Gebühr aber wegfällt, wenn demselben Rechtsanwalt in derselben Rechtsangelegenheit demnächst die Prozeßgebühr erwächst.

Würde man im § 12 den wesentlich erhöhten Einheitsatz wie bisher (§ 15 des Gesetzes vom 24./3. 1882) für jede angefangene halbe Stunde erheben, so würden für ein Geschäft von einer Dauer von über $1\frac{1}{2}$ Stunden schon $\frac{9}{10}$ der Sätze des § 9 D. G. O. f. R. A. zu berechnen sein und dadurch die Gebühren in den mittleren und höheren Wertklassen allzu hoch werden. Es soll deshalb in Zukunft der Einheitsatz nur für jede angefangene Stunde berechnet werden. Eine feste Höchstgebühr ist hier ebenso wenig wie im § 10 bestimmt.

IV. Neben den beträchtlich erhöhten Gebühren in den §§ 9, 10 und 12 erscheint eine besondere Gebühr für den in diesen Fällen erforderlich werdenden Schriftwechsel, wie sie § 16 des Gesetzes von 1882 in Gestalt der dreifachen Schreibgebühr bestimmte, nicht ferner nötig, vielmehr wird die Führung des Schriftwechsels durch die Hauptgebühren mit abgegolten.

V. Der § 17 des Gesetzes von 1882 wird sachlich durch § 13 des vorliegenden Gesetzes ersetzt.

VI. § 14 entspricht nahezu wörtlich dem § 18 des Gesetzes von 1882. Nach dem letzteren ist die Gebühr für die Werte von 20 000 bis 40 000 *M* gleich hoch, während sie sonst genau prozentual mit den Werten ansteigt. Diese Unregelmäßigkeit wird durch die Fassungsänderung am Ende des ersten Satzes beseitigt, wonach nunmehr bei Werten über 20 000 *M* die Gebühr in der Weise zu berechnen ist, daß von den ersten 20 000 *M* 2 v. H. zu rechnen und 1 v. H. von dem 20 000 *M* übersteigenden Betrage hinzuzuzählen ist. Die Worte „für Vermögensverwaltungen“ sind gestrichen, weil der Umfang der Mithewaltung des Rechtsanwaltes bei dauernden Vermögensverwaltungen ein so verschiedenartiger sein kann, daß es sich nicht empfiehlt, einen gleichen Satz für alle Fälle aufzustellen. Die Bestimmung der Vergütung für solche Tätigkeit ist besser der Vereinbarung gemäß § 93 D. G. O. f. R. A., welcher nach § 2 dieses Gesetzes anwendbar ist, zu überlassen.

Titel V.

Auslagen.

§ 15.

Rücksichtlich der dem Rechtsanwalt zu vergütenden Auslagen kommen die Bestimmungen im fünften Abschnitte der Deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte zur Anwendung.

Die Schreib- und Postgebühren sind jedoch stets einzeln, nicht nach Bauschätzen zu berechnen. Für die Höhe der Schreibgebühren sind die Bestimmungen des § 129 des Braunschweigischen Kostengesetzes für Gerichte und Notare maßgebend.

§ 16.

Hat der Rechtsanwalt, ohne daß die bezüglichlichen Gebührenbestimmungen die Vornahme des Geschäfts außerhalb der Wohnung voraussetzen, zweckmäßigerweise oder zufolge besonderen Auftrages Wege innerhalb seines Wohnortes oder außerhalb desselben bis zu einer Entfernung von 2 km gemacht, so erhält er für den Weg 3 *M.*

Zu Titel V.

Die Bauschätze für Schreib- und Postgebühren sind auch hier ausgeschlossen und die Schreibgebühren sind auf 20 *S* für die Seite erhöht (vgl. Bemerkung zu § 7 Abs. 1). Im § 16 sind die Wegegebühren angemessen auf 3 *M* erhöht.

Zweiter Abschnitt.

Gebühren der Gerichtsvollzieher.

Anwendung der Deutschen Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher; Übergabe eines Grundstücks in den Fällen der §§ 94 Abs. 2 und 150 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung.

§ 17.

Die Deutsche Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher findet Anwendung auf die nach den Vorschriften der Deutschen Prozeßordnungen auszuführenden Zwangsvollstreckungen und Zustellungen in gerichtlichen Angelegenheiten, welche durch die Deutschen Prozeßordnungen nicht betroffen werden.

Für die Übergabe eines Grundstücks in den Fällen der §§ 94 Absatz 2 und 150 Absatz 2 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 24. März 1897 erhält der Gerichtsvollzieher die im § 8 Ziffer 1 der Deutschen Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher festgesetzte Gebühr. Die Vorschrift des § 10 dieser Gebührenordnung findet entsprechende Anwendung.

Absatz 1 wiederholt den § 29 Absatz 1 des Br. G. R. G. § 29 Absatz 2 dieses Gesetzes ist beseitigt, weil die allein in Frage kommenden Zustellungen von Amts wegen jetzt durch Gerichtsbienet erfolgen (§ 211 E. P. D.) und Ge-

bühren dafür auch dann nicht erhoben werden, wenn ein Gerichtsvollzieher als Vertreter des Gerichtsbieners solche Zustellungen ausführt.

Die Vorschrift des § 17 Absatz 2 ist auf Grund des § 34 Br. G. R. G. bereits durch Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung Nr. 86 vom 10. November 1906 getroffen und nur deshalb in das Gesetz aufgenommen, um die zurzeit geltenden Gebührenvorschriften für Gerichtsvollzieher vollständig zusammen zu stellen.

Zustellungen.

§ 18.

Für die Zustellung von Willenserklärungen (Bürgerliches Gesetzbuch § 132) und von gerichtlichen oder notariellen Urkunden (Civilprozeßordnung § 794 Nr. 5) erhält der Gerichtsvollzieher 80 \mathcal{L} und, wenn er die Post um Bewirkung der Zustellung ersucht, 40 \mathcal{L} .

Für eine von dem Gerichtsschreiber eines Gewerbegerichts oder eines Kaufmannsgerichts veranlaßte Zustellung erhält der Gerichtsvollzieher 25 \mathcal{L} .

Auf die Zustellung der im Absatz 1 bezeichneten Willenserklärungen und Urkunden würde nach § 17 der § 2 D. G. D. f. G. V. Anwendung finden. Um aber den Zweifel abzuschneiden, ob nach der letzteren Bestimmung 80 \mathcal{L} oder 50 \mathcal{L} zu erheben seien, empfahl es sich, durch eine ausdrückliche Bestimmung die höheren Gebühren vorzuschreiben, da es sich nicht um Rechtsangelegenheiten handelt, die bei einem Amtsgerichte unabhängig sind.

Abatz 2 wiederholt die unter Ziffer 1 der Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung Nr. 86 vom 10. November 1906 gegebene Vorschrift.

Wechsel- und Scheckproteste.

§ 19.

Für die Aufnahme eines Wechselprotesses sowie für die Aufnahme einer Interventionserklärung stehen dem Gerichtsvollzieher zu nach dem Betrage des Wechsels:

bis	150 \mathcal{M} einschließlich	1 \mathcal{M} 50 \mathcal{L}
über	150 " bis 300 \mathcal{M}	2 " — "
"	300 " " 1000 "	3 " — "
"	1000 " " 5000 "	4 " — "
"	5000 "	5 " — "

War die Aufnahme des Protesses mit Nachsuchung der Wohnung verbunden (Artikel 91 der Wechselordnung), so erhöht sich die vorstehende Gebühr um 1 \mathcal{M} .

Wenn die Aufnahme einer Interventionserklärung mit dem Protestakte an demselben Tage in derselben Wohnung stattfindet, darf für die Aufnahme eine Gebühr nicht berechnet werden.

Die Abschrift des Wechsels im Protest ist in der Gebühr mitbegriffen.

Wird der Auftrag zur Präsentation und Protesterhebung ohne Protestaufnahme durch vorherige Zahlung oder Zurüdnahme des Auftrages erledigt, nachdem bereits zur Ausführung des letzteren geschritten war, so kommt die Hälfte der vorstehenden Sätze zur Erhebung, jedoch mindestens 1 *M* 50 *S*.

Hinsichtlich der Reisekosten findet § 17 der Deutschen Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher Anwendung.

Diese Vorschriften finden auch entsprechende Anwendung auf Scheckproteste.

Vgl. Pr. G. D. f. G. B. Art. 20 und Pr. G. R. G. § 50. An Stelle der beiden festen Sätze im § 30 Pr. G. R. G. ist nach dem Vorbilde des § 50 Absatz 2 des Pr. G. R. G. eine Stufenleiter von Gebühren vorgeschrieben, welche bei Wechselbeträgen über 450 *M* hinter den für Notare und Richter gültigen Gebührensätzen (§ 56 des Braunschweigischen Kostengesetzes für Gerichte und Notare) wesentlich zurückbleibt. Da besondere Wegegebühren, deren Berechnung in Preußen zu Zweifeln Veranlassung gibt, nicht vorgesehen sind, so erscheint die Erhöhung der Mindestgebühr auf 1 *M* 50 *S* (bisher 1 *M* 25 *S*) angemessen. Für die Abschrift des Protestaktes im Wechselprotestregister sind in Zukunft ebenso wie bei den Notaren die Schreibgebühren zu erheben.

Nach Absatz 5 soll eine Rücknahmegebühr, welche bisher vermißt wurde, den Gerichtsvollziehern zustehen. Die Rücknahmegebühr ist erwachsen, sobald der Weg zur Aufnahme des Protestes angetreten ist.

Bei gleichzeitiger Protestierung mehrerer Wechsel sind die Gebühren und Reisekosten für jeden Wechsel besonders zu erheben, auch wenn nur eine Protesturkunde aufgenommen wird, weil jeder Wechsel eine selbständige Bedeutung hat und daher die Protestierung jedes Wechsels ein besonderes Geschäft ist.

Die Bestimmungen der Wechselordnung über Proteste gelten auch für Scheckproteste (§ 16, 30 des Reichsscheckgesetzes vom 11. März 1908). Es sollen deshalb auch dieselben Kostenvorschriften für Scheckproteste gelten.

Freiwillige Versteigerungen.

§ 20.

Für freiwillige Versteigerungen von beweglichen Sachen, von Früchten auf dem Halme, von Holz auf dem Stamme und von Gebäuden auf Abbruch erhält der Gerichtsvollzieher nach dem zusammen zu rechnenden Werte der Gegenstände

von dem Betrage	bis	100 <i>M</i>	5 vom Hundert,
" "	"	über 100	" bis 300 <i>M</i>	3 " "
" "	"	300	" " 1000 "	2 " "
" "	"	1000	" " 5000 "	1 " "
" "	"	5000	"	1/2 " "

jedoch nicht unter 2 *M*.

Die Gebühren sind erwachsen, sobald zur Abgabe von Geboten aufgefordert ist. Wird der Auftrag vor dem Ausgebote zurückgenommen,

nachdem der Gerichtsvollzieher mit der Vorbereitung der Versteigerung begonnen hatte, so erhält der Gerichtsvollzieher 1 *M* 50 *S*.

Aus dem an den Gerichtsvollzieher bezahlten Erlöse sind die Kosten vorweg zu entnehmen.

Vgl. Pr. G. O. f. G. B. Art. 20, Pr. G. R. G. § 47. Die Sätze des § 20 Absatz 1 stimmen mit den nach § 31 Pr. G. R. G. maßgeblichen Sätzen des § 7 D. G. O. f. G. B. überein, sie sind vom Erlöse zu berechnen, wenn es aber nicht zum Zuschlage kommt, von dem Gesamtwerte der Gegenstände. Die Gebühr ist nach Absatz 2 erwachsen, sobald zur Abgabe von Geboten aufgefordert ist, gleichgültig, ob der Zuschlag erteilt wird und ob überhaupt Gebote erfolgen. Wird aber der Auftrag zur Versteigerung vor dem Ausgebote zurückgenommen, so bekommt der Gerichtsvollzieher 1 *M* 50 *S*. Voraussetzung dieser Gebühr ist nicht, daß der Gerichtsvollzieher sich schon an Ort und Stelle begeben hat, sondern sie entsteht, wenn nur der Gerichtsvollzieher zur Vorbereitung der Versteigerung irgendwie, z. B. durch den Entwurf der Bekanntmachung des Versteigerungstermins, tätig geworden ist. Für die Versteigerung im Wege der Zwangsvollstreckung gelten nach § 10 D. G. O. f. G. B. andere Grundsätze.

Aufnahme von Vermögensverzeichnissen; Siegelungen.

§ 21.

Für die Aufnahme von Vermögensverzeichnissen im Auftrage des Gerichts oder des Konkursverwalters erhält der Gerichtsvollzieher nach dem Werte der verzeichneten Gegenstände die im § 4 der Deutschen Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher bestimmten Gebühren. Für Siegelungen und Entsiegelungen im Auftrage des Gerichts oder des Konkursverwalters, sofern mit denselben nicht die Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses verbunden ist, beträgt die Gebühr 1 *M* 50 *S*. Einstweilige Ver- und Entsiegelungen geschehen unentgeltlich.

Vgl. Pr. G. O. f. G. B. Art. 20, Pr. G. R. G. § 49. § 21 gibt ohne sachliche Änderungen den § 32 Pr. G. R. G. wieder. Einstweilige Ver- und Entsiegelungen sind z. B. anzunehmen, wenn bei der Aufnahme von Vermögensverzeichnissen abends bei Abbruch des am folgenden Morgen fortzusetzenen Geschäfts eine Versiegelung und am anderen Tage die Entsiegelung vorgenommen wird (vgl. Mansfeld, Ausführungsgesetze 1879 S. 400). Die Gebühr des § 21 steht dem Gerichtsvollzieher auch dann zu, wenn er dem Konkursverwalter bei Aufnahme des Vermögensverzeichnisses nur Beistand leistet. (Vgl. § 66 Ziff. 3 des A. G. zum G. B. G. Nr. 11 vom 1./4. 1879 und Begründung bei Mansfeld S. 78, 79.)

Aufgabe von Geld zur Post zwecks Hinterlegung.

§ 22.

Die Gebühr des Gerichtsvollziehers für die Beurkundung der Aufgabe des Geldes zur Post (§ 22 des Gesetzes über das Hinterlegungsverfahren Nr. 39 vom 12. Juni 1899) beträgt 80 *S*.

Vgl. Pr. G. O. f. G. B. Art. 21. Für die im § 22 des Gesetzes über das Hinterlegungsverfahren vorgeschriebene nicht ganz einfache Beurkundungstätigkeit erscheint der bisherige Satz von 40 \mathfrak{L} zu gering, die Gebühr ist deshalb im Anschlusse an Preußen auf 80 \mathfrak{L} erhöht. § 61 des Gesetzes über das Hinterlegungsverfahren ist dementsprechend im § 29 aufgehoben.

Mindestbetrag und Abrundung der Gebühren.

§ 23.

Der Mindestbetrag einer in diesem Abschnitte bestimmten Gebühr ist 20 \mathfrak{L} , soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

Pfennigbeträge, welche ohne Bruch nicht durch zehn teilbar sind, werden auf den nächst höheren durch zehn teilbaren Betrag abgerundet.

Anwendung der §§ 12 bis 23 und 24 Nr. 2 der Deutschen Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher; Wertberechnung.

§ 24.

Auf die Gebühren der Gerichtsvollzieher, welche nicht durch die Deutsche Gebührenordnung bestimmt sind, finden die §§ 12 bis 23 der Deutschen Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher und der im § 24 Nr. 2 daselbst gemachte Vorbehalt entsprechende Anwendung.

Auf die Wertberechnung finden die Vorschriften der §§ 20 bis 26 des Braunschweigischen Kostengesetzes für Gerichte und Notare entsprechende Anwendung.

§ 25.

Die im § 24 Nr. 2 der Deutschen Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher vorbehaltenen Bestimmungen erfolgen durch die Landesjustizverwaltung. Werden den Gerichtsvollziehern Geschäfte übertragen, für welche die Gebühren nicht durch Gesetz bestimmt sind, so erfolgt die Bestimmung durch die Landesjustizverwaltung.

Stempel; Tagegelder.

§ 26.

Zu den dem Gerichtsvollzieher zu vergütenden baren Auslagen gehören auch die Stempel.

Die Gerichtsvollzieher haben für die Vornahme freiwilliger Versteigerungen von beweglichen Sachen, von Früchten auf dem Halme, von

Holz auf dem Stamme und von Gebäuden auf Abbruch, desgleichen für die Aufnahme von Vermögensverzeichnissen im Auftrage des Gerichts oder des Konkursverwalters, wenn der Ort des Geschäfts über 2 km von ihrem dienstlichen Wohnsitze entfernt liegt, die den Staatsbeamten nach Maßgabe der landesgesetzlichen Bestimmungen zustehenden Tagegelder zu beziehen.

§ 27.

Die Zustellungsurkunden der Gerichtsvollzieher sind stempelfrei.

Zu den §§ 23 bis 27.

Die Vorschrift des § 23 wird keiner besonderen Rechtfertigung bedürfen. § 24 Absatz 1 entspricht dem § 33 Br. G. R. G. Da, namentlich in den Fällen der §§ 20 und 21, die Berechnung des Wertes von Gegenständen erforderlich werden kann, so werden die allgemeinen Vorschriften des Braunschweigischen Kostengesetzes für Gerichte und Notare über die Wertberechnung (§§ 20 bis 26) im § 24 Absatz 2 für entsprechend anwendbar erklärt, gleichwie solches auch in Preußen durch Art. 20 der Pr. G. O. f. G. B. hinsichtlich der entsprechenden Vorschriften des Pr. G. R. G. geschehen ist. Die §§ 25 bis 27 geben den Inhalt der §§ 34 bis 36 Br. G. R. G. wieder.

Dritter Abschnitt.

Schlußbestimmungen.

§ 28.

Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 1908 in Kraft. Für die vor diesem Zeitpunkt erteilten Aufträge bewendet es bei den bisherigen Vorschriften.

§ 29.

Aufgehoben werden:

Das Gesetz Nr. 15 vom 24. März 1882, die für die Berufstätigkeit der Rechtsanwälte außerhalb der Deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte zu gewährenden Vergütungen betreffend,

§ 61 des Gesetzes über das Hinterlegungsverfahren Nr. 40 vom 12. Juni 1899.

Das Gesetz wird zweckmäßig gleichzeitig mit dem neuen Landeskostengesetz für Gerichte und Notare in Kraft zu setzen sein. Eine besondere Aufhebung der §§ 29 bis 36 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtskostengesetz

in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. September 1899 und der §§ 19 bis 26 des Kostengesetzes Nr. 49 vom 12. Juni 1899 erübrigt sich, weil die bezeichneten Kostengesetze in vollem Umfange durch § 163 Ziffer 4 und 6 des bezeichneten Gesetzes aufgehoben sind.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten Herzoglichen Geheime Kanzleisiegels.

Braunschweig, den 8. Juni 1908.

gez. **Johann Albrecht,**

(Siegel.)

H. z. M.

v. Otto. Hartweg. Triepß.

III.

Anhang.



A. Übersicht

über die in

1. dem Braunschweigischen Kostengesetze für Gerichte und Notare,
2. der Braunschweigischen Gebührenordnung für Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher

angezogenen Gesetzesparagraphen.

Das zu 2 genannte Gesetz ist durch II vor den Ziffern der Paragraphen bezeichnet.

§	Erwähnt in		§	Erwähnt in		§	Erwähnt in	
	§	Anm. zu §		§	Anm. zu §		§	Anm. zu §
1. Bürgerl. Gesetzbuch.			81	—	82	420	—	9
			86	—	116	426	—	12
21	—	82	88	—	60	432	—	114
29	—	116	90	—	60	436	—	22
"	—	82	93—96	—	153	446	—	22
37	—	82	94	—	72	705 fg.	—	62
"	—	116	112	—	105	719	—	62
45	—	60	130	—	8	741 fg.	—	62
48	—	82	132	II. 18	—	843—844	26	—
"	—	116	132 Abs. 1	—	131	873	—	60
55	—	82	132 " 2	—	114	"	—	65
56—69	—	82	135	—	65	"	—	68
69	—	116	136	—	65	875	—	67
71	—	82	147	—	8	"	—	68
73	—	82	156	—	54	876	—	67
"	—	116	176	—	114	877	—	68
74 Abs. 2	—	82	202	—	107	879 Abs. 3	68	—
74 Abs. 3	—	82	259—261	—	52	880	—	65
75	—	82	260	—	53	880	—	68
76	—	82	312 Abs. 2	—	46	881	68	—
79	—	82	320 fg.	—	39	882	68	65
80	—	82	419	—	10	883	—	65

§	Erwähnt in		§	Erwähnt in		§	Erwähnt in	
	§	Anm. zu §		§	Anm. zu §		§	Anm. zu §
891	—	67	1217	—	114	1561 Abj. 3	—	84
899	—	65	1246	—	114	1563	—	84
900	—	60	1257	—	114	1577 Abj. 2 u. 3	111 ^p	111
901	—	67	1259—1272	—	87	1577	—	35
912—917	—	153	1275	—	114	1597	—	96
927	—	60	1281	—	114	1598 Abj. 3	—	49
928 Abj. 1	66	—	1308	—	105	1599	—	96
928 „ 2	—	60	1314	—	105	1612	—	105
929	—	39	1336	—	105	1630	105	105
930—931	—	39	1337	—	105	1631	—	105
1010	66	66	1342	—	96	1635—1637	—	105
1015	—	76	1357	—	105	1639 Abj. 1	105	105
1017	—	54	1358	—	105	1640	—	53
1017	—	76	1362 Abj. 2.	—	107	„	—	105
1018	—	64	1366	—	107	1640 Abj. 1 u. 2	105	105
1030	—	64	1369	—	49	1642	—	105
1034	—	114	1372	—	53	1643	—	105
1035	—	53	1372 Abj. 2	—	114	1644	—	105
1052	—	157	1379	—	105	1645	—	105
1054	—	157	1385—1387	—	10	1647 Abj. 2	—	105
1067	—	114	1388	—	10	1651	—	49
1075	—	114	1402	—	105	1653	105	105
1086	—	10	1432	—	39	1654	—	10
1090	—	64	1438 fg.	—	62	1660	—	10
1098	—	65	1439	—	114	1662	105	105
1105	—	64	1442	—	62	1665	—	105
1109 Abj. 2	—	65	1447	—	105	1666	105	105
1116	68	66	1451	—	105	1667	—	53
1132	—	69	1483 fg.	—	62	„	105	105
1132	—	71	1484	—	96	1668	105	105
1141 Abj. 2	114	114	„	—	105	1669	—	105
1163	—	65	1487	—	105	1669—1671	—	105
1164	—	65	1491	—	96	1670	105	105
1168	—	65	1491	—	105	1671	105	—
1170 fg.	—	65	1492	—	96	1673	105	—
1179	—	67	„	—	105	1677	—	105
1180	—	65	1493	—	„	1679 Abj. 2	105	105
1182	—	65	1507	—	92	1682	—	16
1183	—	67	1519	—	105	1683	—	16
1184	—	64	1519 fg.	—	62	1685	105	105
1189	68	65	1528	—	53	1686	105	105
1190	—	64	1528 Abj. 2	—	114	„	—	10
1192	—	114	1549	—	105	1688	—	103
1200	—	114	1550	—	114	1692	—	13

§	Erwähnt in		§	Erwähnt in		§	Erwähnt in	
	§	Anm. zu §		§	Anm. zu §		§	Anm. zu §
1693	—	13	1914	107	—	2192	—	96
1700	—	105	1915	—	13	2193	—	96
1704	—	61	1917	—	49	2194	—	89
1706 Abs. 2	111	111	1945	—	96	2198	—	96
1719	—	61	1955	—	96	2199	—	96
1721	—	105	1956	—	96	2200	—	96
1727	—	105	1960	—	7	2202	—	96
1736	—	61	"	—	90	2211	—	65
1737	—	61	1961	—	91	2215	—	53
1740	—	105	1964	—	94	2216	—	96
1741	—	110	1965	—	94	2222	—	92
1754 Abs. 2	—	110	1967—1969	—	92	2223	—	92
1757	—	61	1984	—	65	2224	—	96
1760	105	53	1993	—	96	2226	—	96
"	—	105	1994—1996	—	96	2227	—	96
1761	—	105	1995 Abs. 3	—	96	2233	—	138
1762	—	61	1996	—	96	2233—2246	—	46
1763	—	61	2002	—	53	2238	—	46
1770	—	110	"	—	119	2241	—	46
1777	—	49	2003	—	96	2244	—	59
1782	—	49	"	—	53	2245	—	59
1797	—	49	2004	—	96	2246 Abs. 2	35	35
1802	—	53	2005	—	96	2246	—	47
1837	—	101	2006	96	96	2248	—	47
1840	—	101	"	—	52	2249	—	47
1844	—	13	2028	—	52	2250	—	47
1845	—	105	"	—	95	2251	—	47
1852—1856	—	49	"	—	96	2254	—	48
1854	101	101	2032 fg.	—	60	2256	—	47
1858 fg.	—	49	"	—	62	2257	—	48
1872	—	6	2033 Abs. 2	—	62	2259	—	88
1875 Abs. 1	—	7	2039	—	114	2261	—	88
1880	—	49	2044	—	66	"	89	89
1882—1884	—	16	2057	—	62	2262	—	88
1893	—	16	"	—	96	"	—	89
1896	—	106	2061	97	96	2264	—	88
1906 fg.	—	102	2081	—	96	"	—	125
1908	—	102	2112 fg.	—	65	2265—2273	—	46
1909	—	49	2121	—	53	2272	—	47
"	—	103	2122	—	114	2273	88	—
1910	—	103	2128	—	157	2274—2302	—	46
"	—	106	2146	—	96	2276	—	46
1911—1914	—	103	2151—2155	—	96	2277	—	47
1913	107	—	2174	—	60	2281	—	96

[illegible]

§	Erwähnt in		§	Erwähnt in		§	Erwähnt in	
	§	Anm. zu §		§	Anm. zu §		§	Anm. zu §
62	—	116	86 fg.	—	34	164	—	53
80	—	116	" "	—	6	"	—	114
83	—	116	" "	—	93	165	—	114
93	—	114	" "	—	95	166	—	114
"	—	116	86—98	—	95	169	—	137
122	—	10	86—99	—	35	170—173	—	163
141	—	10	88	95	—	175	—	44
159	—	1	"	104	104	176 Abs. 2	—	44
"	—	80	89	—	95	176 " 2	—	46
"	—	116	91	—	95	177	—	44
"	—	120	92	—	95	"	—	46
"	—	127	93	—	95	178	—	59
Ausf. Verordg.	—	—	94	—	51	179	—	59
11	—	80	"	—	95	186	—	112
			95	—	95	188	—	93
			98	—	127			
			99	—	127			
			100—124	—	87			
			105	41	—	2	—	17
			128	—	120	5	—	17
			129	—	140	6	13	—
			131	78	—	7	—	7
			132—139	117	—	7 Abs. 2	—	117
			133	—	117	7 " 4	—	127
			135 Abs. 2	—	117	8	163	7
			136	—	117	9	163	7
			138	—	7	"	—	9
			138	—	117	"	—	15
			141	81	81	10	127	127
			142	84	82	14	—	57
			142—144	81	—	20	—	126
			143	84	82	"	—	57
			150	—	115	22	—	45
			"	—	116	23 Abs. 5	—	52
			153	115	—	25	—	136
			153—156	—	115	25 " 2	—	52
			158 Abs. 2	—	127	27	—	2
			159	84	82	34 Abs. 2	163	Aug.
			160	—	82			Begr.
			161	84	84	38	—	22
			162	—	84	39	—	57
			"	—	82	44	—	57
			163	—	52	Preuß.		
			164	—	52	66—76	—	54

§	Erwähnt in		§	Erwähnt in		§	Erwähnt in	
	§	Anm. zu §		§	Anm. zu §		§	Anm. zu §
857 Abf. 6	—	65	49 Abf. 1	—	153	144	—	155
858	Borb.		52	—	153	"	II. 5	II. 5
	vor § 149		52 Abf. 1	—	72	144 Abf. 2	153	—
864	—	54	55	—	72	146	—	150
"	Borb.		58	—	152	150 Abf. 2	II. 17	—
	vor § 149		"	—	155	153	—	151
866	"		"	—	159	154	—	156
867	"		61	—	159	155	—	156
870	"		62	—	151	157	151	151
872—877	"		65	153	151	157	II. 7	146
882	"		"	—	153	165	—	156
932	"		66 Abf. 2	—	151	172	—	150
938 Abf. 2	—	65	75	—	155	"	—	II. 5
" " "	—	157	77	—	155	175	—	150
			77 Abf. 2	—	150	"	—	II. 5
			" " "	—	151	176	—	150
			" " "	—	155	180	—	150
			81	159	72	180 fg.	152	61
			81	—	159	" "	II. 5	II. 5
			85 Abf. 1	—	151	190	—	155
			86	—	155			
			91	—	151			
			94	—	156			
			94 Abf. 2	II 17	—			
			105—145	—	151			
			107	—	153			
			109	—	152			
			"	—	155			
			"	—	159			
			118	—	159			
			128	—	159			
			130 Abf. 3	—	158			
			133	—	150			
			135	—	103			
			137	—	151			
			138 fg.	151	151			
			139	—	151			
			140	151	146			
			"	II. 7	151			
			141	—	151			
			143	151	151			
			"	—	155			
			"	—	II. 5			
			144	151	151			
14. Konfursordnung.								
113	70	—						
114	70	—						
115	70	70						
116	70	—						
123	—	119						
163 Abf. 3	70	—						
224 Ziff. 4	—	98						
15. Zwangsversteigerungs-gesetz.								
3	—	161						
9	II. 5	II. 5						
10 Abf. 2	—	150						
15	—	150						
19 Abf. 2	—	158						
27	—	150						
28	—	155						
29	—	155						
30	—	155						
31 Abf. 2	—	155						
32	—	155						
33	—	155						
34	—	155						
39—41	—	151						
44	—	72						
"	—	153						
16. Ausf. Gef. z. Zw. Verf. Gef.								
						2	—	151
						3	—	72
						"	—	151
						"	—	153
						5	—	159
						6	—	150
						7	—	150
						13	—	150
17. Personenstands-gesetz.								
						11 Abf. 3	112	112
						14 " 3	—	122
						15	—	122
						16	—	1
						"	—	122
						65	112	112
						66	112	112

§	Erwähnt in		§	Erwähnt in		§	Erwähnt in	
	§	Anm. zu §		§	Anm. zu §		§	Anm. zu §
18. Hinterlegungsgeſetz.			12—14	Vorh. zu §§ 20—27		86 Abſ. 1	—	8
22	II. 22	II. 22	13 Abſ. 2	—	150	90	—	17
44	—	163	16	—	28	91	—	9
47	—	163	17	—	28	"	—	149
57	—	163	25	—	114	92	—	10
61	—	II. 22	26 ^a	—	127	93	II. 2	—
"	II. 29	—	35 ²	—	88	94	II. 2	—
59	—	163	35 ²	—	114	98	—	11
63	—	163	35 ²	Vorh. vor § 149		98 Abſ. 1	—	14 ⁵
Geſetz	164	—	36	—	114	98 " 2	—	145
			38 ¹	—	127	98 " 4	—	12
			38 ³	—	127	101	—	145
			40	—	132			
19. Deutſches Gerichts- koſtengeſetz.			42	Vorh. vor § 149		20. D. Geb. Ordg. f. Rechtsanwälte.		
1	—	127	43	—	88	2—6	II. 2	—
"	—	146	"	—	96	9	II. 5	—
"	Vorh. vor § 149		45	—	127	"	II. 6	—
2	—	34	"	—	160	"	II. 10	—
"	—	145	46	127	127	"	II. 12	—
2—6	II. 2	—	"	160	160	13. I	II. 4	—
3	—	2	"	127	127	40	II. 7	—
4	—	3	"	160	160	41	II. 7	—
"	—	4	"	—	121	63	—	II. 4
"	—	149	"	—	150	67	—	II. 4
5	—	5	47	—	160	76	—	II. 7
6	—	14	47 3iff. 3	—	11	78—82	—	139
7	—	29	47 " 5	—	13. III	84—86	—	II. 2
8	150	94	47 " 9	—	13. II	86	—	144
"	151	95	47 " 15	—	103	87	II. 7	II. 4
"	152	104	52	—	127	"	II. 8	137
"	156	105	62	—	99	93	—	II. 2
"	Einleitung		62	117	—	94	—	II. 2
9	Vorh.		79	147	—			
"	zu		80	—	128	21. R. Geb. Ordg. f. Gerichtsvollzieher.		
9 a	§§ 20—27		80 a	—	129	2	—	II. 13
"	—	26	"	—	132	4	II. 21	—
10	Vorh.		80 b	—	132	8	II. 17	—
"	zu		79—80 b	Vorh.		12—23	II. 24	—
10 a	§§ 20—27		84 Abſ. 1	3. Abſchn. 11		17	II. 19	II. 18
10	—	27	85	—	17	24	II. 24	—
"	—	110		—	18	24	II. 25	—

B. Gebührentafeln.

Tafel I.

Gebühren nach Tarif A.

Wertstufe bis ein- schließlich	Gebührenbetrag, wenn von der vollen Gebühr zu erheben ist																Wertstufe bis ein- schließlich
	2 fach		15/10		voll		5/10		4/10		3/10		2/10		1/10		
M	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M
20	—	80	—	60	—	40	—	20	—	20	—	20	—	20	—	20	20
60	1	40	1	10	—	70	—	40	—	30	—	30	—	20	—	20	60
120	2	40	1	80	1	20	—	60	—	50	—	40	—	30	—	20	120
200	3	60	2	70	1	80	—	90	—	80	—	60	—	40	—	20	200
300	4	80	3	60	2	40	1	20	1	—	—	80	—	50	—	30	300
450	6	—	4	50	3	—	1	50	1	20	—	90	—	60	—	30	450
650	7	20	5	40	3	60	1	80	1	50	1	10	—	80	—	40	650
900	8	40	6	30	4	20	2	10	1	70	1	30	—	90	—	50	900
1 200	10	—	7	50	5	—	2	50	2	—	1	50	1	—	—	50	1 200
1 600	12	—	9	—	6	—	3	—	2	40	1	80	1	20	—	60	1 600
2 100	14	—	10	50	7	—	3	50	2	80	2	10	1	40	—	70	2 100
2 700	16	—	12	—	8	—	4	—	3	20	2	40	1	60	—	80	2 700
3 400	18	—	13	50	9	—	4	50	3	60	2	70	1	80	—	90	3 400
4 300	20	—	15	—	10	—	5	—	4	—	3	—	2	—	1	—	4 300
5 400	22	—	16	50	11	—	5	50	4	40	3	30	2	20	1	10	5 400
6 700	24	—	18	—	12	—	6	—	4	80	3	60	2	40	1	20	6 700
8 200	26	—	19	50	13	—	6	50	5	20	3	90	2	60	1	30	8 200
10 000	28	—	21	—	14	—	7	—	5	60	4	20	2	80	1	40	10 000
12 000	30	—	22	50	15	—	7	50	6	—	4	50	3	—	1	50	12 000
14 000	32	—	24	—	16	—	8	—	6	40	4	80	3	20	1	60	14 000
16 000	34	—	25	50	17	—	8	50	6	80	5	10	3	40	1	70	16 000
18 000	36	—	27	—	18	—	9	—	7	20	5	40	3	60	1	80	18 000
20 000	38	—	28	50	19	—	9	50	7	60	5	70	3	80	1	90	20 000
22 000	40	—	30	—	20	—	10	—	8	—	6	—	4	—	2	—	22 000
24 000	42	—	31	50	21	—	10	50	8	40	6	30	4	20	2	10	24 000
26 000	44	—	33	—	22	—	11	—	8	80	6	60	4	40	2	20	26 000
28 000	46	—	34	50	23	—	11	50	9	20	6	90	4	60	2	30	28 000
30 000	48	—	36	—	24	—	12	—	9	60	7	20	4	80	2	40	30 000
35 000	52	—	39	—	26	—	13	—	10	40	7	80	5	20	2	60	35 000
40 000	56	—	42	—	28	—	14	—	11	20	8	40	5	60	2	80	40 000

Tafel I (Fortsetzung).

Tarif A.																	
Wertstufe bis ein- schließlich	Gebührenbetrag, wenn von der vollen Gebühr zu erheben ist														Wertstufe bis ein- schließlich		
	2 fach		15/10		voll		5/10		4/10		3/10		2/10			1/10	
	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S		M	S
50 000	60	—	45	—	30	—	15	—	12	—	9	—	6	—	3	—	50 000
60 000	64	—	48	—	32	—	16	—	12	80	9	60	6	40	3	20	60 000
70 000	68	—	51	—	34	—	17	—	13	60	10	20	6	80	3	40	70 000
80 000	72	—	54	—	36	—	18	—	14	40	10	80	7	20	3	60	80 000
90 000	76	—	57	—	38	—	19	—	15	20	11	40	7	60	3	80	90 000
100 000	80	—	60	—	40	—	20	—	16	—	12	—	8	—	4	—	100 000
110 000	82	—	61	50	41	—	20	50	16	40	12	30	8	20	4	10	110 000
120 000	84	—	63	—	42	—	21	—	16	80	12	60	8	40	4	20	120 000
130 000	86	—	64	50	43	—	21	50	17	20	12	90	8	60	4	30	130 000
140 000	88	—	66	—	44	—	22	—	17	60	13	20	8	80	4	40	140 000
150 000	90	—	67	50	45	—	22	50	18	—	13	50	9	—	4	50	150 000
160 000	92	—	69	—	46	—	23	—	18	40	13	80	9	20	4	60	160 000
170 000	94	—	70	50	47	—	23	50	18	80	14	10	9	40	4	70	170 000
180 000	96	—	72	—	48	—	24	—	19	20	14	40	9	60	4	80	180 000
190 000	98	—	73	50	49	—	24	50	19	60	14	70	9	80	4	90	190 000
200 000	100	—	75	—	50	—	25	—	20	—	15	—	10	—	5	—	200 000

Die Mehrgebühr beträgt für je

10 000	2	—	1	50	1	—	—	50	—	40	—	30	—	20	—	10	10 000
100 000	20	—	15	—	10	—	5	—	4	—	3	—	2	—	1	—	100 000
1 000 000	200	—	150	—	100	—	50	—	40	—	30	—	20	—	10	—	1 000 000

Tafel II.

Gebühren nach Tarif B und C.

Tarif B						Tarif C												Wertstufe bis ein- schließlich
Wertstufe bis ein- schließlich	Gebührenbetrag, wenn von der vollen Gebühr zu erheben ist																	
	voll		5/10		2 fach		voll		5/10		3/10		5/20		3/20			
M	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	
20	—	40	—	20	—	40	—	20	—	20	—	20	—	20	—	20	20	
60	—	70	—	40	—	80	—	40	—	20	—	20	—	20	—	20	60	
120	1	—	—	50	1	20	—	60	—	30	—	20	—	20	—	20	120	
200	1	50	—	80	2	—	1	—	50	—	30	—	30	—	20	—	200	
300	2	—	1	—	2	80	1	40	—	70	—	50	—	40	—	30	300	

Tafel II (Fortsetzung).

Tarif B						Tarif C													
Wertstufe bis ein- schließlich	Gebührenbetrag, wenn von der vollen Gebühr zu erheben ist														Wertstufe bis ein- schließlich				
	voll		5/10		2 fach		voll		5/10		3/10		5/20			3/20			
	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S		M	S		
450	2	60	1	30	3	80	1	90	1	—	—	60	—	50	—	30	450		
650	3	20	1	60	4	80	2	40	1	20	—	80	—	60	—	40	650		
900	4	—	2	—	5	80	2	90	1	50	—	90	—	80	—	50	900		
1 200	4	80	2	40	6	80	3	40	1	70	1	10	—	90	—	60	1 200		
1 600	6	—	3	—	8	—	4	—	2	—	1	20	1	—	—	60	1 600		
2 100	7	20	3	60	9	20	4	60	2	30	1	40	1	20	—	70	2 100		
2 700	8	40	4	20	10	80	5	40	2	70	1	70	1	40	—	90	2 700		
3 400	9	60	4	80	12	40	6	20	3	10	1	90	1	60	1	—	3 400		
4 300	11	—	5	50	14	40	7	20	3	60	2	20	1	80	1	10	4 300		
5 400	12	60	6	30	16	40	8	20	4	10	2	50	2	10	1	30	5 400		
6 700	14	40	7	20	18	80	9	40	4	70	2	90	2	40	1	50	6 700		
8 200	16	20	8	10	21	20	10	60	5	30	3	20	2	70	1	60	8 200		
10 000	18	—	9	—	24	—	12	—	6	—	3	60	3	—	1	80	10 000		
12 000	20	40	10	20	27	60	13	80	6	90	4	20	3	50	2	10	12 000		
14 000	22	80	11	40	31	20	15	60	7	80	4	70	3	90	2	40	14 000		
16 000	25	20	12	60	34	80	17	40	8	70	5	30	4	40	2	70	16 000		
18 000	27	60	13	80	38	40	19	20	9	60	5	80	4	80	2	90	18 000		
20 000	30	—	15	—	42	—	21	—	10	50	6	30	5	30	3	20	20 000		
22 000	32	40	16	20	45	60	22	80	11	40	6	90	5	70	3	50	22 000		
24 000	34	80	17	40	49	20	24	60	12	30	7	40	6	20	3	70	24 000		
26 000	37	20	18	60	52	80	26	40	13	20	8	—	6	60	4	—	26 000		
28 000	39	60	19	80	56	40	28	20	14	10	8	50	7	10	4	30	28 000		
30 000	42	—	21	—	60	—	30	—	15	—	9	—	7	50	4	50	30 000		
35 000	47	—	23	50	68	—	34	—	17	—	10	20	8	50	5	10	35 000		
40 000	52	—	26	—	76	—	38	—	19	—	11	40	9	50	5	70	40 000		
50 000	60	—	30	—	90	—	45	—	22	50	13	50	11	30	6	80	50 000		
60 000	66	—	33	—	102	—	51	—	25	50	15	30	12	80	7	70	60 000		
70 000	72	—	36	—	114	—	57	—	28	50	17	10	14	30	8	60	70 000		
80 000	78	—	39	—	126	—	63	—	31	50	18	90	15	80	9	50	80 000		
90 000	84	—	42	—	138	—	69	—	34	50	20	70	17	30	10	40	90 000		
100 000	90	—	45	—	150	—	75	—	37	50	22	50	18	80	11	30	100 000		
110 000	96	—	48	—	162	—	81	—	40	50	24	30	20	30	12	20	110 000		
120 000	102	—	51	—	174	—	87	—	43	50	26	10	21	80	13	10	120 000		
130 000	108	—	54	—	186	—	93	—	46	50	27	90	23	30	14	—	130 000		
140 000	114	—	57	—	198	—	99	—	49	50	29	70	24	80	14	90	140 000		

Tafel II (Fortsetzung).

Tarif B						Tarif C											
Wertstufe bis ein- schließlich	Gebührenbetrag, wenn von der vollen Gebühr zu erheben ist														Wertstufe bis ein- schließlich		
	voll		$\frac{5}{10}$		2 fach		voll		$\frac{5}{10}$		$\frac{3}{10}$		$\frac{5}{20}$			$\frac{3}{20}$	
	M	—	M	—	M	—	M	—	M	—	M	—	M	—		M	—
150 000	120	—	60	—	210	—	105	—	52	50	31	50	26	30	15	80	150 000
160 000	126	—	63	—	222	—	111	—	55	50	33	30	27	80	16	70	160 000
170 000	132	—	66	—	234	—	117	—	58	50	35	10	29	30	17	60	170 000
180 000	138	—	69	—	246	—	123	—	61	50	36	90	30	80	18	50	180 000
190 000	144	—	72	—	258	—	129	—	64	50	38	70	32	30	19	40	190 000
200 000	150	—	75	—	270	—	135	—	67	50	40	50	33	80	20	30	200 000

Die Mehrgebühr beträgt für je

10 000	6	—	3	—	12	—	6	—	3	—	1	80	1	50	—	90	10 000
100 000	60	—	30	—	120	—	60	—	30	—	18	—	15	—	9	—	100 000
1 000 000	600	—	300	—	1200	—	600	—	300	—	180	—	150	—	90	—	1 000 000

Tafel III.

Gebühren in Vormundschaftsachen (§§ 100 und 101).

Wert- stufe bis ein- schließlich	Vor- mund- schafts- führung	Rech- nungs- legung jährlich	Wert- stufe bis ein- schließlich	Vor- mund- schafts- führung	Rech- nungs- legung jährlich	Wert- stufe bis ein- schließlich	Vor- mund- schafts- führung	Rech- nungs- legung jährlich
M	M	M	M	M	M	M	M	M
400	1	— 20	6 400	16	1 60	12 400	31	3 10
800	2	— 20	6 800	17	1 70	12 800	32	3 20
1 200	3	— 30	7 200	18	1 80	13 200	33	3 30
1 600	4	— 40	7 600	19	1 90	13 600	34	3 40
2 000	5	— 50	8 000	20	2 —	14 000	35	3 50
2 400	6	— 60	8 400	21	2 10	14 400	36	3 60
2 800	7	— 70	8 800	22	2 20	14 800	37	3 70
3 200	8	— 80	9 200	23	2 30	15 200	38	3 80
3 600	9	— 90	9 600	24	2 40	15 600	39	3 90
4 000	10	1 —	10 000	25	2 50	16 000	40	4 —
4 400	11	1 10	10 400	26	2 60	16 400	41	4 10
4 800	12	1 20	10 800	27	2 70	16 800	42	4 20
5 200	13	1 30	11 200	28	2 80	17 200	43	4 30
5 600	14	1 40	11 600	29	2 90	17 600	44	4 40
6 000	15	1 50	12 000	30	3 —	18 000	45	4 50

Tafel III. Vormundschaftsachen (Fortsetzung).

Wert- stufe bis ein- schließlich	Vor- mund- schafts- führung	Rech- nungs- legung jährlich	Wert- stufe bis ein- schließlich	Vor- mund- schafts- führung	Rech- nungs- legung jährlich	Wert- stufe bis ein- schließlich	Vor- mund- schafts- führung	Rech- nungs- legung jährlich
M	M	M	M	M	M	M	M	M
18 400	46	4 60	32 400	81	8 10	46 400	116	11 60
18 800	47	4 70	32 800	82	8 20	46 800	117	11 70
19 200	48	4 80	33 200	83	8 30	47 200	118	11 80
19 600	49	4 90	33 600	84	8 40	47 600	119	11 90
20 000	50	5 —	34 000	85	8 50	48 000	120	12 —
20 400	51	5 10	34 400	86	8 60	48 400	121	12 10.
20 800	52	5 20	34 800	87	8 70	48 800	122	12 20
21 200	53	5 30	35 200	88	8 80	49 200	123	12 30
21 600	54	5 40	35 600	89	8 90	49 600	124	12 40
22 000	55	5 50	36 000	90	9 —	50 000	125	12 50
22 400	56	5 60	36 400	91	9 10	50 400	126	12 60
22 800	57	5 70	36 800	92	9 20	50 800	127	12 70
23 200	58	5 80	37 200	93	9 30	51 200	128	12 80
23 600	59	5 90	37 600	94	9 40	51 600	129	12 90
24 000	60	6 —	38 000	95	9 50	52 000	130	13 —
24 400	61	6 10	38 400	96	9 60	52 400	131	13 10
24 800	62	6 20	38 800	97	9 70	52 800	132	13 20
25 200	63	6 30	39 200	98	9 80	53 200	133	13 30
25 600	64	6 40	39 600	99	9 90	53 600	134	13 40
26 000	65	6 50	40 000	100	10 —	54 000	135	13 50
26 400	66	6 60	40 400	101	10 10	54 400	136	13 60
26 800	67	6 70	40 800	102	10 20	54 800	137	13 70
27 200	68	6 80	41 200	103	10 30	55 200	138	13 80
27 600	69	6 90	41 600	104	10 40	55 600	139	13 90
28 000	70	7 —	42 000	105	10 50	56 000	140	14 —
28 400	71	7 10	42 400	106	10 60	56 400	141	14 10
28 800	72	7 20	42 800	107	10 70	56 800	142	14 20
29 200	73	7 30	43 200	108	10 80	57 200	143	14 30
29 600	74	7 40	43 600	109	10 90	57 600	144	14 40
30 000	75	7 50	44 000	110	11 —	58 000	145	14 50
30 400	76	7 60	44 400	111	11 10	58 400	146	14 60
30 800	77	7 70	44 800	112	11 20	58 800	147	14 70
31 200	78	7 80	45 200	113	11 30	59 200	148	14 80
31 600	79	7 90	45 600	114	11 40	59 600	149	14 90
32 000	80	8 —	46 000	115	11 50	60 000	150	15 —

Tafel IV.

Die Gebührenreihen des § 8 des deutschen Gerichtskostengesetzes.

Wertklasse bis ein- schließlich	Volle Gebühr		5/10		2/10		1/10		Wertklasse bis ein- schließlich	Volle Gebühr	5/10	2/10	1/10
<i>M</i>	<i>M</i>	<i>S</i>	<i>M</i>	<i>S</i>	<i>M</i>	<i>S</i>	<i>M</i>	<i>S</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>
20	1	—	—	50	—	20	—	20	40 000	240	120	48	24
60	2	40	1	20	—	50	—	30	42 000	250	125	50	25
120	4	60	2	30	1	—	—	50	44 000	260	130	52	26
200	7	50	3	80	1	50	—	80	46 000	270	135	54	27
300	11	—	5	50	2	20	1	10	48 000	280	140	56	28
450	15	—	7	50	3	—	1	50	50 000	290	145	58	29
650	20	—	10	—	4	—	2	—	52 000	300	150	60	30
900	26	—	13	—	5	20	2	60	54 000	310	155	62	31
1 200	32	—	16	—	6	40	3	20	56 000	320	160	64	32
1 600	38	—	19	—	7	60	3	80	58 000	330	165	66	33
2 100	44	—	22	—	8	80	4	40	60 000	340	170	68	34
2 700	50	—	25	—	10	—	5	—	62 000	350	175	70	35
3 400	56	—	28	—	11	20	5	60	64 000	360	180	72	36
4 300	62	—	31	—	12	40	6	20	66 000	370	185	74	37
5 400	68	—	34	—	13	60	6	80	68 000	380	190	76	38
6 700	74	—	37	—	14	80	7	40	70 000	390	195	78	39
8 200	81	—	40	50	16	20	8	10	72 000	400	200	80	40
10 000	90	—	45	—	18	—	9	—	74 000	410	205	82	41
12 000	100	—	50	—	20	—	10	—	76 000	420	210	84	42
14 000	110	—	55	—	22	—	11	—	78 000	430	215	86	43
16 000	120	—	60	—	24	—	12	—	80 000	440	220	88	44
18 000	130	—	65	—	26	—	13	—	82 000	450	225	90	45
20 000	140	—	70	—	28	—	14	—	84 000	460	230	92	46
22 000	150	—	75	—	30	—	15	—	86 000	470	235	94	47
24 000	160	—	80	—	32	—	16	—	88 000	480	240	96	48
26 000	170	—	85	—	34	—	17	—	90 000	490	245	98	49
28 000	180	—	90	—	36	—	18	—	92 000	500	250	100	50
30 000	190	—	95	—	38	—	19	—	94 000	510	255	102	51
32 000	200	—	100	—	40	—	20	—	96 000	520	260	104	52
34 000	210	—	105	—	42	—	21	—	98 000	530	265	106	53
36 000	220	—	110	—	44	—	22	—	100 000	540	270	108	54
38 000	230	—	115	—	46	—	23	—	je 2000 <i>M</i> mehr	10	5	2	1

Tafel V.

Gebühren für Entwürfe der Notare (§ 140).

Wert- stufe bis ein- schließlich	Ein- seitiges Rechts- geschäft § 38		Zwei- seitiger Vertrag § 39		Bewilli- gungen, Anträge, Vollmach- ten usw. § 41		Wert- stufe bis ein- schließlich	Ein- seitiges Rechts- geschäft § 38		Zwei- seitiger Vertrag § 39		Bewilli- gungen, Anträge, Vollmach- ten usw. § 41	
	$\frac{8}{10}$		$\frac{16}{10}$		$\frac{4}{10}$			$\frac{8}{10}$		$\frac{16}{10}$		$\frac{4}{10}$	
	M	S	M	S	M	S		M	S	M	S	M	S
20	1	50	1	50	1	50	26 000	17	60	35	20	8	80
60	1	50	1	50	1	50	28 000	18	40	36	80	9	20
120	1	50	2	—	1	50	30 000	19	20	38	40	9	60
200	1	50	2	90	1	50	35 000	20	80	41	60	10	40
300	2	—	3	90	1	50	40 000	22	40	44	80	11	20
450	2	40	4	80	1	50	50 000	24	—	48	—	12	—
650	2	90	5	80	1	50	60 000	25	60	51	20	12	80
900	3	40	6	80	1	70	70 000	27	20	54	40	13	60
1 200	4	—	8	—	2	—	80 000	28	80	57	60	14	40
1 600	4	80	9	60	2	40	90 000	30	40	60	80	15	20
2 100	5	60	11	20	2	80	100 000	32	—	64	—	16	—
2 700	6	40	12	80	3	20	110 000	32	80	65	60	16	40
3 400	7	20	14	40	3	60	120 000	33	60	67	20	16	80
4 300	8	—	16	—	4	—	130 000	34	40	68	80	17	20
5 400	8	80	17	60	4	40	140 000	35	20	70	40	17	60
6 700	9	60	19	20	4	80	150 000	36	—	72	—	18	—
8 200	10	40	20	80	5	20	160 000	36	80	73	60	18	40
10 000	11	20	22	40	5	60	170 000	37	60	75	20	18	80
12 000	12	—	24	—	6	—	180 000	38	40	76	80	19	20
14 000	12	80	25	60	6	40	190 000	39	20	78	40	19	60
16 000	13	60	27	20	6	80	200 000	40	—	80	—	20	—
18 000	14	40	28	80	7	20	Die Mehrgebühr beträgt für je						
20 000	15	20	30	40	7	60	10 000	—	80	1	60	—	40
22 000	16	—	32	—	8	—	100 000	8	—	16	—	4	—
24 000	16	80	33	60	8	40							

Tafel VI.

Zählgebühr für Notare (§ 137).

Zum Ansaß kommen:

A. bei Geld:

$^{10}/_{10}$ für Empfang zwecks Auszahlung an dritte Personen für Rechnung des Auftraggebers;

$^{20}/_{10}$ für Erhebung von dritten Personen für Rechnung des Auftraggebers.

B. bei Wertpapieren: die Hälfte obiger Sätze.

Die Gebühren sind von jedem gesondert auszahlenden oder zu erhebenden Betrage besonders zu berechnen, jedoch darf die Summe der in ein und derselben Angelegenheit zu berechnenden Gebühren nicht das Fünffache der nach dem Gesamtbetrage zu erhebenden Gebühr übersteigen.

Wert bis ein- schließlich	Volle Gebühr		$^{20}/_{10}$		$^{5}/_{10}$		Wert bis ein- schließlich	Volle Gebühr		$^{20}/_{10}$		$^{5}/_{10}$	
	M	S	M	S	M	S		M	S	M	S	M	S
50	—	40	—	80	—	20	3 400	5	40	10	80	2	70
100	—	60	1	20	—	30	3 600	5	60	11	20	2	80
150	—	80	1	60	—	40	3 800	5	80	11	60	2	90
200	1	—	2	—	—	50	4 000	6	—	12	—	3	—
250	1	20	2	40	—	60	4 200	6	20	12	40	3	10
300	1	40	2	80	—	70	4 400	6	40	12	80	3	20
350	1	60	3	20	—	80	4 600	6	60	13	20	3	30
400	1	80	3	60	—	90	4 800	6	80	13	60	3	40
500	2	—	4	—	1	—	5 000	7	—	14	—	3	50
600	2	20	4	40	1	10	5 200	7	20	14	40	3	60
700	2	40	4	80	1	20	5 400	7	40	14	80	3	70
800	2	60	5	20	1	30	5 600	7	60	15	20	3	80
900	2	80	5	60	1	40	5 800	7	80	15	60	3	90
1 000	3	—	6	—	1	50	6 000	8	—	16	—	4	—
1 200	3	20	6	40	1	60	6 200	8	20	16	40	4	10
1 400	3	40	6	80	1	70	6 400	8	40	16	80	4	20
1 600	3	60	7	20	1	80	6 600	8	60	17	20	4	30
1 800	3	80	7	60	1	90	6 800	8	80	17	60	4	40
2 000	4	—	8	—	2	—	7 000	9	—	18	—	4	50
2 200	4	20	8	40	2	10	7 200	9	20	18	40	4	60
2 400	4	40	8	80	2	20	7 400	9	40	18	80	4	70
2 600	4	60	9	20	2	30	7 600	9	60	19	20	4	80
2 800	4	80	9	60	2	40	7 800	9	80	19	60	4	90
3 000	5	—	10	—	2	50	8 000	10	—	20	—	5	—
3 200	5	20	10	40	2	60	8 200	10	20	20	40	5	10

Tafel VI. Zählgebühr (Fortsetzung).

Wert bis ein- schließlich	Volle Gebühr		20/10		5/10		Wert bis ein- schließlich	Volle Gebühr		20/10		5/10	
	M	g	M	g	M	g		M	g	M	g	M	g
8 400	10	40	20	80	5	20	23 500	17	40	34	80	8	70
8 600	10	60	21	20	5	30	24 000	17	60	35	20	8	80
8 800	10	80	21	60	5	40	24 500	17	80	35	60	8	90
9 000	11	—	22	—	5	50	25 000	18	—	36	—	9	—
9 200	11	20	22	40	5	60	25 500	18	20	36	40	9	10
9 400	11	40	22	80	5	70	26 000	18	40	36	80	9	20
9 600	11	60	23	20	5	80	26 500	18	60	37	20	9	30
9 800	11	80	23	60	5	90	27 000	18	80	37	60	9	40
10 000	12	—	24	—	6	—	27 500	19	—	38	—	9	50
10 500	12	20	24	40	6	10	28 000	19	20	38	40	9	60
11 000	12	40	24	80	6	20	28 500	19	40	38	80	9	70
11 500	12	60	25	20	6	30	29 000	19	60	39	20	9	80
12 000	12	80	25	60	6	40	29 500	19	80	39	60	9	90
12 500	13	—	26	—	6	50	30 000	20	—	40	—	10	—
13 000	13	20	26	40	6	60	30 500	20	20	40	40	10	10
13 500	13	40	26	80	6	70	31 000	20	40	40	80	10	20
14 000	13	60	27	20	6	80	31 500	20	60	41	20	10	30
14 500	13	80	27	60	6	90	32 000	20	80	41	60	10	40
15 000	14	—	28	—	7	—	32 500	21	—	42	—	10	50
15 500	14	20	28	40	7	10	33 000	21	20	42	40	10	60
16 000	14	40	28	80	7	20	33 500	21	40	42	80	10	70
16 500	14	60	29	20	7	30	34 000	21	60	43	20	10	80
17 000	14	80	29	60	7	40	34 500	21	80	43	60	10	90
17 500	15	—	30	—	7	50	35 000	22	—	44	—	11	—
18 000	15	20	30	40	7	60	35 500	22	20	44	40	11	10
18 500	15	40	30	80	7	70	36 000	22	40	44	80	11	20
19 000	15	60	31	20	7	80	36 500	22	60	45	20	11	30
19 500	15	80	31	60	7	90	37 000	22	80	45	60	11	40
20 000	16	—	32	—	8	—	37 500	23	—	46	—	11	50
20 500	16	20	32	40	8	10	38 000	23	20	46	40	11	60
21 000	16	40	32	80	8	20	38 500	23	40	46	80	11	70
21 500	16	60	33	20	8	30	39 000	23	60	47	20	11	80
22 000	16	80	33	60	8	40	39 500	23	80	47	60	11	90
22 500	17	—	34	—	8	50	40 000	24	—	48	—	12	—
23 000	17	20	34	40	8	60	40 500	24	20	48	40	12	10

Tafel VI. Zählgebühr (Fortsetzung).

Wert bis ein- schließlich	Volle Gebühr		20/10		5/10		Wert bis ein- schließlich	Volle Gebühr		20/10		5/10	
	M	S	M	S	M	S		M	S	M	S	M	S
41 000	24	40	48	80	12	20	46 000	26	40	52	80	13	20
41 500	24	60	49	20	12	30	46 500	26	60	53	20	13	30
42 000	24	80	49	60	12	40	47 000	26	80	53	60	13	40
42 500	25	—	50	—	12	50	47 500	27	—	54	—	13	50
43 000	25	20	50	40	12	60	48 000	27	20	54	40	13	60
43 500	25	40	50	80	12	70	Die Gebühren steigen wie folgt:						
44 000	25	60	51	20	12	80							
44 500	25	80	51	60	12	90							
45 000	26	—	52	—	13	—							
45 500	26	20	52	40	13	10							
							500	—	20	—	40	—	10
							10 000	4	—	8	—	2	—
							100 000	40	—	80	—	20	—

Tafel VII.

Die Gebührenreihen des § 9 der deutschen Gebührenordnung
für Rechtsanwälte.

Wert bis ein- schließlich	Volle Ge- bühr		5/10		2/10		1/10		Wert bis ein- schließlich	Volle Ge- bühr		5/10		2/10		1/10	
	M	S	M	S	M	S	M	S		M	S	M	S	M	S	M	S
20	2	1	—	1	—	1	—	6 700	56	28	—	11	20	5	60		
60	3	1	50	1	—	1	—	8 200	60	30	—	12	—	6	—		
120	4	2	—	1	—	1	—	10 000	64	32	—	12	80	6	40		
200	7	3	50	1	40	1	—	12 000	68	34	—	13	60	6	80		
300	10	5	—	2	—	1	—	14 000	72	36	—	14	40	7	20		
450	14	7	—	2	80	1	40	16 000	76	38	—	15	20	7	60		
650	19	9	50	3	80	1	90	18 000	80	40	—	16	—	8	—		
900	24	12	—	4	80	2	40	20 000	84	42	—	16	80	8	40		
1 200	28	14	—	5	60	2	80	22 000	88	44	—	17	60	8	80		
1 600	32	16	—	6	40	3	20	24 000	92	46	—	18	40	9	20		
								26 000	96	48	—	19	20	9	60		
2 100	36	18	—	7	20	3	60	28 000	100	50	—	20	—	10	—		
2 700	40	20	—	8	—	4	—	30 000	104	52	—	20	80	10	40		
3 400	44	22	—	8	80	4	40	32 000	108	54	—	21	60	10	80		
4 300	48	24	—	9	60	4	80	34 000	112	56	—	22	40	11	20		
5 400	52	26	—	10	40	5	20	36 000	116	58	—	23	20	11	60		
								38 000	120	60	—	24	—	12	—		

Tafel VII. Rechtsanwaltsgebühren (Fortsetzung).

Wert bis ein- schließlich <i>N</i>	Volle Ge- bühr <i>N</i>	$\frac{5}{10}$		$\frac{2}{10}$		$\frac{1}{10}$		Wert bis ein- schließlich <i>N</i>	Volle Ge- bühr <i>N</i>	$\frac{5}{10}$		$\frac{2}{10}$		$\frac{1}{10}$	
		<i>N</i>	<i>S</i>	<i>N</i>	<i>S</i>	<i>N</i>	<i>S</i>			<i>N</i>	<i>S</i>	<i>N</i>	<i>S</i>	<i>N</i>	<i>S</i>
40 000	124	62	—	24	80	12	40	70 000	174	87	—	34	80	17	40
42 000	128	64	—	25	60	12	80	72 000	177	88	50	35	40	17	70
44 000	132	66	—	26	40	13	20	74 000	180	90	—	36	—	18	—
46 000	136	68	—	27	20	13	60	76 000	183	91	50	36	60	18	30
48 000	140	70	—	28	—	14	—	78 000	186	93	—	37	20	18	60
50 000	144	72	—	28	80	14	40	80 000	189	94	50	37	80	18	90
52 000	147	73	50	29	40	14	70	82 000	192	96	—	38	40	19	20
54 000	150	75	—	30	—	15	—	84 000	195	97	50	39	—	19	50
56 000	153	76	50	30	60	15	30	86 000	198	99	—	39	60	19	80
58 000	156	78	—	31	20	15	60	88 000	201	100	50	40	20	20	10
								90 000	204	102	—	40	80	20	40
60 000	159	79	50	31	80	15	90	92 000	207	103	50	41	40	20	70
62 000	162	81	—	32	40	16	20	94 000	210	105	—	42	—	21	—
64 000	165	82	50	33	—	16	50	96 000	213	106	50	42	60	21	30
66 000	168	84	—	33	60	16	80	98 000	216	108	—	43	20	21	60
68 000	171	85	50	34	20	17	10	100 000	219	109	50	43	80	21	90
								je 2000 <i>N</i> mehr	2	1	—	—	40	—	20

C. Sachregister.

(Die Zahlen bezeichnen die Paragraphen des Braunschweigischen Kostengesetzes für Gerichte und Notare. Soll die Gebührenordnung für Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher gezogen sein, so ist der arabischen Zahl eine II vorgesetzt. Ein B hinter der arabischen Zahl bezeichnet die Bemerkung zu dem betreffenden Paragraphen.)

Abänderung eines Vertrages durch nachträgliche Beurkundung 41 Ziff. 3. Wert 43 B II. Erklärung einer — bei Anerkennung des Inhalts der Haupturkunde 44 Abs. 2.
 Abberufung von Vorstandsmitgliedern und Liquidatoren 116 Ba.
 Abfindungen, Eintragung im Grundbuche 64 B I.
 Abkömmlinge des bisherigen Eigentümers, deren Eintragung als Eigentümer im Grundbuche 61.
 Ablehnung eines Richters usw. 13 Ziff. 3 und Abs. 2.
 Ablieferung von Geldern, s. Zählgebühr.
 Abnahme von Eiden 52 Ziff. 2; durch das Nachlassgericht 96 Ziff. 3.
 Abrechnung der Gebühren 29 Abs. 2, II 23.
 Abschriften, einfache, eines Grundbuchblattes 74 Abs. 2; aus öffentlichen Registern 80, 84, 87; s. auch beglaubigte Abschriften.
 — Schreibgebühren 129.
 Ab- und Zuschreibung von Grundstücken 66 Ziff. 1.
 Abtretung, Eintragung im Grundbuche 65; der Rechte aus dem Meistgebote, deren Beurkundung im Zwangsversteigerungsverfahren 151 B IV.
 Abwesenheitspflegschaft 104 Abs. 2; Erhebung und Fälligkeit der Kosten 107 Abs. 2 und 108 Abs. 3.
 Akten, Einsicht durch einen Rechtsanwalt II 12.
 — Vorlegung, s. Einsicht.
 Aktiengesellschaften, Eintragung im Handelsregister 77 Ziff. 3, 79; im Grundbuchverf. 62 B III Abs. 2; Beurkundung der Beschlüsse der Generalversammlung, des Aufsichtsrats usw. 51; gerichtliche Entscheidungen 116.

Alimentenverträge, Wertberechnung 26 Abs. 3.
 Anteil, Eintragung im Grundbuche 64 B I; Wertberechnung 64 B I; Wert bei der Abhängung 26 B.
 Amtliche Verwahrung, s. Verwahrung.
 Amtsgerichte, Einziehung von Gerichtskosten in Strafsachen durch die — 32 u. 33.
 Anerkennung der Patenschaft 27 B Abs. 2; des Inhalts einer schriftlichen Erklärung 44; von Unterschriften und Handzeichen 45.
 Anfechtung von Rechtsgeschäften 38 B.
 Anmeldungen zu Registern 38 B; Wertberechnung 43 Abs. 5; deren Aufnahme bei dem Registergericht gebührenfrei 79.
 Anmeldung von Nachlassforderungen 97.
 Annahme an Kindesstatt 110; Befreiung von Alterserfordernissen 111 B, Bem.
 — eines Vertragsantrages 40 Abs. 2; von Erbchaften 38 B.
 Anordnung einer Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung, auch des Beitritts 150.
 Anordnungen des Nachlassgerichts 96; des Vormundschaftsgerichts außerhalb einer Pflegschaft, Vormundschaft oder Beistandschaft 105; in Vereins-, Gesellschafts- und Genossenschaftssachen 116.
 Anregung zur Vornahme einer Handlung 7 B II.
 Ansaß der Gebühren und Auslagen, siehe Kostenansatz.
 Anstalten, öffentliche, Gebührenfreiheit 11.
 Anträge, deren Aufnahme 120; in Grundbuch- und Schiffspfandsachen 41 Ziff. 1 und Abs. 2, sind als Nebengeschäfte gebührenfrei 68 Ziff. 1.
 — Beurkundung von Anträgen auf Schließung eines Vertrages 40.

Anträge, Zurücknahme 58, 121, 124.

— Zurückweisung 122.

— der Notare 140.

— durch besondere verursachte Mehrkosten 9.

Antragsteller, Zahlungspflicht 7 u. B II, 9;

Haftung mehrerer Antragsteller 9 Abs. 1

und B II; im Zwangsversteigerungsverfahren 159 und 149 in Verb. mit 9.

— Vorschußpflicht 17, 18; im Zwangsver-

steigerungsverfahren 159 B III, Schlußsatz.

Anzeigen, deren Entgegennahme seitens des

Nachlassgerichts 96 Ziff. 1.

Armenrecht in Angelegenheiten der freim.

Gerichtbarkeit, s. F. G. § 14 und A. G.

dazu § 2; in Grundbuchsachen nicht

zulässig 17 B I; Bewilligung 13.

Armut, Stundung und Niederschlagung der

Kosten im Armutsfalle 33.

Ayungskosten 32 Abs. 5, 128 Ziff. 10.

Aufgabe von Geld zur Post zwecks Hinter-

legung, Beurkundung durch den Ge-

richtsvollzieher II, 22.

Aufgebotsverfahren 146, 127 B IV; im

Zwangsversteigerungsverfahren 151 letzter

Absatz.

Aufhebung eines Vertrags, Beurkundungs-

gebühr 41 Ziff. 4.

Auflassung 60 u. 61; zwischen Gesell-

schaftlern, Miteigentümern usw. 62; Zu-

rücknahme 60 B IV.

Auflösung einer Genossenschaft usw. 116 B g.

Aufnahme von Anträgen, Gesuchen und

Beschwerden 120; s. auch Anträge.

— von Vermögensverzeichnis 53 Abs. 1,

90; durch den Gerichtsschreiber 53 Abs. 3;

durch den Gerichtsvollzieher II, 21.

Aufsicht über den Inhaber der elterlichen

Gewalt 105 B I; über Vermögensver-

waltungen 157; über den Standes-

beamten 112.

Aufsichtsratsitzungen 51.

Aufstellung von Rechnungen, Rechtsanwalts-

gebühr II 12.

Aufträge, s. Vollmachten.

Augenscheinseinnahmen 53 Abs. 1 u. 114

Abs. 2.

Ausbuchung eines Grundstücks 66 Ziff. 5,

60 B V.

Ausbleiben, unentschuldigtes 123.

Auseinanderetzung unter Miterben oder

in Ansehung des Gesamtgutes einer ehe-

lichen oder fortgesetzten Gütergemeinschaft

(§ 86 F. G. u. fg.) 95; Gebührenvorschuß

95 Abs. 4; Werberechnung 99, insbes.

B III u. IV; Verträge mit Dritten 95

Abs. 2, 95 B IV; wenn nur der Teilungs-

vertrag zu Protokoll gegeben wird 95

Abs. 5; Bestellung eines Pflegers für

einen abwesenden Beteiligten 104 Abs. 2.

Auseinanderetzungsverträge 43 B I, 95

Abs. 5.

Ausfertigungen, Begriff und Allgemeines

126 B II; Gebühr für deren Erteilung 57,

88, 126; vollstreckbare 127 B I; Schreib-

gebühren 129; Stempel 35 B II 2 u.

126 B II; Zurückbehaltungsrecht 19.

Aushändigung von Zeugnissen, Ausferti-

gungen und Abschriften kann von der

vorherigen Zahlung der Kosten und

Stempel abhängig gemacht werden 19.

Auslagen in Angelegenheiten der F. G. 1;

Begriff 128; Ansat 6; Niederschlagen

14; Fälligkeit 16; Verurteilung eines

Dritten in die — 13 A 8; Wiedereins-

ziehung zu viel gezahlter 134.

— im Zwangsversteigerungs- und Zwangs-

verwaltungsverfahren 161.

— in Vormundschaftsachen, Zeit der Er-

hebung 107 u. 108.

— der Rechtsanwälte II 15 u. 16.

Auslagenvorschuß 17; der Ausländer 18;

Verrechnung 17 B IV, bei Zwangsver-

steigerungen 149; für Notare 142.

Ausland, Ersuchen in Rechtshilfsachen

6 B III u. IV 118; Währungen des —

22 Abs. 2; Zustellungen im — 161

Abs. 2.

Ausländer, Vorschußpflicht 18.

Auslösung von Wertpapieren 51.

Ausscheiden eines Grundstücks aus dem

Grundbuche 66 Ziff. 5.

Ausschlagung einer Erbschaft 38 B.

Ausschließung des Hypothekenbriefes, Ein-

tragung 66 Ziff. 3, 68 Ziff. 9; Löschung

der Eintragung 67.

Ausziehen und Lesen von Akten, Gebühr

der Rechtsanwälte II 12 II.

Auszüge aus dem Grundbuche 74; aus

Registern 80, 84, 87 Schlußsatz; aus

dem Standesnebenregister 112.

Beendigung der Vormundschaft 16 B, 109.

Befreiung von Ehehindernissen sowie von

Alterserfordernissen bei Annahme an

Kindesstatt 111 B Dem.

Beglaubigung von Unterschriften und

Handzeichen 45; von Anträgen auf Ein-

tragungen in das Reichsschuldbuch 45 B

Abs. 2; von Abschriften (s. begl. Ab-

schriften).

Beglaubigte Abschriften, Begriff und Allgemeines 126 B I; Gebühr 57; Stempel 35 B II 1 und 126 B I; Schreibgebühren 129; aus den Gerichtsakten 126; der vom Richter oder Notare selbst aufgenommenen Urkunden 57; von den in der Verwahrung des Gerichts befindlichen Urkunden der Schiedsmänner und Notare 57; zurückgeforderter Urkunden zu Grund- oder Registerakten 74 Abj. 3, 80 Abj. 2, 84, 86, 87; aus dem Genossenschaftsregister 35 B II 1 u. IV; in Grundbuchsachen 74; eines Grundbuchblattes 74 Abj. 1; in Güterrechtsregisterfällen 84; in Handelsregisterfällen 80; aus dem öffentlichen Schuldbuche 86; aus dem Schiffsregister 87 letzter Absatz; in Vereinsregisterfällen 84; aus dem Standesnebenregister 112; von Testamenten 88.

Beistandschaft, s. Pflegschaften.

Beitreibung der Gerichtskosten 32; der Kosten der Notare 144.

Beitritt zu bereits beurkundeten Erklärungen 41 Ziff. 5; Wertberechnung 43; zum Zwangsversteigerungs- oder Zwangsverwaltungsverfahren 150 und 159 Abj. 2.

Bekanntmachung in öffentlichen Blättern 128 Ziff. 4; in Registerfällen 79; des Versteigerungstermins im Zwangsversteigerungsverfahren 151 Ziff. 1; gemäß § 55 der Grundbuchordnung 73.

Belastung von Grundstücken, Eintragungsgebühr 64; eines eingetragenen Rechtes 65.

Benachrichtigung gemäß § 55 der Grundbuchordnung 73; der Beteiligten vom Inhalte einer letztwilligen Verfügung 88 B, 89; des Antragstellers in Registerfällen 79, 84, 85, 86.

Berechnung der Kosten unter den Urschriften und Ausfertigungen der Notare 143.

Bergwerkseigentum 76; Wertberechnung 76 Abj. 2.

Verfügungsgenossenschaften im Grundbuchverkehr 62 B III.

Beistehungen über Tatsachen und Verhältnisse 52 Ziff. 1; aus dem Genossenschaftsregister 35 B IV; über den Inhalt des Grundbuches 74 Abj. 4; in Registerfällen 80, 84, 85, 87 letzter Satz; aus dem öffentlichen Schuldbuche 86 letzter Absatz; in Nachlassfällen 92; für das Reichsschuldbuch 93.

Beschluß, s. Entscheidung.

Beschlüsse von Gesellschaften und deren Organen, Beurkundung 51.

Beschränkungen des Eigentumsrechts, Eintragungsgebühr 64.

Beschwerden, deren Aufnahme gebührenfrei 120; gegen den Kostenantrag 4; Niederschlägen der Kosten 14; Entscheidungsgebühr 127 Abj. 2 u. 3; im Zwangsversteigerungs- oder Zwangsverwaltungsverfahren 160; Gebühr für Notare 141 B; Zurücknahme 127 Abj. 2.

Besitz einer Sache, Wertberechnung 22 Abj. 3.

Besiegergreifungen 53 Abj. 1.

Bestätigung eines Vertrages über Annahme an Kindesstatt 110; einer Auseinandersetzung 95 Ziff. 3.

Bestellung eines Dispaचेurs oder Verwahrers oder eines Vertreters des Grundstückseigentümers 114 Ziff. 2; von Vorstandsmitgliedern, Revisoren, Liquidatoren usw. 116 B.

Beurkundung einseitiger Erklärungen und Verträge 88; zweiseitiger Verträge 89; von Eheverträgen 39 Abj. 2, 42 B II; mehrerer Rechtsgeschäfte in einer Verhandlung 42; von Anträgen und Bewilligungen auf Eintragung im Grundbuche 41 Ziff. 1 und Abj. 2. Im übrigen s. die einzelnen Stichwörter.

Bevollmächtigte, Verurteilung zur Kostentragung 13 A 8, 13 Abj. 2, 15.

Beweiserhebung zwecks Wertfestsetzung 28; zwecks Feststellung des Zustandes einer Sache und in anderen Fällen 114 Abj. 2.

Bewilligung in Grundbuchsachen 41 Ziff. 1 und Abj. 2; gelegentlich des Erbteilungsverfahrens 93 B Abj. 1 Schlußsatz.

Binnen-Schiffahrtsgesetz 1 B, 87 B, 114 B.

Börsenregister ist aufgehoben infolge Neufassung des Börsengesetzes durch Bekanntmachung vom 27. Mai 1908, 80.

Botenlöhne 128 Ziff. 2.

Bürgschaft zur Sicherung eines Gebotes im Zwangsversteigerungsverfahren 151 B IV.

Dauer-Pflegschaften oder Beistandschaften 103.

Dienstbarkeiten, Eintragung im Grundbuche 64 B I; Wertberechnung 64 B I.

Dingliche Rechte, Eintragung im Grundbuche 64; Löschung 67.

Dissidentenregister 85.

Dispaचे 115 u. 116 B h.

Dispaचेur, dessen Bestellung 114.

Disziplinarsachen 148, II 4.

Dolmetscher, Erhöhung der Gebühr bei
Zuziehung eines solchen 59, 96 Abf. 3.

Ehe, Ergänzung der elterlichen Einwilligung
zur Ehe 105 B I.

Ehehindernisse, Befreiung von ihnen 111 B
Dem., 105 B Ib.

Ehegatte, Eintragung im Grundbuche als
Eigentümer 61.

Eheliches Güterrecht und Eherecht, Tätigkeit
des Vormundschaftsgerichts auf dem Ge-
biete derselben 105 B Ic.

Ehelichkeitserklärung 105 B Ic.

Ehemann, Kostenhaftung 10.

Ehebertrag 39; in einem Hofverlassvertrage
42 B II; mit Erbvertrag 46 Abf. 2.

Eid, Gebühr für Abnahme und
Eidesstattliche Versicherungen 52 Ziff. 2,
96 Ziff. 3; im Erbseinsverfahren 92
Abf. 2.

Eigentümer, Eintragung im Grundbuche
60—63.

Eigentumsbeschränkungen 64.

Eingaben an Behörden, Rechtsanwalts-
gebühr II 10.

Einrückungsgebühren 128 Ziff. 4.

Einseitige Erklärungen und Verträge 38;
Begriff 38 B.

Einsicht des Grundbuchs und der Grund-
akten 75; des Handelsregisters 80; des
Vereins- und Güterrechtsregisters 84;
des öffentlichen Schuldbuches 86; des
Schiffsregisters 87 letzter Absatz; der Stan-
desnebenregister 112; des Genossenschafts-
registers 80 B; von Akten 125; Gebühr
der Rechtsanwälte II 12; eines eröffneten
Testaments 125 B Abf. 2.

Eintragungen im Grundbuche, des Eigen-
tümers 60; Wertberechnung 60 B IV;
des Eigentums von Abkömmlingen oder
des Ehegatten des bisherigen Eigen-
tümers 61; bei Grundstücksanteilen 62;
bei mehreren Grundstücken 63.

— von Belastungen mit einem Rechte und
von Beschränkungen des Eigentums-
rechts 64.

— von Veränderungen, Verfügungsbe-
schränkungen, Vormerkungen und Wider-
sprüchen 65; sonstige Eintragungen 66;
Abfchungen 67.

— bei mehreren Grundstücken 69.

Eintragungen in Registersachen, Handels-
register 77, 79; Zweigniederlassungen 78;
Vereinsregister 82; Güterrechtsregister 83;
Dissidentenregister 85; öffentliches Schuld-

buch 86; Schiffsregister 87; Genossen-
schaftsregister, § 159 des Genossenschafts-
gesetzes vom 1. Mai 1889 (R. G. Bl.
1898, S. 810), 80.

Eintragungsbewilligungen und -Anträge
68 u. 41 Ziff. 1.

Einwilligung, Ergänzung der elterlichen —
zur Eingehung der Ehe 105 B Ic; Er-
gänzung der — des Ehemannes oder
der Ehefrau zu Rechtsgeschäften des
anderen Teiles 105 B Ie.

Einzelpflichtigkeiten und -Verbindlichkeiten 104.

Einziehung, zwangsweise, der Gerichts-
kosten 32; der Kosten der Notare 144;
der Kosten der Vollziehung von Freiheits-
strafen 32 Abf. 5; Rechtshilfe 118.

Elterliche Gewalt, Anordnungen des Vor-
mundschaftsgerichts in bezug auf dieselbe
105 B Ia; Haftung des Inhabers für
Kosten des Kindes 10.

Emeritierungsfonds, Gebührenfreiheit 11.
Empfangnahme von Geldern und Wert-
papieren, f. Zählgebühr.

Enteignungsverfahren 60 B I, 70 B, f. Ge-
bührenfreiheit.

Entgegennahme von Erklärungen und An-
zeigen, f. Erklärungen; der Anmeldung
von Nachschaffforderungen 97.

Entlassung eines Testamentsvollstreckers 96
Ziff. 5.

Entscheidungen auf Beschwerden 127 Abf. 2
u. 3, f. auch Anordnungen; der Auf-
sichtsbehörden in Angelegenheiten der
Justizverwaltung 165.

Entfiegelungen 53; seitens der Gerichts-
vollzieher II 21.

Entwürfe zu Rechtsgeschäften, Gebühr für
Notare 140; für Rechtsanwälte II 9.

Erbaueinandersehungsverfahren, f. Aus-
einandersehung.

Erbbaurecht 76.

Erbfolge, Eintragung des Eigentümers auf
Grund — 61.

Erbmasse, Entnahme von Kosten 98.

Erbrecht des Fiskus 94.

Erbchaft, Annahme oder Ausschlagung
38 B.

Erbseins 92 und 94; Einziehung oder
Kraftloserklärung 92 Abf. 3; Stempel
35 B V.

Erteilungsverträge, Stempel 35 B V, Ge-
bühr 95 letzter Absatz.

Erbvertrag, f. Verfügung von Todes-
wegen.

Erbverzicht 46 Abf. 3.

Ergänzende Erklärungen, Beurkundung 41 Ziff. 3 und 44 Abs. 2.
 Ergebnislose Verhandlungen 58.
 Erhebung der Kosten, zuständiges Gericht 6 B I Abs. 2; von Nachlasskosten aus der Masse 98.
 Erhebungsgebühren für Notare 137; für Rechtsanwälte II 8.
 Erhöhung des Zinsfußes 65 B I; des Gesellschaftskapitals 51 B III, 77 Ziff. 3.
 Erinnerungen gegen den Kostenanlaß 3 u. 4; betr. Auslagenvoranschlag 17 Abs. 2; Niederschlagen der Kosten 14 Abs. 2.
 Erklärungen gegenüber dem Nachlassgerichte 96; gegenüber dem Vormundschaftsgerichte 105; einseitige 38; nachträgliche ergänzende oder abändernde 41 Ziff. 3.
 Ermächtigung von Gläubigern, Aktionären, Genossen zur Einsicht von Büchern usw. 116 B f; zur Berufung einer Generalversammlung 116 B d.
 Ermittelung von Erben 90.
 Ernennung von Vorstandsmitgliedern, Liquidatoren, Revisoren, Prozeßvertretern 116 B; eines Testamentsvollstreckers 96 Ziff. 5 und 92 Abs. 5.
 Eröffnung letztwilliger Verfügungen 88; Erhebung der Kosten aus der Masse 98.
 Ersther, dessen Eintragung ins Grundbuch 60; Wertberechnung 72; dessen Zahlungspflicht bei Zwangsversteigerungen 159; bei freiw. Versteigerungen 54 Abs. 5.
 Ersuchen, Erledigung von — 118.
 Erziehungsfreitigkeiten 105 B Ia.
 Fälligkeit der Gebühren und Auslagen; allgemeine Bestimmungen 16; in Vormundschaftssachen 107 und 108; bei Zwangsversteigerungen 155; für Errichtung und Verwahrung letztwilliger Verfügungen 49; im Auseinandersetzungsverfahren 95 B II.
 Familienrechtliche Angelegenheiten, Gebühr für die Tätigkeit des Vormundschaftsgerichts 105.
 Familiennamen, Entgegennahme von Erklärungen über den — 111.
 Familienrat, Anlaß der Kosten 6.
 Familienstammgut, Eintragung der Eigenschaft eines Grundstücks als — 64 B II; Wertberechnung dasselbst.
 Fernspreckgebühren 128 Ziff. 3.
 Festsetzung des Wertes 28, f. auch Wertberechnung; der Kosten der Notare zwecks Vertreibung 144; der einem

Beteiligten zu erstattenden Kosten 127 Abs. 1.
 Feststellung des Zustandes oder Wertes einer Sache 114; des Erbrechts des Fiskus 94.
 Firma, deren Eintragung 77; Ordnungsstrafverfahren zur Erzwingung der Eintragung 117.
 Fiskus, Feststellung dessen Erbrechts 94; Wertberechnung 99 B II; des Deutschen Reiches und des Braunschw. Staates, Gebührenfreiheit 11 Abs. 1; anderer Staaten 11 Abs. 2.
 Flößereigesetz 1 B Ziff. 3.
 Forderung, deren Sicherstellung; Wertberechnung 23; gleichzeitige Beurkundung einer Forderung und deren Sicherstellung 42 Abs. 3.
 Fortsetzungsrechte 76 B I.
 Fortstrafsachen 147, II 4.
 Fortschaffen von Personen und Sachen, Kosten 128 Ziff. 9, 134.
 Fortsetzung der Gütergemeinschaft, Zeugnis 92 Abs. 5.
 Freiheitsstrafen, Kosten der Vollziehung 32 Abs. 5.
 Freiwillige Gerichtsbarkeit, Begriff, Vormerkung zum Ersten Teile.
 Freiwillige Versteigerungen, durch Gericht oder Notar 54 u. 55; durch den Gerichtsvollzieher II 20.
 Fremde Sprache, Erklärung in —, Zuschlagsgebühr 59.
 Fristen, Bestimmung oder Verlängerung durch das Nachlassgericht 96 Ziff. 4.
 Früchte sind meistens bei der Wertberechnung außer Anlaß zu lassen 21 B II.
 Fürsorgeaußerhalb einer Vormundschaft usw. 105 B Ia; für Ausländer 105 B I f.
 Gebäude, Eintragung im Grundbuche 66 Ziff. 6.
 Gebühren, für Zeugen und Sachverständige 6 Abs. 1, 6 B IV, 128; Niederschlagen 14; Fälligkeit im allgemeinen 16; Mindestbetrag für Gerichte 29 Abs. 1, für Notare 136, für Gerichtsvollzieher II 23; Abrundung 29 Abs. 2, II 23; Berechnung nach Maßeinheiten 30; für ergebnislose Verhandlungen 58; für Verordnungen, für welche eine besondere Gebühr nicht vorgesehen 119; besondere Bestimmungen für Notare 135 bis 144.
 Gebührenermäßigung bei Eintragung von Gesamtschulden 69.

Gebührenfreiheit, persönliche 11 u. 12; sachliche 13; entbindet nicht von Zahlung der Auslagen 11 Abs. 4; bei Beteiligung befreiter und nicht befreiter Personen 12; die Vorschriften anderer Gesetze über — bleiben unberührt 13 Abs. 3; der Wertfestsetzung 28 Abs. 1; bei Zurücknahme oder Abweisung eines Antrags 14; im Mahn- und Zwangsversteigerungsverfahren 145; bei Todeserklärungen 145; lektw. Verfügungen von Militärpersonen 50; aller Nebengeschäfte 120 (vgl. auch Nebengeschäfte); gebührenfreie Eintragungen in Grundbuchsachen 70; gebührenfreie Geschäfte in Register-sachen 81.

— in Ablösungssachen, Ges. Nr. 2 vom 20. Dez. 1834 §§ 92 und 93, B. G. 1835, S. 118.

— in Zwangseinteilungen § 16 Abs. 3 Ges. vom 13. Sept. 1867 Nr. 78, B. G. S. 581, auch Zeitschrift f. R. 33 S. 70.

— bei unentgeltlicher Übertragung von Grundstücken zu Eisenbahnanlagen seitens des braunschw. Fiskus, Zeitschr. f. R. 43 S. 82 (Minist. Verf. vom 13. März 1896 Nr. 1997).

Gebührenvoranschlag für Ausländer 18; im Zwangsversteigerungsverfahren 149; im Auseinanderlegungsverfahren 95 Abs. 4; für Notare 142.

Gegenseitige Verträge, Begriff 39 B.

Geldrenten, Wertberechnung 26 Abs. 3.

Geldstrafen, f. Ordnungsstrafen.

Gemeinheitsteilungen 60 B, 70 B.

Genehmigung bereits beurkundeter Erklärungen 41 Ziff. 5; des Vormundschaftsgerichts außerhalb einer Vormundschaft usw. 105 B Ia.

Generalklausel 119.

Generalversammlungen, Beurkundung des Hergangs 51; Ermächtigung zur Berufung 116 B d.

Generalvollmachten, Gebühr 41 Nr. 2; Wertberechnung 43 Abs. 4.

Genossenschaften, gerichtliche Anordnungen des Gerichts 116 B; Ordnungsstrafverfahren 117; Beschwerden 127 Abs. 2; Beurkundung der Verhandlungen in Versammlungen der — 51.

Genossenschaftskosten 76 B.

Genossenschaftsregister 1 B, 80 B (Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889, R. G. Bl. 1898, S. 810); Auszüge, Bescheinigungen 35 B IV.

Gerechtigkeiten, selbständige, 76; Vermert auf dem Titel des herrschenden Grundstücks 66 Ziff. 7, 68 Ziff. 4.

Gerichtsdienier, Beurteilung zur Tragung verschuldeter Auslagen 15, 13 A Ziff. 8 und Abs. 2.

Gerichtshof zur Entscheidung vom Kompetenzfreitigkeiten 148.

Gerichtskosten, Nachforderung wegen irrigen Ansatzes 5; Ansatz 6; Beitreibung 32; Verrechnung und Einziehung für die Staatskasse 31; hypothekarische Eintragung 32 Abs. 2 u. 6; als Massekosten 98; f. auch Auslagen, Gebühren, Kosten.

Gerichtsschreiber, hat den Ansatz der Kosten zu bewirken 6; Beurteilung zur Tragung von ihm verschuldeter Auslagen 15, 13 A Ziff. 8, 13 Abs. 2; Aufnahme von Vermögensverzeichnis, Vornahme von Siegelungen und Entiegelungen 53 Abs. 3; Wechsel- und Schedproteste 56 Abs. 2; Anträge auf Leihhausdarlehen 120 Abs. 3.

Gerichtsvollzieher, Beurteilung zur Tragung von ihm verschuldeter Auslagen 15, 13 A Ziff. 8, 13 Abs. 2; Gebühr für Zustellungen II 18; Wechsel- und Schedproteste II 19; Freim. Versteigerungen II 20; Inventuren und Siegelungen II 21; Aufgabe von Geld zur Post zwecks Hinterlegung II 22; Übergabe eines Grundstücks gemäß § 94 u. 150 Zw. B. G. II 17.

Gesamthast mehrerer Antragsteller oder Beteiligten 9, 96 Abs. 4; Eintragung zur — im Grundbuche 69.

Gesamthypotheken und sonstige Gesamtrechte 69.

Gesellschaften 116; Erwerb von Grundstücken von ihren Gesellschaftern oder Veräußerung an diese 62; Beurkundung des Hergangs in Versammlungen 51.

— m. b. H. 116; Eintragungen im Handelsregister 77 Ziff. 3.

Gesellschaftskapital, Erhöhung oder Herabsetzung 51 B III, 77 Ziff. 3.

Gesellschaftsverträge, Wertberechnung 43 B I. Besuche, deren Aufnahme 120; Gebühr für Anfertigung durch einen Rechtsanwalt II 10.

Gewerbesteuer, deren Ermittlung in Handelsregister-sachen 77 B I. Tarif vor § 77.

Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz 118 B.

Gewerkschaften, Eintragungen im Handelsregister 77 Ziff. 2.
 Gleichzeitige Beurkundung mehrerer Erklärungen in einer Urkunde 42.
 Gleichzeitige Vermerke im Grundbuche 68;
 Begriff der Gleichzeitigkeit 68 Abf. 3.
 Grundakten, beglaubigte Abschriften zu denselben 74 Abf. 3; aus den Akten 126; Atteneinsicht 75 u. 125.
 Grundbuch, Einsicht 75; Verschreibungen über den Inhalt 74 Abf. 4; s. auch Eintragungen.
 Grundbuchanträge, Beurkundungsgebühr 41 Ziff. 1 und Abf. 2; 68 Ziff. 1.
 Grundbuchsätze, 74 Abf. 1, 35 B III; stempelfrei 35 Abf. 3.
 Grundbuchblatt, Umschreibung eines unübersichtlich gewordenen 70 Ziff. 1; Abschrift, einfache oder beglaubigte 74.
 Grundbucheintragungen, s. Eintragungen.
 Grundbuchsachen 60 bis 76.
 Grunddienstbarkeit, Wertberechnung 24; Eintragung 64.
 Grundschuld, Grundschuldbriefe, vgl. Hypothek, Hypothekenbriefe.
 Grundstück, Gebühr für freim. Versteigerungen 54; Ab- und Zuschreibung von einem Grundbuchblatt auf das andere 66 Ziff. 1, 68 Ziff. 2.
 Gutachten, Gebühr für Notare 141 B; Gebühr für Rechtsanwälte II 11.
 Gütergemeinschaft, Zeugnis über Fortsetzung 92 Abf. 5; Haftung für die Kosten im Falle einer — 10; gerichtliche Auseinandersetzung 95; Eintragung des Miteigentums 61.
 Güterrechtsregister 83 u. 84; Einsicht, Abschriften 84.
 Haftkosten 128 Ziff. 10; deren Erhebung 32.
 Haftung mehrerer Antragsteller oder Beteiligten 9; des Ehemannes, Nießbrauchers, Inhabers der elterlichen Gewalt, Erbschaftskäufers 10; im Auseinandersetzungsverfahren 95 Abf. 4 und B V; der Nachlassmasse 98.
 Handelsgesellschaft, s. Offene Handelsgesellschaft.
 Handelskammer 77 B, Zurückweisung von Anträgen der — 122 Abf. 2, von Beschwerden 127 Abf. 3.
 Handelsregister, Eintragungen 77; Zweigniederlassungen 78; Anmeldung, Bekanntmachung und Benachrichtigung von der erfolgten Eintragung 79; Einsicht, Ab-

schriften, Verschreibungen 80; gebührenfreie Geschäfte 81; Beurkundung von Anmeldungen, sofern sie nicht beim Registergerichte erfolgen 38 B.
 Handelsfachen 114, 117, 119.
 Handzeichen, Beglaubigung 45.
 Heiratsurlaubsscheine 105 B I b.
 Hinterlegung, Beurkundung der Aufgabe von Geld zur Post zwecks Hinterlegung II 22.
 Hinterlegungsgebühr 164.
 Hinterlegungsschein über letztwillige Verfügungen 47; stempelfrei 35 B I.
 Hofübergabevertrag 22 B; mit Ehevertrag 42 B II.
 Hypotheken, Eintragung 64; Veränderung 65; Löschung 67; Ersetzung der Forderung 65 B I 2 b; Änderung der Kündigungs- oder Zahlungsbedingungen 65 I 2 d; Rangänderungen 65 I 3; Wertberechnung 72; Umwandlung 65 B I 2 a.
 Hypothekenbriefe 71 u. 71 B II; nachträgliche Erteilung oder Ausschließung 66 Ziff. 3; Vernichtung 68 Ziff. 13; Erneuerung, Teilbriefe 71 Ziff. 2, 71 B IV; bei Gesamthypotheken 71 Ziff. 3, 71 B V; im Falle der Verteilung einer Gesamthypothek 71 Abf. 2; Ergänzung oder Verichtigung 71 B III, 68 Ziff. 14.
 Interesse, Haftung mehrerer Beteiligten nach Verhältnis ihrer — 9; s. auch öffentliches Interesse.
 Interimswirtschaft, Eintragung im Grundbuche, Wertberechnung 64 B I.
 Interventionserklärung im Protestverfahren 56, II 19.
 Invalidenversicherungsgesetz 118 B.
 Inventar, Entgegennahme durch das Nachlassgericht 96 Ziff. 2, Anordnung der Aufnahme 96 Ziff. 2; Aufnahmegebühr 53, II 21.
 Juristische Personen, Eintragungen im Handelsregister 77 Ziff. 2.
 Justizverwaltung, das Gesetz findet auf die Angelegenheiten der — keine Anwendung 165.
 Kammergut, gebührenfrei 11 Abf. 1.
 Kaufvertrag, Wertberechnung 22, 43 B I.
 Kaution, s. Sicherung.
 Kinder, Eintragung des Miteigentums an gütergemeinschaftlichen Grundstücken 61 Ziff. 2.
 Kirchen, Gebührenfreiheit 11.

Kloster- und Studienfonds, Gebührenfreiheit 11.

Kommanditgesellschaft 116; Eintragungen im Handelsregister 77 Ziff. 2; im Grundbuchverkehr 62 B III.

— auf Aktien 77 Ziff. 3, 62 B III.

Kompetenzstreitigkeiten, Verfahren zu deren Entscheidung 148, II 4.

Konferenzen, Gebühr für Notare 141 B; für Rechtsanwälte II 12.

Konkursvermerke im Grundbuche 70 Ziff. 3; im Handelsregister 81 Ziff. 1.

Konsulargerichtsbarkeit 1 bis 3 B II.

Kopfteile, Haftung nach — 9.

Kosten, Haftung dafür 7 bis 10; Haftung nach Kopfteilen 9; Übernahme von Kosten 8; Nachforderung 5; Nieder schlagen 14; Fälligkeit 16; s. auch Gerichtskosten, Notare.

Kostenanlaß 6; Erinnerungen 3; Abänderung von Amts wegen 3; Beschwerden 4; zuständiges Gericht 6 B I Abf. 2; Begriff 6 I 2; in Rechtshilfsachen 6 II u. III.

Kostenfestsetzung 127 Abf. 1.

Kostenschuldner, s. Zahlungsverpflicht.

Kostenvorschuß 17, 18, 95 Abf. 4, 149; der Notare 142.

Kraftloserklärung von Vollmachten 114 Ziff. 4; eines Erbseins 92.

Krankenkassen 62 B III Abf. 2.

Kündigung 38 B.

Kündigungsbestimmungen, deren Änderung, Wert 43 B II.

Kurs habende Wertpapiere, Wert 22 Abf. 2.

Landes-Brandversicherungsanstalt.

Landesfürstliches Haus.

Landschaft, Gebührenfreiheit 11.

Lebensattest 52 B Abf. 1.

Leihhausanstalt, Aufnahme von Anträgen 120 Abf. 3.

Leistungen, wiederkehrende, Wertberechnung 26.

Letztwillige Verfügungen, s. Verfügungen von Todes wegen.

Liquidatoren, deren Ernennung oder Abberufung 116 B a.

Lösungen im Grundbuche 67; bei mehreren Grundstücken 69; von Amts wegen vorzunehmende 70 Ziff. 2; im Handelsregister 77; im Schiffsregister 87; einer unzulässigen oder nichtigen Eintragung in öffentlichen Registern 81 Ziff. 2; einer Firma von Amts wegen 81 Ziff. 3.

Lösungsanträge, s. Anträge und Anmeldungen.

Mahnjachen, Behandlung einer bestehenden Gebührenfreiheit 145.

Mahn schreiben, Gebühr der Rechtsanwälte II 10.

Mahnung, Beurkundung 38 B.

Marine, Angehörige der Kaiserlichen —, Todeserklärungen 145 Abf. 3.

Maßeinheiten bei der Gebührenberechnung 30.

Masse schulden in Nachlasssachen 98.

Mehrere Erklärungen in einer Urkunde 42.

Mehrere Handlungen des Nachlassgerichts in einem Verfahren 96 Abf. 2.

Mehrere Kostenschuldner, Haftung 9; bei Gebührenfreiheit eines derselben 12.

Meistgebot, Abtreten der Rechte daraus im Zwangsversteigerungsverfahren 151 B IV.

Mietrecht, Wertberechnung 25.

Mietvertrag, Wertberechnung 43 B I.

Milde Stiftungen, Gebührenfreiheit 11.

Militärpersonen, Gebührenfreiheit für letztwillige Verfügungen im Mobilmachungs-falle 50.

Militärstrafgerichtsordnung, Einf. Ges. II 1 bis 3 B.

Mindestbetrag der Gebühren für Gerichte 29 Abf. 1; für Notare 136 u. 137 Abf. 4; für Rechtsanwälte II 2; für Gerichtsvollzieher II 23.

Missionen, bei Braunschweig beglaubigte; Gebührenfreiheit 11.

Mitbesitz und Mitgenußrecht, eheliches, Eintragung im Grundbuche, Wertberechnung 64 B I.

Miteigentum an Grundstücken, dessen Auflösung 62.

Mithaft, Eintragung zur — im Grundbuche 69.

Musterregister 80 B Schlußsatz.

Nacherbe, Eintragung der Rechte des — 65 B III.

Nachforderung von Gerichtskosten wegen irrigen Anlasses 5, 149; für Beurkundung oder Verwahrung letztwilliger Verfügungen 49.

Nachlaß- und Teilungsachen 88—99; Wertberechnung 99; mehrfache Tätigkeit des Nachlassgerichts 96 Abf. 2.

Nachlaß, Sicherung 90.

Nachlaßforderungen, Anmeldung 97.

Nachlaßgericht, Entgegennahme von Anzeigen, Erklärungen und Vermögensverzeichnissen, Abnahme von Offenbarungsseiden, Fristbestimmungen, Entscheidungen 96.

Nachlaßinventar 96 u. 98.

Nachlaßmasse haftet für die Kosten der Testamentseröffnung, Nachlaßsicherung, Nachlaßpflegschaft, Aufnahme des Nachlaßinventars 98.

Nachlaßpflegschaft und Nachlaßverwaltung 91 u. 90 Abf. 3; Wertberechnung 91; Haftung der Nachlaßmasse 98.

Nachträge zu Beurkundungen 41 Ziff. 3.

Namensänderungen 66, 111.

Nebensforderungen 21.

Nebengeschäfte, Gebührenfreiheit 120; in Grundbuchsachen 68.

Nichterscheinen eines Beteiligten 123.

Nichtvermögensrechtliche Angelegenheiten; Wertberechnung 27.

Niederschlagen von Gebühren und Auslagen 14 u. 33.

Nießbrauch, Wert 26; Eintragung im Grundbuche 64 B I.

Nießbraucher, Haftung für die Kosten 10.

Notare, Anwendung der Vorschriften des Kostengesetzes 135; Höhe und Mindestbetrag der Gebühren 136; Zählgebühr 137; Entschädigung eines zugezogenen zweiten Notars und von Zeugen 138; Tagegelber und Reisekosten 139; Gebühr für Entwürfe 140; Anwendung der Gebührenordnung für Rechtsanwälte 141; Kostenvorschuß 142; Kostenvermerke auf Urschriften und Ausfertigungen 143; Beitreibung der Kosten 144; Anträge an die Gerichtsbehörden behufs Erwirkung von Eintragungen in gerichtliche Bücher und von Legalisationen 140.

Nutzungen, Wert wiederkehrender 26.

Oberlandesgericht, Zuständigkeit als Beschwerdegericht 4; gegen dessen Entscheidungen kein Rechtsmittel 4.

Öffentliches Interesse, Kostenhaftung bei — 7 B II.

Öffentliches Schuldbuch 86.

Offenbarungsseid, Gebühr 52 Ziff. 2; des Erben (§ 2006 B. G. B.) 96 Ziff. 3; zwecks Herbeischaffung einer letztwilligen Verfügung 88 B Abf. 2; im Erbausscheidungsverfahren 95 B II; im Verwaltungs-Zwangsverfahren 146 B Abf. 2; zwecks Niederschlagung der Kosten wegen Armut 33 Abf. 2.

Offene Handelsgesellschaft, Eintragung im Handelsregister 77 Ziff. 2; im Grundbuchverkehre 62 B 3.

Opferen, Gebührenfreiheit 11 Abf. 1.

Ordnungsstrafverfahren 117.

Pachtrecht, Wertberechnung 25.

Pergamentpapier, Auslagen dafür 129.

Personenstandsgeschäfte 110 bis 112 u. 1 B.

Pfandrecht, Wertberechnung 23 Abf. 1.

Pfandverkauf, Entscheidungen über die Art desselben 114 Ziff. 3.

Pfarren, Pfarrwitwenhäuser, Pfarrwitwen- und Pfarrbesoldungsfonds, Gebührenfreiheit 11.

Pflegschaft für alle oder einen Kreis von Angelegenheiten 103; für einzelne Angelegenheiten 104; vgl. auch Vormundschaft.

Postgebühren 128 Ziff. 2, 132, II 15.

Prokuren im Handelsregister 77 B IV, 79.

Proteste 56 u. II 19.

Prozeßvertreter, Bestellung durch das Gericht 116 B c

Prüfung der Vormundschaftsrechnungen 101.

Ratserteilungen des Richters 58 B II; des Notars 141 B; des Rechtsanwalts II 10.

Reallasten, Eintragung im Grundbuche 64 B I; Wertberechnung 26.

Rechnungsgebühren 128 Ziff. 7; in Vormundschaften 101.

Rechnungslegung in Vormundschaftsachen 101 u. 105; Übergangsbestimmungen 167.

Rechnungsrevisor, gerichtlicher, Erinnerungs- und Beschwerderecht 3 B, 4, 14 B I.

Rechtsanwalt, Beurteilung zur Tragung verschuldeter Auslagen 15, 13 A Ziff. 8, 13 Abf. 2.

Rechtsanwaltsgebühren, Mindestbetrag II 2; in prozeßualisch zu verhandelnden Sachen II 4; im Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren II 5 bis 7; Zählgebühr II 8; Entwerfung und Ausarbeitung von Rechtsakten II 9; schriftliche Einzelleistungen, Eingaben II 10; Gutachten II 11; Vertretung in Terminen, Konferenzen II 12; Wertberechnung II 13; Fortlaufende Geschäfte II 14; Auslagen II 15.

Rechtsfähigkeit eines Vereins, Entziehung 116 B g.

Rechtsgefchäfte, einseitige 38; zweiseitige 39; Abänderung oder Ergänzung 41; mehrere in einer Verhandlung 42.
 Rechtsgutachten mit Begründung, Gebühr für Rechtsanwältin und Notare II 11.
 Rechtshilfskosten 118 u. 6 B II u. III.
 Referendare, Vertretung von Rechtsanwältin II 3.
 Registerfachen 77 bis 87.
 Register, öffentliche, Anmeldungen dazu 38 B; Wertberechnung 43 Abf. 5; f. auch Handels-, Vereins-, Güterrechtsregister usw.
 Reichsgesetzliche Gebührenvorschriften in Angelegenheiten der F. G. 1 B.
 Reichsschuldbuch, Zeugnisse für dasselbe 93; Beglaubigung der Anträge zum — 45 B Abf. 2.
 Reisekosten der Gerichtsbeamten 128 Ziff. 6, 134; der Notare 139.
 Rentenschuld, f. Hypothek.
 Revisoren, Ernennung und Festsetzung der Vergütung 116 B b.
 Rückgabe einer letztwilligen Verfügung 47 Abf. 2; von Urkunden, die zu Grund- oder Registeracten überreicht sind 74 Abf. 3, 80 Abf. 2, 84.
 Rücknahme, f. Zurücknahme.
 Rücktrittserklärungen 38 B.
 Sachverständige, Beurteilung zu Strafe und Kosten, Zwangsmaßregeln 13 A Ziff. 5, 13 Abf. 3; Vernehmung 52 Ziff. 4 und 114 Abf. 2; Weidigung gerichtlicher — gehört zu den Angelegenheiten der Justizverwaltung, daher gebührenfrei.
 Sachverständigengebühren 128 Ziff. 5, 133; Festsetzung 6 Abf. 1 u. B IV.
 Sammlungen für Kunst und Wissenschaft, öffentliche, Gebührenfreiheit 11.
 Schadeproteste 56; durch Gerichtsvollzieher II 19.
 Schenkung, deren Widerruf 38 B.
 Schiedsmänner, Ausfertigungen und beglaubigte Abschriften von gerichtlich verwahrten Urkunden der — 57.
 Schiffsbriefe 87 Abf. 3.
 Schiffsregister 87; Eintragungsanträge 41 Ziff. 1 und Abf. 2; Abschriften, Einsicht 87 letzter Absatz.
 Schreiben an Privatpersonen, Rechtsanwaltsgebühr II 10.
 Schreibgebühren 128 Ziff. 1, 129, 130; im Zwangsversteigerungsverfahren 161;

für beglaubigte Abschriften von Urkunden zu Grund- oder Registeracten 74 Abf. 3, 80 Abf. 2, 84, 86, 87; der Rechtsanwältin II 7 u. 15.
 Schriftliche Eingeleistungen der Rechtsanwältin II 10.
 Schuldbuch, öffentliches 86; Stempel 35 B IV b.
 Schulen, öffentliche, Gebührenfreiheit 11.
 Schuldner der Kosten, f. Zahlungspflichtiger.
 Sicherheitsleistung eines Vormundes, Pflegers oder Beistandes, Gebührenfreiheit 13 B und 13 Abf. 2, 13 B II.
 Sicherstellung einer Forderung, Wertberechnung 23 Abf. 1 und 42 Abf. 3.
 Sicherung eines Nachlasses 90; Haftung der Nachlassmasse 98; eines Gebots im Zwangsversteigerungsverfahren durch Bürgschaft 151 B IV.
 Sicherungshypothek, Umwandlung in eine gewöhnliche Hypothek 43 B II, 65 B I 2 a; für eine Kostenforderung 32.
 Siegelungen 53; durch den Gerichtsschreiber 53 Abf. 3; durch den Gerichtsvollzieher II 21.
 Sprachen, fremde, Beurkundung in f. —; Zuschlagsgebühr 59.
 Standesämter, Aufsichtsführung 112.
 Standesnebenregister, Führung, Vorlegung, Auszüge 112.
 Stempel, Erhebung der — neben den Gebühren 34 u. 35; in Angelegenheiten der F. G. 35 Abf. 1, 35 B I; zu beglaubigten Abschriften und Ausfertigungen 35 u. B II 1 u. 2; in Grundbuchfachen 35 Abf. 3, 35 B III; in Registerfachen 35 Abf. 4, 35 B IV; in Nachlaß- und Teilungsfachen 35 B V; in Vormundschafsfachen 35 B VI; im Zwangsversteigerungsverfahren 35 Abf. 5, 35 B VIII, 151 B IV, 152 B II u. III; zu Verfügungen von Todes wegen 37 Abf. 2; im Auseinanderetzungsverfahren 95 B VI; in Angelegenheiten betr. die Führung der Standesregister 112 B Abf. 2; für den Zuschlag 152 B II u. III; zu Urkunden, die in einem Verfahren errichtet werden 34 Abf. 2 u. B Abf. 3; zu Urkunden, die zum Gebrauche bei Gericht überreicht werden 37; zu Urkunden, die zur Genehmigung oder Bestätigung überreicht werden 37 Abf. 2; zu Urkunden, die zur Unterschriftsbeglaubigung überreicht werden 37 Abf. 3 u. 4, 37 B Abf. 2 u. 3.

- Stempel, Wertberechnung, Wertermittelung, Befreiungen, Zahlungspflicht, Erinnerungen und Beschwerden 36 B; Verrechnung bei den Gerichten 35 B I Abf. 1, 36 u. 37; Verwendung bei den Notaren 35 B I Abf. 1, 37 Abf. 4; als Auslagen bei den Gerichtsvollziehern II 26.
 Staatskasse, Erinnerungen und Beschwerden gegen den Kostenanfaß 3 u. 4.
 Standesamtsachen 112.
 Stiftungen, milde, Gebührenfreiheit 11.
 Strafsachen, Vertreibung der Kosten 32 u. 33; Anwendbarkeit von Bestimmungen des D. O. R. G. 146.
 Strafvollstreckungskosten 32 Abf. 4 u. 5.
 Streitige Gerichtsbarkeit 145 u. fg.
 Stundung von Kosten 33.
 Tagelöhner der Gerichtsbeamten 128 Ziff. 6, 134; der Rotare 139; der Gerichtsvollzieher II 26.
 Tatsachen, Bescheinigungen über offenkundige oder wahrgenommene 52 Ziff. 1.
 Teilbriefe 71 Ziff. 2, 71 B IV, 35 B III.
 Telegraphengebühren 128 Ziff. 3.
 Termine, Auslagen für von Amts wegen verlegte 14; Vereitelung durch Säumnis der Beteiligten 123.
 Testamente, f. Verfügungen von Todes wegen.
 Testamentvollstrecker, Anordnungen des Nachlassgerichts 96 Ziff. 5 und Abf. 2; Zeugnis über die Ernennung 92 Abf. 5; Eintragung im Grundbuche 65 B III.
 Todeserklärung, Gebührenfreiheiten 145.
 Transportkosten 128 Ziff. 9; Wiedereinziehung zu viel gezahlter 134.
 Trunkfällige, Vormundschaft, Fälligkeit und Erhebung der Kosten 107 Abf. 2, 108 Abf. 3.
 Übergabe eines Grundstücks durch den Gerichtsvollzieher II 17.
 Übergang eines eingetragenen Rechts, Eintragung und Wertberechnung 65 B I Ziff. 1.
 Übergangsbestimmungen 167.
 Übernahme von Kosten 8.
 Umschreibung eines unübersichtlich gewordenen Grundbuchblattes 70 Ziff. 1.
 Umwandlung von Hypotheken, Grundschulden usw. 65 B I, 2a; Wertberechnung 43 B II, 72.
 Unentschuldigtes Ausbleiben eines Beteiligten 123.
 Unschädlichkeitszeugnisse 113.
 Unterhaltsverträge, Wertberechnung 26 Abf. 3.
 Unterschriftsbeglaubigungen 45, 37 Abf. 4.
 Unterwerfung unter sofortige Zwangsvollstreckung 65 B I d, 43 B II, 68 Ziff. 12.
 Urheberrecht an Mustern und Modellen 1 B.
 Vater, Haftung für Kosten, die in seiner Gewalt befindliche Kinder treffen 10.
 Veränderungen, Eintragung im Grundbuche, Begriff und Wertberechnung 65 u. 65 B I; deren Löschung 67.
 — Vermerte über Veränderungen in der Bezeichnung der Person eines Berechtigten 66 Ziff. 8.
 Veräußerungsverbote, Eintragung im Grundbuche 65 B III.
 Vereine, Beurkundung der Verhandlungen von Vereinsversammlungen 51; Ernennung von Vorstandsmitgliedern und Liquidatoren, Entziehung der Rechtsfähigkeit und sonstige gerichtliche Anordnungen 116; im Grundbuchverkehr 62 B III, Abf. 2; Eintragungen im Handelsregister 77 Ziff. 2.
 Vereinsregister 82 u. 84; Einsicht, Abschriften 84.
 Vereitelung von Terminen durch Säumnis der Beteiligten 123.
 Verfügungen, f. Entscheidungen.
 Verfügungen von Todes wegen, Beurkundungsgebühr 46; Verwahrungsgebühr 47 Abf. 1; Rückgabe 47 Abf. 2; Widerruf 48; Eröffnung 88; Benachrichtigung der Beteiligten 89; Haftung der Nachlassmasse für die Kosten 98; Wertberechnung 49, 99 B II; Gebührenbefreiung 50; Zurückbringen in die amtliche Verwahrung 88 Abf. 2.
 Verfügungsbeschränkungen, Eintragung 65; Löschung 67.
 Verhandlungen, Beurkundung der — in Generalversammlungen usw. 51; ergebnislose 58; Vertretungsgebühr des Rechtsanwalts bei mündlichen — II 12.
 Verbeirathung, Ergänzung der elterlichen Einwilligung zur — 105 B I c; des Inhabers der elterlichen Gewalt 105 B I a.
 Verjährung der Gebühren für Beurkundung und Verwahrung letztwilliger Verfügungen 49; der Kosten in Vormundschaftsachen 108 Abf. 4.
 Verkauf einer Sache, Wertberechnung 22.

Verlässlichkeit 73.

Verlassverträge 22 B u. 42 B II.

Verlosungen, Beurkundung des Hergangs 51.
Vermerke der Kosten der Notare auf Ur-
schriften und Ausfertigungen 143.

Vermerke auf Hypothekenbriefen 71 Abs. 2,
68 Ziff. 14.

Vermittlung einer Auseinanderetzung 95.
Vermögensrechtliche Angelegenheiten, Wert-
berechnung 20 bis 26; nichtvermögensrecht-
liche 27.

Vermögensübersicht, Gebühr für die ge-
richtliche Tätigkeit bei deren Einreichung,
falls Vormund von der Rechnungslegung
entbunden ist 101.

Vermögensverwaltungen 157, II 14 B VI.
Vermögensverzeichnisse, deren Aufnahme
53 u. II 21; Entgegennahme im Falle
des § 1640 B. G. B. 105; Entgegen-
nahme durch das Nachlassgericht 96.

Vernehmung von Zeugen und Sachver-
ständigen 52 Ziff. 3 u. 114 Abs. 2.

Vernichtung von Wertpapieren, Beurkun-
dung 51.

Verpachtung von Grundstücken 54.

Versammlungen einer Gesellschaft, Ge-
nossenschaft, eines Vereins 51.

Verschmänder, Vormundschaft, Fälligkeit und
Erhebung der Kosten 107 Abs. 2 u. 108
Abs. 3.

Versicherung an Eidesstatt 52 Ziff. 2; im
Erschleinsverfahren 92 Abs. 2.

Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit,
Eintragung im Handelsregister 77 Ziff. 2.

Versteigerungen, freiwillige, von Grund-
stücken und gleich zu achtenden Gegen-
ständen 54; von beweglichen Sachen 55;
durch Gerichtsvollzieher II 20.

Versteigerungstermin, Gebühr bei freiw.
Versteigerungen 54 u. 55; bei Zwangs-
versteigerungen 151.

Verteilung einer Gesamthypothek 71 letzter
Absatz.

Verteilungsverfahren im Zwangsversteige-
rungsverfahren 151; im Verwaltungs-
zwangsverfahren 146 B.

Verträge, einseitige und zweiseitige, Begriff
38 B, 39 B; zweiseitige 39; Wiederauf-
hebung 44 Ziff. 4.

Vertragsantrag, Beurkundungsgebühr 40
Abs. 1.

Verurteilung, Haftung infolge — 7 B I;
von Beamten und Rechtsanwälten zur
Tragung von ihnen verschuldeter Aus-
lagen 15 u. 13.

Verwahrung letztwilliger Verfügungen 47
Abs. 1; von Geldern, Zählgebühr 137, II 8.

Verwaltung eines Vermögens, Gebühr für
die Tätigkeit des Gerichts 157.

Verwaltungsachen, Ersuchen in Ver-
waltungsachen 118 B IV.

Verwaltungsangangsverfahren 146 B.

Verzicht auf das Eigentum an einem
Grundstücke, Eintragung 66 Ziff. 2.

Verzögerung des Abschlusses einer gericht-
lichen Tätigkeit durch einen Beteiligten 124.

Volljährigkeitserklärung 105 B I c; Wert-
berechnung 27.

Vollmachten, Beurkundungsgebühr 41 Nr. 2,
Wertberechnung 43 Abs. 4; Veröffent-
lichung der Kraftloserklärung 114 Ziff. 4.

Vollstreckungsbefehl zwecks Vertreibung von
Notariatskosten 144.

Vollstreckungsgericht, Vermögensverwaltung
157.

Vollstreckungshandlungen, gerichtliche 127 BI.
Vollstreckungsklausel 127 B I.

Vorarbeiten der Notare 141 B.

Vorkaufsrecht 65 B III; Beurkundung der
Erklärung über die Ausübung 38 B.

Vorlegung von Akten zur Einsicht 125,
s. auch Einsicht.

Vormerkungen, Eintragungen und Wert-
berechnung 65 u. 65 B II; von Amts-
wegen 70 Ziff. 2.

Vormund, Sicherheitsleistung, Gebühren-
freiheit 13 B, 13 B II.

Vormundschaften, Gebühr 100; Rechnungs-
legungsgebühr 101; Rechnungsgebühren
101 B III; Erhebung der baren Aus-
lagen 107; Stempel 35 B VI; Stundung
der Kosten 107 u. 108; Verjährung der
Kosten 108 Abs. 4; frei zu lassendes
Vermögen 108 Abs. 2; vorläufige 102;
Vermögensnachweis 101; Erhebung der
Gebühren 106—109; Übergangsbestim-
mungen 167.

Vormundschaftsgerichtliche Tätigkeit außer-
halb einer Vormundschaft, Pflegschaft
oder Beistandschaft 105.

Vorrangseinräumungen 65 B I 3, 68 Ziff. 6
u. 7; Wertberechnung 23 Abs. 2.

Vorsichtspflicht in Angelegenheiten der F. G.,
nach § 149 auch anwendbar im Zwangs-
versteigerungsverfahren: Auslagenvor-
schuß 17; Ausländer 18; im Ausein-
anderetzungsverfahren 95 Abs. 4; für
Notare 142.

Vorstandsmitglieder, Ernennung und Ab-
berufung 116 B.

Vorstandssitzungen, Beurkundung des Hergangs 51.

Währung, ausländische, Wertberechnung 22 Abs. 2.

Wahlversammlungen, Beurkundung des Hergangs 51.

Waisenhäuser, öffentliche, Gebührenfreiheit 11.

Wechselproteste 56; Aufnahme durch Gerichtsschreiber 56 Abs. 2; durch Gerichtsvollzieher II 19.

Wegegebühren, bei Wechselprotesten 56; der Rotare 139; der Rechtsanwälte II 16.

Wertberechnung, Nichtberücksichtigung nebenjählicher Gegenstände 21 Abs. 2, 21 B II; maßgebender Zeitpunkt 21 Abs. 1, 21 B I; einer Sache 22; des Besitzes einer Sache 22 Abs. 3; von Wertpapieren 22 Abs. 2; eines Pfandrechts 23 Abs. 1; der Sicherstellung einer Forderung 23 Abs. 1, 42 Abs. 3; bei Vorrangseinräumungen 23 Abs. 2; einer Grunddienstbarkeit 24; eines Miet- oder Pachtrechts 25; von Zugungen oder Leistungen 26; bei Unterhaltsverträgen 26 Abs. 3; bei nichtvermögensrechtlichen Angelegenheiten 27; bei letztwilligen Verfügungen 49; in Angelegenheiten der F. G. im engeren Sinne 43; in Grundbuchsachen 72; bei Eintragung eines Bergwerkseigentums 76; in Handelsregisterfachen 77; bei Zweigniederlassungen 78; bei Erbseinem 92 Abs. 4, 99 B II; bei Auseinandersetzungen 99, insbesondere B III u. IV; in Nachlassfachen 99; in Vormundschafsachen 100 Abs. 2, 105 Abs. 5; im Ordnungsstrafverfahren 117; im Zwangsversteigerungsverfahren 153 u. 154; im Zwangsverwaltungsverfahren 156; bei Gerichtsvollziehergeschäften II 24.

Wertfestsetzung, Verfahren 28; Kosten einer Beweisaufnahme 28 B I; Gebührenfreiheit 28 Abs. 1.

Wertpapiere, Wertberechnung Kurs habender 22 Abs. 2; Beurkundung des Hergangs bei Auslösung oder Vernichtung 51; Empfangnahme, Verwahrung und Ablieferung durch Rotare 137.

Widerruf einer Schenkung 38 B; einer letztwilligen Verfügung 48.

Widerspruch, Eintragung im Grundbuche 65; Löschung 67; Wertberechnung 65 B II; Eintragung von Amts wegen 70 Ziff. 2.

Widerspruch gegen Löschung einer Firma im Handelsregister 81 Ziff. 3.

Wiederaufhebung noch unerfüllter Verträge 41 Ziff. 4.

Wiedereinzahlung zu viel gezahlter Auslagen 134.

Wiederverheiratung, Tätigkeit des Vormundschaftsgerichts im Falle der — des Inhabers der elterlichen Gewalt 105 B I b.

Willenserklärung, Bewilligung der öffentlichen Zustellung 114 Ziff. 4; Zustellung durch den Gerichtsvollzieher II 18.

Witwen- und Waisenkassen, öffentliche, und Wohltätigkeitsanstalten, Gebührenfreiheit 11.

Zählgebühr für Rotare 137; für Rechtsanwälte II 8.

Zahlungspflicht, deren Eintritt 7 B I; nach bürgerlichem Rechte 10; bei Geschäften von Amts wegen 7 Abs. 2 u. 7 B II; bei Geschäften im öffentlichen Interesse 7 B II; bei Übernahme der Kosten 8; des Antragstellers 7 Abs. 2, 9 Abs. 1, 7 B II; Haftung mehrerer Antragsteller oder Poteiliger 9; für Mehrkosten, die durch besondere Anträge entstehen 9; für Zuschlagserteilungen bei freim. Versteigerungen 54 Abs. 5; im Auseinandersehungsverfahren 95 Abs. 4; im Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren 159.

Zeichnung einer Firma oder Unterschrift vor dem Registergerichte, gebührenfrei 79; sonst gebührenpflichtig 38 B.

Zeugen, Verurteilung zu Strafe und Kosten, sowie Zwangsmaßregeln gegen — 13 A Ziff. 5 u. 13 Abs. 2; bei notariellen Beurkundungen 138; Vernehmung 52.

Zeugengebühren 128 Ziff. 5, 133; deren Festsetzung 6 Abs. 1, 6 B IV; bei notariellen Beurkundungen 138.

Zeugnis, Entscheidung über die Verpflichtung zur Abgabe eines Zeugnisses 13 A Ziff. 4, 13 Abs. 2.

Zeugnisse in Nachlassfachen 92; über Ernennung eines Testamentsvollstreckers oder Fortsetzung der Gütergemeinschaft 92 Abs. 5; gemäß § 11 des Gesetzes über das Reichsschuldbuch 93; gemäß §§ 37 u. 38 der Grundbuchordnung 93; zwecks Wiederverheiratung 105; f. auch Bescheinigungen.

Zinsen, Nichtberücksichtigung bei der Wertberechnung des Hauptgegenstandes 21 B.

Zinsfuß, Erhöhung oder Ermäßigung 65 B I 2c.

Zuheiratsrechte, s. Mitbesitz.

Zurückbehaltung von Urkunden bis zur Kostenzahlung 19.

Zurücknahmegebühr nach ergebnisloser Verhandlung 58; für Zurücknahme eines Antrages 121; für nicht zum Abschluß gekommene Verhandlungen 124; im Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren 150 Abs. 2.

Zurückweisung eines Widerspruchs gegen Lösung einer Firma 81 Abs. 2; unbegründeter oder unzulässiger Anträge 122.

Zuschlag bei freiw. Versteigerung von Grundstücken 54, 161; Schuldner 54 Abs. 5; im Zwangsversteigerungsverfahren 152, 159; Wertberechnung 153, 154.

Zuschlagsgebühr für Zuziehung eines Dolmetschers oder Erklärung in fremder Sprache 59.

Zuschreibung von Grundstücken 66 Ziff. 1.

Zustand einer Sache, dessen Feststellung 114.

Zuständigkeit des Gerichts, Entscheidung über die — 13 A 1, 13 Abs. 2; für den Kostenantrag 6.

Zustellungen zur Nachtzeit oder an Feiertagen 13 A 6, 13 Abs. 2; Bewilligung öffentlicher 114 Ziff. 4; im Rechtshilfeverkehr 118; im Zwangsversteigerungsverfahren 161.

Zustellungen durch Gerichtsvollzieher II 17; von Willenserklärungen II 18; von gericht-

lichen oder notariellen Urkunden II 18; für Gewerbe- und Kaufmannsgerichte II 18.

Zustellungskosten 131; für Zustellungen von Amts wegen 132 u. 161.

Zustimmungen nach § 27 Grundb. O. 41 Ziff. 1 und Abs. 2.

Zustimmungserklärungen einzelner Teilnehmer 41 Nr. 5; Wertberechnung 43 Abs. 3.

Zwangsenteignung s. Gebührenfreiheit.

Zwangserziehung 105 Abs. 2 u. 127 B III.

Zwangsversteigerung, Eintragungen im Grundbuche 70 Ziff. 4; Eintragung des Erfinders 72 Abs. 3.

Zwangsversteigerung, Gebühren 151; Anordnung 150; Wertberechnung 153 u. 154; Fälligkeit 155; Tätigkeit des Grundbuchamts 150; Zahlungspflichtiger 159; Beschwerden 160; Auslagen 161; Vorladungspflicht 159 B III; Verfahren bei Gebührenfreiheit des Antragstellers 145; Rechtsanwaltsgebühr II 5 bis 7.

Zwangsverwaltung, Gebühren und Wertberechnung 156; Zahlungspflichtiger 159; s. auch Zwangsversteigerung.

Zwangsvollstreckung im Verwaltungswege, Mitwirkung des Gerichts 146 B Abs. 2.

Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen 149 fg.

Zwangsvollstreckungsmaßregeln 127 B I.

Zweigniederlassungen, Eintragungen im Handelsregister 78.

Zweiseitige Verträge, Gebühr 39, 40; Begriff 39 B; Wertberechnung 43.

